12

Forum Geschichte

Oberstufe Bayern

Cornelsen

Mit digitalen Medien

Europa heute

Ukraine: Stand 2022

12

Forum Geschichte

Oberstufe Bayern

Cornelsen

Forum Geschichte – Oberstufe Bayern
Band 12

Das Lehrwerk wurde erarbeitet von Daniela Andre, Simon Beyer, Dr. Christine Grieb, Benjamin Magofsky, Dr. Silke Möller, Robert Radecke-Rauh, Stephanie Reger-Freimanner, Dr. Melanie Rossi, Gritt Schwarz, Julia Treindl, Ursula Winberger, Florian Windl

Mit Beiträgen von Stephan Busse, Dr. Claudia Deglau, Johannes Gießler, Miriam Hoffmeyer, Dr. Wolfgang Jäger, Cornelius Lehmann, Dr. Andrea Schallenberg, Andreas Zodel

Didaktische Beraterin mit erweiterten Aufgaben: Ursula Winberger
Redaktion: Dr. Karin Friedrich
Grafik und Illustration: Erfurth & Kluger infografik, Berlin, Elisabeth Galas, Bad Breisig, zweiband.media, Berlin
Karten: Carlos Borrell Eiköter, Berlin
Bildassistenz: Anne Dombrowsky
Layoutkonzept und Umschlaggestaltung: Ungermeyer, grafische Angelegenheiten, Berlin
Umschlagbild: akg-images/Electa/© Tamara de Lempicka Estate, LLC VG Bild-Kunst, Bonn 2024;
Tamara de Lempicka: Mein Porträt, 1929
Technische Umsetzung: zweiband.media, Berlin

www.cornelsen.de

Die enthaltenen Links verweisen auf digitale Inhalte, die der Verlag bei verlagsseitigen Angeboten in eigener Verantwortung zur Verfügung stellt. Links auf Angebote Dritter wurden nach den gleichen Qualitätskriterien wie die verlagsseitigen Angebote ausgewählt und bei Erstellung des Lernmittels sorgfältig geprüft. Für spätere Änderungen der verknüpften Inhalte kann keine Verantwortung übernommen werden.

Soweit in diesem Lehrwerk Personen fotografisch abgebildet sind und ihnen von der Redaktion fiktive Namen, Berufe, Dialoge und Ähnliches zugeordnet oder diese Personen in bestimmte Kontexte gesetzt werden, dienen diese Zuordnungen und Darstellungen ausschließlich der Veranschaulichung und dem besseren Verständnis des Inhalts.

1. Auflage, 2. Druck 2024

Alle Drucke dieser Auflage sind inhaltlich unverändert
und können im Unterricht nebeneinander verwendet werden.

© 2024 Cornelsen Verlag GmbH, Mecklenburgische Str. 53, 14197 Berlin, E-Mail: service@cornelsen.de

Dieses Werk berücksichtigt die Regeln der reformierten Rechtschreibung und Zeichensetzung. Ausnahmen bilden Originaltexte, bei denen lizenzrechtliche Gründe einer Änderung entgegenstehen.

Das Lehrwerk enthält Fremdtexte, die aus didaktischen Gründen gekürzt wurden; sie sind in den Literaturangaben mit * gekennzeichnet.

Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Nutzung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.
Hinweis zu §§ 60 a, 60 b UrhG: Weder das Werk noch seine Teile dürfen ohne eine solche Einwilligung an Schulen oder in Unterrichts- und Lehrmedien (§ 60 b Abs. 3 UrhG) vervielfältigt, insbesondere kopiert oder eingescannt, verbreitet oder in ein Netzwerk eingestellt oder sonst öffentlich zugänglich gemacht oder wiedergegeben werden.
Dies gilt auch für Intranets von Schulen und anderen Bildungseinrichtungen.

Der Anbieter behält sich eine Nutzung der Inhalte für Text- und Data-Mining im Sinne § 44 b UrhG ausdrücklich vor.

Druck: Livonia Print, Riga

ISBN: 978-3-06-066234-0 (Schülerbuch)
ISBN: 978-3-06-066235-7 (E-Book)

PEFC zertifiziert
Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen.
www.pefc.de
PEFC/12-31-006

Inhaltsverzeichnis

Zur Arbeit mit *Forum Geschichte* 6

Themeneinführung 1. Halbjahr: Auf dem Weg zu gesellschaftlicher und politischer Partizipation vom 19. Jahrhundert bis zur Weimarer Republik **8**

Kapitel 1: Die deutsche Revolution von 1848/49 und ihre Bedeutung für die Herausbildung einer bürgerlichen Gesellschaft **10**

Auftakt 10
Orientierung/Vorwissen testen 12
Grundlegende Begriffe 14
1.1 Der Vormärz: Rückzug oder Engagement der Bevölkerung? 16
Methode: Eine Karikatur analysieren und interpretieren 24
1.2 Ursachen der Revolution von 1848/49 26
1.3 Die Revolution im März 1848 in Preußen und Bayern 30
***Geschichtskultur:** Der „Friedhof der Märzgefallenen" – mehr als ein Friedhof 34
1.4 Die erste deutsche Nationalversammlung und der Verfassungsentwurf von 1849 36
1.5 Das Ende der Revolution und ihre Folgen 44
1.6 Vereine und Publizistik vom Vormärz bis in die 1860er-Jahre 48
1.7 Die Revolution aus zeitgenössischer und heutiger Sicht 52
Methode: Ein historisches Urteil analysieren 56
Zusammenfassen und anwenden 58

Kapitel 2: Prozesse gesellschaftlicher und politischer Modernisierung im Deutschen Kaiserreich und der Weimarer Republik **58**

Auftakt 60
Orientierung/Vorwissen testen 62
Grundlegende Begriffe 64
2.1 Das politische System des Deutschen Kaiserreichs 68
Methode: Ein Verfassungsschaubild untersuchen 74
2.2 Adel und Bürgertum im Deutschen Kaiserreich 76
2.3 Lebensbedingungen der Industriearbeiterschaft im Deutschen Kaiserreich 80
2.4 Vom Kaiserreich zur Republik 90
***Geschichtskultur:** Die Zeit der Weimarer Republik im Haus der Bayerischen Geschichte 98
2.5 Die Weimarer Reichsverfassung zwischen Moderne und Tradition 100
2.6 Politische Parteien in der Weimarer Republik 105
Methode: Ein politisches Plakat analysieren und interpretieren 110
2.7 Die junge Weimarer Republik wird bedroht 112
2.8 Die Sozialpolitik der Weimarer Republik 120
2.9 **Stationenlernen:** Kaiserreich und Weimarer Republik zwischen Tradition und Moderne 124
Station 1: Jüdinnen und Juden im Deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik 124
Station 2: Frauen zwischen Tradition und Fortschritt 130
Station 3 : Kultur und Medien zwischen Tradition und Moderne 136
Zusammenfassen und anwenden 142

Themeneinführung 2. Halbjahr: Deutschland zwischen Demokratie und Diktatur 144

Kapitel 3: Scheitern der Weimarer Republik – NS-Diktatur und Völkermord 146

Auftakt 146
Orientierung/Vorwissen testen 148
Grundlegende Begriffe 150
3.1 Krise und Scheitern der Demokratie 152
3.2 Errichtung und Ausbau der NS-Diktatur 160
Methode: Ein Erklärvideo bewerten 166
3.3 Die Weltanschauung der Nationalsozialisten 168
3.4 Propaganda und inszenierte Lebenswirklichkeiten im totalitären NS-Staat 174
3.5 Verfolgung der jüdischen Bevölkerung 1933 bis 1939 180
3.6 Der Völkermord an den europäischen Jüdinnen und Juden im Zweiten Weltkrieg 188
3.7 Sinti und Roma sowie weitere Opfer des NS-Rassismus 196
***Geschichtskultur:** Der 27. Januar als Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus 200
3.8 Nichts wissen können? Nichts wissen wollen? 202
Zusammenfassen und anwenden 208

Kapitel 4: Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik 210

Auftakt 210
Orientierung/Vorwissen testen 212
Grundlegende Begriffe 214
4.1 Doppelte Staatsgründung: Die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 216
4.2 Verfassung und Verfassungswirklichkeit in beiden deutschen Staaten 224
4.3 Wirtschaftsordnungen – Lebensverhältnisse – Systemakzeptanz 232
Methode: Eine Statistik untersuchen 240
4.4 Friedliche Revolution und Wiedervereinigung 242
***Geschichtskultur:** Erinnerung an die deutsche Teilung 250
Zusammenfassen und anwenden 252

Kapitel 5: Die Bundesrepublik Deutschland zwischen 1990 und 2009 254

Auftakt 254
Orientierung/Vorwissen testen/Grundlegende Begriffe 256
5.1 Die Aufarbeitung der SED-Diktatur 258
5.2 Soziale und ökonomische Herausforderungen 262
5.3 Extremismus und Terrorismus als Bedrohung für die Demokratie in Deutschland 270
Methode: Einen Podcast erstellen 277
5.4 Die internationale Rolle Deutschlands nach der Wiedervereinigung 278
Zusammenfassen und anwenden 284

Abitur- und Klausurvorbereitung 286
Operatoren – Erläuterungen und Formulierungshilfen 286
Formulierungshilfen für die Bearbeitung von Quellen und Darstellungen 290
Tipps zur Vorbereitung auf Klausuren und Abitur 292
Checkliste zum Abfassen einer Abiturklausur 293
Probeklausur für das Abitur mit Lösungshinweisen 294

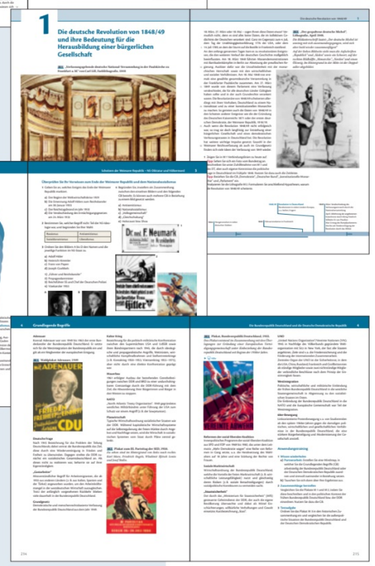
Anhang 299
Zusatzaufgaben und Tipps 299
Lösungshinweise zu den Methodenseiten 302
Arbeitstechniken I: Vom „Clustern“ zum „Placemat“ 307
Arbeitstechnik II: Tipps für Präsentationen 309
Arbeitstechnik III: Richtiges Zitieren 311
Fachmethoden 312
Literaturhinweise 317
Sprachsensibles Lexikon 318
Personenregister 325
Sachregister 327
Bildquellen 332

* fakultativ
DT = Darstellungstext
GD = Grundlegendes Datum
GB = Grundlegender Begriff
GDB = Grundlegende Daten und Begriffe

Zur Arbeit mit *Forum Geschichte*

Themeneinführung

Die Doppelseite führt übergreifend in die Lernbereiche und grundlegenden Fragestellungen des Halbjahres ein.

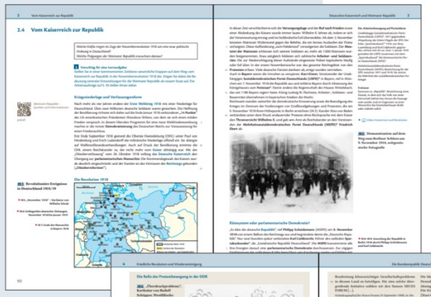


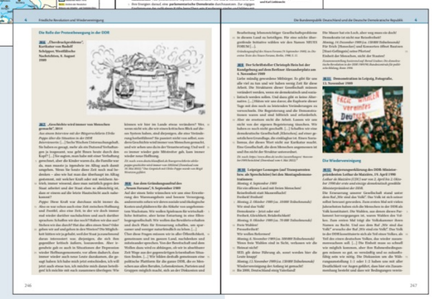
Orientierung und Vorwissen testen

- Die **Auftaktseite** eines Kapitels bietet Ihnen mit großformatigen Bildern erste Gesprächsanlässe. Ein kurzer Text nimmt die **Leitfragen** des Kapitels auf und beinhaltet zugleich einen Gegenwartsbezug. Der auf den **Grundlegenden Daten** basierende Zeitstrahl ermöglicht eine zeitliche Orientierung. Arbeitsaufträge regen zur Formulierung von Hypothesen und Fragen an.

- Die **Orientierungsseite** verdeutlicht mit einem Strukturschema den Aufbau des Kapitels und nennt die zugrundeliegenden **Kompetenzen des Lehrplans**. Auf der rechten Seite können Sie mithilfe abwechslungsreicher **Übungen** Ihr **Vorwissen** testen.

- Auf einer eigenen Sonderseite werden alle für das Kapitel verpflichtenden **Grundlegenden Begriffe** wiedergegeben. Übungen helfen Ihnen, diese zu wiederholen.



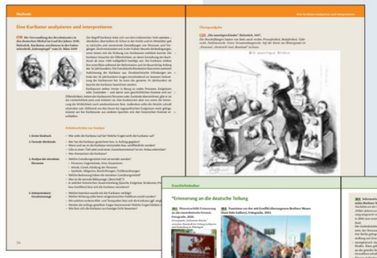


Themen untersuchen

Die Kapitelinhalte sind in Themeneinheiten gegliedert. Am Beginn orientieren **Leitfragen** über die zentralen Inhalte. Es folgt ein Vorschlag für eine **Lernaufgabe**, mit der das Thema eigenständig erarbeitet werden kann. Der **Darstellungstext** erläutert das Thema. In der Randspalte finden Sie Abbildungen, Begriffserläuterungen, Verweise auf die Materialien, Hinweise auf digitale Übungen und Materialien sowie Web- und QR-Codes.
Die **Arbeitsaufträge** am Ende des Darstellungstextes leiten die Erarbeitung der Lernaufgaben an, können aber auch unabhängig davon bearbeitet werden. Sie vernetzen die Materialien mit den Darstellungstexten. **Tipps** geben Ihnen bei Bedarf Hilfestellung. **Wahlaufgaben** stellen unterschiedliche Zugänge und/oder Materialien zu einem Thema zur Auswahl. **Zusatzaufgaben** ermöglichen eine weitergehende Beschäftigung mit dem Thema.
Der anschließende **Materialteil** bietet passend zum jeweiligen Thema Text- und Bildquellen, Karten, statistische Materialien sowie wissenschaftliche Darstellungen.

Methodisch arbeiten

Auf den **Methodenseiten** können Sie an Beispielen passend zum Kapitel Ihre fachmethodischen Kompetenzen trainieren. Systematische **Arbeitsschritte** leiten Sie dabei an. **Lösungshilfen** finden Sie im Anhang.



*Geschichtskultur

Die fakultativen Doppelseiten „Geschichtskultur“ untersuchen die Darstellung und Deutung sowie die geschichtspolitische Instrumentalisierung historischer Themen in Kunst, Medien und Politik.

Zusammenfassen und anwenden

Jedes Kapitel schließt mit einer Doppelseite zum Wiederholen und Anwenden. Auf der linken Seite findet sich ein kompakter Zusammenfassungstext, in dem **Grundlegende Daten und Begriffe** hervorgehoben sind. Die rechte Seite enthält ein Anwendungsbeispiel, mit dem Sie das Gelernte anwenden und verknüpfen können.

Auf Klausuren und Abitur vorbereiten

Hierbei helfen Ihnen:
- eine Operatorenliste mit Erläuterungen und Formulierungshilfen
- Formulierungshilfen für die Bearbeitung von Quellen und Darstellungen
- Tipps zur Vorbereitung auf Klausuren und Abitur
- eine Checkliste zum Abfassen einer Abiturklausur
- ein Klausurbeispiel mit Lösungshinweisen

Anhang

Der Anhang unterstützt Sie bei der Arbeit mit dem Buch:
- Zusatzaufgaben und Tipps
- Lösungshinweise zu den Methodenseiten
- eine Übersicht zu Arbeitstechniken und und Fachmethoden
- Literaturhinweise
- ein sprachsensibles Lexikon mit Erklärungen schwieriger Begriffe
- ein Personen- und Sachregister

Digitale Zusatzangebote

Mit der **Cornelsen Lernen-App** können Sie digitales Begleitmaterial zu den Schulbuchseiten kostenlos und offline nutzen. Laden Sie sich die App im Appstore Ihres Systemanbieters herunter, wählen Sie den Titel **„Forum Geschichte Bayern Oberstufe Band 12“** aus und navigieren Sie mithilfe der Seitenzahlen durch das digitale Angebot. Folgende Symbole finden Sie dazu im Buch:

Audios

Digitale Übungen, Hilfen, Videos

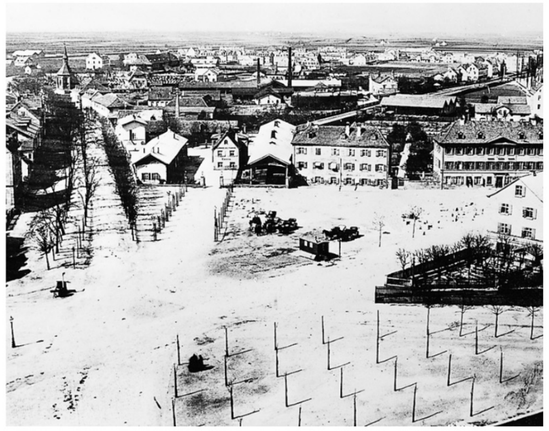
Zusätzlich zum Angebot in der App enthält das Buch **Web- und QR-Codes** zu weiterführenden Links, Audios und Videos im Internet. Die Webcodes können Sie hier eingeben: www.cornelsen.de/webcodes

Auf dem Weg zu gesellschaftlicher und politischer Partizipation vom 19. Jahrhundert bis zur Weimarer Republik

In der heutigen Bundesrepublik stellt die **Partizipation**, d. h. die aktive Teilnahme der Bevölkerung an gesellschaftlichen und politischen Prozessen und Entscheidungen, eine Selbstverständlichkeit dar. Die wichtigste Form der Beteiligung ist die Ausübung des Wahlrechts. Doch auch die Mitgliedschaft in Parteien und Vereinen, die Teilnahme an Demonstrationen und öffentlichen Veranstaltungen sowie die freie Äußerung von unterschiedlichen Meinungen gehören dazu. Das Grundgesetz garantiert die Menschen- und Bürgerrechte. In welcher Form man davon Gebrauch macht, entscheidet jede bzw. jeder individuell. Allerdings lebt die Demokratie davon, dass sich möglichst viele Menschen beteiligen und so aktiv dazu beitragen, Dinge zu verändern und Probleme zu lösen, z. B. in den Bereichen Klima, Bildung oder Wirtschaft.

Zu Beginn des **19. Jahrhunderts** waren die Möglichkeiten der gesellschaftlichen und politischen Partizipation in Deutschland für viele soziale Gruppen beschränkt. Seit der Aufklärung waren zwar die Rechte des Individuums in den Fokus gerückt und die Französische Revolution hatte die Menschen- und Bürgerrechte sowie politische Grundsätze in Form einer Verfassung schriftlich festgehalten, doch die Macht wurde weiterhin von den Monarchen und ihren Regierungen ausgeübt. Die Grundlagen für ein neues Denken waren jedoch schon geschaffen. Die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen im 19. Jahrhundert werden oft unter dem Begriff „**Modernisierung**“ zusammengefasst. Eine zentrale Kraft des Wandels bildete die Industrialisierung, die die Arbeits- und Lebenswelt fast aller Schichten veränderte. Zu den Kennzeichen dieser Modernisierung gehörten außerdem: wirtschaftliches Wachstum, Verstädterung, Verbesserung der Infrastruktur, Ausbau der Bildung der Bevölkerung, gesellschaftlicher Status durch Leistung, räumliche Mobilität, die Gründung eines Nationalstaats sowie die allmähliche Entwicklung einer parlamentarischen Demokratie.

M 1 **Der Plärrer in Nürnberg, Fotografie, 1865**



M 2 **Der Plärrer in Nürnberg, Fotografie, 1905**

Im Zentrum der folgenden zwei Kapitel steht die Frage, wie sich in Deutschland vom 19. Jahrhundert bis in die Weimarer Republik die Möglichkeiten gesellschaftlicher und politischer Partizipation entwickelten. Bei der Beschäftigung mit der Revolution von 1848/49 sowie dem Deutschen Kaiserreich und der Weimarer Republik wird deutlich, dass es sich nicht um eine kurzfristige und automatische Entwicklung handelte, sondern die Menschen die Partizipation schrittweise erkämpften und neben fortschrittlichen auch weiterhin traditionelle Kräfte existierten.

Die **Revolution von 1848/49** wird in **Kapitel 1** eingebettet in die politischen und gesellschaftlichen Prozesse in Deutschland zwischen 1832 und den 1860er-Jahren. Die Politisierung des Bürgertums in der Zeit vor der Revolution sowie die Entstehung von Vereinen und kritischer Publizistik seit den 1840er-Jahren schufen dauerhaft eine moderne politische Öffentlichkeit. Während der Revolution 1848/49 erreichte die gesellschaftliche und die politische Partizipation der Bevölkerung einen ersten Höhepunkt. Nach den Demonstrationen und Barrikadenkämpfen im März 1848 wurde das **Parlament** in der **Frankfurter Paulskirche** zum Zentrum politischer Debatten um Grundrechte und eine Verfassung. Obwohl die Abgeordneten damit scheiterten, einen deutschen Nationalstaat mit einer demokratischen Verfassung zu gründen, war die Revolution ein Meilenstein der Demokratiegeschichte in Deutschland und setzte Maßstäbe für die weitere Entwicklung.

M 3 **„Das Hambacher Fest“, Holzstich nach einer Zeichnung von Ludwig Burger, vor 1884.**

Erste demokratisch-republikanische Massenveranstaltung 1832 auf dem Schloss von Hambach in der Pfalz.

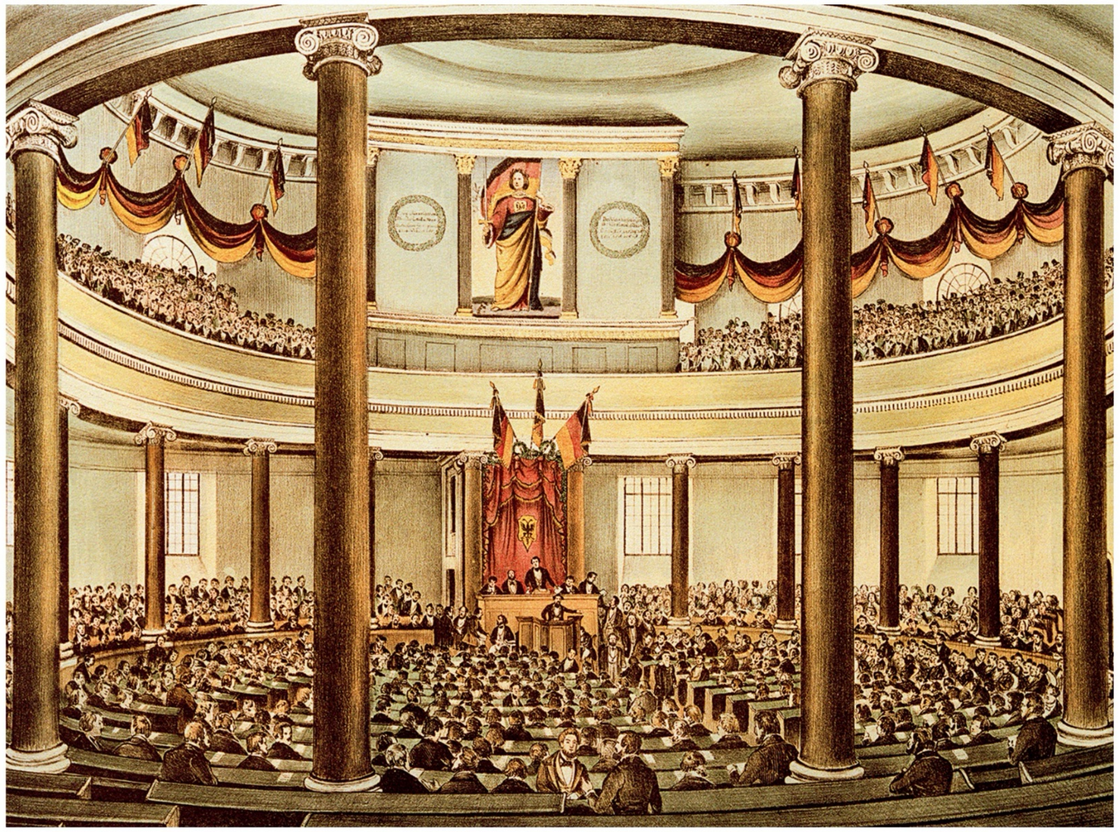
M 4 **Menschenschlange vor einem Wahllokal in Berlin, Fotografie, 1919**

Kapitel 2 beschäftigt sich mit Prozessen gesellschaftlicher und politischer Modernisierung im 1871 gegründeten **Deutschen Kaiserreich** und in der Weimarer Republik. Das für die damalige Zeit moderne Wahlrecht sowie der immer wichtiger werdende **Reichstag** erweiterten im Kaiserreich die politischen Partizipationsmöglichkeiten der deutschen Bevölkerung. Kaiser und Reichskanzler unterlagen aber in der **konstitutionellen Monarchie** keiner parlamentarischen Kontrolle und trafen letztlich die zentralen Entscheidungen. In der Gesellschaft dominierte noch der Adel, doch das Bürgertum forderte entsprechend seiner im Zuge der Industrialisierung gewachsenen Bedeutung mehr Mitsprache. Hinzu kam die neue soziale Gruppe der Industriearbeiterschaft mit der Forderung nach Teilhabe und sozialer Gerechtigkeit. Als nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg und der **Novemberrevolution 1918** mit der **Weimarer Republik** die erste **parlamentarische Demokratie** in Deutschland etabliert wurde, kam es auch zu einer weiteren Modernisierung der Gesellschaft. Demokratische Parteien, das Frauenwahlrecht und der Ausbau des Sozialstaats trugen entscheidend dazu bei. Zugleich waren aber in Gesellschaft und Politik weiter traditionelle Kräfte wirksam.

1 Nennen Sie, ausgehend vom DT sowie M 1–M 4, wichtige Schritte auf dem Weg zur gesellschaftlichen und politischen Partizipation der Bevölkerung in Deutschland.

1 Die deutsche Revolution von 1848/49 und ihre Bedeutung für die Herausbildung einer bürgerlichen Gesellschaft

M 1 **„Verfassungsgebende deutsche National-Versammlung in der Paulskirche zu Frankfurt a. M." von Carl Lill, Farblithografie, 1848**



18. März, 27. März oder 18. Mai – sagen Ihnen diese Daten etwas? Vermutlich nicht, denn es sind alles keine Daten, die im kollektiven Gedächtnis der Deutschen verankert sind. Ganz im Gegensatz zum 4. Juli, dem Tag der Unabhängigkeitserklärung 1776 der USA, oder dem 14. Juli 1789, an dem der Sturm auf die Bastille in Frankreich stattfand.

An den anfangs genannten Tagen kam es zu revolutionären Ereignissen, die den weiteren Verlauf der deutschen Geschichte maßgeblich beeinflussten. Am 18. März 1848 führten Massendemonstrationen mit Barrikadenkämpfen in Berlin zur Absetzung der preußischen Regierung. Auslöser dafür war die Unzufriedenheit mit der monarchischen Herrschaft sowie mit den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen. Am 18. Mai 1848 trat erstmals eine gewählte gesamtdeutsche Versammlung in der Frankfurter Paulskirche zusammen. Am 27. März 1849 wurde von diesem Parlament eine Verfassung verabschiedet, die für alle deutschen Länder Gültigkeit haben sollte und in der auch Grundrechte verankert waren. Die Revolutionäre von 1848/49 scheiterten allerdings mit ihren Vorhaben, Deutschland zu einem Nationalstaat und zu einer konstitutionellen Monarchie zu machen. So gerieten auch die Daten von 1848/49 in den Schatten anderer Ereignisse wie die der Gründung des Deutschen Kaiserreichs 1871 oder der ersten deutschen Demokratie, der Weimarer Republik, 1918/19.

Auch wenn die Revolution 1848/49 nicht erfolgreich war, so trug sie doch langfristig zur Entstehung einer bürgerlichen Gesellschaft und eines demokratischen Verfassungsstaates in Deutschland bei. Die Revolution hat weitere wichtige Impulse gesetzt: Sowohl in der Weimarer Reichsverfassung als auch im Grundgesetz finden sich viele Ideen der Verfassung von 1849 wieder.

M 2 **„Der gespaltene deutsche Michel", Lithografie, April 1848.**
Die Bildunterschrift lautet: „Der deutsche Michel ist uneinig mit sich auseinandergegangen, wird sich aber bald wieder zusammenfügen!"
Auf der linken Bildseite sieht man die Aufschriften „Republick" und „Süden" sowie ein Schwert, auf der rechten Bildhälfte „Monarchie", „Norden" und einen Ölzweig. Im Hintergrund in der Mitte ist der Doppeladler abgebildet.

1 Zeigen Sie in M 1 Verbindungslinien zu heute auf.
Tipp: Sehen Sie sich ein Foto vom Bundestag an.

2 Beschreiben Sie unter Zuhilfenahme von M 1 und des DT, aber auch eigener Kenntnisse die politische Lage in Deutschland im Frühjahr 1848. Nutzen Sie dazu auch die Zeitleiste.
Tipp: Beziehen Sie die GB „Demokratie", „Deutscher Bund", „konstitutionelle Monarchie" und „Parlament" ein.

3 Analysieren Sie die Lithografie M 2. Formulieren Sie anschließend Hypothesen, warum die Revolution von 1848/49 scheiterte.

1815 **Wiener Kongress** Gründung des Deutschen Bundes
1819 Karlsbader Beschlüsse (Pressezensur)
1830 Julirevolution in Frankreich
1832 **Hambacher Fest**
1844 Hungerunruhen in vielen deutschen Städten
1848 Februarrevolution in Frankreich
1848/49 **Revolution in Deutschland** Revolutionen in vielen Ländern Europas, u. a. Italien, Ungarn
1849 März: Verabschiedung des Verfassungsentwurfs durch die Nationalversammlung
April: Ablehnung der angebotenen Kaiserkrone durch König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen
Mai: Umzug des Rumpfparlaments
Mai bis Juli: Niederschlagung der Revolution durch das Militär

1815 | 1820 | 1825 | 1830 | 1845 | 1850

1815–1830 Zeitalter der Restauration
1830–1848 Vormärz

Die Revolution in Deutschland 1848/49

M 1 Strukturbild Kapitel 1: Die deutsche Revolution von 1848/49 und ihre Bedeutung für die Herausbildung einer bürgerlichen Gesellschaft

Historische Themenbereiche	1815 Wiener Kongress	Vormärz / 1832 Hambacher Fest	1848/49 Revolution in Deutschland	1860er-Jahre
Kapitel im Buch				
Kap. 1.1		Der Vormärz: Rückzug oder Engagement der Bevölkerung?		
Kap. 1.2			Ursachen der Revolution von 1848/49	
Kap. 1.3			Die Revolution im März 1848 in Preußen und Bayern	
Kap. 1.4			Die erste deutsche Nationalversammlung und der Verfassungsentwurf von 1849	
Kap. 1.5			Das Ende der Revolution und ihre Folgen	
Kap. 1.6		Vereine und Publizistik vom Vormärz bis in die 1860er-Jahre		
Kap. 1.7		Die Revolution aus zeitgenössischer und heutiger Sicht		

Methoden:
Eine Karikatur analysieren und interpretieren
Ein historisches Urteil analysieren

**Geschichtskultur:*
Der „Friedhof der Märzgefallenen" – mehr als ein Friedhof

Bei der Bearbeitung dieses Lernbereichs wenden Sie folgende Kompetenzen an:

- Sie erkennen die Bedeutung der **Revolution von 1848/49** auf dem Weg zur Herausbildung einer bürgerlichen Gesellschaft und eines demokratischen Verfassungsstaates in Deutschland. Sie wenden Ihre Einsichten bei der Orientierung in Geschichte und Gegenwart an, um die historische Errungenschaft von Grundrechten und politischen Mitbestimmungsmöglichkeiten wertzuschätzen.
- Sie erklären politische und gesellschaftliche Prozesse der Zeit zwischen 1832 und den 1860er-Jahren multikausal, indem Sie kurz- und langfristige Ursachen und Folgen berücksichtigen. Dabei entwickeln Sie differenzierte und problembewusste Argumentationen, die eine zunehmend selbstständige Auseinandersetzung mit historischen Themen zeigen. Sie nutzen verschiedenartige komplexe **Quellen** und anspruchsvolle Darstellungen, auch in digitaler Form.
- Sie charakterisieren die ambivalente Entwicklung vom Rückzug ins Privatleben einerseits und zunehmendem Engagement in politischen Interessengruppen zur Durchsetzung von Freiheitsrechten, Partizipation und nationaler Einigung andererseits als Folgen der restaurativen Entwicklung im **Deutschen Bund**.
- Sie bewerten aus zeitgenössischer wie gegenwärtiger Perspektive die Bedeutung der revolutionären Ereignisse von 1848/49 für die Demokratisierung Deutschlands.

Testen Sie Ihr Vorwissen zur deutschen Revolution von 1848/49

1 Finden Sie die richtige Antwort. Diskutieren Sie zu zweit.

a) Was wurde auf dem Hambacher Fest 1832 gefordert?
- A der Rücktritt des bayerischen Königs
- B Wahlen zu einer Nationalversammlung
- C ein deutscher Nationalstaat

b) Was war der Deutsche Bund?
- A ein Zusammenschluss deutscher Vereine
- B ein Bundesstaat mit einer Zentralregierung in Berlin
- C ein loser Staatenbund ohne Zentralregierung

c) Welche Funktion hat ein Monarch/eine Monarchin in einer konstitutionellen Monarchie?
- A Er/sie steht der Exekutive vor. Seine/ihre Rechte sind in einer Verfassung festgelegt.
- B Er/sie hat nur das Recht, den Staat zu repräsentieren.
- C Er/sie kann alle Entscheidungen des Staates mit einem Veto verhindern.

d) Wer war im Verfassungsentwurf der Paulskirche als Staatsoberhaupt vorgesehen?
- A der Vorsitzende des Deutschen Bundes
- B ein von den Fürsten gewählter Monarch
- C der preußische König als „Kaiser der Deutschen"

2 Richtig oder falsch? Die Buchstaben hinter den richtigen Aussagen ergeben neu geordnet ein Lösungswort (GB):

Der Bundestag des Deutschen Bundes tagte in Frankfurt am Main.	P
Das Königreich Bayern war nicht Mitglied des Deutschen Bundes.	A
Im März 1848 wurden in vielen deutschen Staaten revolutionäre Forderungen gestellt.	U
Restauration bedeutet Wiederherstellung der alten Ordnung.	B
In der Paulskirche gab es erstmals auch Frauen als Abgeordnete.	S
Der preußische König lehnte 1849 die angebotene Kaiserkrone ab.	I
Die Paulskirche einigte sich auf eine Verfassung.	E
Die Paulskirche war ein „Beamtenparlament".	L
Es gab keine weitere Revolution in Deutschland nach 1848/49.	N
Die Revolution 1848/49 wurde vom Militär beendet.	R
Der bayerische König Ludwig I. dankte während der Revolution von 1848 ab.	K

3 Welche Aussage passt zu der Karikatur des preußischen Königs Friedrich Wilhelm IV. von 1848 mit dem Titel „Zwischen mir und mein Volk soll sich kein Blatt Papier drängen"?

a) Der preußische König lehnt die Forderungen der Revolutionäre ab und will sie mithilfe des Militärs bekämpfen.

b) Der preußische König will mit den Revolutionären über ihre Forderungen sprechen, aber das Militär will das verhindern.

c) Der preußische König ist wütend, weil die Revolutionäre seine Absetzung fordern.

▶ Übung

M 2 Karikatur aus den „Satyrischen Zeitbildern", Nr. 28, 1848

Adel
Im Mittelalter und bis ins 19. Jh. herrschender Stand, der sich durch Abstammung, Besitz, Vorrechte und eigene Lebensformen von der übrigen Gesellschaft abhob.

Bürger
Im Mittelalter die Einwohner einer Stadt, die das Bürgerrecht besaßen und damit politisches Mitspracherecht hatten (z. B. Wahl des Stadtrats). In manchen Städten erlaubte das Stadtrecht auch Frauen und Juden den Erwerb des Bürgerrechts. Heute bezeichnet der Begriff überwiegend Bewohnerinnen und Bewohner eines Staates, welche die Staatsbürgerschaft besitzen.

Bürgertum
Gesellschaftsschicht aus Kaufleuten, Gelehrten, Beamten und Handwerkern, die in den Städten entstand und in den Zeiten der Aufklärung und der Industrialisierung eine wichtige Rolle spielte.
Im 19. Jahrhundert bildete sich eine bürgerliche Gesellschaft heraus, in der die Bürger eines Staates gleichberechtigt ihre persönlichen und wirtschaftlichen Angelegenheiten als mündige Staatsbürger unabhängig von einer kirchlichen oder adligen Obrigkeit regeln.

Demokratie
Herrschaftsform, in der das Volk über die Politik bestimmt. Die ursprüngliche Form entstand in der Polis Athen im 6. und 5. Jh. v. Chr. In ihr konnten alle männlichen Bürger in der Volksversammlung direkt über Sachfragen abstimmen (direkte Demokratie). Frauen, Fremde und Sklaven besaßen keine politischen Rechte.
Im Gegensatz dazu basiert der moderne Demokratiebegriff auf den für alle geltenden Menschenrechten wie Freiheit und Gleichheit. Zudem werden in den meisten modernen Demokratien im Unterschied zur direkten Demokratie in der Antike in der Regel Volksvertreter (Abgeordnete) in Parlamente gewählt, die dort stellvertretend für alle Bürgerinnen und Bürger beraten und entscheiden (repräsentative Demokratie).

Deutscher Bund
Auf dem Wiener Kongress (1815) gegründeter loser deutscher Staatenbund, der zunächst 34 Staaten und vier freie Städte umfasste.

Gewaltenteilung
Grundsatz, der die Teilung der Staatsmacht in drei Teilgewalten fordert. Legislative (gesetzgebende Gewalt, z. B. Parlament), Exekutive (ausführende Gewalt, z. B. Regierung) und Judikative (rechtsprechende Gewalt, z. B. Richterinnen und Richter) kontrollieren sich gegenseitig, um einen Machtmissbrauch zu verhindern.
Die funktionale Aufteilung der Gewalten wird auch als „horizontale Gewaltenteilung" bezeichnet. Im Föderalismus der Bundesrepublik Deutschland wird sie durch die „vertikale Gewaltenteilung" zwischen Bund, Ländern und Kommunen ergänzt.

Kaiser
Höchster Herrschertitel, der im Mittelalter an die Tradition des römischen Kaiserreichs anknüpfte. Der Kaiser wurde im Mittelalter vom Papst gekrönt und verstand sich als Schutzherr der Christenheit. Zudem erhob er Anspruch auf die oberste weltliche Herrschaft über alle Christen.
In der Neuzeit verlor der Titel allmählich seinen sakralen Charakter. Im 1871 gegründeten Deutschen Reich trug das Staatsoberhaupt den Titel „Deutscher Kaiser".

König
Meist aus dem Adel stammender Herrscher bzw. Herrscherin eines Landes, der bzw. die durch Wahl (z. B. im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation) oder Erbrecht (z. B. in England, Frankreich) bestimmt wird.

Konstitutionelle Monarchie
Regierungsform, in der die Macht eines Monarchen durch eine Verfassung eingeschränkt wird (z. B. im Königreich Bayern). Der Monarch bzw. die Monarchin stehen in dieser Regierungsform der Exekutive vor und handeln gemäß und innerhalb der Verfassungsvorgaben.
Von der konstitutionellen Monarchie abzugrenzen sind die parlamentarische Monarchie, in der der Monarch vor allem eine repräsentative Funktion hat, und die absolute Monarchie.

Liberalismus
Im 19. Jh. aufkommende politische Strömung, welche die Freiheitsrechte des Einzelnen betont und politisch einfordert. Die liberale Gesellschaftslehre erhofft von der freien Entfaltung des Einzelnen einen Fortschritt in Recht, Wirtschaft und Sozialordnung. Zur Sicherung dieser Rechte forderte der Liberalismus Verfassungen mit Grundrechten.

Menschenrechte
Angeborene und unveräußerliche Rechte eines jeden Menschen, z. B. Recht auf Leben, Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetz.
Von großer Bedeutung war die Aufnahme von Menschenrechten in die amerikanische Unabhängigkeitserklärung (1776) und die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte im Zuge der Französischen Revolution (1789). Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland nehmen die Grundrechte einen hohen Stellenwert ein und genießen besonderen Schutz.

Nation
Menschen, die in einem bestimmten Gebiet leben, sich durch gemeinsame Merkmale wie Sprache, Kultur oder Geschichte miteinander verbunden fühlen und eine politische Gemeinschaft bilden bzw. anstreben.
Die Idee einer gemeinsamen Staatsnation entwickelte sich insbesondere in Frankreich während der Revolution 1789 und in der Folge auch in anderen Staaten Europas. Sie war damit die Grundlage für die Entstehung von Nationalstaaten in Europa im 19. und 20. Jahrhundert.

Nationalismus
Politische Strömung des 19. Jahrhunderts, die einen gemeinsamen Nationalstaat anstrebt; heute Bezeichnung für ein übersteigertes Nationalbewusstsein, das die eigene Nation vor andere stellt.

Parlament
In demokratischen Staaten die Volksvertretung, deren wichtigste Aufgaben die Gesetzgebung, das Haushaltsrecht und die Kontrolle der Regierung sind.
Das Parlament in der Bundesrepublik Deutschland ist der Bundestag, der Bayerische Landtag ist das bayerische Parlament.

Republik
Der lateinische Begriff „res publica" fasst den Staat als „öffentliche Angelegenheit" auf, die alle freien Bürger betrifft. Heute bezeichnet „Republik" eine Staatsform, in der kein Monarch an der Spitze steht, sondern das Staatsoberhaupt gewählt ist und in der grundsätzlich die Staatsgewalt vom Volk ausgeht.
Der Begriff „Republik" wird manchmal auch von Diktaturen verwendet, etwa der „Deutschen Demokratischen Republik" (DDR).

Verfassung
Grundlegendes Gesetz, das die politische Ordnung eines Staates festlegt (z. B. Staatsform, Rechte und Pflichten der Bürgerinnen und Bürger).
Beispiele für demokratische Verfassungen sind die Verfassung des Freistaats Bayern (1946) und das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (1949).

Volkssouveränität
Grundsatz, dass alle Staatsgewalt vom Volk ausgeht.

M 1 König Ludwig I. von Bayern (1825–1848) im Krönungsmantel, Gemälde von Josef Karl Stieler, 1826

König Ludwig I., Gemälde von J. Stieler

fetuho

Anwendungstraining

1 Wissen wiederholen
- **a)** Erfassen Sie die GB auf Karteikarten (Vorderseite: GB; Rückseite: jeweils drei Stichwörter).
- **b)** Vergleichen Sie Ihre Stichwörter in einer Kleingruppe und ergänzen Sie Ihre Aufzeichnungen, wo Sie es für notwendig halten.

2 Zusammenhänge herstellen
- **a)** Wählen Sie vier GB aus dieser Doppelseite aus und erläutern Sie, in welchem Zusammenhang sie mit der Revolution von 1848/49 stehen.
- **b)** Ordnen Sie Ihre ausgewählten Begriffe in einem Schaubild. Nutzen Sie Pfeile mit Beschriftungen, um Zusammenhänge zu verdeutlichen.
  Tipp: Zur Cluster-Methode siehe S. 307.

3 Testaufgaben
- **a)** Beschreiben Sie das Porträt König Ludwigs I. (M 1).
  Tipp: Sehen Sie sich das Bild in der digitalen Version an. Achten Sie auf die rechte Handhaltung und die damit verbundenen Details.
- **b)** Erläutern Sie unter Einbezug passender GB das politische Selbstverständnis Ludwigs I., das in dem Bild zum Ausdruck kommt.

1.1 Der Vormärz: Rückzug oder Engagement der Bevölkerung?

Welche unterschiedlichen Reaktionen gab es ab 1832 auf die restaurative Entwicklung im Deutschen Bund?

Vormärz
Die Zeit des Vormärz, deren Beginn von einigen Historikerinnen und Historikern nach dem Wiener Kongress, von anderen ab der französischen Julirevolution 1830 angesetzt wird, ist mehr als nur die Vorgeschichte zu der im März 1848 beginnenden Revolution. In dieser Hinsicht ist die Bezeichnung „Vor-März" missverständlich. Gemeint ist vor allem, dass wichtige politische Ideen und Entwicklungen, die in der Revolution von 1848/49 eine zentrale Rolle spielten, in dieser Zeit entstanden und an Bedeutung gewannen.

L Vorschlag für eine Lernaufgabe:
Charakterisieren Sie die Reaktionen der Bevölkerung auf die restaurative Politik der Regierungen ab 1832. Fassen Sie Ihre Ergebnisse mithilfe einer digitalen Pinnwand zusammen. Die Arbeitsaufträge auf S. 18 helfen Ihnen dabei.

M 1 Zug auf das Schloss Hambach am 27. Mai 1832, Federlithografie eines unbekannten zeitgenössischen Künstlers

Protest gegen die alte Ordnung: Das Hambacher Fest 1832

▶ M 3–M 5: Das Hambacher Fest

Im Mai 1832 kam es zur ersten Massendemonstration für politische Freiheit und nationale Einheit auf deutschem Boden. Das **Hambacher Fest**, eine mehrtägige Veranstaltung auf Schloss Hambach in der zum Königreich Bayern gehörenden Pfalz, war vom 1832 gegründeten „Deutschen Press- und Vaterlandsverein" organisiert worden (M 1). Verschiedene große Zeitungen hatten gegen ein drohendes Verbot der Veranstaltung durch die Behörden erfolgreich protestiert. Die etwa 30 000 Teilnehmer gehörten unterschiedlichen sozialen Gruppen an, vor allem jedoch dem Bildungsbürgertum wie Journalisten, Anwälte und Studenten. Hinzu kamen Kaufleute, Handwerker und Weinbauern aus der näheren Umgebung. Erstmals waren Frauen von den Veranstaltern direkt eingeladen worden. Hauptredner waren die Publizisten Johann Georg Wirth und Philipp Siebenpfeiffer. Sie vertraten nationale sowie liberale Ideen und forderten für die Staaten des **Deutschen Bundes** Verfassungen. Siebenpfeiffer, Wirth und andere Redner wurden nach der Veranstaltung verhaftet, in einem Prozess vom Vorwurf der „versuchten Aufreizung zum Umsturz" aber freigesprochen und gingen ins Exil nach Frankreich bzw. in die Schweiz.
Der Deutsche Bund war als loser Staatenbund auf dem **Wiener Kongress 1815** nach dem Sieg über Napoleon gegründet worden und umfasste unter Führung von Preußen und Österreich zunächst 35 Staaten und vier freie Städte (M 2). Es gab weder ein gemeinsames Oberhaupt wie den vormaligen **Kaiser** des Heiligen Römischen Reichs

Deutscher Nation noch eine Zentralregierung. Die Ankündigung von einzelstaatlichen **Verfassungen** wurde nur in wenigen Ländern umgesetzt. Die bayerische Verfassung sah kein **Parlament**, sondern lediglich beratende Kammern vor. Die Hoffnungen vieler auf einen deutschen Nationalstaat und mehr politische Mitbestimmung (**Volkssouveränität**) wurden enttäuscht. Unter Führung des österreichischen Staatskanzlers Fürst von Metternich wurde die Restauration, also die Wiederherstellung der politischen Macht der **Monarchen**, vorangetrieben. Zu den wichtigsten Maßnahmen des **Deutschen Bundes** gehörten die Karlsbader Beschlüsse von 1819, die die Zensur der Presse und Strafen für jegliche Form von Kritik am System einführten.

M 2 Gebiet des Deutschen Bundes (1815–1866)

Hinweis: Eine größere Karte befindet sich im Umschlag hinten.

Liberalismus und Nationalismus als revolutionäre Triebfedern

Gegen die Rückkehr zur alten politischen Ordnung wandten sich zwei politische Strömungen: der **Liberalismus** und der **Nationalismus**. Ersterer knüpfte sowohl an die Gedanken der Französischen Revolution als auch an die Forderungen der Aufklärung an. Er stellte die ständische Gesellschaftsordnung sowie das absolutistische Herrschaftssystem infrage. Die Liberalen traten für persönliche Freiheit ein, indem sie an die Vernunft und Eigenverantwortung des Menschen appellierten, um der individuellen Freiheit willen nicht die Freiheit des anderen einzuschränken. Diese Freiheit sollte durch einen Rechts- und Verfassungsstaat abgesichert werden, dem die Aufgabe zukam, auf der Basis von **Menschen- und Bürgerrechten** zwischen Einzelinteressen und den Interessen des Allgemeinwohls zu vermitteln. Die gleichberechtigten Staatsbürger sollten an den politischen Entscheidungen des Staates beteiligt werden. Neben dem Liberalismus bestimmte die Idee des **Nationalismus** die politische Auseinandersetzung zwischen Teilen des Bürgertums und den monarchischen Regierungen. Die Anhänger des Nationalismus hatten die Vorstellung von einer einheitlichen Nation, d. h. einer durch Sprache, Kultur und Geschichte miteinander verbundenen Gruppe, die sich von anderen Gruppen abgrenzte und in einem Staat organisierte. Beide Strömungen forderten die Einführung einer **konstitutionellen Monarchie** und die Beteiligung der Bevölkerung oder ihrer Vertreter an politischen Entscheidungen.

Auf dem Weg zur bürgerlichen Gesellschaft

Trotz der Restauration auf politisch-institutioneller Ebene kam es in der Zeit des Vormärz auf politisch-gesellschaftlicher Ebene zu Entwicklungen, die die moderne Umgestaltung der Gesellschaft einleiteten. Die vom **Adel** dominierte Ständegesellschaft löste sich auf. An ihre Stelle trat eine **bürgerliche Gesellschaft**, in der Leistung und Bildung sozialen Aufstieg ermöglichten. Dabei handelt es sich um einen längeren Prozess, der von der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis weit ins 20. Jahrhundert reichte: Die beginnende Industrialisierung brachte mehr Unternehmer, Kaufleute und Bankiers hervor. Der Ausbau der Universitäten und des Schulsystems erweiterte die Zahl der Gebildeten. Mit **Bürgertum** waren nun nicht mehr die Stadtbürger mit bestimmten Sonderrechten gemeint, sondern zahlreiche Gruppierungen, u. a. das **Groß-, Besitz- bzw. Wirtschaftsbürgertum** (siehe S. 76 ff.).

Reaktionen der Bevölkerung nach 1832

▶ M 6: Maßnahmen des Deutschen Bundes nach 1832

Nach dem Hambacher Fest 1832 versuchten die Regierungen jeglichen Freiraum für politische Betätigung noch weiter einzuschränken. Dies rief unterschiedliche Reaktionen in der Bevölkerung hervor.
Ein großer Teil der Bevölkerung zog sich **in den privaten Bereich** zurück. Man beteiligte sich an Gesangs- und Wohltätigkeitsvereinen, die keinen politischen Anspruch hatten. Im Vordergrund stand die Geselligkeit. Einen hohen Stellenwert genossen die

▶ M 7–M 10: Reaktionen auf die restaurative Politik („Biedermeier", Lesekabinette und Feste)

Familie und das Heim als Rückzugsort. Hausmusik, Lektüre von Literatur und kleinere gesellige Runden gehörten zu den wichtigen Aktivitäten. Diese Haltung und Lebensführung des „**Biedermeier**" war besonders im Bürgertum verbreitet. Die unteren Schichten konnten sich ein solches Verhalten nicht leisten, da bei ihnen die Sicherung des Lebensunterhaltes im Vordergrund stand.

Ein Teil des Bürgertums wiederum engagierte sich zunehmend für politische Belange und **forderte Freiheitsrechte, politische Beteiligung** und eine **nationale Einigung.** Sie informierten sich über Politik und diskutierten darüber in kleinen Runden. Andere nutzten die Landtage in Bayern, Baden und Württemberg als Plattformen, um ihre politischen Überzeugungen in die Öffentlichkeit zu tragen und Kritik an den Regierungen zu üben. Es entstanden erste politische Vereine, die zur Ausarbeitung von liberalen und demokratischen Programmen beitrugen. Auch einige Professoren äußerten sich immer wieder kritisch zur restaurativen Politik der Landesfürsten. Das bekannteste Beispiel sind die „**Göttinger Sieben**"*. Sieben Hochschulprofessoren protestierten 1837 gegen die Aufhebung der liberalen Verfassung durch König Ernst August I. von Hannover und wurden daraufhin entlassen, drei von ihnen mussten sogar das Land verlassen. Die Bevölkerung unterstützte die Professoren durch Spendensammlungen. Ihre Protestschrift gelangte durch Studenten in andere deutsche Staaten des Deutschen Bundes und fand auch in der Presse große Aufmerksamkeit.

▶ M 11–M 14: Reaktionen auf die restaurative Politik („Göttinger Sieben", Georg Büchner)

„Göttinger Sieben"
Führender Kopf war der Staatsrechtler und Historiker Christoph Friedrich Dahlmann. Dazu zählten auch der Jurist Wilhelm Eduard Albrecht, der Theologe und Orientalist Georg Heinrich August Ewald, der Historiker Georg Gottfried Gervinus, die Germanisten Jakob und Wilhelm Grimm sowie der Physiker Wilhelm Weber. Alle Professoren kamen letztlich an anderen Universitäten unter, Ewald und Weber kehrten 1849 nach Göttingen zurück. Dahlmann, Albrecht und Jacob Grimm gehörten der Nationalversammlung in der Paulskirche an.

Radikalere Ansichten vertraten einige Schriftsteller, die unter dem Namen „**Junges Deutschland**" bekannt wurden. Zu ihnen gehörten u. a. die Schriftsteller Heinrich Heine und Ludwig Börne. Sie traten in ihren Schriften für demokratische Freiheitsrechte und die Abschaffung der Monarchie ein. Der junge Georg Büchner ging über diese Forderungen noch hinaus und rief u. a. in der Flugschrift „Der Hessische Landbote" die Bauern zur Revolution auf, um eine gerechtere Gesellschaftsordnung durchzusetzen. Viele kritische Autoren wurden von den staatlichen Behörden mit dem Verbot ihrer Schriften und Haft bedroht, einige von ihnen flüchteten ins Ausland.

▶ M 15: Bilanz: Bevölkerung und Politik im Vormärz aus Historikersicht

Trotz ständig drohender Verbote und Zensur wuchs die Politisierung der Bevölkerung, insbesondere des Bürgertums. Vereine sowie Zeitungen und Druckschriften schufen eine **neue Form von Öffentlichkeit**, in der politische Fragen diskutiert wurden (siehe S. 48 ff.). Die sogenannte „Rheinkrise" von 1840, als Frankreich den Rhein als Grenze forderte, verstärkte erneut die Forderungen nach einem deutschen Nationalstaat und damit die nationalen Ideen.

1 Beschreiben Sie das Bild M 1 vom Festzug zum Hambacher Schloss 1832. Achten Sie besonders auf die verschiedenen Menschen des Festzuges. Nutzen Sie die Informationen im DT auf S. 16.
2 Nennen Sie die Gründe für den Protest auf dem Hambacher Fest und geben Sie zentrale Forderungen wieder (DT, S. 16, M 3–M 5).
3 Arbeiten Sie aus M 6 die restaurative Politik nach dem Hambacher Fest heraus.
4 **Arbeitsteilige Gruppenarbeit:** Charakterisieren Sie unterschiedliche Reaktionen der Bevölkerung auf die restaurative Politik des Deutschen Bundes, indem Sie in Kleingruppen eines der folgenden Themen bearbeiten.
a) Bürgertum: Rückzug ins Private (M 7 und M 8)
b) Bürgertum: politisches Interesse (M 9 und M 10)
c) die Professoren „Göttinger Sieben" (M 11 und M 12)
d) der Schriftsteller Georg Büchner (M 13 und M 14)
Berücksichtigen Sie dabei auch den entsprechenden DT.
Tipp: Achten Sie bei den Einträgen in die digitale Pinnwand auf aussagekräftige Oberbegriffe und fügen Sie kurze Erläuterungen hinzu, damit die anderen Gruppen einen schnellen Überblick bekommen. Verwenden Sie auch relevante GDB.
5 **Diskussion:** Diskutieren Sie im Kurs, inwieweit sich das Historikerurteil M 15 durch Ihre Arbeitsergebnisse bestätigen lässt.

Das Hambacher Fest 1832

M 3 Rede von Johann Georg August Wirth auf dem Hambacher Fest, 1832

Das Land, das unsere Sprache spricht, das Land, wo unsere Hoffnung wohnt, […] dieses schöne Land wird verwüstet und geplündert, zerrissen und entnervt, geknebelt und entehrt. Reich an allen Hülfsquellen der Natur sollte es für alle seine Kinder die Wohnung der Freude und der Zufriedenheit seyn, allein ausgesogen von 34 Königen, ist es für die Mehrzahl seiner Bewohner der Aufenthalt des Hungers, des Jammers und des Elends. […]

Darum, deutsche Patrioten, wollen wir die Männer wählen, die durch Geist, Feuereifer und Charakter berufen sind, das große Werk der deutschen Reform zu beginnen und zu leiten; wir werden sie […] auch durch unsere Bitten bewegen, den heiligen Bund sofort zu schließen […]. Er möge unser Volk erwecken, um von innen heraus, ohne äußere Einmischung, die Kraft zu Deutschlands Wiedergeburt zu erzeugen; er möge auch zu gleicher Zeit mit den reinen Patrioten der Nachbarländer sich verständigen, und wenn ihm Garantien für die Integrität unseres Gebietes gegeben sind, dann möge er immerhin auch die brüderliche Vereinigung suchen, mit den Patrioten aller Nationen, die für Freiheit, Volkshoheit und Völkerglück das Leben einzusetzen entschlossen sind.

Hoch! dreimal hoch leben die vereinigten Freistaaten Deutschlands! Hoch! dreimal hoch das conföderirte[1] republikanische Europa!

*Zit. nach: https://www.demokratiegeschichte.eu/fileadmin/user_upload/Material/Rede_Wirth__Material_.pdf (Download vom 9. Juni 2022).**

1 *conföderirte:* vereinigte

M 4 Rede von Philipp Siebenpfeiffer auf dem Hambacher Fest, 1832

Und es wird kommen der Tag, der Tag des edelsten Siegstolzes, wo der Deutsche vom Alpengebirg und der Nordsee, vom Rhein, der Donau und der Elbe den Bruder im Bruder umarmt, wo die Zollstöcke[1] und die Schlagbäume, wo alle Hoheitszeichen der Trennung und Hemmung und Bedrückung verschwinden samt den Konstitutiönchen[2], die man etlichen mürrischen Kindern der großen Familie als Spielzeug verlieh; wo freie Straßen und freie Ströme den freien Umschwung aller Nationalkräfte und Säfte bezeugen; wo die Fürsten die bunten Hermeline[3] feudalistischer Gottstatthalterschaft mit der männlichen Toga deutscher Nationalwürde vertauschen und der Beamte, der Krieger, statt mit der Bedientenjacke des Herrn und Meisters, mit der Volksbinde sich schmückt.

[…] wo das deutsche Weib nicht mehr die dienstpflichtige Magd des herrschenden Mannes, sondern die freie Genossin des freien Bürgers, unsern Söhnen und Töchtern schon als stammelnden Säuglingen die Freiheit einflößt.

[…] wo der Bürger nicht in höriger Untertänigkeit den Launen des Herrschers, […] sondern dem Gesetze gehorcht, und auf den Tafeln des Gesetzes den eigenen Willen liest und im Richter den frei erwählten Mann seines Vertrauens erblickt;

[…] es lebe das freie, das einige Deutschland!

[…] Hoch lebe jedes Volk, das seine Ketten bricht und mit uns den Bund der Freiheit schwört!

Vaterland – Volkshoheit – Völkerbund hoch!

*Das Nationalfest der Deutschen zu Hambach, beschrieben v. J[ohann] G[eorg] A[ugust] Wirth, Landau 1832, S. 34 ff.**

1 *Zollstöcke:* Zollgrenzen zwischen den einzelnen Staaten des Deutschen Bundes
2 *Konstitutiönchen:* Verkleinerungsform von Konstitution, Verfassung. Wirth meint die in einigen Staaten des Deutschen Bundes eingeführten Verfassungen, die aber nur begrenzte Partizipationsmöglichkeiten für die Bevölkerung enthielten.
3 *Hermeline:* Königsmantel mit einem Hermelinfell

M 5 Der Historiker Dieter Langewiesche über den Nationalismus im 19. Jahrhundert, 1992

Wer sich zur modernen Idee der Nation bekannte, richtete eine Kampfansage an die überlieferte Ständegesellschaft mit ihrem dichten Geflecht an Privilegien und Ausgrenzungen. Auch wo ein gemeinsamer Staat bereits bestand, wie in Frankreich, wirkte die Idee der Nation als ein egalitärer[1] Zukunftsentwurf. Er versprach jedermann – Frauen wurden noch nicht in das Egalitätsversprechen einbezogen – politische und rechtliche Gleichberechtigung. Und er säkularisierte[2] den Glücksanspruch des Individuums. Denn „Nation" als Zukunftsverheißung akzeptierte nicht mehr die Zwänge einer vermeintlich gottgefügten weltlichen Ordnung. Sie gab sich auch nicht mehr damit zufrieden, auf die Egalität des Jenseits vertröstet zu werden. Deshalb war das Zukunftsmodell „Nation" eine potenziell revolutionäre Kraft. Dies gilt für alle Staaten, die unter den Einfluss des modernen Nationalismus gerieten. Nirgendwo überlagerten sich die Probleme jedoch so massiv und wurden deshalb so brisant wie in Deutschland.

Dieter Langewiesche, Reich, Nation und Staat in der jüngeren deutschen Geschichte, in: Historische Zeitschrift, Oldenbourg, Bd. 254, 1992, S. 343 ff.

1 *egalitär, Egalität:* politische, rechtliche und soziale Gleichheit aller Menschen
2 *säkularisiert:* der Kirche entziehen, verstaatlicht

Die restaurative Politik

M 6 Zweiter Bundesbeschluss über Maßregeln zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ruhe und Ordnung im Deutsche Bunde, 1832

Nach dem Hambacher Fest reagierte der Deutsche Bund u. a. mit den „Zehn Artikeln" des zweiten Bundesbeschlusses vom 5. Juli 1832:

In Erwägung der gegenwärtigen Zeitverhältnisse und für die Dauer derselben, beschließt die Bundesversammlung, in Gemäßheit der ihr obliegenden Verpflichtung, die gemeinsamen Maaßregeln zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu berathen, […] wie folgt:

Art. 1. Keine in einem nicht zum Deutschen Bunde gehörenden Staate in Deutscher Sprache in Druck erscheinende Zeit- oder nicht über zwanzig Bogen betragende sonstige Druckschrift politischen Inhalts darf in einem Bundesstaate ohne vorgängige Genehmhaltung der Regierung desselben zugelassen und ausgegeben werden; gegen die Übertreter dieses Verbots ist ebenso wie gegen die Verbreiter verbotener Druckschriften zu verfahren.

Art. 2. Alle Vereine, welche politische Zwecke haben, oder unter anderem Namen zu politischen Zwecken benutzt werden, sind in sämmtlichen Bundesstaaten zu verbieten und ist gegen deren Urheber und die Theilnehmer an denselben mit angemessener Strafe vorzuschreiten.

Art. 3. Außerordentliche Volksversammlungen und Volksfeste, nämlich solche, welche bisher hinsichtlich der Zeit und des Ortes weder üblich noch gestattet waren, dürfen unter welchem Namen und zu welchem Zwecke es auch immer sey, in keinem Bundesstaate, ohne vorausgegangene Genehmigung der competenten Behörde, stattfinden.

Diejenigen, welche zu solchen Versammlungen oder Festen durch Verabredung oder Ausschreiben Anlass geben, sind einer angemessenen Strafe zu unterwerfen. […]

*Wolfgang Hardtwig/Helmut Hinze (Hg.), Vom Deutschen Bund zum Kaiserreich. Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung, Bd. 7, Reclam, Stuttgart 1997, S. 99 f.**

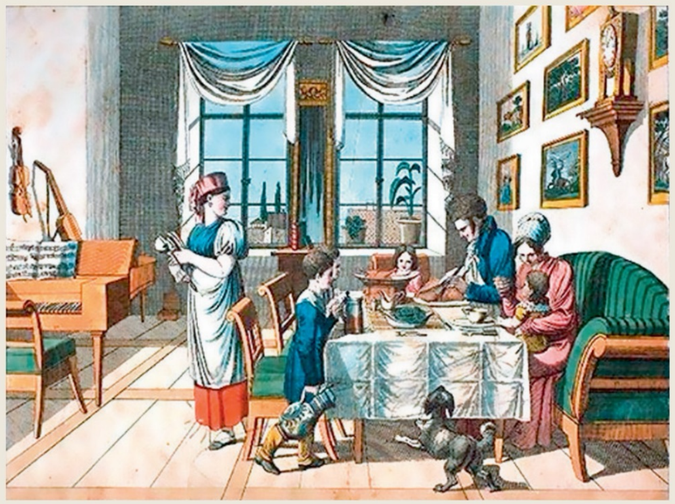
Reaktionen auf die restaurative Politik

M 7 Die Historikerin Olivia Fuhrich über den Begriff „Biedermeier", 2017

Nach den politischen Unruhen zu Beginn des 19. Jahrhunderts und den gescheiterten Versuchen, einen deutschen Nationalstaat mit Mitbestimmungsrecht und Meinungsfreiheit durchzusetzen, entstand zunehmend Misstrauen in der Bevölkerung und viele Bürgerliche wandten sich enttäuscht von der Politik ab. Die Zeit ihres Rückzuges ins Häuslich-Private mit dem Wunsch nach einer kleinbürgerlich-familiären Idylle wird später als die Epoche des „Biedermeier" bezeichnet. Sowohl die Wohnkultur und Kleidermode als auch die Malerei und Literatur dieser Zeit zeugen von einer heimeligen Gemütlichkeit, von Schlichtheit und Zweckmäßigkeit, der Freude an kleinen Dingen und einer beschränkten Welt mit geordneten Sozialverhältnissen.

*Zit. nach: www.dhm.de/lemo/kapitel/vormaerz-und-revolution/kunst-und-kultur/biedermeier.html (Download vom 31. März 2023).**

M 8 „Das Mittagessen" von J. M. Voltz, kolorierter Stich, um 1835



▶ Übung

M 9 „Das Lesekabinett", Gemälde von Heinrich Lukas Arnold, 1840.

In den 1840er-Jahren entstanden zahlreiche Leserunden, die sich in Wirtshäusern, Cafés oder privaten Salons zusammenfanden, um die politische Lage zu diskutieren.

Informationen zum Gemälde „Das Lesekabinett"

joqeni

M 10 Der Politikwissenschaftler Wilhelm Bleek über die Bedeutung von Festen im Vormärz, 2019

Politische Feste wirkten als Scharniere zwischen dem gesellschaftlichen Bereich und der politischen Sphäre. Bürger identifizierten sich im geselligen Rahmen – zu dem neben Reden und Unterhaltungen auch gemeinsames Schreiten, Singen und Essen gehörten – mit den Stimmungen der auf politischen Wandel drängenden Bewegung. Die Feste mochten in noch so friedlichem und geordnetem Rahmen ablaufen, der sich in ihnen zeigende Wille zur Veränderung wurde von den konservativen Kräften instinktiv erkannt und planmäßig unterdrückt.

Das hatte eine Verlagerung der vormärzlichen Festkultur in äußerlich unpolitische Aktivitäten zur Folge. Als Beispiel seien das Dürerfest 1828 und die Gutenbergfeste von 1837 und 1840, aber auch die zahlreichen regionalen, schließlich gesamtdeutschen Sänger- und Turnerfeste genannt. Doch auch bei diesen scheinbar unpolitischen Festen, die zu Unrecht als Rückzug in eine für die Biedermeierzeit typische politikferne Bürgerlichkeit abgetan werden, blieb das auf politische Beteiligung und Veränderung drängende Potenzial erhalten, wartete nur auf günstigere Rahmenbedingungen.

Wilhelm Bleek, Vormärz. Deutschlands Aufbruch in die Moderne 1815–1848, C. H. Beck, München 2019, S. 172 f.

M 11 Auszug aus dem Protestschreiben der „Göttinger Sieben", 1837

Die Unterzeichneten können sich bei aller schuldigen Ehrfurcht vor dem Königlichen Wort in ihrem Gewissen nicht davon überzeugen, daß das Staatsgrundgesetz um deßhalb rechtswidrig errichtet, mithin ungültig sei, weil der Höchstselige König nicht den ganzen Inhalt desselben auf Vertrag gegründet, sondern bei seiner Verkündigung einige Anträge der allgemeinen Ständeversammlung ungenehmigt gelassen und einige Abänderungen hinzugefügt hat, ohne daß diese zuvor den allgemeinen Ständen mitgetheilt und von ihnen genehmigt wären[1].

[…] Wenn daher die unterthänigst Unterzeichneten sich nach ernster Erwägung der Wichtigkeit des Falles nicht anders überzeugen können, als dass das Staatsgrundgesetz seiner Errichtung und seinem Inhalt nach gültig sei, so können sie auch es nicht stillschweigend geschehen lassen, daß dasselbe ohne weitere Untersuchung, allein auf dem Wege der Macht zu Grunde gehe. Ihre unabweisliche Pflicht vielmehr bleibt, wie sie hiemit thun, offen zu erklären, dass sie sich durch ihren auf das Staatsgrundgesetz geleisteten Eid fortwährend verpflichtet halten müssen, und daher weder an der Wahl eines Deputirten zu einer auf andern Grundlagen als denen des Staatsgrundgesetzes berufenen allgemeinen Ständeversammlung Theil nehmen, noch die Wahl annehmen, noch endlich eine Ständeversammlung, die im Widerspruch mit den Bestimmungen des Staats-

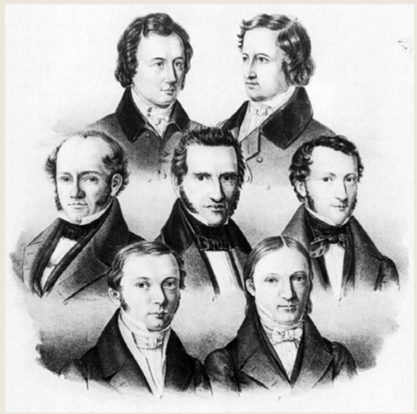
grundgesetzes zusammentritt, als rechtmäßig bestehend anerkennen dürfen.
Wenn die ehrerbietigst unterzeichneten Mitglieder der Landesuniversität hier als Einzelne auftreten, so geschieht es nicht, weil sie an der Gleichmäßigkeit der Überzeugung ihrer Collegen zweifeln, sondern weil sie so früh als möglich sich vor den Conflicten sicher zu stellen wünschen, welche jede nächste Stunde bringen kann. Sie sind sich bewußt, bei treuer Wahrung ihres amtlichen Berufs die studirende Jugend stets vor politischen Extremen gewarnt, und, so viel an ihnen lag, in der Anhänglichkeit an ihre Landesregierung befestigt zu haben. Allein das ganze Gelingen ihrer Wirksamkeit beruht nicht sicherer auf dem wissenschaftlichen Werthe ihrer Lehren als auf ihrer persönlichen Unbescholtenheit. Sobald sie vor der studirenden Jugend als Männer erscheinen, die mit ihren Eiden ein leichtfertiges Spiel treiben, eben sobald ist der Segen ihrer Wirksamkeit dahin. Und was würde Sr. Majestät dem Könige der Eid unserer Treue und Huldigung bedeuten, wenn er von Solchen ausgienge, die eben erst ihre eidliche Versicherung freventlich[2] verletzt haben?

*Ernst Rudolf Huber, Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 1, Deutsche Verfassungsdokumente 1803–1850, 3. bearb. Aufl., Kohlhammer, Stuttgart 1978, S. 295 f.**

1 Der neue König Ernst August von Hannover hatte die Verfassung seines Vorgängers mit der Begründung aufgehoben, dass sie „rechtswidrig" zustande gekommen sei. Die Unterzeichner stellen diese Begründung hier mit rechtlichen Argumenten infrage.
2 *freventlich:* verwerflich, frevelhaft

M 12 Die „Göttinger Sieben" auf einer Lithografie von Eduard Ritmüller, 1837.

jeweils v. l. n. r.: oben: Wilhelm Grimm, Jacob Grimm; Mitte: Wilhelm Albrecht, Friedrich Dahlmann, Georg Gervinus; unten: Wilhelm Weber, Heinrich Ewald.



M 13 Auszug aus „Der Hessische Landbote" von Georg Büchner, 1834

Georg Büchner (1813–1837) gründete 1834 in Gießen die „Gesellschaft für Menschenrechte" und verbreitete die radikaldemokratische Flugschrift „Der Hessische Landbote", die vor allem bei der Landbevölkerung auf Interesse stieß. Die Behörden verboten die Schrift. Büchner wurde mehrfach verhaftet und floh erst nach Straßburg, dann in die Schweiz.

Dieses Blatt soll dem hessischen Lande die Wahrheit melden, aber wer die Wahrheit sagt, wird gehängt, ja sogar der, welcher die Wahrheit liest, wird durch meineidige Richter vielleicht gestraft. Darum haben die, welchen dies Blatt zukommt, Folgendes zu beachten:

1. Sie müssen das Blatt sorgfältig außerhalb ihres Hauses vor der Polizei verwahren;
2. sie dürfen es nur an treue Freunde mitteilen;
3. denen, welchen sie nicht trauen wie sich selbst, dürfen sie es nur heimlich hinlegen;
4. würde das Blatt dennoch bei einem gefunden, der es gelesen hat, so muss er gestehen, dass er es eben dem Kreisrat habe bringen wollen;
5. wer das Blatte nicht gelesen hat, wenn man es bei ihm findet, der ist natürlich ohne Schuld.

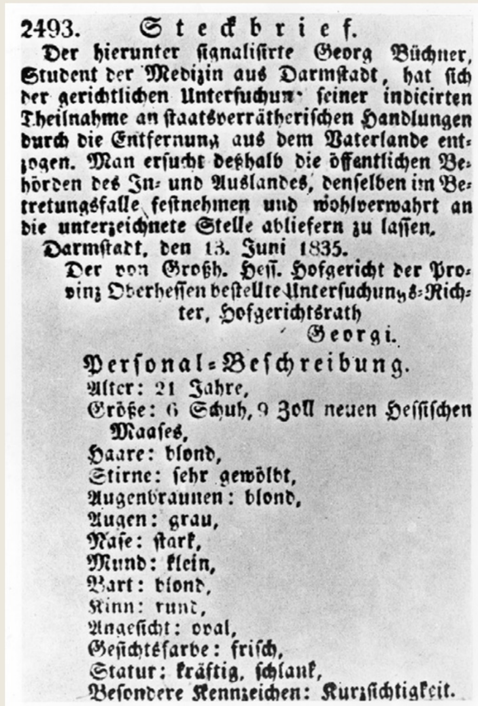
FRIEDE DEN HÜTTEN! KRIEG DEN PALÄSTEN!
Im Jahre 1834 siehet es aus, als würde die Bibel Lügen gestraft. Es sieht aus, als hätte Gott die Bauern und Handwerker am fünften Tage und die Fürsten und Vornehmen am sechsten gemacht und als hätte der Herr zu diesen gesagt: „Herrschet über alles Getier, das auf Erden kriecht" und hätte die Bauern und Bürger zum Gewürm gezählt. Das Leben der Vornehmen ist ein langer Sonntag: Sie wohnen in schönen Häusern, sie tragen zierlich Kleider, sie haben feiste[1] Gesichter und reden eine eigene Sprache; das Volk aber liegt vor ihnen wie Dünger auf dem Acker. Der Bauer geht hinter dem Pflug, der Vornehme aber geht hinter ihm und dem Pflug und treibt ihn mit den Ochsen am Pflug, er nimmt das Korn und lässt ihm die Stoppeln. Das Leben des Bauern ist ein langer Werktag: Fremde verzehren seine Äcker vor seinen Augen, sein Leib ist eine Schwiele[2], sein Schweiß ist das Salz auf dem Tische des Vornehmen.

Georg Büchner, Werke und Briefe, Insel Verlag, Frankfurt/M. 1953, S. 171.

1 *feist:* dick, fett
2 *Schwiele:* Verdickung der Hornhaut durch harte Arbeit

M 14 Steckbrief zu Georg Büchner, 1835.

Im August 1834 wurde Büchner wegen der Flugschrift „Der Hessische Landbote" von einem Richter verhört, aber nicht verhaftet. Im März 1835 floh er aus Angst vor einer Verhaftung nach Straßburg. Da er einer weiteren Vorladung durch einen Richter nicht nachkam, wurde Büchner schließlich steckbrieflich gesucht.



2493. Steckbrief.
Der hierunter signalisirte Georg Büchner, Student der Medizin aus Darmstadt, hat sich der gerichtlichen Untersuchung seiner indicirten Theilnahme an staatsverrätherischen Handlungen durch die Entfernung aus dem Vaterlande entzogen. Man ersucht deshalb die öffentlichen Behörden des In- und Auslandes, denselben im Betretungsfalle festnehmen und wohlverwahrt an die unterzeichnete Stelle abliefern zu lassen.
Darmstadt, den 13. Juni 1835.
Der von Großh. Hess. Hofgericht der Provinz Oberhessen bestellte Untersuchungs-Richter, Hofgerichtsrath
Georgi.
Personal-Beschreibung.
Alter: 21 Jahre,
Größe: 6 Schuh, 9 Zoll neuen Hessischen Maases,
Haare: blond,
Stirne: sehr gewölbt,
Augenbraunen: blond,
Augen: grau,
Nase: stark,
Mund: klein,
Bart: blond,
Kinn: rund,
Angesicht: oval,
Gesichtsfarbe: frisch,
Statur: kräftig, schlank,
Besondere Kennzeichen: Kurzsichtigkeit.

▶ Hilfe

Bilanz: Bevölkerung und Politik im Vormärz

M 15 Die Historiker Hans-Werner Hahn und Helmut Berding über Wandel und Beharrung im Vormärz, 2009

Der wirtschaftliche und soziale Wandel ging mit einer wachsenden Politisierung der Gesellschaft einher. Die politische Unterdrückung im Deutschen Bund hat diesen Prozess zwar behindern, aber nicht mehr umkehren können. Durch neue Entwicklungen im Bereich von Öffentlichkeit und Kommunikation verstärkte sich die Differenzierung der politischen Lager. Zugleich verschärften sich die Auseinandersetzungen zwischen den auf Veränderung drängenden Kräften und den an der alten Ordnung festhaltenden Regierenden. Die oppositionellen Gruppen begannen sich zudem immer stärker auch auf der nationalen Ebene zu formieren. Zum einen lag dies an der Erkenntnis, dass die freiheitlichen gesellschaftlichen Ziele der liberalen und demokratischen Kräfte nur durch eine festere politische Verklammerung der deutschen Staaten – durch die nationalstaatliche Einigung – durchgesetzt und bewahrt werden konnten, zum anderen trugen auch die Entwicklungen im europäischen Staatensystem zum Aufschwung der nationalstaatlichen Bestrebungen bei.
Dennoch dürfen diese Beschleunigungs- und Modernisierungsprozesse nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Elemente der Beharrung und Tradition im deutschen Vormärz […] in vielerlei Hinsicht noch immer eine wichtigere Rolle spielten. Die großen regionalen Differenzen, die wirtschaftlichen und sozialen Strukturgefälle, die Unterschiede zwischen Stadt und Land, abweichende politische Ordnungen, die jeweiligen historischen Traditionen sowie die Verschiedenartigkeit der konfessionellen und mentalen Verhältnisse trugen dazu bei, dass diese Entwicklungen im deutschsprachigen Raum nicht gleichartig verliefen. […]
Im deutschen Liberalismus standen moderne, an Westeuropa orientierte Freiheitsvorstellungen neben älteren Vorstellungen von „Deutscher Freiheit" und „Gemeindefreiheit"[1]. Fortschrittliche politische Ordnungsvorstellungen verbanden sich mit dem Ideal einer patriarchalisch geprägten bürgerlichen Mittelstandsgesellschaft, das noch aus einer vorrevolutionären und vorindustriellen Wirklichkeit heraus entwickelt worden war. Andererseits bedienten sich auch die Gegner der liberalen Einheits- und Verfassungskonzepte durch Gründung von Zeitungen und Vereinen moderner Instrumente, um konservativen Politikvorstellungen auf einem sich allmählich formierenden politischen Markt größtmöglichen Anhang zu verschaffen.

*Hans-Werner Hahn/Helmut Berding, Reformen, Restauration und Revolution 1806–1848/49, Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 14, 10. völlig neu bearb. Aufl., Klett-Cotta, Stuttgart 2009, S. 43 ff.**

1 *„Gemeindefreiheit":* Freiheit in der untersten Staatsebene, in den politischen Gemeinden, selbstständig über ihr Angelegenheiten bestimmen zu können

Eine Karikatur analysieren und interpretieren

M 1 Die Verwandlung des Revolutionärs in den deutschen Michel im Lauf des Jahres 1848, Holzstich. Karikatur, erschienen in der Satirezeitschrift „Eulenspiegel“ vom 24. März 1849

Der Begriff Karikatur leitet sich von dem italienischen Verb ***caricare*** = überladen, übertreiben ab. Schon in der Antike und im Mittelalter gab es satirische und verzerrende Darstellungen von Personen und Vorgängen. Doch entstanden erst in der Frühen Neuzeit die Bedingungen, unter denen sich die Wirkung von Karikaturen entfalten konnte. Die Karikatur brauchte die Öffentlichkeit, an deren Entstehung der Buchdruck ab etwa 1500 maßgeblich beteiligt war. Die Karikatur erlebte ihre erste Blüte während der Reformation und im Bauernkrieg Anfang des 16. Jahrhunderts. Die Französische Revolution löste einen weiteren Aufschwung der Karikatur aus. Drucktechnische Erfindungen am Ende des 18. Jahrhunderts trugen entscheidend zur besseren Verbreitung der Karikaturen bei. So kann das gesamte 19. Jahrhundert als Epoche der Karikatur bezeichnet werden.

Karikaturen stehen immer in Bezug zu realen Personen, Ereignissen oder Zuständen – und damit zum geschichtlichen Kontext und zur Öffentlichkeit. Indem der Karikaturist Personen oder Zustände überzeichnet, gibt er sie der Lächerlichkeit preis und kritisiert sie. Dies funktioniert aber nur, wenn die Verzerrung die Wirklichkeit noch wiedererkennen lässt. Außerdem sollte die Absicht schnell erkennbar sein. Während uns dies heute bei tagespolitischen Ereignissen meist gelingt, müssen wir bei Karikaturen aus anderen Epochen erst den historischen Kontext erschließen.

Arbeitsschritte zur Analyse

1. Erster Eindruck
- Wie wirkt die Karikatur auf Sie? Welche Fragen wirft die Karikatur auf?

2. Formale Merkmale
- Wer hat die Karikatur gezeichnet bzw. in Auftrag gegeben?
- Wann und wo ist die Karikatur entstanden bzw. veröffentlicht worden?
- Gibt es einen Titel oder/und einen Zusatzkommentar? Ist ein Anlass erkennbar?
- Was thematisiert die Karikatur?

3. Analyse der einzelnen Elemente
- Welche Gestaltungsmittel sind verwendet worden?
  - Personen, Gegenstände, Orte, Situationen
  - Mimik, Gestik, Kleidung der Personen
  - Symbole, Allegorien, Beschriftungen, Größenordnungen
- Welche Bedeutung haben die einzelnen Gestaltungsmittel?
- Was ist die zentrale Bildaussage („Botschaft“)?
- In welchen historischen Zusammenhang (Epoche, Ereignisse, Strukturen, Prozesse bzw. Konflikte) lässt sich die Karikatur einordnen?

4. Interpretation/ Gesamtaussage
- Welche Intention wurde mit der Karikatur verfolgt?
- Welche Wirkung sollte beim zeitgenössischen Publikum erzielt werden?
- Mit welchen anderen Bild- und Textquellen lässt sich die Karikatur ggf. vergleichen?
- Werden die anfangs gestellten Fragen beantwortet? Welche Fragen bleiben offen?
- Wie lässt sich die Karikatur aus heutiger Sicht bewerten?

Übungsaufgabe

M 2 „Die unartigen Kinder“, Holzstich, 1847.
Die Beschriftungen lauten von links nach rechts: Pressefreiheit, Redefreiheit, Clubrecht, Petitionsrecht, Freies Versammlungsrecht. Auf der Karte im Hintergrund ist „Preussen“, „Oestreich“ und „Russland“ zu lesen.

1 Analysieren Sie die Karikatur M 2 mithilfe der Arbeitsschritte.
▶ *Lösungshinweise finden Sie auf S. 302.*

2 **Zusatzaufgabe:** Siehe S. 299.

Formulierungshilfen
- Zunächst wird der Blick auf … gelenkt.
- Die Karikatur mit dem Titel … von … aus dem Jahr … erschien in …
- Als Thema steht im Zentrum …
- Auf der Karikatur ist … zu sehen.
- Als Personen sind zu sehen …
- Im Vordergrund …, in der Bildmitte …, im Hintergrund ist zu erkennen …
- Besonders groß/auffallend ist …
- Die Mimik/Gestik/Blickrichtung der Figur(en) verdeutlicht …
- Die Person/Figur macht/zeigt …
- Gegenstände wie …/Kleidungsstücke wie … stehen symbolisch für …
- Die Beschriftungen verweisen auf …
- Anlass für die Karikatur war … Dies ist zu erkennen an …
- Die Karikatur hat die Intention/ zielt darauf ab/kritisiert …
- Die Karikatur wendet sich an …
- Insgesamt steht die Karikatur für …
- Aus heutiger Sicht …

1.2 Ursachen der Revolution von 1848/49

Welche Ursachen führten zum Ausbruch der Revolution von 1848/49 in Deutschland? In welchem europäischen Zusammenhang stand der Ausbruch der Revolution?

L Vorschlag für eine Lernaufgabe:
Erstellen Sie eine (digitale) Mindmap zu den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Gründen der Revolution von 1848/49. Die Arbeitsaufträge auf S. 27 helfen Ihnen dabei.

Soziale und wirtschaftliche Krise

Zum politischen Unmut über die restaurative Politik im **Deutschen Bund** nach 1832 (siehe S. 16 ff.) kamen in den 1840er-Jahren verstärkt Proteste gegen die sozialen Verhältnisse (M 1). Seit den 1830er-Jahren beherrschten Armut und Elend den Alltag vieler Menschen. Die Zeitgenossen prägten hierfür den Begriff **„Pauperismus"***.

Pauperismus (lat. pauper = arm)
Als Pauperismus werden die Massenarmut und ihre Begleiterscheinungen bezeichnet, die seit Anfang des 19. Jahrhunderts in bislang unbekanntem Ausmaß auftraten.

Das enorme Bevölkerungswachstum in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts konnte trotz verbesserter Methoden in der Landwirtschaft noch nicht durch steigende Erträge aufgefangen werden. Missernten lösten immer wieder Hungersnöte aus. Gleichzeitig setzte der Wandel von der Agrar- zur Industriegesellschaft ein. Auf dem **Land** sorgte die Abschaffung der Grundherrschaft zusammen mit der Umstellung auf eine marktorientierte Produktion für tiefgreifende soziale und wirtschaftliche Veränderungen. Viele Kleinbauern lebten am Rand des Existenzminimums und mussten als lohnabhängige Landarbeiter ihr Geld verdienen. Daher wanderten viele Menschen in die **Städte** ab, wo sie in den entstehenden Industriebetrieben Arbeit zu finden hofften. Die beginnende Industrialisierung führte zudem aufgrund der günstigeren Preise und der oft besseren Qualität der maschinell gefertigten Waren zum Niedergang des Heimgewerbes, insbesondere in der Textilherstellung. Die Wohnverhältnisse in den Städten waren aufgrund der Massenzuwanderung dramatisch. Viele Menschen mussten auf engstem Raum unter schlechten hygienischen Bedingungen leben. In den 1840er-Jahren waren die Bewohner zahlreicher deutscher Regionen nicht in der Lage, durch eigene Arbeit für ihren Lebensunterhalt aufzukommen. Das unverminderte Bevölkerungswachstum führte zu einem Arbeitskräfteüberschuss und in der Folge zu sinkenden Löhnen.

▶ M 4: Grafik Bauarbeiterlöhne 1825–1850

M 1 Volksunruhen in Deutschland (1816–1847)

Jahr	student.	religiös	politisch
1816–1829	13	9	4
1830–1839	13	20	72
1840–1847	5	17	33

Zit. nach: Richard Tilly, Kapital, Staat und sozialer Protest in der deutschen Industrialisierung, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1980, S. 154.

▶ M 5: Heinrich Heine, „Das Lied von den schlesischen Webern", 1844

▶ M 6: „Sturm", Zeichnung von Käthe Kollwitz, 1897

▶ M 7: Flugschrift „Der deutsche Hunger und die deutschen Fürsten", 1847

Soziale Proteste

Ein erstes deutliches Signal für die Zuspitzung der sozialen Krise war der **Aufstand der schlesischen Weber 1844**, der auf breite öffentliche Resonanz stieß. Publikationen wie das Weberlied des Dichters Heinrich Heine und verschiedene Flugschriften prägten die politische Meinungsbildung. Auslöser für die Unruhen war die unzureichende Bezahlung der in Heimarbeit tätigen Weber durch die Zwischenhändler („Verleger"), da durch den Einsatz von mechanischen Webstühlen in den Fabriken die Preise für Textilien sanken. Trotz Kinderarbeit und extrem langen Arbeitszeiten konnten viele Familien ihren Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten. Die sich in Schlesien ausbreitende Protestbewegung wurde schließlich gewaltsam vom preußischen Militär niedergeschlagen.

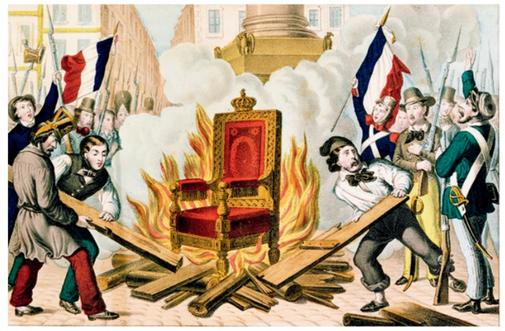
Die Jahre 1846 und 1847 waren durch die letzte große Hungersnot der vorindustriellen Zeit geprägt. Witterungsbedingte Missernten und eine grassierende Kartoffelfäule führten zu Lebensmittelknappheit. Diese wiederum ließ die Lebensmittelpreise stark steigen. Handwerker und Hilfsarbeiter konnten ihre Familien nicht mehr ernähren. Die sozialen Proteste breiteten sich 1847 über ganz Deutschland aus. In manchen Städten kam es in der Folge zu **„Brotunruhen"** (M 2). Staatliche Hilfen fielen viel zu gering aus, um die stetig wachsenden Spannungen zu verringern.

M 2 Brotunruhen in Stettin am 24. April 1847, Stich eines namenlosen Künstlers in den „Illustrated London News", 1847

Krisenstimmung in Europa 1848

Die Unzufriedenheit mit der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lage beschränkte sich nicht auf das Gebiet des Deutschen Bundes. In vielen Ländern Europas kam es zu Wirtschafts- und zum Teil auch zu Hungerkrisen, z. B. in Irland. In der Schweiz und in Italien wurden zudem Forderungen nach politischen Veränderungen, insbesondere nach Einführung von liberalen **Verfassungen** aufgestellt. Zum Auslöser für europaweite revolutionäre Aufstände wurde die **Februarrevolution von 1848 in Frankreich**. Der ursprünglich eher liberal regierende „Bürgerkönig" Louis-Philippe geriet immer stärker unter Druck durch Forderungen des **Bürgertums** nach einer Wahlrechtsreform sowie der Arbeiterschaft nach Maßnahmen gegen die soziale Not. Als der **König** die Reformen blockierte, kam es in Paris zu Protesten und schließlich zu Barrikadenkämpfen zwischen Aufständischen und Militär (M 3). Am 24. Februar dankte der König ab und floh nach England ins Exil. Die Aufständischen riefen daraufhin die zweite Französische **Republik** aus. Die Nachricht vom Erfolg der Revolution in Frankreich verbreitete sich mithilfe neuer Techniken, wie dem Telegrafen, sehr schnell. Drei Tage nach der Abdankung des Königs gingen in Mannheim etwa 4 000 **Bürgerinnen und Bürger** auf die Straße und forderten von der monarchischen Regierung politische Reformen.

M 3 Das Volk verbrennt den Thron von Louis-Philippe in Paris am 24. Februar 1848, kolorierte Lithografie, 1848

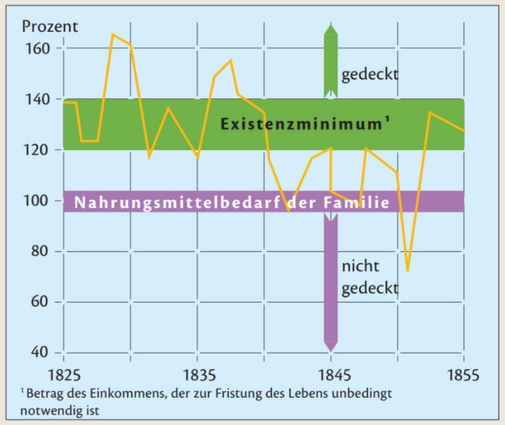


▶ M 8–M 9: Historikerurteile zu Ursachen der Revolution 1848

1 Arbeiten Sie mithilfe von M 1, M 2, M 4 und des DT wirtschaftliche und soziale Probleme im Vormärz heraus. Notieren Sie zentrale Punkte in Ihrer Mindmap.
2 Charakterisieren Sie den Aufstand der Weber 1844 als Beispiel sozialen Protests im Vormärz (M 5, M 6 und DT). Ergänzen Sie Ihre Mindmap an geeigneter Stelle.
3 a) Untersuchen Sie M 7 im Hinblick auf zentrale Aussagen und mögliche Adressaten. Beachten Sie dabei auch die sprachliche Gestaltung.
b) Erläutern Sie ausgehend von Ihrer Analyse den Zusammenhang von sozialen und politischen Missständen in den 1840er-Jahren. Berücksichtigen Sie dabei auch Ihre Ergebnisse aus dem Kapitel 1.1 (S. 16 ff.) ▶ Hilfe
4 Auslöser oder Ursache? Beurteilen Sie mithilfe des DT und M 3 die Bedeutung der Februarrevolution in Frankreich für die revolutionäre Entwicklung in Deutschland.
5 Überprüfen Sie Ihre Mindmap anhand von M 8 und M 9. Ergänzen Sie bei Bedarf.
6 **Partnerarbeit:** Tauschen Sie sich darüber aus, inwiefern Ihre Mindmap kurz- und langfristige Voraussetzungen der Revolution von 1848/49 zeigt. Unterscheiden Sie diese durch entsprechende Markierungen.

Soziale und wirtschaftliche Krisen

M 4 Kaufkraftschwankungen der Bauarbeiterlöhne in Leipzig (1825–1850).
Der Prozentsatz gibt an, zu welchem Anteil der Nahrungsmittelbedarf einer fünfköpfigen Familie gedeckt war.



¹ Betrag des Einkommens, der zur Fristung des Lebens unbedingt notwendig ist

M 5 „Das Lied von den schlesischen Webern" von Heinrich Heine, 10. Juni 1844
Das Gedicht erschien in der von Karl Marx herausgegebenen Zeitschrift „Vorwärts" in Paris. Es wurde in den folgenden Jahren auf Flugblättern im Gebiet des Deutschen Bundes verteilt.

Im düstern Auge keine Träne,
Sie sitzen am Webstuhl und fletschen die Zähne:
Deutschland, wir weben dein Leichentuch[1],
Wir weben hinein den dreifachen Fluch –
Wir weben, wir weben!

Ein Fluch dem Gotte, zu dem wir gebeten
In Winterskälte und Hungersnöten;
Wir haben vergebens gehofft und geharrt,
Er hat uns geäfft und gefoppt[2] und genarrt –
Wir weben, wir weben!

Ein Fluch dem König, dem König der Reichen,
Den unser Elend nicht konnte erweichen,
Der den letzten Groschen von uns erpresst,
Und uns wie Hunde erschießen lässt –
Wir weben, wir weben!

Ein Fluch dem falschen Vaterlande,
Wo nur gedeihen Schmach und Schande,
wo jede Blume früh geknickt,
Wo Fäulnis und Moder den Wurm erquickt –
Wir weben, wir weben!

Das Schifflein[3] fliegt, der Webstuhl kracht,
Wir weben emsig Tag und Nacht –
Altdeutschland, wir weben dein Leichentuch,
Wir weben hinein den dreifachen Fluch –
Wir weben, wir weben!

Zit. nach: https://www.aphilia.de/literatur-heinrich-heine-03-weberlied.html (Download vom 10. März 2023).

1 *Leichentuch:* Kampfansage an die bestehenden Verhältnisse sowie an die Machthaber
2 *nachäffen und foppen:* sich lustig machen, veralbern
3 *Schifflein:* Teil eines Handwebstuhls

▶ Weberlied

M 6 „Sturm", Zeichnung von Käthe Kollwitz, 1897.
Käthe Kollwitz (1867–1945) schuf 1897 eine Bildfolge zum Weberaufstand. Dieses Bild zeigt den Protest einer Gruppe von Weberinnen und Webern vor der Villa des Verlegers. Verleger waren Unternehmer, die Rohstoffe einkauften, sie zwischenlagerten und am Ende die fertigen Produkte verkauften. Die Handwerkerinnen und Handwerker stellten die Ware im Auftrag der Verleger her und erhielten pro Stück eine Bezahlung. Oft drückten die Verleger die Preise auf ein immer niedrigeres Niveau.

M 7 „Der deutsche Hunger und die deutschen Fürsten", anonyme Flugschrift, 1847
Wie ein Wüstenthier stürzt sich der hohläugige, knochige Geselle, der **Hunger**, über die deutschen Länder und ergreift seine Beute. Greift er die Fetten? Nein, dieses Raubthier hat ein anderes Gelüste als die anderen: es sucht nur magere Beute.
Wen frißt es nicht? Diejenigen, welche es gesandt haben. Wer sind die, welche den Hunger senden, selbst aber ihn nicht kennen? Es sind Diejenigen, die zu viel Gewalt haben und thun können, was sie wollen, oder zu viel Gold haben und kaufen können, was sie wollen, vor Allem aber Diejenigen, die Beides zugleich haben. Diese schaffen den Hunger. Sie selbst aber hungern nicht. Sie gebrauchen den Hunger als Jagdhund, um das Volk wie ein Wild vor die Flinten ihrer Henker treiben und es zu ihrem Vergnügen erlegen zu lassen.
Die das thun sind vor Allen die Fürsten. Die Fürsten hungern nicht, denn sie verschleudern Millionen, welche sie dem Volke abpressen, um es mit mittelalterlichem Glanz knechten und daneben allen ihren Lüsten fröhnen zu können.
Die Adelichen hungert nicht, denn sie strecken als Fürsten zweiter Klasse ihre Faust über halbe Länder hin und drücken die Abhängigen herzlos durch mittelalterliche Lasten nieder, um in Müßiggang und Schwelgerei ihre Nichtswürdigkeit hinzuschleppen.

Zit. nach: https://www.dhm.de/lemo/bestand/objekt/anonyme-flugschrift-gegen-die-in-deutschland-herrschende-hungersnot-18471848.html (Download vom 10. Januar 2023).

Historikerurteile zu den Ursachen der Revolution

M 8 Der Historiker Mike Rapport über die Ursachen der Revolution von 1848/49, 2023
Die sozialen und wirtschaftlichen Umbrüche, die sich hauptsächlich in Form von Armut auf dem Land und in den Städten manifestierten[1], waren ein weiterer langfristiger Auslöser der Revolution. Das Elend war in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die Bevölkerung […] stark angestiegen war, es aber kein nachhaltiges Wirtschaftswachstum gab, das ihnen Arbeit ermöglicht hätte, um sich zu ernähren. Das verarbeitende Gewerbe profitierte von der Nutzung der Kohle und Dampfmaschinen und neuen, kostengünstigen Produktionsformen. Doch vor 1850 überstieg die Produktion von Industriegütern die Kaufkraft der europäischen Verbraucher, sodass die Wirtschaft starke Auf- und Abschwünge durchlief. Diese Rezessionen[2] zogen Mitte bis Ende der 1840er-Jahre eine katastrophal hohe Arbeitslosigkeit nach sich. […]
In den 1840er-Jahren schien die Kapazität der Landwirtschaft, die wachsende Bevölkerung zu ernähren, in vielen Teilen Europas an ihre Grenzen zu stoßen. Ein Großteil der Bevölkerung lebte in Elend und bitterer Armut. […]
Zu den kurzfristigen Ursachen der Revolution von 1848 zählt vor allem die soziale Krise Mitte der 1840er-Jahre. […] Die Hungersnot war die Folge der gravierendsten Wirtschaftskrise des 19. Jahrhunderts. Eine Pilzerkrankung vernichtete die Kartoffelernten in Europa, indem sie die Kartoffeln, ein Grundnahrungsmittel der arbeitenden Bevölkerung, ungenießbar machte. […] [D]ie Auswirkungen der Kartoffelfäule […] wurden 1846 noch zusätzlich durch den Ausfall der Weizen- und Roggenernte verschärft. Die Todeszahlen stiegen, und es kam zu Unruhen. Vor allem im Deutschen Bund protestierten die Armen bei sogenannten Hungermärschen. Mit den steigenden Lebensmittelpreisen brach das verarbeitende Gewerbe in Europa zusammen, da sich die Menschen den Kauf von Industriegütern nicht mehr leisten konnten. Unternehmen mussten schließen, Arbeiter und Handwerker wurden entlassen und die Arbeitslosigkeit stieg sprunghaft an. Die massive Krise offenbarte, dass die konservativen Kräfte kaum in der Lage und auch nicht sonderlich bereit waren, etwas gegen die Probleme zu unternehmen.

*Mike Rapport, 1848/49. Ursachen, Entwicklung und Erbe einer europäischen Revolution, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 73. Jg., 2023, S. 11 f.**

1 *manifestieren:* sichtbar werden
2 *Rezession:* Rückgang der Wirtschaftskraft, wirtschaftliche Lage verschlechtert sich

M 9 Der Historiker Dieter Hein über die Ursachen der Revolution von 1848/49, 2019
Es war gerade die europäische Perspektive, der Blick auf die soziale Gärung und politische Unruhe in vielen Ländern des Kontinents, der der liberalen Opposition gegen den monarchisch-bürokratischen Obrigkeitsstaat auch in Deutschland die Zuversicht gab, dass die Entwicklung unaufhaltsam zu größerer politischer Freiheit und zu einem Europa der selbstbestimmten Nationen führen werde. Dramatisch verstärkte sich um die Jahreswende 1847/48 auch bei den gemäßigten, auf den Weg der Reform setzenden Sprechern der Opposition der Eindruck, dass, wenn nicht bald durchgreifende Veränderungen erfolgten, alles auf einen gewaltsamen Umbruch, auf eine Revolution zutreibe, ja, mehr noch, dass auch ihnen kaum etwas anderes übrigbleibe, als angesichts der starren Haltung der Monarchen und ihrer Regierungen auf diesen Weg zu setzen.

Dieter Hein, Die Revolution von 1848/49, 6. Aufl., C. H. Beck, München 2019, S. 11 f.

1.3 Die Revolution im März 1848 in Preußen und Bayern

Wie verlief die Revolution im März 1848 in Preußen und Bayern?

L Vorschlag für eine Lernaufgabe:
Geben Sie mithilfe einer Zeitleiste einen Überblick über die Ereignisse in Preußen bzw. in Bayern im März 1848 und präsentieren Sie Ihre Ergebnisse im Kurs. Die Arbeitsaufträge auf S. 31 unterstützen Sie dabei.

Beginn der Revolution

„Märzforderungen"
- Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit
- Wohlstand, Bildung und Freiheit für alle ohne Unterschied der Geburt und des Standes (Menschenrechte)
- Einberufung einer Nationalversammlung, gesamtdeutsche Verfassung
- Wahlrechtsreform
- allgemeine Volksbewaffnung
- Geschworenengerichte (Gerichte mit Laien aus der Bevölkerung)

Nach der Ausrufung der zweiten Französischen **Republik** (siehe S. 27) gingen ab Februar 1848 in verschiedenen europäischen Regionen und im **Deutschen Bund** Menschen auf die Straße und stellten Forderungen an die Regierungen. Die sogenannten **„Märzforderungen"*** wurden in nahezu allen deutschen Staaten aufgegriffen. Die meisten Fürsten reagierten aus Angst vor einer Radikalisierung der Proteste mit schnellen Zugeständnissen. Sie setzten neue Regierungen mit liberal gesinnten Ministern ein (**„Märzministerien"**), versprachen mehr Bürgerrechte und die Unterstützung eines gesamtdeutschen **Parlaments**. Der Bundestag in Frankfurt ordnete die **Aufhebung der Karlsbader Beschlüsse** an (siehe S. 17). Auch auf dem Land kam es zu Unruhen. Die Bauern forderten mehr Freiheiten in Bezug auf den Grundbesitz und geringere Abgaben.

Märzereignisse in Preußen

▶ M 3: Proklamation König Friedrich Wilhelm IV. vom 21. März 1848

▶ M 4: Der Historiker Frank Lorenz Müller über die Märzereignisse in Preußen

▶ M 5: Karikatur zu Friedrich Wilhelm IV.

In Preußen begannen die Proteste Anfang März 1848. Am 13. März war die Zahl der Demonstrierenden in Berlin bereits auf 20 000 Menschen angestiegen. Es kam zu ersten Zusammenstößen mit dem Militär. Zeitgleich versuchten die preußischen Minister **König** Friedrich Wilhelm IV. Zugeständnisse bezüglich der „Märzforderungen" abzuringen. Am **18. März** versammelten sich Tausende auf dem Schlossplatz zu einer Großdemonstration, als die Nachricht kam, dass der König bereit sei nachzugeben. Als sich der Monarch auf dem Balkon zeigte und eine Liste mit Reformen verlesen wurde, jubelte die Menge ihm zu. Doch Berater des Königs empfahlen die Räumung des Platzes durch das Militär. Als zwei Schüsse fielen und Demonstrierende trafen, errichteten die revoltierenden Menschen in kürzester Zeit Barrikaden und beschafften sich Waffen. Die folgenden Kämpfe forderten über 300 Todesopfer. König Friedrich Wilhelm IV. lenkte noch am 18. März ein, verfasste mit dem Aufruf „An meine lieben Berliner" ein Friedensangebot und versprach eine **Verfassung** für Preußen. Am nächsten Tag befahl er den Rückzug des Militärs und ehrte die auf dem Schlossplatz aufgebahrten Todesopfer (siehe S. 34 f.). Außerdem ernannte er eine Übergangsregierung, die am 29. März durch ein Kabinett mit liberalen Ministern ersetzt wurde. Mit der Proklamation „An mein Volk und an die deutsche Nation" sowie einem zeremoniellen Umritt mit Revolutionsfahne und schwarz-rot-goldener Armbinde präsentierte sich der König am 21. März als Anführer des revolutionären Umbruchs in Deutschland.

M 1 Straßenkämpfe in Berlin am 18./19. März 1848 in Berlin, Farblithografie von F. C. Nordmann, 1848

Märzereignisse in Bayern

In Bayern gab es schon seit 1847 verstärkt Spannungen zwischen König Ludwig I., der keine Mitbestimmung zulassen wollte, und der Bevölkerung. Den Hintergrund bildeten zum einen die wirtschaftliche Krise, zum anderen die autoritäre Politik des Königs, die sich u. a. in der Entlassung von liberal gesinnten Ministern, einschränkenden Maßnahmen gegen die Universität München und der Durchsetzung der Erhebung von Lola Montez, einer Tänzerin und Geliebten des Königs, in den Adelsstand zeigte. Bei Demonstrationen setzte Ludwig I. die Polizei ein. Anfang 1848 spitzte sich die Lage zu. Am 9. Februar verfügte der König die Schließung der Universität München. Demonstrationen von Studenten und Bürgern, die Reformen vom König forderten, waren die Folge. Als Ende Februar die Nachricht von der Absetzung des französischen Königs kam, verstärkten sich die Proteste in München, Augsburg und Nürnberg. Am 3. März verfassten Bürger in München eine Petition mit „Märzforderungen". Am nächsten Tag stürmten Demonstrierende das Münchener Zeughaus, die Waffenkammer der Regierung. Anschließend zogen sie weiter in die Stadt. Dort erreichte sie die Nachricht, dass der König der sofortigen Einberufung des Landtags zugestimmt hatte. Daraufhin jubelten sie dem König zu und legten ihre Waffen nieder, doch die Proteste hielten an. Erst als der König am 6. März in einer Proklamation der Umsetzung aller „Märzforderungen" zustimmte, beruhigte sich die Lage. Für den König war der Vorgang jedoch noch nicht abgeschlossen. Am 11. März entließ er den Innenminister, der die königliche Proklamation verfasst hatte, wegen „unerhörter Eigenmächtigkeiten". Doch am 19. März dankte Ludwig I. zugunsten seines Sohnes Maximilian ab; er wollte kein „Unterschreibkönig" sein.

▶ M 6: Aus der „Königlichen Proklamation" von König Ludwig I., 6. März 1848

▶ M 7: Der Historiker Andreas Kraus über die Märzereignisse in Bayern

▶ M 8: Karikatur zur Abdankung Ludwigs I., März 1848

M 2 Erstürmung des Zeughauses in München am 4. März 1848, Ausschnitt aus einem Gedenkblatt, 1848.
Bildunterschrift: 4. Juni Erstürmung des bürgl. Zeughauses durch das aufgeregte Volk, welches auch zugleich in der Peterskirche Sturm läuten ließ.

Gedenkblatt Revolution in München

cizayi

1 Arbeitsteilige Gruppenarbeit: Setzen Sie sich mithilfe der folgenden Arbeitsaufträge entweder mit den Ereignissen in Preußen oder in Bayern auseinander.

a) Skizzieren Sie in Ihrer Zeitleiste mithilfe des DT die Abfolge der revolutionären Ereignisse im Frühjahr 1848 in Preußen bzw. in Bayern.

b) Analysieren Sie das Bild M 1 bzw. M 2 im Hinblick auf die Personengruppen, ihre Aktivitäten sowie die Symbolik und ordnen Sie das dargestellte Geschehen in den Verlauf der Märzereignisse in Preußen bzw. Bayern ein.

c) Vergleichen Sie die Proklamation der Monarchen (M 3 bzw. M 6) mit den „Märzforderungen" (S. 30 Randspalte). Ergänzen Sie in Ihrer Zeitleiste an passenden Stellen wesentliche Inhalte.

d) Analysieren Sie die Karikatur M 5 bzw. M 8 vor dem Hintergrund der in der Zeitleiste erfassten Märzereignisse in Preußen bzw. Bayern.
Tipp: Nutzen Sie die Arbeitsschritte der Methodenseite „Eine Karikatur analysieren und interpretieren" (siehe S. 24).

e) Präsentieren Sie Ihre Zeitleisten im Kurs und vergleichen Sie unter Einbeziehung der Historikertexte M 4 und M 7 die Rolle des preußischen bzw. bayerischen Königs im März 1848.

März 1848 in Preußen

M3 Aus der Proklamation König Friedrich Wilhelm IV. „An mein Volk und an die deutsche Nation", 21. März 1848

Als Mittel und gesetzliches Organ, um im Vereine mit Meinem Volke zur Rettung und Beruhigung Deutschlands voranzugehen, bietet sich der auf den 2. April bereits einberufene Landtag dar. Ich beabsichtige, […] den Fürsten und Ständen Deutschlands die Gelegenheit zu eröffnen, mit Organen dieses Landtages zu einer gemeinschaftlichen Versammlung zusammenzutreten.

Die auf diese Weise zeitweilig sich bildende deutsche Stände-Versammlung wird in gemeinsamer, freier Berathung das Erforderliche in der gemeinsamen, inneren und äußeren Gefahr ohne Verzug vorkehren.

Was heute vor Allem Noth thut ist:

1. Aufstellung eines allgemeinen deutschen, volksthümlichen Landesheeres,
2. bewaffnete Neutralitäts-Erklärung[1].

Solche vaterländische Rüstung und Erklärung werden Europa Achtung einflößen vor der Heiligkeit und Unverletzlichkeit des Gebietes deutscher Zunge und deutschen Namens. […]

Gleichzeitig mit den Maaßregeln zur Abwendung der augenblicklichen Gefahr wird die deutsche Stände-Versammlung über die Wiedergeburt und Gründung eines neuen Deutschlands berathen, eines einigen, nicht einförmigen Deutschlands, einer Einheit in der Verschiedenheit, einer Einheit mit Freiheit.

Allgemeine Einführung wahrer constitutioneller Verfassungen, mit Verantwortlichkeit der Minister in allen Einzelstaaten, öffentliche und mündliche Rechtspflege, in Strafsachen auf Geschwornengerichte gestützt, gleiche politische und bürgerliche Rechte für alle religiöse Glaubensbekenntnisse und eine wahrhaft volksthümliche, freisinnige Verwaltung werden allein solche höhere und innere Einheit zu bewirken und zu befestigen im Stande sein.

*Zit. nach: Wolfgang Hardtwig/Helmut Hinze (Hg.), Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung, Bd. 7: Vom Deutschen Bund zum Kaiserreich 1815–1871, Reclam, Stuttgart 2003, S. 267 f.**

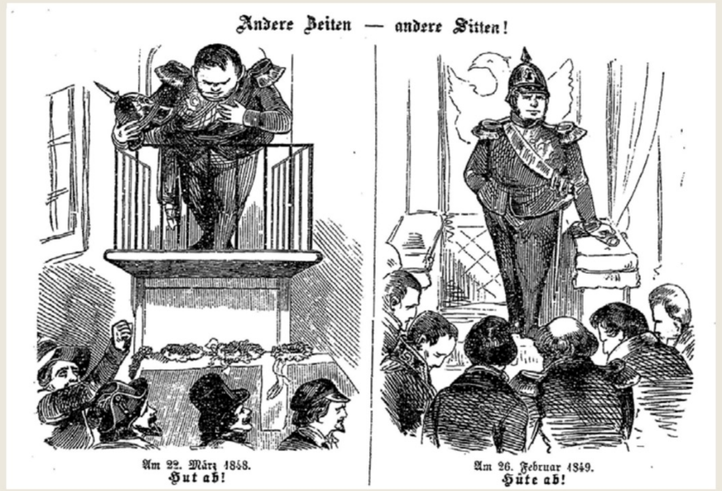
1 *Bewaffnete Neutralitätserklärung:* Mit einer solchen Erklärung zieht sich ein Land aus allen außenpolitischen Bündnissen zurück, wird neutral. Es behält aber eine Armee, um sich gegen Angriffe zu verteidigen.

M4 Der Historiker Frank Lorenz Müller über die Märzereignisse in Preußen, 2012

So komplett der Sieg der liberal-konstitutionellen Bewegung in Preußen schien, die neue Ordnung hatte von Anfang an wankelmütige Freunde und unversöhnliche Feinde. Zunächst ist unklar, wie ehrlich die Hinwendung des Königs zu konstitutionellen Prinzipien war. Er bedauerte den Umschwung rasch und schob anderen die Verantwortung zu. […] Einige hochkonservative und einflussreiche Höflinge machten sich sogleich daran, diese Verbitterung in einen Restaurationskurs umzumünzen. […] Die preußische Märzregierung begann ihre Arbeit am selben Tag wie ihr reaktionärer Widerpart.

*Frank Lorenz Müller, Die Revolution von 1848/49, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2012, S. 52.**

M5 „Andere Zeiten, andere Sitten", Karikatur zur Rolle König Friedrich Wilhelms IV. während der Revolution von 1848/49



März 1848 in Bayern

M6 Aus der „Königlichen Proklamation" von König Ludwig I., 6. März 1848

Ich habe mich entschlossen die Stände meines Reiches um Mich zu versammeln; dieselben sind auf den 16. des Monats in die Hauptstadt berufen.

Die Wünsche Meines Volkes haben in Meinem Herzen jederzeit vollen Widerhall gefunden. An die Stände des Reiches werden ungesäumt[1] Gesetz-Vorlagen gelangen, unter anderen:

- über die verfassungsmässige Verantwortlichkeit der Minister;
- über vollständige Preßfreiheit;
- über Verbesserung der Stände-Wahl-Ordnung;
- über Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit in die Rechtspflege mit Schwur-Gerichten; […].

Ferner ordne Ich in diesem Augenblicke die schleunige Abfassung eines Polizei-Gesetz-Buches an; ebenso befehle Ich die unverzügliche Beeidigung Meines Heeres auf die Verfassung, und lasse Ich von heute an die Censur über äussere wie innere Angelegenheiten ausser Anwendung treten. […]

Ernst ist die Lage Teutschlands. Wie Ich für [die] teutsche Sache denke und fühle, davon zeugt Mein ganzes Leben. Teutschlands Einheit durch wirksame Maaßnahmen zu stärken, dem Mittelpunkte des vereinten Vaterlandes neue Kraft und nationale Bedeutsamkeit mit einer Vertretung der teutschen Nation am Bunde zu sichern, und zu dem Ende die schleunige Revision der Bundes-Verfassung in Gemäßheit der gerechten Erwartungen Teutschlands herbeizuführen, wird […] Ziel meines Strebens bleiben.

Bayerns König ist stolz darauf, ein teutscher Mann zu seyn.

Bayern! […] Schaaret Euch um den Thron. Mit Euerem Herrscher vereint, vertreten durch Euere verfassungsmässigen Organe, laßt Uns erwägen, was Uns, was dem gemeinsamen Vaterlande Noth thut.

Alles für Mein Volk! Alles für Teutschland!

*Zit. nach: https://www.hdbg.eu/koenigreich/index.php/objekte/index/id/687 (Download vom 10. Januar 2023).**

1 *ungesäumt:* unverzüglich

M7 Der Historiker Andreas Kraus über die Märzereignisse in Bayern, 2013

Die Volksversammlung tagte permanent, Gerüchte liefen hin und her, Deputationen[1] verlangten […] die sofortige Genehmigung der Märzforderungen, vom Prinzen Carl[2] den Rückzug der Truppen. Trotzdem wurden die Truppen verstärkt, verdächtige Fremde ausgewiesen, so dass am 6. März die Ansammlungen auf den Straßen immer dichter wurden. Fürst Leiningen, der Präsident des Reichsrats, hatte bereits den Kronprinzen veranlasst, von seiner Würzburger Residenz nach München aufzubrechen, Leiningen, der gleichzeitig den König bestürmt hatte, alle Forderungen zu gewähren. Irgendjemand brachte dann die Meldung, dass nur noch bis 12 Uhr Zeit sei, dann breche der Sturm los. Das war der Augenblick, in dem der König kapitulierte. Um 11 Uhr erging die berühmte königliche Proklamation, deren Verfasser Oettingen-Wallerstein war und in welcher alle Märzforderungen genehmigt wurden. […] [Z]ur gleichen Zeit, als […] in Berlin dem Vereinigten Landtag die Forderung nach periodischer Tagung genehmigt wurde, war in München der Märzsturm im Großen und Ganzen schon zu Ende. Alles andere ist nur noch Nachspiel. Der einzige tragische Akzent dabei ist die Abdankung des Königs, die aber nicht mehr durch den Zwang der Ereignisse ausgelöst war, sondern vielmehr die Konsequenz des 6. März.

*Andreas Kraus, Geschichte Bayerns. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, 4. überarb. Aufl., C. H. Beck, München 2013, S. 490 f.**

1 *Deputationen:* Abordnung der Demonstrierenden
2 *Prinz Carl (1795–1875):* Bruder des Königs und Generalfeldmarschall der bayerischen Armee

M8 Karikatur zur Abdankung Ludwigs I., März 1848.

In der linken Hand hält der König eine Blume (Rose). Sie ist ein Symbol für die weibliche Schönheit, aber auch für die Vergänglichkeit. Mit der rechten Hand schreibt er „Abdiction" (= Abdankung) auf ein Blatt.

*Der „Friedhof der Märzgefallenen“ – mehr als ein Friedhof

M 1 **Grabstein von Gustav von Lenski, Anführer der Barrikadenkämpfe vom März 1848, Fotografie, 2021**

Information zu Barrikadenkämpfern

tehape

M 2 **Gedächtnisfeier für die Märzgefallenen am 4. Juni 1848, zeitgenössische Lithografie, koloriert**

Der Gedenkort „Friedhof der Märzgefallenen“ in Berlin steht neben der Frankfurter Paulskirche (siehe S. 36) und der Festung Rastatt (siehe S. 46) symbolisch für den Mut und die Ideale der Revolutionärinnen und Revolutionäre von 1848. Er liegt im Bezirk Friedrichshain am Rand eines Parks und wurde 1848 für 255 Opfer der Berliner Barrikadenkämpfe vom 18. März angelegt. Heute informieren moderne Stelen über die Geschichte des Friedhofs und die Revolution von 1848. Hinzu kommt ein Bereich mit Ausstellungsstelen zur Novemberrevolution von 1918, deren Opfer auch hier begraben sind.

Der Friedhof wurde von Beginn an auch als ein politischer Gedenkort wahrgenommen. Nach der Niederschlagung der Revolution wurde die Anlage einige Zeit abgesperrt. Im Deutschen Kaiserreich nutzten Vertreter der Arbeiterbewegung den Friedhof zu Gedenkveranstaltungen. In der Weimarer Republik wurde die Anlage umgestaltet und zu einem offiziellen Gedenkort. Auch in der DDR diente er dem politischen Gedenken. Nach einer Debatte um eine Aufwertung zu einer nationalen Gedenkstätte wurde 2023 eine neue Ausstellung auf dem Gelände eröffnet.

M 3 **Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und seine Frau Elke Büdenbender gedenken der Märzgefallenen, Fotografie, 18. März 2021.**

Der Text auf dem Gedenkstein, der 1948 aufgestellt wurde, lautet: „Den Toten 1848/1918. Das Denkmal habt ihr selber euch errichtet. Nur ernste Mahnung spricht aus diesem Stein. Dass unser Volk niemals darauf verzichtet, wofür ihr starbt – einig und frei zu sein.“ Auf der Rückseite sind die 249 Namen der Opfer eingraviert.

M 4 **Der Historiker Heinz Warnecke über den Friedhof der Märzgefallenen, 2022**

Von Anfang an war der „Friedhof der Märzgefallenen“ nicht nur Gedenkort. Am 1848er-Beisetzungszug nahmen Gruppen von Trauergästen aus anderen deutschen Städten, Sympathisanten aus Polen und Italien unter ihren National- und Freiheitsfarben teil. Freunde aus nah und fern spendeten für die Berliner Revolutionsopfer und deren Familien ein ehrendes Denkmal.

Am 4. Juni 1848 begründeten annähernd 100 000 Berliner mit einem Gedenkzug vom Spittelmarkt bis zum Märzgefallenenfriedhof das politisch motivierte Gedenken. Davon zeugten die roten und schwarz-rot-goldenen Freiheitsfahnen, Bänder mit Grundrechts- und Freiheitsforderungen. Die von Sprechern wie Paul Börner vom Demokratischen Klub erhobene Forderung nach Volkssouveränität fand großen Beifall. Ferdinand Freiligraths Revolutionsgedicht „Die Toten an die Lebenden“ mit den noch unerfüllten Forderungen der 1848er Märzgefallenen fand weltweit Anklang. […]

Die in Berlin und Preußen politisch Herrschenden suchten ab 1849 den Märzgefallenenfriedhof unzugänglich und das politische Anliegen der Barrikadenkämpfer vergessen zu machen. Demokratisch gesinnte Berliner erinnerten dennoch alljährlich am 18. März an die 1848er und ertrotzen nach zehn Jahren die Öffnung und die öffentliche Pflege der Gedenkstätte.

*Zit. nach: www.berlin.de/sehenswuerdigkeiten/3560728-3558930-friedhof-der-maerzgefallenen.html (Download vom 27. März 2023).**

M 5 **Die Historikerin und Leiterin des Gedenk- und Ausstellungsortes Friedhof der Märzgefallenen, Susanne Kitschun, über die Geschichte des Friedhofs, 2020**

Der Friedhof der Märzgefallenen wurde von den Revolutionären angelegt. Er ist – und das macht seine Einzigartigkeit aus – sowohl Erzeugnis als auch Zeugnis der Revolution von 1848/49.

[…] Zum 100. Jahrestag der Revolution wurde der Friedhof tiefgreifend umgestaltet. Diese Umgestaltung wurde vom Berliner Magistrat 1947 noch gemeinsam beauftragt, doch die Umsetzung und Planung der Jubiläumsaktivitäten waren bereits von der drohenden politischen Spaltung Berlins und der damit einhergehenden Systemkonkurrenz überschattet. Die Feiern im März 1948 fanden politisch getrennt statt: CDU, SPD und Liberale auf der einen und die SED auf der anderen Seite. Die Umformung 1948, bei der das zentrale Gräberfeld zu einer Rasenfläche mit einem Gedenkstein im Zentrum neu gestaltet wurde, war ein wichtiger Schritt vom individuellen Totengedenken zum kollektiven Gedenken. […]

Rund 85 Prozent der 255 auf dem Friedhof beerdigten Toten der Märzrevolution entstammten den besitzlosen Schichten: Es waren Menschen ohne Vermögen und ohne anerkannte politische Stimme, vor allem verarmte Handwerker und Arbeiter, auch einige Frauen. Viele waren sehr jung: Mehr als ein Drittel der gefallenen Märzkämpfer war unter 24 Jahren. In den allermeisten Fällen kennen wir nur ihre Namen, Wohnorte und Berufe. Gerade weil es sich zum allergrößten Teil um Menschen handelte, die kaum jemand kennt, ist der Friedhof der Märzgefallenen so geeignet für demokratische Traditionspflege. Denn diese Menschen hatten in einem entscheidenden Moment den Mut, sich mit ihrem Leben für Freiheit, Menschenrechte und bessere Lebensbedingungen einzusetzen. An diese Bedeutung von Einzelnen für das Gelingen von Demokratie knüpfen wir bei unserer historisch-politischen Bildungsarbeit an. Ziel ist es, den Friedhof der Märzgefallenen als positives Identitätsangebot aus der europäischen und deutschen Geschichte zu vermitteln. Dabei geht es immer auch um aktuelle Bezüge: Wie können und wollen Jugendliche sich heute für die Stärkung der Demokratie einsetzen? Wofür würden sie auf die Barrikaden gehen?

Susanne Kitschun, Der Demokratie-Gedenkort Friedhof der Märzgefallenen in Berlin. Konzeption und Perspektiven, in: Michael Parak/Norbert Böhnke (Hg.), Kommunale Erinnerungskultur und Demokratiegeschichte, Berlin 2020, S. 71 ff. © 2020 Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.*

1 Beschreiben Sie die besondere Bedeutung des Gedenkorts „Friedhof der Märzgefallenen“ mithilfe von M 1–M 5 sowie des DT.

2 **Diskussion:** Bundespräsident Steinmeier sagte im Jubiläumsjahr 2023: „Der 18. März ist ein besonderer Tag der deutschen Demokratiegeschichte.“ Diskutieren Sie in Ihrem Kurs, ob der 18. März ein nationaler Gedenktag werden sollte.

3 **Zusatzaufgabe:** Siehe S. 299.

1.4 Die erste deutsche Nationalversammlung und der Verfassungsentwurf von 1849

Welche politischen Ziele prägten das Ringen um eine Verfassung in der Paulskirche und welche Punkte wurden im Verfassungsentwurf umgesetzt?

L Vorschlag für eine Lernaufgabe:
Verfassen Sie einen Artikel für ein Schülerlexikon zum Stichwort „Paulskirchenverfassung". Die Arbeitsaufträge auf S. 38 helfen Ihnen dabei.

M 1 Einzug der Mitglieder des Vorparlaments in die Frankfurter Paulskirche am 30. März 1848. Holzstich, 1896, nach einer zeitgenössischen Lithografie, spätere Kolorierung.

Den Einzug der Abgeordneten beschützten weiß gekleidete Männer, Mitglieder von Bürgergarden und Turnvereinen. Sie hatten seit ihrer Gründung republikanische Ideale vertreten.

▶ M 4: Auszüge aus Programmen der Fraktionen der Nationalversammlung

Der Weg in die Paulskirche

Die liberalen Wortführer der Revolution waren bestrebt, die in den Märzunruhen erzielten Erfolge politisch umzusetzen. Der Schauplatz der Ereignisse verlagerte sich nach Frankfurt am Main. Dort versammelten sich am 30. März 1848 Landtagsabgeordnete aller deutschen Staaten zu einem **Vorparlament**, das die **Wahl zu einer Nationalversammlung** vorbereiten sollte (M 1). Das Ansinnen radikaldemokratischer Vertreter, bereits vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung die Revolution voranzutreiben, lehnte die liberale Mehrheit ab. Sie wollte der Arbeit eines künftigen **Parlaments** nicht vorgreifen und eine politische Neuordnung in Vereinbarung mit den Fürsten erreichen. Die wachsende Kluft zwischen radikalen Demokraten einerseits und Liberalen sowie gemäßigten Demokraten andererseits schwächte die revolutionäre Bewegung.

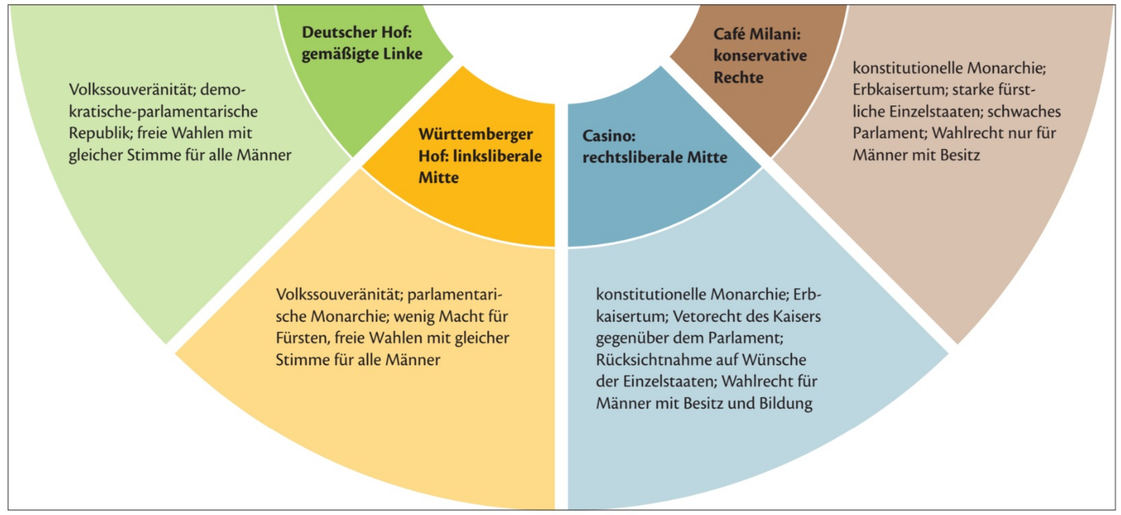
Anfang Mai 1848 wurde das **erste gesamtdeutsche Parlament** gewählt. Für je 50 000 Männer wurde ein Abgeordneter gewählt. Das Wahlrecht war an die „Selbstständigkeit" geknüpft. Dieses Kriterium wurde in den einzelnen Staaten sehr unterschiedlich ausgelegt. Die durchschnittliche Wahlberechtigung lag bei etwa 80 % der Männer, was eine für die damalige Zeit breite demokratische Legitimation darstellte. Frauen hatten kein Wahlrecht, Arbeiter nicht in allen Staaten. Am 18. Mai 1848 zogen die Abgeordneten der verfassungsgebenden Nationalversammlung feierlich in die Paulskirche ein.

Die Zusammensetzung der Nationalversammlung

Die **soziale Zusammensetzung** der Nationalversammlung entsprach keineswegs der sozialen Gliederung in der deutschen Bevölkerung, sondern war vom **Bürgertum** geprägt. Die meisten Abgeordneten kamen aus akademischen Berufen, waren Verwaltungsbeamte, Juristen oder Universitätsprofessoren. Nur vier Abgeordnete vertraten das Handwerk, Arbeiter waren trotz ihrer maßgeblichen Rolle bei der Revolution überhaupt nicht vertreten. Zu ihrem Präsidenten wählten die Abgeordneten den Liberalen Heinrich von Gagern.

Im Laufe der Debatten bildeten sich **Fraktionen mit unterschiedlichen politischen Zielsetzungen**. Entsprechend ihren Sitzplätzen in der Paulskirche, vom Rednerpult aus gesehen, gab es eine radikale republikanische Linke, eine liberale Mitte und eine konservative Rechte. Aus diesen Interessensvertretungen entwickelten sich später politische Parteien. Die Fraktionen benannten sich nach den Frankfurter Lokalen, in denen sich Abgeordnete zur Besprechung politischer Themen trafen (M 2).

M 2 Die wichtigsten Fraktionen der Paulskirche und ihre Ziele



Das Ringen um die erste deutsche Verfassung

Viele Deutsche blickten nach Frankfurt, voller Hoffnung, dass hier nun die „Märzforderungen" Gesetzesform erlangen würden. Nicht nur das Ergebnis, sondern bereits die Arbeit des Parlaments leistete einen wichtigen Beitrag zur deutschen Demokratiegeschichte: Am 29. Juni 1848 wählten die Abgeordneten Erzherzog Johann von Österreich zum deutschen Reichsverweser und damit zum ersten deutschen Staatsoberhaupt, das demokratisch legitimiert war. Die Bürger konnten Petitionen an das Parlament richten. Die Sitzungen waren öffentlich; erstmalig wurden Mehrheitsentscheidungen durch Abstimmungen gewählter Repräsentanten getroffen – all dies trug zur Schaffung einer politischen Öffentlichkeit auf nationaler Ebene bei. Allerdings kam Kritik auf, dass Entscheidungen verzögert werden, weil die Verhandlungen der Abgeordneten zu lange dauerten.

Aufgabe der Nationalversammlung war die Ausarbeitung einer **Verfassung** für einen künftigen deutschen Nationalstaat. Der Parlamentspräsident Heinrich von Gagern eröffnete die Sitzung mit den Worten: „Wir wollen eine Verfassung für Deutschland, für das gesamte Reich schaffen." Die Beratungen hatten vier Schwerpunkte: Grundrechte für das deutsche Volk, die Grenzen des Reichs, die Machtverteilung und die Staatsform.

Zunächst arbeitete die Versammlung einen **Grundrechtekatalog** aus, der am 27. Dezember 1848 verkündet wurde. Diese Grundrechte repräsentierten einige der Hauptforderungen der Revolution und genossen deswegen Vorrang vor anderen Fragen. Hauptinhalte waren individuelle Freiheits- und Eigentumsrechte, Gleichheit vor dem Gesetz und damit Aufhebung der Sonderstellung des Adels, Sicherung vor willkürlicher Verhaftung, Abschaffung der Todesstrafe und die Unabhängigkeit der Justiz. Die Verabschiedung der Grundrechte verlieh den in der Revolution erkämpften bürgerlichen Freiheits- und Eigentumsrechten Verfassungsrang und verpflichtete die gesamte Nation auf gemeinsame Grundwerte. Die Forderung der radikalen Demokraten, auch soziale Rechte, wie das Recht auf Arbeit, aufzunehmen, scheiterte am Widerstand der bürgerlich-liberalen Mehrheit.

Im Oktober 1848 begannen die Beratungen über die politische Grundordnung. Großen Konfliktstoff bot das **Wahlrecht** für die erste Kammer, das **Volkshaus.** Die Linke forderte das allgemeine, direkte, gleiche und geheime Männerwahlrecht. Liberale und Konservative waren sich einig, dass es Beschränkungen geben sollte. Das liberale Ideal sah keine Gesellschaft politisch Gleichberechtigter vor. Vielmehr sollte man sich politische

Frankfurter Nationalversammlung
tipeme

▶ M 6–M 7: Karikaturen zur Arbeit der Nationalversammlung

▶ M 5: Grundrechte des deutschen Volkes

M 3 Klein- und großdeutsche Lösung.

Das Kaisertum Österreich bestand aus den Reichsteilen Österreich (dunkles Gelb) und Ungarn (helleres Gelb). Insgesamt lebten über 20 Nationalitäten mit eigenen Sprachen in diesem Vielvölkerstaat.

Teilhabe durch das Nutzen der neuen Freiheiten verdienen. Das Maß hierfür waren die erlangte Bildung und der erworbene Besitz. Nur wer davon genug vorweisen konnte, war für die Teilhabe am politischen Prozess qualifiziert. Ein solcher ausreichend qualifizierter politischer Staatsbürger sollte für seine Wahlentscheidung einstehen, man sah daher keinen Grund, die Wahl geheim zu halten. Die Liberalen befürworteten außerdem indirekte Wahlverfahren, d. h., gewählt wurden Wahlmänner, die dann die Abgeordneten wählten und somit einen gewissen Schutz vor den Wahlentscheidungen der ungebildeten Massen bieten sollten.

Ebenfalls kontrovers diskutiert wurde ein mögliches **Vetorecht des Staatsoberhauptes** gegenüber dem Reichstag. Demokraten und Linksliberale wollten keinerlei Vetomöglichkeit für die Exekutive, um so das Parlament als alleinige Legislativgewalt zu stärken. Konservative und Rechtsliberale befürworteten ein absolutes Vetorecht der Exekutive, um eine starke, handlungsfähige Regierung zu schaffen.

Einen dritten wichtigen Streitpunkt bildete die **Staatsform**. Die demokratische Linke forderte eine **Republik** mit einem vom Volk oder vom Reichstag gewählten Präsidenten als Oberhaupt. Dies war für die große Mehrheit der Nationalversammlung keine Option. Eine andere, für Linke und Linksliberale annehmbare Möglichkeit war die **Monarchie** in Form eines Wahlkaisertums: Hierbei wäre einer der Fürsten entweder für einige Jahre oder auf Lebenszeit zum Staatsoberhaupt gewählt worden. Die Mehrheit der Liberalen sah hierbei allerdings die Gefahr eines schwachen, relativ handlungsunfähigen Kaisers, sodass sich die Mehrheit des Parlaments schließlich für ein **Erbkaisertum** entschied. Für dieses Amt kamen nur der österreichische **Kaiser** oder der preußische **König** in Betracht. Die Frage nach der deutschen Kaiserwürde war somit unmittelbar mit der Frage nach dem zukünftigen deutschen **Staatsgebiet** verbunden: Die **großdeutsche** Lösung mit oder die **kleindeutsche** Lösung ohne die zum **Deutschen Bund** gehörigen Gebiete Österreichs (M 3, siehe auch die Karte im Umschlagteil hinten). Als Österreich im März 1849 eine Reihe von unannehmbaren Forderungen stellte, einigte man sich auf die von den Liberalen favorisierte und von den linken Abgeordneten unterstützte kleindeutsche Lösung mit preußischem Erbkaisertum. Deutschland sollte ohne Österreich zu einem föderativen **Bundesstaat** vereinigt werden. Als „Gegenleistung" akzeptierte das rechtsliberale Lager ein (aufschiebendes) Vetorecht für den Kaiser und stimmte für das allgemeine Männerwahlrecht.

1 Beurteilen Sie mithilfe von M 1 und des DT, inwieweit es sich beim Paulskirchenparlament um eine demokratische und nationale Institution handelte. Berücksichtigen Sie auch relevante GB.

2 **Arbeitsteilige Gruppenarbeit:**
- **a)** Belegen Sie die Aussagen im Schaubild M 2 zu den Positionen der verschiedenen Fraktionen in der Paulskirche mit konkreten Zitaten aus den Quellentexten M 4 a-d. Beziehen Sie passende GB mit ein.
- **b)** Tauschen Sie Ihre Ergebnisse mit den anderen Gruppenmitgliedern aus.

3 Fassen Sie den Grundrechtekatalog (M 5) zusammen und beurteilen Sie, inwieweit die Forderungen der Revolutionäre im März 1848 umgesetzt wurden.

4 Analysieren Sie das Verfassungsschema M 8 nach den Arbeitsschritten auf S. 74 und beschreiben Sie, wie grundsätzliche Diskussionspunkte (DT) entschieden wurden. Beziehen Sie auch M 3 mit ein.

5 Arbeiten Sie die Einschätzung der Arbeit des Paulskirchenparlaments und seines Verfassungswerks durch Zeitgenossen (M 6–M 7) und in der historischen Forschung heraus (M 9–M 11).
Tipp: Zeigen Sie Stärken und Probleme auf.
▶ Hilfe

6 **Zusatzaufgabe:** Siehe S. 299.

Fassen Sie Ihre Ergebnisse aus den Arbeitsaufträgen 1–5 in einem Lexikonartikel zum Stichwort „Paulskirchenverfassung" zusammen. Achten Sie auf einen sinnvollen Aufbau.

▶ M 8: Staatsaufbau nach der Paulskirchenverfassung vom 27. März 1849
▶ M 9–M 11: Forschungsmeinungen zur Paulskirchenverfassung

Positionen der Fraktionen

M 4 Auszüge aus den Programmen der Fraktionen der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt am Main, Juni bis Oktober 1848

a) Das Programm der Fraktion Café Milani (konservative Rechte)

1. Zweck und Aufgabe der Nationalversammlung ist die Gründung der deutschen Verfassung.
2. Dieselbe kann nur durch Vereinbarung mit den Regierungen der deutschen Einzelstaaten für diese rechtsgültig zustande kommen. Die Zustimmung der Einzelstaaten kann ausdrücklich oder stillschweigend erteilt werden.
3. Mit Ausnahme der Verfassung und ihrer Gesetze steht der Nationalversammlung der Erlass neuer Gesetze für Deutschland nur über die Befugnisse der Zentralgewalt[1] zu.
4. Die Nationalversammlung übt nur die konstitutionelle Kontrolle der Handlungen der Zentralgewalt aus und befasst sich nicht mit der Einmischung in exekutive Maßregeln[2].

b) Das Programm der Fraktion Casino (rechtsliberale Mitte)

1. […] Die deutsche Nationalversammlung als das aus dem Willen des Volks und den Wahlen der deutschen Nation hervorgegangene Organ zur Begründung der Einheit und politischen Freiheit Deutschlands erklärt, dass alle Bestimmungen einzelner deutscher Verfassungen, welche mit dem von ihr zu gründenden allgemeinen Verfassungswerk nicht übereinstimmen, nur nach Maßgabe des letzteren als gültig zu betrachten sind, ihrer bis dahin bestandenen Wirksamkeit unbeschadet.
2. Die Einheit Deutschlands ist vor allem zu erstreben, daher kein Partikularismus[3], aber Anerkennung der den einzelnen deutschen Staaten und Stämmen in der Gesamtheit gebührenden Besonderheit.
3. Die politische Freiheit soll begründet und gesichert werden, also keine Reaktion[4]; aber mit aller Entschiedenheit ist für die öffentliche Ordnung gegen die Anarchie zu kämpfen.

c) Das Programm der Partei des Württemberger Hofes (linksliberale Mitte)

1. Wir wollen, dass der verfassungsgebende deutsche Reichstag[5] selbstständig die allgemeine deutsche Verfassung gründe. Wir verwerfen somit die Ansicht, dass der Reichstag in dieser Beziehung auf dem Boden des Vertrages mit den Regierungen – als Organe der einzelnen deutschen Staaten – stehe. […]
2. Wir wollen, dass die zu gründende deutsche Bundesverfassung allen ihren Teilen die Souveränität des deutschen Volks zur Grundlage habe und diese Grundlage sichere.
3. Wir wollen, dass die Souveränität der einzelnen deutschen Staaten denjenigen Beschränkungen und nur denjenigen Beschränkungen unterworfen werde, welche zur Begründung eines einigen und kräftigen Bundesstaates erforderlich sind.

d) Das Programm der Fraktion des Deutschen Hofes (Demokraten, gemäßigte Linke)

Die Partei der Linken […] erkennt als oberste Grundlage für ihre Handlungsweise an: Volkssouveränität, demokratische Freiheit und Einheit des deutschen Vaterlandes, Humanität und Nationalität. Sie will die Volkssouveränität in ihrem vollen Umfang. Sie will daher durch die deutsche Nationalversammlung […] die Gesetzgebung ausschließlich und allein der Volksvertretung […] überlassen wissen […]. Sie will eine Volksvertretung, aus der freien Wahl aller volljährigen Deutschen hervorgegangen […]. Sie will eine verantwortliche, nur auf Zeit gewählte vollziehende Reichsgewalt. Sie will das Recht der einzelnen deutschen Staaten, ihre Verfassung festzulegen, sei es in Form der demokratischen Monarchie, sei es in Form des demokratischen Freistaates. Sie will die vollkommene Freiheit. Sie will daher […] die Grundrechte aller Deutschen in diesem Sinne festgestellt […]

Sie will die Einheit Deutschlands. Sie will daher einen konsequent durchgeführten Bundesstaat, eine gesetzgebende und vollziehende Reichsgewalt […]. Sie will die Souveränität der einzelnen Staaten und deren Selbstständigkeit nur so weit, als sie sich mit der Einrichtung des Bundesstaates verträgt. […]

Sie will die Humanität. […] Sie will Wegfall aller unsittlichen[6] Staatseinnahmen, eine mit der Steuerkraft übereinstimmende Besteuerung. Sie will im allgemeinen durchgreifende Verbesserung der sozialen Zustände des Volkes.

*Zit. nach: Einheit und Freiheit. Die deutsche Geschichte von 1815 bis 1849 in zeitgenössischen Dokumenten, dargestellt und eingeleitet von Karl Obermann, Dietz, Berlin 1950, S. 463 ff.***

1 *Zentralgewalt:* Erzherzog Johann von Österreich in seinem Amt als Reichsverweser
2 *Maßregeln:* Maßnahmen
3 *Partikularismus:* Vielstaaterei
4 *Reaktion:* Bezeichnung für die restriktive Politik des Vormärz, z. B. Pressezensur
5 *Reichstag:* gemeint ist die Nationalversammlung
6 *unsittlich:* ungesetzmäßig

Grundrechtekatalog der Paulskirche

M5 Grundrechte des deutschen Volkes

a) Lithografie von Adolph Schroedter.

Die Grundrechte des deutschen Volkes in allegorischer Rahmung mit Germania zwischen Freiheit und Gleichheit. Die beiden Tafeln erinnern an die Gesetzestafeln des Alten Testaments. Die Darstellung als Ganzes nimmt Bezug auf die Erklärung der Menschenrechte der Französischen Revolution.

Der am 27. Dezember 1848 verabschiedete Grundrechtekatalog wurde 1849 der Reichsverfassung angefügt.

b) Aus dem Grundrechtekatalog

§ 130. Dem deutschen Volke sollen die nachstehenden Grundrechte gewährleistet sein. Sie sollen den Verfassungen der deutschen Einzelstaaten zur Norm dienen, und keine Verfassung oder Gesetzgebung eines deutschen Einzelstaates soll dieselben je aufheben oder beschränken können.

§ 133. Jeder Deutsche hat das Recht, an jedem Orte des Reichsgebietes seinen Aufenthalt und Wohnsitz zu nehmen, Liegenschaften[1] jeder Art zu erwerben und darüber zu verfügen […]

§ 137. Vor dem Gesetze gilt kein Unterschied der Stände. Der Adel als Stand ist aufgehoben. Alle Standesvorrechte sind abgeschafft. Die Deutschen sind vor dem Gesetze gleich. Alle Titel, insoweit sie nicht mit einem Amte verbunden sind, sind aufgehoben und dürfen nie wieder eingeführt werden. […] Die öffentlichen Ämter sind für alle Befähigten gleich zugänglich. Die Wehrpflicht ist für alle gleich; Stellvertretung bei derselben findet nicht statt.

§ 138. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. Die Verhaftung einer Person soll, außer im Falle der Ergreifung auf frischer Tat, nur geschehen in Kraft eines richterlichen, mit Gründen versehenen Befehls. Dieser Befehl muss im Augenblicke der Verhaftung oder innerhalb der nächsten vierundzwanzig Stunden dem Verhafteten zugestellt werden. […]

§ 139. Die Todesstrafe, ausgenommen wo das Kriegsrecht sie vorschreibt, […] so wie die Strafen des Prangers, der Brandmarkung und der körperlichen Züchtigung, sind abgeschafft.

§ 140. Die Wohnung ist unverletzlich. Eine Haussuchung ist nur zulässig: 1. an Kraft eines richterlichen, mit Gründen versehenen Befehls […]

§ 144. Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren. […]

§ 146. Durch das religiöse Bekenntnis wird der Genuss der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte weder bedingt noch beschränkt. Den staatsbürgerlichen Pflichten darf dasselbe keinen Abbruch tun. […]

§ 152. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei.

§ 153. Das Unterrichts- und Erziehungswesen steht unter der Oberaufsicht des Staates […].

§ 158. Es steht einem Jeden frei, seinen Beruf zu wählen und sich für denselben auszubilden, wie und wo er will.

§ 161. Die Deutschen haben das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln; […]

§ 162. Die Deutschen haben das Recht, Vereine zu bilden. […]

§ 164. Das Eigentum ist unverletzlich. Eine Enteignung kann nur aus Rücksichten des gemeinen Besten, nur auf Grund eines Gesetzes und gegen gerechte Entschädigung vorgenommen werden. […]

§ 166. Jeder Untertänigkeits- und Hörigkeitsverband[2] hört für immer auf.

§ 167. Ohne Entschädigung sind aufgehoben: […] Die aus dem guts- und schutzherrlichen Verbande fließenden persönlichen Abgaben und Leistungen. […]

§ 174. Alle Gerichtsbarkeit geht vom Staate aus. […]

§ 175. Die richterliche Gewalt wird selbstständig von den Gerichten geübt. […]

*Zit. nach: www.documentarchiv.de/nzjh/verfdr1848.htm (Download vom 22. März 2023).**

1 *Liegenschaft:* Besitz
2 *Hörigkeitsverband:* Ende der Abhängigkeit vom Grundherrn

Die Paulskirchenversammlung aus der Sicht von Zeitgenossen

M6 Die Parlamentsschaukel, Radierung von Friedrich Pecht, 1848.

Im Hintergrund sieht man eine Karte Deutschlands.

1 = Demokraten
2 = Konservative
3 = Parlamentspräsident Heinrich von Gagern mit einem Stellvertreter auf jeder Seite

Text unter der Karikatur:

Heisa juchheisa dudeldumdei,
Der Teufel hole die Schaukelei.
Wo bleibt da die parlamentarische Sitte?
Hierher noch ein Dutzend, zu mir, in die Mitte!
Glaub's wohl, so herauf und herab Euch zu schwenken,
Das behagt Euch besser, als fein zu bedenken,
Ob nicht über all dem Gedrück und Gehocke
Wir zum Kuckuck gehen mit Brett und mit Bocke.

So stattliche Burschen von Leib und von Jahren,
Und so toll und so wild auseinanderzufahren,
Dass vor lauter Eifer Ihr wahrlich zuletzt
In die blauen Lüfte den Hinteren setzt,
Oder gar, zu schwer an den Enden bepackt,
In der Mitte das Brett auseinanderknackt!
Dann ist's mit dem ganzen Gerutsche vorbei.
Der Teufel hole die Schaukelei!

M7 „Der Antragfabrikant", Federlithografie von Ludwig Maurer, 1848.

Die Karikatur zeigt den Abgeordneten Maximilian Graevell auf dem Weg zur Paulskirche. Auf dem Karren liegen seine Anträge zu verschiedenen Grundrechten, stets auch mit der Nennung von Zusatzanträgen.

Die Zeilen unter der Karikatur lauten:

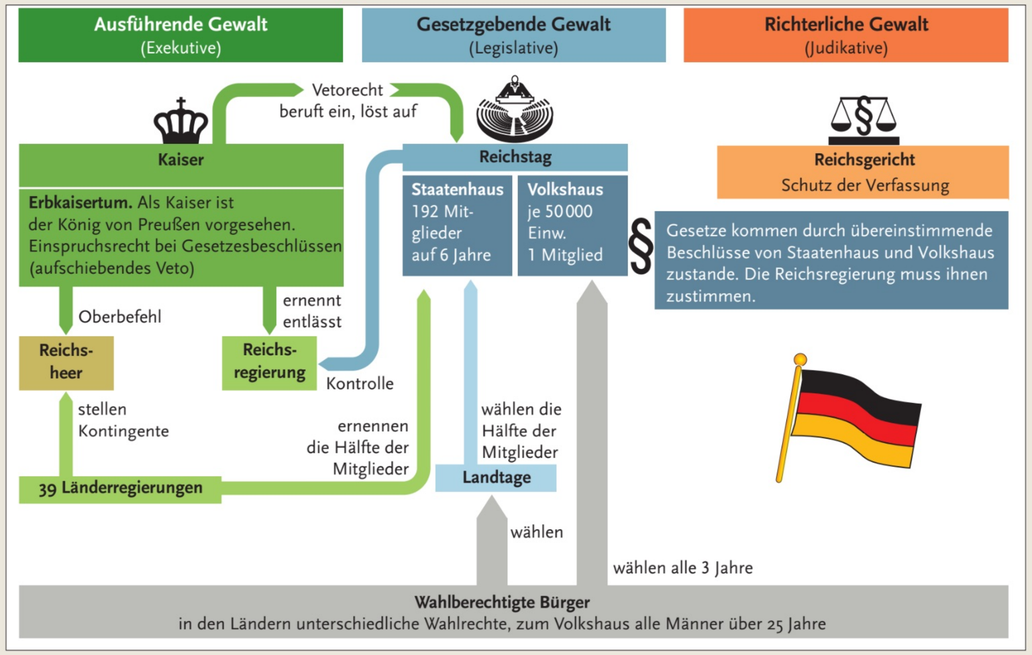
Pedell (Hausmeister): Aber um Gotteswillen was bringen Sie heute wieder einen Wagen voll Anträge.

Antragsteller: Oho! Das ist noch gar nichts, wenn wir erst an die Verfassung kommen, da folgen noch ganz andere Partien.

„Der Antragfabrikant"

boyedu

M 8 Der Staatsaufbau nach der Paulskirchenverfassung vom 27. März 1849



Forschungsmeinungen zur Paulskirchenverfassung

M 9 Der Historiker Thomas Nipperdey, 1983

Die Grundrechte also rücken an den Anfang, die eigentlich politischen Fragen werden aufgeschoben. Damit hat die Paulskirche im Wettlauf mit der Zeit Initiative und Handlungsmöglichkeit im Grunde verloren. Waren das die Theoretiker und die Professoren, die mit den großen Weltanschauungsdiskussionen anfingen, die über dem Problem der Freiheit des Einzelnen im Staat die großen Machtfragen verkannten und Einheit wie Freiheit dahingehen ließen – so wie rechte und linke Kritiker seither argumentiert haben? Man muss zunächst die Entscheidung verstehen. Grundrechte waren das Palladium[1] der freiheitlich-volkstümlichen Neuordnung – gegen den Feudalismus und den absolutistischen Obrigkeits- und Polizeistaat, und gegen beides hatte sich doch die Revolution so vehement gerichtet. Grundrechte waren eine elementare, emotionale, populäre Realität, sie waren die Glaubensartikel der bürgerlichen Konfession und der Sinn des Verfassungsstaates. Sie waren keine deklaratorischen[2] Programmsätze, sondern sie änderten das Leben und die Verhältnisse. Sie waren eine Waffe. Sie waren revolutionär, und sie waren realistisch. Und sie waren auch das Palladium der nationalen Einheit: sie sollten ja in ganz Deutschland gelten, vor allen Partikularrechten; sie sollten Freiheit des Einzelnen gesamtstaatlich sichern, das war der freiheitsstiftende Sinn der Einheit, gegen Landesabsolutismus und Partikularismus. Das voranzustellen war, gerade wenn man die Erwartungen der Wähler mit beachtet, durchaus verständlich und legitim. Es gab noch andere Motive, taktischer und vielleicht politischer Art. Grundrechte waren ein Gebiet, wo es große Gemeinsamkeiten gab, wo man sich einigen konnte; manche hofften, dass sich die schwereren Fragen mit der Zeit besser lösen ließen; manche der klein-deutschen „Realisten", dass die preußische Lösung Zeit brauche, sich in den Gemütern durchzusetzen, und dass die anderen Alternativen erst erschöpft sein müssten. Und fast alle, Linke wie Rechte, sahen in den Grundrechten ein Mittel, eine soziale Revolution auf- oder abzufangen. Wir können das verstehen, und wir wollen nicht rechten[3]. Aber es bleibt ein Fehlschlag, dass man die Stunde der relativen Stärke verstreichen ließ, die harten Fragen, was mit Österreich, was mit einem Kaiser, was mit dem Parlament und dem Wahlrecht werden sollte, den Sommer über aufsparte, nicht zur Entscheidung stellte und trieb. Alle Grundrechte blieben ja auf dem Papier, solange kein deutscher Staat bestand. Und je länger die großen Entscheidungen sich hinzogen, desto heftiger wurden die Widerstände, erst des Partikularismus und dann der Gegenrevolution. Freilich, wahrscheinlich hätten sich die harten Fragen im Sommer nicht entscheiden lassen, und wahrscheinlich hätte auch eine solche frühere Entscheidung die Chance der Revolution nicht wesentlich erhöht. Wir wissen es nicht. Aber man hat es nicht versucht.

Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat, C. H. Beck, München 1983, S. 616.

1 *Palladium:* Heiligtum, Kostbarkeit
2 *deklaratorisch:* feststellend
3 *rechten:* streiten

M 10 Die Historikerin Eva Maria Werner, 2009

Zunächst erarbeiteten die 30 Mitglieder[1] einen Grundrechtskatalog, den sie bereits Anfang Juli dem Plenum vorlegten. Monatelange Diskussionen darüber folgten. Sie begründeten den Ruf der Nationalversammlung, ihre Zeit mit theoretischen Disputen zu vertun, statt rasch den Nationalstaat ins Leben zu rufen. Ganz abgesehen von der Frage, ob es diese Alternative angesichts der Machtbasis der Nationalversammlung überhaupt gab, verstellt diese bis heute unzutreffende Sichtweise den Blick auf das Ergebnis der Beratung. Denn tatsächlich schuf die Nationalversammlung mit den Grundrechten ein Werk, dessen Bedeutung nicht hoch genug beurteilt werden kann. Es handelte sich um die erste umfassende Grundrechtskodifikation[2] in Deutschland, und noch für die Weimarer Reichsverfassung und das Grundgesetz der Bundesrepublik wurde sie als Vorbild herangezogen. Zudem handelten die Parlamentarier, wenn sie sich zunächst den Grundrechten zuwandten, in konsequenter Fortsetzung der Märzereignisse, die zum wesentlichen Teil ein Kampf um Freiheitsrechte gewesen waren – diese sollten nun ein für alle Mal gesichert werden.

Eva Maria Werner, Kleine Geschichte der deutschen Revolution von 1848/49, Böhlau, Köln 2009, S. 94 f.

1 *Mitglieder:* 30 Mitglieder des Verfasssungsausschusses des Parlaments
2 *Kodifikation:* systematische Zusammenfassung von Rechtsnormen eines Rechtsgebietes in einem einheitlichen Gesetz oder einer Rechtsordnung

M 11 Der Historiker Dieter Hein über den Verfassungsentwurf der Nationalversammlung, 2019

Dass die Nationalversammlung auch unter dem immensen Druck der von außen einwirkenden Einflüsse und der tiefgehenden inneren Meinungsverschiedenheiten die Kraft zum erfolgreichen Abschluss ihres Werkes gefunden hatte, stellte eine außerordentliche politische Leistung dar. Die Abgeordneten hatten, wie der Historiker Wolfram Siemann unterstrichen hat, auch alle Hürden übersprungen, die „ein auf Mehrheitsentscheidungen angewiesenes Repräsentativsystem" in sich barg: Sie „bewältigten die Notwendigkeit zu willensbildender und strukturierender Fraktionierung; sie erfuhren den Einfluss kleiner ausschlaggebender Minderheiten; sie lernten die Politik mit wechselnden Mehrheiten und blockierenden Negativkoalitionen; sie übten ebenso in wichtigen Abstimmungen Disziplin für den parlamentarischen Kompromiss." Die Arbeit der Nationalversammlung offenbarte insofern nicht, wie die lange Zeit vorherrschenden Stimmen meinten, die Schwächen des parlamentarischen Systems, sondern sie konnte im Gegenteil als Beweis für dessen Leistungsfähigkeit dienen, für seine Fähigkeit, unterschiedlichste Position zu vermitteln und auch unter schwierigen Bedingungen zu einem tragfähigen Beschluss zu gelangen.

Die Reichsverfassung war unitarischer[1] und demokratischer ausgefallen, als nach den ursprünglichen Mehrheitsverhältnissen in der Paulskirche zu erwarten gewesen wäre. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die Stellung des Monarchen. Die unitarischen und demokratischen Akzente waren zuallererst eine Folge des Entscheidungsprozesses und der wirksam gewordenen Zwänge der Mehrheitsbildung. […]

Die Reichsverfassung repräsentierte jenen Grundbestand gemeinsamer Überzeugungen und Zielsetzungen, der trotz aller tiefgreifender Differenzen Liberale und Demokraten in dem entscheidenden Ringen um den Erfolg der Revolution letztlich doch verband: ein Staatsentwurf, der aus der souveränen Entscheidung der Nation hervorgegangen und durch sie geprägt war […]. Freilich war bei kritischer Betrachtung nicht zu übersehen, dass die Souveränität nur eine scheinbare war. Die Aussichten, die Fürsten für die Reichsverfassung und den preußischen König für die Annahme der Kaiserkrone zu gewinnen, hatten sich in der Schlussphase der Paulskirchenberatungen alles andere als verbessert.

*Dieter Hein, Die Revolution von 1848/49, C. H. Beck, München 2019 (1998), S. 118 f.**

1 *unitarisch:* die Einigung anstrebend

▶ Übung

1.5 Das Ende der Revolution und ihre Folgen

Wie endete die Revolution von 1848/49?
Welche konkreten Ergebnisse hatte die Revolution von 1848/49?

L Vorschlag für eine Lernaufgabe:
Erläutern Sie das Ende der Revolution von 1848/49 in einer Kurzpräsentation. Die Arbeitsaufträge auf S. 45 unterstützen Sie dabei.

M 1 Erschießung von Robert Blum am 9. November 1848 in Wien, Öl auf Holz, Berlin 1848/1849 (Ausschnitt).

Blum ging als Abgeordneter des Frankfurter Parlaments nach Wien. Nach Niederschlagung der Revolution wurde er ungeachtet seines Status als Mitglied der Nationalversammlung zum Tode verurteilt.

Gegenrevolution

Während die Abgeordneten der Nationalversammlung verhandelten, hatten die Fürsten in den Staaten des **Deutschen Bundes** Zeit, ihren Widerstand zu organisieren. Im Herbst 1848 spitzten sich die Ereignisse zu. Auf der einen Seite versuchten **radikale Demokraten**, die mit den Fortschritten bei den Beratungen in der Paulskirche unzufrieden waren, eine **zweite revolutionäre Welle** u. a. in Wien, Berlin, Frankfurt und Baden in Gang zu setzen. Auf diese Weise wollten sie Druck ausüben, um doch noch eine **Republik** und sozialrevolutionäre Maßnahmen zu erreichen. Auf der anderen Seite **erstarkten die konservativen Kräfte** rund um die Monarchen, die eine Rücknahme aller Märzreformen wollten. König Friedrich Wilhelm IV. hatte bereits im Frühsommer 1848 seine Haltung geändert und strebte eine Restauration an. Die Aufstände schürten in der Bevölkerung die Angst vor einem revolutionären Flächenbrand, sodass die Aufbruchsstimmung des Frühjahrs 1848 von einer eher skeptischen Haltung abgelöst wurde. In Berlin kam es Mitte Oktober zu Unruhen. Es folgte ein **Machtkampf** des preußischen **Königs** bzw. der Regierung mit den Anhängern der Revolution. Anfang Dezember 1848 ließ König Friedrich Wilhelm IV. die Aufstände vom Militär niederschlagen, löste die preußische Nationalversammlung auf, die eine Verfassung hatte ausarbeiten sollen, und setzte selbst eine neue **Verfassung** in Kraft. Diese enthielt liberale Elemente sowie einen Grundrechtekatalog und sollte dazu dienen, zu beschwichtigen und die Krise zu beenden. Viele **Bürgerinnen und Bürger** zogen eine „halbliberale" Verfassung dem weiteren Ausnahmezustand vor. Auch in Wien setzte sich das Militär gegen die Aufständischen durch. Damit waren Ende 1848 in den beiden wichtigsten Staaten des Deutschen Bundes, Preußen und Österreich, die Monarchen und ihre Regierungen gestärkt aus den Konflikten hervorgegangen.

Schlussphase der Revolution

Trotz der militärischen Konfrontation arbeitete die Paulskirchenversammlung weiter. Im März 1849 erreichten die Beratungen die entscheidende Phase. Am 27. März 1849 verabschiedete das **Parlament** eine **Reichsverfassung**, einen Tag später wählte sie den preußischen **König** Friedrich Wilhelm IV. zum **Kaiser**. Dieser lehnte die angebotene Krone jedoch Ende April ab. Damit war der Umsetzung der **Verfassung** faktisch der Boden entzogen, obwohl viele deutsche Staaten im April die Verfassung als Kompromisspapier anerkannt hatten. Österreich, Preußen, Bayern, Hannover und Sachsen lehnten allerdings mit der Begründung ab, dass der Entwurf nicht mit den fürstlichen Regierungen vereinbart worden sei. Österreich zog seine Abgeordneten aus der Nationalversammlung ab; schrittweise folgten in den kommenden Wochen andere Staaten. Viele Abgeordnete hatten schon zuvor die Verhandlungen verlassen. Das noch verbliebene „Rumpfparlament" zog nach Stuttgart um (M 2), weil die verbliebenen radikaldemokratischen Mitglieder aus Frankfurt ausgewiesen worden waren. Mitte Juni wurde es vom Militär gewaltsam aufgelöst.

▶ M 3–M 4: Briefe König Wilhelms IV. zum Angebot der Kaiserkrone

Nachdem der Versuch, einen Nationalstaat auf parlamentarischem Weg zu gründen, gescheitert war, versuchten dies radikaldemokratische Kräfte im Mai 1849 mit Mitteln des bewaffneten Kampfes durchzusetzen. Die sogenannte **„Reichsverfassungskampagne"** wurde begleitet von Aufständen u. a. in Sachsen, Baden und der Rheinpfalz. Doch überall schlugen preußische Truppen die Aufstände nieder.

Besonders dramatisch verliefen die Ereignisse in Baden, wo die Soldaten der Rastatter Garnison zu den Revolutionären überliefen und sich eine breite Volksbewegung bildete. Der Großherzog wurde vertrieben und es sollte eine **Republik** errichtet werden. Der Aufstand endete nach mehrwöchiger Belagerung am 23. Juli 1849. Das preußische Militär ließ über 50 Revolutionäre hinrichten, Tausende von Menschen wurden verhaftet oder gingen ins Exil, u. a. in die USA. Die Gegenrevolution hatte endgültig gesiegt.

M 2 „Eine Wandertruppe", Karikatur auf den Umzug des Rumpfparlaments nach Stuttgart, Holzstich, Juni 1849

Unmittelbare Folgen der Revolution

Es folgte eine **Zeit der Reaktion:** In allen Staaten des **Deutschen Bundes** kehrte man zum monarchisch-obrigkeitsstaatlichen System zurück. Es gab zwar weiterhin Verfassungen, aber diese waren von oben erlassen worden und sahen kaum Mitspracherechte der **Parlamente** vor. Die Zensur wurde wieder eingeführt, viele politische Vereine verboten, oppositionell eingestellte Beamte entlassen, polizeiliche Überwachung und Verhaftungen waren an der Tagesordnung. 1851 wurden im Deutschen Bund endgültig alle liberalen Errungenschaften der Revolution, u. a. die **Grundrechte**, zurückgenommen. Damit war die Umsetzung eines demokratisch legitimierten Verfassungsstaates in Deutschland 1848/49 gescheitert.

Große Teile der Bevölkerung und insbesondere des **Bürgertums** hatten sich in der Endphase der Revolution passiv verhalten und so zum Scheitern wesentlich beigetragen. Der Grad der Politisierung hatte jedoch zugenommen. Auch Frauen hatten sich öffentlich engagiert; Arbeiterinnen und Arbeiter waren auf die Barrikaden gegangen. Der soziale Wandel ließ sich durch die Gegenrevolution nicht aufhalten. Die politischen Gruppen in der Paulskirche – Konservative, Liberale und Demokraten – bildeten ideell und organisatorisch die Vorstufe der in den nächsten Jahrzehnten entstehenden politischen Parteien.

1 Beschreiben Sie, ausgehend vom DT, die Rolle der Paulskirchenversammlung in der Endphase der Revolution.
2 Beurteilen Sie das Handeln des preußischen Königs. Vergleichen Sie dazu die Äußerungen Friedrich Wilhelms IV. in M 3 und M 4 sowie M 2 auf S. 13 und M 3 auf S. 32.
3 Charakterisieren Sie unter Einbeziehung von M 5 und des DT die Rolle des Militärs in der Endphase der Revolution.
4 Untersuchen Sie M 6 im Hinblick auf rückschrittliche und fortschrittliche Aspekte.
5 Wählen Sie aus M 1, M 2 und M 5 ein Material für Ihre Präsentation aus. Begründen Sie Ihre Auswahl ausgehend von einer Analyse dieser Bildquelle.
6 Skizzieren Sie dann für den Vortrag ein Fazit, in dem Sie in wenigen Sätzen beurteilen, inwieweit man von einem Scheitern der Revolution von 1848/49 in Deutschland sprechen kann (M 7, DT). Berücksichtigen Sie dabei Ihre Hypothesen von S. 11 und passende GB.

▶ Hilfe

▶ M 5: Entwaffnung der Aufständischen in Rastatt am 23. Juli 1849

▶ M 6: Auszug aus der preußischen Verfassung vom 31. Januar 1850

▶ M 7: Hartwig Brandt über die Folgen der Revolution für die bürgerliche Gesellschaft

Revolution 1848/49 im Überblick
yoteku

Ende der Revolution

M3 König Friedrich Wilhelm IV. in einem Brief an den preußischen Gesandten in London, Freiherr von Bunsen, 13. Dezember 1848

Ich will weder der Fürsten Zustimmung zu der Wahl noch die Krone. […] Die Krone ist erstlich keine Krone. Die Krone, die ein Hohenzoller nehmen dürfte, wenn die Umstände es möglich machen könnten, ist keine, die eine, wenn auch mit fürstlicher Zustimmung eingesetzte, aber in die revolutionäre Saat geschossene Versammlung macht, […] sondern eine, die den Stempel Gottes trägt, die den, dem sie aufgesetzt wird, nach der heiligen Ölung „von Gottes Gnaden" macht, weil und wie sie mehr denn 34 Fürsten zu Königen der Deutschen von Gottes Gnaden gemacht […]. Die Krone, die die Ottonen, die Hohenstaufen, die Habsburger getragen, kann natürlich ein Hohenzoller tragen; sie ehrt ihn überschwänglich mit tausendjährigem Glanze. Die aber, die Sie – leider – meinen, verunehrt überschwänglich mit ihrem Ludergeruch [Aasgeruch] der Revolution von 1848, der albernsten, dümmsten, schlechtesten, wenn auch gottlob nicht der bösesten dieses Jahrhunderts. Einen solchen imaginären Reif, aus Dreck und Letten [Lehm] gebacken, soll ein legitimer König von Gottes Gnaden, und nun gar der König von Preußen sich geben lassen, der den Segen hat, wenn auch nicht die älteste, doch die edelste Krone, die niemand gestohlen ist, zu tragen. […] Ich sage es Ihnen rund heraus: Soll die tausendjährige Krone deutscher Nation, die 42 Jahre geruht hat, wieder einmal vergeben werden, so bin ich es und meinesgleichen, die sie vergeben werden; und wehe dem, der sich anmaßt, was ihm nicht zukommt.

*Zit. nach: Ernst Rudolf Huber (Hg.), Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte. Bd. 1: Deutsche Verfassungsdokumente 1803–1850, 3. Auflage, Kohlhammer, Stuttgart u. a. 1978, S. 402 f.**

M4 König Friedrich Wilhelm IV. in seiner offiziellen Erwiderung gegenüber der Abordnung der Nationalversammlung, 3. April 1849

Ich bin bereit durch die Tat zu beweisen, dass die Männer sich nicht geirrt haben, welche ihre Zuversicht auf Meine Hingebung, auf Meine Treue, auf Meine Liebe zum gemeinsamen deutschen Vaterlande stützen.

Aber, meine Herren, Ich würde Ihr Vertrauen nicht rechtfertigen, Ich würde Deutschlands Einheit nicht aufrichten, wollte Ich, mit Verletzung heiliger Rechte und Meiner früheren ausdrücklichen und feierlichen Versicherungen, ohne das freie Einverständnis der gekrönten Häupter, der Fürsten und freien Städte Deutschlands, eine Entschließung fassen, welche für sie und für die von ihnen regierten deutschen Stämme die entschiedensten Folgen haben muss.

An den Regierungen der einzelnen deutschen Staaten wird es daher jetzt sein, in gemeinsamer Beratung zu prüfen, ob die Verfassung dem Einzelnen wie dem Ganzen frommt[1], ob die Mir zugedachten Rechte Mich in den Stand setzen würden, mit starker Hand, wie ein solcher Beruf es von Mir fordert, die Geschichte des großen deutschen Vaterlandes zu leiten und die Hoffnungen seiner Völker zu erfüllen.

Dessen möge Deutschland aber gewiss sein, und das, Meine Herren, verkünden Sie in allen seinen Gauen: Bedarf es des preußischen Schildes und Schwertes gegen äußere oder innere Feinde, so werde ich auch ohne Ruf nicht fehlen.

*Zit. nach: Ernst Rudolf Huber (Hg.), ebenda, S. 405 f.**

1 *frommt:* nützt, hilft

M5 Preußische Truppen entwaffnen die Aufständischen von Rastatt am 23. Juli 1849, aus dem Neuruppiner Bilderbogen, kolorierte Lithografie, 1849

Unmittelbare Folgen der Revolution

M6 Aus der preußischen Verfassung, 1850

Die Verfassung vom 31. Januar 1850 basierte auf der von König Friedrich Wilhelm IV. oktroyierten Verfassung von Ende 1848 und blieb bis 1918 in Kraft.

Titel II. Von den Rechten der Preußen

[…]

Art. 4. Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich. Standesvorrechte finden nicht statt. Die öffentlichen Ämter sind, unter Einhaltung der von den Gesetzen festgestellten Bedingungen, für alle dazu Befähigten gleich zugänglich.

Art. 5. Die persönliche Freiheit ist gewährleistet. Die Bedingungen und Formen, unter welchen eine Beschränkung derselben, insbesondere eine Verhaftung zulässig ist, werden durch das Gesetz bestimmt.

Art. 6. Die Wohnung ist unverletzlich. Das Eindringen in dieselbe und Haussuchungen, so wie die Beschlagnahme von Briefen und Papieren sind nur in den gesetzlich bestimmten Fällen gestattet. […]

Art. 12. Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religionsgesellschaften […] und der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsübung wird gewährleistet. Der Genuss der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntnisse. Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen. […]

Art. 27. Jeder Preuße hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern.

Die Censur darf nicht eingeführt werden; jede andere Beschränkung der Pressfreiheit nur im Wege der Gesetzgebung. […]

Titel III. Vom Könige

Art. 43. Die Person des Königs ist unverletzlich.

Art. 44. Die Minister des Königs sind verantwortlich. Alle Regierungsakte des Königs bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung eines Ministers, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt.

Art. 45. Dem Könige allein steht die vollziehende Gewalt zu. Er ernennt und entlässt die Minister. Er befiehlt die Verkündigung der Gesetze und erlässt die zu deren Ausführung nöthigen Verordnungen. […]

Titel V. Von den Kammern

Art. 62. Die gesetzgebende Gewalt wird gemeinschaftlich durch den König und durch zwei Kammern ausgeübt. Die Übereinstimmung des Königs und beider Kammern ist zu jedem Gesetze erforderlich. […]

*Zit. nach: Wolfgang Hardtwig/Helmut Hinze (Hg.), Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung, Bd. 7: Vom Deutschen Bund zum Kaiserreich 1815–1871, Reclam, Stuttgart 2003, S. 350 ff.**

Art. 71 legte ein indirektes Dreiklassenwahlrecht für die Abgeordneten der Kammern fest: Dazu teilte man die Wähler nach ihren Steuerzahlungen in drei Klassen ein, die in öffentlicher Wahl jeweils ein Drittel der Wahlmänner bestimmten. Die erste Klasse der Bürger mit sehr hohem Steueraufkommen, z. B. Großgrundbesitzer, umfasste nur vier Prozent der Wähler, stellte aber genauso viele Wahlmänner wie die dritte Klasse mit rund 80 Prozent der Wahlberechtigten.

M7 Der Historiker Hartwig Brandt über die Folgen der Revolution für die bürgerliche Gesellschaft, 2002

So begannen die fünfziger Jahre als ein Dezennium[1] der politischen Illusionierung.[2] Vielerorts kehrten vorrevolutionäre Gewohnheiten und Institutionen zurück. Aber die Mentalität war nicht mehr die des Vormärz. Es fehlte die Erwartungshaltung, es fehlte die Gewissheit von der Veränderungskraft des Gedankens. Vormärz und Revolution waren die letzten Ausläufer dessen, was die Aufklärung in die Welt gesetzt hatte. Die postrevolutionäre Mentalität war also eine andere. Sie ließ sich von den Verhältnissen leiten, passte sich ihnen an. Sie wollte „realistisch" sein, wie die neue Vokabel hieß. Politisch: Sie richtete ihren Blick auf die Macht – nicht nur die etablierte von Bürokratie und Militär, sondern auch auf die virtuelle in der Gesellschaft. […] Der Wandel ging freilich darüber hinaus. Die Politik selbst hatte ihren Rang als Gegenstand höchsten Interesses verloren. Der Bürger zog sich ins private Leben zurück, ein zweites Biedermeier kündigte sich an. Zum anderen galt die Aufmerksamkeit nun zuvorderst anderen Disziplinen und Dingen, jenen, welche mit „Realien" zu schaffen hatten: Technik, Naturwissenschaften, Ökonomie. Die voranschreitende Industrialisierung […] beanspruchte das höchste Interesse. Die Industrie wiederum […] förderte das Massenhafte, auch dies eine Zeittendenz […]. Der klassischen Politik, noch vom Individualitätsgedanken geprägt, war eine solche Entwicklung fremd. 1848 hatte sie ihren letzten historischen Auftritt.

*Hartwig Brandt, Europa 1815–1850, Reaktion – Konstitution – Revolution, Kohlhammer, Stuttgart 2002, S. 213.**

1 *Dezennium:* Jahrzehnt
2 *Illusionierung:* Gemeint ist, dass sich das Bürgertum nicht mehr aktiv politisch engagiert, sondern Politik nur noch eine Illusion im Sinne einer theoretischen Vorstellung ist.
3 *virtuell:* Hier ist die mögliche Macht der Gesellschaft, die sich mobilisieren lässt, gemeint.

1.6 Vereine und Publizistik vom Vormärz bis in die 1860er-Jahre

Welche Bedeutung bekamen Vereine und eine kritische Publizistik in der Zeit des Vormärz bis in die 1860er-Jahre?

Pluralismus
Ein zentrales Merkmal demokratischer Gesellschaften. Es existieren vielfältige gesellschaftliche und politische Meinungen und Interessen, die frei geäußert werden dürfen und auch in konkurrierenden Gruppierungen (z. B. Verbände, Parteien) organisiert sein können.

L Vorschlag für eine Lernaufgabe:
Im Rahmen eines Projekttages zum Thema „Demokratie und Medien" findet an Ihrer Schule eine Podiumsdiskussion zur Bedeutung einer freien Presse und eines vielfältigen Vereinslebens für eine pluralistische* Demokratie statt. Verfassen Sie einen Stichwortzettel für ein Statement, in dem Sie entweder die Bedeutung von Vereinen oder die Bedeutung der Presse in der Zeit der Revolution von 1848/49 aufzeigen. Die Arbeitsaufträge auf S. 49 helfen Ihnen dabei.

M 1 „Verkauf der Wahrheit", Aquarell von Johann Nepomuk Höfel, 1848

Publizistik zwischen Zensur und Wachstum

Eine wichtige Voraussetzung für die **Revolution von 1848/49** bildete die **wachsende Politisierung des Bürgertums** im Vormärz. Diese spiegelte sich in der Lektüre von **Zeitungen und Flugschriften** sowie in Diskussionen im privaten Kreis oder in Vereinen wider. Obwohl die Presse- und Versammlungsfreiheit nach dem **Hambacher Fest 1832** per Gesetz eingeschränkt worden war, erschienen viele neue Druckschriften. In **Lesehallen und Lesevereinen** standen sie allen Interessierten zur Verfügung (siehe S. 21, M 9). Die Inhalte unterlagen jedoch der strengen Zensur der Regierungen. Vielfach wurde Verlagen die Druckgenehmigung entzogen oder Autorinnen und Autoren wurden vor Gericht gestellt (siehe Georg Büchner und der „Hessische Landbote", S. 22, M 13). Zur Umgehung der Zensur fanden der Druck und die Verteilung an unterschiedlichen Orten statt. In den 1840er-Jahren verlor die Zensur aber an Wirkung, da die Druckerzeugnisse dank moderner Schnellpressen in **Massenauflagen** produziert und per Eisenbahn sowie Telegrafie schnell verbreitet werden konnten. Zeitungen berichteten täglich über lokale und überregionale Ereignisse. Mit 17 000 Exemplaren war die liberale „Kölnische Zeitung" die auflagenstärkste. Hinzu kamen **bebilderte Druckschriften und Satiremagazine** wie die „Fliegenden Blätter" oder der „Kladderadatsch". Mit der Aufhebung der Zensur im März 1848 wurden viele neue Zeitungen gegründet (M 1). Sie berichteten kritisch über die politischen Ereignisse und stellten ein Forum für die politische Diskussion dar.

▶ M 3: Gedicht von August Heinrich Hoffmann von Fallersleben: „Wie ist doch die Zeitung interessant!", 1841

▶ M 4: Amalie Struve über die Zensur

▶ M 5: Thomas Nipperdey über das Pressewesen

▶ M 6: Gertrud Pfister über die Turnbewegung in Deutschland im 19. Jahrhundert

▶ M 7: Louise Otto-Peters über den Deutschen Frauenverein, 1866

▶ M 8: Alexandra Bleyer über Vereinsgründungen

Politisierung durch Vereine

Das Vereinswesen in Deutschland hatte bereits um 1800 einen ersten Höhepunkt erreicht. Turnvereine und Burschenschaften vertraten oft nationale Ideen. Die Mehrheit der Zusammenschlüsse im Vormärz war zwar nach außen hin unpolitisch, da die Gesetze im **Deutschen Bund** den Vereinen eine politische Betätigung untersagten. Gesangs- und Turnvereine, Schützen- und Wohltätigkeitsvereine waren nicht immer völlig unpolitisch. In den Gesangsvereinen wurden zum Beispiel durchaus politische bzw. nationale Lieder gesungen. Außerdem verstärkten die überregionalen Treffen der Vereine das Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit (M 2). Hinzu kamen neue Vereinsgründungen, auch von politischen Gruppierungen, mit dem Ziel, sich besser zu organisieren: Liberale gründeten daher „Vaterländische" oder „Deutsche" Vereine, Demokraten bildeten „Volksvereine" oder „Demokratische Vereine". Auch die ersten Arbeitervereine entstanden im Vormärz. Hinzu kamen katholische Vereine, die die den kirchlichen Einfluss in der sich wandelnden Gesellschaft bewahren wollten. Auch Frauen waren Mitglieder in Vereinen. Die Vereine insgesamt bildeten trotz Zensur eine wichtige Plattform für die Diskussion aktueller Fragen. Insbesondere seit den 1840er-Jahren sorgte die Zuspitzung der sozialen und wirtschaftlichen Krisen dafür, dass die Vereine mehr Zulauf erhielten und ihr politisches Engagement ausweiteten. Infolge der Revolution wurden 1849 viele politische Vereine verboten.

M 2 Einzug der Sänger beim allgemeinen deutschen Sängerfest in Nürnberg am 20. Juli 1861, Einblattdruck von Rudolf und Julius Geißler, 1861

Wachsende politische Öffentlichkeit

Die kritische Publizistik und die Vereine trugen seit dem Vormärz zu einem wachsenden Interesse am politischen Geschehen bei. Während der Revolution erreichte die Partizipation der Bevölkerung ihren Höhepunkt. Versammlungen, Demonstrationen, Bürgerwehren und Wahlen mobilisierten insbesondere das **Bürgertum**. Die neue Vielfalt der Möglichkeiten wurde auch von Bevölkerungsgruppen genutzt, die bisher nicht an politischen Prozessen teilnehmen konnten. So beteiligten sich auch Frauen aktiv an der Revolution. Auch Jüdinnen und Juden engagierten sich, u. a. mit eigenen Zeitungen, verstärkt in der Politik und erhofften sich von der Revolution eine Verbesserung ihrer Stellung in der Gesellschaft. Während der **Revolution** wirkten politische Öffentlichkeit, Vereine und kritische Publizistik zusammen und nahmen Einfluss auf das Handeln der Regierungen und die Debatten in der Paulskirche. Die Verbote nach Ende der Revolution konnten den politischen Modernisierungsprozess nur kurzzeitig bremsen. In den **1860er-Jahren** entwickelte sich erneut eine **Aufbruchsstimmung**, getragen auch von den Veränderungen infolge der Industrialisierung. Auch Frauen und die Arbeiterschaft trugen ihre Forderungen nach mehr Gleichberechtigung in die Öffentlichkeit, die seit dem Vormärz entstanden war. 1863 wurde der „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein", 1865 der „Allgemeine Deutsche Frauenverein" gegründet (siehe S. 130).

***Gruppe A:* Die Bedeutung der Presse**

1 Beschreiben Sie, ausgehend von M 1, M 5 und mithilfe des DT, auf welche Weise die kritische Publizistik in der Zeit vom Vormärz bis in die 1860er-Jahre eine moderne politische Öffentlichkeit schuf.
2 Beurteilen Sie unter Einbezug von M 3, M 4 und des DT die Wirksamkeit der Zensur.

***Gruppe B:* Die Bedeutung von Vereinen**

1 Erläutern Sie mithilfe von M 6 und des DT die Rolle von Vereinen für eine zunehmende Politisierung der Bevölkerung vom Vormärz bis zur Revolution 1848/49.
2 Beschreiben Sie, ausgehend von M 2, M 6, M 7 und M 8, die Entwicklung der Vereine nach der Revolution.

Aufgabe für beide Gruppen:

3 Charakterisieren Sie in Ihrem Statement zusammenfassend den Beitrag von kritischer Publizistik bzw. Vereinen für die allmähliche Herausbildung einer bürgerlichen Gesellschaft im Deutschland des 19. Jahrhunderts.

4 **Zusatzaufgabe:** Siehe S. 299.

Bedeutung der Publizistik vom Vormärz bis in die 1860er-Jahre

M3 Gedicht von August Heinrich Hoffmann von Fallersleben: „Wie ist doch die Zeitung interessant!“, 1841

Wie ist doch die Zeitung interessant
Für unser liebes Vaterland!
Was haben wir heute nicht alles vernommen!
Die Fürstin ist gestern niedergekommen,
Und morgen wird der Herzog kommen,
Hier ist der König heimgekommen,
Dort ist der Kaiser durchgekommen,
Bald werden sie alle zusammenkommen –
Wie interessant! Wie interessant!
Gott segne das liebe Vaterland! […]

Zit. nach: Frank Lorenz Müller, Die Revolution von 1848/49, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2012, S. 73.

M4 Die Schriftstellerin und Revolutionärin Amalie Struve (1824–1862) in ihren Erinnerungen 1850 über die Zensur im Vorfeld der Revolution

Nachdem [Gustav] Struve[1] von der Redaktion des Mannheimer Journals zurückgetreten war, gründete er den „Deutschen Zuschauer“[2]. Mannigfaltige[3] Schwierigkeiten mussten überwunden werden, bevor dieses Unternehmen in's Leben trat. […] Endlich erschien das Blatt. […]

Censur, Polizei und Gerichte schienen müde geworden zu sein, meinen Gatten zu verfolgen. Der Censor Urla war seines Amtes enthoben. […] Die Censur etwas milder geworden. […] Doch weder die Censur noch die Verbote konnten Struve bestimmen, auch nur eine Linie von dem betretenen Wege abzuweichen. Manchen bereits von dem Censor gestrichenen Artikel rettete er durch entschiedenes Auftreten gegenüber dem Censor. […] Er begnügte sich nicht damit, die offenkundigen und gewissermaßen eingestandenen Rechtsverletzungen in wortreichen Reden und bogenreichen Schriften zu bekämpfen. Er trat nicht blos den Regierungen, sondern auch der sogenannten Oppositionspartei wiederholt entgegen. Von den Männern des ernsten Widerstandes ging insbesondere die Offenburger Volksversammlung vom 12. September 1847[4] aus, welche den ersten Anstoß zu erneuter Thätigkeit auf dem Gebiete des Staatslebens gab. Mit der innigsten Theilnahme wohnte ich dieser Versammlung bei.

*Amalie Struve, Erinnerungen aus den badischen Freiheitskämpfen, Hoffmann und Campe, Hamburg 1850, S. 12f. **

*Zit. nach: https://www.digitale-sammlungen.de/de/view/bsb10021751?page=26 (Download vom 28. Februar 2023).**

1 *Gustav Struve (1805–1870):* Rechtsanwalt, Journalist und radikaldemokratischer Politiker. Zusammen mit Friedrich Hecker führte er die Revolution in Baden an und kämpfte für eine Republik. Er wurde mehrfach verhaftet.
2 *„Deutscher Zuschauer“:* Die überregionale Zeitung erschien vom 21. November 1846 bis zum 13. Juni 1849.
3 *mannigfaltig:* in großer Anzahl und auf vielerlei Art gestaltet
4 *Offenburger Volksversammlung 1847:* Bei dieser Zusammenkunft wurden „13 Forderungen des Volkes in Baden“ formuliert, die in der Folge das Grundprogramm der Demokraten bildeten. Die Forderungen leiteten sich aus den Grundrechten ab.

M5 Der Historiker Thomas Nipperdey über das Pressewesen nach der Revolution bis in die 1860er-Jahre, 2012

Die Revolution ist ein Jahr der alten wie neuen Zeitungen […]. Politik geht über Zeitungen, und sie werden jetzt von Massen gelesen. Diese Erfahrung war auch nach 1848 nicht mehr fortzuwischen. Der Staat konnte über Kautionen, Konzessionen und Gebühren, mit Polizei und Gerichten die Presse bedrängen – wie in den 1850er-Jahren, die Zensur aber wurde nicht mehr eingeführt. Zahl und Auflagenhöhe nahmen weiter zu […]. Auch der Umfang wuchs; und die Differenzierung nach Ressorts, Wirtschaft, Feuilleton bis zum Fortsetzungsroman, und […] die Anzeigen nahmen zu. Volkszeitungen waren bescheidener und billiger als die großen Blätter […]. Die Mehrheit der Zeitungen blieb noch regional […], war gemeinbürgerlich liberal, gemäßigt oder radikal fortschrittlich; aber auch die Konservativen hatten […] ihr eigenes Organ, und der politische Katholizismus verfügte 1871 über 126 Zeitungen[…]. Schließlich dehnt sich das Zeitungswesen seit den 1850er/60er-Jahren mit den Kreis- und Kleinstadtzeitungen in die Provinz und auf das Land aus. Es ist die Presse gewesen, die das Land langsam in das „literarische“ Leben, in sozialen Wandel, Politik und nationale Gesellschaft eingegliedert hat. Freilich, die Unterschicht – Arbeiter und Tagelöhner – wird auch von den volkstümlicheren Zeitungen schon auf Grund ihres Stils und ihres Bildungsstandards – mit dem ausführlichen Parlamentsbericht etwa – schwerlich erreicht.

*Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat, C. H. Beck, München 2012, S. 592.**

Die Bedeutung von Vereinen vom Vormärz bis in die 1860er-Jahre

M6 Die Sportsoziologin Gertrud Pfister über die Turnbewegung in Deutschland im 19. Jahrhundert, 2011

Im Vorfeld der bürgerlichen Revolution von 1848/49 entstanden nicht nur zahlreiche Turnvereine, sondern auch erste Turnverbände, die zu einem großen Teil die liberale und demokratische Bewegung unterstützten. Dabei war die Verbindung zwischen Turnen und Politik nicht zwangsläufig: So gab es sowohl „Maulturner“, die sich nur politisch engagierten, als auch „Nur-Turner“, die Turnen und Politik nicht vermischen wollten. Nach dem Scheitern der Revolution wurden zahlreiche Turnvereine jedoch wieder verboten und ihre Angehörigen politisch verfolgt. Erst in den 1860er-Jahren, im Zuge der wiedererstarkten Nationalbewegung, verbreitete sich das Turnen erneut.

Höhepunkte des Turnens waren Feste und Feiern, welche die Gemeinschaft der Turner im eigentlichen und übertragenen Sinne „verkörpern“ sollten. So organisierten die Turner […] auch im Vorfeld der 1848er Revolution Feste, bei denen politische Botschaften verkündet, aber auch turnerische Leistungen gezeigt wurden.

*Zit. nach: https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/33345/200-jahre-turnbewegung-von-der-hasenheide-bis-heute/ (Download vom 23. März 2023).**

M7 Louise Otto-Peters über Ziele und Möglichkeiten des Deutschen Frauenvereins, 1866

In dem Programm des Vereins sind eine Menge Mittel und Wege angegeben, mit und auf welchen eine Verbesserung der Lage der Frauen in Angriff zu nehmen ist. Der erste Schritt, den also jede deutsche Frau zu thun hat, welche nach einem Wirken für das Allgemeine sich bisher vergeblich sehnte, ist zu diesem Verein zu treten; sie wird dadurch ein Glied in der Kette eines Ganzen, sie tritt damit ein in eine Gemeinschaft, in der es ihr leicht wird, sich und Andern zu nützen und ihre Kräfte in Verbindung mit denen Anderer doppelt nutzbar zu machen. […]

Es ist durch die Frauen-Conferenz auch an *die öffentliche Meinung* appellirt worden – und es hat sich gezeigt, daß dieselbe weit mehr als dies früher der Fall, ja, als zu erwarten war, auf der Seite der *Frauen* steht. Der Versuch, die Frauen-Conferenz *lächerlich* zu machen, der sehr zu fürchten war, ist doch nur wenig gewagt worden – die meisten Blätter haben ihr beigestimmt und die Feinde der Sache haben wohl eingesehen, daß diese selbst ihnen zu *groß* geworden, um sie mit ein paar leichtfertigen Witzen abzuthun. […]

Die Frage der „Frauenarbeit“ und „Frauenbildung“ ist seitdem mächtig in den Vordergrund getreten. Keine Zeitung nimmt man in die Hand, kein Verein, keine Volksversammlung findet statt, in der nicht diese Frage discutiert würde – sei's im Sinne des Fortschrittes, sei's in dem des Stillstandes, ja der krassesten Reaction: – sie von sich zu weisen, zu ignorieren, wie es so lange halb bewußt, halb unbewußt geschehen, wagt Niemand mehr, ja es kommt sogar vor, daß Diejenigen, welche dies früher thaten, sich jetzt stellen, als wären sie stets durchdrungen gewesen von der Nothwendigkeit einer Lösung dieser Frage.

*Louise Otto-Peters, Das Recht der Frauen auf Erwerb. Blicke auf das Frauenleben der Gegenwart, Hoffmann und Campe, Hamburg 1866, S. 83 ff.**

M8 Die Historikerin Alexandra Bleyer über Vereinsgründungen nach der Revolution, 2022

„Ideen können nicht erschossen werden“[1] galt auch für die Arbeiter- und Frauenbewegung, deren Anfänge in der Revolution gemacht wurden und die nach ihrer Zwangspause erneut auflebten. 1863 wurde auf Initiative Ferdinand Lassalles, der in der Revolutionszeit als Demokrat in Erscheinung getreten war und sich anfangs für kommunistische Ideen interessiert hatte, der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet. […]

Die Vorkämpferin für Frauenrechte, Louise Otto, ließ sich von Rückschlägen nicht entmutigen – beispielsweise verbot die sächsische Regierung in ihrem Pressegesetz 1850 Frauen die Herausgabe wie auch die Redaktionsleitung von Zeitungen, was sich unmissverständlich gegen ihre Frauen-Zeitung richtete und daher als „Lex Otto“ bezeichnet wurde. „Welche Beleidigung und Zurücksetzung eines ganzen Geschlechts in dieser Bestimmung liegt“, prangerte sie in einer öffentlichen Stellungnahme dazu an, bevor sie Anfang 1851 ihre Zeitung einstellen musste.

[…] 1865 wurde sie Vorsitzende des auf ihre Initiative gegründeten Allgemeinen Deutschen Frauenvereins, dessen Schwerpunkt auf Bildung und Erwerbstätigkeit lag.

*Alexandra Bleyer, 1848. Erfolgsgeschichte einer gescheiterten Revolution, Reclam, Stuttgart 2022, S. 311 f.**

1 Ausspruch des Revolutionärs Hermann Jellinek vor seiner Hinrichtung am 23. November 1848 in Wien

1.7 Die Revolution aus zeitgenössischer und heutiger Sicht

Welche Bedeutung haben die revolutionären Ereignisse von 1848/49 für die Demokratisierung Deutschlands?

L Vorschlag für eine Lernaufgabe:
Bewerten Sie in einer schriftlichen Argumentation die Bedeutung der Revolution von 1848/49 für die Demokratisierung Deutschlands. Die Arbeitsaufträge auf S. 53 und die Tipps auf S. 315 helfen Ihnen dabei.

Die Bedeutung der Revolution von 1848/49

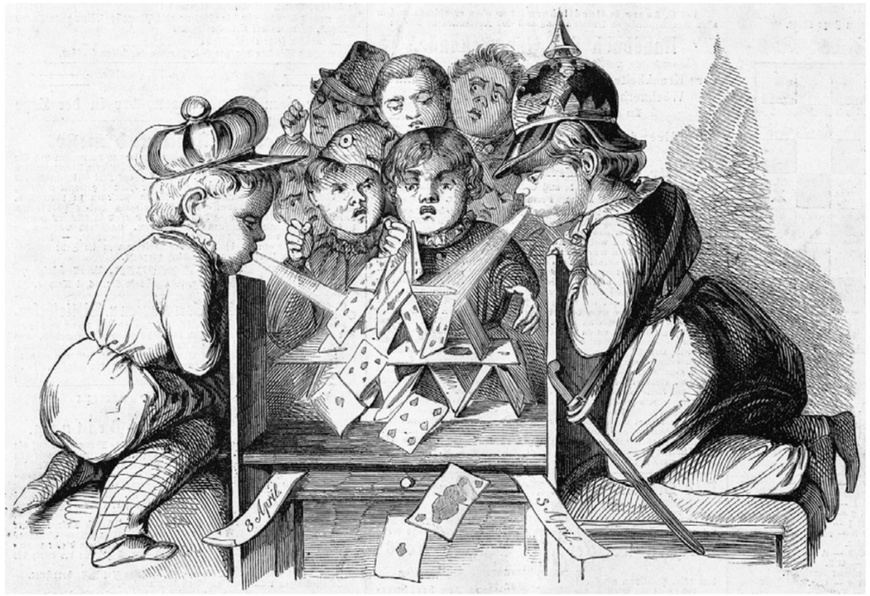
▶ M 3–M 4: Die Revolution aus zeitgenössischer Sicht

▶ M 5–M 6: Die Revolution aus heutiger Sicht

Die Deutung der Ereignisse von 1848/49 setzte bereits während der Revolution ein. Zeitungen berichteten und analysierten, aktiv Beteiligte verfassten politische Druckschriften und Aufrufe. Später setzten sich Historikerinnen und Historiker mit der Revolution und ihrer Bedeutung für die deutsche Geschichte auseinander. Die Sicht auf die Revolution und ihre Bedeutung veränderte sich im Laufe der Zeit. Lange stand die Tatsache im Vordergrund, dass die Paulskirche mit der Durchsetzung einer gesamtdeutschen Verfassung und der Gründung eines Nationalstaats gescheitert war. Aus heutiger Sicht bildet das Scheitern der Revolution nur eine Seite der Revolution von 1848/49. Gleichzeitig wird betont, dass wichtige Prozesse der Demokratisierung und Modernisierung ihre Wurzeln in den revolutionären Ereignissen von 1848/49 haben.

M 1 „Das Frankfurter Kartenhaus", Karikatur aus der „Illustrierten Zeitung", 1849

Unterhalb des Kartenhauses ragen zwei Papierstreifen unter einem Regalbrett heraus. Auf dem Zettel auf der rechten Seite unterhalb des Jungen mit der Pickelhaube steht das Datum 3. April. An diesem Tag wies der preußische König Friedrich Wilhelm IV. das Angebot der Kaiserkrone durch die Paulskirche zurück. Auf dem Zettel auf der linken Seite, dem Jungen mit der Mütze zugeordnet, steht der 8. April. An diesem Datum lehnte der österreichische Regierungschef Fürst zu Schwarzenberg jede weitere Verhandlung über die Verfassung ab und erklärte die Nationalversammlung für beendet.



M 2 Auftakt zur Gedenkveranstaltung zum 175. Jahrestag der Märzrevolution, Fotografie, 18. März 2023.
V. l. n. r.: Franziska Giffey (SPD), Regierende Bürgermeisterin von Berlin, Bundespräsident Steinmeier und Cornelia Seibeld (CDU), Parlamentspräsidentin im Berliner Abgeordnetenhaus, stehen bei der Eröffnungsveranstaltung des Berliner Wochenendes für die Demokratie zum 175. Jahrestag der Märzrevolution von 1848 mit Schildern vor der Installation einer Barrikade am historischen Schauplatz: Hier brachen am 18. März 1848 die Barrikadenkämpfe aus.

1 Analysieren Sie M 1 im Hinblick auf das darin deutlich werdende Urteil des zeitgenössischen Zeichners über die Revolution. Beziehen Sie Ihre Kenntnisse aus den vorhergehenden Kapiteln ein.
2 Arbeiten Sie aus den zeitgenössischen Quellen M 3 und M 4 die wichtigsten Aussagen im Hinblick auf die Demokratisierung Deutschlands heraus.
Tipp: Nutzen Sie die Arbeitsschritte der Methodenseite „Ein historisches Urteil analysieren" (siehe S. 56).
3 Notieren Sie in Stichpunkten, wie in M 2, M 5 und M 6 die Bedeutung der Revolution für die Demokratisierung Deutschlands aus heutiger Sicht beurteilt wird.
4 Formulieren Sie unter Einbeziehung Ihrer Arbeitsergebnisse eine eigene Bewertung der Bedeutung der Revolution von 1848/49 für die Herausbildung eines demokratischen Verfassungsstaates in Deutschland. Vergleichen Sie Ihre Bewertungen im Kurs.
Tipp: Im Anhang S. 315 finden Sie Informationen zum Verfassen einer Argumentation zu einem historischen Sachverhalt.

Die Revolution aus zeitgenössischer Sicht

M 3 Ausschnitt aus der radikaldemokratischen Zeitung „Es muß Tag werden. Organ der Arbeiter", 17. Dezember 1848

Die Zeitung erschien seit Dezember 1848 und wurde bereits im Januar 1849 wieder verboten.

Deutschland hatte eine Revolution im März angefangen, die den schimpflichen Namen, der bisher auf Deutschland sich gelagert hat, abwaschen und Deutschland wieder zu seiner Höhe erheben sollte, die Kinderschuhe ausziehen, um Männerkleider zu tragen. Die Bahn war herrlich betreten, das Volk war groß und stark. Seine Wünsche waren Befehle, die Ketten gebrochen […]. Das war der März.

Doch wie ein Kind, das aus dem Schlaf erwacht, schreit, bis man es hätschelt und schützt, so ist das deutsche Volk. Es schlief unter der Revolution ein. Es litt Schaden an seinen materiellen Interessen und an die Stelle des Muthes trat Jammer und Kleinmuth[1]. Die Fürsten sahen dies und frohlockend[2] sammelten sie sich eine Macht, sie gaben dem Volk die Erlaubnis, sich Männer zu wählen, die die Rechte schützen und befestigen sollen, aber mit der Bedingnis, nur solche, die unter dem Einfluss ihrer Kronen stehen;

Das Ziel ist erreicht, die Throne stehen wieder fest, ein Herr von Gagern[3] wird Unterhändler und ein Volksheld vom 18. März [König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen] an die Spitze Deutschlands gestellt. Er gibt dem Volke eine neue Constitution[4], erlaubt im ersten Theile volle Freiheit, und im zweiten Theile hat er die Macht, sie wieder zu nehmen, wenn sie dieselbe benützen. […]

Hat die Nationalversammlung bis jetzt noch an einem Faden gehangen, so erlöscht sie jetzt ganz. Sie hat ihre Vollmacht überschritten, denn sie hat unterhandelt mit den Fürsten und verläugnet das souveraine Volk. Die Nationalversammlung hat durch diesen Beschluss die Revolution gebracht, für Deutschland proklamiert, das Ungewitter heraufbeschworen. Mag man dies bezweifeln, die Thatsache wird sich bestätigen. Der König hat durch ein Schock[5] Unwürdiger die neue Constitution bearbeiten lassen, um sie dem Volke zu schenken. Als ob das Volk eine Constitution geschenkt annehmen kann. Das Volk muss sich selbe selbst machen, unbekümmert um die Großmuth eines Königs, der bereits gezeigt hat, wie er mit seinem Volk gehandelt hat. […]

*Zit. nach: https://daten.digitale-sammlungen.de/~db/0001/bsb00012862/images/index.html?seite=15 (Download vom 27. März 2023).**

1 *Kleinmuth:* mangelnder Mut
2 *frohlockend:* triumphierend, mit Schadenfreude
3 *Herr von Gagern:* Vorsitzender der Nationalversammlung
4 *Constitution:* Verfassung vom 31. Januar 1850, siehe S. 47.
5 *Schock:* Vielzahl von

M 4 Aus einem Aufruf des „Kongresses fränkischer Demokraten" in der „Neuen Fränkischen Zeitung", 2. Mai 1849

Als das deutsche Volk im März des vorigen Jahres sich erhob, als die Throne zitterten und wankten, da sprach man zu Euch: „Ueberstürzt Euch nicht; sendet nach Eurer freien Wahl Männer nach Frankfurt, diese sollen über das neu zu schaffende freie und einige Deutschland entscheiden, und was sie beschließen, soll als Gesetz gelten, sowohl für Fürsten als Volk."

Jetzt da diese Männer, die in ihren Beschlüssen oft weit genug hinter den Wünschen und Erwartungen des deutschen Volkes zurückblieben, beschlossen haben, sagt uns die Regierung keck ins Gesicht: „Auch dieses Wenige sollt Ihr nicht haben; was in Frankfurt beschlossen ist, erkennen wir nicht an." Kann man ein frecheres Spiel mit dem Volke treiben?

Mitbürger! Der Augenblick ist da, wo wir zeigen müssen, dass das Volk mündig ist und sich nicht in die alte, schmachvolle Knechtschaft zurückwerfen lässt. Niemand ist unter Euch, der nicht das undeutsche und freiheitsfeindliche Treiben dieser Regierung verdammt. Aber wir dürfen nicht dabei stehen bleiben, wir müssen handeln. Und was haben wir zu thun? Die Antwort ist einfach:

Wir müssen die Regierung zu unbedingter Anerkennung der Reichsverfassung zwingen.

Mitbürger! Wir stehen auf dem Boden des Gesetzes, denn die von dem deutschen Parlamente verkündete Reichsverfassung ist Gesetz für Deutschland. Unsere Regierung steht auf dem Boden der Rebellion, denn sie hat sich empört gegen dieses Gesetz. […]

Mitbürger! Erwägt die Wichtigkeit des Augenblicks, der, einmal versäumt, nicht wiederkehrt. Es handelt sich um Eure ganze Zukunft, um das Schicksal Eurer Nachkommen, um das Schicksal Deutschlands und der Freiheit. Gedenket, wie ihr von Junkern und Buerokraten[1] bevormundet, geknechtet und geplündert wurdet: die Rückkehr dieser Zustände steht Euch bevor, wenn ihr zurückbebt vor der entschiedenen That. Schon jetzt erheben die, welche Euch vor dem März gepeinigt und ausgesogen haben, keck wieder ihr Haupt.

*Zit. nach: https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb00012854_00574_u001/1 (Download vom 2. Mai 2023).**

1 *Junker und Buerokraten:* Adlige und Beamte

Die Revolution aus heutiger Sicht

M 5 Der Historiker Hans-Werner Hahn, 2010

Vor allem aber entfaltete das Leitbild einer „bürgerlichen Gesellschaft" als Gegenmodell zur vorrevolutionären Staats- und Gesellschaftsordnung während der Revolution eine starke Anziehungskraft und hinterließ trotz des Scheiterns der Reichsverfassung bleibende Wirkungen für die deutsche Geschichte.

Die neuere Forschung relativiert daher die ältere Auffassung von der „gescheiterten Revolution" und rückt auch Erfolge und langfristige Wirkungen der Jahre 1848/49 deutlicher ins Bild. Zu den Erfolgen gehörte nicht nur der in vielen einzelstaatlichen Gesetzen vollzogene Abbau feudaler Lasten[1] und ständischer Vorrechte. Auch die gescheiterte Paulskirchenverfassung hat nicht zuletzt durch den Grundrechtekatalog Maßstäbe für eine von Gleichheit und Freiheit geprägte Ordnung gesetzt, die auch unter obrigkeitsstaatlichen Strukturen fortwirkten und in den späteren deutschen Verfassungen und Gesetzen ihren Niederschlag finden sollten. In der Geschichte der deutschen Parteien und Parlamente hat die Revolution von 1848/49 ebenfalls wichtige und nachhaltige Traditionen begründet. Sie hat in Deutschland eine nationale Öffentlichkeit geschaffen, die es in dieser Form vorher nicht gab, und den Politisierungsprozess der Gesellschaft vorangetrieben. Für die Formierung der großen Parteirichtungen vom Liberalismus über die Arbeiterbewegung, den politischen Katholizismus bis hin zu den Konservativen und das Entstehen großer nationaler Verbände waren die Organisationsbestrebungen der Revolutionsmonate eine wichtige Grunderfahrung. Schließlich konnten auch die deutschen Regierungen trotz der Erfolge der Gegenrevolution die Forderungen von 1848/49 nicht einfach beiseiteschieben. […] Preußen blieb nach 1848 ein Verfassungsstaat.

Gerade in sozialökonomischer Hinsicht zeigte sich die Erfolgsbilanz der Revolution in den 1850er-Jahren immer deutlicher. Die Revolution von 1848/49 hat den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Modernisierungsprozess durch die Fortschritte bei der Agrarreform[2] und zahlreiche andere Gesellschafts- und Wirtschaftsreformen nachhaltig gefördert. Sie hat Hemmnisse der kapitalistischen Entwicklung beseitigt und die Regierungen veranlasst, auch aus Gründen der Revolutionsprävention den wirtschaftlichen Wandel nachhaltiger zu fördern und die vormärzliche Pauperismuskrise zu überwinden. Der bald einsetzende wirtschaftliche Aufschwung sorgte dafür, dass Ende der 1850er-Jahre die großen Fragen der Revolution von 1848/49 – Einheit, Freiheit und soziale Frage – wieder auf der Tagesordnung standen.

*Hans-Werner Hahn/Helmut Berding, Reformen, Restauration und Revolution 1806–1848/49, Klett-Cotta, Stuttgart 2010, S. 650 ff.**

1 *feudale Lasten:* Abgaben und Dienstleistungen, die insbesondere die leibeigenen Bauern gegenüber ihren Grundherren erbringen mussten.
2 *Agrarreform:* Im Zuge der Revolution von 1848/49 wurden von den Regierungen Gesetze erlassen, die die Leibeigenschaft endgültig abschafften. Alle Bauern wurden Eigentümer ihres Landes und erhielten volle persönliche Rechte.

M 6 Die Historikerin Alexandra Bleyer, 2022

Wenn man die Ereignisse in einen größeren Zusammenhang einbettet, erkennt man klar die große Bedeutung, die 1848 für die Entwicklung der modernen Demokratie hatte. In der modernen Geschichtsschreibung wurde schon im Zusammenhang mit der 150-Jahr-Feier dieser Revolution 1998 eine Neubewertung vorgenommen. Nicht mehr das Scheitern steht seitdem im Vordergrund und damit eine Abwertung der vielfältigen Bestrebungen der „Achtundvierziger", sondern die Anerkennung ihrer Pionierleistungen und die Wirkung der Revolutionszeit als Lehrjahre.

[…] Viele Europäer erlebten in der Revolution Vorstufen der Demokratie, es wurde öffentlich über Politik diskutiert und gewählt, man organisierte sich in Vereinen und richtete Petitionen an die Nationalversammlungen. Im Idealfall lernte man, politische Ziele auf friedlichem Weg zu erreichen. Man lernte Mitsprachemöglichkeiten kennen und schätzen – und diese ließ man sich langfristig nicht mehr nehmen.

[…] In Deutschland knüpfte die Weimarer Republik an die liberal-demokratischen Ideen von 1848 an, der Grundrechtskatalog von damals wirkte vorbildlich.

Die Wurzeln der Demokratie reichen tief in die Geschichte zurück. Weder entstand sie von heute auf morgen, noch ist sie selbstverständlich; leider ist sie auch nicht unangreifbar. Angesichts gegenwärtiger Attacken durch Verfechter des autoritären Staates ist es umso wichtiger, sich mit ihrer Entstehung zu beschäftigen – mit den Ideen, die ihr zugrunde liegen, und mit den Frauen und Männern, die für sie eintraten.

*Alexandra Bleyer, 1848 Erfolgsgeschichte einer gescheiterten Revolution, Reclam, Stuttgart 2022, S. 313 f.**

Ein historisches Urteil analysieren

Formulierungshilfen:
- Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um einen wissenschaftlichen Fachtext/ …
- Die Autorin/der Autor setzt sich mit … auseinander.
- Sie/er stellt die These auf, dass … Als Beleg für die These wird angeführt, dass …
- Insgesamt betont die Autorin/der Autor, dass …
- Das Urteil überzeugt, weil die Autorin/der Autor schlüssig argumentiert.
- Der Aspekt … wird jedoch in der Argumentation zu wenig beachtet.

Eine objektive Wahrheit gibt es in der Geschichte nicht. Jede Wahrnehmung und jede Deutung von historischen Ereignissen hängen von einer Vielzahl von Faktoren (z. B. Zugang zu Quellen, Zugehörigkeit zu einer Bevölkerungsschicht, emotionale Betroffenheit, zeitliche Distanz der Autorin/des Autors zum Geschehen) ab. Darstellungen von Geschichte sind daher immer perspektivisch – unterschiedliche Menschen kommen zu unterschiedlichen Beurteilungen von ein und demselben historischen Ereignis. Wenn Geschichtsschreibung aber nach wissenschaftlichen Standards arbeitet und die Kriterien ihrer Analyse offenlegt, kommt sie zu sachlich fundierten Urteilen. Die Frage, wie eine Historikerin/ein Historiker zu einer Beurteilung kommt, ist mindestens so spannend und wichtig wie die Beurteilung selbst. Deshalb müssen historische Urteile auf die **Stimmigkeit der Argumentationskette**, auf die **Stichhaltigkeit der einzelnen Argumente** und auf die **Angemessenheit der Darstellung** geprüft werden. Nur so lässt sich die Qualität eines historischen Urteils erkennen und beurteilen.

Um einem historischen Ereignis in seiner Komplexität gerecht zu werden, ist es sinnvoll, Materialien hinsichtlich zentraler Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu vergleichen (siehe z. B. S. 53 ff.). In der Geschichtswissenschaft spricht man vom Prinzip der **Multiperspektivität**. Das Gleiche gilt für historische Urteile. Durch die Analyse und den Vergleich verschiedener Urteile kann man sich ein eigenes Bild von einer historischen Begebenheit machen. In dem Wissen, dass auch das eigene historische Urteil nicht objektiv sein wird, lässt sich zumindest ein abgewogenes und in sich stimmiges historisches Urteil formulieren.

Arbeitsschritte zur Analyse

1. Formale Merkmale
- Wer ist die Verfasserin/der Verfasser?
- Wann, wo und aus welchem Anlass ist der Text entstanden?
- Um welche Textsorte (z. B. öffentliche Rede, Artikel, Fachbuch) handelt es sich?
- An wen wendet sich der Text?

2. Inhalt
- Was ist das Thema des Textes?
- Welche zentralen Aussagen enthält der Text? Welche Thesen werden aufgestellt?
- Mit welchen Argumenten belegt die Autorin/der Autor die Thesen und Aussagen?

3. Historischer Kontext
- Auf welches Ereignis/welche Epoche/welches Problem bezieht sich der Text?
- In welchem zeitlichen Abstand zum historischen Ereignis entstand der Text?

4. Intention
- Welchen Standpunkt nimmt sie/er ein?
- Welche Absicht verfolgt die Verfasserin/der Verfasser?
- Unter welchen Fragestellungen/Maßstäben werden die Sachverhalte beurteilt?
- Welche Gesamtaussage lässt sich formulieren?

5. Beurteilung
- Wie glaubwürdig/überzeugend ist der Text (sachlich richtig, schlüssige Argumentation)?
- Welche anderen Gesichtspunkte und Argumente/Gegenargumente sind für die Beurteilung des historischen Sachverhalts relevant?
- Werden alle wichtigen Punkte in die Bewertung einbezogen?

Ein Übungsbeispiel

M 1 Die Revolution von 1848/49 aus Sicht des Historikers Frank Lorenz Müller, 2012

Im Sommer 1849 endete der im März des Vorjahres begonnene Versuch, das politische System in Deutschland einer demokratisch legitimierten, liberalen Verfassungsgrundsätzen verpflichteten Reform zu unterziehen. Sowohl das Modell, diese Umgestaltung gleichberechtigt zwischen liberaler Bewegung und Fürsten zu vereinbaren, als auch der Anspruch, sie auf der Grundlage der Volkssouveränität durchzusetzen, wurden von der Gegenrevolution hinweggefegt. […]

Die vorwiegend von liberalen und radikalen Bürgern getragene deutsche Verfassungsrevolution von 1848/49 scheiterte. Die monarchisch-obrigkeitsstaatlichen Machtapparate gingen letztlich unbeschädigt aus ihr hervor. Militär und Beamtenschaft verhalfen der Gegenrevolution aktiv zum Sieg […]. Die Auswirkungen dieses Ausgangs für die politische und gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands waren zweifellos enorm.

Nichtsdestoweniger wird das Bild der Revolution heute weniger stark von der eindimensionalen Frage nach Versagen und Schuldigen beherrscht. Das Revolutionsjahr erscheint tiefer und breiter, jedoch weniger monolithisch[1] und unklarer konturiert[2]. Aus der Revolution sind die Revolutionen geworden. Als Orte der Revolution sind das Wirtshaus, das Vereinslokal und die Lesestube neben die Barrikaden und die Paulskirche getreten. Nicht nur Parlamentarier und Straßenkämpfer waren Revolutionäre, sondern auch Frauen, Landarbeiter und Zeitungsleser. Diese Vielzahl einander überlagernder, zum Teil auch gegeneinander laufender Politisierungs- und Mobilisierungsbestrebungen erschwert die Bewertung des Gesamtvorgangs. Selbst die Zuordnung zu großen Periodenzusammenhängen ist strittig. Stand 1848/49 am Beginn einer die Jahre 1845 bis 1871 umfassenden Wandlungsperiode, die den Durchbruch der politischen, ökonomischen und sozialen Moderne brachte? […] Oder war 1848 […] ein Nachbeben des Großereignisses von 1789? Noch problematischer erscheint die Einordnung in Kategorien wie Scheitern oder Erfolg, […] fortschrittlich oder beharrend. Die Landarbeiter und Handwerker, denen es um eine vermeintliche Rückkehr in eine „gute alte Zeit“ ging, die konservative Vereinsbildung in Bayern und Preußen, die ländlichen Lese- und „Rustikalvereine“[3]: All diese Facetten und viele andere mehr fordern zu einer Neubewertung des Revolutionsjahres auf, indem sie wohlbekannte Urteile unterminieren[4].

Das Gesamtphänomen der Revolutionen von 1848/49 war weniger bürgerlich-elitär, weniger liberal, national und parlamentarisch, weniger städtisch und weniger fortschrittlich als lange angenommen. Vielmehr nutzten zahlreiche Bevölkerungsgruppen die Chance, die ihnen der dynamische Veränderungsprozess bot. Ebenso unterschiedlich und spezifisch wie die Interessen, die nun zum Ausdruck kamen, waren die zu ihrer Durchsetzung gewählten Politikformen. Erst wenn man Wirtshausdebatten, Leseabende […] neben den Märzforderungen, den Barrikadenkämpfen und der Paulskirche miteinbezieht, kommt man zu einer angemessenen Gesamtbewertung. In ihrem Zentrum steht nicht die Frage nach dem Misserfolg eines bürgerlichen Projekts, sondern die Tatsache eines tiefgreifenden und umfassenden Wandels, eines bis dahin beispiellosen Politisierungs-, Mobilisierungs- und Kommunikationsprozesses. Diese Dynamik war folgenschwerer als Erfolge auf dem Gebiet der Bauernbefreiung und bei der Stärkung des Verfassungsprinzips und selbst als die Siege der Gegenrevolution. Eine Rückkehr zur Erstarrung des Metternich-Systems erwies sich als impraktikabel[5]. Selbst die Regierungen der sogenannten Reaktionsära legten ein beträchtliches Modernisierungspotenzial an den Tag, und binnen weniger Jahre meldete sich die Opposition wieder zu Wort. Bereits 1855 konnten es Kammerabgeordnete in Württemberg, Hessen-Darmstadt und Bayern wagen, offen für eine Bundesreform einzutreten. Im November 1858 gab es wieder eine liberale Mehrheit in der Zweiten Preußischen Kammer. Ein Dutzend Jahre später gelang der preußischen Staats- und Militärmacht […] die Gründung eines konstitutionellen, kleindeutschen Nationalstaats. […]

*Frank Lorenz Müller, Die Revolution von 1848/49, 4., akt. Aufl., Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2012, S. 142 f.**

1 *monolithisch:* einseitig
2 *konturiert:* skizziert
3 *Rustikalvereine:* Organisationen, die die Interessen der ländlichen Bevölkerung während der Revolution 1848 vertraten
4 *unterminieren:* zerstören
5 *impraktikabel:* nicht umsetzbar

1 Analysieren Sie mithilfe der Arbeitsschritte das Urteil des Historikers zur Bedeutung der Revolution von 1848/49 (M 1).

Zusammenfassen: Die deutsche Revolution von 1848/49

Der **Wiener Kongress 1815** läutete in Europa die Phase der Restauration ein, die **Monarchien** und die Vorrangstellung des **Adels** wurden wiederhergestellt. Die deutschen Territorien schlossen sich im **Deutschen Bund** unter Führung von Österreich und Preußen zusammen. Die Hoffnungen auf einen deutschen **Nationalstaat** und fortschrittliche Verfassungen wurden in den folgenden Jahren unterdrückt. Das **Hambacher Fest von 1832** mit über 30 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern signalisierte den politischen Aufbruch des **Bürgertums**. Organisiert vom „Deutschen Press- und Vaterlandsverein" und mithilfe von Zeitungen und Flugschriften überregional bekannt gemacht, traf sich auf dem Hambacher Schloss in der zum Königreich Bayern gehörenden Rheinpfalz ein breites Spektrum an politisch engagierten **Bürgerinnen und Bürgern**. Ihre Positionen lassen sich dem **Liberalismus** und **Nationalismus** zuordnen, die sich im Folgenden als zentrale politische Denkrichtungen etablierten. Als Reaktion verschärften die Regierungen die Pressezensur und Überwachung. Viele Angehörige des Bürgertums zogen sich in den privaten Bereich zurück und engagierten sich nicht mehr politisch. Ein Teil der Bevölkerung setzte seine politischen Aktivitäten jedoch fort. Dabei nutzten sie Vereine und Presse für die Verbreitung von liberalen und nationalen Ideen. Trotz der repressiven Politik der Regierungen entstand allmählich eine politische Öffentlichkeit, die die Politik der Regierungen kritisch verfolgte.

Die zunehmende Politisierung des Bürgertums sowie die wachsende Bedeutung der kritischen Publizistik und der Vereine trugen wesentlich zum Ausbruch der **Revolution in Deutschland 1848/49** bei. Weitere Ursachen bildeten wirtschaftliche und soziale Krisen im Zuge des Wandels von der Agrargesellschaft zur Industriegesellschaft. Missernten, sinkende Löhne und steigende Lebensmittelpreise sowie auf dem Land die hohe Abgabenlast führten zu sozialen Protesten. Der unmittelbare Auslöser für die Zuspitzung der Situation in den deutschen Territorien war die Februarrevolution in Frankreich 1848. Die Nachricht von der Ausrufung der **Republik** in Paris verbreitete sich schnell in ganz Europa und ermutigte engagierte Menschen dazu, im März 1848 mit Forderungen nach politischer Mitbestimmung (**Volkssouveränität**) auf die Straße zu gehen. Angesichts der von einer breiten Öffentlichkeit unterstützten Proteste gaben die Fürsten den „Märzforderungen" nach. Sie versprachen **Verfassungen**, mehr **Demokratie** und Wahlen zu einer Nationalversammlung. Der Einsatz des Militärs gegen Demonstrierende hatte u. a. in Berlin jedoch zeitweise für Barrikadenkämpfe mit zahlreichen Opfern gesorgt, bevor sich die Revolution durchsetzen konnte. Mit dem Zusammentritt der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche im Mai 1848 gab es in Deutschland erstmals ein gesamtnationales, von großen Teilen der männlichen Bevölkerung gewähltes **Parlament**. Nach fast einjähriger Debatte verabschiedeten die Volksvertreter im März 1849 eine Verfassung, die Deutschland zu einer **konstitutionellen Monarchie** mit einem **Kaiser** an der Spitze machen sollte. Darüber hinaus waren **Gewaltenteilung** und ein Katalog mit **Menschenrechten** vorgesehen. Die Umsetzung scheiterte u. a. an der Ablehnung des preußischen **Königs** Friedrich Wilhelm IV., dem die Abgeordneten der Paulskirche die Kaiserkrone angeboten hatten. Versuche radikaler Revolutionäre, nun eine **Republik** durchzusetzen, wurden vom Militär im Juli 1849 endgültig blutig niedergeschlagen.

Trotz ihres Scheiterns gehen wichtige politisch-historische Errungenschaften in Deutschland auf die Revolution von 1848/49 zurück: Aus den Fraktionen der Paulskirche entstanden schrittweise die Parteien; die Verfassung und der Grundrechtekatalog wurden zum Vorbild für spätere Verfassungen; auch das Grundgesetz geht darauf zurück. Das Bürgertum setzte seine politische Partizipation durch und wurde so nicht nur wirtschaftlich und sozial, sondern auch politisch zur führenden Kraft. Die Revolution trug damit wesentlich zur Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft bei.

▶ Übung

Anwenden

M 1 Barrikaden an der Mannheimer Rheinbrücke am 26. April 1848, Kreidelithografie aus dem Neuruppiner Bilderbogen, 1848

M 2 Der Journalist Carsten Knop über die Bedeutung der Revolution von 1848 bis heute, 2023

Es [1848] wurde aus der Erinnerung der Deutschen nicht ausgelöscht; vor allem in dunklen Zeiten war die deutsche Revolution ein helles Licht. Das ist der Grund, warum die Paulskirche unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wieder aufgebaut wurde und zur Hundertjahrfeier der Revolution zur Verfügung stand. Mehr als das: Die Grundrechtskapitel der Bundesländer beruhen oft wortgleich auf dem Rechtekatalog, der in der Paulskirche erarbeitet wurde. Und das Schwarz-Rot-Gold der „Achtundvierziger" steht weiter für nationale Einheit und bürgerliche Freiheiten.

Der ausführliche Grundrechtskatalog spiegelte die vormärzlichen Erfahrungen mit staatlicher Repression wider. Die Grundrechte verpflichteten alle Staatsorgane, gegen Verstöße sollte vor dem Reichsgericht geklagt werden können. Die beeindruckenden Grundrechte des deutschen Volks hatten die Parlamentarier schon am 27. Dezember 1848 erlassen.

Der Historiker Dieter Langewiesche erinnert an einen weiteren Aspekt, den die desillusionierten Demokraten von damals vielleicht am stärksten unterschätzten: Soziale Grundrechte wurden zwar nicht formuliert, doch aus den Verfassungsdebatten und auch aus der verabschiedeten Verfassung sprach „ein sozialer Grundton", an den in der bismarckschen Sozialgesetzgebung der 1880er-Jahre angeknüpft werden konnte. Zudem hatten etliche Grundrechte erhebliche soziale Wirkungen. So hob die Verfassung ständische Bindungen und Vorrechte, auch beim Zugang zu öffentlichen Ämtern, auf, verpflichtete zu einer gerechten Besteuerung in Staat und Gemeinde und erklärte alle öffentlichen Unterrichtsanstalten für kostenfrei.

Und die Verfassung sah zwar kein parlamentarisches Regierungssystem vor, doch in der Praxis der beiden Revolutionsjahre von 1848 und 1849 wurde es eingeübt und etablierte sich. Als die Regierung[1] die Mehrheit im Parlament verlor, trat sie zurück, und es wurde eine neue entsprechend der neuen Mehrheitsverhältnisse eingesetzt. So haben die Revolutionäre von 1848/49 den Deutschen eine moderne, freiheitliche Perspektive eröffnet, auf die sie immer wieder zurückkommen können – und auch müssen. Die es zu verteidigen gilt, in jeder Zeit aufs Neue.

Dass solche Gedanken zu jener Zeit weite Verbreitung gefunden haben und in Deutschland trotz aller Verwerfungen nie wieder in Vergessenheit gerieten, ist ein Ergebnis der in diesen Grundrechten enthaltenen Presse- und Meinungsfreiheit. Heute sind Presse- und Meinungsfreiheit Fundament demokratischer Verfassungen. Man darf sie aber nie als selbstverständlich nehmen. […] Doch diese Freiheit kann auch in vermeintlich gefestigten Demokratien angegriffen werden. Dort, wo diese Versuche Erfolg haben, erodieren[2] alle anderen Freiheiten ebenfalls. Das ist eine Mahnung aus dem Jahr 1848.

*Carsten Knop, Das Licht von 1848 in der Dunkelheit, in: 175 Jahre Nationalversammlung, Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 114, Seite B, 17. Mai 2023.**

1 *Regierung:* Vorstand der Nationalversammlung
2 *erodieren:* abnehmen, geringer werden

1 Nennen Sie wesentliche Voraussetzungen der Revolution von 1848/49 (DT, GDB).

2 Für ein Schülerlexikon wird eine Bildquelle zur Revolution von 1848/49 in Deutschland gesucht.
- **a)** Überprüfen Sie, inwieweit M 1 das Revolutionsgeschehen erfasst und sich damit als Illustration eignet. Welche wichtigen Aspekte fehlen?
- **b)** Sie können auch eines der anderen Bilder in diesem Kapitel dafür auswählen. Begründen Sie, weshalb Sie sich dafür entschieden haben.

3 „So haben die Revolutionäre von 1848/49 den Deutschen eine moderne, freiheitliche Perspektive eröffnet, auf die sie immer wieder zurückkommen können – und auch müssen." (M 2, Z. 40 ff.). Nehmen Sie, ausgehend von den Ausführungen in M 2 und dem DT, Stellung zu dieser Aussage.

2 Prozesse gesellschaftlicher und politischer Modernisierung im Deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik

M 1 Plakat der internationalen Frauenbewegung zum Frauentag, Entwurf von Karl Maria Stadler, 8. März 1914.

„Den Frauen, die als Arbeiterinnen, Mütter und Gemeindebürgerinnen ihre volle Pflicht erfüllen, die im Staat wie in der Gemeinde ihre Steuern entrichten müssen, hat Voreingenommenheit und reaktionäre Gesinnung das volle Staatsbürgerrecht bis jetzt verweigert. Dieses natürliche Menschenrecht zu erkämpfen, muß der unerschütterliche, feste Wille jeder Frau, jeder Arbeiterin sein. Hier darf es kein Ruhen kein Rasten geben. Kommt daher alle, ihr Frauen und Mädchen in die am Sonntag den 8. März 1914 nachmittags 3 Uhr stattfindenden 9 öffentl. Frauen-Versammlungen.“

Wer schon einmal auf einer Demonstration gegen den Klimawandel protestiert (M 2), an einer Klassen- bzw. Schülersprecherwahl teilgenommen hat oder das Wahlrecht für eine Kommunal-, Landtags- oder Bundestagswahl besitzt, mag sich kaum vorstellen, welch ungeheuerlicher Vorgang sich im März 1911 abgespielt hat: Erstmals gingen etwa eine Million Frauen im Deutschen Kaiserreich und anderen Ländern für ihre politische Gleichberechtigung auf die Straße, um am Frauentag gemeinsam für ihr Wahlrecht zu protestieren. Getragen durch die Sozialdemokratie und Gewerkschaften, wurde insbesondere der Frauentag am 8. März 1914 zu einem großen Erfolg. Die Berliner Polizei verbot allerdings das Plakat als (M 1) „beleidigend für die Obrigkeit“.

Europaweit durften Frauen damals nur in Finnland wählen. Das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht des 1871 gegründeten Deutschen Kaiserreichs war zwar für die damalige Zeit „modern“*, galt jedoch nur für Männer ab 25 Jahren. Auch in anderen Bereichen besaßen Frauen nicht die gleichen Rechte. Sie mussten sich um Haushalt und Kinder kümmern sowie in den meisten Arbeiterfamilien zusätzlich arbeiten. Gleichwohl verdienten sie nur etwa 50 bis 60 Prozent des Lohns der Männer.

Erst nach dem Ersten Weltkrieg und der Novemberrevolution 1918 gewährte die Weimarer Reichsverfassung von 1919 den Frauen ihr aktives und passives Wahlrecht. Die Zahl der Frauen, die einen Beruf ausübten, nahm stetig zu. Fotos und Filme der „Goldenen Zwanziger“ von Frauen mit moderner Kleidung und Frisur fangen dieses neue Lebensgefühl ein.

Das Beispiel der Entwicklung der Rechte der Frauen zeigt einen der zahlreichen Modernisierungsprozesse* in der Zeit des Deutschen Kaiserreichs und der Weimarer Republik, einem für die deutsche Demokratie- und Gesellschaftsgeschichte bedeutsamen Zeitraum. Die Erkenntnisse aus diesem Kapitel erleichtern die Orientierung in Geschichte und Gegenwart, um die Möglichkeit der politischen Partizipation zu begreifen und den zentralen Stellenwert der Grundrechte wertzuschätzen. Denn so selbstverständlich Artikel 3 unseres Grundgesetzes – „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ – oder unsere heutigen Rechte erscheinen, so hart umkämpft waren sie auch. Zudem gibt es weltweit noch immer viele Staaten, in denen die politische Mitwirkung untersagt wird und Grundrechte nicht beachtet werden.

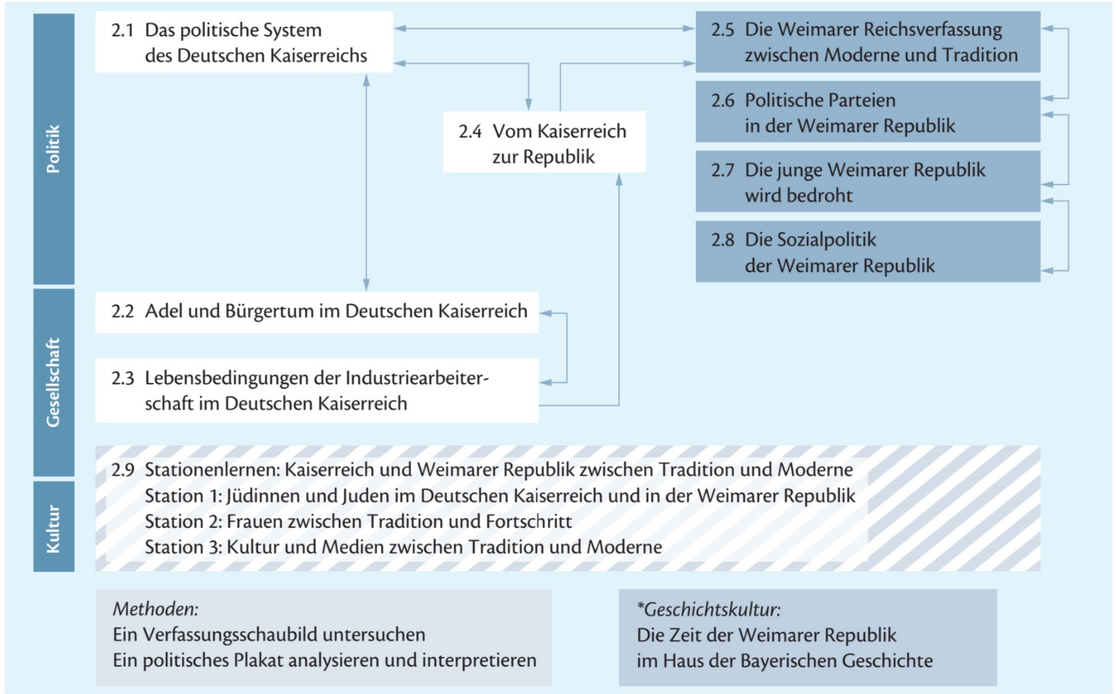
M 2 Demonstration von über 3 500 Schülerinnen und Schülern in München, Fotografie, 2019

„Modern“ und Modernisierung
Modernisierung bezeichnet den Wandel von traditionellen Formen der Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur hin zu fortschrittlicheren („modernen“) Formen, wie sie sich seit der Französischen Revolution und Industrialisierung durchgesetzt haben.
Als „modern“ gelten die Nation, Demokratie und Menschenrechte, Globalisierung und technischer Fortschritt sowie ein höherer Lebensstandard und eine vielfältige Kultur.
Aus diesen Modernisierungsprozessen resultierten aber auch Schattenseiten („dunkle Moderne“): Dazu zählen ein radikaler Nationalismus und die Soziale Frage sowie zunehmende Risiken wie Terrorismus oder der menschengemachte Klimawandel.

1 Was kennzeichnet eine moderne Gesellschaft? Nennen Sie Ihre Vorstellungen. Tragen Sie Ihre Vorstellungen in einer Mindmap ein.
Tipp: Beachten Sie die Informationen in der Randspalte und auf Seite 8 f.
2 Beschreiben Sie das Plakat M 1. Geben Sie anschließend die Forderungen wieder.
3 Sammeln Sie im Kurs, ausgehend vom DT und von M 2, welche Grundrechte Ihnen besonders wichtig sind. Ordnen Sie diese den Bereichen Politik/Herrschaft, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Familie zu. Diskutieren Sie die Bedeutung dieser Rechte.
Tipp: Beziehen Sie die GB „Demokratie“, „Bürger“ und „Parlament“ ein.

Das Deutsche Reich zwischen Tradition und Moderne von 1871 bis 1929

M 1 Strukturbild Kapitel 2: Prozesse gesellschaftlicher und politischer Modernisierung



Bei der Bearbeitung dieses Lernbereichs wenden Sie folgende Kompetenzen an:

- Sie erkennen, wie sich die politische Partizipation der **Bürgerinnen** und **Bürger** im **Deutschen Kaiserreich** und in der **Weimarer Republik** entwickelte und welche gesellschaftlichen Veränderungen hierfür grundlegend waren. Dabei setzen Sie sich mit dem Wechselspiel aus Beharrungskräften und Modernisierungsprozessen auseinander und nutzen Ihre historischen Erkenntnisse, um eigene gesellschaftliche und politische Mitgestaltungsmöglichkeiten wertzuschätzen und wahrzunehmen.
- Sie erklären politische und gesellschaftliche Prozesse der Zeit zwischen 1871 und 1929 multikausal, indem Sie kurz- und langfristige Ursachen und Folgen berücksichtigen. Dabei entwickeln Sie differenzierte und problembewusste Argumentationen, die eine zunehmend selbstständige Auseinandersetzung mit historischen Themen zeigen. Sie nutzen verschiedenartige komplexe **Quellen** und anspruchsvolle Darstellungen, auch in digitaler Form und unter Berücksichtigung regionalgeschichtlicher Beispiele.
- Sie erfassen die sich weiter ausdifferenzierende Gesellschaft des **Deutschen Kaiserreichs** und beurteilen die Einflussmöglichkeiten verschiedener gesellschaftlicher Gruppen auf den politischen Entscheidungsprozess.
- Sie bewerten die Leistung sozialstaatlicher Maßnahmen im **Deutschen Kaiserreich** und der **Weimarer Republik** hinsichtlich ihrer systemstabilisierenden Funktion.
- Sie reflektieren Modernisierungsprozesse zwischen 1848/49 und den 1920er-Jahren, indem Sie u. a. die Infragestellung tradierter Geschlechterrollen in der Zeit zwischen der **Revolution in Deutschland 1848/49** und der **Weimarer Republik** beurteilen.
- Sie charakterisieren die Situation von jüdischen **Bürgerinnen und Bürgern** zwischen zunehmender rechtlicher Gleichberechtigung und anwachsendem **Antisemitismus** in der Gesellschaft als Beispiel eines ungleichmäßigen Modernisierungsprozesses in der Zeit von 1871 bis in die 1920er-Jahre.
- Sie erfassen die im Ringen um eine neue politische Ordnung im Zuge der Novemberrevolution 1918 wirksamen Kräfte und beurteilen die daraus erwachsenden Prägungen der **Weimarer Republik**.
- Sie diskutieren, inwieweit die **Weimarer Reichsverfassung** Aspekte gesellschaftlicher und politischer Modernisierung seit dem 19. Jahrhundert aufgreift.

Testen Sie Ihr Vorwissen zum Deutschen Kaiserreich und zur Weimarer Republik

1 Richtig oder falsch? Korrigieren Sie die Aussagen, sofern erforderlich. Die Buchstaben hinter den richtigen Aussagen ergeben ein Lösungswort.

Der Kaiser floh 1918 ins Exil in die Niederlande.	M	Die Weimarer Republik wurde am 9. November 1918 gleich zweimal ausgerufen.	E
Das Deutsche Kaiserreich wurde 1870 in Berlin gegründet.	A	1919 durften Frauen erstmalig wählen und gewählt werden.	R
Reichskanzler Bismarck durfte ohne Zustimmung des Reichstags Gesetze erlassen.	D	Die Verfassungen des Kaiserreichs und der Weimarer Republik verankerten Grundrechte.	E
Juden waren im Kaiserreich rechtlich gleichgestellt.	O	Die Weimarer Reichsverfassung verwirklichte die Gewaltenteilung.	N
Die Industrialisierung führte zu großen sozialen Problemen.	D	Im Krisenjahr der Republik 1923 gelangte Hitler durch einen Putsch an die Macht.	L

2 Bestimmen Sie, welcher Begriff jeweils nicht zu den anderen passt, und begründen Sie Ihre Wahl.

a)

Industrialisierung	Nationalismus
Soziale Frage	Sozialgesetzgebung

b)

Bismarck	Deutsches Kaiserreich
Demokratie	Reichstag

c)

Gewaltenteilung	Vertrag von Versailles
Volkssouveränität	Weimarer Republik

d)

Räterepublik	Nationalversammlung
Friedrich Ebert	Reichspräsident

3 Setzen Sie die Titelseite M 2 in Verbindung zu zentralen historischen Ereignissen bzw. Grundlegenden Daten und Begriffen.

M 2 Extrablatt der Sozialdemokratischen Parteizeitung „Vorwärts", 9. November 1918 (Ausschnitt)

2. Extraausgabe. Sonnabend, den 9. November 1918.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der Kaiser hat abgedankt!

Der Reichskanzler hat folgenden Erlaß herausgegeben:

Seine Majestät der Kaiser und König haben sich entschlossen, dem Throne zu entsagen.

Der Reichskanzler bleibt noch so lange im Amte, bis die mit der Abdankung Seiner Majestät, dem Thronverzichte Seiner Kaiserlichen und Königlichen Hoheit des Kronprinzen des Deutschen Reichs und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzentwurfs wegen der Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassunggebende deutsche Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volks einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzustellen.

▶ Übung

Adel
Im Mittelalter und bis ins 19. Jahrhundert herrschender Stand, der sich durch Abstammung, Besitz, Vorrechte und eigene Lebensformen von der übrigen Gesellschaft abhob.

Antisemitismus
Allgemein Feindschaft und Hass gegenüber Jüdinnen und Juden, die u. a. in der Zeit des Nationalsozialismus rassistisch motiviert waren und pseudowissenschaftlich begründet wurden. Diese Form des Antisemitismus war ein zentraler Bestandteil der Ideologie des Nationalsozialismus: Nationalsozialisten teilten die Menschheit in minderwertige und höherwertige Rassen ein, wobei sie eine vermeintliche „jüdische Rasse" als minderwertig, die „arische Rasse" als höherwertig definierten. Ihre rassistischen Vorstellungen verknüpften sie mit älteren Erscheinungsformen der Judenfeindschaft, die z. B. auf religiösen und sozialen Motiven beruhten. Der NS-Antisemitismus bildete eine wesentliche Grundlage für die Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden durch die Nationalsozialisten.

Bismarck
Otto von Bismarck, konservativer preußischer Ministerpräsident, der 1871 die Reichsgründung unter preußischer Führung erreichte und in der Folge als erster Reichskanzler das Deutsche Kaiserreich maßgeblich mitprägte.

M 1 Bismarck als Raubtierjäger im Reichstag – die Abgeordneten sind mit Maulkörben gezähmt, Karikatur aus Ungarn, 1879

Bürger
Im Mittelalter die Einwohner einer Stadt, die das Bürgerrecht besaßen und damit politisches Mitspracherecht hatten (z. B. Wahl des Stadtrats). Heute bezeichnet der Begriff überwiegend Bewohnerinnen und Bewohner eines Staates, welche die Staatsbürgerschaft besitzen. In manchen Städten erlaubte das Stadtrecht auch Frauen und Juden den Erwerb des Bürgerrechts.

Bürgertum
Gesellschaftsschicht aus Kaufleuten, Gelehrten, Beamten und Handwerkern, die in den Städten entstand und in den Zeiten der Aufklärung und der Industrialisierung eine wichtige Rolle spielte.
Im 19. Jahrhundert bildete sich eine bürgerliche Gesellschaft heraus, in der die Bürger eines Staates gleichberechtigt ihre persönlichen und wirtschaftlichen Angelegenheiten als mündige Staatsbürger unabhängig von einer kirchlichen oder adligen Obrigkeit regeln.

M 2 Ein Festredner bei einer bürgerlichen Hochzeitsgesellschaft, Gemälde von Carl J. Spielter, 1902 (Ausschnitt)

Demokratie
Herrschaftsform, in der das Volk über die Politik bestimmt. Die ursprüngliche Form entstand in der Polis Athen im 6. und 5. Jh. v. Chr. In ihr konnten alle männlichen Bürger in der Volksversammlung direkt über Sachfragen abstimmen (direkte Demokratie). Frauen, Fremde und Sklaven besaßen keine politischen Rechte.
Im Gegensatz dazu basiert der moderne Demokratiebegriff auf den für alle geltenden Menschenrechten wie Freiheit und Gleichheit. Zudem werden in den meisten modernen Demokratien im Unterschied zur direkten Demokratie in der Antike in der Regel Volksvertreter (Abgeordnete) in Parlamente gewählt, die dort stellvertretend für alle Bürgerinnen und Bürger beraten und entscheiden (repräsentative Demokratie).

Deutsches Kaiserreich
1871 als konstitutionell-monarchischer Nationalstaat gegründet; 1918 im Zuge der Novemberrevolution nach dem Ersten Weltkrieg aufgelöst.

Gewaltenteilung
Grundsatz, der die Teilung der Staatsmacht in drei Teilgewalten fordert. Legislative (gesetzgebende Gewalt, z. B. Parlament), Exekutive (ausführende Gewalt, z. B. Regierung) und Judikative (rechtsprechende Gewalt, z. B. Richterinnen und Richter) kontrollieren sich gegenseitig, um einen Machtmissbrauch zu verhindern.
Die funktionale Aufteilung der Gewalten wird auch als „horizontale Gewaltenteilung" bezeichnet. Im Föderalismus der Bundesrepublik Deutschland wird sie durch die „vertikale Gewaltenteilung" zwischen Bund, Ländern und Kommunen ergänzt.

Industrialisierung
Von England ausgehende, tiefgreifende Veränderung der Arbeitsverhältnisse und der Gesellschaft durch den Einsatz von Maschinen im 19. Jahrhundert.

Judentum
Älteste monotheistische Religion und zugleich Gemeinschaft aller Jüdinnen und Juden. Der Kern der jüdischen Religion ist in der Thora grundgelegt.

Kommunismus
Von Karl Marx und Friedrich Engels in der Frühindustrialisierung entwickelter philosophisch-politischer Ansatz, der das Ziel einer klassenlosen Gesellschaft verfolgt und bei dem alle Produktionsmittel staatlich sind.

Menschenrechte
Angeborene und unveräußerliche Rechte eines jeden Menschen, z. B. Recht auf Leben, Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetz.
Von großer Bedeutung war die Aufnahme von Menschenrechten in die Amerikanische Unabhängigkeitserklärung (1776) und die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte im Zuge der Französischen Revolution (1789). Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland nehmen die Grundrechte einen hohen Stellenwert ein und genießen besonderen Schutz.

Nation
Menschen, die in einem bestimmten Gebiet leben, sich durch gemeinsame Merkmale wie Sprache, Kultur oder Geschichte miteinander verbunden fühlen und eine politische Gemeinschaft bilden bzw. anstreben.
Die Idee einer gemeinsamen Staatsnation entwickelte sich insbesondere in Frankreich während der Revolution 1789 und in der Folge auch in anderen Staaten Europas. Sie war damit die Grundlage für die Entstehung von Nationalstaaten in Europa im 19. und 20. Jahrhundert.

Nationalismus
Politische Strömung des 19. Jahrhunderts, die einen gemeinsamen Nationalstaat anstrebt; heute Bezeichnung für ein übersteigertes Nationalbewusstsein, das die eigene Nation vor andere stellt.

Parlament
In demokratischen Staaten die Volksvertretung, deren wichtigste Aufgaben die Gesetzgebung, das Haushaltsrecht und die Kontrolle der Regierung sind. Das Parlament in der Bundesrepublik Deutschland ist der Bundestag, der Bayerische Landtag ist das bayerische Parlament.

M 3 „Gruß aus München. Synagoge, Künstlerhaus, Grand Hotel Leinfelder", Kunstpostkarte von Karl Stücker's Kunstanstalt, München, 1899.
Die Alte Hauptsynagoge München an der Herzog-Max-Straße (links im Bild) wurde 1884–1887 errichtet und 1938 von den Nationalsozialisten zerstört.

Reichstag
Ab 1871 das gewählte Parlament des Deutschen Kaiserreichs; das Reichstagsgebäude in Berlin ist heute Sitz des Deutschen Bundestags.

Soziale Frage
Frage nach der Lösung der durch die Industrialisierung entstandenen sozialen Probleme, z. B. Wohnungsnot, Kinderarbeit und mangelnde soziale Absicherung.

M 4 Mietwohnung, Berlin, Fotografie, 1916

Sozialgesetzgebung
Einführung der Kranken-, Renten- und Unfallversicherung unter Reichskanzler Otto von Bismarck, um die Soziale Frage zu entschärfen und dadurch zugleich den Wählerzuwachs der Sozialdemokraten zu stoppen; die Sozialgesetzgebung markiert den Beginn moderner staatlicher Sozialpolitik und hatte Vorbildcharakter für andere Länder.

Sozialismus
Politische Strömung, welche von einer Klassengesellschaft ausgeht und diese v. a. durch eine gleichmäßigere Besitzverteilung, mitunter auch durch eine Verstaatlichung der Produktionsmittel, überwinden will.
Nach der Oktoberrevolution in Russland 1917 versuchten verschiedene Staaten, das Konzept des Sozialismus in die politische Realität zu überführen, und übernahmen den Begriff in ihre Selbstbezeichnung. Sie verstanden dabei den Sozialismus als Vorstufe zum Kommunismus. Der Versuch, die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse vollkommen umzugestalten, verursachte großes Elend und hatte den Tod von Millionen von Menschen zur Folge.

Verfassung
Grundlegendes Gesetz, das die politische Ordnung eines Staates festlegt (z. B. Staatsform, Rechte und Pflichten der Bürgerinnen und Bürger).
Beispiele für demokratische Verfassungen sind die Verfassung des Freistaats Bayern (1946) und das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (1949).

Vertrag von Versailles
1919 geschlossener Friedensvertrag, der den Ersten Weltkrieg beendete. Die Siegermächte schrieben u. a. die alleinige Kriegsschuld Deutschlands fest und verfügten Gebietsabtretungen, militärische Beschränkungen und Reparationszahlungen.
Zu den „Pariser Vorortverträgen" gehören weitere Verträge, die sich u. a. mit den anderen unterlegenen Kriegsparteien wie Österreich-Ungarn und dem Osmanischen Reich beschäftigten und insgesamt zu einer territorialen Neuordnung beitrugen.

M 5 Deutschland nach dem Vertrag von Versailles

Volkssouveränität
Grundsatz, dass alle Staatsgewalt vom Volk ausgeht.

Weimarer Republik
Erste parlamentarische Demokratie in Deutschland zwischen 1918 und 1933.

Weimarer Reichsverfassung
Verfassung der ersten deutschen Republik von 1919; Kennzeichen sind u. a.: parlamentarische Demokratie, starke Stellung des Reichspräsidenten, erstmaliges Frauenwahlrecht.

Anwendungstraining

1 Wissen wiederholen
a) Erfassen Sie die Grundlegenden Begriffe (GB) auf Karteikarten (digital oder analog): Vorderseite: GB; Rückseite: kurze Erläuterung in eigenen Worten.
b) Prägen Sie sich mithilfe der Karteikarten die GB ein.

2 Zusammenhänge herstellen
Partnerarbeit: Ordnen Sie die GB auf diesen vier Seiten in einem Schaubild unter der Überschrift „Das Deutsche Kaiserreich und die Weimarer Republik zwischen Tradition und Moderne" ein.

3 Testaufgabe „GDB-Spiel"
Vorbereitung und Aufbau:
Spielen Sie zu viert: Die Partnerteams aus Aufgabe 2 spielen zusammen (A und B gegen Team C und D). Legen Sie in der Tischmitte die 24 GB in alphabetischer Reihenfolge und daneben die fünf GD (siehe Zeitleiste auf S. 60/61) in chronologischer Reihenfolge aus.
Spielziel:
Ein Teammitglied findet zu den Materialien auf S. 64–67 passende Begriffe. Das Team, das nach sechs Materialien die meisten Begriffe gewusst hat, gewinnt.
Spielablauf:
In Runde 1 nennt A ein Material und eine Anzahl von GB und GD, die zum Material passen (z. B. M 6 = 4), und schreibt sie zur Kontrolle für C verdeckt auf.
B nennt die GB, die zum Material passen. Wird ein falscher GB genannt, setzt das andere Team fort. Die bis dahin genannten GB und GD zählen. Strittige Zuordnungen werden begründet.
Danach ist Team 2 an der Reihe. Nach einer Runde wechseln Fragende und Antwortende.
In Runde 2 beginnt D, C nennt GB usw.
Nach sechs Runden/Materialien (Wiederholungen sind nicht erlaubt) endet das Spiel und wird gewertet.

M 6 Die Eröffnungssitzung der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung in Weimar am 6. Februar 1919, Fotografie

2.1 Das politische System des Deutschen Kaiserreichs

Was waren die Kennzeichen des politischen Systems des Kaiserreichs?
Welchen Einfluss hatten Parteien, Verbände und Vereine auf die politischen Entscheidungsprozesse im Deutschen Kaiserreich?

Der Weg zur Reichsgründung 1871

1866 Deutscher Krieg: Sieg Preußens über den Deutschen Bund unter Führung Österreichs, Auflösung des Deutschen Bundes, Verteidigungsbündnisse zwischen Preußen und süddeutschen Staaten

1867 Gründung des Norddeutschen Bundes als Bundesstaat unter preußischer Führung

1870/71 Deutsch-Französischer Krieg: Sieg des Norddeutschen Bundes und seiner Verbündeten

1871 Gründung des Kaiserreichs „von oben" ohne Beteiligung des Bürgertums

L Vorschlag für eine Lernaufgabe:
In einem Internetforum stoßen Sie auf die Frage: „Wie demokratisch war das Kaiserreich als Obrigkeitsstaat?" Verfassen Sie hierzu auf Grundlage Ihrer Kenntnisse zum politischen System des Deutschen Kaiserreichs und zu den Mitwirkungsmöglichkeiten von Parteien und Verbänden eine Antwort. Die Arbeitsaufträge auf S. 71 helfen Ihnen.

Reichsgründung 1871 und Verfassung des Deutschen Kaiserreichs

Nach dem gescheiterten Versuch der Gründung eines Nationalstaates 1848/49 (siehe S. 44 ff.) konnte der wenig reformfähige **Deutsche Bund** den preußisch-österreichischen Dualismus um die Vorherrschaft in Deutschland nicht beilegen. In diesem Spannungsfeld gelang es Preußen unter König Wilhelm I. und seinem Ministerpräsidenten Otto von **Bismarck**, den deutschen Nationalstaat unter preußischer Führung und unter Ausschluss Österreichs zu errichten (kleindeutsche Lösung). Nach der **Gründung** des **Deutschen Kaiserreichs** **am 1. Januar 1871** wurde Wilhelm im Spiegelsaal von Schloss Versailles im Beisein der deutschen Fürsten zum Kaiser ausgerufen.
Die **Verfassung** beruhte größtenteils auf der des Norddeutschen Bundes. Das Reich war ein **Bundesstaat** mit einer **konstitutionellen Monarchie**. Die Rechte des Bundes und der Einzelstaaten hielten sich in etwa die Waage. **Reichskanzler** Otto von Bismarck (1871–1890) konnte die nach ihm benannte Ära maßgeblich prägen, weil sich **Kaiser** Wilhelm I. (1871–1888) meist aus der Politik heraushielt. Der Bundesrat, in den die 25 Einzelstaaten ihre Vertreter entsandten (Föderalismus), war laut der Verfassung das zentrale Staatsorgan, dessen Kompetenzen sich auf alle drei Zweige der Staatsgewalt erstreckten. Der **Reichstag** als nationales **Parlament** dagegen verwies auf die **Volkssouveränität**, die Einflussmöglichkeiten der **Bürger** und Ansätze der **Demokratisierung** (siehe S. 75, M 1). Das Reichstagswahlrecht, die öffentlich ausgetragenen Wahlkämpfe sowie die Wahlen selbst trugen nach 1871 maßgeblich zur zunehmenden Politisierung der Bevölkerung bei. Diese schlug sich nicht zuletzt in einer deutlich steigenden Wahlbeteiligung von 50 Prozent (1871) auf über 80 Prozent (1912) nieder (M 2).

Politische Partizipation durch Parteien, Verbände und Vereine

▶ M 6: Erste Wahlnachrichten

▶ M 7: Otto von Bismarcks Rede im Preußischen Herrenhaus am 24. April 1873

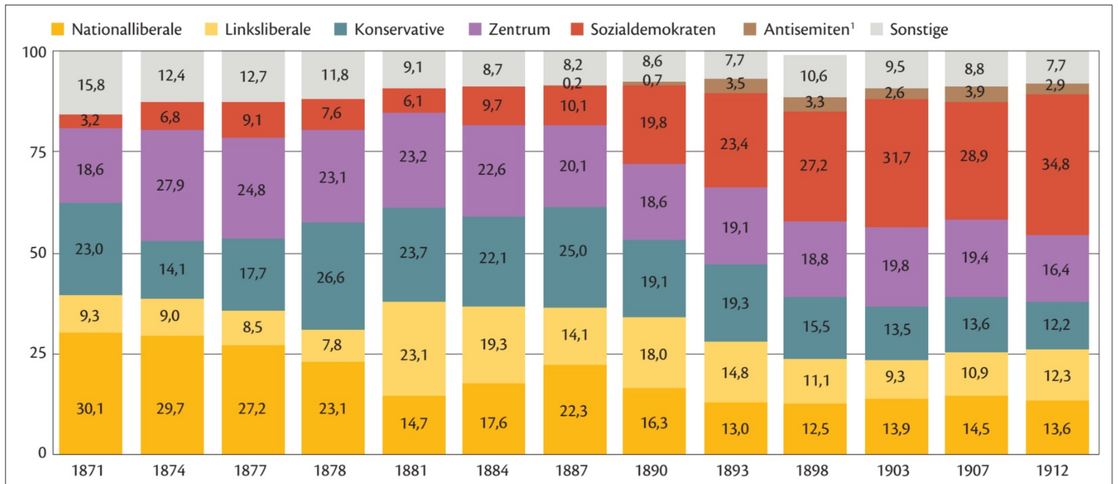
Unter den **Parteien** im Reichstag kristallisierten sich **fünf politische Strömungen** heraus, die verschiedene gesellschaftliche Gruppen und Interessen vertraten (M 1). Sie reichten von den staatstragenden, also die Politik von Kaiser und Reichskanzler stützenden, konservativen Parteien bis zur Opposition der Sozialdemokratie. Bismarck akzeptierte nur solche Parteien, die sich seiner Politik fügten. Andererseits brauchte der Kanzler die Parteien zur Mehrheitsbildung für seine Gesetzesvorlagen. Deshalb verfolgte er die Strategie, sich mit wechselnden Partnern im Reichstag Mehrheiten zu verschaffen.
Im Zuge der 1874 gewährten Pressefreiheit wurden die hitzigen Parlamentsdebatten von einer breiten medialen Berichterstattung begleitet, was zur Modernisierung und Demokratisierung des politischen Systems beitrug. Politiker mussten immer stärker mit den Stimmungen in der **Öffentlichkeit** rechnen, versuchten aber auch, Wähler für ihre Ziele zu instrumentalisieren, indem sie etwa nationale und soziale Ängste schürten.

Parteien und Wahlergebnisse im Kaiserreich

M 1 Parteien im Deutschen Kaiserreich (Auswahl)

Partei	Wähler	Zielsetzungen
Deutschkonservative Partei (gegr. 1876)	Großgrundbesitzer, Unternehmer, nationalistische, z.T. antisemitisch ausgerichtete Teile des Mittelstands, Bauern, Protestanten	– Erhalt der Monarchie/Schwächung des Reichstags (Antiparlamentarismus) – Kampf gegen „vaterlandslose Gesellen" der Sozialdemokratie/Bekämpfung eines „zersetzenden jüdischen Einflusses" – Stärkung der heimischen Landwirtschaft und Industrie
Nationalliberale Partei (gegr. 1867)	rechtsliberales, wirtschaftlich erfolgreiches Großbürgertum, national gesinntes Bildungsbürgertum	– Sicherung bürgerlicher Freiheiten/Unterstützung Bismarcks gegen das Zentrum und die Sozialdemokratie – Stärkung des Mittelstands und der Interessen der Beamten
Deutsche Fortschrittspartei (gegr. 1861; ab 1884 Deutsche Freisinnige Partei)	linksliberales und demokratisch gesinntes Bildungsbürgertum, „neuer Mittelstand" der Angestellten	– Stärkung des Reichstags (Parlamentarismus) – Sicherung bürgerlicher Freiheiten – Trennung von Kirche und Staat – Arbeiterschutz
Deutsche Zentrumspartei (Zentrum) (gegr. 1871)	vor allem Katholiken aus allen sozialen Schichten	– Selbstbestimmung der Bundesstaaten – Erhalt der Selbstständigkeit der katholischen Kirche und konfessioneller (Privat-)Schulen
Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands (SPD) (gegr. 1875 durch Zusammenschluss von ADAV und und SDAP zur SAP, seit 1890 SPD); siehe S. 82	vor allem Arbeiter aus den Großstädten und Industriegebieten	– revolutionär: Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft (Kommunismus) – reformorientiert: mehr politische Mitspracherechte für das Volk, allgemeines und gleiches Wahlrecht (in Preußen), freie Meinungsäußerung, Gleichberechtigung der Frau, Lösung der Sozialen Frage

M 2 Ergebnisse der Reichstagswahlen seit 1871 (Stimmenanteile in Prozent)



Zusammenstellung nach: dhm.de/LeMO, Der Große Ploetz und Putzger

[1] Es gab kleinere antisemitische Parteien; antisemitische Forderungen wurden aber auch von größeren Parteien aufgenommen.

M 3 Mitgliedskarte des Bundes der Landwirthe, 1893

Zugleich entstanden **Verbände** und Vereine, die gegenüber der Politik die politischen und finanziellen Interessen ihrer Mitglieder vertraten (Lobbyismus). Aufseiten des Zentrums trat der **Volksverein für das katholische Deutschland** mit seinen 805 000 Mitgliedern (1914) für Bildung und soziale Ziele ein. In Anlehnung an die Deutschkonservative Partei (M 1) wurde 1893 der **Bund der Landwirte** als Interessenverband gegründet (M 3), der 1914 etwa 330 000, überwiegend kleinbäuerliche Mitglieder zählte. Gemeinsam mit dem **Centralverband Deutscher Industrieller** von 1876, der die Schwerindustrie vertrat, setzte er eine **protektionistische Schutzzollpolitik*** für Agrarprodukte durch. Dieser konservativen Wirtschaftspolitik stand der 1895 gegründete **Bund der Industriellen** gegenüber, der liberale Interessen des Mittelstands vertrat und sich für den Freihandel einsetzte.

Protektionistische Schutzzollpolitik
Im Gegensatz zu einem Freihandel ohne Zölle und sonstige Handelshindernisse werden im Protektionismus Zölle erhoben, um die heimische Produktion vor ausländischer Konkurrenz zu schützen.

Die Arbeiterschaft fand ihre außerparlamentarische Interessenvertretung in den **Freien Gewerkschaften**, die u. a. mithilfe von Streiks die Soziale Frage lösen wollten (siehe S. 80 ff.). Im gemeinsamen Ziel, bessere Arbeits- und Lebensverhältnisse für die Industriearbeiterschaft zu erstreiten, standen sich Gewerkschaften und Sozialdemokratie nahe. Sie stellten 1913 mit 2,5 Millionen Mitgliedern die größte Gewerkschaft Europas dar. Hinzu kamen die christlichen und liberalen Gewerkschaften mit ca. 340 000 bzw. 100 000 Mitgliedern.

Auch private **Vereine** gewannen an politischer Bedeutung. Dies galt z. B. für den 320 000 Mitglieder (1912) starken **Flottenverein**, der den Ausbau der Flotte propagierte, oder den ca. 20 000 Mitglieder zählenden, sehr einflussreichen **Alldeutschen Verband**, der einen radikalen völkischen Nationalismus vertrat.

Obrigkeits- und Militärstaat
Staat, in dem die öffentlichen Angelegenheiten ausschließlich durch einen Herrscher geregelt werden. Im Kaiserreich übten Kaiser und Reichskanzler die oberste Staatsgewalt aus. Es war ein Militärstaat, da der Kaiser zugleich oberster Kriegsherr war und militärische Grundsätze und Werte im öffentlichen und privaten Leben vorherrschten.

M 4 Junge in preußischer Uniform mit Eisernem Kreuz und Pickelhaube, Fotografie, 1915

Militarismus und Nationalismus in der Gesellschaft des Kaiserreichs

Durch die **Verfassung** war das Reich staatsrechtlich eine Einheit. Die **innere Einheit** der 25 Bundesstaaten mit jeweils verschiedenen Landesverfassungen, Konfessionen sowie regionalen Identitäten und Traditionen musste aber erst noch hergestellt werden.

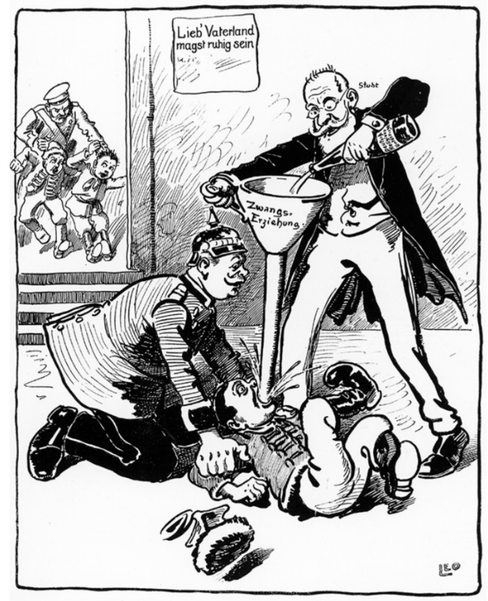
In dem durch die Fürsten „von oben" gegründeten Kaiserreich als **Obrigkeits- und Militärstaat*** besaßen der Kaiser als oberster Kriegsherr und das Militär eine Sonderstellung. Damit konnten sich Adlige ebenso wie konservative Bürgerinnen und Bürger identifizieren. Insbesondere die Offiziere waren sich ihrer privilegierten Stellung bewusst und entwickelten ein ausgeprägtes Standesbewusstsein. Zudem prägten militärische Normen, Werte und Umgangsformen das öffentliche Leben und den Alltag der Bevölkerung. Die Erinnerung an die Einigungskriege wurde in Form von großen Nationaldenkmälern und in unzähligen Kriegerdenkmälern wachgehalten. Der Militarismus offenbarte sich auch in großen Militärparaden, in der allgegenwärtigen Pickelhaube und Uniform (M 4). Bei kleinen Jungen wurde auch der Matrosenanzug zu einem populären Kleidungsstück. Die schulische Erziehung bemühte sich um Vermittlung militärischer Werte und Disziplin.

Auch für Liberale bot das Reich Identifikationsangebote. Wenngleich viele Forderungen nach bürgerlichen Freiheitsrechten nicht erfüllt wurden, sah man doch 1871 zwei zentrale Ziele des liberalen **Nationalismus** aus Vormärz und Revolution verwirklicht: die weitgehende Einheit der **Nation** in einem **Nationalstaat** und den **Verfassungsstaat**.

Nach der Reichsgründung erfuhr der einst gegen Fürsten und Deutschen Bund gerichtete liberale Nationalismus einen tiefgreifenden Bedeutungs- und Funktionswandel zu einem **Reichsnationalismus**. Dieser zielte darauf ab, Monarchie, Obrigkeitsstaat und **Nation** zu stärken und gegen Feinde abzuschirmen. Er wurde vom **Adel** und Großbürgertum (siehe S. 76 ff.), den konservativen Parteien und Nationalliberalen sowie ihren jeweiligen Verbänden vertreten. Gegner wie die Sozialdemokratie und das Zentrum grenzte man dagegen als **„Reichsfeinde"** aus.

Der zunehmend populäre Reichsnationalismus radikalisierte sich seit den 1880er-Jahren zu einem aggressiven, antisemitischen (siehe S. 168 f.) und rassistischen **völkischen Nationalismus**. Die Hauptantriebskraft dieses Nationalismus bestand in der Vorstellung, das Deutsche Reich müsse alle Kräfte mobilisieren, um Weltmacht zu werden. Der radikale völkische Nationalismus richtete sich auch gegen **nationale Minderheiten**, die ebenfalls als „Reichsfeinde" angesehen wurden und von denen die Reichsregierung Anpassung einforderte. Dies betraf vor allem 3 Millionen Polen, 1,5 Millionen Einwohner aus dem 1871 von Frankreich annektierten Elsass-Lothringen und 80 000 Dänen. Da die Verfassung keinen Grundrechtskatalog oder Minderheitenschutz vorsah, konnte das Reich ihre Rechte beschneiden und die nationale sowie kulturelle Identität der Minderheiten zurückdrängen. Deutsch wurde Schul-, Geschäfts- und Amtssprache, der Gebrauch der jeweiligen Nationalsprache wurde eingeschränkt (M 5). Wer sich dagegen wehrte, galt als national unzuverlässig, wurde ausgegrenzt oder ausgewiesen. Unterstützt wurde diese Politik durch radikalnationalistische Vereine wie den Alldeutschen Verband.

M 5 „Studt bringt den polnischen Kindern das deutsche Vaterunser bei", Karikatur von Paul Singer, „Der wahre Jakob", 11. Dezember 1906.
Die Karikatur aus der sozialdemokratischen Satirezeitschrift „Der Wahre Jakob" bezieht sich auf den preußischen Kultusminister Konrad von Studt und die Germanisierungspolitik gegenüber den Polen in der Provinz Posen.



▶ Hilfe

1 Zeigen Sie anhand der Verfassung wesentliche Kennzeichen des politischen Systems des Kaiserreichs auf (Schaubild S. 75 M 1, DT). Verwenden Sie dafür auch passende GB.
2 Beschreiben und beurteilen Sie die Mitwirkungsmöglichkeiten im politischen System des Kaiserreichs (M 1–M 3, M 6, DT). Beziehen Sie dabei auch M 1 auf S. 64 mit ein.
3 Erläutern Sie das Parteiensystem und die Entwicklung der Wahlergebnisse (M 1–M 2).
Tipp: Beachten Sie die Verschiebungen zwischen traditionellen und fortschrittlichen Kräften.
4 **Zusatzaufgabe:** Siehe S. 299.
5 Arbeiten Sie unter Rückgriff auf die Ergebnisse aus den Aufgaben 2 und 3 heraus, weshalb Bismarck das Zentrum und die Sozialdemokratie als Gefahr ansah (M 7).
6 Das Deutsche Kaiserreich wurde als Obrigkeits- und Militärstaat bezeichnet. Begründen Sie diese Aussage anhand der Entstehungsbedingungen, Merkmale und Auswirkungen des Militarismus und Nationalismus (DT, M 4–M 5 sowie S. 64, M 1).
7 **Arbeitsteilige Partnerarbeit:** Vergleichen Sie die Einschätzung des politischen Systems im Deutschen Kaiserreich in M 8 und M 9: Untersuchen Sie dafür zunächst jeweils einen Historikertext und vergleichen Sie dessen Einschätzung dann mit den Ergebnissen Ihrer Partnerin/Ihres Partners.
Tipps: Berücksichtigen Sie die Aspekte staatliche Institutionen, Rechte, Parteien und Verbände. Nutzen Sie für die Analyse die Arbeitsschritte auf S. 56.
8 Formulieren Sie nun auf Grundlage der Arbeitsergebnisse Ihre Antwort auf die Frage „Wie demokratisch war das Kaiserreich als Obrigkeitsstaat?". Beziehen Sie in Ihrem Urteil auch passende GB sowie die Mindmap der Auftaktseite (siehe S. 61, Aufgabe 1) mit ein.

▶ M 8–M 9: Geschichte kontrovers: Wie modern und demokratisch war das Kaiserreich?

▶ Übung

Politische Partizipation der Bürger

M6 Erste Wahlnachrichten.

Zeitungsleser vor einer Berliner Druckerei nach Bekanntgabe der Ergebnisse der Reichstagswahl am 27. Oktober 1881, Holzstich nach einer Zeichnung von Carl Koch.

M7 Otto von Bismarck in einer Rede im Preußischen Herrenhaus über seine Gegner im neuen Deutschen Reich, 24. April 1873

Ich verweise darauf, […] dass zur Notwehr für den gefährdeten Staat die Regierung gezwungen sei, und […] dass die Regierung und seine Majestät der König mit ihr die Überzeugung haben, dass der Staat in seinen Fundamenten bedroht und gefährdet ist von zwei Parteien[1], die beide das gemeinsam haben, dass sie ihre Gegnerschaft gegen die nationale Entwicklung in internationaler Weise betätigen, dass sie Nation und nationale Staatenbildung bekämpfen, denen die Kräftigung des staatlichen Elements, die Wahrhaftigkeit des Staates am Herzen liegen, gegen die, die ihn angreifen und bedrohen, zusammenstehen, und deshalb müssen sich alle Elemente zusammenscharen, die ein Interesse haben an der Erhaltung des Staats und an seiner Verteidigung […].

Wenn ich mich nicht täusche, so zeigen schon die kommenden Wahlen die Symptome, dass alle Parteien, welche ohne Nebenzwecke, ohne Zorn und ohne Verstimmung den Staat als solchen wollen, sich um uns scharen, und von ihrer Phalanx[2] die Parteien fern halten, von denen sie mit mir überzeugt sind, dass sie mit Wissen und unwissentlich Feinde dieses Staates sind.

*Otto von Bismarck, Die gesammelten Werke (Friedrichsruher Ausgabe), Bd. 11: Reden 1878–1885, hg. von Wilhelm Schüßler, Berlin 1929, S. 298.**

1 *Zwei Parteien:* Gemeint sind Zentrum und SAP.
2 *Phalanx:* dicht geschlossene Reihe

Geschichte kontrovers: Wie modern und demokratisch war das Kaiserreich?

M8 Die Historikerin Hedwig Richter, 2021

Am Anfang war die Verfassung. […] Das Reich hatte die in Europa übliche Staatsform einer konstitutionellen Monarchie. Das heißt, der Monarch war institutionell eingehegt[1]. Für die meisten Zeitgenossen war die Begründung durch eine Verfassung inzwischen selbstverständlich – diese Selbstverständlichkeit aber war neu und steht für einen Modernsierungs- und auch einen gewissen Demokratisierungsprozess. Noch der Vorgänger des neuen Kaisers auf dem preußischen Thron, König Friedrich Wilhelm IV., hatte eine Verfassung für Teufelszeug erklärt […].

[D]as ist die These dieses Textes […], dass das dunkle Bild von einem rein repressiven Obrigkeitsstaat der pluralen Gesellschaft[2] des Deutschen Reichs nicht gerecht wird. […]

Die Verfassung […] war von einem recht demokratisch gewählten Parlament, dem Reichstag des Norddeutschen Bundes, beraten und verabschiedet worden: Die Grundlage des Staates war also ein Effekt der Volkssouveränität. […] Das deutsche Parlament bestätigte 1871 das 1866 im Norddeutschen Bund institutionalisierte allgemeine und gleiche Männerwahlrecht. Die Verfassung nahm damit Bezug auf den bisherigen Höhepunkt der deutschen Demokratiegeschichte: die Paulskirchenverfassung.

[…] Im politischen Leben Deutschlands entwickelte sich das Parlament zur entscheidenden Institution. Das war so von Bismarck nicht intendiert gewesen, aber die kompromissfreudige Verfassung ließ es zu. Sie gab dem Reichstag das Budgetrecht und das Gesetzesinitiativrecht, und jedes Gesetz musste im Parlament verabschiedet werden. Die Abgeordneten ließen sich in hochkompetitiven Wahlkämpfen küren. Die Parlamentssitzungen waren öffentlich, und in langen Auszügen druckten die Zeitungen die Reden ab. […]

Das Deutsche Kaiserreich war ein Nationalstaat und gründete damit auf dem Volk. Das ist entscheidend für eine Interpretation des Kaiserreichs, denn historisch gesehen gehören Nation und Demokratie eng zusammen. […] Vor der Nation war jeder gleich. […]

Die Gründung des Nationalstaats erwies sich daher als wesentlich für die Demokratisierungsprozesse. […] In Massenverbänden, Vereinen, in Petitionen, in Kneipendiskussionen auf Demonstrationsmärschen mischten sich Männer in Politik ein und befeuerten die Zivilgesellschaft.

[…] Die Sozialdemokratie blieb dabei keineswegs in der Opfer- und Außenseiterrolle. Sie sah sich – völlig zu Recht – als treibende Kraft für den Fortschritt. […]

Nicht der Nationalismus, nicht der Antisemitismus oder Militarismus waren die herausragenden Massenbewegungen im Kaiserreich, sondern der Sozialismus. Er trug mit seinem frühen Kampf für das Frauenwahlrecht und für Frauenrechte wesentlich zur großen Emanzipationsbewegung der Frauen bei.

Überall entstanden Vereine: um die Armut zu bekämpfen, die Frauen zu befreien, Prostitution und Armut in die Schranken zu weisen, Hygiene und Gesundheit zu befördern – die Welt zu reformieren.

*Hedwig Richter, Warum sich eine Beschäftigung mit der Reichsgründung heute lohnt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1–2/2021, S. 25–29.**

1 *eingehegt:* an die Verfassung gebunden
2 *plurale (bzw. pluralistische) Gesellschaft:* differenzierte Gesellschaft moderner Staaten, in denen eine Vielfalt gesellschaftlicher Kräfte miteinander im Wettbewerb stehen und um Einfluss, Öffentlichkeit und Macht konkurrieren

M9 Der Historiker Eckart Conze, 2020

Der Nationalstaat von 1871 war zwar auch ein Verfassungsstaat, aber in erster Linie war er Nationalstaat. […] Daraus resultierte, gleichsam als Preis der Einheit, ein strukturelles Demokratiedefizit, das in der Reichsgründungsphase institutionell befestigt wurde und bis zum Ende des Kaiserreichs wirksam blieb. Diese institutionellen Sicherungen des Vorrangs der Exekutive, des monarchischen Prinzips […], hinter denen die Machtinteressen der alten Eliten standen, setzten der Entfaltung demokratischer Potenziale aus der Gesellschaft heraus Schranken.

[…] Man kann den Obrigkeitsstaat nicht einfach beiseiteschieben und im Kaiserreich allein eine reformbegeisterte, Demokratie praktizierende Zivilgesellschaft sehen. […] Es war gerade auf der nationalen Ebene und politisch-konstitutionell nicht reformfähig. Dass es im kaiserlichen Deutschland Demokratisierungsbemühungen und, wenn auch begrenzt, Demokratisierungserfolge gegeben hat, widerspricht dem nicht. Doch in einem undemokratischen Staat hatten Demokratie und Demokratisierung Grenzen.

[…] Auf die Idee der Volkssouveränität oder die Anerkennung von Menschen- und Bürgerrechten war die Verfassung des Kaiserreichs gerade nicht gegründet. Das unterschied sie von der Paulskirchenverfassung mit ihrem Grundrechtskatalog. […]

Nicht die deutsche Nation konstituierte das Deutsche Reich, sondern, wie es schon in der Präambel der Verfassung hieß, die Fürsten. Aus ihrer monarchischen Souveränität heraus schlossen die Fürsten einen „ewigen Bund", der den Namen Deutsches Reich erhielt. Bismarck kam es entscheidend auf den Charakter des Reiches als „Fürstenbund" an […], vor allem die Institution des Bundesrates, das verfassungspolitische Zentrum des nationalen Staates, in dem exekutive und legislative Befugnisse verschmolzen, unterstrich den Vorrang des Fürstenbundes und der für das Reich konstitutiven fürstlichen Souveränität. […] Er war durch den Reichstag nicht zu überstimmen. […]

Das entscheidende Defizit […] war indes die schlichte, aber zentrale Tatsache, dass die Regierungsmitglieder und insbesondere der Reichskanzler nicht vom Parlament nominiert und gewählt wurden.

[…] Bis zum Oktober 1918 hat der Reichstag diese entscheidende Schwelle der Parlamentarisierung nicht überschritten. […]

Gerade weil die politisch-konstitutionelle Macht des Reichstags trotz des allgemeinen Wahlrechts und trotz seines Bedeutungsgewinns als Bühne nationaler politischer Auseinandersetzung klar begrenzt war, eröffneten sich Räume für eine gesellschaftliche Politisierung, für politisches Engagement und politische Partizipation jenseits der Parteien und Parlamente. Interessenverbände und mitgliederstarke Massenorganisationen wirkten mit ihren breiten politischen Partizipationsmöglichkeiten durchaus demokratisierend […].

Problematisch war […], dass diese gesellschaftliche Demokratisierung angesichts der fehlenden Parlamentarisierung gleichsam ins Leere lief.

*Eckart Conze, Schatten des Kaiserreichs. Die Reichsgründung von 1871 und ihr schwieriges Erbe, dtv, München 2020, S. 105 f., 108, 126 f., 132 f. **

Ein Verfassungsschaubild untersuchen

Eine **Verfassung** bestimmt den gesetzlichen Rahmen eines Staates. Dafür legt sie die **Staatsform**, den **organisatorischen Aufbau**, die **Aufgaben** und die **Beziehungen der einzelnen Institutionen** sowie die **Rechte der Bevölkerung** fest. Verfassungsschaubilder vereinfachen die oft umfangreichen und komplizierten Verfassungstexte und stellen sie grafisch übersichtlich dar.

Als Vorläufer moderner Verfassungen gelten die Analysen der Verfassungen in der griechischen Antike, wie sie z. B. Aristoteles vorgenommen hat. Die **moderne Verfassungsentwicklung** begann in Europa im 17. Jahrhundert mit der Philosophie der Aufklärung und der Begründung der **Gewaltenteilung** und **Volkssouveränität**. Musterbeispiele sind die in der Französischen Revolution entwickelten Verfassungen der konstitutionellen Monarchie (1791) und ersten Republik (1793). Die Verfassung des Deutschen Kaiserreichs ging aus der des Norddeutschen Bundes (1867) hervor und resultierte aus den Verträgen, die dieser unter Führung Preußens im Zuge des Deutsch-Französischen Krieges von 1870 mit den Großherzogtümern Baden und Hessen sowie den Königreichen Bayern und Württemberg zur Vorbereitung auf die Reichsgründung 1871 geschlossen hatte. Sie wurde am 16. April 1871 verabschiedet und trat am 4. Mai in Kraft. Im Gegensatz zur Verfassung von 1849 enthielt sie keinen Grundrechtekatalog. Sie wurde durch die **Weimarer Reichsverfassung** vom 11. August 1919 ersetzt (siehe S. 100 ff.).

Arbeitsschritte zur Analyse

1. Erster Eindruck

– Welche Leitfrage stellen Sie sich für die Interpretation des Schaubildes?

2. Formale Merkmale

– Für welchen Staat, für welches Staatsgebiet, galt die Verfassung? Wann und durch wen wurde die Verfassung ausgearbeitet, wann trat sie in Kraft und wie lange war sie gültig?
– Wie ist das Schaubild zu lesen (von oben nach unten, von links nach rechts)?
– Welche Bedeutung haben Farben, Pfeile etc.?
– Welche Fachbegriffe werden verwendet und müssen geklärt werden?

3. Analyse der einzelnen Elemente

Verfassungsorgane
– Welche Staatsorgane sind dargestellt?
– Welche Aufgaben bzw. Befugnisse besitzen die einzelnen Organe?

Machtverteilung
– Welche Auskunft gibt das Schaubild über die staatliche Machtverteilung?
Tipp: Achten Sie darauf, von welchem Verfassungsorgan viele Pfeile weggehen.
– Wie wird ggf. die Gewaltenteilung (Legislative, Exekutive, Judikative) umgesetzt?
Tipp: Dies wird häufig mit unterschiedlichen Farben gekennzeichnet.

Rechte des Volkes
– Welche Rechte werden der Bevölkerung garantiert?
– Wer darf wen wählen? Wie wird gewählt? Wer darf nicht wählen?

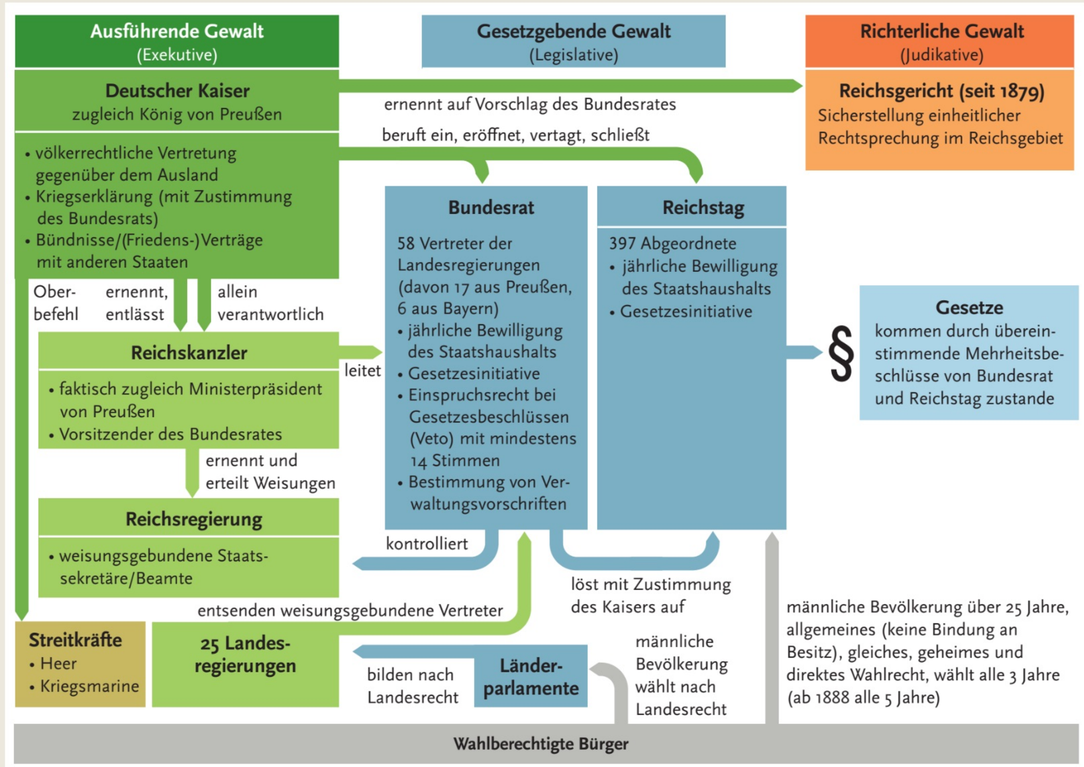
Struktur des Staates
– Um welche Staatsform (Monarchie, Republik) handelt es sich?
– Welche zentralistischen bzw. föderalistischen Staatsorgane besitzt die Verfassung?

4. Interpretation/ Gesamtaussage

– Worüber gibt das Schaubild keine Auskunft? Welche Fragen bleiben offen?
– Welche Stärken und Schwächen besaß die Verfassung aus heutiger Sicht?
– Welche Gesamtaussage lässt sich hinsichtlich der Leitfrage formulieren?

Übungsaufgabe

M 1 Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 16. April 1871



1 Interpretieren Sie das Verfassungsschaubild (M 1) mithilfe der genannten Arbeitsschritte. Folgende **Tipps** zum Vorgehen sind hilfreich:
– Verschaffen Sie sich zuerst einen groben Überblick (Arbeitsschritte 1 und 2) und nennen Sie die auffälligsten Strukturelemente des Schaubildes. Achten Sie dabei auf Farben, Pfeile und Gliederungsebenen.
– Vertiefen Sie sich erst danach ins Detail und orientieren sich an den Arbeitsschritten 3 und 4.
– Richten Sie den Fokus auf die Leitfrage.
– Orientieren Sie sich bei Bedarf jeweils an den Formulierungshilfen.
– Berücksichtigen Sie für die Analyse Ihre Grundkenntnisse (GB).
▶ *Lösungshinweise finden Sie auf S. 304.*

▶ Video/Schaubild: Verfassung von 1871

2 **Zusatzaufgabe:** Siehe S. 299.

Formulierungshilfen
– Das Schaubild … zeigt …
– Es ist in … gegliedert …
– Die Farben/Pfeile verweisen auf …
– Folgende Staatsorgane lassen sich unterscheiden: …
– Bei … handelt es sich um demokratische/nicht-demokratische Elemente …
– Gewaltenteilung ist gegeben durch …
– … gehören zur Legislative, … zur Exekutive … Die Judikative wird gebildet durch …
– Durch … ist die Partizipation des Volkes gewährleistet/eingeschränkt.
– Während die Staatsorgane … auf den Zentralismus hindeuten, wird der föderalistische Aufbau deutlich durch …
– Das Schaubild stellt anschaulich … dar, während es keine Auskunft gibt über …
– Die Verfassung überzeugt auf der einen Seite durch … und …
– Kritisch erscheinen auf der anderen Seite … und …, weil …
– Im Hinblick auf die Leitfrage lässt sich abschließend festhalten …

2.2 Adel und Bürgertum im Deutschen Kaiserreich

Welche Rolle spielte der Adel im Deutschen Kaiserreich?
Welche ökonomische und gesellschaftliche Bedeutung besaß das Bürgertum?

L Vorschlag für eine Lernaufgabe:
Stellen Sie in einer Mindmap die Bedeutung des Adels und des Bürgertums innerhalb der Gesellschaft des Kaiserreichs dar und beurteilen ihre Einflussmöglichkeiten auf den politischen Entscheidungsprozess. Berücksichtigen Sie auch die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen im Laufe des 19. Jahrhunderts. Die Arbeitsaufträge auf S. 78 unterstützen Sie dabei.

M 1 Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren im Deutschen Kaiserreich in Prozent

Jahr	Landwirtschaft	Industrie und Handwerk	Dienstleistungen
1871	49,3	28,9	21,8
1882	42,2	35,6	22,2
1907	34,0	40,0	26,0

Zahlen nach: Toni Pierenkemper, Umstrittene Revolutionen. Die Industrialisierung, Fischer TB, Frankfurt/Main 1996, S. 95.

Von der agrarisch geprägten Stände- zur Industriegesellschaft

Die vorindustrielle **Ständegesellschaft** war gekennzeichnet durch rechtliche Ungleichheit zwischen den Ständen. Geburt und soziale Herkunft entschieden über die Ausübung politischer Rechte, die Wahl der Ausbildung und des Berufs, den Erwerb von Besitz und Land, folglich auch über den Lebensstandard. Die **Französische Revolution** 1789 hatte die Ständeordnung beseitigt und mit der **Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte den Anspruch auf Freiheit und staatsbürgerliche Gleichheit** erhoben. Diese Ideen setzten sich im 19. Jahrhundert auch in den deutschen Staaten ebenso durch wie die aus England kommende **Industrialisierung**. Beide führten zu großen gesellschaftlichen Veränderungen. Anstelle der agrarisch geprägten Ständegesellschaft entstand die **Industriegesellschaft**, in der sich die soziale Stellung vor allem über die Position im Erwerbsleben, Leistung und Besitz definierte.

Das **Deutsche Kaiserreich** blieb jedoch zunächst überwiegend agrarisch geprägt (M 1). 1871 lebten über 60 Prozent der 41 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner auf dem Land. In den folgenden Jahrzehnten kam es zu einem rasanten **Bevölkerungswachstum**. Immer mehr Menschen zogen in die stark wachsenden Städte (**Verstädterung**). Im Jahr 1914 lebten 60 Prozent der Gesamtbevölkerung von 65 Millionen Einwohnern in Städten.

M 2 Der europäische Hochadel zur „Kaiserkur" in Kissingen, kolorierte Lithografie, 1861, Ausschnitt.

Im Kurgarten des 1883 zum Bad erhobenen Kissingen promenieren (von links nach rechts im Bild) der bayerische Kronprinz Ludwig II., Zarin Maria Alexandrowa und Zar Alexander von Russland, Kaiserin Elisabeth (Sisi) von Österreich und Herzog Max in Bayern.

Die Rolle des Adels

Als Folge der Französischen Revolution büßte der **Adel**, die führende Gruppe der Ständegesellschaft, auch in den deutschen Staaten einige Privilegien ein. Sein Anteil an der Bevölkerung betrug nur 0,1 Prozent, dennoch konnte er seine **führende politische und gesellschaftliche Rolle** verteidigen. Selbstbewusst wurden die Herkunft, Stellung und traditionellen Vorrechte behauptet. Der Besitz großer Landgüter sicherte seine **wirtschaftliche Bedeutung**. **Politisch** war der Adel in seiner konservativen Grundhaltung eine wichtige **Stütze des** „von oben" geschaffenen **Obrigkeitsstaates** (siehe S. 70). Ihm blieben die wichtigsten Positionen im Staat vorbehalten: An allen Fürstenhöfen im Reich, in Diplomatie, Verwaltung und im Militär hatten Adlige leitende Ämter und Posten inne.

Die gesellschaftliche Bedeutung des Adels zeigte sich in einem besonderen, teilweise auch vom Bürgertum nachgeahmten **Lebensstil**: Angehörige des Hochadels wohnten in Schlössern oder auf Landgütern, pflegten Kontakt nur mit Standesgenossen, trafen sich auf Bällen, zur Jagd und in noblen Kurorten zur Erholung (M 2). Überall blieb das elitäre Standesbewusstsein von eigenen Verhaltensformen über die Sprache, das Familienwappen und die Kleidung bis zu den Essgewohnheiten erkennbar.

Zugleich vergrößerte sich die Kluft zwischen dem hohen bzw. „alten" Adel und den Angehörigen des niederen Adels. Viele Adlige lebten bescheiden in den Städten, besaßen aber aufgrund ihres Adelstitels gleichfalls Ansehen und Einfluss. Im Zuge von Industrialisierung, Modernisierung und Verstädterung ging jedoch der ökonomische und **gesellschaftliche Stellenwert des Adels** im Vergleich zum aufstrebenden **Bürgertum** zurück. Allerdings gab es auch Adlige, die wie die Familie Henckel von Donnersmarck unternehmerisch tätig waren und so ihren Wohlstand noch weiter mehren konnten.

Die Bedeutung des Bürgertums

Aufgrund des großen Anteils des Bürgertums am Wirtschaftsaufschwung, an der Verstädterung und Urbanisierung sowie aufgrund seiner wachsenden politischen und gesellschaftlichen Bedeutung kann man im Kaiserreich von einer **bürgerlichen Gesellschaft** sprechen, in der die Bürger des Staates gleichberechtigt als mündige Staatsbürger ihre persönlichen und wirtschaftlichen Angelegenheiten unabhängig von einer adligen bzw. kirchlichen Obrigkeit regelten. Gemeinsame Nenner des Bürgertums waren die Abgrenzung gegenüber Adel und Arbeiterschaft, ähnliche Formen der Lebensführung, bürgerliche Normen und Werte wie Bildung, Leistung und Erfolg sowie Privatsphäre. Während es dem Bürgertum gelang, diese kulturellen Normen weithin durchzusetzen, blieb sein politischer Einfluss im Obrigkeitsstaat des Kaiserreichs begrenzt.

Unter den drei Hauptgruppen bildete die finanzstarke Gruppe des **Groß-, Besitz- bzw. Wirtschaftsbürgertums** der Industriellen, Bankiers und Großkaufleute mit drei bis vier Prozent Anteil an der Bevölkerung die neue ökonomische Elite. Sie waren zumeist Eigentümer und Manager ihres Unternehmens, die in autoritären Hierarchien über Investitionen, Einstellung und Entlassung der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellten entschieden und von ihnen Gehorsam verlangten. Aufgrund ihrer wirtschaftlichen Erfolge und ihres zunehmenden Wohlstands konnten sie auch den Lebensstil des Adels nachahmen (M 3–M 4). Dennoch blieben Hochzeiten zwischen Angehörigen des Bürgertums und Adels oder Erhebungen in den Adelsstand Ausnahmen.

Das **Bildungsbürgertum**, das nur ein Prozent an der Bevölkerung ausmachte, besetzte führende Positionen in der höheren Bürokratie (Beamte), Justiz (Richter) und Bildung (Professoren, Gymnasiallehrer) und konnte so durch seine breit gefächerten Tätigkeiten auf das politische Geschehen einwirken. Hinzu kamen freie Berufe wie Ärzte und Rechtsanwälte, Architekten und Ingenieure, Journalisten, Schriftsteller und Künstler. Weibliche Angehörige des Bürgertums übten nur selten eine Berufstätigkeit aus, z. B. als Lehrerinnen, Ärztinnen und Schriftstellerinnen, und das oft nur bis zur Hochzeit. Das gemeinsame Kapital, die gymnasiale Bildung und ein Universitätsabschluss, verschaffte den Bürgerlichen Ansehen und half zugleich, das Kaiserreich zu einem Zentrum von Wissenschaft, Forschung und Kultur zu machen. Ihre politischen Ansichten vertraten die Bildungsbürger in liberalen Parteien sowie in der Presse und im Kulturbetrieb. Familien des Bildungsbürgertums besaßen oft Villen in attraktiven städtischen Wohngegenden. Während einige durch Heirat zu Besitzbürgern aufstiegen, wurden im Gegenzug Unternehmerkinder oft aufgrund ihres Studiums Teil des Bildungsbürgertums.

Die dritte Gruppe bildete das **Kleinbürgertum** mit etwa zehn Prozent der Bevölkerung. Es bestand aus Handwerkern und Händlern sowie den niederen Beamten und **Angestellten**, deren Zahl in Industrie und Verwaltung, Handel und Verkehr, Banken und Versicherungen erheblich zunahm (M 5). Insgesamt waren die Löhne der niederen Beamten und Angestellten

▶ **M 6: Der Soziologe Rainer Geißler über die Sozialstruktur im 19. Jahrhundert**

▶ **M 7: Der Historiker Wolfgang Kruse zur Bedeutung des Bürgertums im Kaiserreich**

M 3 Die Industriellenfamilie Krupp von Bohlen und Halbach mit Dienstboten in ihrer Villa in Badenweiler (Baden-Württemberg), Fotografie, Anfang der 1880er-Jahre

recht hoch, die soziale Mobilität sehr ausgeprägt: Einerseits stagnierte der „alte Mittelstand", weil Einzelhändler mit neuen Warenhäusern konkurrieren mussten und günstige Fabrikproduktion die Existenznöte traditioneller Gewerbe wie Tischler, Schuhmacher und Schneider verschärfte. Andererseits entstanden neue Berufe wie in der Energieversorgung, und manche Handwerksbetriebe wie das Baugewerbe profitierten von Industrialisierung und Verstädterung. Diese Herausforderungen führten häufig zu einer konservativen, kaisertreuen und nationalistischen Haltung. Entsprechend suchte man politisch „nach oben" die Nähe zum maßgebenden Besitz- und Bildungsbürgertum und grenzte sich „nach unten" scharf zur Arbeiterschaft ab.

M 4 Der 70. Geburtstag des Kommerzienrats Valentin Manheimer, Gemälde von Anton von Werner, 1887.

Der deutsch-jüdische Unternehmer war einer der führenden Vertreter der Berliner Bekleidungsindustrie. 1873 erhielt er den Ehrentitel eines Kommerzienrats für bedeutende Persönlichkeiten aus der Wirtschaft. Das Gemälde gab er bei dem berühmten Maler Anton von Werner in Auftrag.

M 5 Leitende Mitarbeiter der Siemens-Werke in Nürnberg, Fotografie, um 1900.

Das 1847 durch Werner Siemens gemeinsam mit Johann Georg Halske gegründete Unternehmen entwickelte sich bald mit der Herstellung von Telegraphen, Elektromotoren und elektrischen Eisenbahnen zu einem der weltgrößten Konzerne für Elektrotechnik.

1 Beschreiben Sie die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen in der Industriegesellschaft (DT, M 1, M 6, GB „Industrialisierung").

2 Arbeiten Sie aus dem DT sowie M 2–M 3 die Rolle des Adels und des Bürgertums im Deutschen Kaiserreich heraus. Unterscheiden Sie dabei politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Aspekte.
Tipp: Nutzen Sie als Vorlage die Mindmap.

3 **Wahlaufgabe:** Untersuchen Sie M 4 oder M 5:
a) Beschreiben Sie die Bildquelle. Nutzen Sie dazu die Arbeitsschritte auf S. 315.
b) Charakterisieren Sie die jeweils zum Ausdruck kommende Selbstsicht der Bürger unter Berücksichtigung der Bedeutung des Großbürgertums (M 4, DT) bzw. der Angestellten (M 5, DT) im Kaiserreich. Ergänzen Sie entsprechend Ihre Mindmap.

4 In dem berühmten Roman „Der Untertan" aus dem Jahr 1914 charakterisiert der Schriftsteller Heinrich Mann am Beispiel der fiktiven Hauptfigur Diederich Heßling das Bürgertum als streng konservativ, nationalistisch, militaristisch und obrigkeitstreu. Überprüfen Sie mithilfe von M 7 und des DT, inwieweit Sie diese literarischen Zuschreibungen in Ihre Mindmap übernehmen können.

5 Beurteilen Sie anhand Ihrer Mindmap die politischen Einflussmöglichkeiten des Adels und des Bürgertums im Deutschen Kaiserreich.
Tipp: Beziehen Sie in Ihrem Urteil auch passende GB sowie Ihre Arbeitsergebnisse von S. 61, Aufgabe 1 mit ein.

▶ Übung

Die Forschung zur Gesellschaft des Kaiserreichs

M 6 Der Soziologe Rainer Geißler über Veränderungen in der Sozialstruktur während des 19. Jahrhunderts, 2014

Die ständische Grobgliederung der deutschen Gesellschaft im 18. Jahrhundert […] unterschied die vier Hauptstände Adel, Geistlichkeit, Bürger und Bauern und darunter die sozial schlechter gestellten „unterbäuerlichen" bzw. „unterbürgerlichen" Schichten der Armen, Nichtsesshaften […].

Diese ständische Ordnung, die bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts aufgelockert war, wurde im Verlauf des Jahrhunderts immer weiter zurückgedrängt. […] In den Städten wurden die Privilegien der Zünfte und Gilden[1] gebrochen und schließlich aufgehoben; auf dem Lande verschwanden nach und nach die feudalen Abhängigkeiten in Grund- und Gutsherrschaften. […] Räumliche und soziale Bindungen wurden abgebaut, stattdessen wurden die Menschen stärker den Kräften des Wirtschaftslebens ausgesetzt.

Diese Tendenzen waren die Grundlage der Entstehung von Klassen[2], die die überkommenen ständischen Strukturen zunehmend dominierten, ohne sie indes ganz zu verdrängen. […]

Wie sehen die groben Entwicklungslinien der neuen Klassengesellschaft aus? An der Spitze der Gesellschaft etablierte sich neben dem grundbesitzenden Adel, der sein hohes Prestige in der wilhelminischen Gesellschaft behauptete, das kapitalbesitzende Großbürgertum als zweite Führungsschicht. Auch in die Mitte der Gesellschaft kam Bewegung. In der oberen Mitte rangierten die kleinen Gruppen des akademischen Bildungsbürgertums […] und des wohlhabenden Besitzbürgertums. In der unteren Mitte gerieten die „alten Mittelstände" der Handwerker, Händler und Bauern in ökonomische und soziale Bedrängnis und wurden teilweise proletarisiert[3]. Der Aufschwung von Handel und Verkehr sowie die Unternehmenskonzentration hatten zur Folge, dass neben den „alten Mittelständen" ein „neuer Mittelstand" von Angestellten entstand. Zum neuen Mittelstand gehören aber auch die kleinen und mittleren Beamten. […] In den vielgestaltig zersplitterten verarmten Unterschichten, die die große Mehrheit der Bevölkerung ausmachten, stieg die in sich differenzierte Industriearbeiterschaft zur dominierenden Klasse auf.

*Rainer Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands, 7. Aufl., Springer VS, Wiesbaden 2014, S. 12 f.**

1 *Gilde:* Vereinigung von Kaufleuten und Händlern; Handwerker waren in Zünften organisiert.

2 *Klasse:* Gesamtheit der Individuen, die sich aufgrund ähnlicher ökonomischer Existenzbedingungen (Besitz bzw. Nichtbesitz von Produktionsmitteln) in vergleichbarer Lage befinden

3 *proletarisieren:* sozialer Abstieg von Handwerkern und Bauern zu Proletariern, die in der Industriegesellschaft ihre Arbeitskraft verkaufen müssen

M 7 Der Historiker Wolfgang Kruse zur Bedeutung des Bürgertums im Kaiserreich, 2012

Die Frage nach der Rolle des Bürgertums im Deutschen Kaiserreich hat die Geschichtswissenschaft immer wieder beschäftigt. [Lange Zeit] wurde vor allem die politische Schwäche des deutschen Bürgertums betont. Es sei ihm nicht gelungen, so lautete die Kritik, auf revolutionärem Wege eine den westlichen Maßstäben entsprechende Liberalisierung der politischen Verfassung und Kultur in Gang zu bringen. […]

Bestand hat das Bild von einem schwachen Bürgertum vor allem für die Kernbereiche der politischen Herrschaft und Kultur behalten. Große Teile des Bürgertums haben sich tatsächlich mit dem monarchischen Obrigkeitsstaat und der Dominanz seiner weiterhin aristokratischen Herrenschichten arrangiert. […]

Zieht man weitere gesellschaftliche und politische Felder in die Betrachtung ein, dann verschiebt sich das Urteil. Nicht nur im Wirtschaftsleben traten die Bürger mit wachsendem Selbstbewusstsein hervor, sondern auch in vielen anderen Bereichen des öffentlichen Lebens. […] Spezifisch bürgerliche Formen der Geselligkeit in einer Vielzahl von Vereinen, von Schützen-, Turn- und Gesangsvereinen über Geschichtsvereine, Kulturstiftungen und Denkmalkomitees bis hin zu […] politischen Agitationsverbänden[1] prägten das öffentliche Leben ebenso wie bürgerliche Tugenden und Wertvorstellungen. Arbeit, Fleiß und Bildung […] prägten zunehmend auch die Mentalität der bürgerlichen Gesellschaft des Kaiserreiches insgesamt. Hinzu kamen die Orientierung an einer rationalen Lebensführung, der Ausbau von Wissenschaft und Forschung sowie die typisch bürgerliche Verbindung von Nationalismus und weltbezogener Religiosität, wie sie vor allem im Protestantismus ihre deutlichste Ausprägung fand.

*Wolfang Kruse, Bürgerliche Kultur und Reformbewegungen, zit. nach: www.bpb.de/themen/kolonialismus-imperialismus/kaiserreich/139652/buergerliche-kultur-und-ihre-reformbewegungen/ (Download vom 1. Mai 2023).**

1 *politische Agitationsverbände:* Vereinigungen wie der Flottenverein und der Alldeutsche Verband, die vehement bis aggressiv für ihre politischen Ziele warben

2.3 Lebensbedingungen der Industriearbeiterschaft im Deutschen Kaiserreich

Welche Reaktionen gab es auf die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft in der Industriegesellschaft des Deutschen Kaiserreichs?

Informationen zur Erstellung eines Flyers

jecije

L Vorschlag für eine Lernaufgabe:
Ihr Kurs entwickelt eine Ausstellung zum Thema „Lebensbedingungen der Industriearbeiterschaft im Deutschen Kaiserreich". Gestalten Sie für diesen Zweck einen Flyer, in dem Sie die Lebensbedingungen der Industriearbeiterschaft und die sozialstaatlichen Maßnahmen zur Lösung der Sozialen Frage darstellen und mit passendem Bildmaterial illustrieren. Die Arbeitsaufträge auf S. 84 helfen Ihnen dabei.

M 1 Innenansicht einer Kleinmotorenfabrik, Berlin, Fotografie, um 1900

Entstehung der Industriearbeiterschaft

Die größte soziale Gruppe, die sich im Laufe der **Industrialisierung** herausbildete, war die **Arbeiterschaft**, die im **Deutschen Kaiserreich** mehr als zwei Drittel der Gesamtbevölkerung darstellte. Arbeiterinnen und Arbeiter waren persönlich frei, besaßen aber keine Produktionsmittel wie Fabriken oder Maschinen. Sie standen in einem Vertragsverhältnis mit einem Unternehmer, für den sie gegen Lohn fremdbestimmte Arbeit leisteten. Zur Arbeiterschaft zählten Landarbeiter und Tagelöhner, Handwerksgesellen und Gehilfen, Dienstboten sowie als größte Gruppe die Industriearbeiterinnen und -arbeiter (M 1).

Der Arbeitsorganisation nach lassen sich gelernte, angelernte und ungelernte Beschäftigte unterscheiden. Damit einhergehend standen sozial „oben" die besser qualifizierten Facharbeiter, die oft in einem Handwerksbetrieb eine Lehre abgeschlossen hatten, mehr verdienten und den Lebensstandard des Kleinbürgertums besaßen. Dagegen lebten Millionen un- und angelernter Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Tagelöhnerinnen und Tagelöhner nahe der Armutsgrenze. Obwohl sich die materielle Lage und der Lebensstandard aufgrund steigender Löhne insgesamt verbesserten, profitierte die Arbeiterschaft nur allmählich von dieser Entwicklung. Da das hohe Bevölkerungswachstum zu einem Überangebot an Arbeitskräften führte, konnten die Unternehmer die Löhne senken. Viele Arbeiterinnen und Arbeiter entwickelten daher das Bewusstsein, als **Klasse** zusammenzugehören, um so stärker auf ihre Situation aufmerksam zu machen und mehr Druck auf die Unternehmer ausüben zu können.

Soziale Frage

Mit dem Begriff **Soziale Frage** bezeichneten schon Zeitgenossen die Frage nach der Lösung der durch die Industrialisierung entstandenen sozialen Probleme, insbesondere der Industriearbeiterschaft. Deren **Arbeitsverhältnisse** waren trotz allmählicher Verbesserungen in einigen Arbeitsbereichen im Laufe der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts geprägt durch lange und körperlich harte Tätigkeiten bei viel Lärm und Hitze sowie unzureichender Belichtung und Belüftung, meist an sechs Wochentagen. Es fehlten Absicherungen gegen Krankheit, Unfall und Invalidität sowie gegen die häufige Arbeitslosigkeit und Altersarmut. Die Löhne blieben gering, Bildungs- und Aufstiegschancen gab es kaum.

▶ M 7–M 9: Arbeitsbedingungen der Industriearbeiterschaft

Da das Familienoberhaupt den Unterhalt meist nicht allein erwirtschaften konnte, mussten **Frauen und Kinder** in der Landwirtschaft, in Fabriken oder in Heimarbeit zusätzlich Geld verdienen (M 3). Doch erhielten Frauen oft nur die Hälfte und Kinder ein Viertel des Verdienstes eines ungelernten Arbeiters, weshalb viele Arbeiterfamilien am Existenzminimum lebten. Hinzu kamen erhebliche gesundheitliche Schäden, bei Frauen gerade während der Schwangerschaft, bei Kindern in der Wachstumsphase. Für Frauen stellte die Arbeit eine Mehrbelastung zur Haushaltsführung und Erziehung dar. Kinder besuchten nur unregelmäßig oder gar nicht die Schule.

▶ M 10–M 11: Kinderarbeit in Arbeiterfamilien

Als Folge der Industrialisierung kam es zur **Verstädterung und Urbanisierung**, d. h. einem starken Zuzug in die Städte und einem veränderten städtischen Lebensgefühl (siehe S. 136). In Industrieregionen wie dem Ruhrgebiet entstanden Arbeiterwohnviertel nahe der Eisen- und Stahlindustrie mit ihrem Abgasen. In Großstädten wohnten die Arbeiterfamilien oft in mehrgeschossigen Gebäuden mit mehreren Hinterhöfen, sogenannten „Mietskasernen" (M2). In diesen dunklen, beengten sowie schlecht belüfteten und beheizten Wohnungen fehlten oft fließendes Wasser und der Anschluss an die Kanalisation. Die mangelnde Hygiene förderte die Ausbreitung von Infektionskrankheiten. Aus Not vermieteten viele während ihrer Arbeitszeit das eigene Bett für einige Stunden an Untermieter („Schlafgänger").

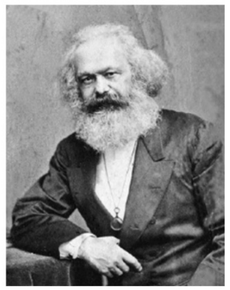
▶ M 12: Lebensverhältnisse

M 2 Bild rechts: Arbeiterfamilien im Hof eines Mietshauses in Hamburg, Fotografie, um 1900

M 3 In einer Nähmaschinenfabrik beschäftigte Kinder und Jugendliche, Bielefeld, Fotografie, ca. 1890

M 4 Karl Marx (1818–1883), Fotografie, um 1875.

Der deutsche Philosoph und Ökonom entwickelte mit Friedrich Engels eine radikale Kritik am Kapitalismus. Darin ständen sich die Bourgeoisie (Kapitalbesitzer) und das Proletariat (Industriearbeiterschaft) unversöhnlich als zwei Klassen gegenüber. Eine zwangsläufige revolutionäre Umwälzung (Sozialismus) werde dann die Klassengesellschaft durch eine gleichmäßigere Besitzverteilung, mitunter auch durch eine Verstaatlichung der Produktionsmittel, überwinden (Kommunismus).



M 5 Stickbild, undatiert.

Der Vers stammt aus einem Lied, das der Dichter Georg Herwegh 1863 für den ADAV schrieb, und wurde zum Motto der Arbeiterbewegung. Das Stickbild zeigt die charakteristische rote Fahne des Sozialismus und ein Porträt August Bebels. Das Bild hing in vielen sozialdemokratischen Haushalten.

Die Arbeiterbewegung

Eine entscheidende gesellschaftliche und politische Folge der Sozialen Frage war die zunehmende **Selbstorganisation der Arbeiter**. Arbeits- und Lebensbedingungen sollten z. B. durch Bildungsangebote und Krankengeld verbessert werden. Um ein stärkeres Gewicht zur Durchsetzung ihrer Forderungen zu erhalten, gründeten die Arbeiter **Gewerkschaften**, Parteien und Vereine.

Zeitgleich erkannten viele Arbeiter, dass ihre Interessen von den bürgerlichen liberalen **Parteien** (siehe S. 69) nicht hinreichend vertreten wurden. Nachdem auch die ersten Arbeiterparteien der Jahre 1848/49 im Zuge der Reaktion wieder verboten worden waren, entstand als erste größere Partei 1863 der **„Allgemeine Deutsche Arbeiterverein" (ADAV)** unter Ferdinand Lasalle. Um eine Reform des politischen Systems durchzusetzen, bewarb sich der ADAV um Sitze in den Parlamenten der Bundesstaaten und forderte mehr politische Mitsprache des Volkes, u. a. durch ein allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht. Sechs Jahre später wurde auf Initiative von August Bebel und Wilhelm Liebknecht die **„Sozialdemokratische Arbeiterpartei" (SDAP)** gegründet. Diese strebte die von Karl Marx und Friedrich Engels prognostizierte Revolution an, wonach das Proletariat die Bourgeoisie enteignen (**Sozialismus**) und die Klassengesellschaft in die klassenlose Gesellschaft des **Kommunismus** überführen solle (M 4). Beide Parteien schlossen sich 1875 zur **„Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands" (SAP)** zusammen. Damit besaß die Arbeiterbewegung eine schlagkräftige Partei, um die Politik mit parlamentarischen wie auch mit außerparlamentarischen Mitteln zu beeinflussen.

Es entstand eine **„Arbeiterkultur"**: Zeitungen, Läden, eigene Arbeitersport-, Gesangs- und Bildungsvereine sowie gemeinsame Feste wirkten in alle Bereiche des täglichen Lebens. Die Arbeiterbewegung wurde zur Massenbewegung.

Reichskanzler **Bismarck** sowie die Konservativen und Nationalliberalen befürchteten ein Erstarken der Arbeiterbewegung und sahen die SAP wegen des aus ihrer Sicht staatsfeindlichen Programms als „Reichsfeinde" und „vaterlandslose Gesellen" an. Anlässlich zweier fälschlicherweise der Partei zugeschriebenen Attentate auf **Kaiser** Wilhelm I. erließ der Reichstag 1878 das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" (**„Sozialistengesetz"**). Sämtliche sozialdemokratische Vereine, Versammlungen und Druckschriften wurden verboten, dennoch durfte die Partei an Wahlen teilnehmen und Kandidaten dafür benennen. Eine Verfolgungs- und Verhaftungswelle folgte. Das „Sozialistengesetz" schweißte jedoch die Arbeiterschaft als Klasse enger zusammen. Gewerkschaften und SAP gelang es, ihre Aktivitäten in getarnten Vereinen oder im Ausland zu koordinieren. Als Bismarck den Rückhalt im Parlament verlor, wurde das auf jeweils drei Jahre befristete „Sozialistengesetz" 1890 nicht mehr verlängert.

In der Folge erhielt die SAP 1890 erstmals die meisten Stimmen bei der Reichstagswahl und benannte sich in **Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)** um (siehe S. 69 M 1). Während der Zeit der Verfolgung aufgrund des Sozialistengesetzes hatte sich die Arbeiterbewegung radikalisiert und forderte die Verstaatlichung der Produktionsmittel. Bald setzte sich jedoch der **Reformismus** durch, wonach die Partei laut SPD-Politiker Karl Kautsky eine „revolutionäre, nicht aber eine Revolution machende Partei" sei. 1912 gewann sie erstmals auch die meisten Abgeordnetensitze im Reichstag und zählte 1914 mehr als eine Million Mitglieder.

Parallel zum Aufstieg der Partei verachtfachte sich die Zahl der in den freien sozialistischen **Gewerkschaften** organisierten Mitglieder von 300 000 auf 2,5 Millionen. Die Zahl und Größe der immer besser organisierten **Streiks** nahmen erheblich zu. Sie stärkten in den Konflikten mit den Unternehmern die eigene Position und das Klassenbewusstsein der Arbeiterschaft (M 5–M 6).

M 6 Festblatt zum 1. Mai, Holzschnitt von Otto Marcus, 1901.

Seit 1890 wird auf der ganzen Welt der 1. Mai als „Protest- und Gedenktag" mit Massendemonstrationen begangen. „Proletarier aller Länder vereinigt euch!": Forderung aus dem „Manifest der Kommunistischen Partei" von Karl Marx und Friedrich Engels aus dem Jahr 1848.

▶ M 13: „Der Streik", Gemälde von Robert Koehler, 1886

Die staatliche Sozialgesetzgebung

Zur Lösung der **Sozialen Frage** gab es Vorschläge und Initiativen verschiedener Gruppen und Institutionen, z. B. von den Kirchen und einzelnen Unternehmern, allen voran aber von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften sowie von staatlicher Seite. Nach der Theorie des Wirtschaftsliberalismus sollte sich der Staat nach Möglichkeit aus der Wirtschaft heraushalten. Daher entwickelte sich erst im **Deutschen Kaiserreich** allmählich eine staatliche Sozialpolitik. Insbesondere durch die stetig wachsende Opposition der Arbeiterschaft bzw. ihrer Parteien sowie die Streikwelle der Jahre 1871–1873 und die Wirtschaftskrise 1872–1879 wurde Reichskanzler Bismarck zum Umdenken veranlasst. In einer doppelgleisigen Politik sollte neben der staatlichen Repression durch das „Sozialistengesetz" als positives Gegenstück eine aktive Sozialpolitik die wirtschaftliche und soziale Not der Arbeiterschaft lindern, sie enger an den Staat binden und eine Revolution verhindern. Bismarck griff dafür das System kirchlicher und grundherrlicher Fürsorge der Ständegesellschaft auf, das mit dem Übergang zur Industriegesellschaft gesprengt worden war. Nachdem der Reichskanzler 1881 durch Kaiser Wilhelm I. das **Sozialversicherungssystem** ankündigen ließ, wurde vom Reichstag 1883 wenig umstritten die Krankenversicherung, 1884 im dritten Anlauf die Unfallversicherung und nach sehr langen Verhandlungen 1889 die Invaliditäts- und Altersversicherung verabschiedet.

Bewertet man die **Sozialgesetzgebung** hinsichtlich ihrer **systemstabilisierenden Funktion**, so hat Bismarck sein Ziel hinter seiner doppelgleisigen Politik verfehlt. Vielmehr wurden Arbeiterinnen und Arbeiter noch enger an die Gewerkschaften und die SPD gebunden.

Zudem besaßen die Maßnahmen einige Schwachstellen. Der Kreis der Leistungsberechtigten sowie die Höhe und Qualität der Leistungen waren begrenzt: Eine weiterhin in Wohnungsnot lebende Industriearbeiterfamilie blieb bei längerer Krankheit und vorzeitiger Invalidität des Hauptverdieners noch immer in ihrer Existenz hochgradig gefährdet.

Dennoch begründete das Sozialversicherungssystem erstmals einen Rechtsanspruch der Versicherten. Mit Blick auf deren Zahl sowie die Höhe der Beiträge und Leistungen war es seinerzeit das modernste Sozialsystem der Welt. Es deckte drei große Risiken der Arbeiter ab: Krankheit, Unfall und Alter waren fortan nicht mehr gleichbedeutend mit dem Verlust der finanziellen Existenzgrundlage. Die Krankenversicherung schärfte das

▶ M 14–M 15: Lösungsansätze für die Soziale Frage

Bismarcks Sozialgesetze

toxowi

▶ M 16–M 17: Die sozialstaatlichen Maßnahmen zur Lösung der Sozialen Frage

Gesundheitsbewusstsein und verbesserte den Zugang zu medizinischer Versorgung, zumal die Zahl der Versicherten auf etwa 50 Prozent der Bevölkerung (1913) sowie auch die der Ärzte anstieg. Nicht nur durch den wissenschaftlichen Fortschritt, sondern auch durch diese Auswirkung der Krankenversicherung wurden weit verbreitete Infektionskrankheiten wie Cholera und Tuberkulose zunehmend erfolgreich bekämpft. Da die Unfallversicherung allein durch die Arbeitgeber getragen wurde, förderte dies deren Motivation zum Ausbau des Arbeitsschutzes in den Betrieben. Dadurch ging der Anteil der tödlichen Betriebsunfälle von einem Viertel (1885) auf ein Elftel (1913) aller Unfälle zurück. Auch in der Alters- und Invalidenversicherung stieg die Versichertenzahl von 11,5 (1891) auf 16,3 Millionen (1913) und mit ihr die Renten. Auf lange Sicht verbesserte das Sozialversicherungssystem also die Lage der Arbeiterschaft erheblich und trug zu deren Integration in die Gesellschaft bei.

Hinzu trat bereits früh und gegen den Widerstand der Unternehmer der **Arbeiterschutz**. Das Arbeiterschutzgesetz von 1891 beinhaltete das Verbot der Sonntagsarbeit, begrenzte die Arbeitszeit für Jugendliche und Frauen auf elf Stunden pro Tag, Nachtarbeit wurde verboten; Kindern unter 14 Jahren, die eigentlich in die Schule gehen mussten, wurde jegliche Fabrikarbeit untersagt. 1908 wurde der Zehnstundentag als gesetzliche Norm festgelegt. Die Arbeitgeber hielten sich jedoch nicht immer an all diese Reglungen. Die Arbeiterinnen und Arbeiter wehrten sich meist nicht, da sie Angst hatten, ihren Arbeitsplatz zu verlieren.

1 **Gruppenarbeit:** Erarbeiten Sie die Situation der Arbeiterschaft in der Industriegesellschaft des Kaiserreichs.
Gruppe A: Arbeitsbedingungen (M 1, M 7–M 9, DT)
Gruppe B: Kinderarbeit (M 3, M 10, M 11, DT)
Gruppe C: Lebensverhältnisse (M 2, M 12, DT)

2 **Zusatzaufgabe:** Siehe S. 299.

3 Erläutern Sie die Entstehung und Organisation der Arbeiterbewegung und beurteilen Sie ihre politischen Einflussmöglichkeiten (M 4–M 6, DT).

4 **a)** Charakterisieren Sie anhand von M 14–M 15 die doppelte Zielsetzung, die Kaiser Wilhelm I. und Bismarck mit der Sozialgesetzgebung verfolgten.
b) Zeigen Sie die wesentlichen Maßnahmen der Sozialgesetzgebung auf (M 16, DT).
c) Beurteilen Sie, inwieweit die sozialstaatlichen Maßnahmen zur Stabilität von Staat und Gesellschaft im Deutschen Kaiserreich beitrugen (M 17, DT).
d) Bewerten Sie die sozialstaatlichen Maßnahmen (M 16–M 17, GB) aus heutiger Sicht. Beziehen Sie in Ihr Urteil auch passende GB sowie die Mindmap der Auftaktseite (S. 61, Aufgabe 1) mit ein.

5 Überprüfen Sie, inwieweit sich M 1–M 3, M 5–M 6, M 9, M 13 und M 17 als Bildmaterial für Ihren Flyer eignen. Recherchieren Sie gegebenenfalls nach anderem Bildmaterial.
▶ Hilfe

6 Gestalten Sie mithilfe Ihrer Arbeitsergebnisse den Flyer zu den Lebensbedingungen der Industriearbeiterschaft und den sozialstaatlichen Maßnahmen im Deutschen Kaiserreich.
Tipp: Beachten Sie, dass der Flyer sowohl Informationen als auch eine Beurteilung enthalten soll.

Gruppenarbeit: Die Soziale Frage

Gruppe A: Arbeitsbedingungen

M 7 Arbeit und Lebenshaltungskosten in Augsburg um 1900

Arbeitsstunden pro Woche in einer Augsburger Maschinenfabrik um 1900	58 Pausen pro Tag: ¼ Std. + 1 Std.

Durchschnittlicher Tageslohn in Augsburg um 1900 (in Mark, Pfennig)		
Tätigkeit	*Männer*	*Frauen*
Tagelöhner	2,10	1,50
Spinnerei	1,80–3,20	1,40–2,30
Metallindustrie	2,00–4,00	1,50–2,33

Beispiele für Lebenshaltungskosten in Augsburg um 1900 (in Mark, Pfennig)	
„Arbeiterwohnung", Innenstadt	180
Jahresmiete, 3 Zimmer mit Küche, Innenstadt	260–280
1 Zentner (50 kg) Steinkohle	1,38
1 Zentner (50 kg) Kartoffeln	2,48
1 Pfund (500 g) Schweinefleisch	0,72
1 Liter Milch	0,16

Nach: Renate Weggel, Pfersee: Dorf – Industrieort – Vorort, Wißner-Verlag, Augsburg 1995, S. 102 f. und Historisches Archiv der MAN Augsburg, Arbeitszeit Werk Augsburg, Anlage 9.

M 8 Die Arbeitsbedingungen in der einstigen Gummiwarenfabrik Metzeler in München

Das Unternehmen Metzeler zählte vor dem Ersten Weltkrieg zu den acht größten des Deutschen Reiches und hatte 1 000 Arbeitsplätze. Die Gummiarbeiter und -arbeiterinnen gehörten lange nicht zu den Käufern der Fahrräder[1], sie verrichteten die kräfteschindende Akkordarbeit. Eine Versammlung 1897 im „Bürgerhof", die die Beschäftigten zum Beitritt in einen Gewerkschaftsverein aufruft, beschreibt die Arbeitsbedingungen: […] Arbeiterinnen bekamen 70 bis 80 Pf täglich für zehnstündige Arbeit, Männer 80 Pf bis zu einer Mark! Ein rigoroses Strafsystem verschärfte die Bedingungen, für zwei Minuten Zuspätkommen wurde eine Stunde abgezogen. Schwätzen wurde mit 50 Pf bestraft und Fehler bei der Arbeit mit einem halben Monatslohn. Die Arbeitsbedingungen schätzte die Versammlung als sehr gesundheitsschädigend ein. […]

Die nahezu unerträglichen Bedingungen formierten den Protest. Am 14. November 1905 traten 34 Arbeiter und zwei Arbeiterinnen in den Streik. Nach 14-tägigem Ausstand erreichten sie eine 33 1/3 % Lohnerhöhung und eine Arbeitsverkürzung von einer halben Stunde. […]

Auch zur Entlohnung, den Überstunden und der Kündigung wurden verbindliche Vereinbarungen getroffen. Für viele brachten diese neuen Regelungen keine Veränderungen. Gewerkschaftstarife galten in der Regel nur für Facharbeiter, die Ungelernten bekamen weiterhin keine angemessene Bezahlung.

*Monika Müller-Rieger, Westend. Von der Sendlinger Haid' zum Münchner Stadtteil, München Verlag, München 1995, S. 69 f.**

1 Metzeler produzierte u. a. sehr erfolgreich Gummireifen für Fahrräder und später für Automobile. Ein Fahrrad kostete den Jahreslohn eines Arbeiters.

M 9 Unfall in einer Maschinenfabrik, Druckgrafik von Johann Bahr, um 1889

Gruppe B: Kinderarbeit

M 10 Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an Reichskanzler Otto von Bismarck zur Kinderarbeit, 18. Mai 1886

Eine Reichstagskommission hatte vorgeschlagen, die Arbeit in den Fabriken erst nach der sieben- bzw. achtjährigen Volksschulpflicht zu erlauben.

Was [...] die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter betrifft, so dürfte dem Verlangen, die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren in Fabriken allgemein zu verbieten, [...] nicht zu entsprechen sein, und zwar aus folgenden [...] Gründen:

1. In einigen süddeutschen Staaten, namentlich in Bayern, endigt die Schulpflicht schon mit dem 13. Jahr. Hier würde die Bestimmung dahin führen, dass Kinder, welche nicht mehr schulpflichtig sind, unter Umständen zum Müßiggang verurteilt würden.
2. Die Zahl der in Fabriken beschäftigten Kinder von 12 bis 14 Jahren ist zwar im Ganzen eine keineswegs erhebliche (im ganzen Deutschen Reich außer Elsass-Lothringen nur 18–19 000); sie ist aber auf die verschiedenen Gegenden und Industriezweige sehr ungleich verteilt und in einzelnen Gegenden, z. B. in den Bezirken der sächsischen Textilindustrie, nicht unbedeutend. Wo dies der Fall ist, hat die Zulässigkeit der Kinderarbeit weniger für die Konkurrenzfähigkeit der Industrie als für die wirtschaftliche Lage der Arbeiterfamilien eine nicht zu unterschätzende Bedeutung.
3. Die Beschäftigung von Kindern kommt in großem Umfang hauptsächlich in solchen Industriezweigen vor, in denen neben dem fabrikationsmäßigen Betrieb noch eine ausgedehnte Hausindustrie[1] besteht. In der letzteren sind die Verhältnisse der Arbeiter und namentlich der darin beschäftigten Kinder ungleich ungünstigere als in den Fabriken. Es liegt daher nicht im Interesse der Arbeiterbevölkerung, dass durch die Ausschließung der 12- bis 14-jährigen Kinder aus den Fabriken dieselben in die Hausindustrie hinübergedrängt und dadurch in eine schlechtere Lage gebracht werden.

*Zit. nach: Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914, Bd. 3: Arbeiterschutz, bearb. von Wolfgang Ayas, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1998, S. 379–390.**

1 *Hausindustrie:* Heimarbeit

M 11 Bericht der Kinderschutzkommission der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftskommission von Berlin, 1910

Das Arbeiterschutzgesetz von 1891 hatte die Kinderarbeit in den Fabriken inzwischen verboten.

Es ließe sich [...] eine ganze Reihe ähnlicher Zustände schildern. Sie können immer nur die Tatsache erhärten, dass in den meisten Fällen die Ausbeutung der Kinder durch grauenhafte Not in den Familien veranlasst wird. [...]

Was die Art der Erwerbstätigkeit der Kinder betrifft, so geben die 181 Fragebogen in 193 Einzelfällen Auskunft. Mit Zeitungsaustragen waren 32 Knaben im Alter von 4 bis 14 Jahren und 38 Mädchen im Alter von 6 bis 13 beschäftigt; mit dem Austragen von Milch- und Backwaren 43 Knaben im Alter von 8 bis 14 Jahren und 24 Mädchen im Alter von 6 bis 14 Jahren. [...] In dumpfen Kellerhöhlen klebten 1 Mädchen und 3 Knaben im Alter von 13 Jahren Tüten; der Raum diente zugleich als Schlafraum. Auf dem Viehhof arbeiteten 5 Knaben im Alter von 11 bis 13 Jahren in Räumen, die mit bestialischem Gestank angefüllt sind.

*Zit. nach: H. Barenthin, Bericht der Berliner Kinderschutzkommission, in: Die Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, Nr. 26, 26. September 1910, S. 408.**

Gruppe C: Lebensverhältnisse

M 12 Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Albert Südekum über den Besuch bei einer Arbeiterfamilie in Berlin, 1890er-Jahre

Ein heißer, schwüler Augustnachmittag. Wir kamen [...] in ein menschenreiches Massenmietshaus, eines von jenen, in denen die wirkliche Armut ihr Quartier aufgeschlagen hat. Dort hatte der Arzt im dritten Stock des Quergebäudes eine kranke Frau zu besuchen. [...]

Die stagnierende Luft des engen Hofes lag bleischwer auf dem unsauberen Pflaster, die Wände des Hauses strömten eine brütende Hitze aus [...]. Ein Gefühl der Beklemmung legte sich mir auf die Brust, als wir durch die enge Tür zum Treppenhaus traten.

[...] Auf jeden Treppenpodest gingen drei Türen, die meisten mit mehreren Schildern oder Karten behängt. In diesem Quergebäude gab es fast nur zweiräumige Wohnungen, aus Stube und Küche bestehend. Viele Mieter teilten ihre Räume noch mit Schlafburschen oder Logiermädchen.[1] [...]

Die Patientin meines Freundes, die Frau eines Gelegenheitsarbeiters, hatte der furchtbaren Hitze wegen die Tür der Küche, in der sie lag, und die Tür nach dem Treppenhause hin offen gelassen. Sie ruhte auf einem jammervollen Bett, das eigentlich nur aus einem Haufen zerrissenen Zeuges auf einer knarrenden, buckligen Matratze bestand. [...]

Die Atmosphäre in dem Raum war fürchterlich, denn wegen des Lärms der spielenden Kinder konnte die Kranke das Fenster den ganzen Tag nicht öffnen. Sie litt an einer schmerzhaften Fußverstauchung und Sehnenzerrung, die sie sich durch einen Fall auf der Treppe beim Zeitungsaustragen zugezogen hatte. Der „Fall" war, medizinisch betrachtet, nicht bedenklich, umso schärfer trat hier hervor, welchen Jammer schon ein kleiner Unfall, eine leichte Erkrankung in das sogenannte Heim des Armen bringt.

Nur wenig ärmlicher Hausrat fand sich in dem unwohnlichen Raum. [...] Außer der Frau und ihrem Manne lebten in dieser Küche noch drei Kinder, von denen das älteste, ein Mädchen, 14 Jahre, die beiden Knaben etwa 7 und 4 Jahr alt waren. [...]

In der jetzigen Wohnung hausten sie schon über sechs Monate; das sog. „Zimmer" war weitervermietet worden; die Küche kostete ihnen danach noch ungefähr 8–9 Mark im Monat.

Wie die Familie schlief? Mann und Frau in dem einzigen Bett. Die Kinder wurden auf ausgebreiteten Kleidungsstücken untergebracht und durften erst dann ins Bett kriechen, wenn Vater und Mutter – gewöhnlich vor 5 Uhr morgens – aufgestanden waren.

[...] Als die Frau uns dies erzählt hatte, fiel die ganze Wucht des Jammers wieder auf sie. [...] Den ganzen Haushalt musste das 14-jährige Mädchen führen, das stundenweise als Botin beschäftigt war. Die Frau flehte den Arzt an, sie in ein Krankenhaus schaffen zu lassen und die Kinder in das Waisenhaus zu bringen; als er ihr Unmöglichkeit der Erfüllung dieses Wunsches klar machte [...], erklärte sie ihm, dass sie es in dem fürchterlichen Massenmietshaus kaum noch aushalten könne: der entsetzliche Lärm, die Hitze, das Geschiebe und Gedränge der Menschen, das Poltern und Schimpfen über ihr und neben ihr und unter ihr [...] sei in den letzten Tagen so übermächtig in ihr geworden, dass sie fürchte, den Verstand zu verlieren und sich aus dem Fenster zu stürzen. Wenn nicht ihr Blick auf die spielenden Kinder gefallen wäre, hätte sie das vielleicht schon getan.

*Zit. nach: Rüdiger vom Bruch/Björn Hofmeister (Hg.), Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung. Bd. 8, Reclam, Stuttgart, 2000, S. 159–162.**

1 *Schlafburschen bzw. Logiermädchen:* Menschen, die gegen ein geringes Entgelt ein Bett nur für einige Stunden am Tag mieteten, während der Wohnungsinhaber die Schlafstelle nicht benötigte

Die Arbeiterbewegung

M 13 „Der Streik", Gemälde von Robert Koehler, 1886

▶ Video/Bildinformation: „Der Streik"

Soziale Frage – Lösungsansätze

M 14 Übersicht: Lösungsansätze für die Soziale Frage

Gruppen bzw. Institutionen	Motive	Maßnahmen
Gewerkschaften	– Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen – Fürsorgepflicht für Mitglieder durch Unterstützung in sozialen Notlagen – Verbesserung der Aufstiegschancen – Anerkennung als gleichberechtigte Partner, z. B. im Tarifstreit mit Unternehmern	– Zusammenschluss zu organisierten Interessensverbänden der einzelnen Berufsgruppen – Aushandlung von Tarifverträgen – Streik als Mittel in Tarifkonflikten mit den Unternehmern (z. B. Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet) – Einrichtung von Streik- und Unterstützungskassen (z. B. bei sozialer Not infolge einer Kündigung) – Bau von Gewerkschaftshäusern (Bildungsangebote, preiswerte Unterkünfte für wandernde Gesellen)
Arbeiterparteien	– anfangs revolutionäre Forderungen (Überwindung der Klassengesellschaft) – später vor allem Reformforderungen, z. B. politisches Mitspracherecht, Wahlrecht sowie Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen	– Gründung von Arbeiterparteien: ADAV (1863) und SDAP (1869); Zusammenschluss zur SAP (1875), Umbenennung in SPD (1890). Siehe auch S. 69, M 1. – Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften im Kampf für bessere Arbeits- und Lebensverhältnisse – Kampf für politische Freiheiten (als Voraussetzung für die ökonomische Befreiung der Arbeiterschaft)
Staat/Bismarck	– „positiv": staatliche Fürsorge in kirchlicher und gutsherrlicher Tradition – „negativ": Unterdrückung → Ziel: Schwächung der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie	– „Sozialistengesetz" (1878) zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, verlängert bis 1890 – Sozialgesetzgebung: Einführung der Krankenversicherung (1883), Unfallversicherung (1884), Invaliditäts- und Altersversicherung (1889) – Verbot der Kinderarbeit (1891)

Zusammengestellt vom Autor.

M 15 „Kaiserliche Botschaft" Wilhelms I. zur Eröffnung des Reichstags, 17. November 1881

Der Text wurde maßgeblich von Bismarck entworfen; er las ihn auch im Reichstag vor.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc., tun kund und fügen hiermit zu wissen:

[...] Schon im Februar dieses Jahres haben Wir Unsere Überzeugung aussprechen lassen, dass die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde. [...] In Unseren darauf gerichteten Bestrebungen sind Wir der Zustimmung aller verbündeten Regierungen gewiss und vertrauen auf die Unterstützung des Reichstags ohne Unterschied der Parteistellungen.

In diesem Sinne wird zunächst der [...] Entwurf eines Gesetzes über die *Versicherung der Arbeiter gegen Betriebsunfälle* mit Rücksicht auf die im Reichstag stattgefundenen Verhandlungen über denselben einer Umarbeitung unterzogen, um die erneute Beratung desselben vorzubereiten. Ergänzend wird ihm eine Vorlage zur Seite treten, welche sich eine gleichmäßige *Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens* zur Aufgabe stellt. Aber auch diejenigen, welche durch *Alter oder Invalidität* erwerbsunfähig werden, haben der Gesamtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge, als ihnen bisher hat zuteilwerden können.

*Zit. nach: Rüdiger vom Bruch/Björn Hofmeister (Hg.), Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung, Bd. 8, Reclam, Stuttgart, 2000, S. 54 f. **

M 16 Übersicht: Die sozialstaatliche Gesetzgebung (1883/1884/1889)

	Krankenversicherung (1883)	Unfallversicherung (1884)	Invaliditäts- und Altersversicherung (1889)
Betroffene	– Arbeiter und Teil der Angestellten; seit 1892 auf Antrag auch Angehörige – keine Land-/Heimarbeiter	– Arbeiter, seit 1886 auch Landarbeiter	– Arbeiter, Angestellte bis 2 000 Mark Jahresverdienst; seit 1911 auch Angehörige; für Selbstständige freiwillig – Sonderregelungen für Beamte
Leistungen	– kostenlose ärztliche Behandlung für 13 Wochen: Krankengeld in Höhe der Hälfte des ortsüblichen Tageslohnes bei Erwerbsunfähigkeit	– kostenlose Heilverfahren ab 14. Woche – bei Erwerbsunfähigkeit 2/3 des früheren Lohnes, 20 % für Witwen und Waisen	– nach 5 Beitragsjahren Invalidenrente bei Erwerbsunfähigkeit von mehr als 1 Jahr – nach 30 Beitragsjahren Altersrente ab 70. Lebensjahr (von 1/4 aller Männer erreicht) – Höhe ca. 1/6 des Durchschnittslohns in Industrie und Dienstleistungen (1913)
Beitragszahler	– 2/3 Arbeitnehmer – 1/3 Arbeitgeber	– Arbeitgeber	– 1/2 Arbeitnehmer (1 % des Lohns, später mehr) – 1/2 Arbeitgeber – staatlicher Zuschuss: 50 Mark jährlich

Zusammengestellt vom Autor.
Hinweis: Die Leistungen bezogen sich auch auf arbeitende Frauen. In den Gesetzestexten wurde stets nur der Begriff „Personen" bzw. die männliche Form verwendet.

M 17 Leistungen der staatlichen Sozialversicherung, Werbeplakat 1913

2.4 Vom Kaiserreich zur Republik

Welche Kräfte ringen im Zuge der Novemberrevolution 1918 um eine neue politische Ordnung in Deutschland?
Welche Prägungen der Weimarer Republik erwuchsen daraus?

L Vorschlag für eine Lernaufgabe:
Stellen Sie in einer kommentierten Zeitleiste wesentliche Etappen auf dem Weg vom Kaiserreich zur Republik in der Novemberrevolution 1918 dar. Zeigen Sie dabei die Bedeutung zentraler Entwicklungen für die Weimarer Republik als neuem Staat auf. Die Arbeitsaufträge auf S. 93 helfen Ihnen dabei.

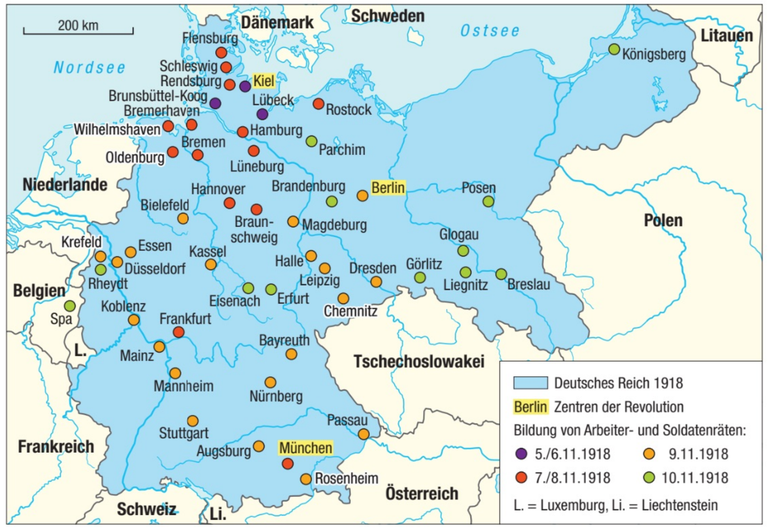
Kriegsniederlage und Verfassungsreform

Weimarer Republik – Quellen und Informationen
pokafi

Nach mehr als vier Jahren endete der **Erste Weltkrieg 1918** mit einer Niederlage für Deutschland. Über zwei Millionen deutsche Soldaten waren gestorben. Die Hoffnung der Bevölkerung richtete sich daher auf die Ende Januar 1918 verkündeten **„14 Punkte"** des US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, von dem sie sich einen milden Frieden versprach. In diesem liberalen Programm für eine neue Weltfriedensordnung machte er die innere **Demokratisierung** des Deutschen Reichs zur Voraussetzung für einen Friedensschluss.
Erst Ende September 1918 gestand die Oberste Heeresleitung (OHL) unter Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff die militärische Niederlage offiziell ein. Sie drängte auf Waffenstillstandsverhandlungen. Auch auf Druck der Bevölkerung stimmte die OHL einem Reichskanzler zu, der nicht mehr vom **Kaiser** abhängig war. Mit der „Oktoberverfassung" vom 28. Oktober 1918 vollzog das **Deutsche Kaiserreich** den Übergang zur **parlamentarischen Monarchie**: Die Kommandogewalt des Kaisers wurde deutlich eingeschränkt und der Kanzler an das Vertrauen des **Reichstags** gebunden (**„Oktoberreformen"**).

Die Revolution 1918

M 1 Revolutionäre Ereignisse in Deutschland 1918/19



▶ M 5: „November 1918" – Karikatur von Wilhelm Schulz

▶ M 6: Schlagzeilen deutscher Zeitungen, November 1918 bis Januar 1919

▶ M 7: Ende der Monarchie in Bayern 1918

In dieser Zeit verschlechterte sich die **Versorgungslage** und der **Ruf nach Frieden** sowie einer Abdankung des Kaisers wurde immer lauter. Wilhelm II. lehnte ab, indem er sich der Verantwortung entzog und ins holländische Exil übersiedelte. Ab dem 3. November leisteten Matrosen Widerstand gegen die Befehle, die ein letztes Auslaufen der Flotte verlangten. Diese Aufforderung „zum Heldentod" verweigerten die Soldaten. Der **Meuterei der Matrosen** schlossen sich weitere Soldaten an, mehr als 1 000 Matrosen wurden festgenommen. Etwa zeitgleich bildeten sich zahlreiche **Arbeiter- und Soldatenräte**. Die zur Niederschlagung dieser Aufstände eingesetzte Polizei kapitulierte häufig oder lief über. In der ersten Novemberwoche war das gesamte Reichsgebiet von den **Protesten** erfasst. Viele deutsche Fürsten dankten ab, einige wurden vertrieben.
Auch in **Bayern** waren die Unruhen zu verspüren. **Kurt Eisner**, Vorsitzender der Unabhängigen **Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD)*** in Bayern, rief in München am 7. November 1918 die Republik aus und erklärte Bayern durch Absetzung des Königshauses zum **Freistaat***: Damit endete die Regentschaft des Hauses Wittelsbach, das seit 1180 Bayern regiert hatte. König Ludwig III. flüchtete, Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte übernahmen in bayerischen Städten die Macht.
Reichsweit standen weiterhin die demokratische Erneuerung sowie die Beendigung des Krieges im Zentrum der Forderungen von Großkundgebungen und Protesten, die am 9. November 1918 ihren Höhepunkt in Berlin erreichten (M 2). Kanzler Max von Baden verkündete unter dem Druck andauernder Proteste ohne Rücksprache mit dem Kaiser den **Thronverzicht Wilhelms II.** und gab sein Amt als Reichskanzler an den Vorsitzenden der **Mehrheitssozialdemokratischen Partei Deutschlands (MSPD)* Friedrich Ebert** ab.

Die Arbeiterbewegung auf Parteiebene

*Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD)**: 1917 gegründete Abspaltung des linken Flügels der SPD. Der linke *„Spartakusbund"*,* 1916 von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gegründet, schloss sich ihr an. Zum 1. Januar 1919 gründete die USPD zusammen mit dem „Spartakusbund" die *Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)**.

Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands (MSPD): Bezeichnung für die SPD zwischen 1917 und 1919. Sie vertrat die Mehrheit der sozialdemokratischen Anhänger.

Freistaat
Synonym zu „Republik"; Bezeichnung eines Staates, in dem sich das Volk von einer Herrschaft befreit hat, fortan die Staatsgewalt ausübt und im Gegensatz zu einer Monarchie das Staatsoberhaupt direkt oder indirekt wählt.

▶ Video: Kaisersturz und Revolution

M 2 Demonstranten auf dem Weg zum Berliner Schloss am 9. November 1918, zeitgenössische Fotografie

Rätesystem oder parlamentarische Demokratie?

„Es lebe die deutsche **Republik**!", rief **Philipp Scheidemann** (MSPD) am **9. November 1918** von einem Balkon des Reichstags aus und begründete damit die „Deutsche Republik". Nur zwei Stunden später verkündete **Karl Liebknecht**, Führer des radikalen **Spartakusbundes***, die „Sozialistische Republik Deutschland". Die **MSPD** konzentrierte alle ihre Energien darauf, eine **parlamentarische Demokratie** durchzusetzen. Zur zügigen Eindämmung der radikaleren Kräfte legte Ebert sein Kanzleramt nieder und bildete mit den gemäßigten Anhängern der USPD am 10. November den **„Rat der Volksbeauftragten"** (M 3). Die neue Regierung handelte einen **Waffenstillstand** aus, der am 11. November 1918 von Staatssekretär Matthias Erzberger unterzeichnet wurde.

▶ M 8–M 9: Ausrufung der Republik in Berlin 1918 durch Philipp Scheidemann und Karl Liebknecht

▶ Philipp Scheidemann: Ausrufung der Republik

▶ M 10: Aufruf des „Rats der Volksbeauftragten“ vom 12. November 1918

Politische Herausforderungen für den „Rat der Volksbeauftragten“
- Rückführung der deutschen Soldaten aus dem Krieg
- Vorbereitung von Friedensverhandlungen
- Lebensmittelversorgung
- Kriegsopferversorgung
- Umstellung auf Friedenswirtschaft
- Erhalt der inneren Ordnung
- Erhalt der Reichseinheit

M 3 „Rat der Volksbeauftragten“, Postkarte, 1919.

Die Porträts der Mitglieder im „Rat der Volksbeauftragten“ umrahmen die Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann. Links die Vertreter der USPD und rechts die der MSPD (oben rechts: Friedrich Ebert, Mitte rechts: Philipp Scheidemann). Die Szene wurde für dieses Bild wohl nachgestellt, da es keine Fotografien vom Ereignis gibt.

▶ M 11–M 15: Zeitgenössische Aussagen zum Revolutionsgeschehen

Zur **Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung** verbündete sich die **revolutionäre Regierung mit den alten Führungsschichten des Kaiserreichs** aus Politik, Wirtschaft und Militär. Eine rasche Rückkehr und Eingliederung der Frontsoldaten sowie eine Umstellung der Kriegs- auf eine Friedenswirtschaft sollten so möglich werden. Eine gewählte Nationalversammlung sollte Entscheidungen für eine politische Neuordnung treffen. Die USPD-Linke hingegen wollte eine Fortsetzung der Revolution mit Umsetzung eines Rätesystems nach sowjetischem Vorbild: Aus Großgrundbesitz und Großbetrieben sollte Volkseigentum werden und gewählte Arbeiter- und Soldatenräte sollten in Politik, Militär, Justiz und Wirtschaft regieren. Eine Gewaltenteilung sah ihr Konzept der staatlichen Neuordnung nicht vor.

Das **Ringen um die Neuordnung Deutschlands** blieb damit hart umkämpft: Die entscheidenden Weichen für die politische Zukunft stellte der 1. Rätekongress in Berlin im Dezember 1918. Alle deutschen Arbeiter- und Soldatenräte hatten Vertreter geschickt. Mit überwältigender Mehrheit lehnten die Teilnehmer das Rätesystem ab und befürworteten ein **parlamentarisches System** als Grundlage für die neue Verfassung. Eine aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene **Nationalversammlung** sollte über die Neuordnung Deutschlands entscheiden. Als Wahltermin wurde der 19. Januar 1919 festgelegt.

Ebert-Groener-Pakt
Übereinkunft von Wilhelm Groener (OHL) und Friedrich Ebert vom „Rat der Volksbeauftragten“ nach der Abdankung Kaiser Wilhelms II. Groener sicherte Ebert darin telefonisch die Unterstützung des Militärs gegen linksradikale Revolutionäre zu. Der „Rat der Volksbeauftragten“ und das Militär wollten eine Revolution nach russischem Vorbild 1917 in Deutschland verhindern. Ebert gestand dafür der OHL die alleinige Befehlsgewalt über die Truppen zu.

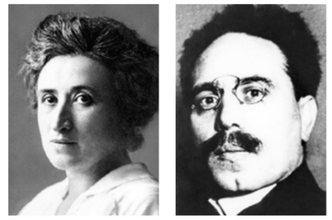
Die Spaltung der Arbeiterschaft

Die Vertreter der USPD traten nach diesem Beschluss aus dem „Rat der Volksbeauftragten“ aus. Sie lehnten sowohl die Zusammenarbeit mit den alten Eliten (u. a. **Ebert-Groener-Pakt***) wie auch den Militäreinsatz bei Auseinandersetzungen mit protestierenden Arbeitern ab. Vom 5. bis 12. Januar 1919 prägten die Straßenkämpfe des Spartakusbundes das Straßenbild in Berlin. Der SPD-Volksbeauftragte Gustav Noske ließ die Unruhen von Regierungstruppen und mithilfe von **Freikorps*** blutig niederschlagen. Die Wortführer **Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht** (M 4) wurden ermordet. Dieses Vorgehen rief in der Bevölkerung Entsetzen hervor, Streiks und weitere bewaffnete Aufstände in vielen Städten waren die Folge. Erst im Mai 1919 wurden die Unruhen endgültig niedergeschlagen.

Der **Spartakusaufstand** ließ aus politischen Gegnern verfeindete politische Lager entstehen: Der kommunistische Teil der Arbeiterschaft drängte fortan auf einen gewaltsamen Umsturz, die SPD wandte sich gegen eine Fortsetzung der Revolution. Damit war die Arbeiterbewegung gespalten und es gab im linken Parteienspektrum mit **KPD*** und SPD zwei Parteien, die in der Arbeiterschaft konkurrierend um eine Realisierung ihres jeweiligen politischen Konzepts rangen. Gleichzeitig ermöglichte diese Spaltung jedoch eine Zusammenarbeit der SPD mit den Parteien der bürgerlichen Mitte und damit die parlamentarische Demokratie der Weimarer Republik.

Freikorps
bewaffnete Freiwilligenverbände, bestehend aus ehemaligen Frontsoldaten und Studenten mit antikommunistischer und antirepublikanischer Haltung

M 4 Rosa Luxemburg (1870–1919) und Karl Liebknecht (1871–1919), Fotografien, o. J.



▶ M 16–M 17: Urteile zur Revolution aus Sicht von Historikern

1 Skizzieren Sie anhand der Karte M 1, den Schlagzeilen deutscher Zeitungen (M 6) und des DT die politische Situation in Deutschland Ende 1918.
Tipp: Ordnen Sie die Schlagzeilen in M 6 Ereignissen oder Phasen der Revolution zu und tragen Sie wichtige Informationen in die Zeitleiste ein.

2 Zeigen Sie mithilfe des DT und M 2 die Bedeutung der Bevölkerung für das Kriegsende und die staatliche Entwicklung Deutschlands 1918/19 auf. Halten Sie stichwortartig wesentliche Ereignisse in der Zeitleiste fest.

3 Erläutern Sie die Karikatur „November 1918“ (M 5) in ihrem historischen Kontext.
Tipp: Nutzen Sie die Arbeitsschritte zu „Eine Karikatur analysieren und interpretieren “ auf S. 24.

4 Vergleichen Sie die Proklamation des Freistaats Bayern durch Kurt Eisner (M 7) sowie die Ausrufungen der Republik durch Philipp Scheidemann und Karl Liebknecht (M 8–M 9). Gehen Sie u. a. ein auf
- die Darstellung der historischen Situation,
- die Bedeutung, die den Arbeitern und Soldaten zugewiesen wird,
- die proklamierte Staatsform, die an den genannten Institutionen erkennbar wird (siehe Grafik auf S. 300).

5 Arbeiten Sie aus M 10 zentrale Maßnahmen des „Rats der Volksbeauftragten“ heraus und bewerten Sie das Programm dieser provisorischen Regierung.

6 **Partnerarbeit:** Wählen Sie arbeitsteilig entweder Aufgabe a) oder b):
- **a)** Arbeiten Sie aus M 11 und M 12 heraus, wie die beiden zeitgenössischen Verfasser das Ringen der politischen Kräfte bis Anfang 1919 wiedergeben.
- **b)** Arbeiten Sie aus M 13–M 15 heraus, wie die Revolution von rechten bzw. linken Kräften eingeschätzt wurde. Beurteilen Sie die daraus erwachsenden Prägungen der Weimarer Republik.
- **c)** Stellen Sie sich Ihre Arbeitsergebnisse gegenseitig vor und ergänzen Sie gemeinsam in der Zeitleiste stichwortartig kommentierend die neu gewonnenen Informationen.

7 **Wahlaufgabe:** Wählen Sie den Historikertext M 16 oder M 17 und überprüfen Sie dessen Aussagen zur Rolle der SPD in der Revolution.
Tipp: Nutzen Sie die Arbeitsschritte zu „Ein historisches Urteil analysieren“ auf S. 56.

Die Revolution 1918/19

M 5 „November 1918“ – Karikatur von Wilhelm Schulz, Titelbild der Satirezeitschrift „Simplicissimus“ vom 3. Dezember 1918

M 6 Schlagzeilen deutscher Zeitungen, Oktober 1918 bis Januar 1919

„Die ersten Gesetze der neuen Regierung“
Berliner Tageblatt

„Die Sozialisten fordern Abdankung des Kaisers“
Vossische Zeitung

„Konstituierung der Kommunistischen Partei“
Die rote Fahne

„Seit 11 Uhr Waffenstillstand“
Berliner Volkszeitung

„Berlin unter der roten Fahne“
Die rote Fahne

„Die Unterdrückung des Aufruhrs“
Vossische Zeitung

„Der Kaiser bekennt sich zur Neuordnung“
Berliner Volkszeitung

„Die A.-u. S.-Räte über die Nationalversammlung“
Vossische Zeitung

„Abdankung des Kaisers. Ebert Reichskanzler.“
Berliner Börsen-Zeitung

„Austritt der Unabhängigen aus der Regierung“
Berliner Tageblatt

M 7 Proklamation der Republik in Bayern am 7./8. November 1918

Um nach jahrelanger Vernichtung aufzubauen, hat das Volk die Macht der Zivil- und Militärbehörden gestürzt und die Regierung selbst in die Hand genommen. Die Bayerische Republik wird hierdurch proklamiert. Die oberste Behörde ist der von der Bevölkerung gewählte Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat, der provisorisch eingesetzt ist, bis eine endgültige Volksvertretung geschaffen werden wird. Er hat gesetzgeberische Gewalt.
Die ganze Garnison hat sich der Republikanischen Regierung zur Verfügung gestellt. Generalkommando und Polizeidirektion stehen unter unserem Befehl.
Die Dynastie Wittelsbach ist abgesetzt.
Hoch die Republik!
Der Arbeiter- und Soldatenrat
Kurt Eisner

Plakattext übertragen

Proklamation der Republik in Bayern

qucove

Ausrufung der Republik in Berlin 1918

M 8 Philipp Scheidemann am 9. November 1918 gegen 14.00 Uhr

Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. Das alte Morsche ist zusammengebrochen; der Militarismus ist erledigt. Die Hohenzollern [kaiserliche Familie] haben abgedankt! Es lebe die deutsche Republik! Der Abgeordnete Ebert ist zum Reichskanzler ausgerufen worden. Ebert ist damit beauftragt worden, eine neue Regierung zusammenzustellen.
Dieser Regierung werden alle sozialistischen Parteien angehören …
Ruhe, Ordnung und Sicherheit, das ist das, was wir jetzt brauchen. Sorgen Sie dafür, dass die neue deutsche Republik, die wir errichten werden, nicht durch irgendetwas gefährdet werde. Es lebe die deutsche Republik!

*Zit. nach: Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung, Bd. 8: Rüdiger vom Bruch/Björn Hofmeister (Hg.), Kaiserreich und Erster Weltkrieg 1871–1918, 5. Aufl., Ditzingen (Philipp Reclam jun.) 2013, S. 474.**

M 9 Karl Liebknecht am 9. November 1918 gegen 16.00 Uhr

Parteigenossen, ich proklamiere die freie sozialistische Republik Deutschland, […] in der es keine Knechte mehr geben wird, in der jeder ehrliche Arbeiter den ehrlichen Lohn seiner Arbeit finden wird. Die Herrschaft des Kapitalismus, der Europa in ein Leichenfeld verwandelt hat, ist gebrochen. […] Wenn auch das Alte niedergerissen ist, dürfen wir doch nicht glauben, dass unsere Aufgabe getan sei. Wir müssen alle Kräfte anspannen, um die Regierung der Arbeiter und Soldaten aufzubauen und eine neue staatliche Ordnung des Proletariats zu schaffen, eine Ordnung des Friedens, des Glücks und der Freiheit unserer deutschen Brüder und unserer Brüder in der ganzen Welt. Wir reichen ihnen die Hände und rufen sie zur Vollendung der Weltrevolution auf.

*Vossische Zeitung, 10. November 1918.**

M 10 Aufruf des „Rats der Volksbeauftragten“ vom 12. November 1918

Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch ist, setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen. Sie verkündet schon jetzt mit Gesetzeskraft Folgendes: […]
2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung […]. 4. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei. […] 6. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt […]. 9. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeiterschutzbestimmungen werden hiermit wieder in Kraft gesetzt. […] Die Regierung wird alles tun, um für ausreichende Arbeitsgelegenheit zu sorgen. […] Die Wohnungsnot wird durch Bereitstellungen von Wohnungen bekämpft werden. Auf die Sicherung einer geregelten Volksernährung wird hingearbeitet werden. Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrechterhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater sowie die Freiheit und Sicherheit der Person schützen. Alle Wahlen […] sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht […] für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.

*Zit. nach: www.documentarchiv.de/wr/1918/rat-der-volksbeauftragten_ar.html (Download vom 2. November 2022).**

Zeitgenössische Aussagen zum Revolutionsgeschehen

M 11 Prinz Max von Baden zum 9. November 1918

In seinen Erinnerungen schreibt der Reichskanzler Prinz Max von Baden 1927:
Ich sagte mir: Die Revolution ist im Begriff siegreich zu sein; wir können sie nicht niederschlagen, vielleicht aber ersticken. Jetzt heraus mit der Abdankung, mit der Berufung Eberts, mit dem Appell an das Volk, durch die Verfassunggebende Nationalversammlung seine eigene Staatsform zu bestimmen, wird Ebert mir als Volkstribun[1] von der Straße präsentiert, dann kommt die Republik, ist es Liebknecht, auch der Bolschewismus[2]. Aber wenn der abdankende Kaiser Ebert zum Reichskanzler ernennt, dann besteht noch eine schmale Hoffnung für die Monarchie. Vielleicht gelingt es, die revolutionären Energien in die legalen Bahnen des Wahlkampfes zu lenken.

Prinz Max von Baden, Erinnerungen und Dokumente, neu hg. von Golo Mann und Andreas Burckhardt. Mit einer Einleitung von Golo Mann, Klett, Stuttgart 1968, S. 597.

1 *Volkstribun (lat. tribunus plebis):* In der römischen Republik war die Aufgabe der Volkstribunen die Verteidigung der Rechte des Volkes gegen die Macht der Patrizier.
2 *Bolschewismus:* Form des Kommunismus in der Sowjetunion, die die Lehre des Marxismus weiterentwickelte und z. B. die Klassengesellschaft aufheben wollte

M 12 Hugo Preuß, „Volksstaat oder verkehrter Obrigkeitsstaat“, Artikel im „Berliner Tageblatt“ vom 14. Dezember 1918

Am Tag nach seinem regierungskritischen Artikel wurde Hugo Preuß vom Rat der Volksbeauftragten als Staatssekretär ins Innenministerium berufen und mit der Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs beauftragt.
Wenige Tage sind seit dem Sturz des alten Obrigkeitssystems in Deutschland erst verstrichen; […] und doch kann man schon immer zahlreichere Stimmen hören, aus denen etwas wie Heimweh nach dem alten Obrigkeitsstaat spricht. […] Im alten Obrigkeitsstaat hatte der Bürger sehr wenig, im gegenwärtigen hat er absolut gar nichts zu sagen […]. Gewiss kann man dem „Bürgertum“ in dem leider üblich gewordenen engen Sinne dieses Wortes entgegenhalten, dass es kein Recht habe, sich über seine Ausschließung zu beklagen, weil seine politischen Unterlassungssünden, seine Schlappheit und Servilität[1] ein gerüttelt Maß der Schuld tragen an der Überalterung jenes Obrigkeitssystems und folglich an dem gegenwärtigen Zusammenbruch. […] Ja, die sogenannte Politik der alten Parteien und ihre Führung war elend, genauso elend, wie die Politik und die Führung des alten Obrigkeitsstaates, mit dem sie in Wechselwirkung stand. Aber Schuld her, Schuld hin! […] Die Absichten der gegenwärtigen Machthaber mögen die lautersten und reinsten sein […]. Dem entsetzlichen Wechsel von rotem und weißem Terror[2] zu entgehen, haben wir nur dann Aussicht, wenn sich eine starke und energische Strömung innerhalb des deutschen Bürgertums entschlossen auf den Boden der vollzogenen Tatsachen stellt, aber nicht willenlos ihr Haupt

unter die neue Obrigkeit beugt, wie sie es so lange zum Schaden des deutschen Volkes unter die alte Obrigkeit gebeugt hat; und wenn ihre Mitarbeit in voller und verantwortlicher Gleichberechtigung nicht zurückgewiesen wird. Nicht zum Vortrupp reaktionärer Bestrebungen darf und will sich das Bürgertum hergeben; es will Hand in Hand gehen mit den neuen Mächten, aber nicht als Handlanger, sondern als gleichberechtigter Genosse.

Nicht Klassen und Gruppen, nicht Parteien und Stände in gegensätzlicher Isolierung, sondern nur das gesamte deutsche Volk, vertreten durch die aus völlig demokratischen Wahlen hervorgehende deutsche Nationalversammlung, kann den deutschen Volksstaat schaffen. […] Gewiss muss eine moderne Demokratie vom Geiste eines kräftigen sozialen Fortschritts erfüllt sein; aber ihre politische Grundlage kann niemals der soziale Klassenkampf, die Unterdrückung einer sozialen Schicht durch die andere bilden, sondern nur die Einheit und Gleichheit aller Volksgenossen. Im Rahmen der zu schaffenden demokratischen Verfassung sind die unausbleiblichen sozialpolitischen Kämpfe der Zukunft friedlich auszutragen. Die Stellung zu der konstituierenden Nationalversammlung des deutschen Volksstaates ist zugleich die Stellung zu der Frage: Demokratie oder Bolschewismus.

*Zit. nach: www.weimarer-republik.net/jubilaeum/revolution-und-gruendung-der-republik-tag-fuer-tag/nov-1918/hugo-preuss-wir-haben-die-wahl-demokratie-oder-bolschewismus/ (Download vom 17. November 2022).**

1 *Servilität:* Unterwürfigkeit, Ergebenheit
2 *roter und weißer Terror:* Rot galt als die Farbe der radikalen Revolutionäre, die Farbe Weiß wurde gegenrevolutionären Kräften zugeschrieben. Im Zuge der Revolution 1918/19 kam es von beiden Seiten zu Gewalttaten.

M 13 Der Publizist und Philosoph Oswald Spengler in einem Brief am 18. Dezember 1918

Die Art, wie Kaiser Wilhelm fortgejagt wurde, wie jeder Lumpenhund sich herausnimmt, dem Manne Kot anzuwerfen, der 30 Jahre lang selbstlos und aufopfernd an der Größe Deutschlands mitgearbeitet hat. Ich weiß sehr wohl, dass der Pöbel in anderen Ländern über alle Maßen gemein ist, aber ob er uns in seiner Gemeinheit erreicht? […] Ich sehe, dass die deutsche Revolution den typischen Verlauf nimmt: langsamer Abbau der bestehenden Ordnung, Sturz, wilder Radikalismus, Gewissheit, dass die Monarchie gestärkt aus dieser Krise hervorgehen wird; […] wir müssen […] das Unglück bis zu Ende durchmachen; wir brauchen eine Züchtigung, gegen die vier Kriegsjahre noch harmlos sind, […] bis vor allem auch der Terror eine solche Empörung und Verzweiflung angesammelt hat, dass eine Diktatur […] allgemein als Erlösung empfunden wird. Aber dann muss Blut fließen, je mehr, desto besser.

*Zit. nach: Heinrich August Winkler (Hg.), Weimar. Ein Lesebuch zur deutschen Geschichte 1918–1933, C. H. Beck, München 1999, S. 57 f.**

M 14 Plakat der „Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus", Dezember 1918.

Die 1918/19 entstandene rechtsgerichtete „Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus" versuchte mit eindringlichen Plakatmotiven Ängste vor einem Bürgerkrieg und den Folgen einer sozialistischen Räterepublik nach russischem Vorbild zu schüren.

M 15 Rosa Luxemburg (Spartakus-Bund) zum Rätekongress in Berlin, 21. Dezember 1918

In allen früheren Revolutionen traten die Kämpfer mit offenem Visier in die Schranken: Klasse gegen Klasse, Programm gegen Programm, Schild gegen Schild. […] In der heutigen Revolution treten die Schutztruppen der alten Ordnung nicht unter eigenen Schildern und Wappen der herrschenden Klassen, sondern unter der Fahne einer „sozialdemokratischen Partei" in die Schranken. […] Würde die Kardinalfrage[1] der Revolution offen und ehrlich Kapitalismus oder Sozialismus lauten, ein Zweifeln, ein Schwanken wäre in der großen Masse des Proletariats heute unmöglich. […] Es ist eine sozialistische Partei, es ist das ureigenste Geschöpf der Arbeiterbewegung und des Klassenkampfes, das sich in das wuchtigste Instrument der bürgerlichen Gegenrevolution verwandelt hat.

*Jörg Berlin (Hg.), Die deutsche Revolution 1918/19. Quellen und Dokumente, Pahl-Rugenstein, Köln 1979, S. 217 ff.**

1 *Kardinalfrage:* Haupt-, Kernfrage

Die Revolution aus der Sicht von Historikern

M 16 Wolfram Pyta, 2004

Eine abgewogene Bilanz der revolutionären Umbruchperiode vom November 1918 bis zum Januar 1919 muss sowohl Grenzen wie auch Handlungsspielräume der unverhofft in das politische Zentrum gerückten Sozialdemokratie ausleuchten und vermessen. Die Grenzen setzten objektive Sachzwänge, ein geschlagenes Land vor einer Hungerkatastrophe zu bewahren und die Eingliederung der Millionen heimkehrender Soldaten in das Erwerbsleben zu vollziehen. […] Auch war eine partielle Kooperation mit den Militärs unabdingbar, um die bedrohte Republik gegen Umsturzversuche von links zu schützen. Aber diese Feststellung bedeutet nicht, dass das Ausmaß der unvermeidlichen Zusammenarbeit eine derartige Größenordnung hätte annehmen müssen. Ein Rückgriff auf den militärischen Sachverstand von Freiwilligenverbänden musste nicht die Tolerierung von Gewaltexzessen der Freikorps nach sich ziehen. Der Verzicht auf eine grundlegende Umwälzung der Eigentumsverhältnisse schloss nicht aus, in einigen ausgewählten Fällen […] Eingriffe in die Besitzstruktur vorzunehmen, ohne die wirtschaftliche Effizienz zu gefährden. […] Zögerlichkeit und Unsicherheit der regierenden Sozialdemokraten erklären sich wohl daraus, dass sie Revolutionäre wider Willen waren, die unversehens von einer revolutionären Welle an die Spitze des Staatswesens gespült worden waren, in dem sie bislang eine eher geduldete Existenz gefristet hatten.

*Wolfram Pyta, Die Weimarer Republik, Leske + Budrich, Opladen 2004, S. 30.**

M 17 Bernd Braun, 2018

Keine Regierung in der deutschen Geschichte war bis heute mit derartigen Problemen konfrontiert wie die sechs Volksbeauftragten. Es ging um nicht weniger als die Bewältigung des verlorenen Weltkrieges und die politische Neuordnung Deutschlands, noch dazu unter ungeheurem Zeitdruck. […]. So sehr die SPD die Überwindung des herrschenden politischen und ökonomischen Systems auch propagiert hatte: Als der Kollaps des Kaiserreiches im Herbst 1918 eintrat, hatte die Partei kein […] Konzept für die Zukunft. Ihre beiden Kernziele, die Etablierung einer Regentschaft […] (die mit dem 9. November überflüssig geworden war) und die Wahl einer verfassunggebenden Nationalversammlung als Ausgangspunkt für parlamentarische Demokratie, knüpften an die bürgerliche Revolution von 1848/49 an. Diese Kernpunkte waren nicht originell, aber sie waren die einzigen, die mehrheitsfähig waren, und sie blieben ohne echte Alternative. […]

Machten Ebert und die SPD also während der Revolution keine Fehler? […] Doch. Wer keine exekutive Erfahrung mitbringt, wie die SPD als Systemopposition des Kaiserreiches, und wer unter extremem Zeitdruck handelt, trifft unweigerlich auch Fehlentscheidungen. Der viel gescholtene Ebert-Groener-Pakt […] gehört nicht zu diesen Fehlentscheidungen. Jede Regierung muss sich auf Ordnungskräfte stützen. […] Fatal war jedoch, dass die Regierung und vor allem Reichswehrminister Gustav Noske eine Demokratisierung der Streitkräfte auch nicht ansatzweise in Angriff nahmen. […] Die Niederschlagung des „Spartakusaufstandes" oder die Auflösung der zweiten Münchener Räterepublik[1] waren grundsätzlich legitim, aber die äußerst brutale Art und Weise beschädigte […] das Ansehen der jungen Republik nachhaltig […].

*Bernd Braun, Der Präsident, in: ZEIT Geschichte, Nr. 6/2018: 1918/19 Die deutsche Revolution, hg. v. Frank Werner, Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH, Hamburg 2018, S. 47 f.**

1 *Zweite Münchner Räterepublik:* Am 7. April 1919 wurde in München eine Räterepublik ausgerufen, die v. a. von linken Intellektuellen geprägt war. Am 13. April proklamierte die KPD eine zweite kommunistische Räterepublik. Diese wurde Ende April mithilfe von Reichswehr und Freikorps niedergeschlagen.

*Die Zeit der Weimarer Republik im Haus der Bayerischen Geschichte

M 1 Haus der Bayerischen Geschichte, Foto, 2019

Das 2019 eröffnete Haus der Bayerischen Geschichte (HdBG) in Regensburg zeigt die Geschichte des modernen Bayern seit 1800. Eine zentrale Rolle in der Ausstellung spielt auch die Zeit der Weimarer Republik.
Bereiten Sie sich auf einen Besuch im Haus der Bayerischen Geschichte vor, indem Sie sich am Beispiel der Weimarer Republik mit dem Konzept der Ausstellung auseinandersetzen. Die Arbeitsaufträge auf S. 99 helfen Ihnen dabei.

M 2 Die „Bühne" zur Revolution 1918/19.

Die Anordnung von Objekten in einer Ausstellung ist nicht zufällig, sondern sorgfältig auf eine bestimmte Wirkung und Aussageabsicht hin konzipiert. Daher spricht man auch von „Inszenierungen" oder „Bühnen". Das Foto zeigt die „Bühne" zur Ausrufung des Freistaates und dem damit verbundenen Ende der Monarchie in Bayern in der Nacht vom 7. auf den 8. November 1918, also zwei Tage vor der Novemberrevolution im Reich (siehe S. 91).

1 *Ausgabe der „Münchner Neuesten Nachrichten" vom 8. November 1918, in der die Revolution verkündet und der Satz „Bayern ist fortan ein Freistaat" gedruckt wurde (M 4). Dieser Satz ist auch in großen Lettern auf roter Farbe im Hintergrund der Bühne abgedruckt.*

2 *Flugblätter, die das Ende der Monarchie verkündeten.*

3 *Die Bierflaschen sind ein Hinweis auf die Rolle der Münchner Bierkeller während der Revolution. Im Mathäserbräu, dem größten Bierkeller Münchens, wurde am 7. November 1918 der erste Münchner Arbeiter- und Soldatenrat gegründet.*

4 *Goldenes Schild eines königlichen Hoflieferanten. Überall in München wurden derartige Schilder nach der Revolution rasch abgehängt.*

5 *Originalfilm des Trauerzugs für Kurt Eisner, dem ersten bayerischen Ministerpräsidenten, der am 21. Februar 1919 von einem antisemitisch eingestellten Offizier ermordet wurde, der rechtskonservativen Kreisen nahestand.*

M 3 Briefmarke, 1918.

In der kleinen Vitrine neben der Bühne (M 2) ist diese Briefmarke mit dem Porträt des letzten bayerischen Königs Ludwig III. zu sehen. Nach der Revolution wurde sie mit dem Schriftzug „Freistaat Bayern" überstempelt.

M 4 „Münchner Neueste Nachrichten" vom 8. November 1918 (Ausschnitt Titelseite)

▶ Hilfe

Morgen-Ausgabe
Münchner Neueste Nachrichten
und Handels-Zeitung, Alpine und Sport-Zeitung, Theater- und Kunst-Chronik
Süddeutsche Zeitung
Freitag, 8. November 1918 Knorr & Hirth, München 71. Jahrgang Nr. 564

An die Bevölkerung Münchens!

Das furchtbare Schicksal, das über das deutsche Volk hereingebrochen, hat zu einer elementaren Bewegung der Münchner Arbeiter und Soldaten geführt. Ein provisorischer Arbeiter, Soldaten- und Bauernrat hat sich in der Nacht zum 8. November im Landtag konstituiert.
Bayern ist fortan ein Freistaat.
Eine Volksregierung, die von dem Vertrauen der Massen getragen wird, soll unverzüglich eingesetzt werden.
Eine konstituierende Nationalversammlung, zu der alle mündigen Männer und Frauen das Wahlrecht haben, wird so schnell wie möglich einberufen werden.
Eine neue Zeit hebt an!
Bayern will Deutschland für den Völkerbund rüsten.
Die demokratische und soziale Republik Bayern hat die moralische Kraft, für Deutschland einen Frieden zu erwirken, der es vor dem Schlimmsten bewahrt. Die jetzige Umwälzung war notwendig, um im letzten Augenblick durch die Selbstregierung des Volkes die Entwicklung der Zustände ohne allzuschwere Erschütterung zu ermöglichen, bevor die feindlichen Heere die Grenzen überfluten oder nach dem Waffenstillstand die demobilisierten deutschen Truppen das Chaos herbeiführen.
Der Arbeiter, Soldaten- und Bauernrat wird strengste Ordnung sichern. Ausschreitungen werden rücksichtslos unterdrückt. Die Sicherheit der Person und des Eigentums wird verbürgt.
Die Soldaten in den Kasernen werden durch Soldatenräte sich selbst regieren und Disziplin aufrecht erhalten. Offiziere, die sich den Forderungen der veränderten Zeit nicht widersetzen, sollen unangetastet ihren Dienst versehen.

M 5 Der Museumsdirektor Richard Loibl über das Ausstellungskonzept des Hauses der Bayerischen Geschichte, 2022

„Wie Bayern Freistaat wurde und was ihn besonders macht" – unter dieser Leitfrage erzählt die Dauerausstellung im Haus der Bayerischen Geschichte den Weg Bayerns zu einem der modernsten Staaten der Gegenwart. Die chronologische Gliederung orientiert sich dabei nicht an den üblichen (von Historikern im Nachhinein gesetzten) Epocheneinteilungen – wie etwa „Vormärz", „Deutsches Kaiserreich", „Weimarer Republik" etc. – sondern an der Generationenabfolge menschlichen Lebens (Großeltern – Eltern – Kinder – Enkelkinder).
Wenn man davon ausgeht, dass es rund 25 Jahre dauert, bis in einer Familie die nächste Generation nachfolgt, haben neun Generationen die Geschichte Bayerns seit 1800 erlebt. Jede einzelne stand ihren ganz eigenen Herausforderungen gegenüber, wurde von Entwicklungen und Ereignissen geprägt, die selten vorhersehbar waren und oft langfristige Folgen hatten. Im Museum kann man das nachempfinden. Pro Generation wurden drei bis vier Geschehnisse ausgewählt, die für die jeweilige Zeit besonders bestimmend waren. Für Generation 5 (1900–1925) sind das beispielsweise:

- der Erste Weltkrieg mit seinen Schrecknissen für die Soldaten an der Front und der Versorgungskrise für die Menschen in der Heimat
- die Revolution von 1918, die das über 100 Jahre bestehende Königreich beendet und den noch heute existierenden Freistaat ausruft

Die Gestaltung fügt die Exponate zu bildhaften Ensembles zusammen, die – wie im Theater – auf „Bühnen" in Szene gesetzt werden. In den ausgestellten Objekten begegnen den Besuchern Biografien, die veranschaulichen, wie sich die Ereignisse auf das Leben der Menschen ausgewirkt haben.
Neben dem Generationenkonzept werden in einer zweiten Erzählebene in acht „Kulturkabinetten" einzelne Phänomene vorgestellt, für die Bayern besonders bekannt ist – das reicht von den Dialekten über die Festkultur bis zur vermeintlichen Naturidylle.

Text von Richard Loibl.

1 Das Ausstellungskonzept des Hauses der Bayerischen Geschichte geht von Generationen aus. Die Weimarer Republik wird in Generation 5 (1900–1925) und in Generation 6 (1925–1950) thematisiert. Nehmen Sie unter Einbezug von M 5 zu dieser Gliederung Stellung (GDB).

2 Informieren Sie sich auf der Internetseite des HdBG über den Verlauf der Revolution in Bayern bis zur Ermordung Kurt Eisners. Beurteilen Sie anschließend, wie gelungen die Inszenierung des HdBG ist (M 2, M 4). Berücksichtigen Sie dabei folgende Aspekte:
- Vermittelt die „Bühne" ein anschauliches und stimmungsvolles Bild der Ereignisse?
- Sind die gewählten Objekte und Quellengattungen repräsentativ und bedeutend für den Verlauf der Revolution?

3 Erläutern Sie, warum die Ausstellungsmacher die Briefmarke als Exponat ausgewählt haben (M 2, M 3).

2.5 Die Weimarer Reichsverfassung zwischen Moderne und Tradition

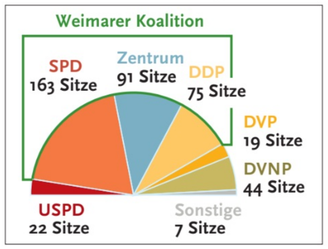
Inwieweit greift die Weimarer Reichsverfassung Aspekte gesellschaftlicher und politischer Modernisierung seit dem 19. Jahrhundert auf?

L Vorschlag für eine Lernaufgabe:
Sie bereiten eine Podiumsveranstaltung vor, in der Sie diskutieren, inwieweit die Weimarer Verfassung die Modernisierung seit dem 19. Jahrhundert aufgreift. Erstellen Sie zur Vorbereitung Ihres Diskussionsbeitrags eine Mindmap, die die Weimarer Verfassung in ihren Grundzügen charakterisiert. Die Arbeitsaufträge auf S. 102 sind dabei hilfreich.

M 1 Wahlkampfwagen der SPD zur ersten demokratischen Parlamentswahl, Foto, Januar 1919.
Am Wagen sind SPD-Plakate befestigt („Mutter! Wähle sozialdemokratisch!" – „Frauen! Gleiche Rechte. Gleiche Pflichten! Wählt sozialdemokratisch!" – siehe auch S. 131, M 2).

Die Nationalversammlung in Weimar

M 2 Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung 1919



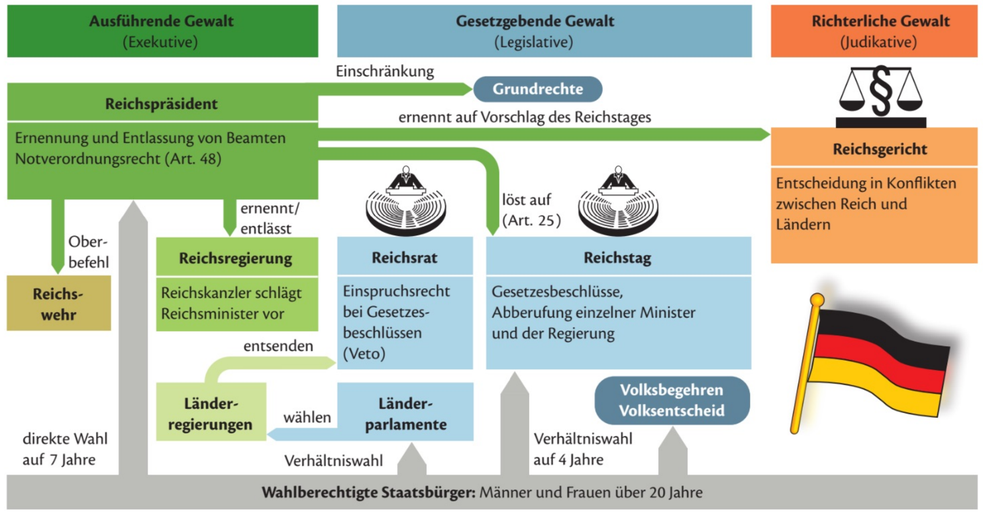
Am 19. Januar 1919, nur zwei Monate nach der Novemberrevolution, wählte Deutschland eine Nationalversammlung. Sie sollte eine republikanische Verfassung beschließen, in der **Volkssouveränität** durch ein repräsentatives Wahlsystem realisiert wird. Die Abgeordneten wurden in allgemeiner, geheimer, gleicher und freier Wahl gewählt. **Frauen** waren **gleichberechtigt zur Wahl** aufgerufen und hatten das aktive wie passive Wahlrecht: Von den insgesamt 423 gewählten Abgeordneten waren 37 weiblich. Frauen konnten so erstmalig an politischen Entscheidungen mitwirken. Der Wahlkampf unterlag keiner Zensur, Presse- und Versammlungsfreiheit galten uneingeschränkt (M 1). Die Wahlbeteiligung lag bei beachtlichen 83 Prozent. Trotz einer weiteren Radikalisierung von Teilen der Arbeiterbewegung (siehe S. 92 f.) wurde die SPD zur stärksten Fraktion. Um eine Mehrheit zu erzielen, war sie jedoch auf Partner unter den bürgerlichen Parteien angewiesen. So bildete die SPD mit der katholischen Zentrumspartei und der liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) die **„Weimarer Koalition"** (M 2). Diese Entwicklung belegte nach den revolutionären Ereignissen in Deutschland einen beeindruckenden Willen zum demokratischen Neubeginn.
Die Debatten über die Verfassungsordnung standen unter dem Eindruck von Demonstrationen, Straßenkämpfen und Fabrikbesetzungen, die die Enttäuschung vieler Menschen über den Ausgang der Revolution zum Ausdruck brachten. Sie rückten Deutschland in die **Nähe eines Bürgerkrieges**. Daher entschied man sich für Weimar

(siehe S. 67, M 6) und nicht Berlin als Tagungsort. Am 11. Februar 1919 wurde **Friedrich Ebert** (SPD) zum ersten **Reichspräsidenten** gewählt. Am gleichen Tag beauftragte er **Philipp Scheidemann** (SPD) mit der Bildung einer Regierung. Die Aufstände wurden im Laufe des Frühjahrs militärisch niedergeschlagen (siehe S. 92 f.).

Die Weimarer Reichsverfassung – Stärken und Schwächen

M 3 Schaubild: Die Weimarer Reichsverfassung 1919

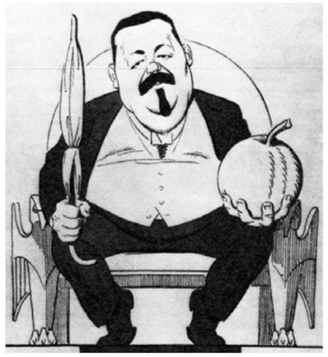
▶ Video/Schaubild: Weimarer Reichsverfassung



Die Debatten in der Weimarer Nationalversammlung waren leidenschaftlich, schließlich mündeten sie in die Verabschiedung eines Verfassungsentwurfs am 31. Juli 1919. Reichspräsident Ebert setzte am 11. August 1919 diesen Entwurf als **Weimarer Reichsverfassung** in Kraft (M 3). Die Verfassung konstituierte eine **parlamentarische Republik** und überwand damit erstmals in der Geschichte der deutschen Staaten das monarchische Prinzip. Verfassungsänderungen waren durch eine 2/3-Mehrheit im **Reichstag**, im Reichsrat oder per Volksentscheid möglich. Eine Mindestanzahl von Stimmen für den Einzug ins **Parlament** wie in der heutigen Bundesrepublik (Fünf-Prozent-Hürde) gab es nicht. Der Reichstag sollte exakt den Volkswillen abbilden. Aufgrund der sehr großen Parteienvielfalt wurde es allerdings schwierig, stabile Regierungskoalitionen zu bilden.
Volksbegehren und Volksentscheide ermöglichten den Bürgerinnen und Bürgern, an der Gesetzgebung mitzuwirken und sich so verstärkt am politischen Prozess zu beteiligen. Eine Entscheidung über die Auflösung des Reichstags war jedoch nicht möglich. Ein wesentliches Prinzip der Verfassung war die **Gewaltenteilung** zwischen dem Parlament als Legislative, der Exekutive und der unabhängigen Justiz.
Das zentrale Organ der Staatsgewalt war der für vier Jahre gewählte Reichstag. Neben der Gesetzgebung gehörte die Kontrolle der Exekutive zu den Aufgaben des Parlaments. **Reichskanzler** und **Reichsminister** benötigten für ihre Ausführung das Vertrauen der Abgeordneten und konnten durch ein Misstrauensvotum mit einfacher Stimmenmehrheit zum Rücktritt gezwungen werden. Der **Reichsrat** repräsentierte die Länder, hatte jedoch eine schwächere Stellung als der Bundesrat im Kaiserreich: Es galt der Grundsatz „Reichsrecht bricht Länderrecht" (Art. 13).
Obwohl die Nationalversammlung die Machtkonzentration bei einem Staatsorgan verhindern wollte, gab die Weimarer Reichsverfassung dem **Reichspräsidenten** eine überlegene Stellung (M 4). Sie war das Resultat eines verbreiteten **Antiparlamentarismus***

▶ M 5-M 7: Debatten und Ergebnisse in der Nationalversammlung

M 4 „Frédéric le Gros", Karikatur aus der deutschen Satirezeitschrift „Kladderadatsch", 1919.
Der französische Titel bedeutet „Friedrich der Dicke".



Antiparlamentarismus
bezeichnet eine politische Einstellung oder Bewegung, die das Parlament als Institution ablehnt oder kritisiert

Notverordnung
Entgegen dem Grundsatz der Gewaltenteilung, der die Gesetzgebung der Legislative zuspricht, werden Notverordnungen von der Exekutive erlassen. Es handelt sich dabei um Verordnungen mit Gesetzeskraft. Dieses Verfahren sehen demokratische Verfassungen insbesondere für Notfälle vor.

▶ M 8: Aus der Weimarer Reichsverfassung

▶ M 9–M 10: Moderne Urteile über die Verfassung

und folgte dem Wunsch nach einer starken Führungspersönlichkeit. Insbesondere das Recht zum **Erlass von Notverordnungen* (Artikel 48)** erlaubte dem Reichspräsidenten als Oberbefehlshaber bei Störungen der „öffentlichen Sicherheit und Ordnung" deren Wiederherstellung auch unter Einsatz der Reichswehr. Seine Direktwahl sicherte die demokratische Legitimation, seine siebenjährige Amtszeit die politische Kontinuität.

Verankerung der Grundrechte und des Sozialstaates in der Verfassung

Anders als in der Verfassung des Kaiserreichs von 1871 (siehe S. 75) nahm die Weimarer Reichsverfassung (WVR) **Grundrechte** auf und erfüllte damit zentrale liberale Forderungen, die bereits die Paulskirchenverfassung von 1848/49 vorgesehen hatte (siehe S. 41, M 7). Neben den Freiheitsrechten und dem Gleichheitsgrundsatz wurden auch **soziale Grundrechte und -pflichten** festgeschrieben. Nicht zuletzt unter dem Einfluss der Arbeiter- und Rätebewegung griff damit die Verfassung Forderungen auf, die infolge der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen des 19. Jahrhunderts entstanden waren. So wurden u. a. Arbeitnehmerrechte gestärkt, sogar ein Recht auf Arbeit verankert. Familien und Jugendliche standen unter besonderem Schutz. Im Unterschied zum heutigen Grundgesetz waren die **Grundrechte nicht gerichtlich einklagbar,** ein Verfassungsgericht als Instanz dafür existierte nicht. Zudem konnten die Gesetze in Krisenzeiten durch Artikel 48 (Notverordnungsrecht) außer Kraft gesetzt werden.
„Mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle" (Art. 151) wurde die **Grundlage für einen Sozialstaat** geschaffen. Eine weitere Herausforderung für die junge Demokratie wurde so bewältigt: In Folge des Ersten Weltkrieges bedeuteten die Versorgung von Witwen, Waisen und Kriegsversehrten sowie die Integration von sechs Millionen entlassenen Soldaten ins Berufsleben neue Aufgaben für die staatliche Sozialpolitik. Dafür musste die im Kaiserreich eingeführte Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung ausgebaut werden.

1 Zeigen Sie mithilfe von M 1, M 2 und dem DT auf, inwiefern bereits die Wahl zur verfassunggebenden Nationalversammlung im Januar 1919 Ausdruck einer gesellschaftlichen und politischen Modernisierung war.

2 **Gruppenarbeit:** Untersuchen Sie arbeitsteilig das Schaubild zur Weimarer Reichsverfassung (M 3) sowie den Auszug aus dem Verfassungstext (M 8). Erläutern Sie folgende Aspekte im Hinblick auf moderne Elemente der Fassung:
- Stellung, Zusammensetzung und Aufgaben der drei Gewalten
- Elemente der Demokratie
- Bedeutung von Menschenrechten
- Elemente eines Obrigkeitsstaates
- Stellung des Reichspräsidenten

Ziehen Sie auch den DT, M 1 sowie passende GB hinzu. Tauschen Sie Ihre Ergebnisse aus und notieren Sie zentrale Beobachtungen in der Mindmap.
Tipp: Nutzen Sie die Arbeitsschritte auf S. 74 („Ein Verfassungsbild untersuchen").

3 **Wahlaufgabe:**
a) Überprüfen Sie unter Einbezug der Karikatur M 4 die Behauptung, der Reichspräsident habe die Stellung eines „Ersatzkaisers".
b) Vergleichen Sie die Bedeutung, die die Abgeordneten in M 5–M 7 dem Amt des Reichspräsidenten zusprechen. Bewerten Sie das Demokratieverständnis der Redner (GB „Demokratie").

4 Arbeiten Sie aus M 9 bzw. M 10 heraus, worin die Verfasser aus heutiger Sicht jeweils die Stärken und Schwächen der Reichsverfassung sehen.

5 **Diskussion:** Diskutieren Sie anhand Ihrer Mindmap, inwieweit die Weimarer Reichsverfassung Aspekte gesellschaftlicher und politischer Modernisierung aufgreift.

6 **Zusatzaufgabe:** Siehe S. 300.

Debatten und Ergebnisse in der Nationalversammlung

M 5 Albrecht Philipp (DNVP), Rede vor der Nationalversammlung, 4. Juli 1919
Ich will den Standpunkt der Deutschnationalen Volkspartei zu Art. 41 […] klarstellen. […] Eine persönliche Spitze ist überall notwendig […]. Aber wenn das Deutsche Reich wieder in die Reihe der Großmächte treten will […], dann ist es notwendig, dass eine Person vorhanden ist, die das Reich nach innen und außen repräsentiert; und meine politischen Freunde vertreten die Auffassung, dass die Stellung des Reichspräsidenten nicht mächtig genug sein kann. […] Das deutsche Volk will regiert werden, und gerade die Ereignisse der letzten Monate haben das Autoritätsgefühl im deutschen Volke – in vielen Teilen wenigstens – gestärkt. […]
*Verhandlungen des Reichstages, Bd. 327, 1919/20, 4. Juli 1919, Berlin 1920, S. 1304 ff.**

M 6 Hugo Haase (USPD), Gegenrede vor der Nationalversammlung, 4. Juli 1919
Dass der Staat eine Spitze haben muss – wie [Albrecht Philipp] ausführte –, bestreitet ihm kein Mensch. Es kommt nur darauf an, ob eine Einzelpersönlichkeit oder ob – wie wir es beantragen – das Gesamtministerium unter Kontrolle der Volksvertretung diese Spitze bildet. Nun hat der Herr Abgeordnete Philipp für seine Auffassung mehrere Gründe angegeben. […] Was Sie wollen, […] das deutet darauf hin, dass Sie den Präsidenten nur aus dem alten Adel, vielleicht aus dem urältesten Adel holen wollen, und dass Sie deswegen diesen Weg einschlagen, um von neuem die Monarchie in Deutschland einzuschmuggeln. Wir haben allerdings die Sorge, dass sich ein Präsident zum persönlichen Regiment[1] ausbilden könnte. […] Wir wollen eine demokratische Leitung.
*Verhandlungen des Reichstages, Bd. 327, 1919/20, 4. Juli 1919, Berlin 1920, S. 1304 ff.**

1 Gemeint ist Kaiser Wilhelm II., der sehr eigenmächtig Beschlüsse fasste.

M 7 Bruno Ablaß (DDP), Gegenrede vor der Nationalversammlung, 4. Juli 1919
Das Volk allein ist souverän. [Und] dasjenige Organ, das […] berufen ist, die Volkssouveränität in sich am stärksten zu verkörpern, das ist der Reichstag. […] In dieser Hinsicht haben wir uns gesagt, dass es unumgänglich notwendig ist, neben dem Reichstag ein Kontrollorgan zu schaffen, und als solches deuten wir uns den Reichspräsidenten. […] Die Zeiten der Monarchie sind endgültig vorüber, und auf dem Wege, den wir jetzt beschritten haben, durch die Schaffung eines starken demokratischen Präsidenten, besteht die Gefahr sicherlich nicht, dass wir etwa der Monarchie den Boden zur Rückkehr bereiten würden.
*Verhandlungen des Reichstages, Bd. 327, 1919/20, 4. Juli 1919, Berlin 1920, S. 1304 ff.**

M 8 Auszug aus der Weimarer Reichsverfassung (WRV) vom 11. August 1919
Art. 1. Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.[…]
Art. 20. Der Reichstag besteht aus den Abgeordneten des deutschen Volkes.
Art. 21. Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie sind nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden.
Art. 22. Die Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von den über zwanzig Jahre alten Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. […]
Art. 23. Der Reichstag wird auf vier Jahre gewählt. […]
Art. 25. Der Reichspräsident kann den Reichstag auflösen […]. Die Neuwahl findet spätestens am sechzigsten Tag nach der Auflösung statt. […]
Art. 41. Der Reichspräsident wird vom ganzen deutschen Volke gewählt. […]
Art. 47. Der Reichspräsident hat den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht des Reichs.
Art. 48. Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mithilfe der bewaffneten Macht anhalten. Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mithilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zwecke darf er vorübergehend die […] festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen. […]. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichstags außer Kraft zu setzen. […] Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz[1] […].
Art. 50. Alle Anordnungen und Verfügungen des Reichspräsidenten, auch solche auf dem Gebiet der Wehrmacht, bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung durch den Reichskanzler oder den zuständigen Reichsminister. […]

Art. 53. Der Reichskanzler und auf seinen Vorschlag die Reichsminister werden vom Reichspräsidenten ernannt und entlassen.
Art. 54. Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstags. Jeder von ihnen muss zurücktreten, wenn ihm der Reichstag [...] sein Vertrauen entzieht. [...]
Art. 68. [...] Die Reichsgesetze werden vom Reichstag beschlossen. [...]
Art. 73. Ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz ist [...] zum Volksentscheid zu bringen, wenn der Reichspräsident binnen eines Monats es bestimmt. [...]
Art. 109. Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich. Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Öffentlichrechtliche Vorrechte oder Nachteile der Geburt oder des Standes sind aufzuheben. [...]
Art. 114. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. Eine Beeinträchtigung oder Entziehung der persönlichen Freiheit durch die öffentliche Gewalt ist nur aufgrund von Gesetzen zulässig. [...]
Art. 165. Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt. Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiterräten sowie in nach Wirtschaftsgebieten gegliederten Bezirksarbeiterräten und in einem Reichsarbeiterrat[2].

*Zit. nach: Ernst Rudolf Huber (Hg.), Dokumente der Novemberrevolution und der Weimarer Republik 1918–1932, 2. Aufl., Kohlhammer, Stuttgart 1966, S. 129 ff.**

1 Das hier vorgegebene Reichsgesetz wurde nie beschlossen.
2 Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat wurden nicht gebildet. Es entstanden nur Betriebsarbeiterräte nach Maßgabe des Betriebsratsgesetzes vom 4. Februar 1920.

Moderne Urteile über die Verfassung

M 9 Bundestagspräsident Norbert Lammert, Rede zum 90. Jahrestag der Weimarer Verfassung 2009

Die Ausgangslage für die Arbeit der Nationalversammlung und den Aufbau einer stabilen demokratischen Republik war alles andere als günstig. [...] Für die notwendige Neuorganisation der Staatsgewalt in Gestalt einer demokratischen Republik gab es keine Entwürfe und keine Vorbilder. Soweit es in den Jahren zuvor überhaupt Verfassungsdebatten gegeben hatte bzw. Forderungen nach Verfassungsreformen, galten sie dem Kaiserreich und nicht einer Republik. [...] In manchen Anliegen konnte man an die Paulskirchenverfassung anknüpfen, insbesondere im Blick auf Grundrechte. Der durchaus eindrucksvolle Katalog der Grundrechte galt in der Weimarer Verfassung freilich nur nach Maßgabe der Gesetze, stand also zur Disposition des Gesetzgebers. Dagegen hat das Grundgesetz bekanntlich umgekehrt alle Gesetze an die Grundrechte gebunden und damit erstmals alles staatliche Handeln nur nach Maßgabe der Verfassung legitimiert und deren Auslegung einem eigenen, unabhängigen Verfassungsgericht übertragen.
Die Weimarer Verfassung hat gleichwohl beachtliche Verdienste in der Verankerung der demokratischen Legitimation staatlicher Machtausübung. Dies kommt in den Wahlen zu den Parlamenten wie des Reichspräsidenten zum Ausdruck, der Verantwortung der Regierung vor dem Parlament wie auch in demokratischen Ansprüchen an die Sozialverfassung.

*Zit. nach: https://www.bundestag.de/parlament/praesidium/reden/2009/007/247758 (Download vom 4. November 2022).**

M 10 Die Historiker Oliver F. R. Haardt und Christopher Clark, 2019

Die Weimarer Verfassung war keine Fehlkonstruktion, die gar nicht anders konnte, als zur Machtergreifung Hitlers zu führen. Sie schuf keine Krisenrepublik, sondern war einerseits Ergebnis der Krise, die die Republik bei ihrer Geburt im Griff hatte, andererseits Instrument in den Krisen, die Deutschland in den Folgejahren erlebte. 1919 war sie Antwort auf das Trauma der Revolutionszeit. Die anschließende Degeneration[1] des Regierungssystems, das Hitler möglich machte, ist weniger der Verfassung als juristischer Konstruktion als vielmehr der politischen Kultur Weimars zuzuschreiben, in der sie angewandt wurde und die sich vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Krisen der 1920er und frühen 1930er Jahre immer weiter radikalisierte. [...]
[Es erscheint angemessen], sich der Weimarer Verfassung [...] nicht nur unter dem Gesichtspunkt ihres schrittweisen Unterganges zu erinnern, sondern sie auch als das zu würdigen, was sie im historischen Moment von 1918/19 war: der erste große und erfolgreiche Akt der Volkssouveränität in der deutschen Geschichte.

*Oliver F. R. Haardt/Christopher Clark, Die Weimarer Reichsverfassung als Moment der Geschichte, in: Horst Dreier u. a. (Hg.), Das Wagnis der Demokratie. Eine Anatomie der Weimarer Reichsverfassung, 2. Aufl., C. H. Beck, München 2018, S. 41–43.**

1 *Degeneration:* Verfall

2.6 Politische Parteien in der Weimarer Republik

Wie lassen sich die Parteien und ihre Wählerschaft in der Weimarer Demokratie charakterisieren?

L Vorschlag für eine Lernaufgabe:
„Die Vielzahl an Parteien im Reichstag bildete die vielfältigen Interessen innerhalb einer modernen Gesellschaft ab, verhinderte aber tragfähige Koalitionen. Das förderte den Aufstieg demokratiefeindlicher Parteien." Erstellen Sie einen strukturierten Stichwortzettel für eine Kurzpräsentation, in dem Sie zu dieser These Stellung nehmen. Die Arbeitsaufträge auf S. 106 unterstützen Sie dabei.

Vier politische Hauptströmungen und ihre Parteien
- *Liberalismus*: Deutsche Demokratische Partei (DDP), Deutsche Volkspartei (DVP)
- *Konservativismus*: Deutschnationale Volkspartei (DNVP)
- *Sozialismus*: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD)
- *Katholizismus*: Zentrum, in Bayern: Bayerische Volkspartei (BVP)

Die Weimarer Republik – ein Staat ohne Demokraten?

Die vier politischen **Hauptströmungen*** des 19. Jahrhunderts wirkten als wesentliche politische Kräfte nach 1919 in einem weitgehend unveränderten **Parteienspektrum** fort (siehe S. 69). Da die Parteien an eine relativ geschlossene Wählerschaft entsprechend ihrer Sozialmilieus gebunden blieben, konnten sie ihren Traditionen aus dem **Deutschen Kaiserreich** und ihrem dort entwickelten Rollenbild verhaftet bleiben; sie wollten auch ihre Wähler nicht enttäuschen. Diese Kontinuität ist umso bemerkenswerter, als daran weder die Einführung des Frauenwahlrechts noch die Absenkung des Wahlalters auf 20 Jahre, die die Neuwählerschaft nach 1919 zunächst auf ca. 50 Prozent anwachsen ließ, etwas änderte. Auch die neuen Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger in Form von Volksbegehren und Volksentscheid trugen nicht dazu bei, ein Bewusstsein in der Wählerschaft für Fortschritte in Bezug auf die **Demokratie** zu entwickeln.
Die **Rechte von Parteien** sowie ihre Aufgabe, die Mitwirkung an der politischen Willensbildung, waren im Gegensatz zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland von 1949 in der **Verfassung** der Weimarer Republik nicht verankert. Eine demokratische Ausrichtung der Parteien war ebenso wenig verpflichtend, wie es Vorgaben für ihre demokratische innerparteiliche Kommunikation, zum Beispiel bei Abstimmungen, gab. Damit konnten sich die Gegner der Republik offen organisieren und sogar staatliche Institutionen wie den **Reichstag** nutzen, um durch ihr Abstimmungsverhalten die Demokratie zu bekämpfen.
Bis 1918 hatte die politische Arbeit im Reichstag **kaum die Fähigkeit zum Kompromiss** verlangt, da die Parteien im Kaiserreich nicht an der Regierung beteiligt waren. Das klare Ergebnis der Wahl zur Nationalversammlung 1919 und die Bildung der „Weimarer Koalition" hatten diese Schwäche zunächst überdeckt. Sie trat aber mit den unklaren Mehrheiten der folgenden Wahlen deutlich hervor (M 1).
Die während der Kaiserzeit **entstandenen Verbände und Vereine** (siehe S. 70) wirkten gleichfalls auf die Parteien in vielen Bereichen weiter ein. Allerdings erkannten viele von ihnen demokratische Werte und eine daran orientierte politische Erziehung nicht an. Es entwickelte sich eine Demokratie mit zu wenigen Demokraten. Zu sehr war ihre politische Kultur von einem obrigkeitlichen Politikverständnis beherrscht.

M 1 „Wer will regieren?" Karikatur aus der Satirezeitschrift „Simplicissimus" vom 1. Juli 1920.

Der Untertitel der Karikatur lautet: „Ich würde Ihnen gern helfen, aber ich kann doch meinen Standpunkt nicht verlassen."

Politische Polarisierung der Bevölkerung in der Weimarer Republik
- *Demokraten*: Ihr Ziel war schon im Kaiserreich die Demokratisierung Deutschlands. Die Republik war die Chance, ihre politischen Wünsche zu realisieren.
- *„Vernunftrepublikaner"* (Friedrich Meinecke): Sie waren bisher loyal zur Monarchie und Gegner der Revolution. Nach deren Erfolg waren sie aber bereit, die Republik zu akzeptieren und mit aufzubauen. In der Krise distanzierten sie sich zunehmend von der Weimarer Demokratie.
- *Kommunisten und Linkssozialisten*: Sie wollten die Revolution von 1918/19 im Sinne der Russischen Revolution von 1917 fortsetzen und strebten ein Rätesystem nach sowjetischem Vorbild an.
- *Rechtskonservative Nationalisten, Nationalsozialisten*: Sie sahen in der Revolution die Zerstörung der alten Herrschaftsstrukturen. Ihr Ziel war die Überwindung des „Diktatfriedens" von Versailles und der aus der Kriegsniederlage entstandenen Demokratie. Teile strebten eine Restauration der Monarchie an, andere einen faschistischen Staat.

▶ M 2-M 4: Wahlplakate zur Reichstagswahl 1919

▶ M 5: Das Parteienspektrum der Weimarer Republik

▶ M 6: Reichstagswahlergebnisse 1919–1933

▶ M 7-M 9: Historiker und eine Juristin über die Parteien in der Weimarer Republik

Wahlplakate 1919–1933

xogumu

Parteien und Wählerschaft

Die Parteien der Weimarer Zeit vermittelten zwar zwischen Bürgerinnen und Bürgern und politischen Institutionen, andererseits wirkten sie über ihre Abgeordneten im Reichstag am politischen Entscheidungsprozess mit und mobilisierten die Wählerschaft in den Wahlkämpfen. Programmatisch verfolgten die Parteien jedoch unterschiedliche Ziele.

Die **SPD** blieb eine klassische Arbeiterpartei, die ihre Mitglieder und Wählerschaft vorwiegend aus den städtischen Industriegebieten rekrutierte und für eine parlamentarische **Republik** und soziale Demokratie eintrat. Dagegen verfolgten die Unabhängigen Sozialdemokraten **(USPD)** eine marxistisch-revolutionäre Politik. Ihr Ziel war eine radikale sozialistische Umgestaltung von Staat und Gesellschaft. Die am 1. Januar 1919 gegründete Kommunistische Partei (**KPD**) verstand sich ebenfalls als Arbeiterpartei, geriet aber immer stärker in Abhängigkeit von der Sowjetunion, deren kommunistisch-diktatorische Herrschaftsordnung und deren planwirtschaftliches Wirtschaftssystem sie in Deutschland durchsetzen wollte.

Die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (**DDP**) bekannte sich zur Weimarer Demokratie. Sie empfahl sich als Partner der SPD, gleichzeitig wollte sie aber liberales Korrektiv zur SPD sein und eine sozialistische Mehrheit verhindern.

Der von Gustav Stresemann gegründeten rechtsliberalen Deutschen Volkspartei (**DVP**) gehörten überwiegend Anhänger der alten Nationalliberalen Partei an. Trotz Vorbehalten akzeptierten sie den neuen demokratischen Staat und betrieben eine betont nationale Politik. Das **Zentrum** und seine bayerische Abspaltung, die Bayerische Volkspartei (**BVP**), repräsentierten die katholische Bevölkerung.

Auf der politischen Rechten entstand 1918 die Deutschnationale Volkspartei (**DNVP**). Dieser konservativen Partei schlossen sich auch Mitglieder antisemitischer und völkischer Vereinigungen sowie rechtsstehende Kreise aus dem Bürgertum an; sie vertrat die Interessen der Großagrarier und der Schwerindustrie. Zur extremen politischen Rechten gehörte die 1919 gegründete Deutsche Arbeiterpartei (**DAP**), die 1920 in Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (**NSDAP**) umbenannt wurde; sie bekämpfte die Weimarer Republik. Die Nationalsozialisten forderten die Aufhebung des **Vertrages von Versailles** und eine starke Zentralgewalt.

1 **Gruppenarbeit:** Analysieren Sie arbeitsteilig die Wahlplakate M 2–M 4 im Hinblick auf die Ziele der Parteien und die angesprochenen Wählergruppen.
Tipp: Nutzen Sie für die Analyse die Arbeitsschritte auf S. 110 („Ein politisches Plakat analysieren und interpretieren").
2 Überprüfen Sie Ihre Ergebnisse mithilfe von M 1, dem DT sowie der Informationen in den Randspalten zu den politischen Haltungen der Parteien.
3 Stellen Sie Wandel und Kontinuitäten in der politischen Ausrichtung der Parteien dar, deren Wurzeln in der Zeit des Kaiserreichs lagen (Schaubild M 5 auf S. 108, M 2–M 3 auf S. 69). ▶ Hilfe
4 Untersuchen Sie die Ergebnisse der Reichstagswahlen 1919–1928 (M 6) hinsichtlich der Entwicklung des Anteils der Parteien der staatstragenden „Weimarer Koalition" und des Anteils antidemokratischer Parteien. Halten Sie Ihr Ergebnis für Ihre Kurzpräsentation stichwortartig fest.
5 Erläutern Sie anhand Ihrer Ergebnisse unter Einbezug des DT sowie von M 1 die These von einer „Fragmentierung (Zersplitterung) der Parteienlandschaft" in der Weimarer Republik.
6 **Gruppenarbeit:** Arbeiten Sie arbeitsteilig aus M 7–M 9 heraus, wie die Krise des Parteiensystems dazu beitrug, dass demokratiefeindliche Parteien wie die NSDAP immer mehr Anhänger für sich gewinnen konnten.
7 **Zusatzaufgabe:** Siehe S. 300.

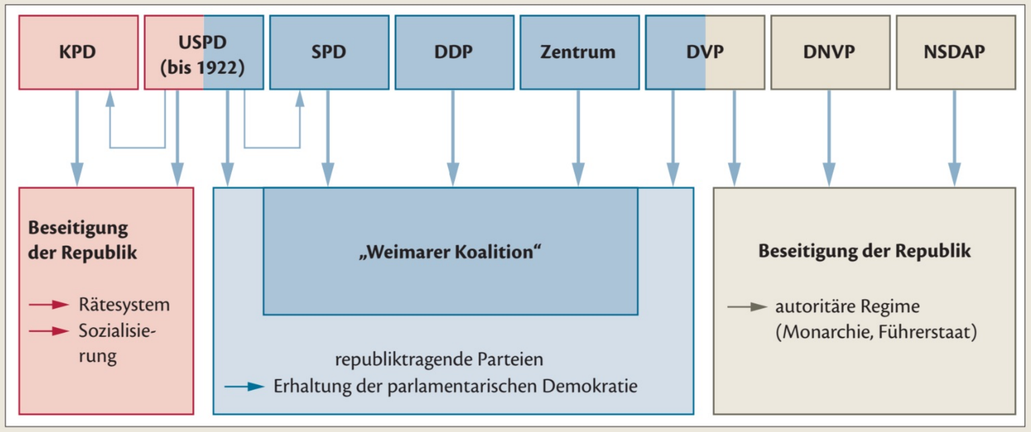
Wahlplakate

M 2 Aufruf zur Wahl der Nationalversammlung, überparteiliches Werbeplakat von César Klein, 1919

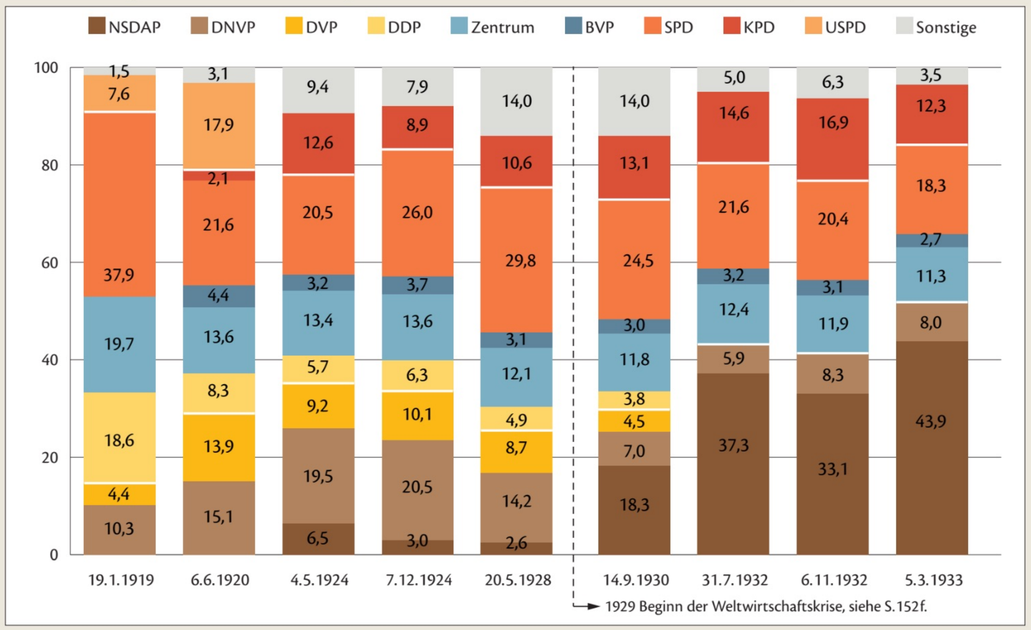
M 3 Plakat der Zentrumspartei, Reichstagswahl 1919

M 4 Plakat der Deutschen Volkspartei (DVP), Reichstagswahl 1919

M5 Das Parteienspektrum der Weimarer Republik



M6 Wahlergebnisse Weimarer Republik 1919–1933 (Stimmenanteile in Prozent)



Die Rolle der Parteien in der Weimarer Republik aus Sicht von Historikern und einer Juristin

M7 Der Historiker Hans-Ulrich Wehler über die Kooperation von Parteien in Weimar, 2003

Die Funktionstüchtigkeit der parlamentarischen Demokratie, zu der sich die Weimarer Republik bekannte, hing ganz und gar von der Leistungs- und Kooperationsfähigkeit der politischen Parteien ab. Das galt umso mehr, als die politische Kultur des Landes noch immer durch ein hohes Maß an überzogener Parteiskepsis und [...] an Neigung zu einem autoritären Stil gekennzeichnet war. Das hervorstechende Charakteristikum des Weimarer Parteiensystems ist nun fraglos seine tiefe Ambivalenz gewesen. Zum einen bestand das alte [...] Parteienspektrum [...] ungeachtet des Systemwechsels bis 1928 weiter fort. Die Parteien des Kaiserreichs führten entweder ihren alten Namen weiter, oder sie firmierten nach einer sprachkosmetischen Umtaufung unter einem neuen Etikett, von dem sie sich mehr zeitgemäße Werbekraft versprachen. Zum andern tauchten seit 1919/20 mit der KPD und der NSDAP eine links- und eine rechtstotalitäre Bewegung auf, die als radikale politische Innovationen das bisherige Parteiensystem sprengten. Nichts demonstriert den Legitimationsverfall der ersten Republik schlagender als die Tatsache, dass diese totalitären Flügelparteien ein Dutzend Jahre später im Reichstag zusammengenommenen mehrheitsfähig geworden waren!

*Hans-Ulrich Wehler, Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, C. H. Beck, München 2003, S. 353.**

M8 Der Historiker Andreas Wirsching zu Strukturfragen des Weimarer Parteienstaates, 2000

Die Gründungsgeschichte des Kaiserreiches hatte das deutsche Parteiensystem langfristig geprägt. Infolge des preußisch-protestantisch dominierten, kleindeutschen Gründungskonsenses von 1870/71 wurde der traditionelle Dualismus zwischen Liberalismus und Konservativismus durch einen neuen Gegensatz überlagert, nämlich zwischen Anhängern jenes Gründungskonsenses und denjenigen, die sich im neuen Deutschen Reich nicht zu Hause fühlten: Linksliberale, Zentrumspartei und Sozialdemokratie, die als „Weimarer Koalition“ zur Ausgestaltung der neuen Republik berufen waren, [waren bislang] Oppositionsparteien [...]. Darüber hinaus hatte die spezifisch deutsche Tradition des Konstitutionalismus die Parteien [...] geprägt. Die Vorstellung, der Staat, verkörpert im monarchischen Oberhaupt und in der „unpolitischen“ Beamtenschaft, stehe über den Parteien und repräsentiere [...] allein das Allgemeininteresse, zog sich noch wie ein roter Faden durch die Verfassungsberatungen der Nationalversammlung und wirkte in der Weimarer Republik fort. Dies hatte zwei Konsequenzen: Zum einen waren die Parteien nicht an die Regierungsaufgabe gewöhnt, einen parlamentarisch fundierten interessenpolitischen Ausgleich zu schaffen und politisch zu gestalten; zum anderen blieb ein nicht unerheblicher Teil der Weimarer Politiker auf den Dualismus zwischen Regierung (Exekutive) und Parlament (Legislative) fixiert und begriff beide eben nicht im parlamentarischen Sinne als Gegenspieler.

Die hieraus resultierende Distanz [...] verband sich mit der Tendenz zur weltanschaulichen oder sozial gebundenen Prinzipientreue. [...] Die Tatsache, dass die vier Hauptströmungen der deutschen Parteiengeschichte in der Weimarer Republik alle gespalten blieben, bewirkte eine zusätzliche [...] schädliche Konkurrenz: Während die eine Richtung einer politischen Strömung bereit war, pragmatische Politik zu betreiben und Kompromisse einzugehen, suchte die andere, sich häufig durch Prinzipientreue [...] zu profilieren. Die Scheu [vor politischer] Verantwortung [...] und die koalitionspolitische Unbeweglichkeit der Weimarer Parteien hingen freilich auch mit ihrer engen sozialen [...] Gebundenheit zusammen. [...]

Allerdings konnte der Aufstieg des Nationalsozialismus nur in Verbindung mit der Krise des Parteiensystems und dem Niedergang der liberalen und konservativen Parteien erfolgen. Dass die Weimarer Republik einer geschlossenen Partei des liberalen und demokratischen Bürgertums [mit dem politischen] Gewicht [...] der SPD oder [des Zentrums] entbehrte, [...] bildete das größte Hindernis für eine Konsolidierung des deutschen Parteiensystems.

*Andreas Wirsching, Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft, Oldenbourg Verlag, München 2000, S. 15 ff.**

M9 Die Juristin Gertrude Lübbe-Wolff 2019 über die Rolle der Parteien und den Einfluss von Interessengruppen

Die politischen Parteien sind in der Weimarer Verfassung nur in einer Bestimmung erwähnt, die die Beamten verpflichtet, „Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei“ zu sein (Art. 130 WRV). Eine positive Funktionsbestimmung, wie sie später in das Grundgesetz aufgenommen wurde, findet sich nicht. [...] Dass die Weimarer Verfassung ein Verbot verfassungsfeindlicher Parteien nicht vorsah, bedeutete nicht, dass ein solches Verbot nicht möglich gewesen wäre. [...] Eine Rolle spielte auch die mangelnde Gewöhnung, auf Seiten der Parteien und erst recht auf Seiten des Publikums, an die Kompromissorientierung, die sich aus der erfolgten Parlamentarisierung [...], aus der Notwendigkeit ergeben musste, parteiübergreifende Bündnisse zur kontinuierlichen Stützung einer gemeinsamen Regierung zu bilden. [...]

Der Einfluss von Interessengruppen [...] spielte eine große Rolle [für] die Finanzierung von Parteien, einzelnen Abgeordneten und sonstigen Politikern. [...] Max Weber[1] hatte es als eine „Hauptaufgabe der Demokratie“ bezeichnet, den „verderblichen politischen Einfluss“ zu brechen, den die „Herren der Schwerindustrie“ auf das alte Regime gehabt hätten. Daraus ist nichts geworden.

*Gertrude Lübbe-Wolff, Das Demokratiekonzept der Weimarer Verfassung, in: Horst Dreier u. a. (Hg.), Das Wagnis der Demokratie. Eine Anatomie der Weimarer Reichsverfassung, diess., S. 126–130.**

1 *Max Weber (1864–1920):* Weltweit beachteter deutscher Soziologe, Ökonom und Jurist. In seinen fächerübergreifenden Forschungen legte er die Grundlagen für die Soziologie als moderne Wissenschaft.

Ein politisches Plakat analysieren und interpretieren

M 1 **Bretterzaun mit SPD-Wahlplakaten zur Wahl der Nationalversammlung, Berlin, Fotografie, Januar 1919**

Stereotype
eingebürgerte Vorurteile mit feststehenden Vorstellungen über eine Sache, eine Person oder eine Gruppe

Inhaltliche Zuspitzung ist Mittel der politischen Kommunikation. **„Plakative" Botschaften beeinflussen Meinungen**, provozieren Widerspruch, erhalten Zustimmung, verzerren Fakten, bewirken Handlungen, geben Auskunft über die Absichten und Positionen des Auftraggebers. In Deutschland hat diese politische Streitkultur ihre Wurzeln auch in der Weimarer Republik. Mit der Aufhebung der Zensur und der festen Verankerung der Meinungs- und Pressefreiheit entwickelte sich ein Freiraum, der das politische Plakat zum **Massenmedium** werden ließ. Ohne Internet, ohne Fernsehen und zunächst auch noch ohne Radio war das Plakat das schlagkräftigste Mittel der politischen Werbung. Letztlich stützt sich die Politik bis heute auf die Kraft dieses Mediums, auch wenn sich die Formen verändert haben. Vor diesem Hintergrund ist es also wichtig, politische Plakate richtig zu verstehen und einzuordnen.

Politische Plakate präsentierten ihre Botschaften wie heute auch im öffentlichen Raum an Wänden, auf Werbeflächen, an Litfaßsäulen. Und sie wurden oft flüchtig, nur mit einem „Augen-Blick" wahrgenommen. Grafik und Botschaft mussten unmittelbar erkennbar sein. Häufig wiederholen sich daher bestimmte Motive, mit denen die Menschen vertraut waren (**Stereotype***, Symbole). Außerdem wollte jedes Plakat aus der Masse hervorstechen. Daher zeigen sich kraftvolle Darstellungen, grelle Farben und dicke Schlagzeilen. Der kleinformatige Druck im Buch vermag kaum den Eindruck zu vermitteln, den die Großformate in Wirklichkeit auf die Menschen machten. Aufgrund der großen Verbreitung und der wachsenden Bedeutung sind Plakate sehr **wichtige Quellen zur politischen Kultur** der Weimarer Republik. In ihnen werden nicht nur Themen, sondern auch die Mittel der Auseinandersetzung deutlich. Diese sind auch für unsere Gegenwart von Bedeutung, denn damals entstanden Ausdrucksformen, die sich auch in der heutigen Streitkultur finden.

Arbeitsschritte zur Analyse

1. Erster Eindruck
- Welches Bildelement fällt als Erstes auf?
- Welche Fragen wirft das Plakat auf?

2. Formale Merkmale
- Was ist das Thema des Plakats?
- Von wem stammt das Plakat: Wer hat es gestaltet? Wer verantwortet es politisch?
- Wann ist das Plakat erschienen?
- Falls erkennbar: Wo wurde es veröffentlicht?
- Aus welchem Anlass wurde das Plakat veröffentlicht?
- Welches öffentliche Thema oder Problem greift das Plakat auf?

3. Analyse der einzelnen Elemente
- Welche Personen, Figuren, Gegenstände, Orte und Situationen sind erkennbar?
- Wie werden diese Elemente dargestellt: Haltung, Position, Gesten, Gesichtsausdruck, Blickrichtung, Kleidung, Anordnung, Karikatur/Verzerrung?
- Welche Bedeutung haben Symbole und Handlungen? Sind Feindbilder erkennbar?
- Welche Textelemente enthält das Plakat? Wie sind diese gestaltet: Überschrift, Unterschrift, Sprechblase, Beschriftung, Aufzählung?
- In welchem Verhältnis zueinander stehen Bildelemente, Text und Farbgebung: Größe, Proportionen, Perspektive, Dynamik?
- Welche Elemente sind besonders betont: Signalfarben, Symbole, Kontraste, Licht?

4. Interpretation/ Gesamtaussage
- Welche Aussage macht das Plakat zum Thema oder Problem?
- Welche Wirkungsabsicht verfolgt die Darstellung?
- Mit welchen Mitteln wird sie verfolgt: aggressiv, sachlich, schlicht, als Appell?
- An wen richtet sich das Plakat?
- Wie ist die Aussage zu beurteilen?

Übungsbeispiel

M 2 **Wahlplakat der DDP zur Wahl der Nationalversammlung, 1919**

1 Analysieren Sie das Wahlplakat M 2 mithilfe der Arbeitsschritte.
▶ *Lösungshinweise finden Sie auf S. 305.*

Formulierungshilfen
- Zunächst wird der Blick des Betrachtenden auf … gelenkt.
- … macht einen … Eindruck.
- Es stellt sich die Frage, …
- Auf dem Plakat ist … zu sehen.
- Das Plakat mit dem Titel … wurde von … gestaltet und im Jahr … veröffentlicht.
- Das Plakat erschien im Zusammenhang mit …
- Das Plakat stellt heraus, …
- Das Plakat zeigt …
- … steht symbolisch für …
- In … wird deutlich gemacht, dass …
- Die Beschriftungen … verweisen auf …
- Im Zusammenhang mit … wirkt … besonders …
- Besonders groß/deutlich/auffallend ist …
- Die Partei … setzt sich also ein für …
- Das Plakat will zeigen …
- Das Plakat bedient sich in der Ansprache des Betrachtenden vorwiegend … Mittel.
- Das Plakat wirkt insgesamt …
- Das Plakat wendet sich vor allem an Menschen aus … / die Gruppe der …
- Anlass der Veröffentlichung dieses Plakats war … Das ist an … erkennbar.
- Insgesamt steht dieses Plakat für …
- Das Plakat ist typisch für … / Das Plakat erscheint ungewöhnlich, weil …

2.7 Die junge Weimarer Republik wird bedroht

Kernbestimmungen des Vertrages von Versailles
Etwa 13 Prozent des Staatsgebietes mussten abgetreten werden (siehe S. 66, M 5). Damit verlor Deutschland über 6 Millionen Menschen, landwirtschaftliche Gebiete sowie Bereiche der Montanindustrie. Dies bedeutete eine erhebliche Schwächung der Wirtschaft. Militärisch wurde vieles beschränkt: So sollte nur mehr ein Freiwilligenheer von 100 000 Mann möglich sein, viele Waffengattungen wurden verboten, die Wehrpflicht aufgehoben.

▶ M 5: Karikatur zum Vertrag von Versailles aus deutscher Sicht

▶ M 6: Interview mit der britischen Historikerin Margret MacMillan

Artikel 231 des Versailler Vertrages
„Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben."

Wodurch wurde die Weimarer Republik gefährdet?

L Vorschlag für eine Lernaufgabe:
Erstellen Sie ein Schaubild zu den Belastungsfaktoren, denen die Weimarer Republik ausgesetzt war, und beurteilen Sie die daraus entstandene Prägung für die junge Republik. Die Arbeitsaufträge auf S. 115 unterstützen Sie dabei.

Belastungen durch den Vertrag von Versailles und politische Gewalt

Ab dem 18. Januar 1919 berieten die Siegermächte des Ersten Weltkrieges in verschiedenen Pariser Vororten über eine neue Friedensordnung für Europa. Der Friedensvertrag für Deutschland wurde im Schloss Versailles ohne Teilnahme von Vertretern der besiegten Mittelmächte verhandelt. Deutschlands Hoffnung auf einen milden Frieden ohne hohe Entschädigungszahlungen und ohne größere Gebietsabtretungen erfüllten sich nicht. Unter dem Druck eines alliierten Ultimatums unterzeichnete die Regierung der „Weimarer Koalition" (siehe S. 100) Ende Juni 1919 den **Vertrag von Versailles**. Damit übernahm die in der Weimarer Demokratie verantwortliche Regierung die **politische Verantwortung** für die militärische und politische Führung des Ersten Weltkrieges. Von vielen Deutschen wurde der Vertrag als „**Schanddiktat**" empfunden, er stieß auf ebenso breite wie empörte Ablehnung in Deutschland. Die Regierungsmitglieder wurden von Nationalisten als „Erfüllungspolitiker" beschimpft, die sich kampflos den Siegermächten gebeugt hätten. Der Vertrag selbst schuf im **Kriegsschuld-Artikel 231*** die rechtliche Grundlage für die Entschädigungszahlungen. Darin sprachen die Alliierten Deutschland und seinen Verbündeten als alleinigen Urhebern für alle Kriegsschäden und Kriegsverluste die Verantwortung zu. Die Höhe dieser Reparationsleistungen wurde allerdings nicht gleich beziffert. Der verantwortliche Anteil Deutschlands am Kriegsausbruch wurde damit zwar vertraglich sanktioniert, eine politische wie öffentliche Auseinandersetzung mit der Frage nach der Verantwortung erfolgte in Deutschland jedoch nicht. Daher lehnten weite Teile der Bevölkerung den Versailler Vertrag insbesondere wegen der alleinigen Schuldzuweisung ab (M 1).

In der Folge fand die **„Dolchstoßlegende"** noch mehr Zustimmung: Durch Friedensinitiativen, Streiks und politische Unruhen sei die Heimat dem „im Felde unbesiegten Heer" durch die Novemberrevolution 1918 in den Rücken gefallen und habe es „von hinten erdolcht", wie Feldmarschall von Hindenburg vor dem Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung am 18. November 1919 behauptete.

Die Ablehnung des Vertrages von Versailles und die „Dolchstoßlegende" sollten die Weimarer Demokratie bis zu ihrem Ende begleiten. Sie dienten den Republikgegnern zur gezielten Emotionalisierung der Bevölkerung und waren ein wesentlicher Faktor für die innenpolitische Destabilisierung, obwohl die Politikerinnen und Politiker der Weimarer Republik im Laufe der Jahre z. B. Verbesserungen hinsichtlich der Reparationszahlungen erreichen konnten.

Ein weiterer Belastungsfaktor für den jungen Staat war die **politische Gewalt**, die insbesondere von den Freikorps ausging: Das Kriegsende und die Reduzierung der Truppenstärke infolge des Versailler Vertrags bedeutete die Entlassung zahlreicher Soldaten aus dem Heer, die sich teilweise nur schwer in die Friedensgesellschaft integrierten. Tausende von ihnen vereinten sich in **Freikorps** und bekämpften die demokratische Ordnung. Wiederholt fielen demokratische Politiker ihren Gewalttaten zum Opfer. 1921 wurde der ehemalige Finanzminister Matthias Erzberger, der den Waffenstillstandsvertrag unterzeichnet hatte, und 1922 Reichsaußenminister Walther Rathenau von Rechtsextremisten mit antisemitischer Gesinnung ermordet.

M 1 Demonstration gegen den Vertrag von Versailles, Fotografie, 1919

Haltung der Bevölkerung zur Demokratie

Die freiheitliche Weimarer Reichsverfassung garantierte noch keine breite Zustimmung zur Demokratie. Viele Bürgerinnen und Bürger unterstützten die junge Republik nicht ausreichend. Hatte die soziale Ordnung des Kaiserreichs ein Gefühl der Orientierung und Sicherheit vermittelt, so fürchteten große Teile der Bevölkerung nun infolge der gesellschaftlichen Veränderungen, z. B. durch den Bedeutungszuwachs der Arbeiterschaft, eine Verschlechterung ihres Status infolge des Aufstiegs anderer sozialer Schichten und neuer Lebensformen. Insbesondere im Bürgertum entwickelten sich daher antirepublikanische Vorbehalte. Häufig vermischten sich dabei antimoderne und antiliberale Einstellungen mit antisemitischen Vorurteilen. So fanden völkische Verbände mit ihrer extrem nationalistischen Politik Zustimmung bis in die Mitte der Gesellschaft. Die Entwicklung rechtsextremer Parteien innerhalb des Parteienspektrums bildet diese Situation ab.

▶ M 7: Karikatur „Sie tragen die Buchstaben der Firma ..." aus dem „Simplicissimus", 1927

Kontinuität der alten Eliten

Als Ergebnis der Revolution 1918/19 war ein Staat entstanden, in dem die alten Eliten des Kaiserreichs, u. a. die Beamtenschaft und der Adel, politisch wirksame Kräfte geblieben waren. Der Machterhalt dieser alten Eliten aus dem Kaiserreich stellte von 1918 bis 1933 ein weiteres Dauerproblem der Weimarer Republik dar.

Die **Reichswehr** respektierte die republikanische Ordnung, aber sie unterstand nicht der Kontrolle des Parlaments. Sie schützte die junge Demokratie, indem sie z. B. im Jahr 1920 linksgerichtete Aufstände in Sachsen und im Ruhrgebiet brutal niederschlug. Gegen die Bedrohung durch rechte Kräfte unternahm die Reichswehr hingegen kaum etwas. Ihrem Selbstverständnis nach stand sie außerhalb der Verfassung und sah sich in der Verantwortung für die „Nation". Das Militär konnte so Züge des aggressiven Reichsnationalismus weitertragen und entwickelte sich zu einem „Staat im Staate".

Die meisten Richter des Kaiserreichs versahen weiterhin ihren Dienst in der **Justiz** und missachteten häufig in ihren Urteilen den Gleichheitsgrundsatz. Straftäter aus dem rechten politischen Spektrum konnten mit milden Strafen für ihre „nationalen Taten" rechnen, linke Straftaten wurden dagegen mit hohen Strafen verurteilt. Gerichte respektierten damit die republikanische Ordnung nur der Form nach, in vielen Verfahren und Urteilen wurde ihre sprichwörtliche „Rechtsblindheit" nachweisbar (M 2).

Auch die **Beamtenschaft** blieb konservativ-monarchisch, insbesondere die höheren Beamten sahen sich als „Staatsdiener" im Sinne ihres oft noch im Kaiserreich abgelegten Amtseids. Ihre tatsächliche Akzeptanz der parlamentarischen Demokratie blieb daher gering. An den Universitäten waren ebenso wie in der Großindustrie weiterhin antidemokratische Vorbehalte prägend.

In vielen führenden Schichten der Gesellschaft überwog also die Distanz zur neuen politischen Ordnung. Die Vorrangstellung des **Adels** wurde durch das Ende der Monarchie und die Republikgründung sowie den Zerfall der Fürstenherrschaft in allen deutschen Ländern infrage gestellt, sie ging mit einer Begrenzung oder Abschaffung der Privilegien einher. Dies empfand der Adel als unrechtmäßig und ungerecht, entsprechend stemmte er sich gegen die demokratischen Veränderungen. Dennoch blieb er in Verwaltung, Diplomatie und Militär sehr einflussreich. Der Landadel, insbesondere ostpreußische Gutsbesitzer, bekämpfte die Demokratie mitunter am heftigsten.

M 2 „Der Amnestie-Automat", Karikatur in der Satirezeitschrift „Ulk", 1925.
Die Bildunterschrift lautet: „Gebrauchsanweisung: Man decke abwechselnd die beiden Gesichtshälften ab. Nach rechts nickt er – nach links pickt er!"

▶ M 8: Reichstagsabgeordneter Stücklen über die Reichswehr

▶ M 9–M 10: Der Umgang der Justiz mit politischen Straftaten

M 3 Deutsches Plakat von 1923, Zeichnung von Theo Matejko

▶ M 11: Leserbrief über Auswirkungen der Inflation

▶ M 12: Wahlplakat der DDP zur Inflationsbekämpfung, 1924

M 4 Adolf Hitler und Erich Ludendorff, angeklagt nach dem gescheiterten Putschversuch, Fotografie (Ausschnitt), 1924

▶ M 13–M 16: Hitlerputsch

Das Krisenjahr 1923

Die Herausforderungen der Anfangszeit gipfelten im Krisenjahr 1923. Innerhalb weniger Monate trafen mindestens drei Entwicklungen zusammen, die jede für sich das Potenzial hatte, den jungen Staat in seiner Existenz zu bedrohen. Daher gilt 1923 als das Jahr der Bewährung für die Weimarer Republik.

Krisenherd 1: Ruhrbesetzung und Ruhrkampf

In der Weimarer Republik gab es seit ihrer Ausrufung große wirtschaftliche Probleme und soziale Nöte. Die **Reparationszahlungen** infolge des Ersten Weltkrieges verschärften diese Entwicklung zusätzlich. Als Deutschland 1923 mit Zahlungen an die Alliierten in Rückstand geriet, besetzten französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet als „produktives Pfand" (M 3). Die Reichsregierung und die Gewerkschaften riefen daraufhin die Bevölkerung zum **passiven Widerstand** und zum **Generalstreik** auf. Durch massenhafte Arbeitsverweigerung wurden Industrie, Verwaltung und Verkehr teilweise lahmgelegt. Die Millionenbevölkerung des Ruhrgebiets musste jedoch vom deutschen Staat weiterhin durch Fortzahlung der Löhne versorgt werden – eine enorme Belastung für den Staatshaushalt. Gleichzeitig fielen dem Staat alle Einnahmen aus seinem wirtschaftlich bedeutsamsten Zentrum weg. Im Verlauf des Jahres war absehbar, dass dieser finanzielle Kraftakt nicht lange zu stemmen war.

Krisenherd 2: Hyperinflation

Bereits nach dem Ende des Ersten Weltkrieges gab es in Deutschland aufgrund von Kriegskrediten und -anleihen eine zunächst langsame und dann immer raschere **Geldentwertung**. Die staatliche Finanzierung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet verschärfte diese Entwicklung drastisch. Ursache war die Finanzierung der zusätzlichen Ausgaben durch den Druck von immer mehr Geldscheinen: Kostete ein Laib Roggenbrot im Dezember 1919 noch 0,80 Mark, steigerte sich der Preis im April 1923 auf 474 Mark und im Dezember 1923 auf 399 000 000 000 Mark. Bei solch einer rapiden und unkontrollierbaren Geldentwertung spricht man von einer **Hyperinflation**.
Große Teile der Bevölkerung und vor allem der Mittelstand verloren durch die Hyperinflation ihr gesamtes Sparvermögen. Im Gegensatz dazu schrumpften Schulden auf kleine Beträge zusammen. Das Währungsversagen brachte Wirtschaft, Staat und Gesellschaft an den Rand des Zusammenbruchs. Diese soziale und ökonomische Verunsicherung sowie Perspektivlosigkeit bildeten eine weitere **Grundlage für** eine **politische Radikalisierung**.

Krisenherd 3: Putschversuche

Bereits 1920 versuchten rechtsgesinnte Freikorpseinheiten im sogenannten **Kapp-Lüttwitz-Putsch** die von ihnen ungeliebte Republik zu beseitigen. Die Verschwörer scheiterten letztlich am Widerstand der Ministerialbürokratie sowie der Arbeiterschaft, die im ganzen Reich in einen Generalstreik trat. In **Bayern** hatte sich infolge des Putsches jedoch eine rechtsgerichtete Landesregierung gebildet, die kaum gegen republikfeindliche und antisemitische Bestrebungen vorging. In diesem Umfeld riefen der führende Nationalsozialist **Adolf Hitler** und der Weltkriegsgeneral **Erich Ludendorff** am 8. November 1923 im Bürgerbräukeller in München die „nationale Revolution" aus. Sie erklärten die bayerische und die Reichsregierung für abgesetzt und riefen eine Gegenregierung mit Adolf Hitler als neuem Reichskanzler aus. Am nächsten Tag wurden Ludendorff und Hitler mit ihren Anhängern in München durch eine Einheit der Landespolizei aufgehalten. Der Putsch brach daraufhin zusammen und Adolf Hitler wurde zu fünf Jahren Festungshaft in Landsberg am Lech verurteilt, doch bereits nach neun Monaten entlassen (M 4).

Neben diesen beiden Putschversuchen von rechts gab es auch einige von links. In **Hamburg, Sachsen und Thüringen** wurde von kommunistischen Aufständischen versucht, einen revolutionären **Umsturz** nach sowjetischem Vorbild einzuleiten. Die Aufstände wurden durch die Reichsregierung mithilfe der Reichswehr niedergeschlagen.

Die relative Stabilisierung in Politik und Wirtschaft

Viele Historiker bezeichnen die Zeit von 1924 bis 1929 als „Phase der relativen Stabilisierung" in der Geschichte der ersten deutschen Demokratie. Dennoch gab es auch während dieser Zeit kleinere oder größere Krisen. Aber verglichen mit den vorangegangenen und nachfolgenden Krisenzeiten waren diese Jahre tatsächlich „Weimars beste Jahre" (Wolfram Pyta).
Sowohl mit Blick auf die Gefahren eines Putsches wie auch auf die Probleme der Hyperinflation reagierte die Regierung mit Maßnahmen, die die Situation stabilisierten. Der Ruhrkampf wurde abgebrochen und eine Währungsreform beendete die Inflation. Der demokratische Staat hatte bewiesen, auch in Krisenzeiten handlungsfähig zu sein. Deutschland entwickelte sich als **Industriestaat** weiter und erreichte in den Jahren 1927 bis 1929 wirtschaftlich das Vorkriegsniveau. Ein Schwerpunkt staatlicher Investitionen lag auf dem Feld der **Sozialpolitik** (siehe S. 120 ff.). Mit der wirtschaftlichen Erholung und infolge dieser Stabilisierung ging auch eine politische Beruhigung einher. Der Börsenkrach in New York 1929 und der Beginn der Weltwirtschaftskrise setzten dieser Entwicklung ein Ende.

▶ M 17: Der Historiker Ulrich Herbert über die Jahre 1924–1929

Tipp: Nutzen Sie für die Erstellung des Schaubildes digitale Möglichkeiten.

1 Beschreiben Sie mithilfe von M 1 und M 5 sowie des DT und des Interviews mit der Historikerin Margret MacMillan (M 6) die Wahrnehmung des Vertrages von Versailles im öffentlichen Bewusstsein (GB).
2 **Diskussion:** Diskutieren Sie, inwieweit die Vertragsbestimmungen geeignet waren, die Weimarer Demokratie zu destabilisieren. Tragen Sie erste Ergebnisse in Ihr Schaubild ein.
3 Charakterisieren Sie die Haltung der alten Eliten zur Weimarer Demokratie. Beziehen Sie in Ihre Ausführungen M 2, M 8–M 10 sowie den DT ein.
4 Nehmen Sie Stellung zu der These, dass die Weimarer Republik eine „Republik ohne Republikaner" war (M 7, DT). Berücksichtigen Sie dabei auch die Sicht des Historikers Ulrich Herbert (M 17) sowie Ihre Kenntnisse über die Parteien der Weimarer Republik (siehe S. 105 ff.). Fügen Sie weitere Stichwörter in Ihr Schaubild ein.
5 **Wahlaufgabe/Gruppenarbeit:** Wählen Sie eines der beiden folgenden Themen zum Krisenjahr der Weimarer Republik 1923 (GD) zur Bearbeitung aus.
a) Stellen Sie Ursachen und Wirkungen der Ruhrbesetzung dar (M 3 und DT).
b) Zeigen Sie anhand des DT und M 11–M 12 die Auswirkungen der Inflation in Deutschland auf. Tauschen Sie anschließend Ihre Ergebnisse aus.
Tipp: Nutzen Sie für die Analyse von M 12 die Arbeitsschritte auf S. 110.
6 **a)** Beschreiben und beurteilen Sie Hitlers Agieren im Zusammenhang mit dem Putschversuch 1923 (M 4, M 13–M 14 und DT).
b) Vergleichen Sie die Bewertungen des Putschversuchs in M 15 und M 16.
7 Beurteilen Sie anhand Ihrer Arbeitsergebnisse, wie die Weimarer Republik durch die Herausforderungen ihrer Anfangszeit und den Umgang der Regierung mit ihnen geprägt wurde.

▶ Übung

Belastungen durch den Vertrag von Versailles

M 5 „Der Friedenskuss", Karikatur von Thomas Theodor Heine aus der Zeitschrift „Simplicissimus", 8. Juli 1919

M 6 Interview mit der britischen Historikerin Margaret MacMillan, 2015

ZEIT: „Die Friedensmacher" heißt Ihre große Darstellung der Pariser Verhandlungen […]. Wurde denn wirklich Frieden gemacht oder nur neuem Unfrieden der Boden bereitet?

MacMillan: […] Dass sich die Deutschen so sehr über den Vertrag empörten, lag vor allem daran, dass sie sich ihre Niederlage im Ersten Weltkrieg nicht eingestehen wollten. Stattdessen setzte sich der Glaube durch, man sei „im Felde unbesiegt" geblieben und habe nur aufgrund des Verrats durch „innere Feinde" den Krieg verloren. Ich bin überzeugt: Die Deutschen hätten 1919 jeden Vertrag ungerecht gefunden, der sie zur Rechenschaft gezo-gen hätte. […]

ZEIT: Als die Deutschen nach Versailles kamen und den Friedensvertrag lasen, waren sie entsetzt. Hatten sie sich Illusionen hingegeben, oder wurden sie durch den Vertrag übermäßig gestraft?

MacMillan: Die Deutschen lebten seit dem Kriegsende in einer Traumwelt. Sie hatten einen Waffenstillstand unterzeichnet, der einer Kapitulation gleichkam, aber sie hofften, es möge doch alles anders kommen. Woodrow Wilson hatte ihnen dazu Anlass gegeben, als er ihnen, ohne Absprache mit den europäischen Siegermächten, einen Frieden ohne schwere Sanktionen in Aussicht stellte – auf der Grundlage seines berühmten 14-Punkte-Programms. Die Deutschen rechneten daher mit einem milden Angebot und glaubten, dass Wilsons „Selbstbestimmungsrecht der Völker" auch zu ihren Gunsten ausgelegt würde. […]

Die Deutschen fühlten sich geknechtet […]. Tatsächlich aber wurden viele Bestimmungen gar nicht durchgesetzt, nach und nach abgemildert oder umgangen – insbesondere die militärischen. Es gab die Tendenz, den Vertrag für alles verantwortlich zu machen, was schieflief, insbesondere die Rechten instrumentalisierten ihn. Anders agierte der Kanzler und spätere Außenminister Gustav Stresemann. Er sagte: Wir erfüllen die Bedingungen und versuchen dann, sie zu lindern – womit er recht erfolgreich war.

*Christian Staas im Interview mit Margaret MacMillan: „Den Versailler Vertrag trifft keine Schuld", DIE ZEIT 46/2015 (Auszug).**

Haltung der Bevölkerung zur Demokratie

M 7 „Sie tragen die Buchstaben der Firma – aber wer trägt den Geist?", Karikatur von Thomas Th. Heine aus der Satirezeitschrift „Simplicissimus", 1927

Kontinuität der alten Eliten

M 8 Der Reichstagsabgeordnete Daniel Stücklen (SPD) am 26. Mai 1925 über die Reichswehr

Wir haben heute ein Heer der Republik, das, wie ich feststellen will, diesem Staate dient, dessen Leitung erklärt, wir stehen auf dem Boden der Verfassung; aber das schließt natürlich nicht aus, dass wir, wenn die Verfassung geändert, ein anderes Staatswesen aufgezogen wird, dann auch dem neuen Staatswesen dienen. Es sind aber recht deutliche Anzeichen dafür vorhanden, dass die Entwicklung der Reichswehr dahin geht, eine Art Staat im Staate zu werden. Das war […] eine gewisse Abgeschlossenheit, ein Korpsgeist, der zur Abgeschlossenheit führen musste und letzten Endes bewirkte, dass die alte Armee wirklich ein Staat im Staate war, mit einem eigenen Ehrbegriff, ihrem eigenen Strafkodex, mit einem Wort: eine Menge Einrichtungen, die von den Einrichtungen der zivilen Bevölkerung losgelöst waren. Im Hauptausschuss wurde darauf hingewiesen, dass die Anzeichen für eine solche Entwicklung abermals vorhanden seien. Die Gefahr ist umso größer, als früher der Soldat nur zwei Jahre diente und nach zwei Jahren in die Massen des Volkes zurücktrat. […] Heute dient der Reichswehrsoldat zwölf Jahre. Zwölf Jahre verlebt er in einer ganz anderen Umwelt. Er ist ganz anderen Einflüssen und Eindrücken preisgegeben; das führt letzten Endes dazu, dass eine gewisse Entfremdung nicht vermieden werden kann.

*Zit. nach: Wolfgang Michalka/Gottfried Niedhart (Hg.), Die ungeliebte Republik. Dokumentation zur Innen- und Außenpolitik Weimars 1918–1933, 3. Aufl., dtv, München 1984, S. 220.**

M 9 Wilhelm Hoegner (SPD) über die Justizbürokratie, 1934

Wilhelm Hoegner (1887–1980) war 1924–1930 Mitglied des bayerischen Landtages (SPD), 1930–1933 des Reichstages, 1945/46 und 1954–1957 bayerischer Ministerpräsident.

Die hohe Staatsbürokratie, insbesondere auch die Justizbürokratie […], war im Grunde ein Fremdkörper im demokratischen Staat. Ihre Vertreter hingen zum größten Teil den Idealen an, die mit dem Zusammenbruch der kaiserlichen Macht […] außer Geltung gekommen schienen: wirtschaftliche und politische Vorherrschaft der besitzenden Klassen, Obrigkeitsstaat und militärischer Machtstaat […].

Ein großer Teil der höheren Justizbeamten hatte dem Offizierskorps angehört. In ihnen wirkte die Erinnerung nach, dass die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie oder die Billigung ihrer Forderungen ehemals den Ausschluss aus dem Offizierskorps und den Standesvereinen nach sich gezogen hatte […]. Der Nachwuchs, der von den Universitäten kam, gehörte überwiegend der völkischen Richtung an.

*Wilhelm Hoegner, Der politische Radikalismus in Deutschland 1919–1933 (= Geschichte und Staat, Band 118/119), Olzog Verlag, München/Wien 1966, S. 114–116. **

M 10 Sühne der politischen Morde in Deutschland 1921.

1922 publizierte Emil Gumbel (1861–1966), deutsch-amerikanischer Mathematiker und Publizist, folgende Zahlen in seinem Buch „Vier Jahre politischer Mord", die das Reichsjustizministerium bestätigte.

	Politische Morde von		Gesamtzahl
	Linksstehenden	Rechtsstehenden	
Morde insgesamt	22	354	376
– ungesühnt	4	326	330
– teilweise gesühnt	1	27	28
– gesühnt	17	1	18
Zahl der Verurteilungen	38	24	
Geständige Täter freigesprochen	–	23	
Geständige Täter befördert	–	3	
Dauer der Einsperrung je Mord	15 Jahre	4 Monate	
Zahl der Hinrichtungen	10	–	
Geldstrafe je Mord	–	2 Papiermark	

Zusammengestellt nach: Die Zerstörung der deutschen Politik. Dokumente 1871–1933, neu hg. und kommentiert von Harry Pross, Fischer, Frankfurt/M. 1983, S. 145.

Krisenjahr 1923

M 11 Leserbrief in der „Braunschweigischen Landeszeitung", 1923

Schon zwischen 8 und 9 sieht man, wie das Licht eins nach dem anderen in den Häusern erlischt. Die Treppenhäuser der großen Mietskasernen und die besseren Wohnhäuser sind unbeleuchtet und in den vielen Straßen kommt man schon in den frühen Abendstunden vor verschlossene Haustüren, weil man sein Eigentum gegen Diebstahl auf jede mögliche Art und Weise schützen muss. Die Millionenrechnungen für Gas und elektrisches Licht, auch für Heizung, zwingen zu den äußersten Einschränkungen; Gesundheit und Bequemlichkeit werden hintangestellt, um nur die allernotwendigsten Lebensbedürfnisse noch bestreiten zu können, Not und Elend überall. […] In den

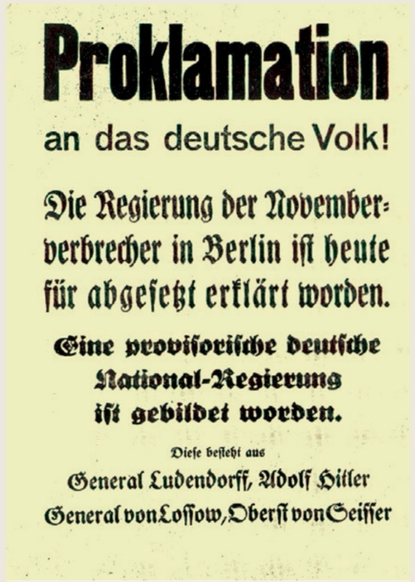
letzten Wochen sind schon wieder Selbstmorde vorgekommen, die ihre Ursachen in Hunger, Kummer, Not, Elend, Unzufriedenheit und Verzweiflung haben! Wann kommt der Retter? Reden haben bisher nicht geholfen und helfen auch jetzt nicht mehr. Das Volk, der Mittelstand, will endlich Taten sehen!

*Zit. nach: Reinhard Bein, Die Hyperinflation – eine traumatische Erfahrung, in: Praxis Geschichte Nr. 2/1992, S. 24 f.**

M 12 Plakat der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), 1924.

Der am Ärmel platzierte Geldschein trägt die Aufschrift „Eine Rentenmark". Die Rentenmark wurde 1923 zur Überwindung der Inflation eingeführt und wurde durch Hypotheken auf Grundbesitz finanziert.

M 13 Proklamation der Putschisten vom 8./9. November 1923 in München


Proklamation

an das deutsche Volk!

Die Regierung der Novemberverbrecher in Berlin ist heute für abgesetzt erklärt worden.

Eine provisorische deutsche National-Regierung ist gebildet worden.

Diese besteht aus

General Ludendorff, Adolf Hitler

General von Lossow, Oberst von Seisser

M 14 Aus der Schlussrede Hitlers am 27. März 1924 vor dem Münchner Volksgericht

Deutschlands Schicksal liegt nicht in der Republik oder in der Monarchie. Was ich bekämpfe, ist nicht die Staatsform als solche, sondern der schmähliche Inhalt. Wir wollen in Deutschland die Voraussetzungen dafür schaffen, die allein es möglich machen, dass die eiserne Faust unserer Feinde von uns genommen wird: […] Und da frage ich Sie: Ist das, was wir gewollt haben, Hochverrat? Endlich: Wir wollten, dass unser Volk zum Aufbäumen gebracht werde gegen die drohende Versklavung: […] Wir sind der Strafe verfallen, weil das Unternehmen misslungen ist. Die Tat des 8. November ist nicht misslungen. Sie wäre misslungen dann, wenn eine Mutter gekommen wäre und gesagt hätte: Herr Hitler, Sie haben auch mein Kind am Gewissen. Aber das darf ich versichern, es ist keine Mutter gekommen. Im Gegenteil. Tausende anderer sind gekommen und haben sich in unsere Reihen gestellt.

*Zit. nach: Fridolin Wimmer, Der Hitler-Ludendorff-Putsch, in: Geschichte lernen, Heft 77, 2000, S. 42.**

M 15 Aus dem Aufruf der Reichsregierung vom 9. November 1923

An das deutsche Volk!

In der Zeit größter außen- und innenpolitischer Bedrängnis haben sich Verblendete ans Werk gemacht, um das Deutsche Reich zu zerschlagen. In München hat eine bewaffnete Horde die bayerische Regierung gestürzt […] und sich angemaßt, eine Reichsregierung zu bilden. General Ludendorff zum angeblichen Befehlshaber der deutschen Armee, Herrn Hitler […], zum Leiter der Geschicke Deutschlands zu bestimmen. Es bedarf keines Hinweises darauf, daß diese Putschbeschlüsse null und nichtig sind. […] Wer diese Bewegung unterstützt, macht sich zum Hoch- und Landesverräter. Statt unseren Brüdern im Rheinlande und an der Ruhr zu helfen, die für Deutschland kämpfen, stürzt man Deutschland ins Unglück, gefährdet die Ernährung, bringt uns die Gefahr eines feindlichen Einmarsches und zerrüttet alle Aussichten auf die Anbahnung wirtschaftlicher Gesundung. […]

In der Schicksalsstunde des deutschen Volkes und Deutschen Reiches fordern wir alle Freunde des Vaterlandes auf, sich einzusetzen für die Bewahrung der Reichseinheit, deutscher Ordnung und Freiheit.

Alle Maßnahmen für die Niederkämpfung des Putsches und die Wiederherstellung der Ordnung sind getroffen und werden mit rücksichtsloser Energie durchgeführt.

*Zit. nach: Friedrich Ebert, Aufzeichnungen, Reden, Zweiter Band, hg. von Friedrich Ebert jun., Carl Reissner Verlag, Dresden 1926.**

M 16 Auszug aus der Urteilsbegründung des bayerischen Volksgerichts im Hitler-Ludendorff-Prozess vom 1. April 1924

Das Gericht ist zu der Überzeugung gelangt, dass die Angeklagten bei ihrem Tun von rein vaterländischem Geiste und dem edelsten selbstlosen Willen geleitet waren. Alle Angeklagten, die in die Verhältnisse genauen Einblick hatten, […] glaubten nach bestem Wissen und Gewissen, dass sie zur Rettung des Vaterlandes handeln mussten, und dass sie dasselbe täten, was kurz zuvor noch die Absicht der leitenden bayerischen Männer[1] gewesen war. Das rechtfertigt ihr Vorhaben nicht, aber es gibt den Schlüssel zum Verständnis ihres Tuns. Seit Monaten, ja Jahren waren sie darauf eingestellt.

*Zit. nach: Otto Gritschneder, Bewährungsstrafe für den Terroristen Adolf H. – Der Hitler-Putsch und die bayerische Justiz, C. H. Beck, München 1990, S. 92.**

1 *leitende bayerische Männer:* bayerische Regierung

Relative Stabilisierung 1924 bis 1929

M 17 Der Historiker Ulrich Herbert 2014 über die „prekäre Stabilisierung" der Jahre 1924–1929

Das politische Gefüge der Weimarer Republik blieb auch in den Jahren 1924 bis 1929 instabil; aber die Zeit des Bürgerkriegs und der Umsturzversuche war fürs Erste vorbei. Nach der Wiederherstellung einer, wenn auch brüchigen, wirtschaftlichen Stabilität standen im Mittelpunkt dieser fünf Jahre die Versuche, einigermaßen tragfähige Lösungen für die vielfältigen Probleme zu finden, denen sich die deutsche Nachkriegsgesellschaft ausgesetzt sah, und dafür parlamentarische Mehrheiten zu gewinnen. […] Die inneren Verhältnisse in Deutschland [begannen sich] zu beruhigen, wenngleich die Grundkonflikte nur verschoben, nicht gelöst waren. […] Das entscheidende Problem aber blieb die Instabilität des politischen Systems. Selbst […] strittige Fragen […] erschienen lösbar, wenn es gelang, langfristig handlungsfähige Regierungen zu installieren. Das aber war schon im späten Kaiserreich nicht mehr gelungen, als sich die gesellschaftlichen Kräfte gegenseitig blockiert hatten und substanzielle Reformen im Reichstag kaum mehr durchführbar gewesen waren. Die Suche nach politischen Instrumentarien zur Steuerung der freigesetzten Dynamik in Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur war durch den Krieg und die dadurch verschärften ideologischen Widersprüche und Interessenskonflikte noch schwieriger geworden. Vor allem erwies es sich als nahezu unmöglich, zwischen den verschiedenen Parteien und gesellschaftlichen Lagern Bündnisse zu schmieden, die über ein ausreichendes Maß an Übereinstimmungen verfügten und in der Lage waren, diese in die politische Praxis umzusetzen. Die verbreitete These von der „Demokratie ohne Demokraten" ist insofern nur bedingt zutreffend. […] Als nach dem Tode Friedrich Eberts 1925 der 77-jährige Paul von Hindenburg zum Reichspräsidenten gewählt wurde, kam mit ihm ein Mann ins höchste Amt der Republik, der für die wilhelminische Ära […] stand. […] Darin drückte sich der Wunsch eines Teils der Wählerschaft nach vergangener Größe aus […], aber auch die kritische Haltung gegenüber Republik, Parteienstaat und Kultur der Moderne. Insofern war die Wahl Hindenburgs eine schwere Niederlage der demokratischen Kräfte. […] [Sie] machte vor allem deutlich, dass eine antirepublikanische Mehrheit von rechts möglich war.

*Ulrich Herbert, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, C. H. Beck, München 2014, S. 213–222.**

2.8 Die Sozialpolitik der Weimarer Republik

Welche sozialstaatlichen Maßnahmen wurden in der Weimarer Republik eingeführt? Inwieweit konnten diese Maßnahmen die Weimarer Republik stabilisieren?

M 1 Anteil der öffentlichen Sozialleistungen am Bruttosozialprodukt.

Zu den Sozialleistungen gehören u. a. Leistungen aus der Kranken-, Unfall-, Renten-, Arbeitslosenversicherung, Leistungen für Kriegsopfer, im Bereich der Jugendhilfe und Armenfürsorge.

Jahr	Anteil
1885	< 0,5 %
1913	ca. 3 %
1929	ca. 11 %
2021	32,5 %

Zusammengestellt von der Autorin.

M 2 Plakat des Landesausschusses der Erwerbslosen Schleswig-Holstein mit der Forderung nach dem Achtstundentag, um 1925

▶ M 3: Plakat „Kriegsgefangenenheimkehr"

▶ M 4–M 5: Gesetzliche Grundlagen der Sozialpolitik

L Vorschlag für eine Lernaufgabe:
Im Internet stoßen Sie auf einen Blog zum Thema „Erfolgs- und Risikofaktoren für Demokratien". Verfassen Sie hierfür einen Beitrag, in dem Sie Stellung zur Frage nehmen, welche Bedeutung sozialstaatliche Maßnahmen für die Akzeptanz der Weimarer Republik hatten. Die Arbeitsaufträge auf S. 121 sind dabei hilfreich.

Kontinuität und Weiterentwicklung

Bereits im **Deutschen Kaiserreich** wurde mit der **Sozialgesetzgebung Bismarcks** die Grundlage für den Sozialstaat gelegt (siehe S. 83 ff.). Die in den 1880er-Jahren eingeführten Kranken-, Unfall- sowie Alters- und Invaliditätsversicherungen hatten auch in der **Weimarer Republik** Bestand. Es zeigte sich jedoch, dass die Gesetzgebung des Deutschen Kaiserreichs weder ausreichte, um insbesondere die sozialen Folgen des Ersten Weltkrieges aufzufangen, noch dazu geeignet war, den Anforderungen einer modernen Wirtschaft mit ihren konjunkturellen Krisen zu genügen. Zudem war die Weimarer Republik nach ihrem Selbstverständnis ein **Sozialstaat** und verankerte eine Reihe von sozialen Grundrechten in der **Verfassung**. Eine prägende Rolle in der Ausgestaltung der Sozialpolitik hatte die SPD, der dieser Politikbereich traditionell wichtig war und die nun als langjährige Regierungspartei die Möglichkeit hatte, die Sozialpolitik aktiv zu gestalten. Der Umfang staatlicher sozialer Leistungen nahm im Vergleich zum Deutschen Kaiserreich deutlich zu (M 1). Ebenfalls stieg die Bereitschaft des Gesetzgebers, reglementierend in verschiedene Lebensbereiche – vom Arbeitsmarkt bis zum Mietrecht – einzugreifen, um sozial Schwächere zu schützen.

Sozialpolitik 1918/19 bis 1923

Schon während der **Novemberrevolution 1918** kam es zur Einführung zahlreicher Gesetze, um die Position der Arbeiterschaft zu stärken. Die Arbeitgeber erkannten die **Gewerkschaften** als Partner für den Abschluss von Tarifverträgen an und gestanden mehr Mitbestimmung durch Arbeiterausschüsse zu, was einen wichtigen Schritt in Richtung Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bedeutete. Im Fall von Tarifkonflikten wurde eine staatliche Schlichtung eingeführt und so der Anspruch des Staates umgesetzt, regelnd in die Arbeitsbeziehungen einzugreifen. Mit der Festlegung des **Achtstundentages** 1918 als Normalarbeitstag, wobei der Samstag ein regulärer Arbeitstag blieb, war eine der ältesten Forderungen der Arbeiterbewegung erfüllt worden. Diese Errungenschaft wurde jedoch 1923 auf Druck der Arbeitgeberseite eingeschränkt, indem wieder Zehnstundentage ermöglicht wurden (M 2).
Zu den drängendsten Aufgaben nach Kriegsende gehörte die **Wiedereingliederung der Soldaten** in das Berufsleben. Ihnen wurde das Recht zugestanden, ihre alten Arbeitsplätze wieder einzunehmen, was oft zu Lasten von Frauen ging, die diese Stellen während der Kriegsjahre übernommen hatten. Zudem erhielten die Invaliden sowie die Hinterbliebenen gefallener Soldaten staatliche Unterstützung. Während der **Inflation 1923** (siehe S. 114) gelang es der Sozialpolitik nur begrenzt, die größte Not zu lindern, etwa durch die Ausgabe von Kohle, Nahrung und Kleidung an Bedürftige.
Mit den krisenhaften Anfangsjahren der Republik ging eine Neuausrichtung in der staatlichen Sozialpolitik einher: Galt Armut bis zu diesem Zeitpunkt überwiegend als

selbstverschuldet, zeigte das Schicksal der Kriegsversehrten und Inflationsopfer überdeutlich, dass im Industriezeitalter jeder jederzeit ohne eigenes Verschulden in Not geraten konnte. **1924** wurden daraus Konsequenzen gezogen und ein Gesetz beschlossen, das einen **Rechtsanspruch auf Fürsorge** bei Bedürftigkeit verankerte: Die bisherige Armenfürsorge war damit in eine moderne Sozialhilfe umgebaut worden. Den Betroffenen verschloss sich jedoch der Blick für diese Fortschrittlichkeit, da die staatliche Unterstützung oft unzureichend blieb und kaum mehr als das Existenzminimum sicherte. Hinzu kam, dass sich Betroffene einer als entwürdigend empfundenen Bedürftigkeitsprüfung unterziehen mussten. All dies war nicht dazu geeignet, die Akzeptanz des neuen Staates in der Bevölkerung zu stärken.

▶ M 6: George Grosz, „Hunger", 1924

▶ M 7: Schreiben eines Bergarbeiters an das Reichsarbeitsministerium

Ausbau des Sozialstaats (1924–1928/29)

In den relativ stabilen Jahren der Weimarer Republik kam es zu einem **Wirtschaftsaufschwung**, der es dem Staat ermöglichte, eine **aktivere Sozialpolitik** zu betreiben. Besonders intensiv betätigte sich der Staat beim **Wohnungsbau**. Durch staatliches Engagement – vier Fünftel aller gebauten Wohnungen waren staatlich gefördert – konnte bis zum Ende der 1920er-Jahre die Wohnungsnot deutlich gelindert werden. Die neuen Wohnungen wiesen zudem eine wesentlich bessere Wohnqualität auf. Viele Kommunen investierten auch in Sportanlagen, Bibliotheken und Schwimmbäder und boten so einen echten Mehrwert für ihre Bürgerinnen und Bürger. Allerdings waren viele der staatlichen Investitionen kreditfinanziert, was sich in den Krisenjahren nach der **Weltwirtschaftskrise 1929** als schwere finanzielle Belastung herausstellen sollte.
Eine weitere Säule der Sozialpolitik war der konsequente **Ausbau des Sozialversicherungswesens**. Der Versicherungsschutz wurde ausgeweitet, sodass nun beispielsweise auch Familienmitglieder in der Krankenversicherung mitversichert waren. Rentenzahlungen wurden erhöht, um die in der Weimarer Republik weitverbreitete Altersarmut abzumildern. Die wichtigste Neuerung war die **1927** eingeführte **Arbeitslosenversicherung** als Pflichtversicherung für den Fall der Erwerbslosigkeit. Sie schloss eine Lücke der Bismarck'schen Sozialgesetzgebung. Die bestehende Erwerbslosenfürsorge wurde nun in eine Versicherung umgewandelt, die den Beitragszahlern einen Rechtsanspruch auf Arbeitslosenunterstützung zusicherte. Die Arbeitslosenversicherung war jedoch äußerst optimistisch kalkuliert. Der Berechnung lag die Annahme zugrunde, dass durchschnittlich 800 000 Arbeitslose unterstützt werden müssten. In akuten Krisenzeiten konnten für kurze Zeit weitere 600 000 Arbeitslose versorgt werden. Bei höheren Arbeitslosenzahlen musste der Staat mit Zuschüssen einspringen. Bereits bei der Einführung der Arbeitslosenversicherung im Hochkonjunkturjahr 1927 waren 1,3 Millionen Arbeitslose gemeldet. Der sprunghafte Anstieg der Arbeitslosigkeit im Zuge der Weltwirtschaftskrise 1929 (siehe S. 152 f.) stellte daher eine massive Überforderung der Versicherung dar, die letztlich auch zur politischen Krise führte.

Informationen zur Wohnungspolitik
watajo

▶ M 8: Historikersicht zur Sozialpolitik in der Weimarer Republik

1 a) Beschreiben Sie wichtige sozialstaatliche Maßnahmen in der Weimarer Republik (M 2, M 3–M 5, DT).
b) Erläutern Sie das Spannungsverhältnis zwischen dem sozialpolitischen Anspruch (M 2–M 5, DT) und der praktischen Umsetzung (M 6–M 7, DT) der Sozialpolitik in der Weimarer Republik..
2 Bewerten Sie, inwiefern die Sozialpolitik der Weimarer Republik eine Modernisierung im Vergleich zum Kaiserreich darstellt (GB, DT, M 1, siehe auch S. 88 f.).
3 Fassen Sie die Aussagen des Historikers in M 8 zur Sozialpolitik der Weimarer Republik zusammen. Überprüfen Sie seine Aussagen mithilfe der Materialien M 1–M 7.
4 Verfassen Sie, ausgehend von Ihren Ergebnissen, den Blogbeitrag zur Bedeutung sozialstaatlicher Maßnahmen für die Akzeptanz der Weimarer Republik.

Staatliche Sozialpolitik

M 3 Louis Oppenheim, „Kriegsgefangenenheimkehr", Plakat, 1919.
Die „Kriegsgefangenenheimkehr" war eine staatliche Fürsorgestelle, die heimkehrende Soldaten beriet und materiell unterstützte.

▶ Hilfe

M 4 Soziale Grundrechte in der Weimarer Reichsverfassung (Auswahl)
Art. 151: Die Ordnung des Wirtschaftslebens muss den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen. In diesen Grenzen ist die wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen zu sichern. […]
Art. 157: Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutz des Reichs. Das Reich schafft ein einheitliches Arbeitsrecht.
Art. 161: Zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zum Schutz der Mutterschaft und zur Vorsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Schwäche und Wechselfällen des Lebens schafft das Reich ein umfassendes Versicherungswesen unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten.
Art. 163: […] Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt. […]
*Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919. Zit. nach: www.verfassungen.de/de19-33/verf19-i.htm (Download vom 23. Januar 2023).**

M 5 Sozialpolitische Maßnahmen

1918	Einführung des Achtstundentags Anerkennung der Gewerkschaften als Tarifpartner der Arbeitgeber
1919	Verfassungsrang für soziale Grundrechte
1920	Betriebsrätegesetz: Regelung der Mitsprache der Arbeitnehmer in Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten.
1923	Faktische Abschaffung des Achtstundentags Einführung eines Mieterschutzgesetzes
1924	Verankerung eines Rechtsanspruchs auf Fürsorge bei Bedürftigkeit Reichsjugendwohlfahrtgesetz: Jugendfürsorge als staatliche Aufgabe
1926	Arbeitsgerichtsgesetz: Schaffung einer einheitlichen Gerichtsbarkeit für Arbeitsstreitigkeiten Staatliche Anerkennung der Spitzenverbände der freien Wohlfahrt: staatliche Zuschüsse für Wohlfahrtsverbände
1927	Einführung der Arbeitslosenversicherung Verabschiedung des Mutterschutzgesetzes

Zusammengestellt von der Autorin.

Soziale Not

M 6 George Grosz (1893–1959), Hunger, Lithografie, 1924.
George Grosz, der zeitweise der KPD angehörte, verstand sich als Künstler der Arbeiterschaft.

M 7 Schreiben des Bergarbeiters Johannes Möller an das Reichsarbeitsministerium, 16. September 1931.
Die Zeichensetzung und Rechtschreibung der handschriftlichen Originalquelle wurden beibehalten und spiegeln den Bildungsstand des Verfassers wider, der nur über eine Volksschulbildung verfügt haben dürfte.
An das Reichsarbeitsministerium Dr. Stegerwald Berlin zur Kenntnisnahme über die Arbeitsverhältnisse hier auf dem Lande und die gewaltigen Mißstände die dadurch entsteht. Unterzeichneter fragt an, ob nicht in vielen ungerechten fällen abhilfe zu schaffen ist oder steht die Reichsregierung diesen verhältnissen machtlos gegenüber. Meiner ansicht nach sind die Arbeitgeber gemeinschaftlich darauf eingestellt in erster Linie die Leute zu entlassen die am ersten und Schnellsten der Not aus gesetzt sind. Ich bin dabei einer von den am härtesten mitbetroffenen Ich habe den Krieg mitgemacht und erst ein Jahr später aus der Gefangenschaft zurückgekehrt wodurch ich doch einen erheblichen Schaden erlitten habe Körperlich wie Wirtschaftlich. Dazu kam das ich wiederholt an Unfällen zu leiden hatte wodurch meine Familie stark in den Rückstand [Mietrückstand] gekommen ist. Seit 1927 an einem Schädelbruch welcher nur langsam wieder die Körperlichen Kräfte zustande kamen ließ worauf eine automatische Rentenentziehung[1] folgte darauf erfolgte ein vierfacher Rippenbruch in der linken Seite mit Lungenverletzung und einmaliger Blutung so daß ich nur sehr schwer wieder genesen werde. Selbstverständlich habe ich unter großen Schwierigkeiten meine Bergmännische Arbeit verrichtet und dadurch meine Rente verlustig[2] geworden. Ich besitze zwar ein kümmerliches Häuschen und 22 Ar[3] Akerland und habe eine Familie mit 7 Köpfen zu ernähren und eine belastung mit 250 Mark. Muß ich nun […] mit der Zeit der Fürsorge zur Last fallen, während andere welche 18+24+40 Akerland haben heute noch die schönste und beste Beschäftigung haben. […] Wäre es nicht auch eine Einsparung für den Staat wenn die Arbeitgeber die armsten und Kinderreichsten Familienväter wieder einstellen müssen und einen ausgleich schafften indem solche Leute die noch zu 2- zu drit aus einer Familie beschaftigt sind wenigstens 1 Mann entließen dazu noch die gut gestellten so würde die Not allenthalben nicht so groß sein.
*Zit. nach: Quellen zur Innenpolitik der Weimarer Republik 1918 bis 1933, Freiherr-vom-Stein-Gedächtnisausgabe, Bd. 31, hg. v. Nils Freytag, Wiss. Buchgesellschaft, Darmstadt 2010, S. 206 f.**

1 *Rentenentziehung:* Invalidenrente
2 *verlustig:* verlieren, einbüßen
3 *Ar:* 100 m²

Die Sozialpolitik der Weimarer Republik in der Forschung

M 8 Der Historiker Karl Christian Führer über die Sozialpolitik der Weimarer Republik, 2021
Fragt man zusammenfassend, welche historische Bedeutung den […] Leistungen, Problemen und Krisen des deutschen sozialen Sicherungssystems zwischen 1918 und 1933 zukommt, dann kann man […] die politische Geschichte der Weimarer Republik ins Auge fassen. Loyalität hat der neue Staat durch seine Sozialpolitik wohl eindeutig kaum gewonnen. Allenfalls bei den Bewohnern der attraktiven öffentlich geförderten Neubauviertel mag es sich anders verhalten haben. Ansonsten aber dominierten Verdrossenheit und Kritik selbst bei denen, die in den Genuss staatlicher Leistungen kamen. Auch bei den Unternehmern, die 50 Prozent aller Sozialversicherungsbeiträge zahlen mussten, ohne dadurch einen eigenen Vorteil zu gewinnen, herrschte wachsende Empörung über den starken Anstieg dieser Abgaben. Dies galt gerade in den Krisenjahren nach 1929, in denen die Arbeitslosenversicherung schrittweise immer teurer wurde. Besteht also ein Zusammenhang zwischen dieser weitverbreiteten Unzufriedenheit und der Machtübernahme durch die NSDAP im Frühjahr 1933? Diese Frage lässt sich nicht eindeutig beantworten. So votierten Arbeitslose in den Krisenjahren weitaus häufiger für die KPD als für die Nationalsozialisten. […] Über das Wahlverhalten der Kriegsopfer, der Sozialversicherungsrentnerinnen und -rentner und auch der „Kleinrentner" wissen wir zu wenig, um es sicher zu bewerten. Daher sollten wir uns scheuen, sie wegen ihrer enttäuschten Hoffnungen pauschal zu Anhängern der NSDAP zu erklären.
*Karl Christian Führer, Die Sozialpolitik der Weimarer Republik, in: Nadine Rossol/Benjamin Ziemann (Hg.), Aufbruch und Abgründe. Das Handbuch der Weimarer Republik, Wiss. Buchgesellschaft, Darmstadt 2021, S. 360.**

2.9 Kaiserreich und Weimarer Republik zwischen Tradition und Moderne

Emanzipation
Prozess der Befreiung benachteiligter Gruppen (z. B. Jüdinnen und Juden, Frauen) aus Abhängigkeit und Unterdrückung sowie der rechtlichen und gesellschaftlichen Gleichstellung

Assimilation (= Angleichung/Anpassung)
bewusste oder unbewusste Anpassung einer ethnischen, religiösen oder sozialen Gruppe (in der Regel einer Minderheit) an eine andere (in der Regel die Mehrheit), z. B. die Angleichung von Einwanderern an die Werte des Einwanderungslandes

Stationenlernen: Bearbeiten Sie die Seiten 124–141 zu verschiedenen Modernisierungsprozessen zwischen 1848/49 und den 1920er-Jahren als Stationen in Zweierteams. Die Reihenfolge können Sie selbst bestimmen. Zu jeder Station finden Sie entsprechende Arbeitsaufträge.

Station 1: Jüdinnen und Juden im Deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik
Station 2: Frauen zwischen Tradition und Fortschritt
Station 3: Kultur und Medien zwischen Tradition und Moderne

Führen Sie, ausgehend von Ihren Arbeitsergebnissen, in Vierergruppen mithilfe der Methode Placemat (siehe S. 307) ein Schreibgespräch durch, in dem Sie diskutieren, welche gesellschaftliche Prozesse aus heutiger Sicht als fortschrittlich oder rückschrittlich einzuordnen sind. Einigen Sie sich am Ende des Placemats in der Gruppe auf fünf zentrale Aspekte zum Thema „Modernisierungsprozesse" und notieren Sie diese gut lesbar in der Mitte Ihres Placemats. Präsentieren Sie Ihre Gruppenergebnisse (Placemat-Plakat) im Kurs und vergleichen Sie Ihre Ergebnisse.

Station 1: Jüdinnen und Juden im Deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik

Wie entwickelte sich die Stellung der jüdischen Bürgerinnen und Bürger im Deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik?

Judenemanzipation und Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich

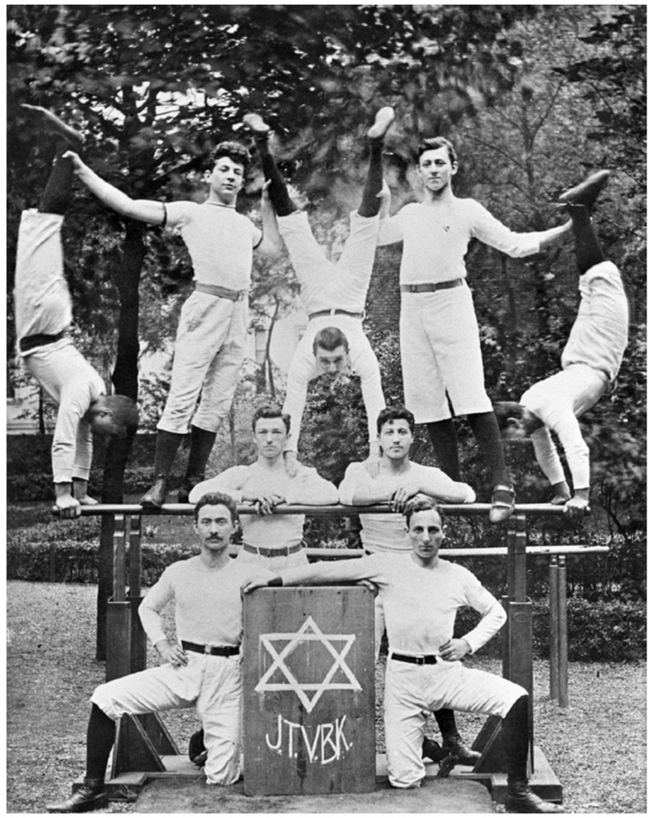
Infolge der europäischen Aufklärung wuchs auch in Deutschland die Forderung nach staatsbürgerlicher Gleichberechtigung und dem Ende der Ausgrenzung der jüdischen Minderheit. Die **Emanzipation*** der deutschen Jüdinnen und Juden vollzog sich aber nicht geradlinig. Neben Phasen größerer Toleranz, z. B. während der Revolution von 1848/49, gab es immer wieder Diskriminierung. Erst die **Verfassung** des **Deutschen Kaiserreichs** von 1871 gewährte allen männlichen **Bürgern** die **rechtliche und religiöse Gleichstellung**. Trotz der formal geltenden Gleichberechtigung blieben den deutschen Juden jedoch Karrieren im Staatsdienst, an Universitäten sowie im Militär infolge antijüdischer Einstellungen fast immer verwehrt. Viele jüdische Familien legten daher besonderen Wert auf die Schul- und Universitätsbildung ihrer Söhne und zunehmend auch Töchter, denn Ausweichmöglichkeiten boten – neben den traditionell zugewiesenen kaufmännischen Berufen – Karrieren in den Bereichen Journalismus, Rechtswesen und Medizin, aber auch in Wissenschaft, Kunst und Kultur.
Jüdische Deutsche legten so bis zum Ende des 19. Jahrhunderts den Weg vom Rand in die Mitte der Gesellschaft, ins Bürger- und in wenigen Fällen sogar ins Großbürgertum zurück. So prägten viele Jüdinnen und Juden die deutsche Kultur, Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft nachhaltig, z. B. der Münchner Kommunalpolitiker Moritz Guggenheimer (M 1), der Physiker Albert Einstein oder die Dichterin Else Lasker-Schüler.
Mit der **Emanzipation** veränderten sich auch Identitäten und Lebenswelten: Bereits vor der Gründung des Kaiserreichs fühlten sich deutsche Jüdinnen und Juden als Angehörige der deutschen Nation und beschränkten den jüdischen Teil ihrer Identität immer stärker auf die private Religionsausübung. In München etwa ging dieser **Assimiliationsprozess*** damit einher, dass die ansässige jüdische Bevölkerung Bayerisch sprach, äußerst loyal gegenüber dem Königshaus der Wittelsbacher war und bayerisches Brauchtum pflegte. In der Zeit des Kaiserreichs gründeten sich vielfältige jüdische Vereine, etwa Turnvereine (M 2) oder 1904 der Jüdische Frauenbund, der sich für bessere Bildungschancen und berufliche Möglichkeiten für Frauen einsetzte.
Angehörige der christlichen Mehrheitsgesellschaft begegneten diesem Prozess, obwohl die jüdische Minderheit stets nur einen sehr geringen Anteil an der deutschen Gesamtbevölkerung ausmachte, immer wieder mit Neid, Feindseligkeit und Ausgrenzung: In München wurde beispielsweise vermehrt die Forderung geäußert, Moritz Guggenheimer (M 1) aus seinen Ämtern zu drängen. Die Angriffe zeigten Wirkung – 1881 zog er sich aus der Münchner Kommunalpolitik zurück.
Die **Judenfeindschaft** erhielt in der Kaiserzeit eine neue, häufig radikalere Qualität: Die Ende der 1870er-Jahre aufkommende, in sich widersprüchliche Idee des **Antisemitismus** verband Formen der **traditionellen Judenfeindschaft*** mit den damals in Mode gekommenen pseudowissenschaftlichen „Rassetheorien". Rassenideologische und völkische Ideen verbanden sich zu einem aggressiven, nach außen wie innen gerichteten **Nationalismus** (siehe S. 70 f.). Neugegründete antisemitische Parteien, Verbände und Zeitschriften strebten danach, die Emanzipation der Juden und ihre rechtliche Gleichstellung rückgängig zu machen.
Im „Berliner Antisemitismusstreit" prägte der konservative Historiker Heinrich von Treitschke 1879 den berüchtigten Satz „Die Juden sind unser Unglück!" und forderte die neuerliche Ausgrenzung jüdischer Deutscher. Zwar erhoben sich gegen die antijüdische Bewegung auch kritische Stimmen, wie der liberale Althistoriker Theodor Mommsen, der durch den Antisemitismus die kulturelle Vielfalt der deutschen Nation gefährdet sah. Doch Menschen wie Treitschke trugen den Hass gegen Jüdinnen und Juden in die Mitte der Gesellschaft.
Die jüdischen Deutschen blieben angesichts derartiger Anfeindungen nicht tatenlos: Sie gründeten 1893 den **„Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens"** mit einer eigenen Rechtsschutzabteilung, um sich gemeinsam gegen Diskriminierung und Vorurteile zur Wehr zu setzen.

Die Stellung von Jüdinnen und Juden in der Weimarer Republik

Oft verführten einfache antisemitische Erklärungsangebote insbesondere in Kriegs- und Krisenzeiten viele Deutsche dazu, ihre Probleme und Ängste auf die kleine deutsch-jüdische Gemeinschaft zu projizieren: Obwohl fast 100 000 jüdische Deutsche im Ersten Weltkrieg gekämpft hatten, wurde die deutsch-jüdische Kriegsbeteiligung öffentlich angezweifelt. Mehr noch: Die Niederlage im Ersten Weltkrieg wurde ebenso „den Juden" angelastet wie die politischen und gesellschaftlichen Krisen während der **Weimarer Republik**.

M 1 Der Unternehmer und Kommunalpolitiker Moritz Guggenheimer (1825–1902), Fotografie, 1874.
Der liberale Politiker war von 1869 bis 1881 Mitglied und von 1870 bis 1879 Vorsitzender des wichtigen Kollegiums der Münchner Gemeindebevollmächtigten und initiierte bedeutende Projekte wie das Wasserwerk und die Kanalisation.

M 2 Jüdischer Turnverein „Bar Kochba", Berlin, Fotografie, 1902



Traditionelle Judenfeindschaft
religiös bedingtes negatives Judenbild (u. a. Juden als „Christusmörder") und daraus abgeleitete wirtschaftliche bzw. gesellschaftliche Vorurteile (z. B. Juden als „Wucherer")

▶ M 4: Zahlen zur jüdischen Bevölkerung
▶ M 5: Shulamit Volkov über jüdische Identitäten im Wandel, 2022
▶ M 6: Jüdische deutsche Persönlichkeiten
▶ M 7: Der Historiker Michael Brenner über Antisemitismus im 19. und frühen 20. Jahrhundert, 2008
▶ M 8: Aus den Erinnerungen von Martin Feuchtwanger an das Oktoberfest
▶ M 9: Ein Flugblatt des „Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens", 1932

M 3 Flugblatt des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten, Deutschland, um 1920

Jüdisches Leben in Deutschland vor 1945

rewazi

Dennoch wurde die Weimarer Republik in vielerlei Hinsicht zu einer Blütezeit für jüdische Deutsche: Die **Weimarer Reichsverfassung** gewährte der jüdischen Gemeinschaft endlich die **vollständige Gleichstellung.** Erstmals wurden nun auch deutsche Frauen – und damit auch Jüdinnen – gleichberechtigte Staatsbürgerinnen (M 5). Viele jüdische Deutsche setzten große Hoffnungen in die neue Republik, die überwältigende Mehrheit gehörte zwischen 1919 und 1933 zu überzeugten Anhängern der Weimarer Demokratie. Sie hofften, mit ihr nun endgültig die Diskriminierungen der Vergangenheit zu überwinden: Jüdische Deutsche trugen maßgeblich zum international großen Ansehen der Naturwissenschaften bei – fünf der neun in der Weimarer Zeit an deutsche Wissenschaftler vergebene Nobelpreise gingen an jüdische Forscher, u. a. an Albert Einstein. Aber auch auf anderen Gebieten befruchteten Jüdinnen und Juden das kulturelle Leben außerordentlich, u. a. im Bereich Kunst, Musik und im Theaterwesen. Allerdings waren nur 2,5 Prozent (1930) der Kulturschaffenden jüdische Persönlichkeiten.

In der Weimarer Zeit setzte sich aber auch die **negative Entwicklung** fort, die in der Kaiserzeit und im Ersten Weltkrieg begonnen hatte: Die Republik war geprägt vom rechten Terror und einer immer radikaleren Infragestellung dieser jüdischen Partizipation sowohl vonseiten konservativer als auch autoritärer Kräfte. Politisch zeigte sich dies unter anderem im Parteiprogramm der 1920 neu gegründeten Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP). Rechtsextreme ermordeten 1919 und 1922 führende Politiker, die aus jüdischen Familien stammten, z. B. die kommunistische Politikerin Rosa Luxemburg, den sozialdemokratischen bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner und liberalen Außenminister Walther Rathenau.

Die Abwehr des Antisemitismus scheiterte in der Weimarer Republik, weil die jüdischen Interessensorganisationen auch wenig Unterstützung von den Parteien erhielten. Die Versuche einiger jüdischer Organisationen, die meinungsbildende Elite durch die Medien und Veranstaltungen zu gewinnen, blieben erfolglos, da die Unterstützer der Demokratie zunehmend in die Defensive gerieten.

1 Beschreiben Sie mithilfe von M 2–M 5 die Entwicklung der Situation der deutschen Jüdinnen und Juden in der Zeit von 1871 bis in die 1920er-Jahre. Berücksichtigen Sie dabei insbesondere die rechtliche Lage. Beziehen Sie auch den DT ein.

2 Charakterisieren Sie anhand geeigneter Beispiele die Rolle jüdischer Deutscher in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur im Kaiserreich und in der Weimarer Republik (M 1, M 6 und DT).

3 Recherchieren Sie zu einer der jüdischen deutschen Persönlichkeiten aus Kultur, Wissenschaft oder Politik in der Zeit des Deutschen Kaiserreichs und/oder der Weimarer Republik, die in M 1, M 6 bzw. im DT genannt sind.

4 Arbeiten Sie aus dem Historikertext M 7 a den Zusammenhang von Antisemitismus und Modernisierung heraus und zeigen Sie auf, wie die jüdischen Bürgerinnen und Bürger auf den zunehmenden Antisemitismus reagierten (M 7 b, M 8–M 9, DT).

5 Beurteilen Sie, inwieweit man in Bezug auf die Situation der jüdischen Bevölkerung im Kaiserreich und in der Weimarer Republik von einem „ungleichmäßigen Modernisierungsprozess" sprechen kann.

Die jüdische Bevölkerung in Deutschland im 19. und frühen 20. Jahrhundert

M 4 Die jüdische Bevölkerung Deutschlands 1871–1933.

Etwa ein Prozent der Bevölkerung im Deutschen Reich waren im Jahr 1918 Juden. Das waren rund 600 000 Menschen.

Jahr	Gesamtbevölkerung	Jüdische Bevölkerung
1871	41,1 Mio.	512 000
1890	49,4 Mio.	567 900
1910	64,9 Mio.	615 000
1925	62,4 Mio.	564 400
1933	65,2 Mio.	499 700

Zit. nach: Bulletin des Leo Baeck Instituts, Nr. 83, Jüdischer Verlag bei Athenäum, Frankfurt/Main 1989, S. 21.

M 5 Die Historikerin Shulamit Volkov über jüdische Identitäten im Wandel, 2022

In der vormodernen Zeit identifizierten sich Juden überall in Europa mit ihrer übergreifenden, ganz Europa umfassenden Gesamtheit, jedoch auch, und zwar oft sehr empathisch, mit ihrer eigenen Gemeinde vor Ort. Jede kleine jüdische Gemeinde in Dorf oder Stadt […] hatte ein zuweilen recht bescheidenes Gebetshaus, einen Rabbi und eine Laienführung, die unter anderem für Kontakte mit den Behörden der nichtjüdischen Umgebung verantwortlich war. […] In den […] [Jahren nach 1848/49] trugen Säkularisierung und Migration dazu bei, dass Juden ihre alte Identität hinter sich ließen. Während sich dieser Prozess je nach Region mit unterschiedlicher Geschwindigkeit vollzog, verbreitete sich allmählich überall in Deutschland die neue Selbstwahrnehmung der Juden als Deutsche. Das ging nicht ohne Mühen ab und war nicht selten mit schmerzlichen Zerwürfnissen in der Familie oder mit anderen sozialen Konflikten verbunden. In den 1860er-Jahren ging dieser Prozess meist mit der Entwicklung liberaler Überzeugungen einher, später mit offenem Kaiserreich-Patriotismus, wodurch allmählich andere Aspekte der [jüdischen] Identität mehr oder weniger an Bedeutung verloren.

*Shulamit Volkov, Deutschland aus jüdischer Sicht. Eine andere Geschichte vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Aus dem Englischen von Ulla Höber, C. H. Beck, München 2022, S. 141 f.**

1 *empathisch:* einfühlsam

M 6 Jüdische deutsche Persönlichkeiten aus Kultur, Wissenschaft und Politik (Auswahl)

a) Die Dichterin Elke Lasker-Schüler (1869–1945), Fotografie, 1932

b) Die Ärztin Käte Frankenthal (1889–1976), Fotografie, o. J.

c) Der Unternehmer und Politiker Walther Rathenau (1867–1922), Fotografie, um 1920

Antisemitismus

M 7 Der Historiker Michael Brenner über die Entwicklung des Antisemitismus im 19. und frühen 20. Jahrhundert, 2008

a) Der Zusammenhang zwischen Antisemitismus und Modernisierung

Wie kann man sich die Entstehung all dieser irrationalen Angstszenarien erklären? Die europäische Gesellschaft durchlief in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine rapide Transformation, die für viele Menschen Unsicherheiten und Ängste mit sich brachte. Ihr angestammter Platz in der Gesellschaft wurde durch Verlust des Arbeitsplatzes oder Umzug in die Städte infrage gestellt. Große Teile der Bevölkerung wurden proletarisiert. In diesem fundamentalen Wandel der europäischen Gesellschaft gehörten die Juden zu den Aufsteigern. Ihnen war traditionell der unterste Platz in einer christlich definierten Gesellschaft zugeordnet gewesen; nun wurden sie zu gleichberechtigten Bürgern. Die Berufe, in die sie seit dem Mittelalter zwangsweise gedrängt wurden, wie Handel und Geldverleih, erwiesen sich als Vehikel[1] des wirtschaftlichen Aufstiegs. Innerhalb kurzer Zeit war der jüdische Nachbar nicht mehr jemand, zu dem selbst ein Mensch aus der untersten Schicht der christlichen Gesellschaft herabblicken konnte. Dass die weniger als ein Prozent der Gesamtbevölkerung zählende jüdische Gemeinschaft! […] eine kollektive Bedrohung darstellte, ja, dass sie sich in keiner Weise als geschlossene Gesellschaft definierte, zählte nicht. [Ihre Mitmenschen] brauchten keinen neuen Sündenbock für wirtschaftliche Probleme und soziale Ungerechtigkeiten zu finden, sondern konnten die alten religiösen Vorurteile auf eine neue pseudowissenschaftliche Grundlage stellen, für die der im 19. Jahrhundert entstandene Rassismus die Schlagworte lieferte. Nicht der Glaube, sondern das Blut zählte nun. Wie sehr man sich auch an die deutsche […] Umgebung assimilierte oder sogar die Religion wechselte – wenn die Juden einmal zur Rasse erklärt wurden, machte all dies keinen Unterschied mehr.

b) Verteidigungsversuche gegen den Antisemitismus

[Das gesellschaftliche Umgreifen des Antisemitismus] führte zu einer tiefgreifenden Politisierung der jüdischen Gesellschaft. Der kollektive Vorwurf der Antisemiten ließ sich wirksam nur in kollektiver Form beantworten. […] Der 1893 gegründete „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ trug seine Botschaft im Titel: Die deutschen Juden waren Staatsbürger wie alle anderen Deutschen, lediglich in ihrer Religionszugehörigkeit unterschieden sie sich von ihren protestantischen oder katholischen Nachbarn. Die Verfassung des Deutschen Reichs hatte ihre Gleichstellung anerkannt. Da dies aber die Antisemiten anzweifelten, sollten sie auf publizistischem und rechtlichem Wege bekämpft werden. Der Centralverein, kurz CV genannt, schuf das dafür notwendige Rüstzeug. Seine Vertreter zogen vor Gericht, um Antisemiten der Verleumdung zu bezichtigen, entlarvten die Lügen antisemitischer Politiker und druckten Broschüren über die Grundlagen des Judentums. Insgesamt war der Erfolg dieser Bemühungen allerdings beschränkt. Der Historiker Theodor Mommsen, selbst aktives Mitglied in dem von Nichtjuden errichteten „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“, erklärte dies so: „Sie täuschen sich, wenn Sie glauben, dass ich da was richten kann. […] Es ist alles umsonst. Was ich Ihnen sagen könnte, das sind doch immer nur Gründe, logische und sittliche Argumente. Darauf hört doch kein Antisemit. Die hören nur auf den eigenen Hass und den eigenen Neid, auf die schädlichen Instinkte. Alles andere ist ihnen gleich. Gegen Vernunft, Recht und Sitte sind sie taub.“ Der Centralverein gab dennoch nicht auf und wurde zur größten deutsch-jüdischen Organisation. Bemerkenswert ist, dass er zunehmend Juden umfasste, die ihr Judentum zwar als Religion definierten, aber selbst nicht mehr religiös waren.

*Michael Brenner, Kleine jüdische Geschichte, C. H. Beck, München 2008, S. 245–247.**

1 *Vehikel:* Mittel

M 8 Erinnerungen an das Oktoberfest

Martin Feuchtwanger (1886–1952), Bruder des berühmten Schriftstellers Lion Feuchtwanger, berichtet in seinen Memoiren vom Leben in München.

Einmal war mein Onkel Louis mit fünf oder sechs Kindern auf dem Oktoberfest, darunter auch ich, vielleicht zehn, zwölf Jahre alt. […] Jede Brauerei hatte ihr eigenes Zelt […]. Drinnen dröhnte die Musik einer Bauernkapelle und die Menschen brüllten und grölten dazu: Solang der alte Peter am Petersplatz noch steht, solang stirbt die Gemütlichkeit in München nimmer aus. […] In den vorgerückten Stunden war alles angeheitert oder besoffen. Vierzig, fünfzig Personen saßen an jedem Tisch, einer umarmte den anderen, Bierseligkeit erfüllte alle Herzen. Auch Onkel Louis war lustig, sang und schwang den Bierkrug. Da kam ein junger, besoffener Mensch auf ihn zu, klopfte ihm auf die Schulter und rief: „Bist auch da, alter Jud mit der krummen Nas, komm her, Prosit!“ Der Onkel verfärbte sich, er war so tief erschrocken, daß selbst der Besoffene nüchtern wurde und stotterte: „Was hast denn? Ich hab dir doch nichts getan.“ [Der Onkel:] „So eine Gemeinheit, so eine bodenlose Gemeinheit, einen Jud zu beschimpfen auf der Oktoberfestwiese, ins Gefängnis müßte man den Kerl stecken.“ „Geh, sei doch nicht so fad, ich hab's doch nicht bös gemeint, geh her, stoßen wir an zusammen.“ Onkel Louis blieb verstört, und auch wir Kinder waren getroffen, wir brachen auf, gingen nach Hause.

*Martin Feuchtwanger, Zukunft ist ein blindes Spiel. Erinnerungen, Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 1999, S. 50 f.**

M 9 Ein Flugblatt des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV), 1932

Das Flugblatt wurde von der CV-Ortsgruppe Hamburg verfasst und mit einer Auflage von circa 150 000 Exemplaren verbreitet.

Deutsche Männer und Frauen! Öffentlich wenden wir uns an jeden Mann, an jede Frau, an alle jungen Menschen in Deutschland. Denn die Unwahrheiten, Beschimpfungen und Verleumdungen über das Judentum und die jüdischen Menschen – ausgestreut in tausenden von Versammlungen, zu denen man uns den Zutritt verweigert, in Zeitungen, die keine Verantwortung kennen, und Flugschriften in unerhörter Zahl – sind nicht länger zu ertragen. Mit aller Leidenschaft des Herzens wenden wir uns dagegen. […] Lest was hier gesagt wird! Durchdenkt es! Prüft es! […] Ueberall stellt man Euch „den Juden“ hin. Wo er ist, soll er Euch „beherrschen!!“ Alles soll er gemacht haben, was gerade vorkommt, und seien es die widersprechendsten Dinge:
den Kapitalismus und den Bolschewismus
das Finanzkapital und den Marxismus.
Wie ist es wirklich? Die klaren Zahlen und Tatsachen sagen Euch die Wahrheit! Noch nicht einer von hundert Deutschen ist Jude. Soll es wirklich möglich sein, daß Einer gegen hundert von Euch ankäme?
„Reich“ sollen „die Juden“ sein. Zählt „die Reichen“ und Ihr werdet sehen, daß es immer nur einige wenige sind, die Reichtum besitzen, wenige einzelne unter den Juden ebenso wie unter den Nichtjuden. Die Mehrzahl der Juden arbeiten wie Ihr, mühen und plagen sich ebenso ums tägliche Brot wie Ihr! […]
Sollen neben diesen Schichten treu und schlicht im täglichen Leben wirkender Menschen die Verdienste all derer vergessen sein, die sich um deutsche Kultur und deutsches Ansehen in der Welt hohe Verdienste erworben haben, wie: Ballin, Rathenau, Max Liebermann, Haber[1] […]. Einstein, um nur wenige einzelne zu nennen – vergessen sein, daß 15 von 25 deutschen Nobelpreisträgern Juden sind?
[…] Denkt, daß 100 000 jüdische Menschen neben ihren deutschen Kameraden an der Front im großen Krieg gestanden haben. Von ihnen sind 12 000 für das Vaterland gefallen.
[…] Wir fragen Euch: Müssen Idealismus und heiliges Streben für deutsches Volk und Vaterland denn wirklich immer verbunden sein mit beschämenden und entwürdigendem Judenhaß? […]
Weiset die Hasser und Hetzer von Euch! Ihre schamlosen Lügen und ihre Drohungen und Aufforderungen zu Blut und Gewalttat drohen Deutschland in Barbarei zurückzuwerfen und es der Verachtung der ganzen Welt preiszugeben.
Die deutschen Juden wollen mit allen Deutschen zusammenwirken
für Arbeit und Aufbau
für Freiheit und Gerechtigkeit
für inneren Frieden im ganzen Deutschen Volke!

*Flugblatt der CV-Ortsgruppe Hamburg, April 1932, veröffentlicht in: Hamburger Schlüsseldokumente zur deutsch-jüdischen Geschichte, zit. nach: https://dx.doi.org/10.23691/jgo:source-4.de.v1 (Download vom 1. August 2023).**

1 *Albert Ballin:* Reeder; *Max Liebermann:* Künstler; *Fritz Haber:* Chemiker

Station 2: Frauen zwischen Tradition und Fortschritt

Wie veränderten sich Geschlechterrollen zwischen 1848/49 und den 1920er-Jahren? Welche Erfolge erzielte die Frauenbewegung?

Stellung der Frau im 19. Jahrhundert

▶ M 4–M 7: Rollenbilder und Rechtsstellung

In der **bürgerlichen Familie** des 19. Jahrhunderts waren die Geschlechterrollen strikt getrennt. Männliche Domänen waren Beruf, Politik und Recht. Innerhalb der Familie galt der Vater als Familienoberhaupt, der die Familie nach außen vertrat und für ihren Lebensunterhalt sorgte. Die Ehefrau war für Kindererziehung und die Führung des Haushalts zuständig. Lediglich der Beruf der Lehrerin galt für ledige bürgerliche Frauen als standesgemäß. In den **Bauernfamilien** waren die Rollen von Männern und Frauen weniger stark getrennt, grundsätzlich galt jedoch die männliche Vorherrschaft. In den meisten **Arbeiterfamilien** waren Frauen zwar berufstätig, dies änderte aber nichts an den patriarchalischen Geschlechterrollen: Auch hier war der Mann das Familienoberhaupt, auch hier war die Frau für Haushalt und Kindererziehung zuständig. Diese Geschlechterrollen fanden ihren Niederschlag in der **Rechtsstellung** von Frauen: In Rechtsfragen wurden minderjährige und verheiratete Frauen von Vätern oder Ehemännern vertreten. Der Ehemann war Eigentümer und Nutznießer sowohl des Vermögens seiner Ehefrau als auch ihres Arbeitslohnes. Unverheiratete Frauen waren zwar geschäftsfähig, von politischer Teilhabe aber wie alle Frauen ausgeschlossen.

Die Anfänge der Frauenbewegung

▶ M 8: Hedwig Dohm über die Rechte der Frauen, 1876
▶ M 9: Clara Zetkin über die proletarische Frauenbewegung, 1907

Eine organisierte Frauenbewegung trat in Deutschland erstmals im Zuge der Revolution von 1848/49 an die Öffentlichkeit. Frauen beteiligten sich, wenn auch nur als Minderheit, am Kampf für mehr Freiheit. Darüber hinaus stellten sie aber auch frauenspezifische Forderungen, z. B. nach besserer Bildung. Eine einheitliche Frauenbewegung gab es in Deutschland jedoch nicht: Zu unterschiedlich waren die Lebensbedingungen und Ziele von Frauen aus Bürgertum und Arbeiterschaft.

M 1 **Louise Otto-Peters (1819–1895), Holzstich, 1892**

Als „Mutter" der **bürgerlichen Frauenbewegung** in Deutschland gilt Louise Otto-Peters, die ab 1849 eine „Frauen-Zeitung" herausgab, die allerdings schon 1850 wieder verboten wurde, und die sich engagiert für die politische Mitbestimmung der Frauen sowie die Belange der Arbeiterinnen einsetzte (M 1, siehe auch S. 49 und S. 51, M 7). Ab den 1860er-Jahren kam es zur Gründung von zahlreichen Frauenvereinen. Wegweisend wurde der 1865 von Louise Otto-Peters und Auguste Schmidt gegründete **„Allgemeine Deutsche Frauenverein"**. Er engagierte sich für die Verbesserung der Ausbildung und der Berufschancen für (bürgerliche) Frauen. So setzten sich die Frauenrechtlerinnen erfolgreich für die Zulassung zum Abitur ein, das seit 1896 im Deutschen Kaiserreich auch von Mädchen abgelegt werden konnte. Im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts wurden Frauen in allen deutschen Ländern, in Bayern 1903, zum Studium zugelassen. Durch diese Reformen nahm die Zahl der berufstätigen Frauen aus der bürgerlichen Schicht stetig zu. Trotz ihres Kampfes für eine Verbesserung der Situation stellte die bürgerliche Frauenbewegung die Geschlechterrollen des 19. Jahrhunderts nicht grundlegend infrage. Auch das Wahlrecht spielte für die meisten Frauenrechtlerinnen aus dem Bürgertum nur als Fernziel eine Rolle. Anders sah dies der radikale Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung, der für das sofortige Frauenwahlrecht eintrat.

Vertreterinnen der Frauenbewegung

kixosa

Die **proletarische Frauenbewegung** ist untrennbar mit der Arbeiterbewegung verbunden. Die theoretischen Grundlagen hatte August Bebel in seinem Buch „Die Frau und der Sozialismus" aus dem Jahre 1879 formuliert. Aus der Sicht Bebels waren die Frauen in der kapitalistischen Gesellschaft doppelt unterdrückt: zum einen durch ihre soziale

Abhängigkeit von den Männern im Privaten, zum anderen durch ihre wirtschaftliche Abhängigkeit im Bereich des Arbeitslebens. Diese zweifache Unterdrückung könne nur durch die Umgestaltung der kapitalistischen in eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung beseitigt werden. Folgerichtig verstanden sozialistische Frauen wie Clara Zetkin oder Emma Ihrer ihr politisches Engagement gleichzeitig als antikapitalistischen Kampf. Sie forderten das Wahlrecht für Frauen und setzten sich für die Sicherung des Rechts auf Arbeit in der Verfassung und eine gesellschaftliche Verantwortung für die Kindererziehung ein.

Weimarer Republik – mehr Rechte für Frauen?

Die **rechtliche Stellung** der Frauen verbesserte sich in der **Weimarer Republik** deutlich: Die **Weimarer Reichsverfassung** garantierte den Frauen das passive und aktive Wahlrecht sowie die vollständige Gleichstellung in allen staatsbürgerlichen Angelegenheiten. Allerdings galt die Gleichberechtigung von Mann und Frau nur „grundsätzlich" (Art. 109 WRV). Diese Einschränkung erwies sich in der Praxis als Problem, weil dadurch die Reform von diskriminierenden Gesetzen, etwa beim Scheidungsrecht, blockiert wurde. Alle Parteien warben um Frauen als Wählerinnen und sprachen sie mit gezielt an sie adressierten Plakaten an (M 2). Frauen waren auch in den Parlamenten vertreten; in der Nationalversammlung 1919 lag der Frauenanteil bei knapp zehn Prozent. Allerdings sank der Anteil an Parlamentarierinnen im Laufe der Weimarer Republik, da die Parteien Frauen zunehmend auf hintere Listenplätze setzten.

Die **Geschlechterrollen** veränderten sich in der Weimarer Republik ebenfalls. Insbesondere in den Großstädten wurden tradierte **Rollenbilder** infrage gestellt. Junge, berufstätige Frauen ließen sich nicht länger auf die Rolle als Hausfrau und Mutter reduzieren und forderten mehr Freiheiten. Viele Frauen fanden im wachsenden Dienstleistungssektor ein Betätigungsfeld, insbesondere als Sekretärin oder Telefonistin. Zum Sinnbild für die Modernisierung des Frauenbildes wurde die sogenannte **„neue Frau"** mit Bubikopf und lockerer Kleidung, die als Angestellte ihr eigenes Geld verdient und bisher männliche Domänen – etwa das Zigarettenrauchen oder Autofahren – für sich in Anspruch nimmt (M 3).

Diese Infragestellung von Geschlechterrollen stieß in konservativen und traditionell denkenden Teilen der Bevölkerung auf heftigen Widerstand. Nach wie vor wirkten die Geschlechterrollen des 19. Jahrhunderts nach, weshalb für viele Menschen die freiheitliche Lebensführung der modernen Frau im Widerspruch zur vermeintlich „natürlichen" Bestimmung der Frau zum häuslichen Leben und zur Mutterschaft zu stehen schien. Insbesondere auf dem Land, wo die soziale Kontrolle hoch und die Möglichkeit zur außerhäuslichen Arbeit niedrig war, änderte sich für Frauen daher oft wenig.

1 Erläutern Sie das Rollenbild der Frau, das bis Anfang des 20. Jahrhunderts vorherrschte (M 4–M 6, DT). Gehen Sie dabei auch auf ihre Rechtsstellung ein (M 7).
2 **a)** Stellen Sie die Ziele der bürgerlichen Frauenbewegung denen der proletarischen Frauen gegenüber. Legen Sie die Gründe für die Unterschiede dar (M 8–M 9, DT).
b) Analysieren und interpretieren Sie die Postkarte M 10 mithilfe Ihrer Kenntnisse zur Frauenbewegung in der Zeit des Kaiserreichs.
3 Vergleichen Sie M 2 und das Plakat zum Internationalen Frauentag 1914 (siehe S. 60, M 1) im Hinblick auf die Bildsprache.
4 Fassen Sie in einer Tabelle mit den Oberbegriffen „Aufbruch" und „Beharrung" die rechtliche und gesellschaftliche Stellung der Frau in der Weimarer Republik zusammen (M 3, M 11–M 13 und DT).
5 **Zusatzaufgabe:** Siehe S. 300.

M 2 **Plakat für die Wahlen zur Nationalversammlung, 1919.**

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 durften Frauen das erste Mal wählen. Die Wahlbeteiligung der Frauen lag bei 82 Prozent. Von den 437 Reichstagsabgeordneten waren 37 Frauen.

▶ M 10: Postkarte „Die emanzipierte Ehefrau", um 1905
▶ M 11–M 13: Aussagen und Statistik zur Erwerbstätigkeit der Frauen

M 3 **„Mädels von heute", Fotografie, 1925**

Rollenbilder und Rechtsstellung

M 4 Die kleine Köchin, Zeichnung von Otto Gebhardt für ein Kinderbuch, 1907

M 5 Alltag einer Arbeiterin in München um die Jahrhundertwende

Das Statistische Amt der Stadt München führte von Frühjahr 1907 bis Frühjahr 1908 eine Erhebung bei 22 Arbeiterfamilien durch mit dem Ziel, Einblicke in deren Lebensverhältnisse zu gewinnen.

Schmied M., Ehefrau, 4, später 5 Kinder. Der Mann ist 37 Jahre alt und arbeitet bei durchschnittlich 27,50 Mk. Wochenlohn in einer Fabrik, nicht sehr weit von seiner Wohnung entfernt. Die Frau ist klein und schmächtig. Wir trafen sie im Kreise ihrer Kinder von 10, 5, 4, 1 ½ Jahren und dem jüngsten von einigen Monaten. Nur eines davon, das von 5 Jahren, war ein Knabe. Da der Jahresverdienst des Mannes von 1351 Mk. für die Erhaltung der großen Familie nicht ausreicht, so wird ein Zimmer an eine Untermieterin abgegeben, die dafür 108 Mk. zu zahlen hat. Aber auch das genügt noch nicht, und so muss die Frau mitverdienen – damit haben wir die ganze Tragik eines solchen Frauenlebens vor uns. [...] [Sie muss] sich jetzt schon um 3 ½ Uhr erheben, da sie von 4 Uhr bis ½ 8 Uhr früh eine Schule zu reinigen hat; nachmittags ist sie von 4–8 Uhr wieder dort tätig. Für diese 7 ½ Stunden Arbeit, zum Teil bei Nacht, bekam sie 34 Mk. im Monat, von denen sie aber einige Mark an die Aftermieterin abzugeben hatte, die während ihrer Abwesenheit die Kinder bewacht. Bis Mitte Juli, drei Wochen vor ihrer Entbindung, hat die Frau diese anstrengende Arbeit durchgeführt, um im halben September schon wieder mit tagelangem Fensterputzen zu beginnen. Im März verdiente sie sich durch Schuhputzen noch 30 Mk. dazu. [...] [Zuhause] hat sie die Stuben zu reinigen, die Kinder zu säubern, das Essen zu kochen, den Säugling zu nähren und endlich auch für die siebenköpfige Familie zu waschen, zu nähen und zu flicken; und das alles umgeben von den vielen Kleinen, von ihrem Schreien und Quäken. [...]

*Else Conrad, Lebensführung von 22 Arbeiterfamilien Münchens, J. Lindauer'sche Buchhandlung, München 1909 (= Einzelschriften des Statistischen Amtes der Stadt München 8), S. 21 ff.**

M 6 Der Richter Eduard Windthorst zur Frage der Gleichberechtigung der Frau, 1912

Die Organisation ist eben beim Weibe anders geartet als beim Manne, und ihre Kräfte reichen nicht aus, die schweren Arbeiten zu verrichten, die dem Manne obliegen und von seiner kräftigeren Natur leicht zu bewältigen sind [...]. Die Männer sind die Vertreter der Kraft und zeichnen sich aus durch die darauf beruhenden aktiven Tugenden des Heldenmutes und der Standhaftigkeit, der Vaterlandsliebe und der Gerechtigkeit. Die Frauen sind die Vertreterinnen der Schönheit und der Liebe und ragen in unerreichbarer Überlegenheit über die Männer hinaus in den mehr passiven Tugenden der Demut und der Milde, der aufopfernden Hingebung und Barmherzigkeit. Die fast ausschließliche männliche Schöpfungskraft in Wissenschaft und Kunst wird ausgeglichen durch die unglaublich steigerungsfähige Empfänglichkeit der Frauen für die höchsten Ideale des Lebens. Der Mann wird in seinem Denken und Handeln bestimmt von seinem scharfen, alles durchdringenden Verstande, das Weib lässt sich leiten von den Regungen des bei ihm stärker entwickelten Gefühls.

*Eduard Windthorst, Lebenserfahrungen eines Idealisten, Georgi, Bonn 1912, S. 464 ff.**

M 7 Auszüge aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) vom August 1896

§ 1354 Dem Manne steht die Entscheidung in allen das gemeinschaftliche eheliche Leben betreffenden Angelegenheiten zu; er bestimmt insbesondere Wohnort und Wohnung. [...]

§ 1356 Die Frau ist [...] berechtigt und verpflichtet, das gemeinsame Hauswesen zu leiten. Zu Arbeiten im Hauswesen und im Geschäft des Mannes ist die Frau verpflichtet, soweit eine solche Tätigkeit nach den Verhältnissen, in denen die Ehegatten leben, üblich ist. [...]

§ 1358 Hat sich die Frau einem Dritten gegenüber zu einer von ihr in Person zu bewirkenden Leistung verpflichtet, so kann der Mann das Rechtsverhältnis ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen, wenn er auf seinen Antrag von dem Vormundschaftsgerichte dazu ermächtigt worden ist. Das Vormundschaftsgericht hat die Ermächtigung zu erteilen, wenn sich ergibt, dass die Tätigkeit der Frau die ehelichen Interessen beeinträchtigt. [...]

§ 1360 Der Mann hat der Frau [...] Unterhalt zu gewähren. Die Frau hat dem Manne, wenn er außerstande ist, sich selbst zu unterhalten, den seiner Lebensstellung entsprechenden Unterhalt nach Maßgabe ihres Vermögens und ihrer Erwerbsfähigkeit zu gewähren. [...]

§ 1363 Das Vermögen der Frau wird durch die Eheschließung der Verwaltung und Nutznießung des Mannes unterworfen (eingebrachtes Gut). Zum eingebrachten Gut gehört auch das Vermögen, das die Frau während der Ehe erwirbt.

*Helmut Hofacker (Hg.), Französische Revolution, Industrielle Revolution, Imperialismus, Frauenbewegung. Materialienteil, J. B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart 1979, S. 119 f.**

Bürgerliche und proletarische Frauenbewegung

M 8 Hedwig Dohm über die Ziele der bürgerlichen Frauenbewegung, 1876

Hedwig Dohm (1831–1919) zählte gegen Ende des 19. Jahrhunderts zum radikalen Flügel der bürgerlichen deutschen Frauenbewegung.

Die Frauen fordern das Stimmrecht als ihr Recht. Warum soll ich erst beweisen, dass ich ein Recht dazu habe? Ich [...] bin Bürgerin des Staats, ich gehöre nicht zur Kaste der Verbrecher, ich lebe nicht von Almosen, das sind die Beweise, die ich für meinen Anspruch beizubringen habe. Der Mann bedarf, um das Stimmrecht zu üben, eines bestimmten Wohnsitzes, eines bestimmten Alters, eines Besitzes, warum braucht die Frau noch mehr? [...] Aus ihrer Macht über die Frauen leiten die Männer ihre Rechte den Frauen gegenüber her. Die Tatsache der Herrschaft ist aber kein Recht. Gesetzlich bestimmen sie alle die Maßregeln, Gebräuche und Ordnungen, die zur Unterdrückung des weiblichen Geschlechts dienen, und nennen diese Arrangements dann einen Rechtszustand. Das Unrecht wird aber nicht geringer, wenn ein Gesetz es sanktioniert hat, die Unterdrückung nicht weniger nichtswürdig, sondern nur umso furchtbarer, wenn sie einen universellen, einen weltgeschichtlichen Charakter trägt. [...] Die Frauen wollen keine Gnadenbeweise und Privilegien, sie betteln nicht um Wohltaten und Almosen. Sie fordern Gerechtigkeit. [...] Die Frauen verlangen das Stimmrecht, weil jede Klasse, die am politischen Leben unbeteiligt ist, unterdrückt wird; die Beteiligung am politischen Leben dagegen notwendig im Laufe der Zeit die Gleichheit vor dem Gesetze zur Folge haben muss. Die Klassen, die das Stimmrecht nicht üben dürfen, sind in der Gewalt der anderen Klassen, die es üben. Dieses Prinzip ist stets so einstimmig von allen liberalen Parteien anerkannt worden, dass die Verleugnung desselben, den Frauen gegenüber, schier unbegreiflich ist. [...] Der Mangel des Stimmrechts bedeutet für die Frau: Du sollst kein Eigentum haben, keine Erziehung, kein Recht an den Kindern, dich darf der Mann, der Starke, züchtigen, dich stößt die Gesellschaft als Witwe mit deinen unversorgten Kindern [...] in die Wüste des Elends. [...] So sind auch die Frauen frei, weil in einem Staate freier Menschen es keine Unfreien geben kann. Die Menschenrechte haben kein Geschlecht.

*Anne Conrad/Kerstin Michalik (Hg.), Quellen zur Geschichte der Frauen, Bd. 3: Neuzeit, Reclam, Stuttgart 1999, S. 318 ff.**

M 9 Clara Zetkin zum Frauenwahlrecht

Clara Zetkin (1857–1933) war eine Politikerin der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), ab 1919 der KPD und galt als eine der führenden Persönlichkeiten der proletarischen Frauenbewegung. Die folgende Rede hielt sie 1907 anlässlich eines Sozialistenkongresses in Stuttgart.

Die sozialistischen Frauen werten das Frauenstimmrecht nicht als die Frage der Fragen, deren Lösung all die sozialen Hemmnisse beseitigt, welche für die freie, harmonische Lebensentwicklung und Lebensbetätigung des weiblichen Geschlechts bestehen. Denn es rührt nicht an die tiefste Ursache derselben: an das Privateigentum, in welchem die Ausbeutung und Unterdrückung eines Menschen durch einen anderen Menschen wurzelt. [...] Die Zuerkennung des Wahlrechts an das weibliche Geschlecht hebt nicht den Klassengegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten auf, aus dem die schwersten sozialen Hindernisse für die freie Entfaltung und das harmonische Ausleben der Proletarierinnen erwachsen. Sie beseitigt aber auch nicht die Konflikte, welche aus den sozialen Gegensätzen zwischen Mann und Weib in der kapitalistischen Ordnung für die Frau als Angehörige ihres Geschlechts entstehen. Umgekehrt:

die volle politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts bereitet den Boden, auf dem diese Konflikte sich zu ihrer vollen Schärfe auswachsen können, Konflikte verschiedener Art, deren weittragendster und schmerzensreichster der ist zwischen beruflicher Arbeit und Mutterschaft. Für uns Sozialisten kann daher das Frauenwahlrecht nicht wie für die bürgerlichen Frauen „das Endziel" sein. Wir schätzen aber seine Eroberung als eine Etappe, aufs innigste zu wünschen im Kampfe um unser Endziel.

Das Wahlrecht hilft den bürgerlichen Frauen die Schranken niederreißen, die in Gestalt der Vorrechte des männlichen Geschlechts ihnen Bildungs- und Tätigkeitsmöglichkeit einengen. Es rüstet die Proletarierinnen in dem Kampfe, den sie für Erringung vollen Menschentums gegen Klassenausbeutung und Klassenherrschaft führen. Es befähigt sie in höherem Maße als bisher teilzunehmen an dem Kampfe für die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat zum Zwecke der Überwindung der kapitalistischen und zur Aufrichtung der sozialistischen Ordnung, in der allein die Frauenfrage ihre Lösung findet. […]

Man sollte meinen, dass angesichts dieser Lage der Dinge das ganze politisch rechtlose weibliche Geschlecht in einer Phalanx[1] für das allgemeine Frauenwahlrecht kämpfen müsse. Dem ist jedoch nicht so. Die bürgerlichen Frauen stehen nicht einmal einheitlich und geschlossen hinter dem Prinzip der vollen politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts, geschweige denn, dass sie als eine festgefügte Macht mit aller Energie für das allgemeine Frauenwahlrecht kämpfen. […] Es ist die unvermeidliche Folge der verschiedenen sozialen Schichtungen innerhalb der Frauenwelt. […]

So wird auch das Ringen für das Frauenwahlrecht von dem Klassengegensatz und dem Klassenkampf beherrscht. […]

Die Proletarierinnen können daher im Kampfe um ihr Bürgerrecht nicht auf die Unterstützung der bürgerlichen Frauen zählen, die Klassengegensätze schließen aus, dass sie sich der bürgerlichen Frauenbewegung in ihrem Kampfe anschließen.

Zit. nach: Zetkin Clara, Das Frauenstimmrecht, in: Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Stuttgart, 18. bis 24. August 1907, S. 40–48. Buchhandlung Vorwärts, Berlin, 1907, S. 40–48*.(alte Rechtschreibung)*

1 *Phalanx:* dicht geschlossene Reihe

M 10 „Die emanzipierte Ehefrau", Postkarte, um 1905

Frauen in der Weimarer Republik

M 11 Die Juristin Pascale Cancik zur Gleichberechtigung der Frauen in der Zeit der Weimarer Republik, 2019

Der neue Verfassungstext änderte nichts. Wie alle Verfassungstexte, die gesellschaftliche „Realitäten" und Traditionen nicht einfach fortschreiben, bedurften auch die normativen[1] Ansätze begrenzter Gleichberechtigung der Umsetzung. Gesetze waren zu erlassen oder zu ändern, die Auslegung […] bestehenden Rechts zu überprüfen. Nicht eine der Regelungen etwa im Bürgerlichen Gesetzbuch […], die Frauen […] schlechter stellte als Männer […], änderte sich von allein. Mehr noch: Jede Änderung musste hart erkämpft werden, viele Reformvorschläge der Zeit wurden erst Jahrzehnte später […] umgesetzt. Ändern mussten sich nicht nur die Rechtstexte, sondern die Politiker, die Verwalter, die Richter, die Arbeitgeber und die Frauen.

Der neue Verfassungstext änderte vieles. Konnte gegen Gleichberechtigungsforderungen bislang auf das geltende Recht verwiesen werden, das eben Frauen nicht zum Abitur, zum Studium, zum Beruf zuließ, musste nun von Verfassungswegen ein rechtfertigendes Argument konstruiert werden.

Pascale Cancik: Der Kampf um Gleichberechtigung als Voraussetzung der Republik, in: Horst Dreier u.a. (Hg.), Das Wagnis der Demokratie. Eine Anatomie der Weimarer Reichsverfassung, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2019, S. 165 . © C. H. Beck*

1 *normativ:* rechtlich vorgeschrieben

M 12 Die Historikerin Ute Frevert über den Typus der „neuen Frau", 1986

Fortschritt und Beharrung, Modernität und Tradition trafen im Typus der „neuen Frau", wie ihn die Weimarer Kulturkritik kreierte, auf besondere Weise zusammen. Schon das äußere Erscheinungsbild junger Frauen nach dem Krieg verführte manchen Zeitgenossen dazu, das „Zeitalter der befreiten Frau" einzuläuten. Bubikopf, Zigaretten, saloppe Mode galten als Markenzeichen der modernen Frau, die den Gleichberechtigungsgrundsatz der Weimarer Verfassung ernst nahm und ihren Platz in Beruf und Öffentlichkeit selbstbewusst ausfüllte. Doch nicht bloß in ihrem Äußeren schienen sich Frauen Männern angleichen zu wollen, auch in ihren Lebensplänen verwischten sich die Grenzen zwischen den Geschlechtern. Immer mehr Frauen übten einen Beruf aus und verdienten eigenes Geld. […] Frauen arbeiteten seltener in land- und hauswirtschaftlichen Berufen und übernahmen häufiger Positionen in der Industrie, im Handwerk und im Dienstleistungssektor. Waren 1907 noch zwei Drittel aller erwerbstätigen Frauen in der Haus- und Landwirtschaft tätig, sank ihr Anteil bis 1925 auf 55 % und lag 1933 bei 51 %. Für diese „traditionellen" Frauen interessierten sich in der Weimarer Republik weder Medien noch Sozialpolitik. Auch die Industriearbeiterinnen, die 1925 18,4 % aller weiblichen Erwerbspersonen stellten, standen nicht im Rampenlicht der Emanzipationsdebatte, ebenso wenig die kleine Schar studierter Frauen, die als Lehrerinnen, Ärztinnen oder Juristinnen Zugang zur höheren, männlich exklusiven Berufssphäre gefunden hatten. Heißdiskutierte Prototypen[1] […] waren vielmehr die jungen Angestellten, die als Kinder der neuen Zeit gefeiert oder, je nach Weltanschauung, gescholten wurden. In den Sekretärinnen, Stenotypistinnen und Verkäuferinnen schien die Modernität des Weimarer Systems augenfällig zu werden […].

*Ute Frevert, Frauen-Geschichte: Zwischen bürgerlicher Verbesserung und neuer Weiblichkeit, edition suhrkamp, Frankfurt/M. 1986, S. 171 f.**

1 *Prototyp:* Versuchsmodell, das dem fertigen Produkt ähnelt; Vorbild für die jüngere Generation

M 13 Statistik zur Erwerbstätigkeit von Frauen (in Prozent)

	1882	1907	1925	1933
Anteil der erwerbstätigen Frauen an der Gesamtzahl der Frauen	33,8	31,2	35,6	34,2
davon tätig als mithelfende Familienangehörige	40,7	35,2	36,0	36,1
Dienstmädchen/Hausangestellte	17,9	16,1	11,4	10,5
Arbeiterinnen in Industrie und Handel	11,8	18,3	23,0	22,9
in der Landwirtschaft	15,5	14,5	9,2	7,5
Angestellte und Beamtinnen	1,7	6,5	12,6	14,8
Selbstständige	12,3	9,2	7,7	8,0

Nach: Ute Frevert, Frauen-Geschichte, ebenda, S. 290.

Station 3: Kultur und Medien zwischen Tradition und Moderne

Welche Innovationen gab es im Bereich Kultur und Medien im Deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik?
Wie reagierten die Bürgerinnen und Bürger auf die Modernisierungsprozesse?

M 1 George Grosz (1893–1959), „Metropolis“ (Berlin), Gemälde, 1916

„Metropolis“, George Grosz

mumaqo

Zwischen Aufbruch und Beharrung

Das Gesicht der Städte war ab Mitte des 19. Jahrhunderts durch das **Nebeneinander von Gegensätzen** geprägt: Mietskasernen, Armut, Kriminalität in den Randbezirken, während das wohlhabende Bürgertum Villen in den grünen Vororten bewohnte.
Die Anonymität der Großstadt ermöglichte ein Ausbrechen aus starren Konventionen und ein neues, freiheitliches Lebensgefühl. Die kulturelle und künstlerische **Avantgarde*** der Moderne erreichte nicht die Massen und traf auf Widerspruch und Ablehnung aus konservativen und traditionsbewussten Kreisen wie im Bürgertum. Die Landbevölkerung empfand das Tempo der Veränderungen in den Großstädten als zu hoch und gefährlich. Der Trend zur Modernisierung setzte sich in der **Weimarer Republik** fort, die oft mit einer beispiellosen **Blüte von Kunst und Kultur** in Verbindung gebracht wird, für die bildhaft der Begriff der **„Goldenen Zwanziger“** steht. In den Bereichen Kunst, Literatur, Theater, Städtebau, Architektur, Rundfunk und Film entstanden bahnbrechende Werke und Entwicklungen. Die in der **Weimarer Reichsverfassung** gewährleistete Meinungs- und Kunstfreiheit schuf den Rahmen für die Entfaltung von Kunst und Kultur. Die im Zuge der Urbanisierung weiterhin wachsenden Großstädte, allen voran die Metropole Berlin, dienten als Experimentierfeld für neue Entwicklungen.

Avantgarde
Als Avantgarde werden politische oder künstlerische Bewegungen bezeichnet, die sich an der Idee des Fortschritts orientieren und ein besonderes Maß an Radikalität befürworten. Sie sehen sich als Vorreiter neuer Entwicklungen.

▶ M 4: Der Architekt Hannes Meyer über die „neue Welt“, 1926

Kultur zwischen Modernität und Ablehnung

Im Kaiserreich dominierten in der Kunst Historienmalereien und Darstellungen des bürgerlichen sowie adligen Lebens (siehe S. 76 ff.). Um 1890 entwickelten sich parallel dazu Strömungen, die diese konservative und traditionsbehaftete Kunst und Kultur ablehnten. So gelang dem **Expressionismus** der Durchbruch in Deutschland bereits in den Jahren um 1910. Viele Künstlerinnen und Künstler übten mit ihren ausdrucksstarken Gemälden, Gedichten und Theaterstücken scharfe Kritik an den politischen und gesellschaftlichen Zuständen, insbesondere in den Großstädten und nach den grauenhaften Erfahrungen des Ersten Weltkrieges (M 1).
Das Publikum reagierte auf die neuen künstlerischen Ausdrucksformen und Themen gespalten: So kündigte der Kaiser 1894 demonstrativ seine Loge im Deutschen Theater, um sein Missfallen an dem sozialkritischen Theaterstück „Die Weber“ von Gerhart Hauptmann deutlich zu machen. Doch das naturalistische Drama, das den Weberaufstand von 1844 thematisierte (siehe S. 26 ff.), wurde ein großer Bühnenerfolg.
In der Weimarer Republik bestimmte oft nicht mehr die stete Suche nach einer völlig neuen Welt und neuen Ausdrucksformen das künstlerische Denken und Handeln, sondern eine sachlichere Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit prägte alle Kunstrichtungen. Dieses Streben nach **„Neuer Sachlichkeit“** lässt sich eindrücklich an der Architektur, insbesondere der **Bauhaus-Bewegung**, aufzeigen: Das neue Bauen war geprägt von Schlichtheit, einfacher Formensprache und Funktionalität, alles Ornamentale war verpönt. Glas, Beton und Stahl wurden bevorzugt verwendet. Literarische Texte beschrieben nüchtern individuelle Schicksale oder gesellschaftliche und wirtschaftliche Probleme des Großstadtlebens und thematisierten das neue Frauenbild oder die Rolle der Medien. Auch in der Musik wurden seit der Jahrhundertwende neue Formen erprobt bis hin zur Auflösung traditioneller musikalischer Strukturen in der Zwölftontechnik Arnold Schönbergs.

▶ M 5: Georg Scholz, „Selbstbildnis vor der Litfaßsäule“, Gemälde, 1926
▶ M 6– M 7: Stuttgarter Weissenhofsiedlung

Massenkultur

Ab der Mitte des 19. Jahrhunderts gab es erste Ansätze zur Ausbildung einer sogenannten Massenkultur, die **immer breiteren Bevölkerungsschichten die Möglichkeiten des Konsums und der kulturellen Teilhabe** bot. Dass Freizeit nicht mehr ein Vorrecht gut situierter bürgerlicher Schichten blieb, sondern auch in bescheidenerem Maße Arbeiterinnen und Arbeitern zugutekam, lag u. a. an sozialpolitischen Fortschritten in der Weimarer Republilk (siehe S. 120 ff.). Gesetzliche Vorschriften verkürzten die Arbeitszeit, weshalb weit mehr Menschen als früher die Chance besaßen, ihre Freizeit beim Sport, im Schrebergarten oder bei Ausflügen ins Grüne zu genießen.
Im Deutschen Kaiserreich erlebten **Sportvereine**, die es schon seit den 1840er-Jahren gab (siehe S. 51, M 6), einen enormen Aufschwung: Waren es 1880 noch 2 000 Sportvereine, gab es 1914 schon 11 500 Sportklubs. Die Massenproduktion von Fahrrädern vergrößerte auch für die Arbeiterschaft den Bewegungsradius und demokratisierte den einst elitären Sport. Der Trend zur Massenkultur verstärkte sich in der Weimarer Republik: Sportereignisse wie Fußballspiele, Boxkämpfe, Fahrrad- und Autorennen waren beliebt (M 2), aber auch Jahrmärkte und Tanzveranstaltungen. Besonders attraktiv waren Jazzmusik und neue Tanzstile wie der Charleston. Allerdings ebneten die Angebote der Massenkultur die sozialen Unterschiede nicht ein, da der Großteil des Bürgertums diese modernen Strömungen nicht auf-

M 2 August Dressel, Sechstagerennen, Zeichnung, 1909.
Die Zeichnung zeigt das erste Sechstagerennen in Berlin. Radrennen zogen ein Massenpublikum an.

▶ M 8: „Großstadt“, Gemälde von Otto Dix, 1927/28

▶ Charleston live

▶ M 9: Die Journalistin Katharina Rathaus über den Tanz „Charleston“, 1926

nahm, sondern seine traditionellen Rituale, z. B. den Besuch von Theater- und Opernaufführungen, pflegte. Kostspielige Freizeitaktivitäten wie Jagd oder Reitsport blieben der Oberschicht vorbehalten. Weil die Landbevölkerung weiterhin über wenig Freizeit verfügte und von vielen Freizeitangeboten abgeschnitten blieb, vergrößerte die Entfaltung der modernen Freizeitkultur das Gefälle zwischen Stadt und Land beträchtlich. Die Bevölkerung auf dem Land schaute daher mit Unverständnis und Abwehr auf die „Vergnügungssucht“ und die „losen Sitten“ der Städte.

Medien

M 3 „Der Radionist“, Gemälde von Kurt Günther, 1927

Ein wichtiges Element der Massenkultur waren die Medien. Billige sogenannte Groschenromane lieferten Unterhaltungsliteratur, aber auch anspruchsvolle Literatur war zunehmend als Taschenbuch erhältlich. Der **Zeitungsmarkt** erfuhr im Deutschen Kaiserreich eine deutliche Ausdehnung: Zwischen 1891 und 1914 stieg die Zahl der Zeitungen um 37 Prozent. Auch in der Weimarer Republik blieb die **Presse das wichtigste Massenkommunikationsmittel**, zunehmend populär wurde auch der **Rundfunk**. Zahlreiche neue Sendeanstalten entstanden, die Funkanstalten unterhielten eigene Orchester, Chöre und Theaterensembles. Es gelang allerdings während der 1920er-Jahre nicht, allen Bevölkerungsschichten in gleicher Weise über den Rundfunk Unterhaltung und Informationen zu vermitteln. Denn die Anschaffung eines Radios war hauptsächlich für das mittelständische Bürgertum erschwinglich, zudem war auf dem Land oft kein Empfang möglich.

Ein weiteres neues Medium war seit der Jahrhundertwende der **Stummfilm**. Der Gang in die „Filmvorführanstalten“ wurde im Deutschen Kaiserreich schnell zum gesellschaftlichen Massenphänomen. Das Medium Film entsprach in besonderer Weise den modernen Gegebenheiten des beschleunigten Lebens. 1925 gab es in Deutschland 3 700 und 1930 mehr als 5 000 Kinos. Mitte der 1920er-Jahre gingen etwa zwei Millionen Menschen täglich auf der Suche nach Unterhaltung in die Kinos. Die konservative Kulturkritik, die das Kino als „Teufelszeug“ und „geistige Volksvergiftung“ verdammte, änderte nichts am Erfolg des Unterhaltungsfilms.

▶ M 10–M 11: Zahl der Rundfunkempfänger und Auszug aus dem Rundfunk-Jahrbuch, 1930

▶ M 12: Adolf Sellmann 1912 über das Geheimnis des Kinos

▶ M 13: Historiker über Berlin als europäische Kulturmetropole

1 a) Untersuchen Sie M 1, M 4, M 8 und das Umschlagbild im Hinblick auf das moderne Lebensgefühl, das in den Bildquellen bzw. der Textquelle zum Ausdruck kommt.
b) Sammeln Sie in einer Mindmap Beispiele für das Aufgreifen dieses modernen Lebensgefühls in der Kultur zur Zeit des Kaiserreichs und der Weimarer Republik. **Tipp:** Gliedern Sie in Kunst, Literatur, Architektur und Musik (M 1, M 5, M 7, DT).

2 **Arbeitsteilige Partnerarbeit:**
a) Beschreiben Sie am Beispiel des Sports die Massenkultur seit dem Ende des 19. Jahrhunderts (M 2, DT).
b) Arbeiten Sie aus M 9 die Gründe für die Beliebtheit des „Charleston“ heraus. Überprüfen Sie dabei auch, inwiefern in der Quelle rassistische Züge erkennbar sind.

3 **Arbeitsteilige Partnerarbeit:**
a) Erläutern Sie anhand von M 11, welche Intentionen der Staat mit dem Ausbau des Rundfunks verfolgte, und überprüfen Sie mithilfe des DT und M 10, ob diese Ziele erreicht werden konnten.
b) Arbeiten Sie aus M 12 heraus, worauf der Verfasser den Erfolg der Kinos zurückführt, und erschließen Sie seine Haltung zum Medium Film.

4 **Zusatzaufgabe:** Siehe S. 300.

5 Erklären Sie, inwiefern man im Bereich Kultur und Medien von einem Spannungsverhältnis zwischen Modernisierungsprozessen und Beharrungskräften in der Zeit des Kaiserreichs und der Weimarer Republik sprechen kann (M 6, M 12–M 13, DT).

Weimarer Republik – Rundfunk und Film

teqazi

Modernes Lebensgefühl

M 4 Der Architekt Hannes Meyer über die „neue Welt“, 1926

Hannes Meyer (1889–1954) war ein Leiter des „Bauhauses“. Er wirkte weltweit und gilt als einer der bedeutendsten Vertreter des Neuen Bauens.

Unsere Straßen stürmen die Autos: Von 18–20 Uhr umspielt uns das größtmögliche Fortissimo großstädtischer Dynamik. Flugzeuge […] vergrößern unsere Bewegungsmöglichkeiten und die Distanz zur Erde; sie missachten die Landesgrenzen und verringern den Abstand von Volk zu Volk. Lichtreklamen funkeln, Lautsprecher kreischen, Claxons[1] rasseln, Plakate werben, Schaufenster leuchten auf: Die Gleichzeitigkeit der Ereignisse erweitert maßlos unsern Begriff von „Zeit und Raum“, sie bereichert unser Leben. Wir leben schneller und daher länger. Unser Sinn für Geschwindigkeit ist geschärfter denn je, und Schnelligkeitsrekorde sind mittelbar Gewinn für alle. Segelflug, Fallschirmversuche und Varietéakrobatik verfeinern unser Gleichgewichtsbestreben. Die genaue Stundeneinteilung der Betriebs- und Bürozeit und die Minutenregelung der Fahrpläne lässt uns bewusster leben. […] Grammophon, Mikrophon, Orchestrion und Pianola[2] gewöhnen unser Ohr an das Geräusch unpersönlich-mechanisierter Rhythmen. […] Die Tracht weicht der Mode, und die äußerliche Vermännlichung der Frau zeigt die innere Gleichberechtigung der Geschlechter. […]

*Hannes Meyer, „Die neue Welt“, Das Werk 13, Nr. 7, 1926, S. 205–224.**

1 *Claxon:* Hupe
2 *Orchestrion und Pianola:* Musikautomaten

Kunst zwischen Modernität und Ablehnung

M 5 Georg Scholz (1890–1945), „Selbstbildnis vor der Litfaßsäule“, Gemälde, 1926.

Scholz war ein Vertreter der „Neuen Sachlichkeit“.

M 6 Ursula Büttner über die Stuttgarter Weissenhofsiedlung, 2008

Wie andere Projekte der Avantgarde wurde auch diese Siedlung heftig angegriffen: von Handwerkern, die wegen der unkonventionellen Bauweise um die Zukunft ihres Gewerbes fürchteten, und von Architekturprofessoren, die wegen der ungewöhnlichen Entwürfe um ihre Leitfunktion bangten. Die entschiedensten Gegner schlossen sich 1928 zu dem Bündnis „Der Block“ zusammen und verlangten, die Verwurzelung der Baukunst in „Volk, Heimat, Blut und Boden“ ernst zu nehmen. Wie auf allen Gebieten der Kultur konnten sich auch in der Architektur die Verteidiger der Tradition gut behaupten und am Ende der Republik mit Hilfe rechter Politiker Boden gewinnen. 1928 gab Gropius[1] von den vielen Angriffen entnervt […] die Leitung des „Bauhauses“ auf.

Ursula Büttner, Weimar. Die überforderte Republik 1918–1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, Klett-Cotta, Stuttgart 2008, S. 310 f.

1 *Gropius:* bekannter Architekt und Leiter des Bauhauses

M 7 Wohnhaus in der Stuttgarter Weissenhofsiedlung, Fotografie, 1927.

Die Siedlung wurde von führenden Vertretern des „Bauhauses“ errichtet.

Massenkultur

M 8 **„Großstadt“, Gemälde von Otto Dix, 1927/28**

M 9 **Die Journalistin Katharina Rathaus über den Tanz „Charleston“, 1926**

Mechanisierung und Demokratisierung des Lebens zwingen den Gliedern andere, neue Bewegungen ab. Statt im Zotteltrab Tänze zu tanzen, deren Geist einer verflossenen Ära entstammt, holt die junge Generation ihre Inspirationen aus der ursprünglichen Bewegung primitiver Völker, aus der ungekünstelten Wiedergabe rhythmisch-musikalischer Erlebnisse naiver Gemüter. Landen so erlauschte Pas[1], vielleicht Bewegungsfragmente wilder Völker, in vielen Retorten verschmolzen mit den Resten abendländischer Kultur, geglüht in den Hochöfen modernster Zivilisation, in letzte Form gegossen durch Stilgefühl begabter Tänzer und abgekühlt durch die Konventionen unseres demokratisch-bürgerlichen Milieus, als Gesellschaftstänze in Salon und Ballsaal, was Wunder, wenn Herzen und Beine ihnen zufliegen, zurasen, zujubeln! [...] Dieser Tanz [...] reinigt die Tradition vom Staub der Jahrzehnte, lässt Tanzfanatiker neu entflammen, zeigt der tanzbegeisterten Menge den Rhythmus, der ihrem Leben, Fühlen, Denken entspricht und hört auf den Namen „Charleston“.

Katharina Rathaus, Charleston. Jede Zeit hat den Tanz, den sie verdient, in: UHU 3 (1926), S. 120 f. *

1 *Pas:* Tanzschritt

Medien

M 10 **Zahl der Rundfunkempfänger**

1924	10 000	**1927**	1 600 000
1925	780 000	**1929**	2 800 000

Zahlen nach: Ursula Büttner, Weimar. Die überforderte Republik 1918–1933, Klett-Cotta, Stuttgart 2008, S. 318.

M 11 **Auszug aus dem Rundfunk-Jahrbuch, 1930**

Das Interesse des Staates am Rundfunk ist trotz der nicht unerheblichen Beträge, die er seinen Kassen zuführt, ein vorwiegend ideelles. Zwar gehört er zu den „circenses“[1], derer das Volk bedarf, das nach Zerstreuung, Freude und Erhebung verlangt, aber wichtiger noch ist er dem Staat als ein verhältnismäßig billiges und bis in die entlegensten Behausungen dringendes Mittel der Volksbildung, und das stärkste Interesse nimmt der Staat an ihm wegen seiner Eignung zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Der Grad dieser Eignung erhellt daraus, dass gegenwärtig im Reich rund drei Millionen Rundfunkanschlüsse vorhanden sind, die – wenn auch nur gelegentlich – von sechs bis zehn Millionen Deutschen benutzt werden. Damit ist der Rundfunk zu einer Großmacht geworden, die an Bedeutung die Großmacht Presse vielleicht noch übertrifft. Der Staat und mit ihm alle Rundfunkleiter wollen, dass diese Großmacht im aufbauenden, nicht im zersetzenden Sinne wirksam ist. Sie soll die inneren Kämpfe, unter denen unser Volk leidet, mildern [...]. Sie soll die Deutschen dazu erziehen, die Meinung anders Denkender zu verstehen und zu achten. Sie soll dem sozialen Ausgleich dienen und die Klüfte zwischen den Gesellschaftsschichten überbrücken helfen. Sie soll endlich zur staatsbürgerlichen Erziehung und zur Versöhnung der Völker beitragen. [...] Zu einer Entgiftung der inneren und äußeren Atmosphäre ist der Rundfunk aber nur geeignet, wenn er behutsam und in jeder Weise überparteilich gehandhabt wird. Um dies zu erreichen und zu verhindern, dass mit einem so wichtigen Instrument Missbrauch getrieben wird, musste der Staat entscheidenden Einfluss auf den Rundfunk nehmen.

Peter Longerich (Hg.), Die Erste Republik. Dokumente zur Geschichte des Weimarer Staates, Piper, München 1992, S. 357 f. *

1 *Circenses:* den Zirkus betreffend

M 12 **Adolf Sellmann, Das Geheimnis des Kinos, 1912**

Wohl keine Erfindung der Gegenwart macht in gleichem Maße von sich reden wie das Kino, in der Tagespresse wie im Tagesgespräch. Überall schießen neue Kinos auf, wie Pilze über Nacht. Das Nachtbild unserer Großstädte kann man sich ohne die lichtumstrahlten Portale der Lichtspielhäuser nicht mehr denken. [...] Auch der Gebildete, auch die Wissenschaft und Schule, Staat, Stadt- und Landgemeinde haben die kulturelle Bedeutung des Kinos begriffen und treten der Ausnutzung und Gründung von Kinos näher. Wer wollte auch dieser brennenden Frage gleichgültig zuschauen?

Indes vor allem wichtig ist: Wie können die Gefahren, die unserm Volke noch von so manchen Kinos drohen, abgewehrt werden? [...]

So wie heute darf es nicht bleiben. Die Kinos stecken noch viel zu sehr im Jahrmarktsrummel und in der Schaubudenmanier. [...] Müssen wir uns da nicht fragen: Wie kommt es, dass das Kino so weite und so schnelle Verbreitung finden konnte? Welches ist das Geheimnis seines Erfolges, seiner ungeheuren Beliebtheit? Versuchen wir die Antwort. [...]

Im Theater muss ich mich durchweg geistig mehr anstrengen. Ich muss auf die Worte achten und auf die Gedanken, die einem oft in sehr knapper, scharfgeschliffener Form entgegentreten. Eine solch straffe Gedankenspannung ist vor der Lichtbühne nicht nötig. Vor allem arbeitet hier das Auge. Mit ihm fange ich mühelos die Bewegungen, das Mienenspiel und die Gesten ein. Und mühelos geht mir auch der Sinn der Flimmerjagd ein. Überhaupt schon ist angestrengtes Nachdenken nicht jedermanns Ding. Aber auch ohnedem: wer will es dem abgehetzten Alltagsmenschen von heute, wer will es besonders dem in Handarbeit fronenden Volke verargen, wenn es nach saurer, abstumpfender Arbeit im Kino entspannende Unterhaltung sucht? [...]

Im Lichtspieltheater dagegen huscht ein Kunterbunt am Auge vorüber: Lustiges und Ernstes, Belehrendes und Unterhaltendes, Nahes und Fernes, Vergangenes und Gegenwärtiges. Diese [...] begleiten Klänge des Klaviers oder des Grammophons, vielleicht auch die erklärenden Worte des Rezitators oder das schallende Gelächter des Publikums, das Echo der humoristischen Schlager.

Zit. nach: Bild und Film, 1. Jg., Heft 3/4, S. 65–67. Im Internet unter: https://www.lwl.org/westfaelische-geschichte/portal/Internet/drucken.php?ID=1306&tab=que (Download vom 27. Februar 2023). *

M 13 **Die Historiker Eberhard Kolb und Dirk Schumann über Berlin als europäische Kulturmetropole, 2013**

In der Tat ist die „Weimarer Kultur“ nicht vorstellbar ohne das pulsierende geistige, kulturelle und gesellschaftliche Leben der Reichshauptstadt, die in diesen Jahren zur europäischen Kulturmetropole [...] aufstieg. [...] Das Berlin dieser Jahre wirkte wie ein Magnet auf alle Talente [...]. Die deutsche Reichshauptstadt, damals der Einwohnerzahl nach die drittgrößte Stadt der Welt hinter London und New York (mit seinen 4,3 Millionen Einwohnern im Jahr 1929 zählte Berlin 1,5 Millionen Einwohner mehr als Paris), war eine Stadt der Superlative in vielerlei Hinsicht: die größte und vielfältigste Zeitungsstadt der Welt, die Stadt der großen Verlagsimperien, der Theater und Konzertsäle, Vorort des politischen Kabaretts, Schlager und Chansons aus diesen Jahren sind bis heute bekannt. Berlin hatte aber auch die schnellste Stadtbahn und war die telefonierfreudigste Stadt der Welt (fast 500 000 Telefonanschlüsse, von denen täglich 1,25 Millionen Telefongespräche geführt wurden). [...] Hier in der Reichshauptstadt vollzog sich der Akzelerationsprozess[1] in der Veränderung der Lebens- und Wertvorstellungen am deutlichsten. Aber eben dadurch wurden auch starke Emotionen und Aversionen[2] geweckt.

Eberhard Kolb/Dirk Schumann, Die Weimarer Republik, 8. Aufl., Oldenbourg, München 2013, S. 105 f. *

1 *Akzeleration:* schnelles, beschleunigtes Wachstum
2 *Aversion:* Abneigung

Zusammenfassen: Deutsches Kaiserreich und Weimarer Republik

M 1 Wahllokal in Berlin, Fotografie, 19. Januar 1919

M 2 Antisemitischer Aufkleber aus der Zeit um 1900.

Seit ungefähr dem 18. Jahrhundert verbreiten Aufkleber Botschaften, von Beginn an auch rassistische und antisemitische.

Die Gründung des **Deutschen Kaiserreichs** als erster deutscher Nationalstaat erfüllte 1871 eine zentrale Forderung des **Nationalismus**. Neben der staatlichen Einheit auch eine Einheit in der Gesellschaft herzustellen, blieb aber eine Herausforderung im vielfältigen Spannungsfeld zwischen Tradition und Moderne. Dieses hatte sich angesichts der Veränderungen des Jahrhunderts in unterschiedlichen Bereichen entwickelt. Nationalismus und **Liberalismus** standen als „Zugkräfte der Moderne" im Wechselspiel mit traditionellen Kräften. Die veränderte Bedeutung des **Adels** im Kaiserreich markiert beispielhaft die gesellschaftliche Entwicklung. Zwar behielt der Adel seine führende politische und gesellschaftliche Rolle, verlor jedoch infolge des ökonomischen Wandels an Bedeutung im Verhältnis zum **Bürgertum**. Die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse führten zu einem erhöhten Bedürfnis nach politischer Partizipation, dem die Verfassung des Deutschen Kaiserreichs durch Einräumung von Mitbestimmungsmöglichkeiten für die männliche Bevölkerung Rechnung trug. Zudem übten Parteien und Verbände wachsenden Einfluss auf politische Prozesse aus. Dabei wurde infolge der **Industrialisierung** und der daraus resultierenden **Sozialen Frage** das Spektrum der politischen Strömungen durch die Ideen von Karl Marx und Friedrich Engels zum **Kommunismus** und dem **Sozialismus** als seiner Vorstufe erweitert. Die Arbeiterbewegung mit der Arbeiterpartei SPD, die der neu entstandenen Industriearbeiterschaft eine Stimme verlieh und eine menschenwürdige Gestaltung ihrer Lebensbedingungen durch die Politik forderte, wurde im Kaiserreich zu einer wichtigen politischen Kraft. **Bismarck** als der führende Politiker nach der Reichsgründung sah sich gezwungen, auf die gesellschaftlichen Veränderungen mit einer staatlichen **Sozialgesetzgebung** zu reagieren. Damit wurden zwar die Grundlagen eines modernen Sozialstaats geschaffen, die Lebensbedingungen blieben aber für viele Menschen schwierig. Ein weiteres Beispiel dafür, dass in der Zeit um 1900 ungleichmäßige Modernisierungsprozesse stattfanden, ist die Situation der jüdischen Bevölkerung, die rechtlich zunehmend gleichberechtigt wurde, sich aber mit einem anwachsenden Antisemitismus konfrontiert sah (M 2). Das politische Klima im Vorfeld des **Ersten Weltkrieges** wurde auch durch einen aggressiven völkischen Nationalismus geprägt.

Die **Novemberrevolution 1918** führte zur Durchsetzung der parlamentarischen **Demokratie** in Deutschland, zugleich war die **Weimarer Republik** seit Beginn von einem Ringen um Stabilität gezeichnet: Die **Weimarer Reichsverfassung** 1919 stellte einen Meilenstein in der deutschen Demokratiegeschichte dar. Sie erfüllte liberale politische Forderungen wie die **Volkssouveränität** und verankerte gesellschaftliche Fortschritte verfassungsrechtlich. Besonders deutlich wurde dies in der Einführung des Wahlrechts für Frauen (M 1). Dennoch wies die Verfassung auch langfristig bedeutsame Schwächen auf wie die starke Stellung des Reichspräsidenten oder die unzureichende Sicherung der Grundrechte. Problematisch wurde im Lauf der Weimarer Republik zudem die Spaltung der Arbeiterschaft, die sich bereits während der Novemberrevolution abzeichnete. Eine weitere Belastung waren die Folgen des Ersten Weltkrieges (u. a. **Vertrag von Versailles**), die im politischen Prozess fortgesetzt instrumentalisiert wurden. Die junge Demokratie wurde nicht nur von extremistischen Kräften bedroht, sie wurde auch infrage gestellt von den alten Eliten, z. B. in der Justiz oder im Militär. Das **Krisenjahr der Weimarer Republik 1923** markierte einen Tiefpunkt der Entwicklung und war zugleich eine Bewährungsprobe für die junge Demokratie. Denn den demokratischen Kräften gelang eine relative, wenngleich nicht dauerhafte Stabilisierung des Staates, wozu auch sozialstaatliche Maßnahmen beitrugen. Technische Entwicklungen ermöglichten seit dem Kaiserreich einer breiten Bevölkerung vielfältige kulturelle Angebote. Moderne künstlerische Strömungen entwickelten sich weiter, wurden aber von konservativen Kräften oft abgelehnt. Mit der **Weltwirtschaftskrise 1929** kam es zu einem erneuten Umbruch nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Politik und Gesellschaft.

▶ Übung

Anwenden

M 3 Berlin, Bahnhof Friedrichstraße, Fotopostkarte, um 1910

M 4 Der Historiker Heinrich August Winkler 2001 über die Revolution 1918/19

Die Revolution von 1918/19, mit der die Republik ins Leben trat, gehört nicht zu den großen Revolutionen der Weltgeschichte. Dass sie keine klassische […] Revolution war, lag, so paradox das klingen mag, an dem bereits erreichten Grad an Demokratie. Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs konnte es nur um mehr Demokratie gehen, also um das Frauenwahlrecht, die Demokratisierung des Wahlrechts in den Einzelstaaten und Gemeinden, die konsequente Parlamentarisierung in Reich und Ländern. Eine Verfassunggebende Nationalversammlung musste nach dem Sturz der Monarchie zum frühestmöglichen Zeitpunkt gewählt werden: Darin war sich die große Mehrheit der Deutschen einig. Parolen wie „Alle Macht den Räten" oder „Diktatur des Proletariats" fanden nur bei einer kleinen Minderheit Anklang. Wer solche Parolen ausgab, propagierte damit, ob er es wollte oder nicht, den Bürgerkrieg. […] Ein deutscher Bürgerkrieg hätte sofort die Alliierten auf den Plan gerufen, also zur Erneuerung des Weltkriegs geführt. Das konnten die gemäßigten Kräfte in Arbeiterschaft und Bürgertum nicht wollen, und weil sie es nicht wollten, mussten sie miteinander zusammenarbeiten.

[…] Ende 1918 aber war die Sozialdemokratie längst gespalten in die Mehrheitssozialdemokraten, die dem Reich bis zuletzt Kriegskredite bewilligten, und die Unabhängigen Sozialdemokraten, die die Kriegskredite ablehnten. Hätte sich die Partei nicht wegen der Kriegskredite gespalten, dann wegen eines Eintritts von Sozialdemokraten in ein Koalitionskabinett. Eine Koalition zwischen den Mehrheitssozialdemokraten und den Parteien der liberalen und katholischen Mitte setzte, marxistisch gesprochen, die wechselseitige Bereitschaft zum Klassenkompromiss voraus. Ohne diese Bereitschaft konnte es keine parlamentarische Demokratie geben, sondern nur den Bürgerkrieg. Daraus lässt sich ein weiteres Paradoxon ableiten: Die Spaltung der marxistischen Arbeiterbewegung war nicht nur eine schwere Vorbelastung der ersten deutschen Demokratie, sondern zugleich eine Vorbedingung derselben.

Die Zusammenarbeit zwischen den gemäßigten Kräften in Bürgertum und Arbeiterschaft ist einer der Gründe, warum es beim Übergang von der Monarchie zur Republik so viel gesellschaftliche Kontinuität gab. Keine der kaiserlichen Machteliten wurde 1918/19 entmachtet: nicht der Großgrundbesitz, nicht die Schwerindustrie, nicht das Militär, nicht das hohe Beamtentum, nicht die Justiz. Die Republik musste folglich mit Machteliten leben, die ihr reserviert bis feindlich gegenüberstanden.

*Heinrich August Winkler, Weimar – Bonn – Berlin, in: Peter März (Hg.), Die zweite gesamtdeutsche Demokratie, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 2001, S. 12 f.**

1 Wahlaufgabe:

a) Beschreiben Sie, ausgehend von M 1 und M 3, wie sich Fortschritt und Moderne im Alltag der Menschen um 1900 abbildeten.

b) Analysieren Sie M 2 im Hinblick auf den darin zum Ausdruck kommenden Antisemitismus und ordnen Sie die Quelle in das Spannungsfeld von Tradition und Moderne ein.

Tauschen Sie sich über Ihre Ergebnisse aus.

2 Stellen Sie, ausgehend von dem Film „Wie modern war das Deutsche Kaiserreich?" (siehe QR-Code), zentrale Entwicklungen im Spannungsfeld von Tradition und Moderne im Kaiserreich tabellarisch stichwortartig gegenüber.

Video: „Wie modern war das Deutsche Kaiserreich?"

mavabu

3 Arbeiten Sie aus M 4 Einschränkungen der politischen Handlungsspielräume 1918/19 heraus.

4 Erläutern Sie die Aussage: „Die Republik musste […] mit Machteliten leben, die ihr reserviert bis feindlich gegenüberstanden." (M 4, Z. 50 ff.)

5 Bewerten Sie Ihre heutigen Möglichkeiten zur politischen und gesellschaftlichen Mitgestaltung im Vergleich zur Zeit des Kaiserreichs und der Weimarer Republik. Beziehen Sie auch konkrete eigene Erfahrungen mit ein.

Deutschland zwischen Demokratie und Diktatur

Die Herausforderungen und Gefährdungen für die Entwicklung der Demokratie im Deutschland des 20. und frühen 21. Jahrhunderts stehen im Mittelpunkt des zweiten Halbjahres.

Auf die parlamentarische Demokratie der Weimarer Republik folgte **1933** nach nur 14 Jahren die NS-Diktatur. Im Zweiten Weltkrieg 1939 bis 1945 weiteten die Nationalsozialisten die Diktatur auf die Nachbarstaaten aus. Die bedingungslose Kapitulation Deutschlands am 8./9. Mai **1945** ging mit einem Zusammenbruch der politischen Strukturen in Deutschland einher. Der Neuanfang verlief im Westen und Osten Deutschlands unterschiedlich. Auf der einen Seite stand seit **1949** die Bundesrepublik Deutschland mit einer freiheitlich-demokratischen Verfassung, auf der anderen die Deutsche Demokratische Republik mit einem sozialistischen System. Vierzig Jahre lang gab es zwei deutsche Staaten mit je eigenen Herausforderungen. **1989** leiteten friedliche Proteste der Bürgerinnen und Bürger der DDR gegen die Politik ihrer Regierung die Wiedervereinigung in einem gemeinsamen parlamentarisch-demokratischen Staat **1990** ein. Die wiedervereinigte Bundesrepublik Deutschland wies am Ende des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine stabile demokratische Grundordnung auf, die sich jedoch neuen Herausforderungen stellen musste.

M 1 **Wahlplakat der SPD, 1932**

Kapitel 3 setzt sich zunächst mit dem **Übergang von der Weimarer Demokratie zur NS-Diktatur** auseinander. Die Weimarer Republik war von Anfang an mit verschiedenen Gefährdungen insbesondere durch demokratiefeindliche Kräfte konfrontiert. Die Folgen der Weltwirtschaftskrise seit 1929 verstärkten das Misstrauen vieler Menschen gegenüber der Demokratie. Seit 1930 höhlten vom Reichspräsidenten eingesetzte Präsidialkabinette, die mit Notverordnungen ohne parlamentarische Zustimmung regierten, die demokratische Verfassung weiter aus. Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler Reichskanzler. Die Nationalsozialisten begannen sofort mit dem schrittweisen Aufbau der NS-Diktatur. Sie inszenierte sich nach innen mithilfe von Propaganda und Führerkult. Angeblich „Gemeinschaftsfremde", wie Jüdinnen und Juden sowie andere Gruppen, wurden ausgegrenzt und verfolgt. Im Kontext des Zweiten Weltkrieges kam es zu einer weiteren Radikalisierung, die im **Völkermord** an den europäischen Jüdinnen und Juden und im **Vernichtungskrieg** endete. Die nichtjüdische deutsche Bevölkerung engagierte sich nur vereinzelt für Demokratie und Menschenrechte, die Mehrheit verhielt sich passiv. Es gab aber auch viele, die sich an Entrechtung, Verfolgung und Ermordung beteiligten.

Nach dem Zusammenbruch der NS-Diktatur 1945 entstanden als Folge des weltweiten Kalten Krieges 1949 zwei deutsche Staaten mit unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Systemen. Deren Auswirkungen auf die Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger stehen im Mittelpunkt von **Kapitel 4**. Mit dem **Grundgesetz** schuf die **Bundesrepublik Deutschland** eine Verfassung, die sich an dem Modell der westlichen demokratischen Staaten orientierte und deren Vorgaben eine erneute Gefährdung der Demokratie verhindern sollten. Die Akzeptanz dieser Demokratie durch die Bevölkerung nahm im Laufe der 1950er-Jahre schrittweise zu. Die Einführung der **Sozialen Marktwirtschaft,** der Wirtschaftsaufschwung und der Ausbau eines Sozialstaats trugen wesentlich dazu bei, indem sie für die breite Bevölkerung gesicherte Lebensverhältnisse schufen. Die Bundesrepublik sah sich aber auch mit verschiedenen politisch-gesellschaftlichen Herausforderungen konfrontiert, u. a. durch die kritische 68er-Bewegung. Der demokratische Staat und die Gesellschaft erwiesen sich

jedoch als konfliktfähig. Parlament und Öffentlichkeit boten Raum auch für kontroverse Debatten. Reformen und mehr Mitsprachemöglichkeiten trugen dazu bei, dass die Akzeptanz der demokratischen Ordnung weiterhin in der Bevölkerung erhalten blieb.

Das **sozialistische System** der **Deutschen Demokratischen Republik (DDR)** war eine Diktatur der kommunistischen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Partei- und Staatsorgane waren eng miteinander verknüpft. Überall besaß die SED die Kontrolle und wirkte in alle Lebensbereiche der Bürgerinnen und Bürger hinein. Sozialpolitische Maßnahmen, wie das Recht auf Arbeit, staatlich festgelegte Preise und Löhne sowie Wohnungsbauprogramme und kostenlose medizinische Betreuung, erreichten nur teilweise die von der SED-Führung gewünschte Systemakzeptanz. Die **Planwirtschaft** sollte für Wohlstand und gerechte Verteilung sorgen, wurde aber zunehmend zur Ursache für den Mangel an Gütern und für die Unzufriedenheit der Bevölkerung. Der Staat reagierte mit einer Ausweitung der Kontrolle und Unterdrückung seiner Bürgerinnen und Bürger durch den Staatssicherheitsdienst.

M 2 **Demonstration in Frankfurt am Main gegen Notstandsgesetze, Fotografie, Mai 1968**

M 3 **Demonstration von DDR-Bürgerinnen und Bürgern in Dresden, Fotografie, 19. November 1989**

Mit Zuspitzung der Krise wuchs die Opposition gegen den DDR-Staat. 1989 verlangte die Bürgerrechtsbewegung Reformen und mehr Freiheit für die Bevölkerung und setzte so die **friedliche Revolution** in Gang, die zur Öffnung der innerdeutschen Grenze führte und an deren Ende die **Wiedervereinigung** der beiden deutschen Staaten stand.

In **Kapitel 5** geht es abschließend um die **Bundesrepublik Deutschland nach der Wiedervereinigung**. Das Zusammenwachsen der beiden Staaten und ihrer Bevölkerung stellte eine neue wirtschaftliche und gesellschaftliche Herausforderung dar. Die Angleichung im Osten von Wirtschaftsordnung sowie Lebensverhältnissen im Osten an den Westen bedeutete eine enorme finanzielle und soziale Belastung für alle. Die Demokratie in Deutschland sah sich außerdem Gefährdungen durch fremdenfeindliche, rechtsextreme Terrorakte sowie durch den islamistischen Terror gegenüber. In außenpolitischer Hinsicht hatte es lange zum Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland gehört, sich aufgrund der deutschen Geschichte nicht an internationalen Militäreinsätzen zu beteiligen. Infolge der „Normalisierung" durch die Wiedervereinigung und aufgrund globaler Herausforderungen wurde dieser Grundsatz aufgegeben.

1 Nennen Sie, ausgehend vom DT, Merkmale, die die Herrschaftssysteme Demokratie und Diktatur unterscheiden.

2 Ordnen Sie die Bildquellen M 1 bis M 4 in den historischen Kontext ein.

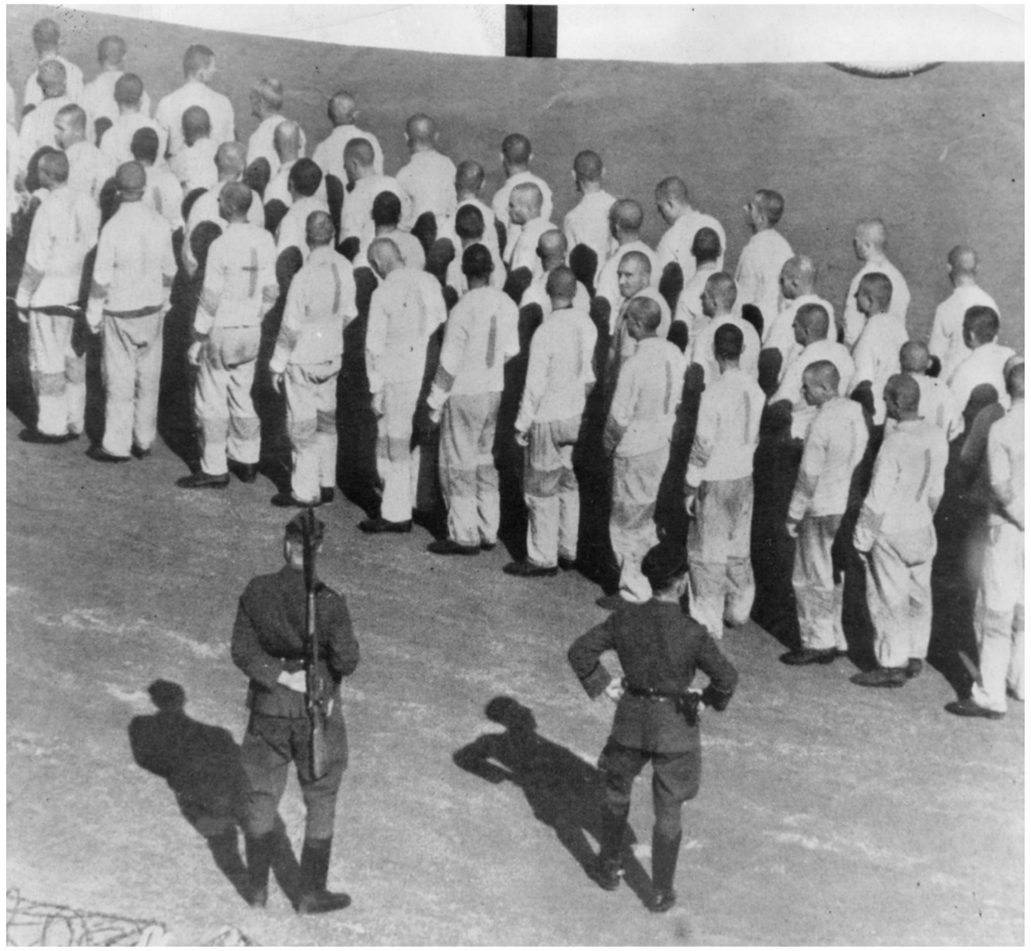
M 4 **Brandanschläge in Mölln (Schleswig-Holstein), Fotografie, 23. November 1992.**

Bei diesen Anschlägen starben drei Menschen: Bahide Arslan, die bei der Rettung ihrer Enkelkinder ohnmächtig wurde, ihre 10-jährige Enkelin Yeliz Arslan und deren 14-jährige Cousine Ayşe Yilmaz. Neun Menschen wurden verletzt.

3

Scheitern der Weimarer Republik – NS-Diktatur und Völkermord

M 1 Titelseite der NS-Wochenzeitschrift „Illustrierter Beobachter“, inszenierte Propagandaaufnahme, November 1936.
Zu sehen sind Häftlinge des Konzentrationslagers Dachau mit ihren Bewachern.



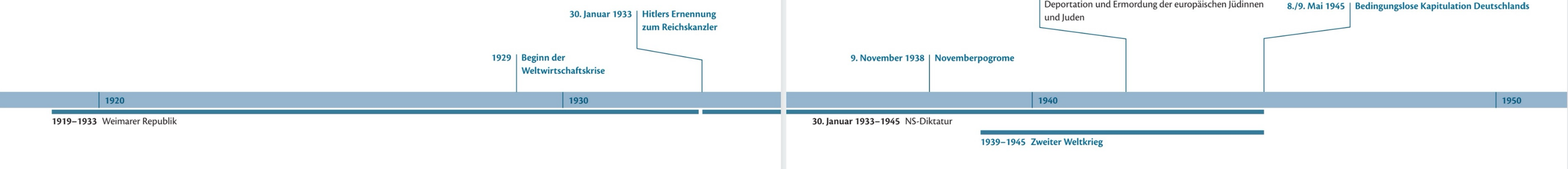
M 2 Die „Straße der Menschenrechte“ in Nürnberg, Denkmal von Dani Karavan, Fotografie, 2001.
Die 30 Artikel der UN-Menschenrechtscharta sind in verschiedenen Sprachen auf den weißen Pfeilern zu lesen und sollen in der Stadt der ehemaligen Reichsparteitage und der nationalsozialistischen „Rassegesetze“ Erinnerung und Mahnung zugleich sein.

Die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 war ein bedeutsamer Einschnitt in der deutschen Geschichte. Nach nur 14 Jahren endete die erste deutsche Demokratie. Hitler und die Nationalsozialisten veränderten Deutschland in sehr kurzer Zeit in eine totalitäre Diktatur, die die Menschenrechte missachtete.

Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung sollte durch Propaganda für das NS-Regime gewonnen werden. Obwohl die gesellschaftliche Wirklichkeit nach wie vor durch soziale Unterschiede und Konflikte geprägt war, propagierte der NS-Staat eine harmonische „Volksgemeinschaft“ und gab diese als Realität aus. Politische Gegner und sogenannte „rassisch Minderwertige“ bekämpfte das NS-Regime hingegen mit Terror und Gewalt. Diese erreichten ihren grausamen Höhepunkt im systematischen Völkermord an den europäischen Jüdinnen und Juden im Zweiten Weltkrieg. Die Nationalsozialisten setzten ihren menschenverachtenden Rassismus und Antisemitismus in die Tat um und ermordeten mehr als sechs Millionen Jüdinnen und Juden, aber auch Sinti und Roma, Homosexuelle sowie kranke und behinderte Menschen.

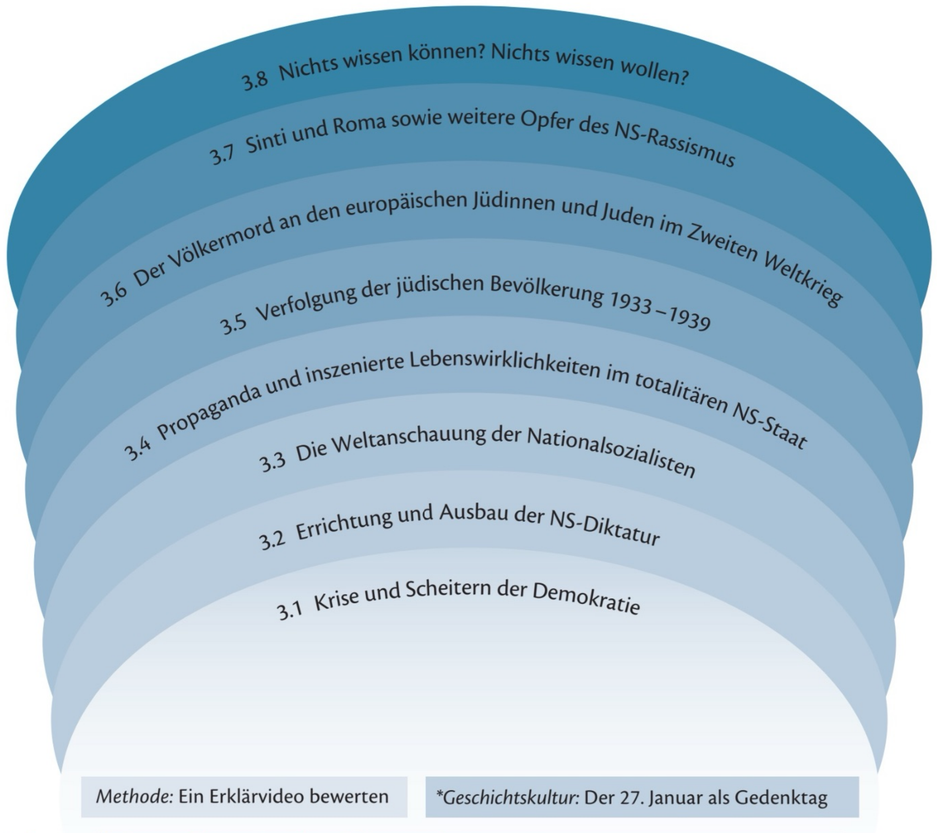
Vor dem Hintergrund des Zweiten Weltkrieges und der von den Nationalsozialisten begangenen Verbrechen wurde am 10. Dezember 1948 die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verkündet. Ihr erster Artikel lautet: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“

1 Analysieren Sie M 1.
Tipp: Beziehen Sie Ihr Wissen, basierend auf einer Exkursion in eine KZ-Gedenkstätte in der 9. Jahrgangsstufe, mit ein.
2 Erläutern Sie, ausgehend von M 1, aus welchen Gründen Menschen von den Nationalsozialisten in ein Konzentrations- oder Vernichtungslager eingewiesen wurden. Stellen Sie Bezüge zur NS-Weltanschauung und dem GB „Volksgemeinschaft“ her.
3 Setzen Sie sich mithilfe des DT mit den Folgen der Missachtung der Menschenrechte und der Zerstörung der Demokratie in der NS-Diktatur auseinander.
Tipp: Beachten Sie dabei auch M 2 und die heutige Bedeutung der Menschenrechte.



Deutsches Reich 1929–1945

M 1 Strukturbild Kapitel 3: Scheitern der Weimarer Republik – NS-Diktatur und Völkermord



Methode: Ein Erklärvideo bewerten

**Geschichtskultur:* Der 27. Januar als Gedenktag

Bei der Bearbeitung dieses Lernbereichs wenden Sie folgende Kompetenzen an:

- Sie erkennen, dass mit der Errichtung des nationalsozialistischen Staates die demokratischen Errungenschaften der **Weimarer Republik** durch eine menschenverachtende Ideologie zerstört wurden, und setzen sich mit den Folgen der NS-Diktatur auseinander. Sie nutzen ihre Erkenntnisse, um den zentralen Stellenwert der **Menschenrechte** wertzuschätzen.
- Sie erklären politische und gesellschaftliche Prozesse der Zeit zwischen 1930 und 1945 multikausal, indem Sie kurz- und langfristige Ursachen und Folgen berücksichtigen.
- Sie erfassen den stufenweisen Abbau von **Demokratie** und **Menschenrechten** in der Endphase der **Weimarer Republik** und den Aufbau des NS-Staates. Sie diskutieren die Gründe des Scheiterns der Weimarer Republik.
- Sie nutzen Ihre Kenntnisse zur nationalsozialistischen Weltanschauung, zur Organisation des NS-Staates und zur Selbstdarstellung des **Nationalsozialismus**, um die Ursachen für seinen Erfolg in der deutschen Bevölkerung zu erörtern.
- Sie erkennen die Systematik der Entrechtung, Ausgrenzung und Verfolgung der Jüdinnen und Juden sowie anderer Opfergruppen und die Dimension der NS-Massenverbrechen, insbesondere des Völkermords an den europäischen Jüdinnen und Juden im Kontext des Vernichtungskrieges.
- Sie setzen sich differenziert mit der Frage auseinander, inwieweit die nichtjüdische Bevölkerung die Entrechtung, Verfolgung und Ermordung der Jüdinnen und Juden wahrnahm und sich an ihr beteiligte.

Überprüfen Sie Ihr Vorwissen zum Ende der Weimarer Republik und zum Nationalsozialismus

1 Geben Sie an, welches Ereignis das Ende der Weimarer Republik markiert.

a) Der Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929
b) Die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933
c) Der Reichstagsbrand im Jahr 1933
d) Die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes am 24. März 1933

2 Bestimmen Sie, welcher Begriff nicht Teil der NS-Ideologie war, und begründen Sie Ihre Wahl:

Rassismus	Antisemitismus
Sozialdarwinismus	Liberalismus

3 Ordnen Sie den Bildern A bis D den Namen und die jeweilige Funktion im NS-Staat zu.

a) Adolf Hitler
b) Heinrich Himmler
c) Franz von Papen
d) Joseph Goebbels

1) „Führer und Reichskanzler“
2) Propagandaminister
3) Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei
4) Vizekanzler 1933

A

B

C

D

▶ Übung

4 Begründen Sie, inwiefern ein Zusammenhang zwischen den einzelnen Bildern und den folgenden GB besteht. Es können auch mehrere GB in Beziehung zu einem Bild gesetzt werden.

a) Antisemitismus
b) Nationalsozialismus
c) „Volksgemeinschaft“
d) „Gleichschaltung“
e) Holocaust bzw. Shoa

1

2

3

4

Versteigerungen

Am Mittwoch, dem 4. 3. 1942, versteigere ich im Lokal Marsilstein 28, ab 11 Uhr, Hausratgegenstände, Mobiliar, Küchen, Schlafzimmer und sonstige Gebrauchsgegenstände gegen bar. Fliegergeschädigte erhalten gegen Vorzeigung ihrer Ausweiskarte und Lichtbild den Vorzug. Die Sachen sind aus nichtarischem Besitz. Besichtigung 1 Stunde vorher. Der Dienststellenleiter der Vollstreckungsstelle des Finanzamts Köln-Nord.

Anzeige aus: „Westdeutscher Beobachter“ vom 1. März 1942 (Wochenzeitschrift der NSDAP)

▶ Hilfe

Antisemitismus
Allgemein Feindschaft und Hass gegenüber Jüdinnen und Juden, die u. a. in der Zeit des Nationalsozialismus rassistisch motiviert waren und pseudowissenschaftlich begründet wurden. Diese Form des Antisemitismus war ein zentraler Bestandteil der Ideologie des Nationalsozialismus: Nationalsozialisten teilten die Menschheit in minderwertige und höherwertige Rassen ein, wobei sie eine vermeintliche „jüdische Rasse" als minderwertig, die „arische Rasse" als höherwertig definierten. Ihre rassistischen Vorstellungen verknüpften sie mit älteren Erscheinungsformen der Judenfeindschaft, die z. B. auf religiösen und sozialen Motiven beruhten. Der NS-Antisemitismus bildete eine wesentliche Grundlage für die Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden durch die Nationalsozialisten.

„Ermächtigungsgesetz"
Bezeichnung für ein im März 1933 vom Reichstag verabschiedetes Gesetz, das die Gesetzgebungsvollmachten vom Reichstag auf die Regierung Hitler übertrug und damit die Gewaltenteilung beseitigte.

„Gleichschaltung"
Nationalsozialistische Durchdringung und Erfassung nahezu aller Bereiche von Staat und Gesellschaft, z. B. durch die Aufhebung der Länder sowie durch die Einrichtung zahlreicher nationalsozialistischer Organisationen bei gleichzeitigem Verbot aller freien Parteien, Verbände, Vereine und anderer Zusammenschlüsse sowie der Steuerung aller Medien. Ziel war die Errichtung eines totalitären Staates, der nicht nur das gesamte öffentliche, sondern auch wesentliche Teile des privaten Lebens kontrollierte.

Holocaust bzw. Shoa
Seit Ende der 1970er-Jahre übliche Bezeichnung für die systematische Ermordung von ca. 6 Millionen europäischer Jüdinnen und Juden durch das nationalsozialistische Deutschland. Aufgrund seiner Herkunft vom griechischen Begriff holókaustos („vollständig verbrannt") wird der Begriff Holocaust gelegentlich kritisiert, üblich ist daher auch der Begriff Shoa (auch Shoah geschrieben, hebräisch für „Katastrophe").

Konzentrations- und Vernichtungslager
Konzentrationslager: Vom nationalsozialistischen Deutschland ab 1933 errichtete Lager zur Internierung, Ausbeutung und Tötung von Menschen, die aus rassistischen, politischen oder weltanschaulichen Motiven verfolgt wurden (u. a. Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, politische Gegner, Homosexuelle). Vernichtungslager: Während des Zweiten Weltkrieges von den Nationalsozialisten in den besetzten Gebieten Osteuropas errichtete Lager zur systematischen Ermordung insbesondere von Jüdinnen und Juden, aber auch von Sinti und Roma und anderen Bevölkerungsgruppen. Sie unterschieden sich von den Konzentrationslagern dadurch, dass sie gezielt und vorrangig der massenhaften und systematischen Ermordung von Menschen dienten.

M 1 Titelseite der NS-Tageszeitung „Völkischer Beobachter" vom 24. März 1933 (Ausschnitt).
Das Foto zeigt Adolf Hitler, der am Rednerpult steht und seine Regierungserklärung abgibt.
Unter der Hauptüberschrift steht u. a.: Annahme des Ermächtigungsgesetzes mit der überwältigenden Mehrheit von 441 gegen 94 Stimmen der SPD …

Berliner Ausgabe
83. Ausg. • 46. Jahrg. • Einzelpreis 15 Pf.

Berliner Ausgabe
Berlin, Freitag, 24. März 1933

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Herausgeber Adolf Hitler

Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Der Wille des deutschen Volkes erfüllt:

Der Reichstag übergibt Adolf Hitler die Herrschaft

Annahme des Ermächtigungsgesetzes mit der überwältigenden Mehrheit von 441 gegen 94 Stimmen der S.P.D. / Einstimmige Annahme auch im Reichsrat / Hitlers historische Abrechnung mit den Novembermännern

Der Führer gibt die Regierungserklärung bekannt

Die Regierungserklärung:

Für Freiheit und Ehre der deutschen Nation! Gegen die Scheidung der Völker in „Sieger und Besiegte"!

Freie Bahn für die Regierung

M 2 Besucher bei der Eröffnungszeremonie der Olympischen Spiele in Berlin, Fotografie, 1. August 1936.
Das Bild wurde aufgenommen, während die teilnehmenden Sportler ins Stadion einliefen.

Nationalsozialismus
Extremistische Ideologie, die die Grundlage des nationalsozialistischen Staates bildete. Kennzeichen dieser Ideologie sind u. a. Rassismus, Antisemitismus sowie Nationalismus, das Führerprinzip, die gewaltsame Ausschaltung politischer Gegner und eine expansive Außenpolitik.

„Nürnberger Gesetze"
Bezeichnung für die 1935 von den Nationalsozialisten erlassenen antisemitischen Rassegesetze. Sie bildeten die gesetzliche Grundlage für die systematische Ausgrenzung und Verfolgung der Jüdinnen und Juden. In ihnen waren u. a. der Verlust aller ihrer staatsbürgerlichen Rechte und das Verbot von Eheschließungen zwischen Juden und Nichtjuden enthalten.

„Volksgemeinschaft"
Nationalsozialistischer Propagandabegriff, welcher die Geschlossenheit eines durch eine angeblich gemeinsame Rasse definierten deutschen Volks behauptet. Andere Menschen („Volksfremde") werden aus der „Volksgemeinschaft" ausgeschlossen, diskriminiert und verfolgt. Die Bedürfnisse und Interessen Einzelner müssen sich denen der Gemeinschaft unterordnen.

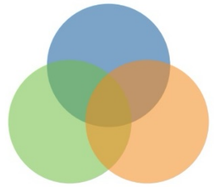
Weimarer Reichsverfassung
Verfassung der ersten deutschen Republik von 1919; Kennzeichen u. a.: parlamentarische Demokratie, starke Stellung des Reichspräsidenten, erstmaliges Frauenwahlrecht.

Weimarer Republik
Erste parlamentarische Demokratie in Deutschland zwischen 1918 und 1933.

Anwendungstraining

1 Wissen wiederholen
- **a)** Erfassen Sie die Grundlegenden Begriffe (GB) auf Karteikarten (digital oder analog): Vorderseite: GB; Rückseite: kurze Erläuterung in eigenen Worten. Beziehen Sie dabei an geeigneten Stellen auch die Informationen der Zeitleiste auf S. 146/147 ein.
- **b)** Prägen Sie sich mithilfe der Karteikarten die GB ein.

2 Zusammenhänge herstellen
- **a)** Erstellen Sie in Partnerarbeit ein Venn-Diagramm mit folgenden drei Kategorien:
  - NS-Ideologie
  - politische Maßnahmen und Gesetze
  - Auswirkungen und Folgen des Nationalsozialismus



- **b)** Ordnen Sie die GB jeweils einem der möglichen Felder zu und begründen Sie Ihre Entscheidung.

3 Testaufgaben
- **a)** Untersuchen Sie das Titelblatt M 1 mithilfe passender GB.
- **b)** Nehmen Sie Stellung zu der Aussage, dass die NS-Herrschaft auch auf Verführung beruhte (M 2).

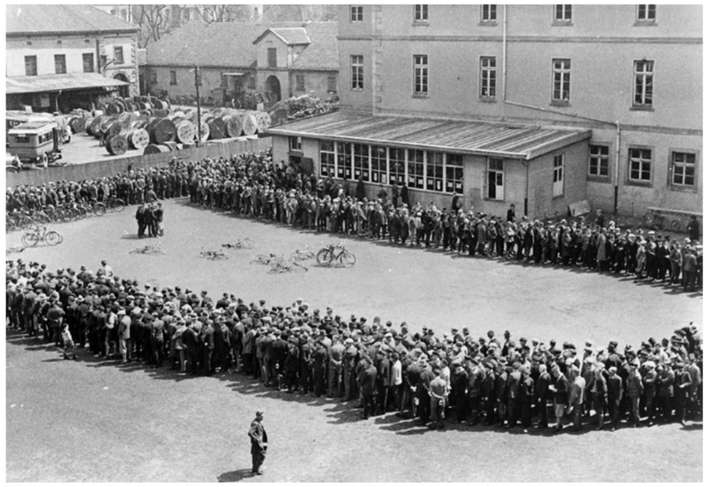
3.1 Krise und Scheitern der Demokratie

Wie kam es zum stufenweisen Abbau der Demokratie in der Endphase der Weimarer Republik?
Welche kurz- und langfristigen Ursachen trugen zum Scheitern der Weimarer Republik bei?

L Vorschlag für eine Lernaufgabe:
Präsentieren Sie als Basis für eine Kursdiskussion die Gründe für das Scheitern der Weimarer Republik in einem Schaubild. Die Arbeitsaufträge auf S. 155 helfen Ihnen dabei.

Die Folgen der Weltwirtschaftskrise für Deutschland

M 1 Arbeitslose vor dem Arbeitsamt in Hannover, Fotografie, um 1932



Video: Weltwirtschaftskrise

tikuku

Die **Weltwirtschaftskrise** setzte **ab 1929** der in den Jahren zuvor erreichten Stabilisierung der **Weimarer Republik** ein Ende. Die Krise hatte ihren Ursprung in den USA, wo in den 1920er-Jahren massive Spekulationen die Aktienkurse in die Höhe trieben, die sich dadurch vom realen Unternehmenswert lösten. Viele Anleger reagierten mit panikartigen Verkäufen, was zu rapiden Kursverlusten und zum Zusammenbruch der New Yorker Börse im Oktober 1929 führte. Die Börsenkrise hatte die Zahlungsunfähigkeit von Banken zur Folge und entwickelte sich zu einer allgemeinen Wirtschaftskrise.

Deutschland war von ihr besonders schwer betroffen. Zum einen war die deutsche Wirtschaft auch in den scheinbar „stabilen" Jahren der Weimarer Republik (1924–1929) mit tiefgreifenden strukturellen Problemen belastet: Relativ hohe Löhne, sinkende Investitionen der Unternehmen, niedrige Exportraten sowie eine hoch verschuldete Landwirtschaft hatten zu einem Konjunkturrückgang, zu höheren Arbeitslosenzahlen und zu sinkenden Aktienkursen geführt. Zum anderen war Deutschland aufgrund der Folgekosten des Ersten Weltkrieges im Gegensatz zu anderen europäischen Staaten in hohem Maße vom Export und von ausländischen Krediten abhängig. Nach dem Krieg war ein Kreislauf von deutschen Reparationszahlungen, alliierten Schuldenrückzahlungen an die USA und amerikanischen Krediten entstanden. Diesen internationalen Geldströmen standen jedoch keine realen wirtschaftlichen Werte gegenüber (siehe Skizze S. 300). Der Abzug kurzfristiger amerikanischer Darlehen wirkte sich schwerwiegend auf die deutsche Wirtschaft aus: Viele Banken, die mit Krediten längerfristige Investitionsprogramme der Industrie finanziert hatten, brachen zusammen. Die Geldverknappung führte zu einer Konkurswelle, die Unternehmen reagierten mit Sparmaßnahmen und Massenentlassungen. Die Krise erreichte in Deutschland 1931/32 ihren Höhepunkt: Die Industrieproduktion ging auf die Hälfte des Standes von 1928 zurück und die Arbeitslosenzahl stieg stetig (M 1).

Das **Sozialsystem** der Weimarer Republik war dieser Situation nicht gewachsen. Die erst 1927 eingeführte gesetzliche Arbeitslosenversicherung (siehe S. 121) konnte mit ihren Mitteln etwa 800 000 Arbeitslose, kurzfristig bis zu 1,4 Millionen, finanziell unterstützen. Da eine Aufstockung angesichts der Krise aus finanziellen und politischen Gründen nicht möglich war, wurden die Leistungen immer weiter gekürzt und die Voraussetzungen für den Leistungsbezug verschärft. Ende 1932 bekam daher nur jeder siebte Erwerbslose Arbeitslosengeld, während zwei Drittel nur Wohlfahrtsunterstützung in ihren Gemeinden oder keinerlei Hilfe erhielten.

▶ M 5: Index der Industrieproduktion in Deutschland 1929–1933

▶ M 6: Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland 1929–1933

▶ M 7: Aus den 1936 erschienenen Memoiren von Friedrich Stampfer, SPD-Reichstagsabgeordneter

Von der Wirtschafts- zur Staatskrise der Weimarer Republik

M 2 Hitler nimmt vor dem Braunschweiger Schloss am 17./18. Oktober 1931 eine Parade der SA ab, Fotografie

Die Verelendung vieler Menschen, häufig gezeichnet durch Obdachlosigkeit und Hunger, gehörte während der **Weltwirtschaftskrise seit 1929** zum Alltag in Deutschland. Aus dem Gefühl der Unsicherheit wurde in nahezu allen Bevölkerungskreisen Existenzangst, die erhebliche psychologische, aber auch politische Folgen hatte. Das **schwindende Vertrauen in den demokratischen Staat**, die anstehenden Probleme zu bewältigen, führte zu einer Radikalisierung vieler Wählerinnen und Wähler. Die Massenarbeitslosigkeit bewirkte einen gefährlichen **Stimmenzuwachs der radikalen Parteien**, die den Weimarer Staat für die Krise verantwortlich machten (siehe S. 108, M 6). Das zeigte sich insbesondere bei den **Reichstagswahlen 1930**. Dabei griffen die Republikgegner von rechts und links mit ihrer hemmungslosen Hetze gegen die demokratischen Institutionen die von den Parteien in der Bevölkerung weit verbreiteten Vorbehalte gegenüber dem parlamentarischen Regierungssystem auf.

Hauptprofiteur war neben der KPD die NSDAP, die ihr Wahlergebnis von 2,6 Prozent (1928) auf 16,3 Prozent steigern konnte. Nach ihrem gescheiterten Putsch 1923 in München (siehe S. 114) hatten die Nationalsozialisten ein Schattendasein als Splitterpartei geführt. Durch ihre Kooperation mit der DNVP in der aggressiven Hetze gegen die Reparationszahlungen erhielt die Partei jedoch größere Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit und gewann insbesondere beim rechts stehenden, nationalistischen Bürgertum an Ansehen. In der Zeit der Weltwirtschaftskrise erreichten die Nationalsozialisten weitere Wählerschichten. Mit der Führergestalt Adolf Hitler, einer ausgeklügelten Propaganda und einem radikalen Programm (siehe S. 160 ff.) verstand es die NSDAP, einfache politische Lösungen anzubieten. Zulauf erhielten auch die **paramilitärischen Verbände SA** (Sturmabteilung) und **SS** (Schutzstaffel), die in erster Linie arbeitslose männliche Jugendliche ansprachen (M 2). Ihren größten Erfolg erzielten die Nationalsozialisten bei der **Reichstagswahl im Juli 1932**, als die NSDAP stärkste Partei wurde (siehe S. 108, M 6). Im Parlament verfolgte sie eine **radikale Oppositionspolitik**, indem sie sich jeder parlamentarischen Zusammenarbeit verweigerte. „Wir werden Reichstagsabgeordnete", hatte der spätere Propagandaminister Goebbels 1928 vorausgesagt, „um die Weimarer Gesinnung mit ihrer eigenen Unterstützung lahmzulegen."

Die Weltwirtschaftskrise führte zur Zerreißprobe für die seit 1928 regierende **Große Koalition** (SPD, DDP, Zentrum, DVP, BVP). Mit dem Auseinanderbrechen des Regierungsbündnisses im Frühjahr 1930 endete das letzte vom Parlament unterstützte Kabinett der Weimarer Republik. Anlass war zwar der Streit um die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung, aber die Ursachen lagen tiefer. Erschöpft war offenbar auch die Kraft des Kompromisses zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften auf der einen sowie Bürgertum und Arbeitgebern auf der anderen Seite, die erst die Gründung der Republik ermöglicht hatte. Da es den demokratischen Parteien nicht mehr gelang, im Reichstag eine regierungsfähige Mehrheit zu bilden, geriet die Weimarer Republik in eine **Staatskrise**. Diese Situation nutzten politische Akteure, um das parlamentarische System durch eine autoritäre Regierungsform zu ersetzen. Verfechter dieses Systemwechsels waren neben Reichspräsident Hindenburg und seinen engsten Beratern die

Regierungen der Weimarer Republik 1924 bis 1933

Amtszeit	Reichskanzler	Koalition
1924	Wilhelm Marx (Zentrumspartei)	Z, DVP, DDP, BVP
1925	Hans Luther (parteilos)	DNVP, Z, DVP, BVP DDP
1926	Hans Luther (parteilos)	Z, DDP, DVP, BVP
1926	Wilhelm Marx (Zentrumspartei)	Z, DDP, DVP, BVP
1927–1928	Wilhelm Marx (Zentrumspartei)	DNVP, Z, DVP, BVP, DDP
1928–1930	Hermann Müller (SPD) Große Koalition	SPD, DVP, DDP, BVP, Z
1930–1931	Heinrich Brüning (Zentrumspartei)	ohne Mehrheit
1931–1932	Heinrich Brüning (Zentrumspartei)	ohne Mehrheit
1932	Franz v. Papen (parteilos)	ohne Mehrheit
1932–1933	Kurt v. Schleicher (parteilos)	ohne Mehrheit
ab 1933	Adolf Hitler (NSDAP)	ohne Mehrheit

Maßnahmen der Regierung Brüning zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise
- Kürzung der Staatsausgaben
- Erhöhung direkter Steuern (Lohn-, Einkommens-, Umsatzsteuer)
- Erhöhung indirekter Steuern (Verbrauchssteuern z. B. auf Zucker, Tabak, Bier)
- „Notopfer" (Sonderabgabe) für Beamte und Angestellte
- Abbau von Sozialleistungen
- Kürzung der Gehälter im öffentlichen Dienst (mit Ausnahme der Reichswehr)
- „Austeritätspolitik" (strenge Sparsamkeitspolitik)

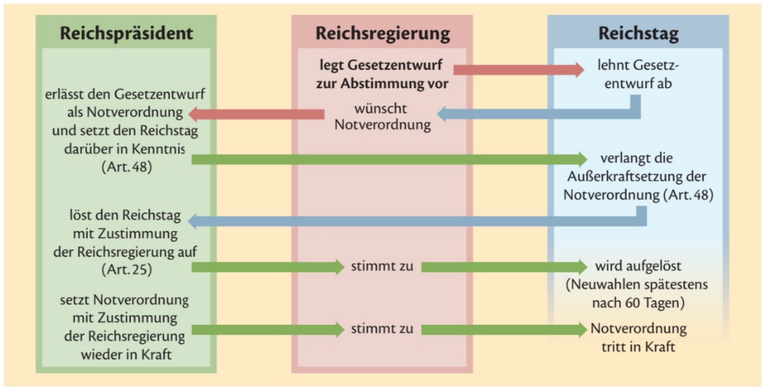
▶ M 8: Heinrich Brüning über die erste Notverordndung

▶ M9: Erklärung zum Tolerierungskurs der SPD

Reichswehrführung unter General Kurt von Schleicher sowie Vertreter der Großindustrie und der preußischen Großgrundbesitzer, Teile der bürgerlichen Mitte- und Rechtsparteien, vor allem der DVP und DNVP, aber auch Politiker des Zentrums.

Regieren ohne Mehrheiten: Die Präsidialkabinette

M 3 Funktionsmechanismen der Präsidialkabinette 1930–1933



Nach dem Ende der Großen Koalition beauftragte Reichspräsident Hindenburg Ende März 1930 den **Zentrumspolitiker Heinrich Brüning** mit der Bildung einer Minderheitsregierung, die ohne parlamentarische Basis, getragen vom Vertrauen des Reichspräsidenten, regieren sollte. Das erste **Präsidialkabinett** der Weimarer Republik hatte die Vollmacht, gegebenenfalls den **Artikel 48** der **Weimarer Reichsverfassung** als Ersatz für das normale Gesetzgebungsverfahren anzuwenden: Wenn der Reichstag einem Gesetz nicht zustimmen sollte, würde der Reichskanzler mit Zustimmung des Reichspräsidenten das abgelehnte Gesetz auch ohne Zustimmung des Parlaments in Form einer **Notverordnung** erlassen können. Damit aber nicht die Form der Präsidialregierung zu einer dauerhaften permanenten Einrichtung missbraucht würde, hatte der Reichstag nach Artikel 48 auch das Recht, jede Notverordnung durch Mehrheitsbeschluss wieder außer Kraft zu setzen. Eine vollständige Ausschaltung der Legislative sollte dadurch verhindert werden und hätte auch einen Verfassungsbruch dargestellt. Nachdem der Reichstag umgehend die Aufhebung der Notverordnungen verlangt hatte, ließ Brüning mit der Zustimmung Hindenburgs den Reichstag nach **Artikel 25** auflösen und setzte die Notverordnungen (in verschärfter Fassung) erneut in Kraft.

Zerstörung der Weimarer Demokratie

Die Reichstagswahl am 14. September 1930 machte eine regierungsfähige Koalition demokratischer Parteien unmöglich. Grund waren die **Wahlerfolge der republikfeindlichen Parteien**. Das Präsidialkabinett Brüning blieb im Amt und wollte die Notverordnungspolitik fortsetzen, bedurfte jedoch einer Reichstagsmehrheit. Um eine Auflösung des Reichstags und eine weitere Radikalisierung der Wähler zu verhindern, beschloss die SPD daher eine **Tolerierungspolitik**. Die innenpolitischen Auseinandersetzungen wurden nun verstärkt außerhalb des Parlaments geführt: Die **Straßenkämpfe** der paramilitärischen Verbände, vor allem von KPD und NSDAP, nahmen immer mehr Züge bürgerkriegsähnlicher Zustände an. Ein Verbot der SA und SS durch Brüning im April 1932 entschärfte die Situation nicht, weil nach dessen Entlassung durch Hindenburg Ende Mai 1932 der neue, parteilose Reichskanzler **Franz von Papen** das Verbot umgehend wieder aufhob. Papen hoffte, damit die NSDAP in eine konservative Regierung

einbinden zu können. Auch Papens Nachfolger **Kurt von Schleicher** scheiterte mit diesem Versuch, weil Hitler auf seinem Kurs beharrte, entweder Reichskanzler zu werden oder sich einer Regierungsbeteiligung der NSDAP zu verweigern.

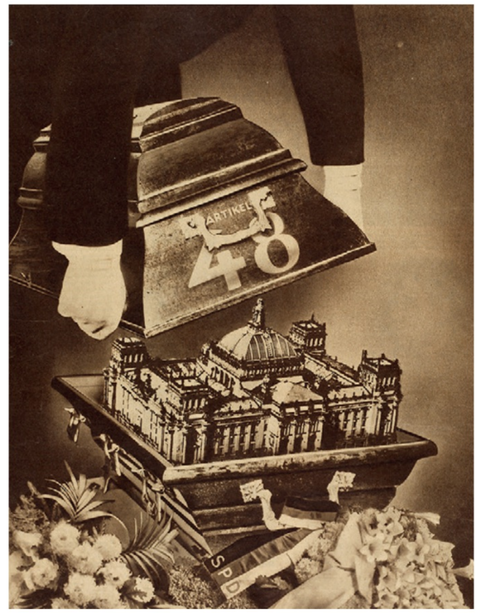
Die Situation änderte sich, als die NSDAP bei der **Reichstagswahl vom November 1932** Stimmenverluste hinnehmen musste. Offenbar hatte sie ihren Höhepunkt überschritten. Erneut ging Papen auf Hitler zu und erreichte einen Kompromiss, dem auch der Reichspräsident zustimmte: Nach dem Rücktritt Schleichers war Hindenburg bereit, **Hitler am 30. Januar 1933** zum **Reichskanzler** zu ernennen. Neben Papen als Vizekanzler sollte auch der Führer der DNVP, Hugenberg, ins „Kabinett der nationalen Konzentration" eintreten und damit Hitler „einrahmen". Papen ging „in einer nahezu unüberbietbaren Verblendung" (Joachim Fest) sogar davon aus, Hitler werde sich „zähmen" lassen. Doch innerhalb weniger Monate gelang es Hitler, eine Diktatur zu errichten.

M 4 Fotomontage von John Heartfield für die „Arbeiter Illustrierte Zeitung", 1932.

Titel der Collage: „Zum 30. August 1932",

Bildunterschrift: „Wenn das Parlament es wagen sollte, sich dem Reichspräsidenten zu widersagen, muss ohne Zögern und Schwanken der Reichstag abermals aufgelöst, das parlamentarische System endgültig liquidiert werden."

Hinweis: Am 30. August trat der neue Reichstag zusammen mit der NSDAP als stärkste Fraktion.



1 Beschreiben Sie die Folgen der Weltwirtschaftskrise für Deutschland (GD, M 1, M 5–M 7, DT). Siehe auch die Skizze auf S. 300.

2 Erklären Sie, ausgehend von einer Analyse des Fotos M 2 und der Grafik M 6 auf S. 108, wie aus der Wirtschaftskrise eine Staatskrise wurde (DT).

3 Erläutern Sie anhand des Schaubildes M 3 die Funktionsweise der Präsidialkabinette und zeigen Sie die Gefahr für die Demokratie auf (DT).
Tipp: Lesen Sie die entsprechenden Artikel in der Weimarer Reichsverfassung nach (siehe S. 103, M 8).

4 Arbeiten Sie aus M 9 die Haltung der SPD gegenüber dem Präsidialkabinett Brüning und die Gründe für diesen Kurs heraus.

5 Charakterisieren Sie mithilfe des DT, M 7–M 8 sowie der Informationen in der Randspalte auf S. 154 die Wirtschaftspolitik der Regierung Brüning und beurteilen Sie ihre Wirksamkeit gegen die Krise.

6 **Arbeitsteilige Partnerarbeit:** Analysieren und vergleichen Sie mit Ihrem Partner/Ihrer Partnerin zwei der Wahlplakate (M 10–M 13). Bringen Sie für die Analyse auch Ihre Kenntnisse zur Parteienlandschaft der Weimarer Republik (siehe S. 105 ff.), Ihr Wissen aus dem DT auf S. 155 und der Übersicht zu den Reichstagswahlen auf S. 108 mit ein.
Tipp: Nutzen Sie die Arbeitsschritte zur Analyse eines politischen Plakats auf S. 110.

7 **Arbeitsteilige Gruppenarbeit:** Untersuchen Sie jeweils einen der Historikertexte M 14–M 16 im Hinblick auf die Gründe für das Scheitern der Weimarer Republik. Tauschen Sie Ihre Ergebnisse innerhalb der Gruppe aus.

Fassen Sie die in den Arbeitsaufträgen 1 bis 7 erarbeiteten Gründe in Ihrem Schaubild zusammen. Unterscheiden Sie dabei kurz- und langfristige Gründe sowie politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Aspekte. Diskutieren Sie auf der Grundlage Ihrer Arbeitsergebnisse im Kurs, welche Gründe für das Scheitern der Demokratie zwischen 1930 und 1933 besonders ausschlaggebend waren.

8 **Zusatzaufgabe (M 4):** Siehe S. 300.

▶ M 10–M 13: Wahlplakate zur Reichstagswahl Juli 1932

▶ M 14–M 16: Geschichte kontrovers: Ursachen für das Scheitern der Weimarer Republik aus Forschungssicht

Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise

M 5 Index der Industrieproduktion in Deutschland 1929–1933 (1928 = 100)

Jahr	Insgesamt	Konsumgüter[1]	Produktionsgüter2[3]	
			insgesamt	Bergbau
1929	100	97	102	108
1930	87	91	84	94
1931	70	82	62	79
1932	58	74	47	70
1933	66	80	56	74

Nach: Dietmar Petzina u. a., Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. 3, C. H. Beck, München 1978, S. 61.

1 *Konsumgüter:* Güter für den Verbrauch durch den Konsumenten; dabei kann es sich um Gegenstände, z. B. Kleidung, und Dienstleistungen, z. B. eine Rechtsberatung, handeln.

2 *Produktionsgüter:* Güter, die im Produktionsprozess verwendet werden, z. B. Schrauben, Maschinen

M 6 Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland 1929–1933 (in Millionen, gerundet).
Die offiziellen Statistiken erfassten langfristig Erwerbslose oder Personen ohne festen Wohnsitz nicht. Auch waren viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Lohnsenkungen betroffen, die ihre Existenz trotz einer Anstellung gefährdeten. In Wirklichkeit war wohl jede deutsche Familie direkt oder indirekt von den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise betroffen.

Jahr	Beschäftigte	Arbeitslose
April 1929	18,4	1,7
Oktober 1929	18,4	1,5
April 1930	16,9	2,8
Oktober 1930	16,3	3,2
April 1931	14,9	4,4
Oktober 1931	14,0	4,6
April 1932	12,6	5,8
Oktober 1932	13,2	5,1
Januar 1933	11,7	6,0
April 1933	13,0	5,3

Nach: Konjunkturstatistisches Handbuch 1936

M 7 Aus den 1936 erschienenen Memoiren von Friedrich Stampfer, SPD-Reichstagsabgeordneter und Journalist bei der SPD-Parteizeitung „Vorwärts“

Es gab in Deutschland keine Klasse und keinen Stand, die nicht von der Krise in Mitleidenschaft gezogen waren. Die Kapitalisten hatten ungeheure Verluste und sie zitterten vor weiteren wirtschaftlichen oder politischen Ereignissen, die sie vor das Nichts stellen würden. Die Großgrundbesitzer waren in Bedrängnis und schrien nach Staatshilfe. Die mittleren und kleinen Landwirte waren bis über die Ohren verschuldet und wussten nicht mehr aus und ein. Die kleinen Ladenbesitzer, müßig hinter dem Verkaufstisch stehend, bildeten einen statistisch nicht erfassbaren und sozial vernachlässigten Teil der ungeheuren Arbeitslosenarmee. Die Beamten mussten eine Gehaltsreduktion nach der anderen über sich ergehen lassen. Die Masse der tätigen Arbeiterschaft sah von ihren sozialen Errungenschaften, die sie sich bei Konjunktur mithilfe ihres politischen Einflusses erkämpft hatte, ein Stück nach dem anderen dahinschwinden. Hinter all dem stand die ungeheure Armee der Arbeitslosen, deren Unterstützung immer geringer und immer unsicherer wurde. Es war ein hoffnungsloses Absinken in drei Etappen: von der Arbeitslosenversicherung, die auf erworbenen Ansprüchen beruhte, in die öffentlich subventionierte Krisenfürsorge, von da in die gemeindliche Wohlfahrtsfürsorge und schließlich in das Nichts. Hatten in guten Zeiten alle erwachsenen Mitglieder einer Arbeiterfamilie verdient und es zu einem respektablen Gesamteinkommen gebracht, so war jetzt der Fall nicht mehr selten, dass neben einem erwerbslosen Vater die Söhne und Töchter in eine anscheinend lebenslängliche Arbeitslosigkeit hineinwuchsen. Millionen junger Menschen sahen keine Möglichkeit mehr vor sich, in geordnete Erwerbsverhältnisse zu kommen und einen eigenen Hausstand aufzubauen.

Zit. nach: Walter Steitz (Hg.), Quellen zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte vom Ersten Weltkrieg bis zum Ende der Weimarer Republik, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1993, S. 528.

Von der Wirtschaftskrise zur Staatskrise – Präsidialkabinette

M 8 Heinrich Brüning (Zentrum) in seinen Memoiren über die erste Notverordnung seines Kabinetts im Juli 1930, veröffentlicht 1970

[Es] wurde im Kabinett spontan der Wunsch geäußert, alle Minister sollten das Versprechen geben, mit mir auf dem schwankenden Schifflein auszuharren. Das war die Abwehr gegen die Versuche der Minderheiten in jeder hinter der Regierung stehenden Partei, die eigenen Parteifreunde, einen nach dem andern, herauszuschießen. Diese Methode war das letzte Aufflackern des alten instinktiven Wunsches des Reichstags, auf der ganzen Linie über das Kabinett zu herrschen und den einzelnen Abgeordneten die Möglichkeit zu verschaffen, durch Erpressungen und Drohungen die Regierung in ihrer Gesamtheit oder einzelne ihrer Minister zur Erfüllung ihrer Lieblingswünsche reif zu machen. Mit diesem System unter allen Umständen aufzuräumen, hatte ich mir vorgenommen. […] Bei der unter größter Spannung sich vollziehenden Abstimmung [über die Notverordnung] am 18. Juli, bei der die rote Auflösungsmappe [mit der vom Reichspräsidenten unterzeichneten Vollmacht zur Auflösung des Reichstags] schon auf meinem Tisch lag, waren mehrere Deutschnationale noch immer nicht entschlossen. […] Die Notverordnung wurde mit sieben Stimmen Mehrheit abgelehnt, der Reichstag sofort aufgelöst. Am Abend wurde in einer Kabinettssitzung der Wahltermin auf den 14. September festgelegt. Ebenfalls noch am 18. Juli schickte der Reichspräsident einen Brief an das Reichskabinett, der vorher vereinbart war, in dem er […] bat, alsbald Vorschläge für eine neue Notverordnung zu machen. Man ging sofort an diese Arbeit heran. […] Der Wahlkampf wurde zu einem Plebiszit[1] über die Notverordnung, aber auch gleichzeitig zu einem Entscheidungskampf zwischen einer sinnlosen Form des Parlamentarismus und einer gesunden, maßvollen Demokratie, in der die Regierung, um die öffentlichen Finanzen vor dem Zusammenbruch zu retten, vor dem ganzen Volke den Kampf für diese Aufgabe gegenüber dem Intrigenspiel und der Unvernunft im bisherigen Reichstag aufnehmen musste.

*Heinrich Brüning, Memoiren 1918–1934, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1970, S. 176–182.**

1 *Plebiszit:* Volksentscheid

M 9 Der Tolerierungskurs der SPD. Aus einer Erklärung der SPD-Fraktion im Reichstag am 18. Oktober 1930

Wenn mithilfe der sozialdemokratischen Fraktion die Misstrauensanträge gegen das Kabinett Brüning angenommen worden wären, so hätten sich folgende politische Möglichkeiten ergeben:

1. Rücktritt des Kabinetts Brüning. Es erhält vom Reichspräsidenten Hindenburg die Vollmachten zur Weiterführung der Regierungsgeschäfte. Da dieses geschäftsführende Kabinett keine Mehrheit für seine Maßnahmen findet und eine erneute Auflösung von keiner Seite befürwortet wird, weil sie so bald nach der letzten Wahl noch keine Verbesserung verspricht, so müsste es gegen den Reichstag regieren. Das bedeutet, dass sich eine solche Regierung nur unter Ausschaltung des Reichstags im Amt halten könnte. Der Diktaturartikel 48 der Reichsverfassung würde dann dauernd auf alle Gebiete des wirtschaftlichen, sozial-politischen und staatsbürgerlichen Lebens angewendet werden. Nicht nur der Reichstag, sondern auch jeder einzelne Staatsbürger würde seine durch die Verfassung garantierten Rechte verlieren. Wann sie wiedergewonnen werden könnten, ist ganz ungewiss. […]

3. Auftrag an den deutschnationalen Parteiführer Hugenberg zur Bildung einer Rechtsregierung mit Einschluss der Nationalsozialisten. Diese Regierung wäre nur eine verschleierte Hitler-Regierung. Da auch die Rechtsparteien keine parlamentarische Mehrheit haben, könnte sich eine solche Regierung nur halten, wenn sie vom Zentrum toleriert wird. Die Nationalsozialisten wollen aber gar nicht parlamentarisch regieren. […]

Die sozialdemokratische Fraktion ist jeden Tag in der Lage, mit Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationalen die Regierung zu stürzen, sie kann aber unmöglich mit solchen Bundesgenossen gemeinsam eine neue Regierung bilden. Deshalb und weil die Sozialdemokratie von dem Gefühl der Verantwortung für die arbeitende Klasse durchdrungen ist, lehnte sie jetzt die Zustimmung zu den Misstrauensanträgen anderer Parteien ab. Und zwar solcher Parteien, die, wie die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen, offen arbeiterfeindlich sind oder, wie die Kommunisten, durch ihre Taktik zur Sicherung der Arbeiterklasse und zur Stärkung des Faschismus beitragen.

*Zit. nach: Herbert Michaelis/Ernst Schraepler, Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung in der Gegenwart, Bd. 8, Wendler, Berlin 1959, S. 115 ff.**

Stützen und Feinde der Demokratie

M 10 Wahlplakat der Zentrumspartei, Reichstagswahl Juli 1932

M 11 Wahlplakat der KPD, Reichstagswahl Juli 1932

M 12 Wahlplakat der SPD, Reichstagswahl Juli 1932

M 13 Wahlplakat der NSDAP, Reichstagswahl Juli 1932.

Hinten rechts Brüning (Zentrum). Auf seinem Blatt steht: Versprechungen, Beamtenabbau, Arbeitslosigkeit, Notverordnungen § 48.
Vorne ein Mann mit Arbeitermütze: Sozialabbau, Korruption, Terror, Hetze, Lüge

Geschichte kontrovers: Das Scheitern der Weimarer Republik aus Forschungssicht

M 14 Der Historiker Heinrich August Winkler, 1998

Der deutsche Liberalismus hat sich von seiner Niederlage in dieser Revolution [1918] nie mehr völlig erholt. Sein Arrangement mit dem Obrigkeitsstaat hatte Wirkungen, die das Kaiserreich überdauerten. Hinter den liberalen Parteien stand, anders als bei Sozialdemokratie oder Zentrum, kein fest gefügtes „Milieu"; die Anziehungskraft nationalistischer Parolen auf ehedem liberale Wähler war so stark, dass beide liberale Parteien seit 1930 immer mehr zu Splittergruppen herabsanken. Als Weimar in seine Endkrise eintrat, hatte die Sozialdemokratie einen ihrer Partner aus der parlamentarischen Gründungskoalition, den liberalen, also bereits verloren. Der andere Partner, das Zentrum, rückte immer mehr nach rechts und gab sich schließlich der Illusion hin, es sei seine Mission, die Nationalsozialisten in einer Koalition zu zähmen. Damit war die Isolierung der Sozialdemokratie komplett. Wenn es eine Hauptursache für das Scheitern Weimars gibt, liegt sie hier: Die Republik hatte ihren Rückhalt im Bürgertum weitgehend eingebüßt und ohne hinreichend starke bürgerliche Partner konnte der gemäßigte Flügel der Arbeiterbewegung die Demokratie nicht retten.

Heinrich August Winkler, Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, C. H. Beck, München 1998, S. 610.

M 15 Der Historiker Hagen Schulze, 1982

Woran ist also Weimar gescheitert? […] Die wichtigsten Gründe liegen auf dem Feld der Mentalitäten, der Einstellungen und des Denkens. In der Mitte des Ursachenbündels finden sich eine Bevölkerungsmehrheit, die das politische System von Weimar auf die Dauer nicht zu akzeptieren bereit war, sowie Parteien und Verbände, die sich den Anforderungen des Parlamentarismus nicht gewachsen zeigten. Die Ursachen für diese Defekte durften überwiegend in langfristigen, aus den besonderen Bedingungen der preußisch-deutschen Geschichte zu erklärenden Zusammenhängen zu suchen sein, verstärkt durch die Entstehungsbedingungen des Weimarer Staatswesens und seiner außenpolitischen Belastungen. Die Übertragung dieser ungünstigen Gruppenmentalitäten auf das Weimarer Regierungssystem wurde durch den Wahlrechtsmodus erheblich begünstigt; andere Merkmale der formalen Verfassungsordnung, wie ihr mangelnder normativer[1] Charakter oder der Föderalismus, wirkten nur in zweiter Linie destabilisierend, während das starke präsidiale Moment daneben auch stabilisierende Komponenten enthielt, die allerdings letzten Endes nicht zum Zuge kamen.

*Hagen Schulze, Weimar. Deutschland 1917–1933, Siedler, Berlin 1982, S. 425.**

1 *normativ:* richtungsweisend

M 16 Der Historiker Ian Kershaw, 2016

In den Jahren der Weltwirtschaftskrise gelang es der NSDAP immer besser, die wankenden Reste der Weimarer Demokratie weiter zu zerstören. […] Die Wahl im November 1932 […] war wegen der andauernden, sich vertiefenden Staatskrise notwendig geworden. Die in deutschen Städten zunehmende Gewalt, die Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten ließen befürchten, das Land rutsche in einen Bürgerkrieg. […] Die einander ablösenden Regierungen der konservativen Rechten waren zu schwach, um einen Ausweg zu finden. Ohne die Unterstützung der Massen konnten die national-konservativen Eliten nicht regieren. Die Massen aber wurden von den Nationalsozialisten beherrscht. Und die wiederum waren nur dann bereit, in eine Regierung einzutreten, wenn Hitler zum Reichskanzler ernannt wurde. Hinter den Kulissen wurden im Umfeld des Reichspräsidenten Intrigen gesponnen […]. Es gelang, Hindenburg davon zu überzeugen, dass es wirklich nur einen Ausweg gab, nämlich Hitler zum Kanzler zu machen, ihn zugleich aber durch ein mehrheitlich konservatives Kabinett einzuhegen. Ein verhängnisvoller Handel, der Hitler schließlich die Macht verschaffte, auf die er aus war.

Ian Kershaw, Höllensturz. Europa 1914 bis 1949, Deutsche Verlags-Anstalt, München, 2016, S. 300 ff. Übers. v. Bernd Leinweber und Britta Schröder.*

3.2 Errichtung und Ausbau der NS-Diktatur

„Drittes Reich“
Mit diesem Propagandabegriff stellten die Nationalsozialisten eine Beziehung zum Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation (962–1806) und zum Deutschen Kaiserreich (1871–1918) her und suggerierten damit eine „Vollendung“ der deutschen Geschichte.

Mit welchen Maßnahmen wurden ab Januar 1933 Demokratie und Menschenrechte aufgehoben und die NS-Diktatur errichtet?
Wie war der NS-Staat aufgebaut?

L Vorschlag für eine Lernaufgabe:
Beschreiben Sie in einem tabellarischen Überblick den stufenweisen Abbau von Demokratie und Menschenrechten sowie die Schritte zur Errichtung einer totalitären Diktatur durch die Nationalsozialisten in den Jahren 1933/34. Die Arbeitsaufträge 1 bis 7 auf S. 163 unterstützen Sie dabei.

„Machtergreifung“ oder „Machtübertragung“?

▶ M 6: „Brautvorführung“, Karikatur aus dem „Nebelspalter“, 10. Februar 1933

Reichstagsgebäude/Reichstagsbrand
Am Tatort wurde der politisch links orientierte niederländische Arbeiter Marinus van der Lubbe festgenommen. Er beharrte darauf, das Gebäude allein in Brand gesetzt zu haben, und wurde nach einem umstrittenen Prozess wegen Hochverrats 1934 hingerichtet. Seine Alleintäterschaft wurde sowohl von Zeitgenossen als auch von Historikern infrage gestellt. Kritiker der Alleintäterthese vermuten eine unmittelbare Tatbeteiligung der Nationalsozialisten. Die Kontroverse ist noch nicht abgeschlossen.

Die **Ernennung Hitlers zum Reichskanzler** durch Reichspräsident Hindenburg war ein verfassungskonformer Regierungswechsel. Dennoch stilisierte die NS-Propaganda den **30. Januar 1933** zum Tag der **„Machtergreifung“** und feierte ihn als Beginn des **„Dritten Reichs“***. In der Geschichtswissenschaft besteht jedoch Einigkeit darüber, dass Hitler die Macht weder „ergriffen“ noch im Rahmen einer „nationalen Revolution“ an sich gerissen hat, auch wenn seine Ernennung nicht durch eine demokratische Wahl legitimiert war. Vielmehr handelte es sich um eine **„Machtübertragung“**. Reichspräsident Hindenburg erteilte in der Tradition der Präsidialkabinette Hitler den Auftrag zur Bildung einer Koalitionsregierung von NSDAP und DNVP (siehe S.155). Bewusst ließ Hitler die Koalitionsverhandlungen scheitern und setzte noch am 31. Januar bei Hindenburg die Auflösung des Reichstags und **Neuwahlen** für den 5. März durch.

Beseitigung des Rechtsstaates – Abschaffung der Grundrechte

M 1 Der brennende Reichstag, Fotomontage, 1933.
Das Bild entstand am Morgen des 28. Februar 1933, nachdem der Brand gelöscht war. Die Flammen wurden nachträglich in das Foto eingebaut.

Die Nationalsozialisten hofften, bei den **Reichstagswahlen am 5. März 1933** die absolute Mehrheit zu erhalten, um so ihre Herrschaft als vom Volk legitimiert erscheinen zu lassen. Im Wahlkampf verfolgte die NS-Führung eine **Doppelstrategie**: Einerseits versuchte die NSDAP mit einer aufwendigen **Propaganda** die Bevölkerung zu umwerben (siehe S. 174 ff.). Andererseits bediente sie sich aller staatlichen Machtmittel bei der **Bekämpfung und Ausschaltung der politischen Gegner**. Mit **Notverordnungen** wurden die Grundrechte, wie Versammlungs- und Pressefreiheit, eingeschränkt und die parlamentarische Opposition bekämpft. Ergänzt wurde die staatliche Repression durch Terror; bei den Überfällen von SA und SS griff die Polizei nur selten ein.
Die politische Situation spitzte sich dramatisch zu, als am 27. Februar 1933 das **Reichstagsgebäude* brannte.** Obwohl bis heute nicht geklärt ist, wer das Feuer gelegt hat, nutzten die Nationalsozialisten das Ereignis als Vorwand für eine verstärkte Verfolgung der Opposition. Sie beschuldigten die Kommunisten der Brandstiftung und überzeugten Reichspräsident Hindenburg davon, am 28. Februar eine Notverordnung „zum Schutze von Volk und Staat“, die sogenannte **Reichstagsbrandverordnung**, zu erlassen, um mögliche Unruhen zu verhindern. Mit ihr wurden alle wichtigen Grundrechte der Weimarer Reichsverfassung, u. a. die „Freiheit der Person“ (Art. 114), außer Kraft gesetzt. Die Justiz wurde von den Nationalsozialisten für ihre politischen Zwecke instrumentalisiert. Politische Gegner konnten jetzt ohne Beweise, Anklage und Rechtsbeistand in „Schutzhaft“ genommen und verurteilt werden. In den folgenden Wochen verhaftete die **Geheime Staatspolizei (Gestapo)*** Zehntausende Gegner, vorrangig Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter. Ende März wurden die ersten **Konzentrationslager** errichtet.
Die Verordnung hüllte den Beginn der Machtmonopolisierung in den Deckmantel der „Scheinlegalität“. Trotz der massiven Behinderung der Opposition erlangte die NSDAP bei den **Reichstagswahlen am 5. März 1933** nicht die absolute Mehrheit. Obwohl sie ihren Stimmenanteil auf 43,9 % steigerte, verfügte sie nur zusammen mit der DNVP über eine regierungsfähige Mehrheit von 51,9 %. SPD und KPD konnten ihre Stimmenanteile – ungeachtet des Terrors und der Verfolgung – nahezu behaupten.

Geheime Staatspolizei (Gestapo)
politische Polizei des NS-Regimes; 1933 gegründet, um politische Gegner zu bekämpfen, wurde sie später auch Teil des Vernichtungsapparats

Das „Ermächtigungsgesetz“

Da die Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen die alleinige Mehrheit verfehlt hatten, wollten sie das Parlament auf andere Weise ausschalten. Hitler legte daher dem Reichstag am **23. März 1933** das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Staat“ zur Abstimmung vor. Das „Ermächtigungsgesetz“ gab der Reichsregierung das Recht, Gesetze ohne Zustimmung der Abgeordneten zu erlassen, was einer **Selbstentmachtung des Reichstages** gleichkam. Gesetze konnten „von der Reichsverfassung abweichen“. Hitler wollte auch bei diesem entscheidenden Schritt zur Errichtung der NS-Diktatur den Schein der Legalität wahren. Daher sollte das „Ermächtigungsgesetz“ mit einer von der Verfassung vorgeschriebenen Zweidrittel-Mehrheit verabschiedet werden. Das Gesetz wurde unter der Drohkulisse der SS und der SA nach einer emotionsgeladenen Debatte im Reichstag von der NSDAP, der DNVP, vom Zentrum sowie von kleineren Fraktionen gegen 94 Stimmen der SPD angenommen. 26 SPD-Parlamentarier sowie 81 kommunistische Abgeordnete, deren Mandate die NSDAP einfach für ungültig erklärt hatte, waren bereits unmittelbar nach dem Reichstagsbrand geflohen oder verhaftet worden. Das „Ermächtigungsgesetz“ hob die verfassungsmäßige Gewaltenteilung auf und blieb bis zum Ende der NS-Herrschaft 1945 in Kraft.

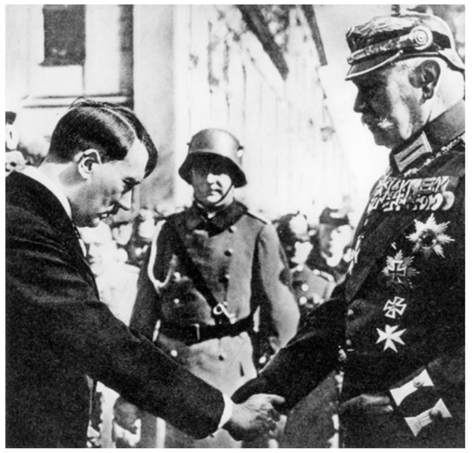
M 2 „Wie Adolf Hitler das Wort legal in den Mund nimmt“, Karikatur aus der Satirezeitschrift „Der Wahre Jakob“, 1932

▶ M 7–M 10 „Ermächtigungsgesetz“

„Gleichschaltung“ der Länder – die Aufhebung des Föderalismus

Gleich nach der Wahl begannen die Nationalsozialisten ein bedeutendes Hindernis auf dem Weg zur Alleinherrschaft zu beseitigen: Verweisend auf § 2 der „Reichstagsbrandverordnung“ schränkten sie die Selbstverwaltungsrechte der Länder und Kommunen ein. Diese „Gleichschaltung“ erfolgte überall nach demselben Muster. Die NS-Gauleitungen ließen die SA aufmarschieren und so den angeblichen „Unwillen der Bevölkerung“ wegen unhaltbarer Zustände kundtun. Zum Anlass dafür nahmen sie häufig das Fehlen der NS-Flagge auf dem Rathaus. Dies ermöglichte es der Reichsregierung, für „Ruhe und Ordnung“ zu sorgen, indem sie Parteigenossen als Reichskommissare einsetzte. Ende März 1933 wurden mit dem „Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ die Landtage aufgelöst und nach den regionalen Stimmenverhältnissen der Reichstagswahl vom 5. März neu zusammengesetzt. Somit kontrollierte die NSDAP alle Landesparlamente. Anfang April erfolgte die **Auflösung der Landesregierungen** und die Einsetzung von Reichsstatthaltern, die häufig identisch mit den jeweiligen Gauleitern der NSDAP waren und nun die Landesgewalt übernahmen. Die NS-Führung setzte aber auch ihre Doppelstrategie weiter fort: Verfolgung und Terror wurden flankiert von propagandistischen Inszenierungen wie beispielsweise mit der feierlichen Eröffnung des neuen Reichstages am 21. März 1933 in Potsdam, die die bürgerlich-konservativen Kräfte für das NS-Regime gewinnen sollte (M 3).

M 3 Der „Tag von Potsdam“, Fotografie, 21. März 1933.
Handschlag zwischen Reichspräsident Hindenburg und Reichskanzler Hitler (siehe auch S. 167 und 300).



M 4 **„Bücherverbrennung in Berlin", Fotografie, 10. Mai 1933, nachkoloriert.**

Wie auf dem Berliner Opernplatz wurden deutschlandweit bereits ab März 1933 Bücher jüdischer, sozialistischer und demokratischer Autorinnen und Autoren verbrannt. Diese öffentlich inszenierten Bücherverbrennungen waren Teil der nationalsozialistischen Politik der „Gleichschaltung" und Symbol der geistigen Unterdrückung.

▶ M 11: Leipzigs Oberbürgermeister Carl-Friedrich Goerdeler zur Konkurrenz innerhalb der Machtzentren im NS-Staat

„Gleichschaltung" der gesellschaftlichen Institutionen

Um die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft zu täuschen, bestimmten die Nationalsozialisten den **1. Mai zum „Tag der nationalen Arbeit"** und erklärten den Klassenkampf im Sinne der „Volksgemeinschaft" für überwunden. Bereits einen Tag später wurden die Gewerkschaftsbüros gestürmt, die Funktionäre verhaftet und das Eigentum beschlagnahmt. Die Regierung erklärte die freien Gewerkschaften für aufgelöst und nutzte deren Vermögen für die Gründung der **„Deutsche Arbeitsfront"** (DAF), in der Arbeitnehmer wie Arbeitgeber zwangsvereinigt wurden.

Im Sommer 1933 folgte die **Auflösung der Parteien**. Nach der Zerschlagung der KPD infolge der Reichstagsbrandverordnung wurde zunächst die SPD verboten, deren führende Mitglieder ins Ausland geflüchtet waren, von wo sie erfolglos zum Sturz des NS-Regimes aufgerufen hatten. Die bürgerlichen Parteien kamen einem Verbot zuvor, indem sie ihre Selbstauflösung beschlossen. Im Juli wurde per Gesetz die **NSDAP** zur einzig legalen **Staatspartei** erklärt.

Eine scharfe Konkurrenz zwischen der immer mächtiger werdenden SA und der Reichswehr sowie parteiinterne Macht- und Richtungskämpfe belasteten das Hitler-Regime zunehmend. Im Sommer 1934 wurden daher die gesamte SA-Spitze um Ernst Röhm sowie etliche konservative Regimekritiker auf Befehl Hitlers entmachtet und hingerichtet (sogenannter „Röhm-Putsch").

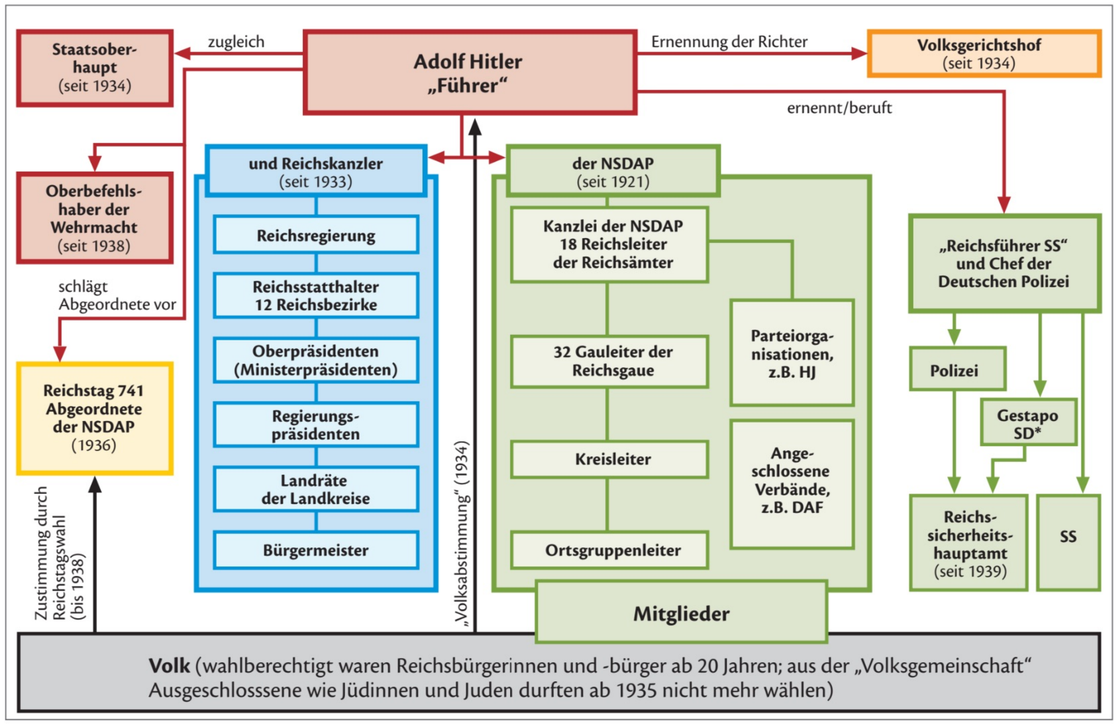
Den Endpunkt des Prozesses des Machtausbaus markierte der Tod des Reichspräsidenten Hindenburg am 2. August 1934. Hitler ergriff mit dem „Gesetz über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches" auch den Posten des Staatsoberhauptes, indem er die Ämter des Reichskanzlers und Reichspräsidenten vereinigte. Noch am Todestag Hindenburgs nahm Hitler den Titel **„Führer und Reichskanzler"** an und ließ die Reichswehr auf seine Person vereidigen.

Herrschaftsstruktur des NS-Staates

Als „Führer" besaß Hitler nun die uneingeschränkte Gewalt in Deutschland. Er vereinte die gesetzgebende, vollziehende und richterliche Gewalt. Das **Führerprinzip** verlangte die bedingungslose Unterwerfung des Einzelnen unter die grundlegenden Ziele von Staat und Partei, die von Hitler vorgegeben wurden. Seine Erlasse kontrollierte keine Instanz. Opposition war nicht zugelassen und wurde rigoros bestraft.

Unterhalb der Führerebene kam es dagegen häufig zu einem Kompetenzgerangel zwischen Partei- und Staatsorganen – ein wesentliches Kennzeichen des NS-Staates, das sich bereits bei der Umsetzung des „Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder" gezeigt hatte. So erhoben beispielsweise im Bildungswesen gleich drei Personen bzw. Institutionen den Anspruch auf Entscheidungen: Baldur von Schirach, NS-Reichsjugendführer, Bernhard Rust, Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, sowie Alfred Rosenberg, „Beauftragter des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der Partei [NSDAP] und aller gleichgeschalteten Verbände". Im Schulalltag kam es oft zu Konflikten zwischen Lehrkräften (Staat) und HJ-Führern (Partei). Diese **Kompetenzstreitigkeiten** werden in der Geschichtswissenschaft als **Polykratie** (griech. *poly* = viel; *kratein* = Herrschaft; hier: Herrschaft vieler) bezeichnet, die während der NS-Diktatur mit Hitlers **Monokratie** (Herrschaft eines Einzelnen) verbunden war.

M 5 **Schaubild zum Aufbau des NS-Staates**



1 Charakterisieren Sie, ausgehend von einer Analyse der Karikaturen M 2 und M 6, den Machtantritt Hitlers als Reichskanzler (GD, DT).
Tipp: Nutzen Sie die Arbeitsschritte auf der Methodenseite „Eine Karikatur analysieren und interpretieren" (siehe S. 24).

2 Erläutern Sie mithilfe von M 1 und des DT, wie die Nationalsozialisten die Grundrechte außer Kraft setzten (siehe auch QR-Code in der Randspalte ▶ Reichstagsbrandverordnung).

3 Arbeiten Sie die zentralen Bestimmungen des „Ermächtigungsgesetzes" heraus (M 7, GB).
Tipp: Recherchieren Sie die relevanten Stellen in der Weimarer Reichsverfassung (siehe S. 103 f., M 8).

4 **Gruppenarbeit:** Analysieren Sie arbeitsteilig die Texte M 8–M 10 im Hinblick auf die Position und Argumentation des jeweiligen Redners zum „Ermächtigungsgesetz". Vergleichen Sie Ihre Ergebnisse mit denen der anderen Gruppen und bewerten Sie die Positionen.

5 Begründen Sie, warum man die Reichstagsbrandverordnung und das „Ermächtigungsgesetz" als „Verfassungsurkunden" des NS-Staates bezeichnen kann.

6 Nennen Sie wichtige Maßnahmen der „Gleichschaltung" und deren Folgen (GD, M 4, M 5, DT).

7 Erklären Sie anhand von Beispielen die Doppelstrategie der Nationalsozialisten bei ihrem Machtausbau (M 2, M 3, DT).

8 **a)** Beschreiben Sie mithilfe von M 5, M 11 und des DT die Funktionsweise des NS-Herrschaftssystems. Ziehen Sie auch das Lexikon zu den Begriffen SS und SA heran.
b) Beurteilen Sie, inwieweit eine Grafik wie M 5 die Machtstrukturen der NS-Diktatur wiedergeben kann.

Sicherheitsdienst (SD):
Geheimdienst der NSDAP, unterstand dem „Reichsführer SS" Heinrich Himmler. 1931 als Spionagedienst gegründet, beteiligte er sich ab 1939 aktiv an den Morden der Einsatzgruppen.

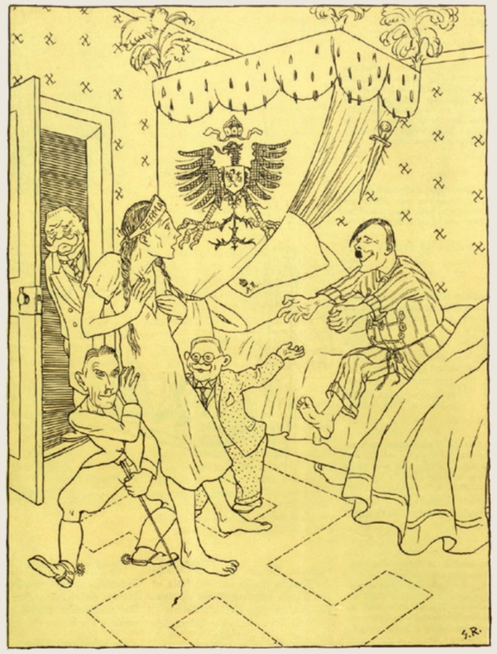
Reichstagsbrandverordnung

huceyu

Hitler wird Reichskanzler

M 6 „Brautvorführung", Karikatur aus dem schweizerischen Magazin „Nebelspalter", 10. Februar 1933

Schwert über Hitler: Laut einer antiken Legende ließ ein Herrscher den Höfling Damokles üppig bewirten, über seinem Kopf aber ein Schwert an einem Pferdehaar aufhängen, um ihm die ständige Bedrohung jeden Glücks vor Augen zu führen. V. l. n. r.: Paul von Hindenburg (an der Tür stehend), Vizekanzler Franz von Papen, Germania, Reichswirtschaftsminister Alfred Hugenberg, Adolf Hitler.



Das „Ermächtigungsgesetz"

M 7 „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" („Ermächtigungsgesetz") vom 24. März 1933

1. Reichsgesetze können außer in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen werden. Dies gilt auch für die in den Artikeln 85 II und 87 der Reichsverfassung bezeichneten Gesetze.

2. Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichen, soweit sie nicht die Einrichtung des Reichstags und des Reichsrats als solche zum Gegenstand haben. Die Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt.

3. Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze werden vom Reichskanzler ausgefertigt und im Reichsgesetzblatt verkündet. Sie treten, soweit sie nichts anderes bestimmen, mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft. Die Artikel 68 bis 77 der Reichsverfassung finden auf die von der Reichsregierung beschlossenen Gesetze keine Anwendung.

4. Verträge des Reiches mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen für die Dauer der Geltung dieser Gesetze nicht der Zustimmung der an der Gesetzgebung beteiligten Körperschaften. Die Reichsregierung erlässt die zur Durchführung dieser Verträge erforderlichen Vorschriften.

5. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft. Es tritt mit dem 1. April 1937 außer Kraft, es tritt ferner außer Kraft, wenn die gegenwärtige Reichsregierung durch eine andere abgelöst wird.

Reichsgesetzblatt T. I. (1933), Nr. 25, S. 141.

M 8 Aus der Regierungserklärung Adolf Hitlers vor dem Reichstag am 23. März 1933[1]

Um die Regierung in die Lage zu versetzen, die Aufgaben zu erfüllen, die innerhalb dieses […] Rahmens liegen, hat sie […] das Ermächtigungsgesetz einbringen lassen. […] Die Autorität und damit die Erfüllung der Aufgaben der Regierung würden aber leiden, wenn im Volke Zweifel an der Stabilität des neuen Regiments entstehen könnten. Sie hält vor allem eine weitere Tagung des Reichstages im heutigen Zustand der tiefgehenden Erregung der Nation für unmöglich. […] Erfüllt von der Überzeugung, dass unser Zusammenbruch seine Ursache in inneren Schäden unseres Volkskörpers besitzt, ist es das Ziel der Regierung der nationalen Revolution, diejenigen Gebrechen aus unserem völkischen Leben zu beseitigen, die auch für die Zukunft jeden tatsächlichen Wiederaufstieg verhindern würden. […] Weder die Existenz des Reichstags noch des Reichsrats soll dadurch bedroht sein. Die Stellung und die Rechte des Herrn Reichspräsidenten bleiben unberührt; die innere Übereinstimmung mit seinem Willen herbeizuführen, wird stets die oberste Aufgabe der Regierung sein. Der Bestand der Länder wird nicht beseitigt. […]. Da die Regierung an sich über eine klare Mehrheit verfügt, ist die Zahl der Fälle, in denen eine innere Notwendigkeit vorliegt, zu einem solchen Gesetz die Zuflucht zu nehmen, an sich eine begrenzte.

*Zit. nach: Hans-Georg Fernis u. a. (Hg.), Grundzüge der Geschichte, Quellenband II: Vom Zeitalter der Aufklärung bis zur Gegenwart, Diesterweg, Frankfurt/M. 1975, S. 225 f.**

1 Siehe dazu auch M1 auf S. 150.

M 9 Aus der Rede von Reinhold Meier (DDP) vom 23. März 1933

Wir leugnen auch keineswegs, dass Notzeiten besondere Maßnahmen erfordern, und haben deswegen wiederholt Ermächtigungsgesetze und Notverordnungen gutgeheißen. […] Wenn wir in dieser so ernsten Stunde uns verpflichtet fühlen, Besorgnisse zum Ausdruck zu bringen, so gehen wir davon aus, dass auch der jetzigen Regierung eine sachliche Kritik ihrer Maßnahmen nicht unerwünscht sein wird. Wir vermissen in dem vorliegenden Gesetzentwurf, dass den verfassungsmäßigen Grundrechten und den Grundlagen der bürgerlichen Rechtsordnung keine ausdrückliche Sicherung vor Eingriffen gegeben wurde. Unantastbar müssen vor allem bleiben die Unabhängigkeit der Gerichte, das Berufsbeamtentum und seine Rechte […]. Diese Werte sind Grundelemente jedes Gemeinschaftslebens in einem geordneten Rechtsstaat. Gerade sie wurden durch die Verfassung von Weimar […] gerettet, und sie dürfen heute wie vor 14 Jahren nicht gefährdet werden. Im Interesse von Volk und Vaterland und in der Erwartung einer gesetzmäßigen Entwicklung werden wir unsere ernsten Bedenken zurückstellen und dem Ermächtigungsgesetz zustimmen.

*Zit. nach: Josef Becker (Hg.), Hitlers Machtergreifung, dtv, München 1992, S. 177.**

M 10 Aus der Rede des SPD-Vorsitzenden Otto Wels[1] (1873–1939) vom 23. März 1933

Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht. Nach der Verfolgung, die die Sozialdemokratische Partei in der letzten Zeit erfahren hat, wird billigerweise niemand von ihr verlangen oder erwarten können, dass sie für das hier eingebrachte Ermächtigungsgesetz stimmt. Die Wahlen vom 5. März haben den Regierungsparteien die Mehrheit gebracht und damit die Möglichkeit gegeben, streng nach Wortlaut und Sinn der Verfassung zu regieren. Wo diese Möglichkeit besteht, besteht auch die Pflicht. […] Noch niemals, seit es einen Deutschen Reichstag gibt, ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die gewählten Vertreter des Volkes in solchem Maße ausgeschaltet worden, wie es jetzt geschieht und wie es durch das neue Ermächtigungsgesetz noch mehr geschehen soll […]. Die Herren von der Nationalsozialistischen Partei nennen die von ihnen entfesselte Bewegung eine nationale Revolution. […] Zerstörung von Bestehendem ist aber noch keine Revolution. […] Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. […] Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft.

*Zit. nach: Herbert Michaelis/Ernst Schraepler, Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918–1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, Bd. 9, Dokumentenverlag Wendler, Berlin 1964, S. 147 f.**

1 Otto Wels floh 1933 zunächst nach Prag, wo er die Exilorganisation der SPD aufbaute; im selben Jahr wurde ihm von der NS-Regierung die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt. Wels starb 1939 in Paris.

Herrschaftsstruktur des NS-Staates

M 11 Der Leipziger Oberbürgermeister Carl-Friedrich Goerdeler zur Konkurrenz innerhalb der Machtzentren im NS-Staat, 1937

Neben dem Staat versucht die Partei, das öffentliche Leben zu beherrschen. […] Die Zuständigkeiten, die früher klar geregelt waren, werden dauernd geändert. […] Die Folge ist, dass sich die Zahl der öffentlichen oder halb öffentlichen Beamten und Angestellten um einige Hunderttausend vermehrt hat, dass das Geld des deutschen Steuerzahlers benutzt wird, um mit diesen Kräften irgendetwas zu tun, zumindest untereinander Krieg zu führen, und dass das moralische Bewusstsein sowie die Verantwortungsfreudigkeit ebenso schnell verblassen wie der Mannesmut. Der preußische Beamte war darauf erzogen, seinem Vorgesetzten zu gehorchen; aber er war auch verpflichtet, ihm gegenüber seine eigene Meinung unerschrocken zu vertreten. Beamte, die das heute noch wagen, kann man in Deutschland allmählich mit der Laterne suchen. Damit aber ist die öffentliche Verwaltung unterminiert, muss immer haltloser werden und wird eines Tages dem Volke nur noch als Last erscheinen. Im Übrigen ist die Entwicklung zielbewusst darauf gerichtet, immer mehr Macht in den Händen der Polizei, einschließlich der Geheimen Staatspolizei, zu vereinigen. Das ist logisch. Ein System, das es sich zur Aufgabe gesetzt hat, unter allen Umständen an der Macht zu bleiben, muss mehr und mehr auf das Mittel der Überzeugung verzichten und zu Mitteln des Zwanges greifen.

*Zit. nach: Friedrich Krause (Hg.), Goerdelers politisches Testament. Dokumente des anderen Deutschland, New York City 1945, S. 19 ff.**

Ein Erklärvideo bewerten

Erklärvideos
sind Kurzfilme, in denen Inhalte und Zusammenhänge zu einer bestimmten Thematik multimedial aufbereitet werden. Videos werden sowohl von kommerziellen als auch von öffentlich-rechtlichen Anbietern hergestellt, es gibt aber auch Videos von Privatleuten, insbesondere auch von Schülerinnen und Schülern.

Erklärvideos* erfreuen sich großer Beliebtheit. Viele Jugendliche nutzen sie, um sich über bestimmte Inhalte zu informieren, Unterrichtsstoff zu wiederholen oder sich auf Klassenarbeiten vorzubereiten. Aber auch Lehrkräfte setzen sie im Unterricht ein oder geben ihren Schülerinnen und Schülern den Arbeitsauftrag, ein Erklärvideo zu erstellen. Im Fach Geschichte ermöglichen die Videos, komplexe historische Sachverhalte kurz und kompakt zu präsentieren. Die anschauliche Visualisierung durch Animationen oder Bildimpulse erleichtert den Zugang zu einer Thematik und motiviert, sich mit den Inhalten intensiver zu beschäftigen.
Erklärvideos unterscheiden sich allerdings in ihrer Qualität. Bei der Reduzierung der Inhalte gehen häufig relevante Zwischenschritte zur Erläuterung historischer Phänomene verloren. Zudem besteht die Gefahr der Manipulation, indem beispielsweise bei der Moderation die Grenzen zwischen Fakten und Kommentaren verwischt werden. Angesichts des inzwischen riesigen Angebots im Bereich Geschichte stellt sich die Frage: **Wie lässt sich die Qualität eines Geschichtsvideos überprüfen?**

Mirko Drotschmann
Historiker und Kulturwissenschaftler, arbeitet als Journalist, Buchautor und Webvideoproduzent.
Auf Wissensplattformen im Internet beschäftigt er sich seit 2017 mit historischen, gesellschaftlichen und aktuellen politischen Themen. 1,3 Millionen Menschen (Stand: 2024) haben seinen Geschichtskanal abonniert. Die Videos dauern durchschnittlich sieben bis 15 Minuten. Drotschmann sieht sich nicht als Konkurrent zur Lehrkraft, sondern versteht seine Videos als Angebot zum Ergänzen und Verknüpfen von Lernstoff.

M 1 Mirko Drotschmann* über Chancen und Probleme von Geschichtsvideos im Internet, 2020

Große Probleme sehe ich tatsächlich in der Qualitätssicherung. […] Wer es nur einigermaßen geschickt anstellt, eine gute Rhetorik hat und einigermaßen ein Schnittprogramm beherrscht, der kann leicht große Massen täuschen, indem er bewusst manipulierende Inhalte […] veröffentlicht. Es fehlt das Korrektiv, das man in traditionellen Redaktionen[1] hat. Es fehlen prüfende Blicke, bevor etwas veröffentlicht wird, und vor allem fehlt eine kritische Einordnung. Die kann man als Zuschauer selbst vornehmen und dann auch kommentieren, aber viele machen das eben nicht. So lassen sich Menschen auch immer wieder täuschen, und das finde ich problematisch. […]
Tatsächlich ist es vor allem die Kürze, die Herausforderungen mit sich bringt. Es wäre kein Problem, 30 bis 60 Minuten lange Videos zu veröffentlichen, da könnte man sich wunderbar ausbreiten. Aber das würden sich die Wenigsten anschauen. Komplexe Sachverhalte in kürzester Zeit darzustellen, das ist eine große Herausforderung. Da muss man dann immer aufpassen, dass es dadurch nicht falsch wird. […] Gerade bei Videos zu Themen wie „Rassenpolitik der Nationalsozialisten", „Judenverfolgung" und anderen gibt es jede Menge Kommentare, die in eine höchst problematische Richtung gehen, die antidemokratisch sind. Das, was gegen unsere Gesetze verstößt, das muss natürlich gelöscht werden, das ist klar. Das, was nicht gegen die Gesetze verstößt, das aber trotzdem problematisch ist, bedarf einer Einordnung im Sinne einer Gegenrede, einer Richtigstellung. Es gibt tatsächlich auch immer wieder Kräfte, die versuchen, vor allem junge Menschen bewusst zu manipulieren durch das, was sie in den Kommentaren schreiben. Meine Hauptreaktion ist dann eben die Gegenrede: Ich versuche Dinge klarzustellen, und vor allen Dingen versuche ich auch immer wieder, etwas aufzugreifen und dann ein Video darüber zu machen.

*Zit. nach: https://www.haus-des-erinnerns-mainz.de/index.php/projekte-ausstellungen/projekte/das-hde-im-gespraech-mit/im-gespraech-mit-mirko-drotschmann/ (Download vom 23. Juli 2022).**

1 *Redaktion (lat. redigere = in Ordnung bringen):* für die Inhalte verantwortliches Fachpersonal in Verlagen, Fernsehanstalten, Online- und Printmedien

Übungsaufgabe

M 2 Screenshot des Erklärvideos „Der Weg in die Diktatur", 2018

Arbeitsschritte zur Bewertung eines Erklärvideos

1. Beschreibung
- Wie lautet der Titel des Erklärvideos?
- Wer hat das Video produziert bzw. in Auftrag gegeben?
- Wann und auf welchem Kanal wurde es veröffentlicht?
- An welche Zielgruppe richtet sich das Video? Welche (politische) Intention hat es?

2. Formale Analyse
- Wie ist das Video aufgebaut? Gibt es beispielsweise eine Einführung, eine Fragestellung, am Ende eine Zusammenfassung?
- Welche Gestaltungsmittel werden verwendet (Vortrag, Filme, Bilder, Grafiken, Animationen, Musik, Toneffekte)?
- Gibt es einen Presenter? Wie tritt dieser auf?
- Welches Sprachniveau wird gewählt (Umgangssprache, Fachsprache)? Werden sprachliche Erklärungen, z. B. von Fachbegriffen, vorgenommen?

3. Inhaltliche Analyse
- Sind die einzelnen Aspekte relevant für das Thema?
- Werden die Inhalte ausgewogen dargestellt?
- Wird die Chronologie eingehalten?
- Werden Vorkenntnisse vorausgesetzt?
- Werden Zusammenhänge genau erklärt?
- Werden verschiedene Perspektiven sowie vielfältige Entstehungsfaktoren differenziert aufgezeigt?

4. Bewertung
- Werden die Inhalte sachgerecht und seriös dargestellt?
- Wird zwischen der Darstellung von Ereignissen und Zusammenhängen einerseits und der Kommentierung andererseits unterschieden?
- Wird deutlich, dass es sich nur um eine mögliche Deutung von Geschichte handelt?

Formulierungshilfen
- Das Video wurde von … produziert.
- Es wurde … veröffentlicht …
- Es richtet sich an …, aber auch an andere Interessierte …
- Am Anfang führt der Moderator … Zum Schluss …
- Die Sprecherin/der Sprecher erklärt das Thema …
- Er spricht das Publikum … an.
- Der Moderator nutzt Standardsprache mit teils umgangssprachlichen Elementen, um …
- Als Schritte zur Errichtung der NS-Diktatur werden …
- Die Inhalte werden …
- Zwischen der Darstellung von Fakten und Kommentaren wird …
- Mehrere Perspektiven werden …
- Es werden Fachbegriffe wie … genutzt.
- Zur Veranschaulichung werden … eingesetzt.
- Es wird auf weitere Folgen des Kanals zum Thema Nationalsozialismus hingewiesen, um …
- Gut/problematisch finde ich an dem Video …

1 **a)** Arbeiten Sie aus M 1 und dem DT die Probleme und Herausforderungen heraus, die sich bei der Produktion und Veröffentlichung von Geschichtsvideos ergeben.
b) Ergänzen Sie weitere Aspekte, die Ihrer Erfahrung nach problematisch sein können.

2 **Partnerarbeit:** Bewerten Sie das Video „Der Weg in die Diktatur" (M 2, QR-Code) mithilfe der Arbeitsschritte. Nutzen Sie die Formulierungshilfen.

3 Recherchieren Sie im Internet nach einem Erklärvideo eines anderen Anbieters zum Thema „Entstehung der NS-Diktatur" und analysieren Sie es. Vergleichen Sie die Darstellung mit dem auf dieser Seite erwähnten Video.

Erklärvideo: „Der Weg in die Diktatur"

maqiqe

3.3 Die Weltanschauung der Nationalsozialisten

M 1 Titelbild von Adolf Hitlers „Mein Kampf“, Band 2, 1926.

Bis zur Machtübernahme 1933 wurden bereits ca. 240 000 Exemplare von „Mein Kampf“ verkauft. Bis 1944 wurden ca. 12,5 Millionen Exemplare gedruckt – wie viele davon gelesen wurden, lässt sich nicht genau sagen, da während der Herrschaft Hitlers z. B. auch jedem Hochzeitspaar ein Exemplar als Geschenk überreicht wurde.

Zur Entstehung und Veröffentlichung von „Mein Kampf“

nasoqu

Was waren die ideologischen Grundlagen des Nationalsozialismus?

L Vorschlag für eine Lernaufgabe:
Erstellen Sie eine Mindmap zu den ideologischen Grundlagen des Nationalsozialismus. Die Arbeitsaufträge 1–3 auf S. 170 helfen Ihnen dabei.

Ideologie des Nationalsozialismus

Die Weltanschauung des **Nationalsozialismus** war eine Sammlung von nationalistischen, antisemitischen und rassistischen Vorstellungen, die sich im Laufe des 19. Jahrhunderts ausgeformt hatten. Allerdings wäre es verfehlt, von der Vorstellung eines geschlossenen, durchdachten und widerspruchsfreien Gedankengebäudes auszugehen. Das 1920 verabschiedete 25-Punkte-Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei entsprach inhaltlich den Forderungen der **völkischen Bewegung***. Gleichzeitig war der deutsche **Nationalsozialismus** eine Variante des europäischen Faschismus, der als Sammelbegriff extrem nationalistische, autoritäre und totalitäre Bewegungen in Europa nach dem Ersten Weltkrieg bezeichnet (siehe Lexikon S. 318 und 323). Vorbild für die Nationalsozialisten war der italienische Faschismus. In der nationalsozialistischen Weltanschauung verbanden sich also Grundelemente des Faschismus wie Führerprinzip, Antiparlamentarismus, Antiliberalismus, Antikommunismus und Nationalismus mit einer völkischen Lebensraumideologie, einem radikalen Rassenantisemitismus und einer rassistischen „**Volksgemeinschafts**“-Ideologie. Neben dem 25-Punkte-Programm der NSDAP von 1920 bildete vor allem Hitlers 1924/25 entstandenes Buch **„Mein Kampf“** (M 1) das zentrale ideologische **Grundsatzdokument** des Nationalsozialismus.

▶ M 4: Auszug aus dem Programm der NSDAP

▶ M 5: Auszüge aus Adolf Hitlers „Mein Kampf“

Völkische Bewegung
Sie formierte sich in den 1890er-Jahren (siehe S. 70). Ihr ideologischer Kern war von einem aggressiven Nationalismus und Antisemitismus sowie von einem extremen Sozialdarwinismus bestimmt: Im „Kampf ums Dasein“ könne sich nur die überlegene, wertvolle „Rasse“ durchsetzen.

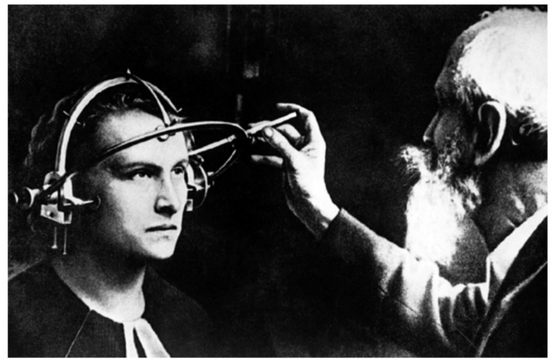
Arier, arisch
ursprünglich indogermanische Volksgruppe, im Nationalsozialismus gleichbedeutend mit nichtjüdisch

Rassismus und Antisemitismus

Der **Rassismus** nahm innerhalb der NS-Ideologie eine **Vorrangstellung** gegenüber allen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen ein. Die Nationalsozialisten wollten eine „rassisch reine“, **„arisch-germanische Volksgemeinschaft“** in den von Deutschland beherrschten Gebieten. Für Rassenideologen war das Entwicklungsprinzip der Geschichte der Kampf zwischen verschiedenwertigen menschlichen „Rassen“ (Kampf ums Dasein). Es galt hierbei das Recht des Stärkeren. Damit wurde das soziale Zusammenleben biologisch erklärt, was einschneidende Folgen auch für Schwache, Menschen mit Behinderung und Bedürftige hatte: Mit pseudowissenschaftlichen Argumentationen konnte man jede Hilfe für diese Menschen ablehnen, indem man auf ihre angeblich schlechten Erbanlagen verwies (siehe S. 197). In einer konstruierten Rangskala wurden die Germanen als **„arische“***, „höherwertige“ und „kulturschöpferische Rasse“ angesehen, deren Lebensrecht unbedingt geschützt werden müsse. Die jüdische Bevölkerung galt den Rassenideologen hingegen als „minderwertig“ und „kulturzersetzende Rasse“.
Rassismus und **Antisemitismus** verbanden sich in der NS-Ideologie zum **Rassenantisemitismus**, dessen Wurzeln ins 19. Jahrhundert zurückreichen. Anders als in früheren Zeiten wurde eine Ablehnung von Jüdinnen und Juden seitdem nicht mehr allein mit religiösen oder sozialen Gründen gerechtfertigt, sondern Rassenantisemiten konstruierten eine vermeintliche jüdische „Rasse“. Diese machten die Nationalsozialisten für alle negativen Erscheinungen verantwortlich. Mit der NS-Machtübernahme wurde der Rassenantisemitismus Leitlinie aller staatlichen Politik. Anders als noch im Kaiserreich oder in der Weimarer Republik fand die Ausgrenzung nun in aller Öffentlichkeit statt und zielte letztlich auf die physische Vernichtung der jüdischen Bevölkerung ab.

▶ M 6: Seite aus einem nationalsozialistischen Kinderbuch, 1936

M 2 Untersuchung der Zugehörigkeit zur „arischen Rasse“, Fotografie, um 1930



Die propagierte NS-„Volksgemeinschaft“

Der Ideologie von einer **„Volksgemeinschaft“** fiel eine zentrale Funktion bei der Etablierung der NS-Diktatur zu. „Du bist nichts, dein Volk ist alles“ war einer der Kernsätze des Regimes – die „Volksgemeinschaft“ wurde dabei als Lösung aller politischen und sozialen Gegensätze der Weimarer Republik gepriesen. Es wurde eine solidarische Gemeinschaft aller deutschen „Volksgenossen“ ohne Unterschiede in Herkunft, Bildung, Beruf und Vermögen in Aussicht gestellt. Ziel dieses Konzepts war aber nicht die Gleichheit aller Individuen, sondern die Ausschaltung aller politischer Gegner und die Herstellung einer Gesellschaftsordnung, der nur „erbbiologisch wertvolle“ und „rassereine“ Deutsche angehören und in der alle „Gemeinschaftsfremden“, insbesondere Jüdinnen und Juden, per Definition keine Mitglieder sein konnten. Diese Unterscheidung begründete und rechtfertigte aus Sicht der Nationalsozialisten die Ausgrenzung, Beraubung, Entrechtung und schließlich die Deportation und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung sowie anderer aus der vorgestellten „Gemeinschaft“ Ausgeschlossener. **Inklusion und Exklusion** waren daher die beiden untrennbar zusammengehörigen Methoden zur Schaffung der „Volksgemeinschaft“.
Das Recht und die Aufgabe dieser „Gemeinschaft“ bestand unter anderem darin, dem „deutschen Volk“ den benötigten Lebensraum zu schaffen; dazu musste eine expansive Außenpolitik betrieben werden. Im **„Kampf um Lebensraum“** sollten Siedlungsflächen als Rohstoff- und Ernährungsbasis erobert werden. Diese lagen in Osteuropa (**„Lebensraum im Osten“**), denn die dort lebenden slawischen Völker waren laut der Rassenideologie der Nationalsozialisten „minderwertige Untermenschen“, die als Arbeitssklaven dienen oder vernichtet werden sollten.

▶ M 7: Propagandaplakat „Volksgemeinschaft“

▶ M 8: Plakat der Deutschen Arbeitsfront (DAF), 1934

▶ M 9: Fritz Stern in seinen Memoiren

▶ M 10: „Bolschewismus ohne Maske“, Plakat, 1937

Führerprinzip

Die Idee der „Volksgemeinschaft“ bildete den gesellschaftlichen Unterbau für das politisch-militärische Führerprinzip. Die Nationalsozialisten lehnten Pluralismus, Liberalismus, Parlamentarismus, Gewaltenteilung, Demokratie und Mehrheitsprinzip grundlegend ab. An deren Stelle setzten sie das Führerprinzip. Nach diesem Prinzip sollten Staat und Gesellschaft hierarchisch aufgebaut sein und sich pyramidenförmig nach unten ausbreiten. Jeder Funktionsträger sollte ein Führer in seinem Bereich sein und dem Prinzip von Befehl und Gehorsam folgen. Als oberster Führer kam nur Hitler selbst infrage.

M 3 Plakat der Ausstellung „Der ewige Jude" im Deutschen Museum in München 1937

Ein stereotyp dargestellter „Jude" trägt in den Händen Münzen bzw. eine Geißel und unter dem Arm eine Karte mit Hammer und Sichel als Symbol des Kommunismus.

Weitere ideologische Feindbilder

Aus all diesen Vorstellungen leiteten die Nationalsozialisten eine Reihe von Feindbildern ab. Die NS-Weltanschauung war antichristlich, weshalb man den gesellschaftlichen Einfluss der Kirchen zurückdrängen wollte. Besonders ausgeprägt war die Feindschaft der Nationalsozialisten gegenüber der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegung. Sie setzten Judentum und Marxismus gleich und behaupteten, die Bewegung der russischen Kommunisten, der Bolschewismus, sei der Versuch des Judentums, die „Weltherrschaft" zu erlangen und die „arische Rasse" zu unterjochen. In der NS-Weltanschauung waren die Bolschewisten damit Teil eines angeblichen internationalen „Weltfinanzjudentums". Zugleich leugneten die Nationalsozialisten den Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital in der rassistisch begründeten „Volksgemeinschaft". Sie dehnten den Arbeiterbegriff auf alle arbeitenden Deutschen aus und stellten an die Stelle des Klassen- den „Rassenkampf". Somit wurde die Utopie der klassenlosen Gesellschaft durch die einer „rassenreinen" Gesellschaft ersetzt. Auch bestimmte Formen des kapitalistischen Wirtschaftens prangerten die Nationalsozialisten an: So lehnten sie jede Form von Zinsgewinnen durch Banken oder Börsenspekulationen ab.

1 Skizzieren Sie mithilfe Ihrer Grundkenntnisse (GB) zur nationalsozialistischen Weltanschauung den grundsätzlichen Aufbau Ihrer Mindmap.

2 **Gruppenarbeit:**
Gruppe A: Arbeiten Sie aus M 2, M 4, M 5A sowie M 6 zentrale Merkmale des NS-Antisemitismus heraus. Beziehen Sie auch den DT ein.
Gruppe B: Arbeiten Sie aus M 4, M 5B sowie M 7–M 9 zentrale Merkmale der NS-„Volksgemeinschafts"-Ideologie heraus. Beziehen Sie den DT ein.
Beide Gruppen: Tauschen Sie Ihre Ergebnisse mit der anderen Gruppe aus und ergänzen Sie fehlende Zuordnungen in Ihrer Mindmap.

3 Fügen Sie in Ihre Mindmap mithilfe des DT sowie M 5C und M 10 weitere Elemente der NS-Weltanschauung ein.

4 M 3 gilt als besonders eindrückliches Beispiel für die antisemitische Hetze der NS-Propaganda. Untersuchen Sie das Plakat mithilfe Ihrer Kenntnisse zur NS-Weltanschauung.

5 **Wahlaufgabe:**
a) Analysieren Sie anhand Ihrer Mindmap die Darstellung des „Deutschen" und des „Juden" in M 6. Nehmen Sie kritisch Stellung. Berücksichtigen Sie insbesondere die antisemitische Bildsprache.
b) **Diskussion:** Diskutieren Sie unter Zuhilfenahme Ihrer Mindmap, inwieweit sich die nationalsozialistische Weltanschauung mit den Begriffen Inklusion und Exklusion beschreiben lässt (DT).

6 Erörtern Sie, ausgehend von Ihrer Mindmap und unter Berücksichtigung von M 1, den Stellenwert der nationalsozialistischen Weltanschauung für den Erfolg des Nationalsozialismus.

7 **Zusatzaufgabe (M 3):** Siehe S. 300.

▶ Übung

Grundsatzdokumente der NS-Ideologie

M 4 Auszug aus dem Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei vom 24. Februar 1920

1. Wir fordern den Zusammenschluss aller Deutschen aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Groß-Deutschland.
2. Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain.
3. Wir fordern Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung unseres Bevölkerungs-Überschusses.
4. Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.
5. Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muss unter Fremdengesetzgebung stehen.
6. Das Recht, über Führung und Gesetze des Staates zu bestimmen, darf nur dem Staatsbürger zustehen. Daher fordern wir, dass jedes öffentliche Amt [...] nur durch Staatsbürger bekleidet werden darf. [...]
8. Jede weitere Einwanderung Nicht-Deutscher ist zu verhindern. Wir fordern, dass alle Nicht-Deutschen, die seit 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden. [...]
10. Erste Pflicht jedes Staatsbürgers muss sein, geistig oder körperlich zu schaffen. Die Tätigkeit des Einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muss im Rahmen des Gesamten und zum Nutzen aller erfolgen.

*Zit. nach: Heinz Hürten (Hg.), Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung. Weimarer Republik und Drittes Reich 1918–1945, Reclam, Stuttgart 1995, S. 67 ff.**

M 5 Auszüge aus Hitlers „Mein Kampf", 1925

A Menschliche Kultur und Zivilisation sind auf diesem Erdteil unzertrennlich gebunden an das Vorhandensein des Ariers. [...] Die Blutsvermischung und das dadurch bedingte Senken des Rassenniveaus ist die alleinige Ursache des Absterbens aller Kulturen. [...] Was nicht gute Rasse ist auf dieser Welt, ist Spreu[1]. [...] Den gewaltigsten Gegensatz zum Arier bildet der Jude. [...] Nein, der Jude ist kein Nomade; denn auch der Nomade hatte schon eine bestimmte Stellung zum Begriff „Arbeit". [...] Das Judentum war immer ein Volk mit bestimmten rassischen Eigenschaften und niemals eine Religion. [...] Er ist und bleibt der ewige Parasit [...], wo er auftritt, stirbt das Wirtsvolk nach kürzerer oder längerer Zeit ab. [...] Der Marxismus aber stellt sich als der in Reinkultur gebrachte Versuch des Juden dar, auf allen Gebieten des menschlichen Lebens die überragende Bedeutung der Persönlichkeit auszuschalten und durch die Zahl der Masse zu ersetzen. Dem entspricht politisch die parlamentarische Regierungsform, die wir, von den kleinsten Keimzellen der Gemeinde angefangen bis zur obersten Leitung des gesamten Reiches, so unheilvoll wirken sehen, und wirtschaftlich das System einer Gewerkschaftsbewegung, die nicht den wirklichen Interessen des Arbeitnehmers dient, sondern ausschließlich den zerstörenden Absichten des internationalen Weltjuden. [...] So ist der Jude heute der große Hetzer zur restlosen Zerstörung Deutschlands. Wo immer wir in der Welt Angriffe gegen Deutschland lesen, sind Juden ihre Fabrikanten[2]. [...] Die Gedankengänge des Judentums sind dabei klar. Die Bolschewisierung Deutschlands, d. h. die Ausrottung der nationalen völkischen deutschen Intelligenz und die dadurch ermöglichte Auspressung der deutschen Arbeitskraft im Joche[3] der jüdischen Weltfinanz.

B Das Recht auf Grund und Boden kann zur Pflicht werden, wenn ohne Bodenerweiterung ein großes Volk dem Untergang geweiht erscheint. Noch ganz besonders dann, wenn es sich dabei nicht um ein x-beliebiges Negervölkchen[4] handelt, sondern um die germanische Mutter all des Lebens, das der heutigen Welt ihr kulturelles Bild gegeben hat. Deutschland wird entweder Weltmacht oder überhaupt nicht sein. [...] Wir setzen dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten endete. Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wir schließen endlich ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft. Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Russland und die ihm untertanen Randstaaten denken.

C Die junge Bewegung ist ihrem Wesen und ihrer inneren Organisation nach antiparlamentarisch, d. h., sie lehnt im Allgemeinen wie in ihrem eigenen inneren Aufbau ein Prinzip der Majoritätsbestimmung ab, in dem der Führer nur zum Vollstrecker des Willens und der Meinung anderer degradiert[5] wird. Die Bewegung vertritt im kleinsten wie im größten den Grundsatz einer germanischen Demokratie: Wahl des Führers, aber unbedingte Autorität desselben. Die praktischen Folgen dieses Grundsatzes in der Be-

wegung sind nachstehende: Der erste Vorsitzende einer Ortsgruppe wird gewählt, allein er ist dann auch der verantwortliche derselben. Sämtliche Ausschüsse unterstehen ihm, und nicht er umgekehrt einem Ausschuß. […] Der gleiche Grundsatz gilt für die nächst höhere Organisation, den Bezirk, den Kreis oder den Gau. […] Und das gleiche gilt endlich für die Leitung der Gesamtpartei. Der Vorsitzende wird gewählt, er aber ist der ausschließliche Führer der Bewegung. Sämtliche Ausschüsse unterstehen ihm und nicht er den Ausschüssen. Er bestimmt und trägt damit aber auch auf seinen Schultern die Verantwortung. Es steht den Anhängern der Bewegung frei, vor dem Forum einer neuen Wahl ihn zur Verantwortung zu ziehen, ihn seines Amtes zu entkleiden, insofern er gegen die Grundsätze der Bewegung verstoßen oder ihren Interessen schlecht gedient hat. Allein an seine Stelle tritt eben dann der besserkönnende, neue Mann, jedoch mit gleicher Autorität, aber auch gleicher Verantwortlichkeit. Es ist eine der obersten Aufgaben der Bewegung, dieses Prinzip zum bestimmenden nicht nur innerhalb der eigenen Reihen, sondern auch für den gesamten Staat zu machen.

Zit. nach Christian Hartmann/Thomas Vordermayer/ Othmar Plöckinger/Roman Töppel (Hg.), Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition, im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München, Berlin 2016, 2 Bde., A: Bd. 2, 1, S. 12, Bd. 1, 2, S. 313, Bd. 1, 2, S. 313, Bd. 1, 11, S. 317, Bd. 1, 11, S. 322, Bd. 1, 11, S. 324, Bd. 1, 11, S. 323, Bd. 2, 4, S. 86, Bd. 2, 13, S. 279, Bd. 2, 13, S. 279; B: Bd. 2, 14, S. 316, Bd. 2, 14, S. 316. C: S. 364 f. (alte Rechtschreibung)

1 *Spreu:* Abfall beim Dreschen von Getreide
2 *Fabrikant:* gemeint ist hier, dass die Juden diese Angriffe ausgelöst haben sollen
3 *Joch:* brutale, unterdrückende Herrschaft
4 *Negervölkchen:* abwertende und rassistische Formulierung, die im Zusammenhang mit sogenannten „Rassentheorien" steht
5 *degradieren:* erniedrigen

M 6 Seite aus einem nationalsozialistischen Kinderbuch, 1936

Die Texte lauten (links): „Der Deutsche ist ein stolzer Mann, der arbeiten und kämpfen kann. Weil er so schön ist und voll Mut, hasst ihn von jeher schon der Jud!" (Rechts:) „Das ist der Jud, das sieht man gleich, der größte Schuft im ganzen Reich! Er meint, dass er der Schönste sei, und ist so hässlich doch dabei!"

„Volksgemeinschaft"

M 7 NS-Propagandaplakat „Volksgemeinschaft", zwischen 1933 und1939

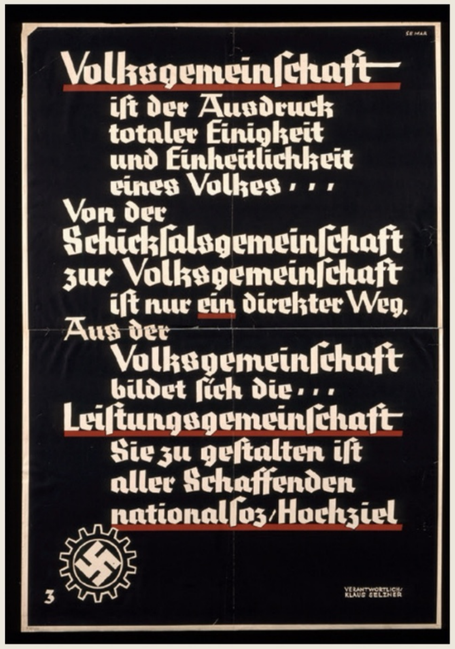
M 9 Fritz Stern (geb. 1926 in Breslau, jüdischer Abstammung, 1938 Emigration in die USA) schreibt in seinen Memoiren, 2007

Ich war ab April 1936 über zwei Jahre am Maria-Magdalena-Gymnasium, und mit jedem Halbjahr wurde es unangenehmer, wuchs mein Gefühl des Ausgeschlossenseins. Die meisten Klassenkameraden waren in der Hitlerjugend, und an besonderen Tagen (beispielsweise am Führergeburtstag) erschienen sie in Uniform. Auch ohne Uniform ließen sie einen spüren, dass sie auf Deutschland und den Nationalsozialismus stolz waren und sich freuten, einer Gemeinschaft anzugehören. Gelegentlich war ich Zielscheibe verbaler und – auf dem Schulhof – physischer Attacken. Einmal habe ich mich zur Wehr gesetzt und dem Tyrannen unserer Klasse, der andere schikanierte, eine verpasst. […] Die Schule war schon anstrengend genug, und durch das hinzukommende Ausgeschlossensein und die Bedrohung wurde es noch schlimmer.

*Fritz Stern, Fünf Deutschland und ein Leben. Erinnerungen, Übers. Friedrich Giese, C. H. Beck, München 2007, S. 152.**

Weitere Feindbilder

M 8 Plakat der Deutschen Arbeitsfront (DAF) zu den Vertrauenswahlen, 1934



M 10 Plakat „Bolschewismus ohne Maske", 1937.

Plakat anlässlich der Ausstellung „Große antibolschewistische Ausstellung der Gauleitung Berlin der NSDAP" im Reichstagsgebäude

3.4 Propaganda und inszenierte Lebenswirklichkeiten im totalitären NS-Staat

M 1 Plakat zur Rundfunkausstellung in Berlin, 1936.

Der 1935/36 entwickelte erste preiswerte und leistungsfähige Rundfunkempfänger, der „Volksempfänger" VE 301, kostete 76 Reichsmark, was etwa dem Wochenlohn eines Facharbeiters entsprach.

Welche Bedeutung hatte die Propaganda für die Durchsetzung der NS-Ideologie? Welchen Zusammenhang gab es zwischen der Selbstdarstellung des Nationalsozialismus und seinem Erfolg in der deutschen Bevölkerung?

L Vorschlag für eine Lernaufgabe:
Erörtern Sie in einer schriftlichen Argumentation die Ursachen für den Erfolg des Nationalsozialismus in der deutschen Bevölkerung. Beziehen Sie auch Ihre Kenntnisse zur nationalsozialistischen Weltanschauung ein. Die Arbeitsaufträge 1–4 auf S. 176 unterstützen Sie.

Propaganda

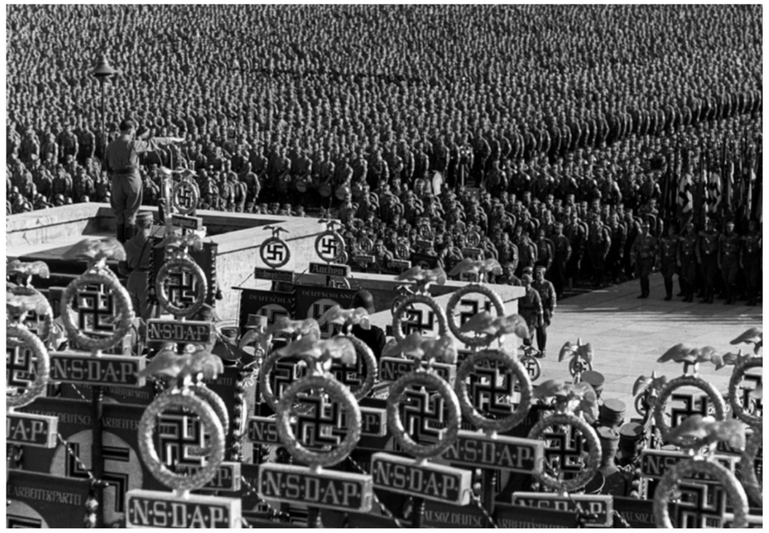
Zur Sicherung ihrer Herrschaft setzten die Nationalsozialisten Gewalt, Terror und Unterdrückung, aber auch massiv Verführung durch Propaganda ein, da sie wussten, dass sie dieses Ziel nicht allein mit Zwang erreichen konnten. So sollte die Bevölkerung, die teilweise der NS-Herrschaft noch skeptisch gegenüberstand, mobilisiert und vom **Weltbild des Nationalsozialismus** überzeugt werden. **Joseph Goebbels** nutzte als **Reichspropagandaminister** seit 1933 intensiv die **neuen Medien Kino und Radio** (M 1). Auch inszenierte Massenkundgebungen (M2), eine aufwendige Parteipresse und Plakate trugen zur Beeinflussung der Öffentlichkeit und Verbreitung der nationalsozialistischen Ideologie bei. Dabei setzten die Nationalsozialisten gerade beim Film auf den schönen äußeren Schein, z. B. in den Propagandafilmen von Leni Riefenstahl über den Nürnberger Reichsparteitag 1934 oder die Olympischen Spiele 1936 in Deutschland. Eingängige Sprache und sich wiederholende Symbole sowie die Verwendung eines klaren Freund-Feind-Bildes dienten der Identifikation mit der NSDAP und dem „Führer". Das „Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda" hatte ein Informations- und Meinungsbildungsmonopol. Unangepasste Künstler und Intellektuelle wurden mit Berufsverboten belegt, viele gingen ins Exil. Andere passten sich an oder engagierten sich aktiv für den Nationalsozialismus.

▶ M 6: Joseph Goebbels über die Errichtung des Reichspropagandaministeriums

▶ M 7: Britta Gürke 2009 über den Film „Triumph des Willens"

Der Nationalsozialismus in München

demaro



M 2 Reichsparteitag der NSDAP. Hitler grüßt die vor ihm angetretenen Formationen von SS und SA, Fotografie, 1935

Führerkult

„Das ist das Wunder dieser Zeit, dass ihr mich gefunden habt […] unter so vielen Millionen! Und dass ich Euch gefunden habe, das ist Deutschlands Glück!" Dieses Zitat aus einer Rede, die Adolf Hitler 1936 unter dem Jubel Hunderttausender auf dem Reichsparteitag in Nürnberg hielt, ist ein Beispiel für den **Führerkult** der Nationalsozialisten. Geschickt nutzte Hitler u. a. die Hochstimmung in der Bevölkerung nach dem außerordentlichen Prestigegewinn Deutschlands im In- und Ausland während der Olympischen Spiele in Berlin 1936, um sich als nationaler Heilsbringer feiern zu lassen.
Die NS-Propaganda versuchte von Anfang an, die Begeisterung für Hitler zu kulthafter Verehrung zu steigern (M 3). Sie überhöhte ihn zu einer Gestalt, die nicht nur jeder Aufgabe gewachsen war, sondern auf allen Gebieten Überragendes leistete – als Staatsmann, Feldherr oder Bauherr. Der Mythos vom willensstarken, weitsichtigen und tatkräftigen „Führer" wurde ergänzt durch eine wirkmächtige Inszenierung: Hitler stellte sich als „Mann des Volkes" dar.

Gemeinschaftserlebnisse in der „Volksgemeinschaft"

Die Ausgrenzung der politischen Gegner und „Gemeinschaftsfremden" aus der **„Volksgemeinschaft"** war die eine Seite des Nationalsozialismus. Die andere Seite bildeten **Gemeinschaftserlebnisse**, in denen sich die deutsche Bevölkerung als Einheit erleben und feiern sollte. Den Nationalsozialisten war stets bewusst, dass die Erziehung zur „Volksgemeinschaft" eine zentrale politisch-ideologische Aufgabe war. Sie sollte von den NS-Organisationen ausgeführt und kontrolliert werden.
Ein nicht geringer Teil des Volkes, insbesondere die Mehrheit der Arbeiterschaft, stand den Nationalsozialisten zunächst distanziert gegenüber. Daher setzte sich nach der Zerschlagung der Gewerkschaften 1933 (siehe S. 162) die **„Deutsche Arbeitsfront" (DAF)** für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen ein, z. B. durch die Einrichtung von Betriebskantinen oder die Einführung eines gesetzlichen Mindestanspruches auf ein bis zwei Wochen Jahresurlaub. Das bekannteste und populärste Amt der DAF war die Freizeitorganisation **„Kraft durch Freude" (KdF)**. Im Mittelpunkt stand die Arbeiterschaft, der ein Erholungs- und Unterhaltungsangebot zugänglich gemacht werden sollte, das bisher anderen sozialen Schichten vorbehalten gewesen war. Anspruch und Wirklichkeit klafften aber auseinander: Mit KdF reisten überwiegend Angestellte und Beamte.
Das neu gegründete **Winterhilfswerk (WHW)** sollte schnell sichtbare Erfolge bei der Bekämpfung der Folgen von Arbeitslosigkeit und Armut demonstrieren. Durch Aktionen wie Spendensammlungen oder Eintopfsonntage (M 4), die die Propaganda groß darstellte, wurde das WHW zu einem wichtigen Teil des Alltags im NS-Staat und des Gemeinschaftserlebnisses.
Der Jugend galt ein besonderes Augenmerk des NS-Regimes: Mit deren Erziehung und Ausbildung sollte der Grundstein für die „Volksgemeinschaft" der Zukunft gelegt werden. Daher wurde die **„Hitlerjugend" (HJ)** ab 1933 zur Staatsjugend aufgewertet und alle konkurrierenden Jugendverbände aus der Weimarer Republik wurden verboten. Die HJ wurde der NSDAP angeschlossen. Zunächst war die Mitgliedschaft noch freiwillig, mit dem „Gesetz über die Hitlerjugend" vom 1. Dezember 1936 und der „Jugenddienstpflicht" vom 25. März 1939 verpflichtend (siehe Plakat S. 149/3). Analog zu den Jungen wurden die Mädchen in einer Teilorganisation der HJ, dem **„Bund Deutscher Mädel" (BDM)**, zusammengefasst (M 5). Die HJ sollte laut einer Verordnung von 1934 „den neuen nationalsozialistischen Menschen von Grund auf formen". Daher war die Staatsjugend militärisch organisiert. Paraden, Zeltlager, Fahrten, Geländespiele, Luft- und Kleinkalibergewehrschießen sowie wöchentliche „Heimabende" waren einerseits attraktive Formen der Freizeitgestaltung für Jugendliche, andererseits vermittelten sie der Jugend **militärische Werte** wie Kameradschaft, Disziplin und körperliche Leistungsfähigkeit. Gerade die Zeltlager von HJ und BDM dienten der Vorbereitung auf den

M 3 Adolf Hitler, Plakat, 1938, basierend auf einem Gemälde von Heinrich Knirr, 1935/36.

Das Plakat hing in Deutschland in fast allen öffentlichen Gebäuden und Büroräumen.

▶ M 8: Reichsminister des Innern Wilhelm Frick über die Einführung des Hitlergrußes

▶ M 9, M 10: „Kraft durch Freude"

M 4 Plakat Winterhilfswerk, 1938.

An sogenannten Eintopfsonntagen sollten auf Anordnung der Reichsregierung nur einfache Eintopfgerichte gegessen bzw. von Restaurants angeboten werden. Der Differenzbetrag zum Preis eines üblichen Sonntagsessens sollte dem Winterhilfswerk gespendet werden.

M 5 Aufmarsch der Deutschen Jungmädel, Fotografie, 1935

▶ M 11: Hitler über die Jugend im NS-Staat

▶ M 12: Erinnerungen eines Abiturienten an die HJ

▶ M 13, M 14: Historikerurteile zum Erfolg der Nationalsozialisten

▶ Video: Die Hitlerjugend und der BDM

Wehrdienst und der Erziehung zur „Volksgemeinschaft", wurde aber von vielen Jugendlichen aufgrund des Gruppenerlebnisses geschätzt. Dennoch gelang der HJ keine vollständige Erfassung der Jugendlichen. So bildeten sich vor allem in den Großstädten Jugendgruppen wie die „Edelweißpiraten" oder die „Swing-Jugend", die sich der vormilitärischen Ausbildung der HJ widersetzten.

Ideologie und Wirklichkeit

Die Versprechungen und Inszenierungen der „Volksgemeinschaft" sorgten gerade bei der jüngeren Generation für eine Akzeptanz der NS-Herrschaft. Zwar gelang es dem Regime nie, insbesondere die Arbeiterschaft vollständig für sich zu gewinnen. Doch der Abbau der Arbeitslosigkeit und der wirtschaftliche Aufschwung führten in breiten Teilen der Bevölkerung zu Zustimmung, obwohl die wirtschaftliche Entwicklung entscheidend mit der massiven Aufrüstung zusammenhing. Nicht wenige Menschen versprachen sich auch individuelle Aufstiegschancen im NS-Staat und profitierten von der Ausgrenzung und Verfolgung von Regimegegnern oder der jüdischen Bevölkerung. Mittlerweile ist es unstrittig, dass die „Volksgemeinschaft" nicht in der von den Nationalsozialisten propagierten Form existierte und soziale Unterschiede und Gegensätze auch in der NS-Zeit weiterhin bestanden.

Als „Keimzelle der Volksgemeinschaft" stand die „erbgesunde" und „rassenbiologisch artgerechte" Familie und Ehe unter dem besonderen Schutz des NS-Regimes. Junge verheiratete Paare erhielten steuerliche Vergünstigungen. Frauen sollten keiner außerhäuslichen Arbeit nachgehen, sondern vor allem viele Kinder gebären. Jedoch eröffnete die Teilnahme an den NS-Organisationen soziale Aufstiegschancen. Hier übernahmen die Frauen verantwortungsvolle Aufgaben, die eigenständiges Handeln verlangten.

Wer sich mit den Geschlechterrollen in der NS-Gesellschaft beschäftigt, muss sorgfältig unterscheiden zwischen ideologischem Anspruch und Realität. Das von der NS-Propaganda entworfene Bild von der Frau als Mutter entsprach auch hier nicht der Wirklichkeit, wie der Blick auf die Frauenerwerbstätigkeit zeigt. Obwohl die Geburtenrate stieg, nahm die Berufstätigkeit nicht ab, sondern in einigen Bereichen, wie Industrie und Landwirtschaft, sogar zu. Die Ausweitung der Rüstungsproduktion nach Kriegsbeginn erforderte den verstärkten Einsatz von Frauen.

1 **Arbeitsteilige Gruppenarbeit:** Bearbeiten Sie eines der folgenden Themen und tauschen Sie anschließend Ihre Arbeitsergebnisse aus.
   Tipp: Beziehen Sie auch den GB „Gleichschaltung" ein.
   a) Beschreiben Sie die Rolle der Propaganda im NS-Staat (M 6, DT).
   b) Beschreiben Sie die Rolle des Führerkults im NS-Staat (M 2, M 7–M 8, DT).
2 **Arbeitsteilige Partnerarbeit:** Analysieren Sie auf Grundlage Ihrer Ergebnisse aus Aufgabe 1 die Plakate M 1 bzw. M 3.
   Tipp: Nutzen Sie dazu die Arbeitsschritte „Ein politisches Plakat analysieren" auf S. 110.
3 Überprüfen Sie, inwieweit es der NSDAP gelang, die deutsche Bevölkerung durch Gemeinschaftsveranstaltungen und Erlebnisangebote für sich zu gewinnen (M 2, M 4–M 5, M 9–M 12 und DT).
4 **Arbeitsteilige Partnerarbeit:** Arbeiten Sie aus M 13 bzw. M 14 heraus, wie die Historiker jeweils den Erfolg der Nationalsozialisten bei der deutschen Bevölkerung begründen.
   Berücksichtigen Sie in Ihrer Argumentation zu den Ursachen des Erfolgs des Nationalsozialismus auch Ihre Kenntnisse zur nationalsozialistischen Weltanschauung (siehe S. 168 ff.) und zur Organisation des NS-Staates (siehe S. 162 f.).
5 **Diskussion:** Diskutieren Sie, inwiefern Hitlers Aussage „Sie werden nicht mehr frei, ihr ganzes Leben nicht mehr" (M 11) auf die Bevölkerung im totalitären Staat zutrifft (M 11).

Propaganda

M 6 Joseph Goebbels auf einer Pressekonferenz über die Errichtung des „Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda" am 15. März 1933

Ich sehe in der Einrichtung des neuen Ministeriums für Volksaufklärung und Propaganda insofern eine revolutionäre Regierungstat, als die neue Regierung nicht mehr die Absicht hat, das Volk sich selbst zu überlassen. Diese Regierung ist im wahrsten Sinne des Wortes eine Volksregierung. Sie ist aus dem Volke hervorgegangen und wird immer die Vollstreckerin des Volkswillens sein. Ich verwahre mich auf das leidenschaftlichste dagegen, dass diese Regierung der Ausdruck irgendeines reaktionären Wollens sei, dass wir Reaktionäre wären. […] Wir wollen vielmehr dem Volke geben, was dem Volke gebührt, allerdings in einer anderen Form, als es im demokratischen Parlamentarismus geschah. […]

Es genügt nicht, die Menschen mit unserem Regiment mehr oder weniger auszusöhnen, sie zu bewegen, uns neutral gegenüberzustehen, sondern wir wollen die Menschen so lange bearbeiten, bis sie uns verfallen sind, bis sie auch ideenmäßig einsehen, dass das, was sich heute in Deutschland abspielt, nicht nur hingenommen werden muss, sondern auch hingenommen werden kann. […]

Die wichtigsten Aufgaben dieses Ministeriums müssen folgende sein: Zunächst müssen alle propagandistischen Unternehmungen und alle volksaufklärenden Institutionen des Reiches und der Länder zentral in einer Hand vereinigt werden. Es muss ferner unsere Aufgabe sein, diesen propagandistischen Einrichtungen einen modernen Impuls einzuhauchen und sie mit der Jetztzeit in Übereinstimmung zu bringen. […] Das Modernste ist gerade gut genug. Wir leben nun einmal in dem Zeitalter, wo Massen hinter einer Politik stehen müssen. […] Die modernen Volksführer müssen moderne Volkskönige sein, sie müssen die Masse verstehen, brauchen der Masse aber nicht nach dem Munde zu reden. Sie haben die Pflicht, der Masse zu sagen, was sie wollen, und der Masse das so klarzumachen, dass diese es auch versteht.

*Joseph Goebbels, Revolution der Deutschen. 14 Jahre Nationalsozialismus, Stalling, Oldenburg, 1933, S. 135 f.**

Führerkult

M 7 Die Journalistin Britta Gürke 2009 über den Film „Triumph des Willens"

Die Filmbilder haben […] mit der Realität wenig zu tun, auch wenn Riefenstahl selbst anderes behauptete. […] Hitler wird durch unzählige technische Kniffe zum Messias erhöht, der sein Volk scheinbar erlöst und eine leuchtende Zukunft verspricht. […] Von Hitler bekam sie alles […]: Überall in der Stadt wurden Schienen für Kamerafahrten verlegt, die berühmteste ist eine Rundfahrt um Hitler, die ihn wie eine lebende Statue aussehen lässt. Ungewöhnliche Perspektiven und bombastische Musik taten das Übrige.

*Zit. nach: www.mz.de/kultur/vor-75-jahren-entstand-triumph-des-willens-2405271 (Download vom 4. Juni 2022).**

© dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH / Britta Gürke: Abscheu und Faszination: Vor 75 Jahren entstand «Triumph des Willens», 27. 03. 2009

M 8 Der Reichsminister des Innern, Wilhelm Frick, an die Obersten Reichsbehörden, die Reichsstatthalter und Landeregierungen am 13. Juli 1933

Betrifft: Einführung des Hitlergrußes

Nachdem der Parteienstaat in Deutschland überwunden ist und die gesamte Verwaltung im Deutschen Reiche unter der Leitung des Reichskanzlers Adolf Hitler steht, erscheint es angebracht, den von ihm eingeführten Gruß allgemein als deutschen Gruß anzuwenden. Damit wird die Verbundenheit des ganzen deutschen Volkes mit seinem Führer auch nach außen hin klar in Erscheinung treten.

Die Beamtenschaft muss auch hierin dem deutschen Volke vorangehen. Deshalb und um eine gleichmäßige Übung innerhalb der Behörden zu gewährleisten, bitte ich für Ihren Geschäftsbereich anzuordnen:

1. Sämtliche Beamte, Angestellte und Arbeiter von Behörden grüßen im Dienst und innerhalb der dienstlichen Gebäude und Anlagen durch Erheben des rechten Armes. […]

3. Es wird von den Beamten erwartet, dass sie auch außerhalb des Dienstes in gleicher Weise grüßen. Für meinen Geschäftsbereich habe ich dementsprechende Anordnung getroffen.

Frick Reichsminister des Innern

*Zit. nach: Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler 1933–1938, Teil I, Band 1, hg. für die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften von Konrad Regen für das Bundesarchiv von Hans Booms, bearbeitet von Karl-Heinz Minute, Boldt Verlag, Boppard am Rhein 1983, S. 658.**

Inszenierte Lebenswirklichkeiten

M 9 „Auch du kannst jetzt reisen!", KdF-Werbeplakat, 1937

M 10 Aus einem Bericht des Sicherheitsdienstes (SD) über eine einwöchige KdF-Reise in die Sächsische Schweiz, 2. Juli 1937

Vor Beginn der Urlaubsfahrt wurden die Teilnehmerlisten mit den Urlaubern aus Pommern in Bezug auf ihre politische Einstellung bei der Stapoleitstelle Stettin überprüft. […] Von der Stapoleitstelle[1] wurden zur Beobachtung der KdF-Fahrt zwei Beamte kommandiert. […] Die Stimmung unter den Urlaubern war während der ganzen Zeit ausgezeichnet. Es herrschten offensichtlich Freude und Ausgelassenheit. Die Einrichtungen der KdF-Veranstaltungen und -Reisen wurden allgemein als eine anerkennenswerte Maßnahme insbesondere für den Arbeiter bezeichnet. Es ist leider bedauerlich, dass noch so wenig Arbeiter an den KdF-Reisen teilnehmen. Unter den Teilnehmern an dieser Fahrt befanden sich tatsächlich nur sehr wenig ausgesprochene Arbeiter, überwiegend setzten sich die Teilnehmer aus Angestellten, Büroarbeitern und Verkäufern zusammen. Davon wiederum waren die Mehrzahl Frauen. Der Arbeiter ist noch nicht in der Lage, die Kosten für die an sich schon billige Reise aufzubringen. Die vorhandenen Arbeiter waren entweder von ihren Betriebsführern geschickt worden oder es waren die Kosten aus den z. T. bestehenden Betriebsurlaubskassen entnommen worden. Nur vereinzelte Arbeiter, insbesondere ledige, hatten die Kosten für die Reise durch KdF-Urlaubssparmarken zusammengetragen.

Zit. nach: Christine Keitz, Reisen als Leitbild. Die Entstehung des modernen Massentourismus in Deutschland, dtv, München 1997, S. 256 f.

1 *Stapoleitstelle:* Staatspolizeileitstelle; waren meist in Großstädten eingerichtet worden und unterstanden unmittelbar der Gestapo.

M 11 Aus einer Rede Adolf Hitlers vor NSDAP-Funktionären in Reichenberg (Sudetenland) am 2. Dezember 1938

Diese Jugend, die lernt ja nichts anderes als deutsch denken, deutsch handeln. Und wenn nun dieser Knabe und dieses Mädchen mit ihren zehn Jahren in unsere Organisation hineinkommen und dort nun so oft zum ersten Mal überhaupt eine frische Luft bekommen und fühlen, dann kommen sie vier Jahre später vom Jungvolk in die Hitlerjugend, und dort behalten wir sie wieder vier Jahre, und dann geben wir sie erst recht nicht zurück in die Hände unserer alten Klassen- und Standeserzeuger, sondern dann nehmen wir sie sofort in die Partei oder in die Arbeitsfront, in die SA oder in die SS, in das NSKK (NSK[1]) und so weiter. Und wenn sie dort zwei Jahre oder anderthalb Jahre sind und noch nicht ganze Nationalsozialisten geworden sein sollten, dann kommen sie in den Arbeitsdienst[2] und werden dort wieder sechs und sieben Monate geschliffen, alle mit einem Symbol, dem deutschen Spaten. Und was dann nach sechs oder sieben Monaten noch an Klassenbewusstsein oder Standesdünkel da oder da noch vorhanden sein sollte, das übernimmt dann die Wehrmacht zur weiteren Behandlung auf zwei Jahre. Und wenn sie dann nach zwei oder drei oder vier Jahren zurückkehren, dann nehmen wir sie, damit sie auf keinen Fall rückfällig werden, sofort wieder in SA, SS und so weiter. Und sie werden nicht mehr frei, ihr ganzes Leben.

Zit. nach: Kurt-Ingo Flessau, Schule der Diktatur, Fischer, München 1977, S. 26.

1 *NSKK:* Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps
2 *Arbeitsdienst:* 1935 führte der NS-Staat eine sechsmonatige Arbeitsdienstpflicht für Jugendliche ab 18 (bis 25) Jahren ein.

M 12 Erinnerungen eines Abiturienten an die HJ, 1949

Diese Kameradschaft, das war es auch, was ich an der Hitlerjugend liebte. Als ich mit zehn Jahren in die Reihen des Jungvolks eintrat, war ich begeistert. Denn welcher Junge ist nicht entflammt, wenn ihm Ideale, hohe Ideale wie Kameradschaft, Treue und Ehre entgegengehalten werden. Ich weiß noch, wie tief ergriffen ich dasaß, als wir die Schwertworte des Pimpfen lernten: „Jungvolkjungen sind hart, schweigsam und treu; Jungvolkjungen sind Kameraden; des Jungvolkjungen Höchstes ist die Ehre!" Sie schienen mir etwas Heiliges zu sein. – Und dann die Fahrten! Gibt es etwas Schöneres, als im Kreis von Kameraden die Herrlichkeiten der Heimat zu genießen? Oft zogen wir am Wochenende in die nächste Umgebung von K. hinaus, um den Sonntag dort zu verleben. Welche Freude empfanden wir, wenn wir an irgendeinem blauen See Holz sammelten, Feuer machten und darauf dann eine Erbsensuppe kochten! […] Diese Stunden waren wohl die schönsten, die uns die Hitlerjugend geboten hat. Hier saßen dann Lehrlinge und Schüler, Arbeitersöhne und Beamtensöhne zusammen und lernten sich gegenseitig verstehen und schätzen.

*Zit. nach: Kurt Hass (Hg.), Jugend unterm Schicksal. Lebensberichte junger Deutscher 1946–1949, Christian Wegner Verlag, Hamburg 1950, S. 61 ff.**

Historikerurteile zum Erfolg der Nationalsozialisten

M 13 Wie erfolgreich war die Propaganda?

Der Historiker Jörg Echternkamp über die Wirkung der nationalsozialistischen Propaganda auf die Bevölkerung, 2015

Die Propagandamaschine lief freilich nicht immer reibungslos. Widersprüche gingen auf das Kompetenzgerangel zurück, das für das nationalsozialistische Herrschaftssystem typisch war. […] Auch sollte man nicht auf das Trugbild hereinfallen, das Goebbels selbst von der durchschlagenden Wirkung seiner Propaganda entworfen hatte. […] Gleichwohl ist der Propagandaeffekt auch zum Kriegsende hin nicht zu unterschätzen. Die Menschen haben die Botschaften sicher nicht eins zu eins übernommen. Auf eine diffuse[1] Weise schufen und stärkten sie jedoch eine emotionale Bereitschaft, sich der rassisch definierten Volksgemeinschaft zugehörig zu fühlen. Doch im Unterschied zur Vorkriegszeit geriet das Verhältnis von Propaganda, Terror und „Kompromiss" im Krieg, vor allem nach Stalingrad[2], aus dem Gleichgewicht. Das NS-Regime musste nun noch stärker auf Terror setzen, um seine Herrschaft zu garantieren. Dass der Krieg bis in den Mai 1945 dauerte, zeigt nicht zuletzt, wie sich die Nationalsozialisten die Folgebereitschaft der Bevölkerung auch ohne breite Zustimmung sichern und Menschen mobilisieren konnten, die alles andere als kriegsbegeistert waren. […] Nationalsozialismus war nicht allein die Sprache des Nationalsozialismus. In den eigenen vier Wänden konnten die Dinge beim Namen genannt werden – weshalb das Regime wiederum seine Spitzel auf die Privatgespräche ansetzte.

*Zit. nach: https://www.bpb.de/themen/nationalsozialismus-zweiter-weltkrieg/der-zweite-weltkrieg/199404/kriegsideologie-propaganda-und-massenkultur/ (Download vom 24. April 2024)**

1 *diffus:* verworren, unklar
2 *Die Niederlage in Stalingrad Anfang 1943 gilt als Wendepunkt im Zweiten Weltkrieg.*

M 14 Der Historiker Michael Wildt in einem Interview über die Anziehungskraft des NS-Staates, 2022

Wildt: Ein wichtiger Faktor war die Konzentration auf die Figur Hitler. Er schwebte quasi über allem – auf ihn konnten die Deutschen ihre Hoffnungen und positiven Emotionen projizieren. […]

SPIEGEL: Funktionierte der Nationalsozialismus primär durch die von oben gelenkte Manipulation der Massen, oder beteiligten sich die meisten freiwillig?

Wildt: Beides griff ineinander. Von oben wurde die rassistische und antisemitische Volksgemeinschaft mit klaren Feindbildern vorgegeben: die Neuerfindung des deutschen Volkes vor allem in klarer antisemitischer Abgrenzung zu Juden. Von unten bot diese Vision eine attraktive Möglichkeit, sich zu beteiligen. […]

SPIEGEL: Für die Erzeugung von Emotionen spielten die NS-Massenevents eine zentrale Rolle. Mit welchen Erwartungen strömten die Menschen zu diesen Veranstaltungen?

Wildt: Die meisten kamen mit der Hoffnung, dass dort jemand ist, der den Weg weiß, der tatsächlich so etwas wie ein Führer ist, ein Erlöser im religiösen Sinn. Sie gingen mit dem erhebenden Gefühl nach Hause, Teil eines großen Zukunftsprojekts zu sein: einer epochalen Bewegung zum Heil Deutschlands, bei der sie mitmachen konnten, ohne sich ständig mit Argumenten auseinanderzusetzen oder politische Entscheidungen treffen zu müssen.

SPIEGEL: Wäre der Nationalsozialismus auch ohne seinen „Führer" ausgekommen?

Wildt: Nein, ohne Hitler hätte der NS sicher nicht diese Radikalität entwickelt. Es hätte sich ein diktatorisches Regime entwickelt, in dem die Wehrmacht einen großen Einfluss gehabt hätte. […]

Die Menschen hatten das Gefühl, Teil eines großen Zukunftsprojekts zu sein. Der Historiker Michael Wildt über die Macht der Emotionen, Hitlers Anziehungskraft – und die Nachwirkungen des Nationalsozialismus bis heute, in: Spiegel Geschichte. Hitlers treues Volk. Warum die Deutschen dem Nationalsozialismus verfielen (=Ausgabe 6/2022), S. 29 und 31. Interview geführt von Felix Bohr und Katja Iken.*

3.5 Verfolgung der jüdischen Bevölkerung 1933–1939

Was kennzeichnete die systematische Ausgrenzung, Entrechtung und Verfolgung der jüdischen Bevölkerung in der NS-Diktatur?

L Vorschlag für eine Lernaufgabe:
Erstellen Sie einen Zeitstrahl zur systematischen Ausgrenzung, Entrechtung und Verfolgung der jüdischen Bevölkerung von 1933 bis 1939. Verdeutlichen Sie die einzelnen Phasen mit unterschiedlichen Farben und beziehen Sie passende GDB mit ein. Die Arbeitsaufträge auf S. 182 sind dazu hilfreich.

Antisemitismus – Doktrin eines Staates

M 1 Hinweisschild am Ortseingang von Behringersdorf bei Nürnberg, Foto, 1933

Unmittelbar nach der „Machtübernahme" der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 begannen die **gewaltsamen Übergriffe gegen die jüdische Bevölkerung**. Für 1933 sind neueren Untersuchungen zufolge Vorfälle in 482 Orten überliefert. Sie richteten sich nicht nur gegen Personen, sondern auch gegen jüdische Geschäfte, Institutionen und Unternehmen. Verübt wurden sie größtenteils von der SA, die von der NS-Regierung als „Hilfspolizei" eingesetzt wurde. Diese Gewaltaktionen standen im Zusammenhang mit der staatlich verordneten Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung, um ein „judenfreies" Großdeutsches Reich zu schaffen (M 1). Der Antisemitismus wurde erstmals zur Doktrin eines Staates.

Die Geschichtswissenschaft ist weitgehend einig darin, dass es keinen geradlinigen Weg von den ersten antijüdischen Aktionen bis zum **Holocaust** gab. Vielmehr lassen sich verschiedene **Phasen der Judenverfolgung** unterscheiden. Bei ihren antijüdischen Maßnahmen konnte sich die NS-Führung nicht nur auf die aktive Mitwirkung von Parteifunktionären, sondern auch auf eine breite Zustimmung in der deutschen Bevölkerung stützen.

Diskriminierung und Ausgrenzung

▶ M 5–M 7: Beispiele für Diskriminierung von Jüdinnen und Juden im Alltag

Das Vorgehen gegen die jüdische Bevölkerung erreichte mit der vom Propagandaministerium organisierten reichsweiten **Boykottaktion vom 1. April 1933** einen ersten Höhepunkt. Angehörige von SA, SS und Hitlerjugend warfen Schaufenster jüdischer Geschäfte ein, beschmierten sie mit antisemitischen Parolen oder postierten sich mit vorgedruckten Plakaten an den Eingängen, um Kundinnen und Kunden am Betreten der Läden zu hindern (M 2).

M 2 SA-Männer beim Kleben von Boykott-Plakaten vor einem jüdischen Geschäft in München, Fotografie, 1. April 1933

Neben der staatlich sanktionierte Terrorisierung der jüdischen Bevölkerung trat die systematische Ausgrenzung: Am 7. April 1933 erließ die NS-Regierung das **„Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums"***, das die Entlassung von Beamten und Angestellten „nichtarischer Abstammung" **(„Arier-Paragraph"*)** – mit einigen Ausnahmen, u. a. für ehemalige Frontsoldaten aus dem Ersten Weltkrieg – vorsah. Die gesetzlichen Regelungen verdrängten jüdische Bürgerinnen und Bürger aus dem Berufs- und Wirtschaftsleben. Unter dem Eindruck der ersten antisemitischen Gewalttaten und Gesetze verließen 1933 etwa 37 000 deutsche Jüdinnen und Juden ihre Heimat, bis 1938 waren dies über 220 000. Die Zahl der **Emigranten** war abhängig von den finanziellen Möglichkeiten jedes Einzelnen und von den Aufnahmebedingungen des Auslandes.

„Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums"
Das Gesetz diente zur „Gleichschaltung" des öffentlichen Dienstes, u. a. durch Entlassung politischer Gegner. Die gesetzliche Regelung beinhaltete auch den sogenannten **„Arier-Paragraphen"**, der die Beschäftigung von „Nichtariern" im öffentlichen Dienst verbot. Auf Druck der NSDAP übernahmen 1933 nahezu sämtliche Organisationen diesen Paragrafen.

Entrechtung

Mit den **„Nürnberger Gesetzen"** vom September 1935 wurden Jüdinnen und Juden systematisch aus der deutschen **„Volksgemeinschaft"** ausgegrenzt. Das **„Reichsbürgergesetz"** vom 15. September 1935 nahm ihnen alle politischen Rechte, u. a. das Wahlrecht, und machte sie damit zu Bürgern zweiter Klasse. Anhand des zu erbringenden **„Abstammungsnachweises"** wurden jüdische Bürgerinnen und Bürger in „Voll-" bzw. „Halbjuden" sowie „Mischlinge" kategorisiert. Das „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" (**„Blutschutzgesetz"**) verbot Ehen und intime Beziehungen zwischen jüdischen Menschen und „Ariern". In den folgenden Jahren setzte das NS-Regime mit immer neuen Gesetzen die Ausgrenzung und Entrechtung der Jüdinnen und Juden aus der deutschen Gesellschaft fort.

▶ M 8–M 9: „Nürnberger Gesetze"

Chronik weiterer antijüdischer Maßnahmen bis 1939
22. September 1933 Berufsverbot für jüdische Kulturschaffende
28. Februar 1934 Entlassung aller „Nicht-Arier" aus der Wehrmacht
15. April 1936 Berufsverbot für jüdische Journalistinnen und Journalisten
25. Juli 1938 Berufsverbot für jüdische Ärztinnen und Ärzte
17. August 1938 Einführung der Zwangsvornamen „Israel" und „Sara" für jüdische Bürgerinnen und Bürger
5. Oktober 1938 „Judenstempel" in deutschen Pässen, Kennzeichnung jüdischer Passinhaber durch rotes J
15. November 1938 Schulbesuchsverbot für jüdische Kinder und Jugendliche
1. September 1939 Ausgehverbot für Jüdinnen und Juden ab 21 Uhr (im Winter ab 20 Uhr)

„Arisierung"

Im Zuge ihrer Ausgrenzung und Entrechtung wurde die jüdische Bevölkerung im Rahmen der sogenannten **„Arisierung"*** planmäßig beraubt. Im März 1938 entzog die NS-Regierung den jüdischen Gemeinden in Deutschland den Status von Körperschaften öffentlichen Rechts und im April erließ sie eine Anmeldepflicht für jüdisches Vermögen, das so für die anschließende Enteignung erfasst wurde. Von den im Januar 1933 existierenden jüdischen Unternehmen gehörten 1938 bereits zwei Drittel nicht mehr ihren ursprünglichen Eigentümern. Von diesem Raub profitierten Teile der Bevölkerung und der Staat gleichermaßen (M 3). Die neuen Besitzer erwarben die Unternehmen meist weit unter ihrem tatsächlichen Wert, und der Staat erzielte Einnahmen einerseits durch besondere Abgaben, die die „Volksgenossen" beim Erwerb jüdischen Eigentums entrichten mussten, und andererseits durch die „Reichsfluchtsteuer" sowie zahlreiche weitere Zwangsabgaben, die emigrierenden Jüdinnen und Juden auferlegt wurden. Mit diesen Geldern finanzierte der NS-Staat vor allem seine Aufrüstung im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges.

M 3 Geschäftspostkarte, München, 1939

„Arisierung"
Der NS-Begriff „Arisierung" bezeichnet den Vorgang der Zwangsenteignung des Besitzes von Jüdinnen und Juden, also deren Unternehmen, Haus- und Grundeigentum sowie Aktien oder Barvermögen und die Übereignung an nichtjüdische, also sog. „arische" Privatleute, Firmen oder an den Staat.

▶ M 10: „Arisierung"

▶ M 11–M 13: Novemberpogrome 1938

▶ M 14: Deutscher Pass mit „Judenstempel", 1939

Novemberpogrome 1938

Eine neue Dimension erreichte die nationalsozialistische Verfolgung der jüdischen Bevölkerung durch nun gezielt auf Vertreibung gerichtete **Pogrome** sowie durch die **systematische Zerstörung der jüdischen Kultur in Deutschland**. Bereits seit Sommer 1938 waren in vielen deutschen Städten Brandanschläge auf Synagogen verübt worden. Als Vorwand für einen reichsweiten Pogrom diente der NS-Führung ein Attentat auf den deutschen Botschaftsangehörigen Ernst von Rath in Paris am 7. November 1938. Täter war der 17-jährige Jude Herschel Grynszpan, der zwar die polnische Staatsangehörigkeit hatte, aber in Deutschland aufgewachsen war. Grynszpan begründete seine Tat mit der gewaltsamen Abschiebung von 17 000 polnischen Jüdinnen und Juden, darunter seine Eltern, durch die deutschen Behörden. Bereits vor dieser sogenannten „Polenaktion" waren Jüdinnen und Juden osteuropäischer Herkunft in der NS-Propaganda diffamiert worden. Die Nationalsozialisten nutzten die aufgeheizte Stimmung für eine reichsweit abgestimmte, inszenierte Aktion unter dem Deckmantel des „gerechten Volkszorns". In der **Pogromnacht vom 9./10. November 1938** zerstörten nationalsozialistische Trupps 267 Synagogen, an die 7500 Geschäfte, zahlreiche Wohnungen und jüdische Friedhöfe (M 4). 91 Menschen starben nach offiziellen Angaben. Mehr als 20 000 Juden wurden verhaftet und in die KZs Buchenwald, Sachsenhausen und Dachau eingeliefert, wo Hunderte von ihnen in den folgenden Monaten zu Tode kamen. Die jüdische Bevölkerung musste als „Sühneleistung" eine Milliarde Reichsmark zahlen und die Kosten der entstandenen Schäden tragen. Darüber hinaus beschloss die NS-Regierung die entschädigungslose Zwangsenteignung jüdischer Unternehmen. Mit der Entlassung aus ihren Berufen verloren Jüdinnen und Juden ihre Ansprüche auf Renten, Pensionen und Versicherungen.

Die sich schrittweise verschärfende antijüdische Politik in den ersten Jahren des NS-Regimes machte deutlich, wie systematisch und skrupellos die jüdische Bevölkerung ausgegrenzt, entrechtet und verfolgt wurde. Die meisten nichtjüdischen Deutschen reagierten auf die zunehmende Gewalt gegen ihre jüdischen Mitbürger und Mitbürgerinnen mit Passivität (siehe S. 202 ff.).

M 4 Zerstörte Synagoge Ohel Jakob in der Herzog-Rudolf-Straße in München, Fotografie, November 1938

1 Zeigen Sie anhand von M 1–M 2 sowie M 5 auf, wie bereits in den ersten Monaten der NS-Diktatur die jüdische Bevölkerung ausgegrenzt und entrechtet wurde. Ziehen Sie auch den DT heran. Notieren Sie in Ihrem Zeitstrahl passende Stichpunkte.

2 **Arbeitsteilige Partnerarbeit:** Beschreiben Sie am Beispiel von Hertha Nathorff (M 6) bzw. Victor Klemperer (M 7) die Folgen der antisemitischen Ausgrenzungsmaßnahmen des NS-Staates für die Betroffenen. Ziehen Sie für eine historische Einordnung der Tagebucheinträge Ihren Zeitstrahl heran.

3 **a)** Arbeiten Sie aus M 8–M 9 die Bestimmungen der „Nürnberger Gesetze" heraus.
b) Beurteilen Sie, inwieweit die „Nürnberger Gesetze" die NS-Ideologie widerspiegeln.
Tipp: Nutzen Sie hierzu auch die Seiten 168 ff. zur NS-Weltanschauung.
c) Begründen Sie, inwiefern die „Nürnberger Gesetze" eine neue Phase der NS-Judenpolitik einleiteten, indem Sie die Folgen für die jüdische Bevölkerung und für das Zusammenleben zwischen jüdischen und nichtjüdischen Bürgerinnen und Bürgern beachten. Ergänzen Sie Ihren Zeitstrahl entsprechend.

4 Erläutern Sie mithilfe von M 3 und M 10 sowie des DT den Vorgang der „Arisierung".

5 Untersuchen Sie anhand von M 4, M 11–M 13 sowie des DT die Novemberpogrome 1938 und deren Auswirkungen auf die jüdische Bevölkerung Deutschlands. Vervollständigen Sie Ihren Zeitstrahl.

6 Erläutern Sie, ausgehend von M 14 und mithilfe Ihres Zeitstrahls, inwiefern man von einem systematischen Terror gegen Jüdinnen und Juden im nationalsozialistischen Deutschland sprechen kann. ▶ Hilfe

7 **Zusatzaufgabe:** Siehe S. 300.

Diskriminierung und Ausgrenzung

M 5 Verfügung des Bürgermeisters von München vom 24. März 1933

Betrifft: Erteilung von städtischen Aufträgen und Lieferungen.

Mit Rücksicht auf die unbestreitbare, schwere Notlage des mittelständigen Handwerks, Gewerbes und Einzelhandels und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß in den vergangenen Jahren ausgesprochen marxistische Unternehmungen und jüdische Großfirmen (letztere weit über den ihnen auf Grund des zahlenmäßigen Verhältnisses der jüdischen zur deutschen Bevölkerung zustehenden Anteil hinaus) mit städtischen Aufträgen und Lieferungen bedacht worden sind, verfüge ich [...] bis zur endgültigen Beschlußfassung durch eine erneuerte Stadtvertretung:

[...] Aufträge an *nicht deutsche* Firmen werden nicht erteilt. Als *nicht deutsche* Firmen gelten alle Betriebe, die sich im ausschließlichen oder hauptsächlichen Besitz oder unter der verantwortlichen Leitung von Ausländern oder *Juden* befinden, oder als auf *marxistischer Grundlage* aufgebaute Unternehmungen anzusehen sind. [...]

*Zit. nach: https://die-quellen-sprechen.de/01-012.html (Download vom 2. Juli 2023).**

M 6 Aus dem Tagebuch der jüdischen Ärztin Hertha Nathorff, 1933

Die Tagebuchaufzeichnungen der Kinderärztin und Publizistin Hertha Nathorff (1895–1993) spiegeln das Leben ihrer jüdischen Familie von 1933 bis 1945 in Berlin und New York wider. Nathorff leitete seit 1928 die Berliner Frauen- und Eheberatungsstelle. Im August 1938 wurde Hertha Nathorff wie allen jüdischen Ärzten die Approbation[1] entzogen. Ein knappes Jahr später gelang ihr – zusammen mit ihrem Mann – die Ausreise in die USA. Sie starb 1993 in New York.

14. April 1933

„Sie schalten alle gleich." Nein, sie wüten. Aus allen Berufen, aus allen Stellen schalten sie die Juden aus „zum Schutz des deutschen Volkes". Was haben wir diesem Volk denn bis heute getan? In den Krankenhäusern ist es furchtbar. Verdiente Chirurgen haben sie mitten aus der Operation herausgeholt und ihnen das Wiederbetreten des Krankenhauses einfach verboten. Andere haben sie auf Wagen geladen und unter dem Gejohl der Menge durch die Stadt geführt. Verschiedene Bekannte sind Hals über Kopf auf und davon ins Ausland, weil sie politisch verdächtig waren. Mein altes Krankenhaus hat seine tüchtigsten und besten Ärzte verloren; die und die Patienten sind verzweifelt, es geht alles drunter und drüber. Die Hetzreden des Herrn Goebbels übersteigen alles, was an Hetze und Verlogenheit bisher da war, und das Volk hört es an und schweigt – und vor allem, die führenden Ärzte, die prominenten Professoren, was tun sie für ihre verratenen Kollegen? [...]

April 1933

Ein Brief vom Magistrat Charlottenburg [in Berlin]: „Sie werden gebeten, Ihre Tätigkeit als leitende Ärztin der Frauen- und Beratungsstelle einzustellen!" Aus.

Also herausgeworfen – aus. Meine armen Frauen, wem werden sie nun in die Hände fallen? Fast 5 Jahre habe ich diese Stelle geleitet, groß und bekannt gemacht, und nun? Aus, aus – ich muss es mir immer wieder sagen, damit ich es fassen kann.

Mai 1933

Nun fangen sie in meiner Sprechstunde an, mich zu fragen, ob ich etwa Jüdin bin. Ihr Rasseninstinkt ist bewundernswert. „Frau Doktor, Sie sind doch eine so reizende Frau, warum haben Sie bloß einen Juden geheiratet?" Ganz fassungslos habe ich die Patientin angeschaut.

15. Mai 1933

Kollege H. ist tot! Selbstmord – er hat es nicht ertragen können, dass er nicht als voll anerkannt wird. Ich kann es so gut verstehen. Wahrlich, hätte ich nicht Mann und Kind, ich – ich weiß nicht, was ich täte. [...]

30. Juni 1933

Die letzte Kassen-Sprechstunde. Ich habe tapfer durchgehalten. Meine Wohnung gleicht einem blühenden Garten. Abschiedsblumen. Wie das ist, sein eigenes Begräbnis zu erleben!

*Zit. nach: Das Tagebuch der Hertha Nathorff. Berlin – New York. Aufzeichnungen 1933 bis 1945, hg. und eingeleitet im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte von Wolfgang Benz, Oldenbourg Verlag, München 1987, S. 25.**

1 *Approbation:* staatliche Zulassung

M 7 Auszug aus Victor Klemperers Tagebüchern

Victor Klemperer (1881–1960) war bis zu seiner Entlassung durch die Nationalsozialisten 1935 Professor in Dresden. Wenngleich Protestant, aber mit jüdischen Vorfahren, wurde er deshalb als „Jude" verfolgt.

30. März 1933

Stimmung wie vor einem Pogrom im tiefsten Mittelalter ... Am Tage war der Boykott-Aufruf der Nationalsozialisten herausgekommen. Wir sind Geiseln. Es herrscht das Gefühl vor, [...] daß diese Schreckensherrschaft kaum lange dauern, uns aber im Sturz be-

graben werde […]. Ich empfinde eigentlich mehr Scham als Angst, Scham um Deutschland. Ich habe mich wahrhaftig immer als Deutscher gefühlt. Und ich habe mir immer eingebildet: 20. Jahrhundert und Mitteleuropa sei etwas anderes als 14. Jahrhundert und Rumänien. Irrtum. [1]

31. März 1933

Immer trostloser. Morgen beginnt der Boykott. Gelbe Plakate, Wachen. Zwang, christlichen Angestellten zwei Monatsgehälter zu zahlen, jüdische zu entlassen […]. Es wird „kein Haar gekrümmt" – man lässt nur verhungern […]. Niemand wagt sich vor […]. In München sind jüdische Dozenten bereits am Betreten der Universität gehindert worden. Der Aufruf und Befehl des Boykottkomitees ordnet an: „Religion ist gleichgültig", es kommt nur auf die Rasse an.

7. April 1933

Es lastet ein stärkerer Druck auf mir als im Kriege, und zum ersten Mal in meinem Leben habe ich einen politischen Haß gegen das Kollektivum [= die Gesamtheit] einer Gruppe […], einen tödlichen. Im Krieg stand ich unter Militärgesetz, aber doch unter Gesetz; jetzt bin ich der Willkür ausgeliefert. Heute … bin ich wieder weniger gewiß, daß die Katastrophe bald eintreten wird […]. Ein Tier ist nicht rechtloser und gehetzter.

10. April 1933

Das neue Beamten-„Gesetz" läßt mich als Frontkämpfer im Amt – wahrscheinlich wenigstens und vorläufig […]. Aber ringsum Hetze, Elend, zitternde Angst. Ein Vetter Dembers [eines Freundes], Arzt in Berlin, aus der Sprechstunde geholt, im Hemd und schwer mißhandelt ins Humboldtkrankenhaus gebracht, dort, 45 Jahre alt, gestorben. Frau Dember erzählt es uns flüsternd bei geschlossener Tür.

Zit. nach: Victor Klemperer, Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933–1945, Bd. 1, hg. von Walter Nowojski, Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 1995, S. 15 ff. (alte Rechtschreibung).*

1 Klemperer grenzt sich hier von der Lebenssituation der jüdischen Bevölkerung im Mittelalter bzw. in Osteuropa ab.

„Nürnberger Gesetze", 1935

M 8 NS-Schautafel zu den „Nürnberger Gesetzen", 1935

NS-Schautafel „Nürnberger Gesetze"

cerimo

M 9 Aus den „Nürnberger Gesetzen", 1935

Die „Rassegesetze" wurden auf dem „Reichsparteitag der Freiheit" am 15. Septembers 1935 einstimmig vom Reichstag angenommen, deren Mitglieder eigens zu diesem Zweck telegrafisch nach Nürnberg einberufen worden waren.

a) „Reichsbürgergesetz" vom 15. September 1935

§ 1 (1) Staatsangehöriger ist, wer dem Schutzbund des Deutschen Reiches angehört und ihm dafür besonders verpflichtet ist. […]

§ 2 (1) Reichsbürger ist nur der Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes, der durch sein Verhalten beweist, dass er gewillt und geeignet ist, in Treue dem deutschen Volk und Reich zu dienen.

(…) (3) Der Reichsbürger ist der alleinige Träger der vollen politischen Rechte nach Maßgabe der Gesetze. […]

b) „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" vom 15. September 1935

Durchdrungen von der Erkenntnis, dass die Reinheit des deutschen Blutes die Voraussetzung für den Fortbestand des deutschen Volkes ist, und beseelt von dem unbeugsamen Willen, die deutsche Nation für alle Zukunft zu sichern, hat der Reichstag einstimmig das folgende Gesetz beschlossen […]:

§ 1 (1) Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes sind verboten. Trotzdem geschlossene Ehen sind nichtig, auch wenn sie zur Umgehung dieses Gesetzes im Ausland geschlossen sind. […]

§ 2 Außerehelicher Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes ist verboten.

§ 3 Juden dürfen weibliche Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren in ihrem Haushalt nicht beschäftigen.

§ 4 (1) Juden ist das Hissen der Reichs- und Nationalflagge und das Zeigen der Reichsfarben verboten.

(2) Dagegen ist ihnen das Zeigen der jüdischen Farben gestattet. Die Ausübung dieser Befugnis steht unter staatlichem Schutz.

§ 5 (1) Wer dem Verbot des § 1 zuwiderhandelt, wird mit Zuchthaus bestraft.

(2) Der Mann, der dem Verbot des § 2 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis oder mit Zuchthaus bestraft.

(3) Wer den Bestimmungen der §§ 3 oder 4 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

*Reichsgesetzblatt, Jg. 1935, Teil 1, Nr. 100, S. 1146 f.**

„Arisierung"

M 10 Der Historiker Christoph Nonn über die Verhaltensweisen der Käufer bei den „Arisierungen", 2008

Eine der ersten und besten Arbeiten dazu ist die Untersuchung von Frank Bajohr über Hamburg. Bajohr hat idealtypisch drei verschiedene Verhaltensweisen der Käufer jüdischer Geschäfte identifiziert. Eine Gruppe nutzte die Notlage der Verkäufer aus. Eine andere Gruppe bereicherte sich nicht nur besonders rücksichtslos auf Kosten der Juden, sondern trieb auch durch eigene Initiativen die „Arisierung" aktiv voran. Eine dritte Gruppe schließlich, die zu großen Teilen aus Mitgliedern der Handelskammer-Elite und älteren Unternehmern bestand, setzte der „Arisierung" zunächst im politischen Bereich hinhaltenden Widerstand entgegen. Als es dann doch zum Ausverkauf der jüdischen Geschäfte kam, griffen auch ihre Angehörigen zu, erstatteten den verkaufenden Juden aber häufig die Differenz zwischen verordneten Schleuderpreisen und tatsächlichem Wert der Betriebe unter der Hand oder ließen ihnen heimlich Wertsachen oder Pensionen zukommen. Denken in traditionellen Moralbegriffen einer unternehmerischen Ehre spielten für das Handeln […] ebenso eine Rolle wie persönliche Verbundenheit alten jüdischen Geschäftsfreunden gegenüber.

Christoph Nonn, Antisemitismus, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2008, S. 90.*

Novemberpogrome 9. November 1938

M 11 Blitzfernschreiben von Reinhard Heydrich, Chef des Sicherheitsdienstes SD, an die Staatspolizeistellen, München, 10. November 1938, 1:20 Uhr

Ernst vom Rath war Botschaftssekretär in Paris und wurde am 7. November 1938 von Herschel Grynszpan, einem ausgewanderten polnischen Staatsbürger jüdischen Glaubens, niedergeschossen. Vom Rath erlag am 9. November seinen Verletzungen. […] Dringend! Sofort dem Leiter oder seinem Stellvertreter vorlegen! Betr.: Maßnahmen gegen Juden in der heutigen Nacht. Aufgrund des Attentats gegen vom Rath in Paris sind im Laufe der heutigen Nacht – 9. auf 10. 11. 1938 – im ganzen Reich Demonstrationen gegen die Juden zu erwarten. Für die Behandlung dieser Vorgänge ergehen die folgenden Anordnungen:

1) Die Leiter der Staatspolizeistellen oder ihre Stellvertreter haben sofort nach Eingang dieses Fernschreibens mit den für ihren Bezirk zuständigen poli-

tischen Leitungen – Gauleitung und Kreisleitung – fernmündlich Verbindung aufzunehmen und eine Besprechung über die Durchführung der Demonstrationen zu vereinbaren, zu der der zuständige Inspekteur oder Kommandeur der Ordnungspolizei zuzuziehen ist. […]:

a) Es dürfen nur solche Maßnahmen getroffen werden, die keine Gefährdung deutschen Lebens oder Eigentums mit sich bringen (z. B. Synagogenbrände nur, wenn keine Brandgefahr für die Umgebung vorhanden ist).

b) Geschäfte und Wohnungen von Juden dürfen nur zerstört, nicht geplündert werden. Die Polizei ist angewiesen, die Durchführung dieser Anordnung zu überwachen und Plünderer festzunehmen.

c) In Geschäftsstraßen ist besonders darauf zu achten, dass nichtjüdische Geschäfte unbedingt gegen Schäden gesichert werden.

d) Ausländische Staatsangehörige dürfen – auch wenn sie Juden sind – nicht belästigt werden.

2) […] sind die stattfindenden Demonstrationen von der Polizei nicht zu verhindern, sondern nur auf die Einhaltung der Richtlinien zu überwachen. […]

5) Sobald der Ablauf der Ereignisse dieser Nacht die Verwendung der eingesetzten Beamten hierfür zulässt, sind in allen Bezirken so viele Juden – insbesondere wohlhabende – festzunehmen, als in den vorhandenen Hafträumen untergebracht werden können. Es sind zunächst nur gesunde männliche Juden nicht zu hohen Alters festzunehmen. Nach Durchführung der Festnahme ist unverzüglich mit den zuständigen Konzentrationslagern wegen schnellster Unterbringung der Juden in den Lagern Verbindung aufzunehmen. Es ist besonders darauf zu achten, dass die aufgrund dieser Weisung festgenommenen Juden nicht misshandelt werden. […]

*Zit. nach: Heinz Lauber, Judenpogrom: „Reichskristallnacht" November 1938 in Großdeutschland, Bleicher, Göttingen 1981, S. 80 ff.**

M 12 Auszug aus dem Monatsbericht des Regierungspräsidenten von Ober- und Mittelfranken, 8. Dezember 1938

Die freche Herausforderung des Weltjudentums durch den feigen Mord in Paris war für zahlreiche Lehrer des Regierungsbezirks Veranlassung aufgrund ihrer nationalsozialistischen Einstellung zur Judenfrage den Religionsunterricht niederzulegen. Im Verlauf der Protestaktion gegen die Juden wurden in Wunsiedel auch zwei evangelische Geistliche und vier katholische Pfarrer, die als „Judenknechte" gelten, durch die empörte Volksmenge auf die Polizeiwache verbracht und dort vorübergehend festgehalten. In den Pfarrhäusern wurde eine Anzahl Fensterscheiben zertrümmert. […] Im Zuge der Protestaktion gegen das jüdische Mördergesindel wurden im Regierungsbezirk 772 Juden festgenommen, von denen sich 389 in Haft befinden. Außerdem wurden nach dem Bericht der Staatspolizeistelle Nürnberg-Fürth 17 Synagogen ausgebrannt, 25 Synagogen demoliert, 115 jüdische Geschäfte zerstört; weitere 39 jüdische Geschäfte wurden nur geschlossen. In 594 jüdischen Wohnungen wurde die Inneneinrichtung zerstört bzw. beschädigt. Außerdem wurde das Geschäft einer Deutschblütigen beschädigt, weil der Bevölkerung bekannt war, dass die Inhaberin mit einem Juden Rassenschande getrieben hatte. […] Judenfrei sind bereits die Städte Dinkelsbühl, Eichstätt, Schwabach, Zirndorf und die Bezirke Hersbruck, Neustadt a. d. Aisch, Nürnberg, Pegnitz, Rothenburg o. d. Tauber und Staffelstein.

*Zit. nach: Hans-Jürgen Döscher, „Reichskristallnacht". Die Novemberpogrome 1938, 3. Aufl., Econ, München 2000, S. 111.**

M 13 Arthur Flehinger, ein ehemaliger Studienrat des Badener Gymnasiums, schreibt über die Reichspogromnacht in Baden, 1955

Im Kurort Baden-Baden begann das Pogrom um sieben Uhr morgens. In Galauniform nahm die Polizei die Verhaftung der Juden vor und brachte sie in den Gefängnishof, wo sie aufgereiht bis Mittag stehen mussten. Gegen Mittag öffnete sich das Tor und ein Zug Wehrloser mit viel Bewachung rechts und links begann sich durch die Straßen der Stadt zu bewegen. Man hatte bis Mittag gewartet, offenbar um der Menge etwas zu bieten. Aber zur Ehre der Badener sei es gesagt, dass die meisten doch davor zurückschreckten, sich auf der Straße zu zeigen. Was an Zuschauern zu sehen war, war Pöbel. […] Der Zug näherte sich der Synagoge, wo die obersten Stufen der Freitreppe schon mit allerhand Gesindel in und ohne Uniform angefüllt war. Das war ein richtiges Spießrutenlaufen[1]. […] Ich selbst hatte auf dem ganzen Zug den Leuten fest in die Augen geschaut, und als wir uns der obersten Stufe näherten, schrie einer herunter: „Guck net so frech, Professor!" […] Meinem Freund Dr. Hauser gegenüber, der in Baden-Baden ein vielbeschäftigter und hochangesehener Anwalt war – man hatte ihn und seine Frau später aus Südfrankreich nach Celle und von dort in die Todeskammer nach Auschwitz gebracht –, zeigte sich der Mob weniger gnädig. Der Ärmste erhielt von den Vertretern des Faustrechts allerhand Faustschläge, und ich sah den Bejammernswerten dann noch auf einen Gebetsmantel fallen, den die Nazis auf dem Boden ausgebreitet hatten, damit wir darüber schritten. In der Synagoge war alles wie verwandelt […]. Das Gotteshaus wurde zum Tummelplatz schwarzer, uniformierter Horden. Ich sah, wie oben in der Frauengalerie Leute geschäftig hin- und herliefen und Leitungsdrähte legten. Es waren keine Badener. Man ließ für den 10. November SS aus den Nachbargemeinden kommen als Leute, die durch das Fehlen auch nur eines Funkens von menschlichem Mitgefühl in ihrer Bewegungsfreiheit nicht gehemmt wurden. […] Plötzlich ertönte eine freche, fette Stimme: „Ihr singt jetzt das Horst-Wessel-Lied."[2] Es wurde so gesungen, wie es jeder erwartet hatte. Wir mussten es zum zweiten Mal singen […]. Dann rief man mich hinauf zum Vorlesetisch und gab mir eine Stelle aus „Mein Kampf " zu lesen. Eine Weigerung hätte unter den damaligen Umständen das Leben der Mitleidenden gefährdet. So sagte ich: „Ich habe den Befehl erhalten, Folgendes vorzulesen", und ich las leise genug. In der Tat so leise, dass der hinter mir stehende SS-Mann mir mehrere Schläge in den Nacken versetzte. […] Wir mussten in den Hof, damit wir unsere Notdurft verrichteten. Wir durften aber keineswegs das Klosett benutzen, sondern mussten mit dem Gesicht gegen die Synagoge dastehen und bekamen dabei von hinten allerlei Fußtritte. […] Von der Synagoge ging es in das gegenüberliegende Hotel Central. […] als der Kantor[3] der Gemeinde, Herr Grünfeld, leichenblass den Saal betrat und blutenden Herzens die Worte sagte: „Unser Gotteshaus steht in Flammen." […] Der brutalste der Hitlerbande kommentierte die traurige Botschaft […], indem er noch den frivolen Satz hinzufügte: „Wenn es auf mich angekommen wäre, wärt ihr alle in den Flammen umgekommen!" […] Der Autobus wartete schon vor der Tür und mit ihm eine ganze Anzahl „wütender Volksgenossen". Die Deportation nach Dachau war schon längst geplant, nur wir Armen wussten es nicht. Im Laufschritt mussten wir hinaus zum Autobus rennen, und wer nicht schnell genug rannte, bekam einen Denkzettel. Am Bahnhof warteten wir auf den Sonderzug aus der Freiburger Gegend. Er brachte die Juden aus dem Oberland. […] Als der Zug hinter Karlsruhe in Richtung Stuttgart fuhr, hörte man nur noch das grausige Wort „Dachau".

*Rita Thalmann/Emmanuel Feinermann, Die Kristallnacht, Athenäum, Frankfurt/Main 1988, S. 103.**

1 *Spießrutenlauf:* eine Situation, in der jemand in der Öffentlichkeit Hohn und Spott, Beschimpfungen, Schikanen oder gar Übergriffen ausgesetzt ist
2 *Horst-Wesssel-Lied:* anfangs Kampflied der SA, später Parteihymne der NSDAP
3 *Kantor:* Vorbeter, der den Gottesdienst leitet

M 14 Deutscher Reisepass, 1939

3.6 Der Völkermord an den europäischen Jüdinnen und Juden im Zweiten Weltkrieg

Völkermord
Laut UNO-Definition von 1948 Bezeichnung für Handlungen, die in der Absicht begangen werden, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe „ganz oder teilweise zu zerstören". Ein Synonym ist der Begriff „Genozid".

L Vorschlag für eine Lernaufgabe:
Verfassen Sie einen Redebeitrag für eine Schulveranstaltung zum Holocaust-Gedenktag, in dem Sie sich mit der Dimension des Völkermordes auseinandersetzen. Die Arbeitsaufträge 1 bis 8 auf S. 191 sowie die Informationen auf Seite 200 f. (Holocaust-Gedenktag) unterstützen Sie dabei.

M 1 Die Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden 1939 – 1945

Vernichtungskrieg im Osten

Zweiter Weltkrieg 1939–1945
1. Septenber 1939 Überfall deutscher Truppen auf Polen
Mai/Juni 1940 Offensive gegen Frankreich
Juni 1941 Einmarsch in die Sowjetunion;
Dezember 1941 Kriegserklärung an die USA
Januar 1943 Niederlage in Stalingrad
Juni 1944 Invasion der westlichen Alliierten
20. Juli 1944 gescheitertes Attentat auf Hitler
8./9. Mai 1945 bedingungslose Kapitulation Deutschlands

▶ **M 4: Plakat „Sieg oder Bolschewismus", 1943**

Der Krieg im Osten war seinem Charakter nach zugleich Eroberungs- und Vernichtungskrieg. In den besetzten polnischen und sowjetischen Gebieten war die Unterdrückung, Versklavung bzw. Ermordung Teil des rassistischen Unterwerfungskonzepts, wonach den Deutschen im Osten Europas „Lebensraum" zur Verfügung gestellt werden sollte und der einheimischen Bevölkerung nur ein eingeschränktes Lebensrecht auf niedrigem Niveau zugestanden wurde. Gegen die sowjetischen Soldaten, die als „Untermenschen" betrachtet wurden, gingen **Wehrmacht, SS und Einsatzgruppen*** mit aller Härte vor. Partisanen oder auch Zivilisten, die sich den Anordnungen der Besatzungsmacht widersetzten, wurden ohne Verfahren erschossen. Soldaten, die sich an den „Säuberungsaktionen" beteiligten, wurde Straffreiheit in Aussicht gestellt. Der Terror gegen die Zivilbevölkerung äußerte sich durch Zwangsarbeit, Vertreibung und systematische Ermordung. Bei der Durchsetzung seiner Ziele missachtete Deutschland alle Bestimmungen des humanitären Völkerrechts. Die Verbindung von „Rassen"- und Kriegsideologie führte zu massiver und systematischer Gewaltanwendung und schuf so auch die Voraussetzung für den **Holocaust**, für die Massenmorde an Jüdinnen und Juden. Der Inbegriff für diesen Völkermord ist bis heute das Lager Auschwitz, in dem über eine Million Menschen ermordet wurden. Der totale Vernichtungswille, mit dem die Deutschen den Krieg gegen Polen und die Sowjetunion führten, bedeutete einen Bruch mit allen zivilisatorischen Konventionen.

Deportationen und Beginn des Völkermordes

Nach der Entrechtung und Verfolgung der jüdischen Deutschen (siehe S. 180 ff.) setzte kurz vor Beginn des Zweiten Weltkrieges 1939 eine **neue Phase des antijüdischen Terrors** ein: So bedeutete der „Anschluss Österreichs" im März 1938 für die österreichischen Jüdinnen und Juden den sofortigen Beginn massiver Verfolgung. Nach der Besetzung der Rest-Tschechoslowakei im März 1939 wurden erstmals alle in Deutschland getroffenen antijüdischen Maßnahmen auch in einem annektierten Gebiet eingeführt.
Nach dem **Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen am 1. September 1939** richtete sich die Gewalt vor allem gegen polnische Jüdinnen und Juden sowie Menschen, die die Nationalsozialisten als polnische Elite ansahen. Historikerinnen und Historiker gehen davon aus, dass bis Ende 1939 mehr als 45 000 polnische Zivilisten, unten ihnen etwa 7 000 jüdischen Glaubens, getötet wurden. Gleichzeitig deportierte man ca. 90 000 jüdische Menschen in speziell geschaffene Ghettos.
Am **22. Juni 1941** überfiel die Wehrmacht die **Sowjetunion**. Mit dem Überfall auf den ideologischen Hauptfeind, die kommunistische Sowjetunion, begann der eigentliche „Kampf um Lebensraum". Durch Misshandlungen und Massenerschießungen verloren von den 4,7 Millionen Jüdinnen und Juden, die im Sommer 1941 auf dem Territorium der UdSSR lebten, bis Ende 1942 etwa 2,2 Millionen ihr Leben.
Neben **Einsatzgruppen*** waren am antijüdischen Terror in Polen und der Sowjetunion auch die Wehrmacht und andere Institutionen beteiligt, wie die sogenannten „Reserve-Polizeibataillone", die ursprünglich als „Ordnungspolizei" für die besetzten Gebiete gebildet wurden.
Nicht verwirklicht wurden **Deportationspläne der NS-Führung** nach dem Sieg über Frankreich im Jahr 1940, die als neue „Siedlungsräume" zur „territorialen Endlösung der Judenfrage" die französische Insel Madagaskar im Indischen Ozean und später Sibirien in der Sowjetunion vorsahen. Diese Umsiedlungspläne zerschlugen sich nach dem deutschen Überfall auf die UdSSR 1941, durch den Millionen Jüdinnen und Juden unter nationalsozialistische Herrschaft gerieten.

▶ **M 5: Aus den Memoiren von Franz Josef Strauß, 1988**

Einsatzgruppen
Einheiten der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes (Geheimdienst der SS), die der Wehrmacht unmittelbar folgten. Die Einsatzgruppen waren die Haupttäter der Massenerschießungen, bei denen mehr als ein Drittel der jüdischen Holocaust-Opfer zu Tode kamen. Das größte Massaker wurde 1941 in der Schlucht von Babyn Jar (Ukraine) begangen: Innerhalb weniger Tage wurden 34 000 Jüdinnen und Juden aus Kiew erschossen.

Wannseekonferenz – die „Endlösung der Judenfrage"

Bis zum Frühjahr 1941 war noch kein „planmäßiges" Vorgehen gegen die Jüdinnen und Juden erkennbar. Doch es kam bereits in großem Umfang zu Deportationen, Errichtung von Ghettos und Massenerschießungen. Im Oktober 1941 erreichten die ersten Züge mit verschleppten Jüdinnen und Juden aus Wien, Prag und Berlin das Ghetto von Łódź. Ab September musste die jüdische Bevölkerung einen gelben Stern auf ihrer Kleidung tragen. Im selben Monat wurde ein generelles Ausreiseverbot für deutsche Jüdinnen und Juden erlassen. Zudem legte die NS-Führung fest, den Deportierten ihr gesamtes Vermögen sowie die deutsche Staatsangehörigkeit zu entziehen. Gleichzeitig verschärfte sich die Situation in den polnischen Ghettos und Lagern dramatisch: Katastrophale Ernährung und Hygiene führten oft zum Tod der Inhaftierten, Epidemien brachen aus. Die NS-Führung in Berlin und die deutschen Besatzungsbehörden in den annektierten Gebieten reagierten daraufhin mit dem Entschluss zur systematischen Ermordung der jüdischen Bevölkerung Europas (M 2). Dabei nutzten die Täter auch Erfahrungen mit der gezielten Ermordung von Menschen im Rahmen des „Euthanasie-Programms" (S. 197 und 199).

▶ **M 6: Hans Frank über die „Judenfrage" 1941**

▶ **M 7: Aus dem Protokoll der „Wannsee-Konferenz" 1942**

Interaktive Karten: Vertreibung und Deportation von Jüdinnen und Juden aus dem Deutschen Reich 1933-1945
vonago

M 2 Deportation von Bewohnern des Warschauer Ghettos, Fotografie, 1943.

Das Foto stammt aus einem Bericht des SS-Brigadeführers Jürgen Stroop über die von ihm geleitete Niederschlagung des Aufstandes im Warschauer Ghetto (19. April bis 16. Mai 1943).

Informationen zum Bild: Warschauer Ghetto 1943

yowega

▶ M 8: Erinnerungen von Piera Sonninos an ihre Ankunft in Auschwitz, 1944

▶ M 9: Verbrennungsöfen im Vernichtungslager Auschwitz

▶ M 10: Rudolf Höß, Kommandant von Auschwitz über seine Tätigkeit, 1943

▶ M 11: Augenzeuge Richard Glazar über die Abläufe im Vernichtungslager Treblinka

▶ Video: Wege nach Auschwitz

M 3 Ankunft im Vernichtungslager Auschwitz: „Selektion" von deportierten Jüdinnen und Juden an der Rampe durch Angehörige der SS, Fotografie, 1944

Das Bild entstammt einem Album mit insgesamt 193 Fotografien, die im Auftrag der SS Ende Mai oder Anfang Juni 1944 aufgenommen wurden.

Die planmäßige Koordinierung des Mordens wurde auf der **Wannsee-Konferenz** am 20. Januar 1942 in Berlin beraten. **Reinhard Heydrich**, Chef der Sicherheitspolizei und des SD, erhielt den Auftrag, „eine „Neuordnung für die Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflussbereich in Europa" zu erarbeiten und durchzuführen. Er organisierte mithilfe von Behörden und Ministerien den Völkermord, den die NS-Führung mit der Bezeichnung **„Endlösung der Judenfrage"** verschleierte. Durch Zwangsarbeit, Hungerrationen, Exekutionen und in Gaskammern sollte die jüdische Bevölkerung ermordet werden. An der Umsetzung beteiligten sich Hunderttausende von Deutschen als Polizisten, Soldaten, Eisenbahner, Hersteller und Lieferanten von Giftgas, SS-Lagerpersonal oder als Ärzte in den Vernichtungslagern.

Vernichtungslager

Nach der Wannsee-Konferenz wurden im besetzten Polen und Belarus **Vernichtungslager** für den Massenmord vor allem an Jüdinnen und Juden errichtet (M 1). Unmittelbar nach der Ankunft wurden die arbeitsfähigen Menschen in einer „Selektion" durch SS-Ärzte ausgesondert (M 3). Die meisten Menschen wurden jedoch sofort in den Gaskammern ermordet. Die Arbeitsfähigen mussten so lange **Zwangsarbeit** leisten, bis sie starben. Allein in den Vernichtungslagern **Auschwitz, Treblinka, Chelmno, Sobibór** und **Majdanek** wurden 3 000 000 Jüdinnen und Juden und mehr als 200 000 Sinti und Roma ermordet (siehe S. 196 und 198). Bis Kriegsende 1945 wurden etwa sechs Millionen Jüdinnen und Juden Opfer der NS-Rassen- und Vernichtungspolitik.

Holocaust-Forschung

Mit der Frage, wie die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung in den Völkermord münden konnte, beschäftigen sich die Geschichtswissenschaft und die Öffentlichkeit bis heute. Umstritten ist etwa, ob die Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden frühzeitig einem Plan folgte. Für diese Annahme sprechen öffentliche Aussagen Hitlers: So hatte er bereits in „Mein Kampf" angekündigt, im Falle der „Machtübernahme" „das Judentum aus dem deutschen Volksleben auszumerzen", und im Januar 1939 für den Fall eines Krieges mit der „Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa" gedroht.

Die neuere Forschung betont zwar die Rolle der staatlichen und NS-Bürokratie bei der Organisation des Völkermordes, zugleich sollte die Rolle Hitlers beim Holocaust nicht unterschätzt werden. So stellte der US-Historiker Christopher Browning 2003 fest: „Tatsächlich fand keine maßgebliche Veränderung in der nationalsozialistischen Judenverfolgung ohne seine Intervention und Zustimmung statt." Ein wichtiger Zweig der Holocaust-Forschung, den z. B. der israelische Historiker Saul Friedländer vertritt, stellt die Perspektive der Opfer und Überlebenden in den Mittelpunkt, die weitere Opfergruppen wie Sinti und Roma, Homosexuelle und Kriegsgefangene einschließt, während sich andere Untersuchungen intensiv der Täterforschung widmen. Dabei nützen Historiker auch sozialpsychologische Ansätze für die Erklärung, warum normale Männer zu Massenmördern wurden, wie Christopher Browning in seinem Buch „Ordinary Men" (1992) über die Aktivitäten eines Reserve-Polizeibataillons in Polen.

Die Öffnung der Archive in Osteuropa nach dem Ende des Kalten Krieges 1990 führte zur verstärkten Beschäftigung mit der Beteiligung der zivilen Verwaltung und einheimischer Kollaborateure in den besetzten Gebieten. Weitere Forschungsthemen sind die Rolle der Wehrmacht und die ökonomische Ausplünderung der jüdischen Bevölkerung im Rahmen der „Arisierung". Die viel beachtete Studie „Opa war kein Nazi" untersuchte 2002, was in Familien „ganz normaler" Deutscher über Nationalsozialismus und Holocaust überliefert wird. Seit einigen Jahren deutet die Forschung den Holocaust als komplexes Gewaltgeschehen und untersucht dabei auch das Verhältnis und die Beziehungen zwischen den Verbrechen der NS- und der Kolonialzeit. Die Geschichte des Holocaust sei damit „keine (allein) deutsche Geschichte mehr", so der Historiker Michael Wildt (2022), „sondern kann nur europäisch und global erforscht und verstanden werden".

▶ M 12–M 13: Geschichte kontrovers: Antriebskräfte des Völkermordes

1 a) Zeigen Sie mithilfe der Karte M 1 die europäische Dimension der Shoa auf.
b) Erklären Sie Ihre Ergebnisse, indem Sie die NS-Ideologie (siehe S. 168 ff.) und den Verlauf des Zweiten Weltkrieges (Randspalte, DT S. 188) einbeziehen.

2 Charakterisieren Sie den Zusammenhang zwischen Ermordung der jüdischen Bevölkerung und deutschem Vernichtungskrieg in der Sowjetunion (M 4, M 5, DT).

3 Erläutern Sie anhand von M 6 die weitere Radikalisierung der Judenverfolgung.

4 a) Arbeiten Sie Kernaussagen des Protokolls der „Wannsee-Konferenz" heraus (M 7).
b) Analysieren und bewerten Sie die Sprache des Dokuments.
c) Begründen Sie die historische Bedeutung von M 7 (DT).

5 Erklären Sie mithilfe von M 3 sowie M 7–M 11 die These vom Holocaust als einem „industrialisierten Massenmord".

6 Erweitern Sie auf der Grundlage Ihrer Arbeitsergebnisse den Zeitstrahl zur Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung (siehe S. 180) um die Zeit des Zweiten Weltkrieges (GDB, DT).

7 **Wahlaufgabe:** Recherchieren Sie zum Foto M 2 (siehe QR-Code) oder zu M 3 (siehe Videosequenz). Diskutieren Sie, inwieweit sich die Quelle für Ihren Vortrag zur Dimension des Holocaust bzw. der Shoa eignet. Berücksichtigen Sie auch, von wem bzw. in welchem Auftrag die Fotos aufgenommen wurden.

8 Formulieren Sie auf der Grundlage Ihrer Arbeitsergebnisse Ihren Redebeitrag.

9 **Partnerarbeit:** Setzen Sie sich mit den Erklärungen zum Holocaust auseinander (M 12, M 13). Vergleichen Sie die Ergebnisse mit Ihrem Partner/Ihrer Partnerin.

Vernichtungskrieg

M 4 „Sieg oder Bolschewismus“, Plakat, 1943

M 5 Aus den Memoiren von Franz Josef Strauß, 1988

Nach 1945 war der Verfasser Politiker der CSU. Strauß (1915–1988) nahm als Offizier der Wehrmacht ab 1941 am deutschen Überfall auf die Sowjetunion teil. Die beschriebene Szene fand im Juli 1941 statt.

Wenige Tage später – wir liegen noch in der gleichen Stellung, neben uns ein größeres Waldstück – krachen ununterbrochen Feuerstöße aus einer Maschinenpistole. Wir machen uns auf, wollen sehen, was los ist im Wald. Hinter den Bäumen eine Szene des Schreckens: Zusammengetriebene Juden, kommunistische Funktionäre, unschuldige Menschen mussten mit dem Spaten eine Grube ausheben, vielleicht 50 Meter in der Länge und zwei in der Breite. Die Gefangenen standen da zu vielen Hunderten, vielleicht auch Tausenden – die Erschießungen erstreckten sich über mehrere Tage. Sie mussten sich hinknien vor der Grube, dann ging ein junger SS-Mann, vielleicht 18 Jahre und sternhagelblau [= betrunken], mit der Maschinenpistole von Kopf zu Kopf, drückte ab, die Toten fielen in die Grube. War eine Lage voll, wurde Erde darauf geworfen, das Morden ging weiter.

Franz Josef Strauß, Die Erinnerungen, Siedler Verlag, Berlin 1989, S. 48.

„Endlösung der Judenfrage“

M 6 Rede des Generalgouverneurs Hans Frank über die „Judenfrage“ in einer Sitzung der Regierung des Generalgouvernements vom 16. Dezember 1941 (Auszug aus dem Protokoll)

Mit den Juden – das will ich Ihnen auch ganz offen sagen – muss so oder so Schluss gemacht werden. Der Führer sprach einmal das Wort aus: Wenn es der vereinigten Judenschaft wieder gelingen wird, einen Weltkrieg zu entfesseln, dann werden die Blutopfer nicht nur von den in den Krieg gehetzten Völkern gebracht werden, sondern dann wird der Jude in Europa sein Ende gefunden haben. Ich weiß, es wird an vielen Maßnahmen, die jetzt im Reich gegenüber den Juden getroffen werden, Kritik geübt. Bewusst wird – das geht aus den Stimmungsberichten hervor – immer wieder versucht, von Grausamkeit, von Härte usw. zu sprechen. Ich möchte Sie bitten: einigen Sie sich mit mir zunächst, bevor ich weiterspreche, auf die Formel: Mitleid wollen wir grundsätzlich nur mit dem deutschen Volk haben, sonst mit niemandem auf der Welt. […] Ich werde daher den Juden gegenüber grundsätzlich nur von der Erwartung ausgehen, dass sie verschwinden. Sie müssen weg. Ich habe Verhandlungen zu dem Zwecke angeknüpft, sie nach dem Osten abzuschieben. Im Januar findet über diese Frage eine große Besprechung in Berlin statt, zu der ich Herrn Staatssekretär Bühler entsenden werde. Diese Besprechung soll im Reichssicherheitshauptamt bei SS-Obergruppenführer Heydrich gehalten werden. Jedenfalls wird eine große jüdische Wanderung einsetzen. Aber was soll mit den Juden geschehen? Glauben Sie, man wird sie im Ostland in Siedlungsdörfern unterbringen?

*Zit. nach: Werner Präg/Wolfgang Jakobmeyer (Hg.), Das Diensttagebuch des Generalgouverneurs in Polen 1939–1945, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1975, S. 457 f.**

M 7 Aus dem Protokoll der „Wannsee-Konferenz“ zur „Endlösung der Judenfrage“ vom 20. Januar 1942

An der Konferenz nahmen neben Reinhard Heydrich Vertreter der SS, der NSDAP und mehrerer Reichsministerien teil.

Anstelle der Auswanderung ist nunmehr als weitere Lösungsmöglichkeit nach entsprechender vorheriger Genehmigung durch den Führer die Evakuierung der Juden nach dem Osten getreten. Diese Aktionen sind jedoch lediglich als Ausweichmöglichkeiten anzusprechen, doch werden hier bereits jene praktischen Erfahrungen gesammelt, die im Hinblick auf die kommende Endlösung der Judenfrage von wichtiger Bedeutung sind. Im Zuge dieser Endlösung der europäischen Judenfrage kommen rund 11 Millionen Juden in Betracht. […] Unter entsprechender Leitung sollen im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden Straßen bauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird. Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesem zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaues anzusprechen ist. (Siehe die Erfahrung der Geschichte.) Im Zuge der praktischen Durchführung der Endlösung wird Europa von Westen nach Osten durchgekämmt. Das Reichsgebiet, einschließlich Protektorat Böhmen und Mähren, wird allein schon aus Gründen der Wohnungsfrage und sonstiger sozialpolitischer Notwendigkeiten vorweggenommen werden müssen.

*Zit. nach: Léon Poliakov/Josef Wulf (Hg.), Das Dritte Reich und die Juden, Ullstein, Berlin 1955, S. 119 ff.**

Vernichtungslager

M 8 Aus Piera Sonninos Erinnerungen an ihre Ankunft in Auschwitz am 28. Oktober 1944

Die Familie Sonnino wird 1943 aus Italien deportiert. Einzig Tochter Piera überlebte die Lager Auschwitz und Bergen-Belsen. Erst Jahre nach ihrem Tod fand ihre Tochter ihre Aufzeichnungen und veröffentlichte sie:

Eine große, leere Baracke. Eine lange, endlose Nacht. Roberto kam herüber, um mitzuteilen, dass wir in Auschwitz seien. Der Name sagte uns nichts. Wir dachten, wir seien in Deutschland, dabei waren wir in Polen. Die Frauen kauern sich in der Mitte des Raumes aneinander, um sich gegenseitig zu wärmen. […] Unsere Sinneswahrnehmung ist völlig eingeschränkt. Wir leben am Rande des Bewusstseins. In einer absurd irrealen und zugleich realen Welt. Dies ist die letzte Nacht, die meine Familie gemeinsam verbringt. […] Die Stunden in der Baracke vergehen nur langsam. Alle erschrecken, als sich die Tür öffnet und ein Skelett mit fiebrigen Augen und einem gestreiften Häftlingsanzug hereinkommt, der um seine Knochen schlottert. Die Männer umringen das Skelett. Es hat einen Eimer in der Hand, bleibt einen Moment stehen und schleppt sich dann weiter, verschwindet. Weitere folgen ihm. Es sind Lagerarbeiter. Sie haben Nachtschicht. Einer von ihnen bleibt vor mir stehen, deutet auf meinen verbundenen Knöchel und gibt mir ein Zeichen, ich solle sofort den Verband abnehmen. Ich zögere, weil ich nicht verstehe. Ein Wort höre ich deutlich heraus: Selektion. Das Skelett wendet sich an die Männer und spricht erregt zu ihnen. Er redet auf Deutsch. Jemand übersetzt. Wir sollen auf der Stelle alles entfernen, was auf irgendeine körperliche Behinderung hinweist, Wunden oder Krankheiten. Es wird immer strenger selektiert. Die Gaskammern und Öfen arbeiten in dicht gedrängtem Rhythmus. Wer nicht arbeitsfähig ist, wird beseitigt. Ich reiße sofort den Verbandmull und die Bandage herunter, die ich um meinen Knöchel gewickelt habe. Die Worte scheinen nicht aus dem Mund eines Menschen zu kommen, sondern von der Nacht selbst. Wir flehen Papa an, seinen Gipsverband abzunehmen. Papa schüttelt den Kopf. Er scheint nicht zu verstehen, was wir ihm sagen, denn er lässt sich einfach zwischen uns fallen und bleibt reglos sitzen, mit geschlossenen Augen. Mama nimmt seine Hand und drückt sie.

Piera Sonnino, Die Nacht von Auschwitz. Das Schicksal einer italienischen Familie, Rowohlt, Reinbek 2006, S. 5 ff. Übers. v. Olaf M. Roth.*

M 9 Verbrennungsöfen des Krematoriums im Vernichtungslager Auschwitz, Foto, 2020

M 10 Rudolf Höß, Kommandant von Auschwitz, über seine Tätigkeit, 1943

Die „Endlösung“ der jüdischen Frage bedeutete die vollständige Ausrottung aller Juden in Europa. Ich hatte den Befehl, Ausrottungserleichterungen in Auschwitz im Juni 1942 zu schaffen. Zu jener Zeit bestanden schon drei weitere Vernichtungslager im Generalgouvernement: Belzec, Treblinka und Wolzek. Diese Lager befanden sich unter dem Einsatzkommando der Sicherheitspolizei und des SD. Ich besuchte Treblinka, um festzustellen, wie die Vernichtungen ausgeführt wurden […].

Die Art und Weise, wie wir unsere Opfer auswählten, war folgendermaßen: Zwei SS-Ärzte waren in Ausch-

witz tätig, um die einlaufenden Gefangenentransporte zu untersuchen. Die Gefangenen mussten bei einem der Ärzte vorbeigehen, der bei ihrem Vorbeimarsch durch Zeichen die Entscheidung fällte. Diejenigen, die zur Arbeit taugten, wurden ins Lager geschickt. Andere wurden sofort in die Vernichtungsanlagen geschickt. Kinder im zarten Alter wurden unterschiedslos vernichtet, da aufgrund ihrer Jugend sie unfähig waren zu arbeiten. Noch eine andere Verbesserung, die wir gegenüber Treblinka machten, war diejenige, dass in Treblinka die Opfer fast immer wussten, dass sie vernichtet werden sollten, während in Auschwitz wir uns bemühten, die Opfer zum Narren zu halten, indem sie glaubten, dass sie ein Entlausungsverfahren durchzumachen hätten. Natürlich erkannten sie auch häufig unsere wahren Absichten und wir hatten deswegen manchmal Aufruhr und Schwierigkeiten. […] Wir sollten diese Vernichtungen im Geheimen ausführen, aber der faule und Übelkeit erregende Gestank, der von der ununterbrochenen Körperverbrennung ausging, durchdrang die ganze Gegend, und alle Leute, die in den umliegenden Gemeinden lebten, wussten, dass in Auschwitz Vernichtungen im Gange waren. […] Von Zeit zu Zeit führten wir medizinische Experimente an weiblichen Insassen aus, zu denen Sterilisierung und den Krebs betreffende Experimente gehörten.

*Zit. nach: Leon Poliakov/Josef Wulf (Hg.), Das Dritte Reich und die Juden, Ullstein, Berlin 1955, S. 127 ff.**

M 11 Richard Glazar über die Abläufe im Vernichtungslager Treblinka, Bericht, 1960er- und 1970er-Jahre

Der tschechische Holocaust-Überlebende wurde im Vernichtungslager von der SS als Funktionshäftling[1] eingesetzt. Bei den Prozessen gegen die Täter von Treblinka vor dem Düsseldorfer Landgericht in den 1960er- und 1970er-Jahren berichtete Glazar als Zeuge.

Eine kleine Falle mit riesiger Kapazität war dieses Treblinka […]. Keine Selektion, keine Tätowierung, aus den anrollenden Zügen ging es geradewegs in das „Desinfektionsbad" – in die Gaskammern. […] Der Tötungsbetrieb wurde im Juni 1942 aufgenommen, nachdem die ersten Gaskammern fertiggestellt worden waren. Sie hatten eine Kapazität von 300 bis 500 Menschen pro Stunde. Irgendwann im September 1942 setzte man die neueren Gaskammern mit viel größerer Kapazität in Betrieb. In einem gemauerten Gebäude wurden entlang eines mittleren Gangs je fünf „Duschräume" angeordnet. In jede Kammer konnte man in 40 Minuten 100 Menschen drängen und so in allen den zehn Kammern 1 000 Leute auf einmal vergasen. Dazu benutzte man nicht Zyklon B wie in Auschwitz, sondern einfach Auspuffgase von Motoren erbeuteter russischer Panzer. Auf einem Geviert von nur etwa 400 mal 600 Metern versanken im Herbst 1942 von der Oberfläche und vom Leben weg bis zu 15 000 Menschen täglich. […]

*Zit. nach: Wolfgang Benz, Der Holocaust, 4. Aufl., C. H. Beck, München 1999, S. 113 ff.**

1 *Funktionshäftlinge:* Sie nahmen im Auftrag der SS Überwachungsaufgaben wahr. Ihr Aufgabenbereich erstreckte sich auf alle Bereiche des Lagers, in denen Mangel an SS-Personal herrschte.

Geschichte kontrovers: Antriebskräfte des Völkermordes

M 12 Der Historiker Dieter Pohl, 2024

Der Krieg gegen die Sowjetunion war zweifellos der zentrale Wendepunkt hin zum systematischen Massenmord an der jüdischen Bevölkerung. Doch auch hier muss man genauer hinsehen, will man die verschiedenen Fäden entwirren, die letztlich dazu geführt haben. Wie so oft im „Dritten Reich", war es eben nicht der eine Masterplan oder die ein Entscheidung Hitlers, die alles regelten. Zunächst bestand im Frühjahr 1941, als der Krieg vorbereitet wurde, unter den NS-Funktionären Einigkeit darüber, dass das sogenannte Judenproblem inzwischen sehr dringlich sei und „gelöst" werden müsse. […]

Von ganz entscheidender Bedeutung war jedoch, dass der Krieg gegen die Sowjetunion nicht als herkömmlicher Krieg geplant wurde, sondern als Vernichtungskrieg. Das Sowjetsystem sollte dadurch geschwächt werden, dass man seine Funktionäre, soweit sie ergriffen werden könnten, in einem rechtsfreien Raum ermordete. Dies erachteten Staats- und Militärführung auch deshalb als notwendig, weil für die Beherrschung eines so riesigen Gebiets wie die besetzten Teile der Sowjetunion nicht genügend Truppen zur Verfügung stünden und die Gefahr groß sei, dort auf Widerstand zu treffen. So erließen Hitler und die Militärführung eine Reihe von Befehlen, die diesen Gewaltaktionen den Weg bereiteten.

Aus Sicht sowohl der Nationalsozialisten als auch weiter Teile der Deutschen spielten die sowjetischen Juden eine zentrale Rolle im bolschewistischen System […]. Deshalb wurde vor dem Einmarsch angeordnet, dass spezielle SS- und Polizeieinheiten die vermeintlich gefährlichsten unter ihnen, zunächst vor allem jüdische Männer im wehrfähigen Alter, erschießen sollten.

[…] Bald folgten Diskussionen darüber, was mit den zurückgebliebenen Frauen und Kindern geschehen

solle; und sukzessive begannen die deutschen Mordkommandos ab August 1941 damit, auch diese zu ermorden. […]

Im Herbst 1941 war im Grunde das Schicksal aller europäischen Juden unter deutscher Herrschaft besiegelt. Zunächst scheiterten wieder die weitreichenden Planungen: da der Krieg gegen die Sowjetunion nicht, wie geplant, in acht bis zwölf Wochen weitgehend abgeschlossen werden konnte, galten die sowjetischen Gebiete nicht mehr als Raum für ein – wie auch immer geartetes – „Judenreservat" für ganz Europa. Zugleich aber führten die Tötungskommandos in der Sowjetunion vor, dass eine andere sogenannte Lösung der Judenfrage möglich war, die direkte Ermordung.

Im Reich wie in den besetzten Gebieten meldeten sich nun Funktionäre, die eine Abschiebung der jüdischen Bevölkerung aus ihrem Hoheitsgebiet forderten oder schon Vorschläge zur Ermordung etwa der angeblich arbeitsunfähigen Menschen machten. Der Schwerpunkt der Massenmorde verlagerte sich nun auf das besetzte Polen, wo mehrere Vernichtungslager eingerichtet wurden. Bereits Ende 1942 war die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung in Polen, im Baltikum und der Sowjetunion ermordet, bis zum Kriegsende auch jene aus dem Deutschen Reich und den anderen besetzten Ländern.

Dieter Pohl, Der Weg zum Holocust. Zit. nach: https://www.kas.de/de/web/geschichtsbewusst/essay/-/content/der-weg-zum-holocaust (Download vom 23. April 2024). (Public-History Portal der Konrad-Adenauer-Stiftung)*

M 13 Der Historiker Götz Aly, 2005

Die Genesis[1] des Holocaust erschließt sich […] nicht allein aus den Schriftstücken, die das Rubrum[2] „Judenfrage" auf dem Deckel tragen. […] Die NSDAP stützte sich auf die Lehre von der Ungleichheit der Rassen und versprach den Deutschen im selben Atemzug mehr Chancengleichheit […]. In der Praxis geschah das auf Kosten anderer, mit den Mitteln des Raub- und Rassenkriegs. […] Hitler sprach vom „Aufbau des sozialen Volksstaats", eines „Sozialstaats", der vorbildlich sein werde und in dem „alle [sozialen] Schranken immer mehr einzureißen" seien. […] Die Frage, wie hoch die deutsche Ausbeute aus der Liquidierung jüdischen Vermögens während des Zweiten Weltkriegs insgesamt gewesen ist, lässt sich derzeit nur unbefriedigend grob beantworten. […] Einschließlich der im Deutschen Reich nach dem 1. September 1939 erzielten Arisierungserlöse werden es zwischen 15 und 20 Milliarden Reichsmark gewesen sein, die aus Besitztümern der europäischen Juden stammten und in Form von Geld in die deutsche Kriegskasse gelenkt wurden. Da in die Löhnung deutscher Soldaten überall im besetzten Ausland […] Geldströme aus verwertetem jüdischen Vermögen einflossen, wurde die nach Köln versandte Butter oder der ärmellose Pulli aus Antwerpen […] auch mit den Hinterlassenschaften der enteigneten und ermordeten Juden bezahlt. Dasselbe gilt für Lebensmittellieferungen aus den besetzten und abhängigen Ländern. […] Betrachtet man die Ausbeutung der jüdischen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen, dann flossen seit 1940 an die 50 Prozent ihres Lohnes in die Staatskasse und von dort als kleiner Bestandteil in die Unterhaltszahlung an deutsche Frauen und Kinder, selbstverständlich auch in die Waffenproduktion. […] Am Ende hatte jeder Herrenmensch – und das waren nicht allein irgendwelche NS-Funktionäre, sondern 95 Prozent der Deutschen – Anteile von dem Geraubten in Form von Geld in der Tasche oder als importierte […] Lebensmittel auf dem Teller. Bombenopfer trugen Kleider der Ermordeten und atmeten in deren Betten auf […]. Der Holocaust bleibt unverstanden, sofern er nicht als der konsequenteste Massenraubmord der modernen Geschichte analysiert wird.

*Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, S. Fischer, Frankfurt/Main 2005, S. 11 f.**

1 *Genesis:* Entstehung
2 *Rubrum:* Schlagwort

3.7 Sinti und Roma sowie weitere Opfer des NS-Rassismus

M 1 Luise Mai (rechts) mit ihrer Schwester Martha und ihrem Bruder Karl, Fotografie, 12. April 1942

▶ Hilfe: Biografie Luise Mai

▶ M 5: Die Historikerin Karola Frings über die Deportation von Sinti und Roma

▶ M 6: Zeitzeugenaussage des Sinto Johann Höllenreiner

▶ M 7: „Rasseausweis" für Zigeuner

Sinti und Roma im Nationalsozialismus

rubefi

Welches Schicksal erlitten Sinti und Roma in der NS-Zeit?
Welche weiteren Gruppen fielen dem NS-Rassismus zum Opfer?

L Vorschlag für eine Lernaufgabe:
Erstellen Sie ein digitales Lernplakat zum Völkermord an den Sinti und Roma. Die Arbeitsaufträge 1–3 auf S. 197 helfen Ihnen dabei.

Porajmos – der NS-Völkermord an den Sinti und Roma

Die größte Opfergruppe des NS-Regimes nach den Jüdinnen und Juden waren die **Sinti und Roma*** (M 1). Die sogenannte NS-„Zigeunerpolitik" war Teil des Strebens nach einer vermeintlich einheitlichen „Volksgemeinschaft": Schon unmittelbar nach der Machtübernahme 1933 begann die SS mit der Erfassung der aufgrund ihrer vermeintlichen „Rasse" als „Untermenschen" stigmatisierten Angehörigen der beiden Minderheiten. Mit der Gründung der **„Rassenhygienischen Forschungsstelle"** (M 2) 1936 wurde der „Untermenschen"-Ideologie ein wissenschaftlicher Anstrich gegeben. Arbeitsgruppen erstellten etwa 24 000 „Gutachten", in denen Sinti und Roma vom „reinrassigen" bis zum „Achtelzigeuner" klassifiziert wurden. Diese Gutachten dienten als Grundlage für spätere Deportationen und für die Ermordung in den Konzentrations- und Vernichtungslagern. Mit Ausbruch des Krieges setzte parallel zum Völkermord an den europäischen Jüdinnen und Juden auch die **systematische Ermordung der Sinti und Roma in Europa** ein. Ab Mitte Oktober 1939 durften Sinti und Roma ihre Wohnsitze nicht mehr verlassen. Dies hatte Heinrich Himmler (Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei) angeordnet, um die „Zigeunerfrage" binnen Kurzem im gesamten Reichsgebiet zu „regeln". Die große Mehrheit der deutschen und österreichischen Sinti und Roma wurde in Lagern interniert. Ab dem Frühjahr 1940 begann die systematische Deportation nach Polen (ab Frühjahr 1942 auch Sinti und Roma aus den besetzten europäischen Staaten). Die genaue Opferzahl ist schwer zu bestimmen, da keine Angaben über die in den besetzten Gebieten durchgeführten Massenerschießungen existieren. Die historische Forschung geht jedoch davon aus, dass zwischen 200 000 und einer halben Million Sinti und Roma dem nationalsozialistischen Völkermord zum Opfer gefallen sind. Erst 1982 wurde der Genozid nach langem Kampf der Bürgerrechtsbewegung der Sinti und Roma von der Bundesrepublik Deutschland offiziell als Völkermord anerkannt (siehe S. 200). Für dieses Verbrechen haben Sinti und Roma den Begriff „Porajmos" gewählt; er bedeutet „das alles Verschlingende".

Sinti und Roma
(Singular männlich: Sinto bzw. Rom; weiblich: Sintez(z)a bzw. Romni) Eigenbezeichnung einer in ganz Europa lebenden ethnischen Minderheit indischer Herkunft mit einer vielfältigen, v. a. mündlich geprägten Kultur. Der Fremdbegriff „Zigeuner" wird u. a. vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma als diskriminierend abgelehnt. Sinti und Roma sind seit dem 15. Jahrhundert in Mitteleuropa ansässig und dort oft Mitglieder christlicher Konfessionen. Häufig wurden sie als Sündenböcke der Mehrheitsgesellschaft diffamiert. Auch in der Weimarer Republik waren sie Diskriminierungen und Beschränkungen ausgesetzt.

M 2 Blutabnahme bei einer Romni auf einer Straße im Rahmen rassenbiologischer Untersuchungen, Foto, 1938
Robert Ritter, Leiter der „Rassenhygienischen Forschungsstelle" (im Bild rechts) und seine Mitarbeiterinnen sowie Mitarbeiter führten im ganzen Reich Untersuchungen an Sinti und Roma durch. Dabei wurden detaillierte Stammbäume erstellt, Tausende von Fotografien angefertigt sowie Ergebnisse von Blut- und Haarproben archiviert.

Kranke und behinderte Menschen

Die Nationalsozialisten vertraten die Auffassung, dass alle „rassisch minderwertigen" Menschen eine „lebensunwerte" Existenz führten. Hierzu zählten sie auch geistig und körperlich kranke Menschen sowie Menschen mit Behinderung. Mit dem **„Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses"** vom 14. Juli 1933 wurde erstmals in Deutschland die **Zwangssterilisation** aus „rassehygienischen" Gründen zum legalen Mittel. Hierzu waren Erbgesundheitsgerichte eingerichtet worden, die über die Zwangssterilisation von Behinderten urteilten. Als Erbkrankheiten nannte das Gesetz neben körperlichen und geistigen Behinderungen Blindheit und Taubheit. Aber auch viele sogenannte andere „Volksschädlinge" traf dieses Schicksal. Begleitet wurde das Gesetz von einer großen Pressekampagne. Unmittelbar vor Kriegsbeginn 1939 begann man damit, kranke und behinderte Menschen systematisch im Rahmen der „T4"-Aktion (benannt nach der Adresse der Tarnorganisation in der Berliner Tiergartenstraße 4) in Vernichtungsanstalten zu ermorden, die als „Heil- und Pflegeheime" getarnt waren. Grundlage der sogenannten **„Euthanasie"*** war ein formloses Schreiben Hitlers von 1939, das Ärzten die Befugnis erteilte, „dass nach menschlichem Ermessen unheilbar Kranken bei kritischster Beurteilung ihres Krankheitszustandes der Gnadentod gewährt werden kann". Nach Protesten der Kirchen stoppte die NS-Führung zwar 1941 offiziell die „Euthanasie"-Morde; Einzeltötungen, „Kinder-Euthanasie" und die Ermordung kranker KZ-Häftlinge fanden dennoch statt. Bis Kriegsende wurden in Deutschland und in den besetzten Gebieten etwa 275 000 kranke und behinderte Menschen ermordet.

Weitere Opfergruppen

Die „Volksgemeinschaft" war im NS-Regime gleichermaßen durch Integration der „Volksgenossinnen" und „Volksgenossen" sowie durch **Ausgrenzung der „Gemeinschaftsfremden"** gekennzeichnet. Das vorrangige Ziel war die „Reinigung des deutschen Volkes" von „minderwertigen" Gruppen. Je mehr sich die NS-Herrschaft festigte, desto größer wurde die Zahl der Ausgeschlossenen. Zu den Verfolgten gehörten auch Personen, die den Moralvorstellungen nicht entsprachen und als **„Volksschädlinge"** diffamiert wurden: Homosexuelle, Menschen ohne festen Wohnsitz („Asoziale"), Prostituierte, Kriminelle. Die Zeugen Jehovas („Bibelforscher") wurden vor allem wegen ihrer Verweigerung des Kriegsdienstes und des Hitlergrußes verfolgt (M 4).

1 Erklären Sie den Begriff „Porajmos" (DT).
2 Stellen Sie dar, wie die Nationalsozialisten die Sinti und Roma systematisch entrechteten und ermordeten. Nehmen Sie dabei auch auf die NS-Ideologie Bezug (M 1–M 2, M 5–M 7, DT, GB, siehe S. 168 f.).
3 Beschreiben Sie, ausgehend von den Erinnerungen Johann Höllenreiners (M 6), das Leid der Betroffenen des Porajmos. Ziehen Sie auch die beiden Zeitzeugenvideos mit Hugo Höllenreiner heran (siehe QR-Code).
4 **Zusatzaufgabe (M 4):** Siehe S. 301.
5 Analysieren Sie das Plakat M 8. Berücksichtigen Sie dabei Ihre Kenntnisse zur nationalsozialistischen Weltanschauung. Nutzen Sie für die Analyse die Arbeitsschritte auf S. 110 („Ein politisches Plakat untersuchen und analysieren").
6 Charakterisieren Sie den Umgang der Nationalsozialisten mit kranken und behinderten Menschen anhand von M 3, M 8–M 10.
7 Bewerten Sie das Verhalten des Bischofs (M 9) angesichts der NS-„Euthanasie" (DT).

M 3 Stolperstein in München, Franziskanerstraße, Fotografie, 2018.
Die „Stolpersteine" sind ein Projekt des Künstlers Gunter Demnig. Sie werden seit 1992 am letzten Wohnort der Opfer verlegt.

▶ M 8–M 10: Quellen zur „Euthanasie"

„Euthanasie"
(griech. guter, leichter Tod); die Nationalsozialisten führten unter beschönigenden Bezeichnungen wie "Euthanasie" oder "Gnadentod" die systematische Ermordung psychisch kranker und behinderter Menschen durch.

M 4 Beispiele für die von den Nationalsozialisten verwendeten Kennzeichen für Häftlinge in Konzentrations- und Vernichtungslagern.
„Berufsverbrecher" = mehrfach vorbestraft; „Bibelforscher" = Zeugen Jehovas; das Kennzeichen der Sinti und Roma war ein brauner Wimpel

Völkermord an Sinti und Roma

M5 Die Historikerin Karola Frings über die Deportation von Sinti und Roma, 2015

Der letzte Schritt der Deportationspolitik im Deutschen Reich war ein schriftlicher Befehl Heinrich Himmlers vom 16. Dezember 1942, der die Verschleppung fast aller verbliebenen Sinti und Roma in das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz vorsah. Mit diesem Befehl wurde die 1939 geplante Deportation der Sinti und Roma fortgesetzt, nachdem die Deportation und auch Ermordung der jüdischen Bevölkerung weitgehend abgeschlossen worden war. Noch bevor der erste Zug nach Auschwitz abfuhr, erließ der Reichsinnenminister Frick eine Verfügung, wonach das zurückbleibende Vermögen der „in ein KZ einzuweisenden Personen" zu beschlagnahmen sei". […] Das Signal zur Einweisung in das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau stieß bei den zuständigen Stellen, sei es in der Kriminalpolizei, in Stadtverwaltungen oder in NSDAP-Gliederungen, auf große Resonanz. Man bemühte sich darum, die Städte und Dörfer im Reich weitgehend von „Zigeunern" zu leeren. Nur in wenigen Fällen kam es zu aktiver Hilfe, indem Informationen über die bevorstehende Deportation weitergegeben oder sogar ein Versteck organisiert wurde.

*Karola Fings: Der Völkermord an den Sinti und Roma im Nationalsozialismus. Lokale Vorstöße, zentrale Initiativen und europäische Dimension. In: Oliver von Mengersen (Koord.): Sinti und Roma. Eine deutsche Minderheit zwischen Diskriminierung und Emanzipation, Bayerische Landeszenttrale für Politische Bildung. Bonn/München 2015, S. 114 f.**

M6 Erinnerungen des Sinto Johann Höllenreiner

Johann Höllenreiner (1909–1980) überlebte das KZ Auschwitz und wohnte nach dem Zweiten Weltkrieg mit seiner Familie in München.

Auch ich besaß wie alle meine Brüder ein Fuhrgeschäft und alles ging gut, bis die Nazis kamen. Man verbot uns die Benutzung der Straßenbahnen, wir durften in kein Kino […], genehmigt aber war, dass wir doppelte Steuern zahlen durften. Am 8. 3. 1943 früh um 4 Uhr wurden wir verhaftet. Man brachte uns nach dem K. L. Auschwitz. Meine Frau und meine Kinder wurden eines Tages geimpft, angeblich gegen Typhus, aber das Gegenteil war der Fall. Sie wurden nämlich mit Typhus infiziert. […] Sie lagen nach wenigen Stunden mit über 40° Fieber darnieder. Weiterhin erhielt meine Frau einmal … die allgemein bekannten 25[1]. Der Vorfall war folgender: Es gab bereits schon seit 3 Wochen kein einziges Stückchen Brot und nur einmal am Tag ein Viertel Liter Suppe und ein Viertel Liter gekochte Steckrüben. – Da sah meine Frau, wie bei der Küche Steckrüben lagen, und sie schickte das jüngste hin, um eine zu holen. Ein „Capo"[2] sah das und meldete meine Frau sofort. Das Kind erhielt zwei kräftige Ohrfeigen und meine Frau bekam ihre 25 … Sämtliche Frauen und Kinder [ab 12 Jahren] wurden sterilisiert. Auch mir blieb das nicht erspart. Meine Frau sagt, dass man 72 Frauen innerhalb von 2 Stunden sterilisiert hatte. Wahrhaftig eine Rekordleistung. Und wofür das Alles? Noch keiner unserer Familie war irgendwie vorbestraft gewesen!

*Zit. nach: Ludwig Eiber, „Ich wusste, es wird schlimm." Die Verfolgung der Sinti und Roma in München 1933–1945, hg. v. d. Landeshauptstadt München, Buchendorfer Verlag, München 1993, S. 105 f.**

M7 Bescheinigung für „Zigeuner", 20. Mai 1940

Ab März 1939 erhielten Sinti und Roma „Rasseausweise". Ihre deutschen Pässe wurden eingezogen.

1 *25:* Prügelstrafe, bei der Häftlinge auf ein Holzgestell geschnallt wurden und mit einer Peitsche Schläge auf das Hinterteil bekamen. 25 Hiebe konnten schon tödlich sein.

2 *Capo:* Funktionshäftling im Dienst der Lagerleitung

Umgang mit kranken und behinderten Menschen

M8 NS-Propagandaplakat zur „Euthanasie", 1936

M9 Aus einer Predigt des katholischen Bischofs von Münster, Clemens August Graf von Galen, in der er am 3. August 1941 die „Euthanasie"-Morde anprangerte:

Ich hatte bereits […] schriftlich ernstesten Einspruch erhoben. Es hat nichts genützt. Der erste Transport der schuldlos zum Tode Verurteilten ist von Marienthal abgegangen. Und aus der Heil- und Pflegeanstalt Warstein sind, wie ich höre, bereits 800 (achthundert) Kranke abtransportiert worden. So müssen wir damit rechnen, dass die armen, wehrlosen Kranken über kurz oder lang umgebracht werden. Warum? Nicht weil sie ein todeswürdiges Verbrechen begangen haben, nicht etwa, weil sie ihren Wärter oder Pfleger angegriffen haben, sodass diesem nichts anderes übrig blieb, als dass er zur Erhaltung des eigenen Lebens in gerechter Notwehr dem Angreifer mit Gewalt entgegentrat. […] Nein, hier handelt es sich um Menschen, unsere Mitmenschen, unsere Brüder und Schwestern – arme Menschen, kranke Menschen – „unproduktive Menschen" meinetwegen. Aber haben sie damit das Recht auf das Leben verwirkt? […] Wenn man den Grundsatz aufstellt und anwendet, dass man den „unproduktiven Menschen" töten darf, dann wehe uns allen, wenn wir alt und altersschwach werden! […] Wenn man die „unproduktiven Mitmenschen" gewaltsam beseitigen darf, dann wehe unseren braven Soldaten, die als Schwerkriegsverletzte, als Krüppel, als Invaliden in die Heimat zurückkehren!

*Zit. nach: Herbert Michaelis/Ernst Schraepler, Ursachen und Folgen, Bd. 19: Das Dritte Reich, Dokumentenverlag Wendler, Berlin 1975, S. 518 f.**

M10 Der Facharzt für Psychiatrie Gerrit Hohendorf über Krankenmorde im Nationalsozialismus, 2024

Die Anstaltspatientinnen und Patienten aus Oberbayern, Niederbayern und Schwaben kamen in den Tötungsanstalten Grafeneck auf der schwäbischen Alb und Hartheim bei Linz in Oberösterreich ums Leben. Die Angehörigen erhielten sogenannte Trostbriefe, die – bei falschem Todesdatum und oft auch falschem Todesort – eine Erlösung von schwerem Leiden vorspielen sollten. Doch die systematischen Krankenmorde ließen sich nicht geheim halten, es kam zu Unruhe und Protesten aus der Bevölkerung und den Kirchen. […] Schließlich gab die öffentliche Protestpredigt des Münsteraner Bischofs Clemens August Graf von Galen im August 1941 den Anstoß zum Stopp der Gasmorde. […]. Die jüdischen Psychiatriepatientinnen und -patienten wurden ab Frühjahr 1940 ausnahmslos – allein aufgrund ihrer ‚rassischen Zugehörigkeit' – in Sammelanstalten zusammengefasst und in den Tötungsanstalten der ‚Aktion T4' ermordet. […] Hinzu kommt, dass das Tötungspersonal der ‚Aktion T4' 1942 in den Vernichtungslagern Belzec, Sobibor und Treblinka eingesetzt wurde.
Doch auch nach dem Stopp der ‚Aktion T4' im August 1941 gingen die Tötungen weiter und zwar in den Heil- und Pflegeanstalten selbst. Dies geschah durch überdosierte Medikamente und durch systematisches Verhungernlassen.

*Gerrit Hohendorf, Psychiatrie und ‚Euthanasie', publiziert am 12.02.2024, in: nsdoku.lexikon, hg. vom NS-Dokumentationszentrum München, https://www.nsdoku.de/lexikon/artikel/psychiatrie-und-euthanasie-662 (Download vom 25. Februar 2024).**

*Der 27. Januar als Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus

M 1 Inge Auerbacher (*1934) bei ihrer Rede im Plenarsaal des Bundestages am 27. Januar 2022.

▶ Hilfe: Biografie Inge Auerbacher

Der 27. Januar ist kein gewöhnlicher Feiertag. Er ist ein „Nachdenk-Tag": Es soll nicht nur das Gedenken an die Millionen Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in der Vergangenheit angeregt werden, sondern auch über die daraus erwachsende Verantwortung in der Gegenwart. Am 27. Januar 1945 wurde das deutsche Konzentrations- und **Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau** durch sowjetische Truppen befreit. Das KZ ist das Synonym für den Massenmord an Juden, Sinti und Roma sowie anderen Opfergruppen.

Der Jahrestag der Befreiung wurde 1996 auf Initiative des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog offizieller deutscher **Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus**. Österreich beging 1997 erstmals den Holocaust-Gedenktag, 2001 folgten u. a. Großbritannien, Frankreich, Italien und Polen. Die Vereinten Nationen erklärten den 27. Januar im Jahr 2005 zum **Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust**.

In Israel wird seit 1951 mit dem nationalen Gedenktag **„Yom HaShoah"** an die sechs Millionen von den Nationalsozialisten ermordeten Jüdinnen und Juden erinnert. Er beginnt nach der jüdischen Tradition mit Sonnenuntergang am 27. Nissan, einem Monat des jüdischen Kalenders (meist Mitte März bis Mitte April gelegen), und endet am darauffolgenden Abend. In den USA wurde 1978 der Holocaust-Gedenktag zunächst – in Erinnerung an die Befreiung des Konzentrationslagers Dachau durch amerikanische Soldaten – auf den 28. und 29. April gelegt; seit 1980 werden die **Days of Remembrance** jährlich begangen und orientieren sich am „Yom HaShoah".

In Deutschland wird um den 27. Januar bundesweit mit zahlreichen Gedenkveranstaltungen an die Opfer des Holocaust erinnert. Vor öffentlichen Gebäuden wehen an diesem Tag Flaggen auf Halbmast. Im **Deutschen Bundestag** findet eine feierliche **Gedenkstunde** statt, zu der eine Gastrednerin oder ein Gastredner eingeladen wird. Mit dem Schriftsteller Elie Wiesel (1928–2016) sprach im Jahr 2000 erstmals ein Überlebender des Holocaust. Im Jahr 2023 fand das erste Mal ein „Gedenken an die im Nationalsozialismus verfolgten sexuellen Minderheiten" statt. Neben der Gastrednerin, der Holocaust-Überlebenden Rozette Kats (*1942), trugen die Schauspieler Maren Kroymann und Jannik Schümann Texte von queeren NS-Opfern vor.

M 2 KZ-Häftlinge am Lagerzaun in Auschwitz nach der Befreiung, Foto, Januar 1945

M 3 Aus der Ansprache von Bundespräsident Roman Herzog zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus im Deutschen Bundestag, 19. Januar 1996

Geschichte verblasst schnell, wenn sie nicht Teil des eigenen Erlebens war. Deshalb geht es darum, aus der Erinnerung immer wieder lebendige Zukunft werden zu lassen. Wir wollen nicht unser Entsetzen konservieren. Wir wollen Lehren ziehen, die auch künftigen Generationen Orientierung sind.

Dieses Gedenken ist nicht als ein in die Zukunft wirkendes Schuldbekenntnis gemeint. Schuld ist immer höchstpersönlich, ebenso wie Vergebung. Sie vererbt sich nicht. Aber die künftige Verantwortung der Deutschen für das „Nie wieder!" ist besonders groß, weil sich früher viele Deutsche schuldig gemacht haben. Es ist wahr, dass sich Geschichte nicht wiederholt. Aber ebenso wahr ist, dass Geschichte die Voraussetzung der Gegenwart ist und dass der Umgang mit der Geschichte damit auch zum Fundament der Zukunft wird.

An der Schwelle zum nächsten Jahrtausend ist schon das von meiner Generation Erlebte – erst recht das von den Vorfahren Erlebte – in Gefahr, in einer distanzierten Retrospektive zu verschwimmen, und die historischen Fakten drohen sich auf Jahreszahlen und Schlagworte zu reduzieren. Auch die größte Barbarei schrumpft dann zu einem anonymen Ereignis, das allmählich in ein mildes Licht nüchterner Beschreibung getaucht wird.

Würden wir uns ein Auslöschen dieser Erinnerung wünschen, dann wären wir selbst die ersten Opfer einer Selbsttäuschung. Denn es ist vor allem unser Interesse, aus der Erinnerung zu lernen. Die Erinnerung gibt uns Kraft, weil sie Irrwege vermeiden hilft.

*Zit. nach: www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Roman-Herzog/Reden/1996/01/19960119_Rede.html (Download vom 18. Februar 2023).**

M 4 Aus der Rede von Inge Auerbacher vor dem Deutschen Bundestag am 27. Januar 2022

Im August 1942 wurden meine Eltern und ich und andere Juden in der Turnhalle der Schillerschule in Göppingen versammelt. Unser Gepäck wurde durchsucht. Einer der Aufseher fand Gefallen an einer Holzbrosche, die ich angesteckt hatte, und nahm sie von mir. Er brüllte: Du brauchst das nicht, wo du hingehst. […] Dann riss er meine Puppe aus meinen Armen und untersuchte sie, ob ich da etwas versteckt hätte. Tränen ergossen sich über meine Wangen. Ich war überglücklich, als er meine Puppe Marlene wieder in meine Hände gab.

Von Göppingen ging es nach Stuttgart in das Sammellager Killesberg, wo wir am 22. August 1942 mit einem zusammengesetzten Transport von Juden aus Württemberg in das KZ Theresienstadt deportiert wurden. Ich war sieben Jahre alt und die Jüngste von circa 1100 Personen, von denen meine Eltern und ich und ganz wenig andere überlebt haben. […] Summa summarum: So viel ich weiß, bin ich das einzige Kind, das unter allen Deportierten aus Stuttgart zurückkehrte. 20 Personen von unserer Familie sind von den Nazis ermordet worden. Drei Jahre im KZ Theresienstadt; vier Jahre im Bett wegen der schweren gesundheitlichen Folgen; acht Jahre Schulverlust; vier Jahre Stigmatisierung[1], den Judenstern zu tragen; Stigma wegen der bösen Krankheit, die Partner daran hinderte, mich zu heiraten. Ich durfte nie ein Brautkleid tragen. Ich werde nie Mama oder Oma werden. Aber ich bin glücklich, und die Kinder der Welt sind meine.

(Beifall)

Ich schließe mit meinem Herzenswunsch: Menschenhass ist etwas Schreckliches. Wir sind alle als Brüder und Schwestern geboren. Mein innigster Wunsch ist die Versöhnung aller Menschen. Entzünde heute eine Kerze zur Erinnerung an die ermordeten unschuldigen Kinder, Frauen und Männer! Entzünde eine Kerze für das Leben, und halte die Dunkelheit zurück! Sei Hüter deiner Schwestern und Brüder, dann wird dein Glück immer blühen!

Wir sind alle als Kinder Gottes geboren. Für Einigkeit und Frieden öffnen sich die Tore. Die Vergangenheit darf nie vergessen werden. Zusammen wollen wir beten für Einigkeit auf Erden. Lasst uns gemeinsam einen neuen Morgen sehen. Dieser Traum soll nie, nie, nie wieder verloren gehen.

Vielen Dank.

(Langanhaltender Beifall – Die Anwesenden erheben sich)

*Zit. nach: www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw04-gedenkstunde-rede-auerbacher-879226 (Download vom 18. Februar 2023).**

1 *Stigmatisierung:* Ausgrenzung einer Person bzw. Personen-Gruppe aufgrund eines bestimmten Merkmals oder einer Eigenschaft

1 Erklären Sie die Funktion des Erinnerns an den Holocaust nach Roman Herzog (M 3).
2 Erläutern Sie den Wunsch, den Inge Auerbacher (M 1) mit dem Gedenken an die Holocaust-Opfer verbindet (M 2, M 4).
3 Recherchieren Sie nach einem Beispiel für das Gedenken an Opfer der NS-Diktatur in Ihrer Heimatregion.

3.8 Nichts wissen können? Nichts wissen wollen?

Inwieweit nahm die nichtjüdische deutsche Bevölkerung die Entrechtung, Verfolgung und systematische Ermordung von Jüdinnen und Juden wahr und beteiligte sich an ihr?

M 1 Thomas Mann (1875–1955), Fotografie, undatiert.

Der deutsche Schriftsteller war ein entschiedener Gegner des Nationalsozialismus. Er emigrierte 1938 in die USA und wandte sich von dort in 58 regimekritischen BBC-Rundfunkansprachen direkt an die Deutschen.
Beim Hören ausländischer Rundfunksendungen drohten im NS-Regime hohe Strafen. Es ist nicht geklärt, wie viele Deutsche heimlich BBC hörten. Schätzungen reichen von einer bis zehn Millionen Hörerinnen und Hörer.

L Lernaufgabe:
Gestalten Sie eine Podiumsdiskussion zum Thema: „Die Deutschen und der Holocaust". Die Arbeitsaufträge helfen Ihnen dabei.

M 2 Thomas Mann in einer Rundfunkansprache der BBC an die Deutschen am 22. September 1942

Nach den Informationen der polnischen Exil-Regierung sind alles in allem bereits siebenhunderttausend Juden von der Gestapo ermordet oder zu Tode gequält worden […]. Wisst ihr Deutsche das? Und wie findet ihr es?

Thomas Mann, Deutsche Hörer! Radiosendungen nach Deutschland aus den Jahren 1940–1945, 5. Aufl., Fischer, Frankfurt/Main 2013, S. 76 f.

„Davon haben wir nichts gewusst!"

Nach 1945 stritten viele Deutsche lange Zeit mit dieser Schutzbehauptung pauschal ab, etwas vom Holocaust erfahren zu haben. In dieser Art und Weise schützte man sich vor der noch drängenderen Frage „Warum habt ihr nichts getan?" und wich so einer Auseinandersetzung mit den Fragen nach individueller Schuld und den Handlungsspielräumen des Einzelnen aus.
Die Verantwortung für die NS-Kriegsverbrechen trug nach Ansicht vieler Deutscher allein eine kleine Gruppe von Tätern. Nach Ansicht von Geschichtsforschenden sollen jedoch bis zu 300 000 Täterinnen und Täter aus Deutschland und Österreich am Holocaust beteiligt gewesen sein. Zwar versuchte das NS-Regime, das Ausmaß der Massenverbrechen während des Zweiten Weltkrieges, die Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden, den Mord an Sinti und Roma, Behinderten und unheilbar Kranken („Euthanasie") sowie an den weiteren NS-Opfergruppen vor der deutschen Bevölkerung geheim zu halten. Dennoch sind sich Historikerinnen und Historiker heute weitgehend einig, dass die Zeitgenossen vom Holocaust hätten erfahren können, wenn sie gewollt hätten.

Zeitzeugenaussagen zu Entrechtung, Verfolgung sowie zum Holocaust

rejawu

1 Entwickeln Sie auf Basis des Zitats von Thomas Mann (M 1, M 2) und der Fotografien (M 5–M 6 sowie M 9–M 11) Vermutungen darüber, was die Deutschen vom Holocaust wussten oder wissen konnten.
2 Setzen Sie sich anhand der Materialien A und B arbeitsteilig mit folgender Fragestellung auseinander: Inwieweit nahm die nichtjüdische Bevölkerung die Entrechtung und Verfolgung (Teil A: M 3–M 8) sowie die Ermordung (Teil B: M 9–M 16) der Jüdinnen und Juden wahr und beteiligte sich an ihr?
Tipp: Nutzen Sie dazu auch passendes Material aus den Kapiteln 3.5 und 3.6 (siehe S. 176–191) und den Webcode zu den Zeitzeugenaussagen (siehe Randspalte).
3 Bereiten Sie Eingangs-Statements für die Diskussion vor, in denen Sie Ihre Ergebnisse zur Wahrnehmung und Beteiligung an der Entrechtung und Verfolgung (A) sowie Ermordung (B) der jüdischen Bevölkerung kurz darlegen. Beziehen Sie auch passende GDB ein.
4 Führen Sie die Diskussion zum Thema „Die Deutschen und der Holocaust" durch.
5 Nehmen Sie in Schluss-Statements Stellung zu den Fragen in der Kapitelüberschrift: „Nichts wissen können? Nichts wissen wollen?"

A Entrechtung und Verfolgung

M 3 Aus den geheimen NS-Stimmungsberichten

Regierungspräsident Ober- und Mittelfranken. Bericht für die erste Hälfte September, Ansbach, 20. September 1933

Die Stimmung gegen die Juden auf dem flachen Lande findet ihren Ausdruck in vielfachen Verboten von Ortspolizeibehörden gegen die Juden. Anschläge an den Ortseingängen „Juden unerwünscht", „Zutritt zum Viehmarkt für Juden verboten", Ausschluss von öffentlichen Bädern, Anschläge von „Prangerlisten" mit Namen von Personen, die bei Juden kaufen, sind vielfach am Lande, aber auch in Städten (Coburg) zu finden.

Zit. nach: Otto Dov Kulka, Eberhard Jäckel (Hg.), Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten 1933–1945. Online-Version des Bandes „Schriften des Bundesarchivs 62", im Druck erschienen, Droste, Düsseldorf 2004, S. 55–56.

M 4 Aus den Geheimberichten der Exil-SPD, 1934–1938

Nach dem Verbot der SPD 1933 gab der geflüchtete Parteivorstand mithilfe eines geheimen Berichterstattersystems „Deutschland-Berichte" heraus, die über die Situation in Deutschland informierten.
1934: […] Viele glauben, dass ihnen durch Juden- und Marxistenverfolgung wirtschaftliche Wege geöffnet sind. Je mehr sie sich begeistern, umso leichter sind die Examen, umso eher gibt es einen Arbeitsplatz. […] Auch junge Arbeiter machen mit: „Volksgemeinschaft ist doch besser, als unterste Klasse zu sein", so etwa denken sie.
1935: Die Judenverfolgung findet in der Bevölkerung keinen aktiven Widerhall. Aber sie bleiben andererseits nicht ganz ohne Eindruck. Unmerklich hinterlässt die Rassenpropaganda doch ihre Spuren. Die Leute verlieren ihre Unbefangenheit gegenüber den Juden und viele sagen sich: eigentlich haben die Nazis mit ihrem Kampf gegen die Juden doch recht […].
1936: […]. Alle sind entschiedene Gegner der Ausschreitungen, man ist aber dafür, dass die jüdische Vormachtstellung ein für alle Mal gebrochen und den Juden ein bestimmtes Betätigungsfeld zugewiesen wird. […] Das Empfinden dafür, dass die Juden eine andere Rasse sind, ist heute allgemein.
1938: […] In Mannheim und im ganzen badischen Unterland wurde die Verfolgung der Juden mit unmenschlicher Brutalität durchgeführt. In der Stadt Mannheim drang der Pöbel unter der Führung von SA- und SS-Leuten in die Wohnungen der jüdischen Familien ein, misshandelte die Familienangehörigen, wobei auch Frauen, Kinder und Greise nicht verschont blieben. […] [H]äufig kam es auch zu Plünderungen […]. Die Bevölkerung selbst, sowohl Arbeiter als auch bürgerliche Kreise, nahm die Nachrichten von dem Terror gegen die Juden mit Missbilligung und Abscheu auf. […] Aber man konnte auch Beweise für die Wirkung der Nazierziehung sehen, denn es gab Leute, die sich offenbar an diesem traurigen Schauspiel erfreuten und lustig grinsten. […]

*Zit. nach: Klaus Behnken (Hg.), Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Band 1, Nachdruck, Verlag Zweitausendeins, Frankfurt am Main 1980, S. 2–5.**

M 5 „Nürnberger Gesetze" und ihre Auswirkungen im Alltag

a) Christine Neemann und ihr jüdischer Verlobter Julius Wolff wurden am helllichten Tag durch die Straßen der Kleinstadt Norden getrieben. Ein Drogist hielt das Geschehen im Auftrag der Partei fest und stellte das Foto anschließend in seinem Schaufenster aus. Fotografie, 22. Juli 1935

b) Christine Neemann schilderte nach dem Krieg diesen Tag: „Im Juli 1935 wurde ich von sechs SA-Männern aus der Wohnung meiner Mutter geholt, weil ich mit einem Juden, Julius Wolff, verlobt war. Man hat uns zusammen durch die Straßen geführt, jeder ein Plakat um den Hals: ‚Rassenschänder'. Auf offener Straße hat man mich geschlagen und die Haare aus dem Kopf gerissen und dann ins Gefängnis gebracht."

*Zit. nach: Bernhard und Astrid Parisius, „Rassenschande" in Norden. Zur Geschichte von zwei Fotos, die das Bild Jugendlicher von der NS-Zeit prägen, in: Ostfriesland 2004. Kalender für jedermann, Norden 2003, S. 129–137.**

M 6 Abführung jüdischer Männer in Regensburg zum Transport in das KZ Dachau, Fotografie, 10. November 1938

M 7 Die Historikerin Marion Kaplan über Reaktionen auf die Novemberpogrome 1938, 2001

Der Novemberpogrom bietet Beispiele für das widersprüchliche Verhalten der Deutschen gegenüber den Juden – eine Mischung aus zügelloser Brutalität, gezielter Unwissenheit und gelegentlicher Freundlichkeit. Viele Leute schlossen sich den Nazis an, um jüdische Wohnungen, Betriebe und Synagogen anzugreifen und zu verbrennen. Andere zogen es vor, ihre jüdischen Nachbarn auszunutzen. In Bayern etwa bot ein „arischer" Nachbar einer jüdischen Frau und ihrer Mutter nach der Verhaftung ihrer Ehemänner ein „Geschäft" an. Die jüdischen Frauen sollten ihm die Besitzurkunde ihres Hauses überschreiben und Deutschland verlassen. […] Ingeborg Hechts Nachbarin versuchte es mit Entschuldigungen: „Der Führer weiß das nicht", sagte sie und gab Ingeborg ein großes Lebensmittelpaket für deren Vater, als dieser aus [dem KZ] Sachsenhausen zurückkehrte. Mally Dienemann […] war tief berührt, als ihre nicht jüdische Vermieterin ihr dabei half, die Wohnung zu reinigen: „[…] Diese einfachen Leute […] brachten mir, als ich allein war, Blumen."

*Marion Kaplan, Der Mut zum Überleben, Übers. Christian Wiese, Aufbau / © M. Kaplan, Berlin 2001.**

M 8 Der Historiker Peter Longerich über das Verhalten der deutschen Bevölkerung 1938, 2006

Die Politik des Regimes, den vollständigen Ausschluss der Juden aus dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben mit dem Pogrom vom November 1938 zu vervollkommnen und durch Terror eine Massenflucht der Juden aus Deutschland auszulösen, nahm die Bevölkerung letztlich zwar hin, aber mit erheblichem Widerwillen, der sich vor allem gegen die Gewalttätigkeiten und Zerstörungen richtete. Trotz der vom Regime öffentlich gepflegten Interpretation der passiven Hinnahme als Zustimmung lässt sich an der unmittelbar nach dem Novemberpogrom gestarteten Propagandakampagne ablesen, dass aus Sicht der Verantwortlichen Rechtfertigungsbedarf bestand und der öffentlich zur Schau gestellte Antisemitismus noch zu wünschen übrig ließ. Diese Propagandakampagne konnte nur unter großen Anstrengungen und Schwierigkeiten über den Winter 1938/39 hinweg aufrechterhalten werden. Die Tatsache, dass die Zeitungsredaktionen die Weisungen des Propagandaministeriums nicht so recht umsetzen wollten, hatte mehrere Ursachen: Zum einen zeigte sich, dass nach sechs Jahren NS-Judenverfolgung die weitere Hervorhebung einer „jüdischen Gefahr" in Deutschland propagandistisch wenig glaubwürdig war. Zum anderen erwies sich der Anfang 1939 eingeschlagene Kurs, die international angeblich dominierende Stellung der Juden zu betonen, als außenpolitisch riskant. Und: Wir können annehmen, dass die relativ starke Ablehnung, auf die die Gewaltaktionen vom 9. November bei der deutschen Bevölkerung trafen, ein Klima geschaffen hatte, das für die Rezeption einer scharfen antisemitischen Propagandakampagne nicht günstig war. Die Strategie, die Gewaltaktion im Nachhinein propagandistisch zu rechtfertigen und gerade die Schichten der deutschen Gesellschaft, die sich über den Pogrom so empört gezeigt hatten – insbesondere das Bildungsbürgertum –, unter Druck zu setzen, fruchtete letztlich wenig. Die den Stimmungsberichten des Jahres 1939 zu entnehmende Indifferenz der Bevölkerung in der „Judenfrage" ist daher nicht glaubwürdig. Dieses Desinteresse scheint eher Ausdruck einer Übersättigung mit antisemitischer Propaganda zu sein. Außerdem hatten die Parteidienststellen und staatlichen Behörden kein Interesse daran, nach der vollzogenen Ausschaltung der Juden aus Wirtschaft und Gesellschaft das Thema in den Stimmungsberichten weiter übermäßig zu strapazieren. Die Zeichen waren auf „Beruhigung" der Situation gesetzt.

Peter Longerich, „Davon haben wir nichts gewusst!" Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933–1945, Siedler, München 2006, S. 323.

B Ermordung

M 9 Deportation von Jüdinnen und Juden in Eisenach, Thüringen, Fotografie, 9. Mai 1942

M 10 Versteigerungen privater Besitztümer von Jüdinnen und Juden, hier: Lörrach, Baden-Württemberg, Fotografie, Ende 1940

Überall im Deutschen Reich, in jeder Stadt und jedem Dorf, in dem Juden gelebt haben, kamen deren Habseligkeiten unter den Hammer. Die Versteigerer protokollierten akribisch jeden Verkauf ehemals jüdischen Eigentums.

M 11 Erschießung von Jüdinnen und Juden in der Ukraine, undatiert (Juni oder September 1941). Das Foto wurde in der Uniform eines Soldaten gefunden.

M 12 Der Historiker Michael Wildt in einem Interview über die „Arisierung", 2022

SPIEGEL: Inwieweit machte sich das NS-Regime die Bevölkerung auch durch ökonomische Benefits gefügig?

Wildt: Maßnahmen wie die „Arisierung", also die Enteignung der Juden, aber auch die sogenannte M-Aktion (M für Möbel) spielten sicherlich eine Rolle. Den Deutschen war selbstverständlich klar, dass die Möbelstücke, die sie da so günstig ersteigern konnten, aus den Haushalten deportierter Juden stammten. Und dass diese Art der antisemitischen Schnäppchenjägerei moralisch verwerflich war. Nicht nur daheim, sondern auch in den Ostgebieten herrschte diese Mentalität des »Wir lassen es uns gut gehen«, wohl wissend, dass dies auf Kosten anderer geschah. […]

*Zit. nach: Spiegel Geschichte. Hitlers treues Volk. Warum die Deutschen dem Nationalsozialismus verfielen, Ausgabe 6/2022, S. 31 f.**

M 13 Ortrun Scheumann-Koerber (1924–2019) in ihrem Tagebuch, Würzburg, am 10. Dezember 1942

Biografie Ortrun Scheumann-Koerber mit weiteren Tagebucheinträgen

kenora

Ein fürchterlicher Schatten hängt drohend über dieser vierten Kriegsweihnacht. Es ist so unmenschlich, dass ich kaum darüber schreiben kann. Vor etwa sechs Monaten zwangen die Nazis alle Juden, gelbe Sterne mit der Aufschrift „Jude" an ihre Kleidung zu nähen. Auf diese Weise konnte jeder einen Juden sofort erkennen. Diese armen Menschen erhielten noch weniger Lebensmittel als wir. In den meisten Geschäften duften sie nicht mehr einkaufen und die Parkbänke trugen gewöhnlich Schilder mit der Aufschrift „Für Juden verboten". Am Eingang zu Gaststätten, Büchereien oder Konzertsälen waren Schilder, die Juden den Eintritt untersagten.

Seit einiger Zeit sehe ich keine Juden mehr in den Straßen und das jüdische Altersheim ist jetzt mit Deutschen belegt. Ich hatte keine Ahnung, wohin sie alle gekommen waren, und war schrecklich schockiert, als ich hörte, dass alle Juden, die in Deutschland leben, nach Polen geschickt wurden, wo sie mit Tausenden von polnischen Juden – Männern, Frauen und Kindern – getötet werden sollen! Ist das möglich? Es ist so grausam, so unglaublich grausam! Ich dachte nicht, dass sogar die Nazis so etwas tun könnten. Gibt es denn gar nichts, das wir unternehmen könnten, um zu helfen? Oh, wie furchtbar sinnlos unsere Tränen sind!"

*Zit. nach: www.km.bayern.de/epaper/LZ/EuP/2015_1-/files/assets/basic-html/page40.html (Download vom 5. August 2023).**

M 14 Der Historiker Peter Longerich 2006 zu der Frage, was zwischen 1939 und Kriegsende über den Judenmord bekannt war

Im Laufe des Jahres 1942 machten im Reichsgebiet zunehmend Gerüchte über die Ermordung der Juden die Runde. Vor allem über Erschießungen wurde häufig spekuliert, und vielen war klar, dass die Deportierten dem Tod entgegensahen. Gemutmaßt wurde auch über den Massenmord mit Giftgas, konkrete Informationen über Vernichtungslager waren indes kaum in Umlauf. Ab Mitte 1942 begann das Regime, auf die zunehmenden Gerüchte über die Ermordung der Juden offensiv zu reagieren. Im Oktober erließ die Partei-Kanzlei eine parteiinterne Sprachregelung, in der sie in einer Weise Stellung zu Gerüchten über die Erschießungen im Osten nahm, die als Bestätigung gelesen werden konnte. Gleichzeitig versuchte das Regime, die immer offener propagierte Vernichtung der Juden zu rechtfertigen: Man komme damit der jüdischen Vernichtungsabsicht zuvor. […]

Die öffentliche Handhabung des Themas durch das Regime in der zweiten Jahreshälfte 1942 lief also darauf hinaus, die umlaufenden Gerüchte indirekt zu bestätigen; dahinter stand offenkundig das Kalkül, die deutsche Bevölkerung zu Zeuge[n] des Massenmordes an den Juden zu[machen]. denfrage" wurde so zu einem öffe[ntlichen] nis; umgeben von einer Aura des U[nbekannten] delte es sich um etwas, worüber man besser nicht sprach, das im allgemeinen Bewusstsein jedoch deutlich präsent war. Die vorhandenen Informationen zu einem Gesamtbild vom wirklichen Umfang der Judenverfolgung […] zusammenzusetzen, war in dieser Atmosphäre für die meisten offenbar außerordentlich schwierig. […]

1943 versuchte das Regime […] noch einmal, die von ihm gesteuerte Öffentlichkeit mithilfe der „Judenfrage" neu auszurichten. Der Bevölkerung wurde klar gemacht, dass sie im Falle einer Niederlage für die Verbrechen des Regimes als dessen Mitwisser und Komplizen zur Rechenschaft gezogen werden würde; Angst vor Vergeltung sollte die letzten Reserven mobilisieren und den Durchhaltewillen der Bevölkerung zum Fanatismus steigern. Dabei wurde insbesondere der Luftkrieg als jüdischer Terror und Vorgeschmack auf das, was dem deutschen Volk nach einem alliierten Sieg drohe, dargestellt. […]

Die Botschaft des Regimes, an der „Judenfrage" entscheide sich nicht nur die Existenz des „Dritten Reiches", sondern auch die des deutschen Volkes, wurde in der Bevölkerung durchaus verstanden – und gleichzeitig sperrte man sich offenkundig gegen die Vorstellung einer kollektiven Haftung für die verübten Verbrechen. Je wahrscheinlicher diese Niederlage wurde, desto größer war das Bedürfnis, sich dem Wissen über das offensichtlich vor sich gehende Verbrechen zu entziehen. […] Hatte das Regime zwischen Spätsommer 1941 und Frühjahr 1943 auf den deutlichen Unwillen der Bevölkerung in der „Judenfrage" mit verstärkter antisemitischer Propaganda reagiert und sich immer offener zur Vernichtung und Ausrottung der Juden bekannt, so wurde die „Endlösung" ab Mitte 1943 mehr und mehr zum Un-Thema. Die Tatsache, dass Goebbels Ende 1943 Schlägertrupps der Partei in die Berliner Kneipen entsandte, um möglicher Kritik schlagkräftig zu begegnen, charakterisiert die Situation: Äußerungen, die sich außerhalb des vom Regime verordneten Rahmens bewegten, wurden gewaltsam unterdrückt. In dieser von Angst – sowohl vor der „jüdischen Rache" als auch vor Erörterung der zum Tabu gewordenen „Endlösung" – erfüllten Atmosphäre der zweiten Kriegshälfte war die Bevölkerung offenbar mehr oder weniger unwillig, sich weiterhin mit Details der „Judenfrage" zu befassen und die bruchstückhaft vorhandenen Einzelinformationen und offiziellen Stellungnahmen des Regimes zu einem Gesamtbild [zu]sammenzusetzen. Damit hätte man sich eingeste[hen müssen], der Massenmord an den Juden ein [Ausmaß] erreichen darstellte, das sich wesent[lich von] anderen vertilgten[1] Gruppen und unterjochten Völkern verübten Verbrechen unterschied. Zwischen Wissen und Unwissen gab es also eine breite Grauzone, gekennzeichnet durch Gerüchte und Halbwahrheiten, Imagination, verordnete und selbst auferlegte Kommunikationsbeschränkungen, Nicht-Wissen-Wollen und Nicht-Begreifen-Können. Die Tatsache, dass das Thema in den letzten beiden Kriegsjahren eine wesentlich geringere Rolle in der Propaganda des Regimes wie in der Deutschlandpropaganda der Alliierten spielte als im Zeitraum 1941 bis Mitte 1943, beförderte die Tendenz zur Verdrängung noch.

Die einfachste und vorherrschende Haltung war daher sichtbar zur Schau getragene Indifferenz und Passivität gegenüber der „Judenfrage" – eine Einstellung, die nicht mit bloßem Desinteresse an der Verfolgung der Juden verwechselt werden darf, sondern als Versuch gesehen werden muss, sich jeder Verantwortung für das Geschehen durch ostentative[2] Ahnungslosigkeit zu entziehen. Es scheint, als habe die nach Kriegsende zur stereotypen Floskel gewordene Redewendung, man habe „davon" nichts gewusst, ihre Wurzeln in eben dieser Verweigerungshaltung der zweiten Kriegshälfte: in der Flucht in die Unwissenheit.

*Peter Longerich, „Davon haben wir nichts gewusst!" Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933–1945, Siedler, München 2006, S. 324–328.**

1 *vertilgen:* vernichten
2 *ostentativ:* betont, bewusst zur Schau stellen

M 15 Der Historiker Harald Welzer 2007 über die Frage, was die Deutschen vom Holocaust wussten

Nun war das verbreitete Wissen um die Vernichtung der europäischen Juden eben kein lexikalisches und von irgendeiner Instanz beglaubigtes Wissen, sondern hatte die […] Form des offenen Geheimnisses […], Kommunikation in der Form des offenen Geheimnisses stellt es dem auf diese Weise Wissenden frei, die Informationen als glaubhaft oder phantastisch, als authentisch oder als Feindpropaganda einzuschätzen. Es gibt ihm auch die Möglichkeit, sich im Nachhinein indifferent gegenüber dieser Art von Wissen zu verhalten.

*Harald Welzer, Die Deutschen und ihr „Drittes Reich", in: Aus Politik und Zeitgeschichte 14/15 (2007), S. 27.**

M 16 Der Historiker Lutz Raphael 2011 über die Täter des Holocaust

Die SS als hauptverantwortliche Organisation lieferte das Gros der Weltanschauungstäter. Sie begrüßten als radikale Antisemiten das Projekt und waren auf allen Ebenen – von der Planung bis zum Mord an einzelnen Juden – in das Programm einbezogen. Angesichts der großen Zahl von Beteiligten, geschätzt allein 300 000 Deutsche, muss man auch den vielen weltanschaulich weniger Überzeugten unter den Tätern Aufmerksamkeit schenken. Sie waren an materiellen Vorteilen und der eigenen Karriere interessiert oder passten sich dem Gruppendruck der Mehrheit an. Die Täter kamen aus allen Bevölkerungsschichten, und es waren nicht nur Deutsche.

*Lutz Raphael, Imperiale Gewalt und mobilisierte Nation. Europa 1914–1945, C. H. Beck, München 2011, S. 249.**

Einsetzen von „iPhone 13 Pro von Emanuel" …
Verbinden …

Zusammenfassen: Scheitern der Weimarer Republik – NS-Diktatur und Völkermord

M 1 **„Unsere letzte Hoffnung: Hitler“, Wahlplakat der NSDAP, 1932**

Die **1929** beginnende **Weltwirtschaftskrise** verschärfte die politischen Auseinandersetzungen und führte 1930 zum Bruch der Großen Koalition. Da es den demokratischen Parteien nicht mehr gelang, eine regierungsfähige Mehrheit zu bilden, geriet die **Weimarer Republik** in eine schwere Verfassungskrise. Die geringe Kompromissbereitschaft der Parteien beförderte das Erstarken der radikalen, antiparlamentarischen Kräfte. Ab 1930 regierten vom Reichspräsidenten eingesetzte **Präsidialkabinette** mit Notverordnungen ohne Zustimmung des Reichstages und höhlten damit die **Weimarer Reichsverfassung** aus. Die rechtsradikale NSDAP gewann mit ihrer aggressiven Propaganda breite Bevölkerungsschichten, die dem demokratischen Staat die Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme nicht mehr zutrauten (M 1).

Am **30. Januar 1933** wurde Adolf **Hitler** von Reichspräsident Hindenburg zum **Reichskanzler** ernannt. Damit endete die erste deutsche Demokratie. Die Erwartung führender konservativer Politiker, Hitler und die NSDAP kontrollieren zu können, erwies sich als fatale Illusion. Die Grundrechte wurden durch die „Reichstagsbrandverordnung“ im Februar 1933 eingeschränkt, die Gewaltenteilung im März 1933 mit dem **„Ermächtigungsgesetz“** beseitigt. Neben der Zerstörung der demokratischen Ordnung begann die **„Gleichschaltung“** aller politischer und gesellschaftlicher Organisationen sowie des kulturellen Lebens im Sinne des Nationalsozialismus, begleitet von Terror gegen Andersdenkende. Nahezu allgegenwärtige Hakenkreuze und Hitler-Porträts zeugten von der Alleinherrschaft der NSDAP und dem Personenkult um den „Führer“, den die NS-Propaganda als „Erlöser“ anpries. Neben dem „Führerprinzip“ standen der Rassismus, der **Antisemitismus** und der Wunsch nach „Lebensraum im Osten“ im Zentrum der Ideologie des **Nationalsozialismus**. Mit pseudowissenschaftlichen Begriffen wie „Rasse“ und „Arier“ wurde eine Überlegenheit der „arischen“ Menschen konstruiert. Diese sollten eine rassisch definierte **„Volksgemeinschaft“** bilden, aus der politische Gegner sowie Menschen, die nach der NS-Rassenideologie nicht „deutschblütig“ waren, allen voran die Jüdinnen und Juden, ausgeschlossen wurden. Die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung wurde zunehmend radikaler. Ab April 1933 wurden u. a. jüdische Geschäfte boykottiert und jüdische Beamte aus dem öffentlichen Dienst entfernt. Dies war der Beginn der systematischen Ausgrenzung aller Jüdinnen und Juden, die ab 1935 durch die **„Nürnberger Gesetze“** als Staatsbürger minderen Rechts galten. Ab 1936 folgte ihre nahezu vollständige Verdrängung aus dem Berufs- und Kulturleben. Die von der NSDAP und der SA initiierten **Novemberpogrome** am **9./10. November 1938** verschärften die Verfolgung. Es ging nun nicht mehr nur um Diskriminierung und Ausgrenzung, sondern um Entrechtung, Enteignung und Vertreibung aus Deutschland. Das weitere Schicksal der deutschen und europäischen Jüdinnen und Juden war sehr eng mit dem **Zweiten Weltkrieg (1939–1945)** verknüpft, den die Deutschen gegen Polen und die Sowjetunion als Vernichtungskrieg führten. Bis zur **bedingungslosen Kapitulation Deutschlands** am **8./9. Mai 1945** wurden v. a. in Osteuropa mehr als sechs Millionen Jüdinnen und Juden in **Vernichtungslagern**, bei Massenerschießungen und in Ghettos ermordet. Diese industriell organisierte und durchgeführte Ermordung bezeichnen wir als **Holocaust bzw. Shoa**. Die NS-Gewaltherrschaft führte auch zum Völkermord an den Sinti und Roma, weitere Opfer waren u. a. Menschen mit Behinderung.

Nicht alle nichtjüdischen Deutschen befürworteten die NS-Judenpolitik, die Ausgrenzung und Entrechtung von Jüdinnen und Juden, wenngleich sie teilweise auch von Enteignungen profitierten. Besonders die Gewaltanwendung stieß häufiger auf Unverständnis. Insgesamt blieb die Bevölkerung aber weitgehend passiv gegenüber der Verfolgung und Ermordung, von der viele Deutsche etwas wussten oder zumindest ahnten. Die verfolgten Menschen bekamen nur sehr wenig Hilfe.

▶ Übung

Anwenden

M 2 **„Ist das ein Mensch?“, Primo Levi, 1947**

Primo Levi (1919–1987) wurde als italienischer Jude und Widerstandskämpfer 1943 nach Auschwitz deportiert. Das 1947 erstmals publizierte Werk „Ist das ein Mensch?“ ist eines der bedeutendsten literarischen Zeugnisse des Holocaust.

In der alltäglichen Praxis der Vernichtungslager fanden der Hass und das Misstrauen, die die nationalsozialistische Propaganda verbreitet hatten, ihre vollständige Entfaltung. Dort ging es nicht mehr allein um den Tod, sondern um eine Unzahl krankhafter und symbolischer Details, die alle zeigen sollten, dass Juden, Zigeuner[1] und Slawen nichts weiter als Vieh, Dreck, Abfall sind. Man denke nur an den Akt des Tätowierens in Auschwitz, bei dem die Menschen wie Rinder gekennzeichnet wurden, oder an die Reisen in den Viehwaggons, die niemals geöffnet wurden, sodass die Deportierten (Männer, Frauen und Kinder) gezwungen waren, sich tagelang mitten zwischen ihren eigenen Exkrementen aufzuhalten, oder an die Häftlingsnummern, die man anstelle eines Namens trug […]; oder man denke schließlich an die niederträchtige Ausschlachtung der Körper, die wie irgendein Rohstoff behandelt wurden, der Zahngold, Haare zum Anfertigen von Tüchern und Asche, die man als Dünger verwenden konnte, lieferte, oder an die zu Versuchskaninchen degradierten Männer und Frauen, an denen man vor ihrer Ermordung Medikamente ausprobierte. Auch das Mittel selbst, das (nach akribischen Versuchen) ausgewählt wurde, um die Massaker durchzuführen, war von großer Symbolkraft. Man wollte das Giftgas benutzen, das bereits für die Desinfektion von Viehcontainern und von Orten, die von Wanzen und Läusen befallen waren, verwendet worden war – und so geschah es dann auch. Im Laufe der Jahrhunderte hat man viel grausamere Todesarten erfunden, aber keine war so voller Hass und Missachtung.

*Primo Levi, Si c'est un homme. Julliard, Paris 1988, S. 259. Zit. nach: Histoire/Geschichte. Europa und die Welt vom Wiener Kongress bis 1945, hg. von Daniel Henri, Guillaume Le Quinterec und Peter Geiss, Klett, Leipzig 2007, S. 335.**

1 *Zigeuner:* klischeehaft überlagerte Fremdbezeichnung der Mehrheitsgesellschaft, die von den meisten Angehörigen der Minderheit als diskriminierend abgelehnt wird – so haben sich Sinti und Roma nie selbst genannt (siehe S. 196).

M 3 **Häftlingszeichnung KZ Buchenwald, 1945**

M 4 **Der „Wert“ eines Zwangsarbeiters**

Die SS „verlieh“ KZ-Häftlinge gegen Gebühr an deutsche Industriefirmen und stellte folgende Rechnung auf:

Täglicher Verleihlohn durchschnittlich RM 6,-
abzügl. Bekleidungs-Amortisation
(Aufwand für Kleidung) RM 0,10
abzügl. Ernährung RM 0,60
durchschnittliche Lebensdauer 9 Mt. = 270 × RM 5,30
= RM 1431,-

Erlös aus rationeller Verwertung der Leiche:
1. Zahngold, 2. Kleidung, 3. Wertsachen, 4. Geld
abzüglich Verbrennungskosten RM 2,-

durchschnittlicher Nettogewinn: RM 200,-
Gesamtgewinn nach 9 Monaten: RM 1631,-

Zuzüglich Erlös aus Knochen und Ascheverwertung.

Zit. nach: Eugen Kogon. Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, Heyne Verlag, München 1974, Neuauflage 2023, S. 357 f.

1 Erläutern Sie, ausgehend von M 1 und unter Einbeziehung von passenden GB und GD, wie es zur Errichtung der NS-Diktatur kam.
2 Beschreiben Sie anhand der Materialien M 2–M 4 die alltägliche Praxis der „Entmenschlichung“ in den Konzentrations- und Vernichtungslagern. Nennen Sie weitere Beispiele für den menschenverachtenden Charakter der NS-Diktatur.
3 Bewerten Sie angesichts der Verbrechen, die von den Nationalsozialisten begangen wurden, die zentrale Bedeutung der Menschenrechte.

4

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik

M 1 Erste Montagsdemonstration am 4. September 1989.
In der Innenstadt von Leipzig protestierten an die 1 200 Menschen gegen die Einschränkung der Grundrechte und forderten diese auf Transparenten ein. Das Protestbild mit den Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtlern ging um die Welt. Die Aktion markierte einen Auftakt für die nachfolgenden größeren Demonstrationen.

1949 | Gründung der beiden deutschen Staaten

17. Juni 1953 | Aufstand gegen das DDR-Regime

1955 | Weitgehende Souveränität der Bundesrepublik
Beitritt zur NATO (BRD)
und zum Warschauer Pakt (DDR)

1961 | Bau der Berliner Mauer

1950 | 1955 | 1960

Deutsche Frage

M 2 Die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten wurde in der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober 1990 in einer großen Open-Air-Veranstaltung vor dem Reichstag in Berlin gefeiert, Fotografie

Mit der Gründung der beiden deutschen Staaten 1949 entstanden zwei unterschiedliche politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Systeme: Während in der Bundesrepublik Deutschland Opposition und Proteste als Teil der außerparlamentarischen demokratischen Auseinandersetzung innerhalb der Gesellschaft akzeptiert waren, galt dies nicht für das Leben in der DDR, wo jegliche Systemkritik von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland (SED) stets im Keim unterdrückt wurde. Die blutige Niederschlagung des Volksaufstands am 17. Juni 1953 sowie der Proteste nach dem Mauerbau 1961 sind ein Beweis dafür. Der stets größer werdende Machtapparat der „Staatssicherheit" verhinderte die freie politische Entfaltung der Bürgerinnen und Bürger. Schule, Arbeitswelt und öffentliches Leben waren geprägt von sozialistischer Indoktrination. Der Bevölkerung blieb oft nur der Rückzug ins Private.

Als sich in den 1980er-Jahren die wirtschaftliche Lage in der DDR immer offensichtlicher verschlechterte, wuchs trotz Unterdrückung die Kritik am politischen System. Die SED-Diktatur zeigte sich jedoch nicht reformwillig. Dass sich offen Forderungen nach Grundrechten wie freien Wahlen entwickelten, ist der Zivilcourage vieler Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler zu verdanken. Die von ihnen initiierten Montagsdemonstrationen erhielten immer mehr Zulauf durch die Bevölkerung. Die friedlichen Proteste führten schließlich zum Mauerfall am 9. November 1989 und zum Ende der SED-Diktatur. Nach 40 Jahren Teilung wurden die beiden deutschen Staaten am 3. Oktober 1990 wiedervereinigt und die Deutsche Frage gelöst. Dieses Datum wurde im wiedervereinigten Deutschland als „Tag der Deutschen Einheit" ein Nationalfeiertag.

1. Arbeiten Sie aus M 1 heraus, welche Forderungen die Menschen bei ihrer Demonstration 1989 stellten. Bewerten Sie, inwiefern diese Forderungen sowohl für die Bürgerinnen und Bürger der DDR als auch allgemein für eine funktionierende Demokratie zentral sind.
2. Die Protestierenden zeichnete Zivilcourage aus. Nennen Sie Beispiele für ein solches Verhalten aus Ihrem eigenen Erfahrungsbereich.
3. Erklären Sie, weshalb das Bild M 2 zu einem Symbol der Wiedervereinigung wurde, und erläutern Sie, welchen Bezug Sie selbst zum 3. Oktober als Nationalfeiertag haben.

ab 1989/90 | Umbruch im Ostblock

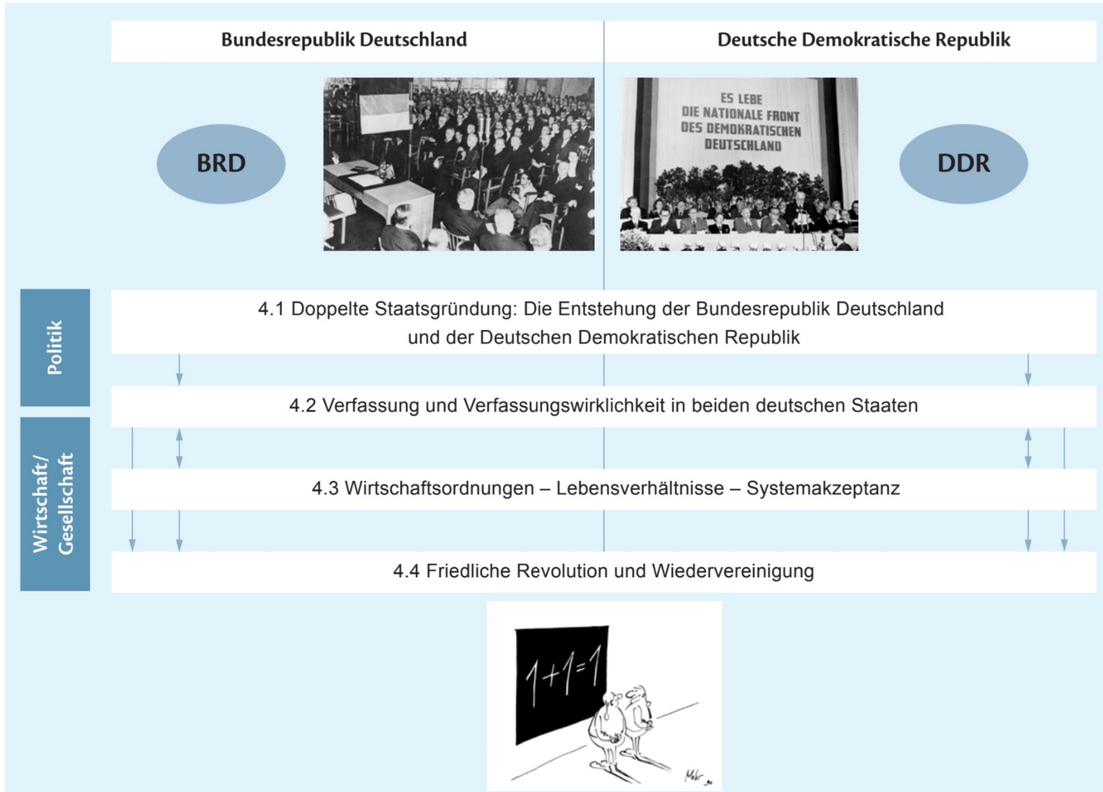
9. November 1989 | Öffnung der innerdeutschen Grenze

3. Oktober 1990 | „Tag der Deutschen Einheit"

1990

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik

M 1 Strukturbild Kapitel 4: Die beiden deutschen Staaten 1949–1990



Bei der Bearbeitung dieses Lernbereichs wenden Sie folgende Kompetenzen an:

- Sie erkennen bei der Auseinandersetzung mit zentralen Problemstellungen der deutsch-deutschen Geschichte die kontroversen Wert- und Ordnungsvorstellungen, die den beiden Staaten zugrunde lagen. Sie nutzen Ihre Erkenntnisse für Ihre Orientierung in Geschichte und Gegenwart, um die Auswirkungen der weltanschaulichen Orientierung von Staaten auf die Lebenswelt ihrer **Bürgerinnen und Bürger** zu beschreiben.
- Sie erklären politische und gesellschaftliche Prozesse der Zeit zwischen 1949 und 1990 multikausal, indem Sie kurz- und langfristige Ursachen und Folgen berücksichtigen. Dabei entwickeln Sie differenzierte und problembewusste Argumentationen, die eine zunehmend selbstständige Auseinandersetzung mit historischen Themen zeigen. Sie nutzen verschiedenartige komplexe **Quellen** und anspruchsvolle Darstellungen, auch in digitaler Form.
- Sie erfassen vergleichend zentrale Aspekte der Gründung beider deutscher Staaten sowie deren Selbstverständnis und überprüfen das jeweilige Verhältnis zur Verfassungswirklichkeit, um den repressiven Charakter der DDR sowie den freiheitlich-demokratischen Charakter der Bundesrepublik Deutschland zu erkennen.
- Sie vergleichen die wirtschaftliche Entwicklung der beiden deutschen Staaten und untersuchen die Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse ihrer Einwohnerinnen und Einwohner. Sie nutzen Ihre Erkenntnisse, um den Zusammenhang von wirtschaftlicher Prosperität und Systemakzeptanz zu beurteilen.
- Sie beurteilen die Bedeutung der Bürgerrechtsbewegung für die friedliche Revolution in der DDR und den Prozess der Wiedervereinigung.

Testen Sie Ihr Vorwissen zur Bundesrepublik Deutschland und zur DDR

1 Ordnen Sie in jedem Begriffspaar die Einzelbegriffe entweder der Bundesrepublik Deutschland oder der DDR zu.

a)	Volkskammer – Bundestag
b)	Planwirtschaft – Soziale Marktwirtschaft
c)	Warschauer Pakt – NATO
d)	Bundeswehr – Nationale Volksarmee
e)	Demokratie – Diktatur
f)	Ostberlin – Bonn
g)	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund – Deutscher Gewerkschaftsbund
h)	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands – Sozialdemokratische Partei Deutschlands

2 Diskutieren Sie, welche Aussagen auf die Karikatur M 2 zutreffen.

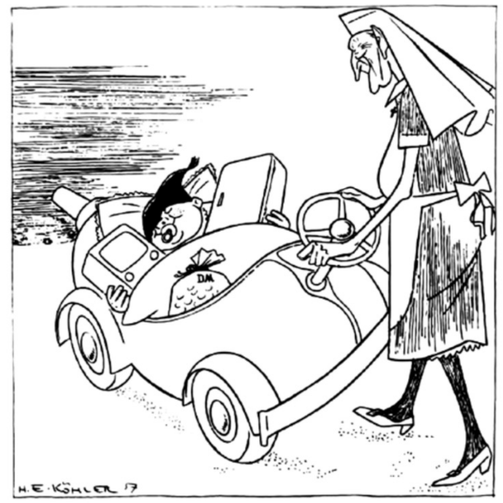
a) Der Karikaturist möchte darstellen, dass der wirtschaftliche Aufschwung auch negative Aspekte hat.

b) Die Karikatur zeigt, dass es dem deutschen Michel als Sinnbild für Deutschland nicht gut geht und er eine Krankenschwester braucht.

c) Die Karikatur verdeutlicht die wirtschaftliche Not nach dem Zweiten Weltkrieg.

d) Der Zeichner möchte ausdrücken, dass es Deutschland wirtschaftlich 1957 wieder gut geht und Bundeskanzler Adenauer das Land sicher lenkt.

M 2 „Nicht wahr, Michelchen – keine Experimente!", Karikatur von Hanns Erich Köhler, 1957



3 Ordnen Sie den Begriffen die passende Erklärung zu.

Adenauer
Konrad Adenauer war von 1949 bis 1963 der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Er setzte sich für die Westintegration der Bundesrepublik ein und gilt als ein Wegbereiter der europäischen Einigung.

M 1 Wahlplakat Adenauer, 1949

Deutsche Frage
Nach 1945 Bezeichnung für das Problem der Teilung Deutschlands; dabei vertrat die Bundesrepublik das Ziel, diese durch eine Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit zu überwinden. Dagegen strebte die DDR zunächst ein sozialistisches Gesamtdeutschland an. Als dieses nicht zu realisieren war, beharrte sie auf ihrer Eigenständigkeit.

„Gastarbeiter"
Missverständlicher Begriff für Arbeitsmigranten, die ab 1955 aus anderen Ländern (z. B. aus Italien, Spanien und der Türkei) angeworben wurden, um den Arbeitskräftemangel in der westdeutschen Wirtschaft auszugleichen. Trotz der anfänglich vorgesehenen Rückkehr blieben viele dauerhaft in der Bundesrepublik Deutschland.

Grundgesetz
Demokratische und menschenrechtsbasierte Verfassung der Bundesrepublik Deutschland aus dem Jahr 1949.

Kalter Krieg
Bezeichnung für die politisch-militärische Konfrontation zwischen den Supermächten USA und UdSSR sowie ihren Bündnispartnern nach 1945, die durch ideologische und propagandistische Angriffe, Wettrüsten, wirtschaftliche Kampfmaßnahmen und Stellvertreterkriege (z. B. Koreakrieg 1950–1953, Vietnamkrieg 1955–1975), aber nicht durch eine direkte Konfrontation geprägt war.

Mauerbau
1961 erfolgter Ausbau der bestehenden Grenzbefestigungen zwischen DDR und BRD zu einer undurchdringbaren Grenzanlage durch die DDR-Führung mit dem Ziel, die Abwanderung ihrer Bürgerinnen und Bürger in den Westen zu stoppen.

NATO
„North Atlantic Treaty Organization". 1949 gegründetes westliches Militärbündnis unter Führung der USA zum Schutz vor einem Angriff (z. B. der Sowjetunion).

Planwirtschaft
Typische Wirtschaftsordnung sozialistischer Staaten wie der DDR. Während kapitalistische Wirtschaftssysteme auf die Selbstregulierung der freien Märkte durch Angebot und Nachfrage setzen, wird die Wirtschaft in sozialistischen Systemen vom Staat durch Pläne zentral gelenkt.

M 2 Plakat zum III. Parteitag der SED, 1950.
Zu sehen sind im Hintergrund von links nach rechts: Karl Marx, Friedrich Engels, Wladimir Iljitsch Lenin und Josef Stalin.

M 3 Plakat, Bundesrepublik Deutschland, 1952.
Das Plakat entstand im Zusammenhang mit den Überlegungen zur Gründung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft unter Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland seit Beginn der 1950er-Jahre.

▶ Hilfe

Reformen der sozial-liberalen Koalition
Innenpolitisches Programm der sozial-liberalen Koalition aus SPD und FDP von 1969 bis 1982, das unter dem Leitmotiv „Mehr Demokratie wagen" eine Reihe von Reformen in Gang setzte, u. a. die Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre und eine Stärkung der Rechte von Frauen.

Soziale Marktwirtschaft
Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland, welche die Vorteile der freien Marktwirtschaft (z. B. wirtschaftliche Leistungsfähigkeit) nutzt und gleichzeitig deren Risiken (z. B. soziale Benachteiligungen) durch sozialpolitische Korrekturen zu vermeiden sucht.

„Staatssicherheit"
Der durch das „Ministerium für Staatssicherheit" (MfS) gesteuerte Geheimdienst der DDR, der auch die eigene Bevölkerung überwachte und dabei als Mittel Einschüchterungen, willkürliche Verhaftungen und Gewalt einsetzte; Kurzbezeichnung „Stasi".

UNO
„United Nations Organization"/Vereinte Nationen (VN); 1945 in Nachfolge des Völkerbunds gegründete Weltorganisation mit Sitz in New York, der fast alle Staaten angehören; Ziele sind v. a. die Friedenssicherung und die Förderung der internationalen Zusammenarbeit.
Zentrales Organ der UNO ist der Sicherheitsrat, in dem die USA, China, Russland, Frankreich und Großbritannien als ständige Mitglieder sowie zwei nichtständige Mitglieder verbindliche Beschlüsse nach dem Prinzip der Einstimmigkeit fassen.

Westintegration
Politische, wirtschaftliche und militärische Einbindung der frühen Bundesrepublik Deutschland in die westliche Staatengemeinschaft in Abgrenzung zu den sozialistischen Staaten im Osten.
Die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die NATO und die Europäische Gemeinschaft war Teil der Westintegration.

68er-Bewegung
Linksorientierte Protestbewegung v. a. von Studierenden ab den späten 1960er-Jahren gegen die damaligen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland, die eine stärkere Bürgerbeteiligung und Modernisierung der Gesellschaft anstieß.

Anwendungstraining

1 Wissen wiederholen
a) **Partnerarbeit:** Erstellen Sie eine Mindmap, in welcher Sie die Grundlegenden Begriffe (GB) arbeitsteilig der Bundesrepublik Deutschland oder der Deutschen Demokratischen Republik zuordnen und sinnvoll zueinander in Beziehung setzen.
b) Tauschen Sie sich dann über Ihre Ergebnisse aus.

2 Zusammenhänge herstellen
Vergleichen Sie die Plakate M 1 und M 2, indem Sie diese beschreiben und in den politischen Kontext der frühen Bundesrepublik Deutschland bzw. der DDR einordnen. Nutzen Sie dazu die GB.

3 Testaufgabe
Ordnen Sie das Plakat M 3 in den historischen Zusammenhang ein und vergleichen Sie die außenpolitische Situation der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik.

4.1 Doppelte Staatsgründung: Die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik

Welche Auswirkungen hatte der Kalte Krieg auf Deutschland?
Was unterscheidet die Gründung der beiden deutschen Staaten 1949?

L Vorschlag für eine Lernaufgabe:
Vergleichen Sie die Gründung der beiden deutschen Staaten, indem Sie zentrale Aspekte in einer Tabelle gegenüberstellen. Die Arbeitsaufträge auf S. 219 helfen Ihnen dabei.

M 1 Deutschland und Mitteleuropa 1945–1948

M 2 Die Staatschefs der drei Siegermächte in Potsdam, Foto, Juli 1945

V. l. n. r.: Winston Churchill (GB), Harry S. Truman (USA) und Josef Stalin (SU).

Der Beginn des Kalten Krieges und das besetzte Deutschland

Nach der **bedingungslosen Kapitulation Deutschlands am 8./9. Mai 1945** am Ende des Zweiten Weltkrieges besprachen die Alliierten ab Juli 1945 auf der **Potsdamer Konferenz** das gemeinsame Vorgehen im besetzten Land. Oberstes Regierungsorgan sollte der **Alliierte Kontrollrat** werden, dem die Oberbefehlshaber der vier Siegermächte USA, Großbritannien, Sowjetunion und Frankreich angehörten. Sie übten in ihrer jeweiligen Besatzungszone die oberste Gewalt aus und waren „in allen Deutschland als ein Ganzes betreffenden Angelegenheiten" zur Zusammenarbeit verpflichtet. Bestimmend für die Gestaltung Deutschlands waren die „5 Ds": Denazifizierung, Demilitarisierung, Demokratisierung, Demontage von Industrieanlagen und Dezentralisierung von Politik und Wirtschaft. Durch die Regelungen fielen alte gewachsene Wirtschaftsräume auseinander, da es kaum wirtschaftlichen Austausch zwischen den vier Besatzungszonen gab.

Bis zur Kapitulation Deutschlands war der Sieg über den Nationalsozialismus der wichtigste gemeinsame Nenner der ungleichen alliierten Bündnispartner gewesen. Die **Anti-Hitler-Koalition** verband die Überzeugung, dass die NS-Diktatur die größte Gefahr für beide Seiten darstellte. Nach dem Zweiten Weltkrieg traten die Gegensätze wieder in den Vordergrund. Bereits auf der Potsdamer Konferenz hatte sich gezeigt, dass die kommunistische Sowjetunion und die demokratischen westlichen Siegermächte

mit den vereinbarten „5 Ds" unterschiedliche Inhalte verbanden. Weil sich die Alliierten auch in den folgenden Jahren auf keine gemeinsame Deutschland- und Europapolitik einigen konnten und die USA sowie die Sowjetunion stattdessen ihre weltpolitische Machtposition ausbauten, entwickelte sich aus der Kooperation ab 1945 eine **Konfrontation**. Diese Verschärfung des Ost-West-Gegensatzes mündete schließlich in den **Kalten Krieg**, der neben den politisch-ideologischen Gegensätzen nun auch zur militärischen Blockbildung führte. 1946 prägte der englische Premierminister Winston Churchill den Begriff **„Eiserner Vorhang"** für die Teilung Europas und Deutschlands.

▶ M 6–M 8: Deutschlandpolitik der Alliierten

Getrennte Wege in der Wirtschafts- und Währungspolitik

Wie sehr der Kalte Krieg die weitere Entwicklung Deutschlands bestimmte, zeigte sich vor allem in der Wirtschafts- und Währungspolitik. Als die Spannungen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten 1946 zunahmen, leiteten US-Amerikaner und Briten eine deutschlandpolitische Wende ein: Allmählich setzte sich die Ansicht durch, dass ein in Kleinstaaten zerteiltes Deutschland für die Sieger eine wirtschaftliche Belastung und für die Neuordnung Europas eine schwere Bürde darstellte. Nachdem im September 1946 US-Außenminister Byrnes den raschen politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands angekündigt hatte, beschlossen die USA und Großbritannien im Januar 1947 den wirtschaftlichen Zusammenschluss ihrer Zonen zur **Bizone**.

Ein halbes Jahr später verkündeten die USA den **Marshallplan***, der auch Deutschlands Wiederaufbau unterstützen sollte. Die USA zielten damit auf eine wirtschaftliche Stabilisierung der europäischen Staaten und die Sicherung von Absatzmärkten ab. Zugleich wollten die USA mit einer erfolgreichen wirtschaftlichen Anbindung Europas an die westlich-kapitalistische Wirtschaftsordnung die Ausbreitung des Kommunismus auf dem Kontinent eindämmen (Containment). Die Sowjetunion fürchtete ihrerseits die Einwirkung des westlichen Systems freier Marktwirtschaften auf die von ihr seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges besetzten mittel- und osteuropäischen Staaten. Deshalb lehnten diese auf Druck der UdSSR den Marshallplan ab und hielten an der sozialistischen **Planwirtschaft** fest.

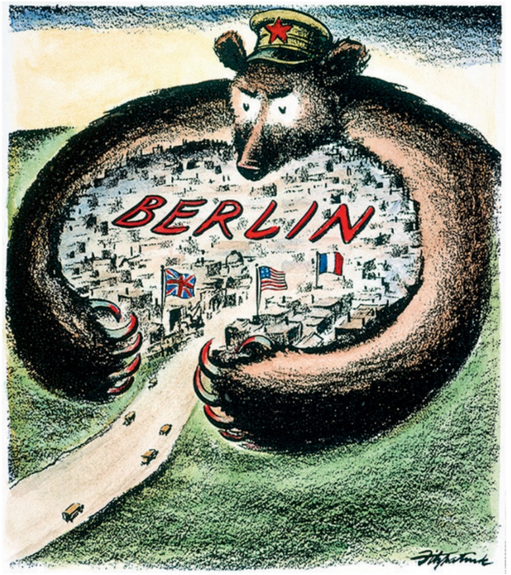
▶ M 9: Wirtschaftsaufbau in West- und Ostdeutschland

Marshallplan – offiziell „European Recovery Program" (ERP)
US-Außenminister Marshall schlug im Juni 1947 ein umfangreiches wirtschaftliches Hilfsprogramm vor, um die europäische Wirtschaft wieder anzukurbeln. Im Gegenzug erwarteten die USA eine Liberalisierung des Außenhandels der am Programm beteiligten europäischen Staaten.

Informationen zum Marshallplan
pejaco

Voraussetzung für die Umsetzung des Marshallplans in Deutschland war eine stabile Währung. Die Kriegsfinanzierung mittels vermehrtem Druck von Banknoten hatte die Reichsmark entwertet und damit unbrauchbar gemacht. Über die dringend notwendige Währungsumstellung für ganz Deutschland konnte im Alliierten Kontrollrat allerdings keine Einigung erzielt werden. Deshalb stimmte Frankreich im März 1948 zu, die französische Besatzungszone mit der Bizone zur **Trizone** zu vereinigen. In diesem Gebiet vollzogen die Westalliierten im Alleingang am 20. Juni 1948 eine **Währungsreform**, die das Fundament für den ökonomischen Wiederaufbau Westdeutschlands legen sollte. Aus der Sicht der Sowjetunion war sie ein erster Schritt zur Gründung eines deutschen Weststaates, den sie verhindern wollte. Daher verhängte die sowjetische Militärregierung im Juni 1948 eine vollständige **Blockade aller Land- und Wasserwege** zu den Westsektoren Berlins. Die Westalliierten protestierten gegen diese Beschneidung ihrer Besatzungsrechte in Deutschland, entschieden sich jedoch gegen einen militärischen Konflikt mit der Sowjetunion. Stattdessen versorgten US-Amerikaner und Briten die 2,2 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner Westberlins über eine **Luftbrücke**. Nach einem knappen Jahr scheiterte die Berlin-Blockade am Widerstandswillen der Berliner Bevölkerung und den alliierten Hilfsmaßnahmen. Die UdSSR gab die Zugangswege wieder frei. Die **Berlin-Blockade** war der erste Höhepunkt des Kalten Krieges.

M 3 „Berlin", amerikanische Karikatur, 1948



M 4 Konrad Adenauer (1876–1967), Fotografie, o. J.

Adenauer war von 1949 bis 1963 Bundeskanzler, 1951 bis 1955 zusätzlich Außenminister.

Bayern und das Grundgesetz
Die bayerische Staatsregierung hatte dem Landtag empfohlen, das Grundgesetz abzulehnen. Ein Großteil der regierenden CSU empfand das Grundgesetz in seiner vorliegenden Fassung als Angriff auf die Eigenständigkeit Bayerns. Allerdings beschloss der Landtag mit den Stimmen der CSU, die Ablehnung des Grundgesetzes durch ein feierliches Bekenntnis zur Bundesrepublik und zur Verfassungstreue zu ergänzen. Rechtlich gesehen galt das Grundgesetz aber auch für Bayern, weil zwei Drittel der westdeutschen Länder zugestimmt hatten.

M 5 Walter Ulbricht (1893–1973), Fotografie, 1957.

1953 übernahm Ulbricht die Parteiführung der SED, 1960 den Vorsitz des Staatsrates, der das kollektive Staatsoberhaupt der DDR war. 1971 wurde er auf Betreiben seines Nachfolgers Erich Honecker als Parteichef abgesetzt.

Der Weg zur Bundesrepublik Deutschland

Durch die Berlin-Blockade war ein einheitliches Vorgehen der Siegermächte in Bezug auf die Neugestaltung Deutschlands in weite Ferne gerückt. Die Westmächte schlugen in den Westzonen einen dezentralen Weg ein. Zunächst gewährten sie auf kommunaler Ebene die **Gründung von politischen Parteien und Gewerkschaften**, die vor allem die öffentlichen Aufgaben des Wiederaufbaus und der Integration der Geflüchteten sowie Vertriebenen übernehmen sollten. Länderregierungen wurden anfangs von den Alliierten berufen. Erst **1946** fanden freie **Wahlen für Länderparlamente und die Abstimmung über Länderverfassungen** statt. Neben der Gründung von Ländern wurden durch die Bildung der Bizone bzw. Trizone übergeordnete Verwaltungsstrukturen geschaffen.

Die Militärgouverneure der Westzonen erteilten im Juli 1948 mit der Übergabe der **Frankfurter Dokumente** den Ministerpräsidenten den Auftrag zur Gründung eines westdeutschen Staates mit demokratischer und föderaler Struktur. Daraufhin berieten die Abgeordneten des **Parlamentarischen Rats**, 65 Vertreter der Länderparlamente, über ein halbes Jahr lang den von Experten erarbeiteten Verfassungsentwurf. Weil sie Bedenken gegen die Schaffung eines westdeutschen Teilstaates hatten, verstanden sie das Werk, das spätere **Grundgesetz**, als vorläufige Fassung. Nach Zustimmung der Landtage – mit Ausnahme **Bayerns*** – wurde die **Verfassung** am **23. Mai 1949** in Kraft gesetzt und damit die **Bundesrepublik Deutschland (BRD) gegründet.** Im August 1949 fanden die ersten Wahlen zum Bundestag statt. Konrad **Adenauer** (CDU) wurde im September zum ersten Bundeskanzler (M 4) und Theodor Heuss (FDP) zum ersten Bundespräsidenten gewählt.

Damit war die Bundesrepublik noch kein souveräner Staat, die verbleibenden Rechte der Alliierten regelte ein **Besatzungsstatut**. Es sah vor, dass die drei Hohen Kommissare die Bundes- und Länderregierungen kontrollierten sowie für die Außen- und Sicherheitspolitik zuständig waren. Vor allem die USA waren an der **Westintegration** der Bundesrepublik als klare Abgrenzung zum sowjetischen Machtbereich interessiert. Adenauer sah in der Westintegration die Voraussetzung für die Souveränität und gab ihr den Vorrang vor der Wiedervereinigung. Die oppositionelle SPD argumentierte, die Westintegration verhindere die deutsche Einheit, und plädierte für ein neutrales Gesamtdeutschland. Adenauer setzte sich durch: 1955 wurde in den **Pariser Verträgen** das Besatzungsstatut aufgehoben und die **Bundesrepublik Deutschland souverän**. Die Westmächte behielten aber ihre Rechte und die Verantwortung für Berlin und Deutschland als Ganzes. Die Bundesrepublik trat 1955 den westlichen Militärallianzen Westeuropäische Union (WEU) und **NATO** bei. Eine Mitgliedschaft in der **UNO** kam erst 1973 zustande.

Von der Sowjetischen Besatzungszone zur DDR

Nachdem die Westmächte deutliche Signale für einen eigenen Staat gesetzt hatten, begann auch in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) die Vorbereitung für die Gründung eines sozialistischen Staates nach sowjetischem Vorbild. Für dieses Ziel hatte die **Sowjetische Militäradministration** (SMAD) bereits bereits unmittelbar nach der Besetzung 1945 Strukturreformen eingeleitet. So wurden das gesamte Eigentum des deutschen Staates, der NSDAP sowie der Wehrmacht beschlagnahmt und im Rahmen einer **Bodenreform** die Großgrundbesitzer enteignet. Darüber hinaus erhielten die neu gegründeten Zentralbehörden erhebliche wirtschaftspolitische Befugnisse, wodurch der Handlungsspielraum der Kommunen und Länder eingeschränkt wurde. Unterstützung erhielt die sowjetische Militärregierung von deutschen **Kommunisten**, die aus dem Exil in Moskau zurückkehrten und in den neuen Verwaltungen Schlüsselpositionen besetzten. Während die KPD-Funktionäre wichtige Ressorts wie Inneres, Justiz und Bildung für sich beanspruchten, wurden die anderen Positionen mit von der NS-Vergangenheit nicht vorbelasteten christlichen, liberalen oder sozialdemokratischen Deutschen besetzt. Walter Ulbricht, der führende KPD-Politiker, gab die Losung aus: „Es ist doch ganz klar: Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben." (M 5) Ulbricht war auch die treibende Kraft bei der Zwangsvereinigung der Arbeiterparteien SPD und KPD zur **Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands** (SED). Sie war aus Sicht der SMAD notwendig geworden, weil sich immer mehr Menschen von der KPD abwandten, die sich uneingeschränkt mit der ungeliebten Besatzungsmacht identifizierte. Nach dem Vereinigungsparteitag im April 1946 wurde die SED nach dem sowjetischen Vorbild zu einer kommunistischen **„Partei neuen Typus"*** umgeformt. Alle anderen Parteien in der SBZ hatten sich bereits 1945 unter formeller Wahrung ihrer Selbstständigkeit zum Antifa-Block **(„Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien")** zusammenschließen und der SED unterordnen müssen.

Um ihren Anspruch auf einen gesamtdeutschen Staat zu festigen, lud die SED 1947 und 1948 Delegierte aus ganz Deutschland zu zwei Volkskongressen ein, die vor allem eine deutsche Verfassung ausarbeiten sollten. Nachdem im Mai 1949 in den drei Westzonen das Grundgesetz in Kraft getreten war, organisierte die SED einen dritten Volkskongress, für dessen Wahl nicht über Kandidaten oder Parteien, sondern über eine **Einheitsliste*** abgestimmt wurde.

Am 30. Mai 1949 trat der so gewählte dritte Volkskongress zusammen und bestimmte den „Deutschen Volksrat". Dieser erklärte sich am **7. Oktober 1949** zur **„Provisorischen Volkskammer"**, das heißt zur Volksvertretung, und proklamierte die Gründung der **Deutschen Demokratischen Republik (DDR)**. Die SED sicherte sich die höchsten Staatsämter: Wilhelm Pieck (bis 1946 KPD) wurde Präsident und Otto Grotewohl (bis 1946 SPD) Ministerpräsident. Wie die Bundesrepublik war auch die DDR kein souveräner Staat. Die oberste Gewalt übte die **Sowjetische Kontrollkommission** aus, die die SMAD ablöste. Die DDR wurde 1950 in den **Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)*** und 1955 in den **Warschauer Pakt**, das östliche Militärbündnis, aufgenommen. Erst 1973 wurde sie zusammen mit der Bundesrepublik Mitglied der **UNO**.

Nach der **Gründung der beiden deutschen Staaten 1949** warfen sich beide Regierungen gegenseitig vor, nicht demokratisch legitimiert zu sein. Mit dem Vorwurf, dass die DDR eine von der Sowjetunion abhängige Diktatur war, begründete die Bundesrepublik einen **Alleinvertretungsanspruch** deutscher Interessen auf internationaler Ebene. Am Fakt, dass Deutschland nun in zwei Staaten geteilt war, änderte das nichts. Bis zur Wiedervereinigung 1990 prägte die **Deutsche Frage** das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR.

1 Beschreiben Sie die Entwicklung des Verhältnisses zwischen den Alliierten ab 1945 als Ausgangssituation für die spätere Gründung der beiden deutschen Staaten (GB, M 1–M 2, M 6, DT). Legen Sie davon ausgehend eine Tabelle an, in der Sie zentrale Aspekte der Gründung der beiden deutschen Staaten gegenüberstellen. ▶ Hilfe

2 **Arbeitsteilige Partnerarbeit:** Arbeiten Sie aus M 7 und M 8 die deutschlandpolitischen Positionen der USA bzw. der Sowjetunion heraus.

3 Erläutern Sie am Beispiel der Wirtschafts- und Währungspolitik die Auswirkungen des Kalten Krieges auf West- und Ostdeutschland (DT, M 3, M 9 a und M 9 b). Halten Sie Ihre Ergebnisse in der Tabelle fest.

4 **Arbeitsteilige Partnerarbeit:** Nennen Sie die wesentlichen Schritte zur Gründung der Bundesrepublik bzw. der DDR (DT, M 4 und M 5). Tauschen Sie Ihre Ergebnisse aus und ergänzen Sie Ihre Tabelle.

5 **Arbeitsteilige Partnerarbeit:** Analysieren und vergleichen Sie die Regierungserklärungen M 10 und M 12 im Hinblick auf das jeweilige Selbstverständnis.
Tipp: Achten Sie auf die Abgrenzung gegenüber dem anderen Teilstaat und die Legitimation der eigenen Staatsgründung. Berücksichtigen Sie auch M 11 und M 13.

6 Beurteilen Sie mithilfe Ihrer Tabelle und M 14 zusammenfassend die demokratische Legitimation der beiden Staatsgründungen.

▶ M 10–M 14: Gründung der beiden deutschen Staaten

„Partei neuen Typus"
Bezeichnung für kommunistische Parteien sowjetischer Prägung wie die SED. Sie waren streng hierarchisch aufgebaut („demokratischer Zentralismus"), an der Spitze stand ein Politbüro. Mitglieder der SED, die den Kurs nicht unterstützten, wurden ausgeschlossen, viele aber auch verfolgt und zu hohen Haftstrafen verurteilt.

Einheitsliste
In der DDR wurden den Parteien und den Massenorganisationen bei Wahlen die Mandate nach einem bestimmten Schlüssel im Voraus zugewiesen. Die Nationale Front (Dachverband aller Parteien und gesellschaftlichen Gruppen) stellte eine Einheitsliste aller Kandidaten auf. Die Wählerinnen und Wähler konnten diese Liste nur als Ganzes mit „Ja" akzeptieren oder mit „Nein" ablehnen. Nach dem Wahlgesetz konnte geheim gewählt werden. Als „normaler" Wahlakt galt jedoch das öffentliche Einwerfen des unveränderten Stimmzettels („Zettelfalten").

Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)
Der RGW, der 1949 als Reaktion auf den Marshallplan gegründet wurde, war ein Wirtschaftsbündnis der sozialistischen Staaten unter Führung der UdSSR (Ostblock-Staaten). Die DDR trat ihm 1950 bei. Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde der RGW 1991 aufgelöst.

Die Deutschlandpolitik der Alliierten

M 6 Der Historiker Rolf Steininger über die Potsdamer Konferenz, 1988

Keiner der „Großen Drei" sprach in Potsdam von der Zerstückelung Deutschlands in Einzelstaaten; diese Frage galt als erledigt. Dennoch, als das Thema Reparationen von Stalin angeschnitten wurde, stand für Churchill fest, dass die Idee eines einheitlichen Deutschlands nicht mehr existierte.

Die Sowjets hatten seiner Meinung nach ihre Zone ausgeplündert und erwarteten nun, dass die Briten und Amerikaner in ihren Zonen dasselbe tun würden; in einem offiziellen amerikanischen Bericht hieß es, das russische Vorgehen komme organisiertem Vandalismus gleich, der sich nicht nur gegen Deutschland, sondern auch gegen die amerikanische Besatzungsmacht richte. […] Am 31. Juli waren sich Truman und Stalin einig, auch Attlee[1] stimmte der Vereinbarung[2] schließlich zu. Auch wenn sich möglicherweise nicht alle Konferenzteilnehmer der Tatsache bewusst waren: An diesem Tag wurde de facto die Teilung Deutschlands beschlossen. Deutschland wurde in ein westliches und ein östliches Reparationsgebiet geteilt. […]

*Rolf Steininger, Deutsche Geschichte 1945–1961, Bd. 1, Fischer, Frankfurt/M. 1988, S. 61 ff.**

1 *Clement Attlee:* Nachfolger Churchills
2 *Vereinbarung:* Potsdamer Abkommen

M 7 Einschätzung des US-Diplomaten George F. Kennan für die US-Regierung, 1945

Die Idee, Deutschland gemeinsam mit den Russen regieren zu wollen, ist ein Wahn […]. Wir haben keine andere Wahl, als unseren Teil von Deutschland […] zu einer Form von Unabhängigkeit zu führen, die so befriedigend, so gesichert, so überlegen ist, dass der Osten sie nicht gefährden kann. […] Zugegeben, dass das Zerstückelung bedeutet. […] Besser ein zerstückeltes Deutschland, von dem wenigstens der westliche Teil als Prellbock für die Kräfte des Totalitarismus wirkt, als ein geeintes Deutschland, das diese Kräfte wieder bis an die Nordsee vorlässt. […] Im Grunde sind wir in Deutschland Konkurrenten der Russen. […] Es versteht sich […], dass ich die Arbeit der Konferenz von Potsdam mit Skepsis und Entsetzen verfolgte. Ich kann mich an kein politisches Dokument erinnern, das mich je so deprimiert hätte wie das von Truman unterzeichnete Kommuniqué[1] am Ende dieser wirren und verwirrenden Verhandlungen. […] Die unpräzise Ausdrucksweise, die Verwendung so dehnbarer Begriffe wie „demokratisch", „friedlich", „gerecht" in einem Abkommen mit den Russen lief allem direkt zuwider, was siebzehn Jahre Russlanderfahrung mich über die Technik des Verhandelns mit der sowjetischen Regierung gelehrt hatten.

George F. Kennan, Memoiren eines Diplomaten, dtv, Stuttgart 1968, S. 262. Übers. v. Heidi von Alten.*

1 *Kommuniqué:* amtliche Mitteilung

M 8 Der DDR-Historiker Günter Benser über die Grundsätze der sowjetischen Besatzungspolitik, 1989

Die UdSSR […] forderte eine rasche und lückenlose Entmilitarisierung und Entnazifizierung und eine entschiedene Demokratisierung des politischen, wirtschaftlichen und geistig-kulturellen Lebens in Deutschland. Als das durch Hitlers Raubkrieg am meisten geschädigte Land bestand die Sowjetunion mit besonderem Nachdruck auf die Erfüllung deutscher Wiedergutmachungsverpflichtungen, vor allem in Form von Demontagen und von Reparationslieferungen aus der laufenden Jahresproduktion. […] Das Sicherheitsinteresse der UdSSR gebot die Neugestaltung des Verhältnisses zwischen der Sowjetunion und Polen. […] In diesem Zusammenhang setzte sich die UdSSR für einen beträchtlichen Gebietszuwachs Polens im Westen[1] ein.

In den sowjetischen Vorstellungen der künftigen europäischen Friedensordnung hatte eine entmilitarisierte, friedliebende, einheitliche deutsche Republik, die durch Erfüllung aller ihr von den Alliierten auferlegten Verpflichtungen das Vertrauen der Völker zurückgewonnen hat, ihren festen Platz. Dieses Konzept entsprach dem Staatsinteresse wie den internationalistischen Traditionen des ersten sozialistischen Staates der Geschichte. […] Es billigte dem deutschen Volke zu, in Wahrnehmung seines Selbstbestimmungsrechtes über seine politische und soziale Ordnung selbst zu entscheiden, vorausgesetzt, alle Quellen der Expansion und Aggression, alle Wurzeln von Faschismus und Krieg wurden radikal beseitigt.

*Günter Benser, Konturen der Deutschlandpolitik der Hauptmächte der Antihitlerkoalition, in: Rolf Badstübner u. a., Deutsche Geschichte, Bd. 9, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1989, S. 33 f.**

1 1945 im Potsdamer Abkommen festgelegte Abtrennung ostpolnischer Gebiete an die Sowjetunion und dafür Erweiterung Polens im Westen (Oder-Neiße-Grenze). Siehe auch S. 216, M 1

M 9 Wirtschaftsaufbau in West- und Ostdeutschland

a) Marshallplan, Plakat aus den westlichen Besatzungszonen, 1947

b) Plakat aus der SBZ, 1948

Gründung der beiden deutschen Staaten

M 10 Regierungserklärung von Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) vor dem Deutschen Bundestag am 21. Oktober 1949

In der Sowjetunion wurden schon im Jahre 1945 im Gegensatz zu den drei anderen Zonen Zentralverwaltungen eingerichtet, die den unverkennbaren Zweck hatten, die ganze sowjetische Zone staatlich einheitlich zu organisieren. […] Die wirtschaftliche und politische Trennung der Sowjetzone von dem übrigen Deutschland wurde weiter gefördert durch die Einsetzung des sogenannten Ersten Volkskongresses am 6. Dezember 1947, die Einberufung des Zweiten Volkskongresses am 18. März 1948, die Schaffung eines Volksrates am gleichen Tag, die Erteilung des Auftrags an den Volksrat, eine Verfassung auszuarbeiten, und schließlich durch die Verabschiedung dieser Verfassung durch den Volksrat am 19. März 1949. Diese Volkskongresse sind nicht aus Wahlen, das heißt aus freien Wahlen, an denen sich jeder hätte frei beteiligen können, hervorgegangen. Für den Dritten Volkskongress durfte nur eine Einheitsliste aufgestellt werden. Die in der vom Volksrat beschlossenen Verfassung vom 19. März 1949 vorgesehenen Wahlen für eine Volkskammer wurden nicht abgehalten. Der Volksrat etablierte sich am 7. Oktober 1949 im Widerspruch mit der von ihm selbst beschlossenen Verfassung als provisorische Volkskammer. […]

Nach dem völligen Zusammenbruch aller staatlichen Organisation in Deutschland mit der bedingungslosen Kapitulation kann aber eine Organisation in Deutschland nur dann den Anspruch erheben, ein legitimer Staat zu sein, wenn sie auf dem freien Willen der Bevölkerung beruht.

Es wird niemand behaupten können, dass die nunmehr geschaffene Organisation der Sowjetzone auf dem freien Willen der Bevölkerung dieser Zone beruht. Sie ist zustande gekommen auf Befehl Sowjetrusslands und unter Mitwirkung einer kleinen Minderheit ihm ergebener Deutscher. […] Die Bundesrepublik Deutschland stützt sich dagegen auf die Anerkennung durch den frei bekundeten Willen von rund 25 Millionen stimmberechtigten Deutschen. Die Bundesrepublik Deutschland ist somit bis zur Erreichung der deutschen Einheit insgesamt die alleinige legitimierte staatliche Organisation des deutschen Volkes.

*Zit. nach: Jürgen Weber, Die Gründung des neuen Staates 1949, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 1981, S. 295 ff.**

M 11 Annahme des Grundgesetzes für den westdeutschen Bundesstaat im Parlamentarischen Rat in Bonn, Fotografie, 8. Mai 1949

M 12 Regierungserklärung von Ministerpräsident Otto Grotewohl (SED) vor der Provisorischen Volkskammer der DDR am 12. Oktober 1949

Die Bildung der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist ein Ausdruck des unerschütterlichen Willens der demokratischen Kräfte des deutschen Volkes, seine nationale Not zu überwinden und sein Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Die Bildung dieser Regierung ist der Ausdruck der Tatsache, dass die demokratischen Kräfte unseres Volkes nicht gewillt sind, sich mit der Spaltung unseres Vaterlandes und der Versklavung seiner westlichen Teile abzufinden, sondern dass sie von dem eisernen Willen beseelt sind, beharrlich den Kampf um die Wiedererlangung der Einheit Deutschlands und seiner Souveränität auf demokratischer und friedlicher Grundlage zu führen.

Der von den Westmächten ins Leben gerufene Bonner Separatstaat ist die Vollendung der Spaltung Deutschlands, die von den imperialistischen Westmächten seit Jahr und Tag mit Beharrlichkeit betrieben wurde. Die dem deutschen Volke im Potsdamer Abkommen feierlich gegebenen Versprechungen wurden von diesen Mächten mit Füßen getreten, um in Deutschland ihre imperialistische Politik durchzuführen. […]

Die Handlungen der Regierung werden durch nichts anderes bestimmt als durch die vom Deutschen Volksrat beschlossene, vom 3. Deutschen Volkskongress bestätigte und durch die Volkskammer in Kraft gesetzte Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Die Regierung geht aus der ersten unabhängigen deutschen Volksbewegung hervor, sie ist damit die erste unabhängige deutsche Regierung. Durch ihre Herkunft aus dem deutschen Volke selbst unterscheidet sie sich schon von der aufgrund der Bonner Verfassung errichteten westdeutschen Separatregierung. Die Bonner Verfassung ist nur die Ausführungsbestimmung des Besatzungsstatuts der westlichen Alliierten. Der in Westdeutschland errichtete Verfassungszustand ist keineswegs als der Ausdruck einer eigenen deutschen politischen Willensbildung anzuerkennen. Der westdeutsche Sonderstaat ist nicht in Bonn, sondern in London entstanden. Bonn hat nur die Londoner Empfehlungen[1], die in Wahrheit Befehl der westlichen Alliierten waren, ausgeführt. […] Der westdeutsche Separatstaat weist schon in seiner Geburtsstunde alle Krankheitszeichen eines politischen Wechselbalgs[2] und einer Krisis auf, er kann darum vor dem Urteil der Geschichte nicht bestehen. […]

Diese Regierung hat ihre Legitimation vom Volke erhalten und wird sich in allen ihren Handlungen dem Volke verantwortlich fühlen. […] Am gestrigen Tage waren wir Zeugen, wie die Bevölkerung und besonders unsere Jugend mit Begeisterung und innerer Anteilnahme die staatspolitischen Akte der letzten Tage, die sich vor ihren Augen in der Hauptstadt Deutschlands abgespielt haben, begrüßten. Mit einem Volke, das eine solche Jugend besitzt, kann die Regierung mit froher Zuversicht an ihre verantwortungsvolle Arbeit gehen.

*Zit. nach: Jürgen Weber, Die Gründung des neuen Staates 1949, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 1981, S. 295 ff.**

1 *Londoner Empfehlungen:* Abschlusserklärung der drei westlichen Alliierten und der Benelux-Staaten (Sechs-Mächte-Konferenz) vom Frühjahr 1948, welche die Ausarbeitung die Verfassung für einen westdeutschen Staat vorsah
2 *Wechselbalg:* „missgestaltetes" Kind, das der Mutter, einem alten Aberglauben nach, von bösen Geistern untergeschoben wurde

M 13 Gründung der DDR in Ostberlin, Sitzung des Nationalrates, Fotografie, 7. Oktober 1949.
Wilhelm Pieck verliest ein Manifest der Nationalen Front. Darin heißt es, die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik sei „einmütig von allen Parteien und Massenorganisationen im deutschen Volksrat" beschlossen worden.

M 14 „Lieber einen Acheson an der Hand – als einen Stalin auf dem Dach!", Karikatur von Mirko Szewczuk, 1949.
Der amerikanische Außenminister Dean Acheson besuchte Konrad Adenauer kurz nach Gründung der Bundesrepublik im November 1949. In der Hundehütte sind DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl und der Präsident der DDR, Wilhelm Pieck, als Wachhunde dargestellt.

4.2 Verfassung und Verfassungswirklichkeit in beiden deutschen Staaten

M 1 Wahlplakate für die Bundestagswahl 1949

Worin unterscheidet sich das Selbstverständnis der beiden deutschen Staaten? In welchem Verhältnis standen Verfassungsanspruch und politische Wirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR?

L Vorschlag für eine Lernaufgabe:
Gestalten Sie eine digitale Pinnwand zum Verhältnis von Verfassungsanspruch und politischer Wirklichkeit in der Bundesrepublik und in der DDR. Die Arbeitsaufträge auf S. 227 sind dabei hilfreich.

Selbstverständnis

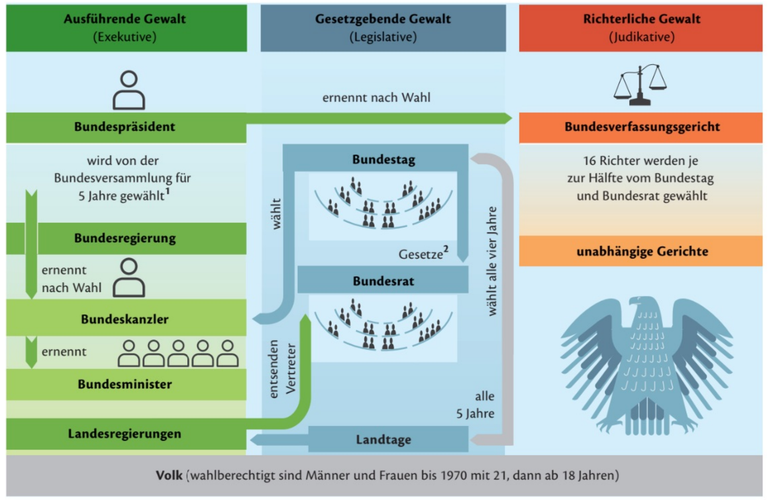
Mit der doppelten Staatsgründung 1949 standen sich zwei verschiedene politische Systeme gegenüber. Mit dem Verweis auf ihre Verfassungen behaupteten beide deutsche Staaten, die bessere demokratische Republik zu sein. Die Verfassungen berücksichtigten jeweils die Erfahrungen mit der Weimarer Republik und dem Nationalsozialismus. Das Demokratieverständnis unterschied sich jedoch grundlegend. Während sich die Bundesrepublik am Modell der parlamentarischen **Demokratie** orientierte und den Aufbau eines **freiheitlichen Rechtsstaats** anstrebte, wollten die DDR-Politiker eine „Volksdemokratie" schaffen. Die Ideologie des **Marxismus-Leninismus** (siehe S. 321) diente als Basis für die Legitimation der SED-Herrschaft, die sich als Interessensvertretung der Arbeiterklasse und damit als fortschrittlichste politische Kraft verstand. Tatsächlich entwickelte sich die DDR jedoch zu einer **kommunistischen Diktatur**.

Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland

M 2 Schaubild zum Staatsaufbau der Bundesrepublik (Stand: Ende der 1970er-Jahre)

1 *Die Bundesversammlung setzt sich zusammen aus den Abgeordneten des Bundestages und ebenso vielen Wahlleuten, die von den Parlamenten der Länder bestimmt werden .*
2 *Gesetze werden vom Bundestag beschlossen und bedürfen in der Regel der Zustimmung des Bundesrates. Der Bundespräsident verkündet die Gesetze.*

Hinweis: Die Amtsbezeichnungen werden wie im Grundgesetz immer mit dem generischen Maskulinum angegeben. Dies gilt auch für den DT.



▶ Video/Schaubild: Grundgesetz

Zu einer zentralen Lehre aus der Vergangenheit gehörte die Verankerung eines Grundrechte-Katalogs im **Grundgesetz**, das am 23. Mai 1949 in Kraft trat. Die Artikel 1 bis 20 garantieren die Grund- und Menschenrechte; mit der **„Ewigkeitsklausel"** (Artikel 79) ist deren Veränderung oder Abschaffung verboten. Alle Staatsorgane – und nicht nur die Exekutive wie in der Weimarer Republik – sind zur Einhaltung dieser Rechte verpflichtet. Darüber wacht das unabhängige **Bundesverfassungsgericht**. Die sogenannte „streitbare, **wehrhafte Demokratie**" räumt das Recht zum Widerstand gegen jeden ein, der versucht, die verfassungsmäßige Ordnung zu beseitigen – vorausgesetzt, dass Abhilfe anders nicht möglich ist (Art. 20 Abs. 4).

In der **repräsentativen Demokratie** der Bundesrepublik besitzen der **Bundestag** und der von den Abgeordneten gewählte **Bundeskanzler** eine starke Stellung. Der Kanzler kann nur durch die Wahl eines neuen Kanzlers gestürzt werden (Art. 67). Mit diesem **konstruktiven Misstrauensvotum** sollen häufige Regierungswechsel wie in der Weimarer Zeit vermieden werden. Nach den Erfahrungen mit plebiszitären Elementen in der Weimarer Republik gibt es keine Volksbegehren auf Bundesebene und keine Direktwahl des Bundespräsidenten. Anders als der Reichspräsident sollte der **Bundespräsident** kein „Ersatzkaiser" sein, sondern überwiegend repräsentative Aufgaben übernehmen (M 2).

Einen hohen Stellenwert erhielten die **Parteien** als unverzichtbare Institutionen der politischen Willens- und Mehrheitsbildung. Von ihnen verlangt die Verfassung das Bekenntnis zum Grundgesetz und zur innerparteilichen Demokratie. Um eine Parteienzersplitterung zu verhindern, entschied man sich für ein **personalisiertes Verhältniswahlrecht**. Außerdem müssen die Parteien seit 1953 mindestens fünf Prozent der Stimmen erzielen, um im Bundestag eine Fraktion bilden zu können (**Fünfprozentklausel**). Neben der horizontalen **Gewaltenteilung** existiert in der **föderal** aufgebauten Bundesrepublik auch eine vertikale Gewaltenteilung, indem der **Bundesrat** als Vertretung der Länder umfassende Mitbestimmungsrechte hat.

▶ M 7: Aus dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949

▶ M 8: 60 Jahre Grundgesetz

▶ M 9: Stimmzettel zur Bundestagwahl 1972

▶ M 10: Regierungskoalitionen auf Bundesebene 1949–1990

Politische Wirklichkeit in der Bundesrepublik

Nach zwölf Jahren NS-Diktatur und trotz Bemühungen der westlichen Besatzungsmächte war demokratisches Denken in großen Teilen der westdeutschen Bevölkerung zunächst noch nicht fest verankert. Allerdings zeigten vor allem die großen Volksparteien SPD und CDU (mit der bayerischen Schwesterpartei CSU), wie politische Auseinandersetzungen in Wahlkämpfen (M 1) und im Parlament zwischen Regierung und Opposition hart, aber friedlich ausgetragen werden. Aufgrund der Richtlinienkompetenz des Kanzlers in der Regierung (Art. 65 GG), die **Konrad Adenauer** (CDU) zu nutzen verstand, spricht man von einer "Kanzlerdemokratie". Sein oft patriarchalischer Regierungsstil befriedigte das Bedürfnis vieler Menschen nach Stabilität.

Proteste richteten sich in der Bundesrepublik weniger gegen „das System", sondern mehr gegen konkrete Inhalte oder einzelne Persönlichkeiten der Politik. Anders als in der DDR waren Proteste verfassungsrechtlich durch das Versammlungs- und Demonstrationsrecht (Art. 8) sowie die Meinungsfreiheit (Art. 5) legitimiert. In der Adenauer-Ära kam es zu landesweiten Demonstrationen, als im Zuge der **NATO**-Mitgliedschaft die Wiederbewaffnung und die Einführung der Wehrpflicht beschlossen wurden (M 3).

Seit den 1950er-Jahren fand insbesondere in der jungen Generation ein Wertewandel hin zu einer liberaleren politischen Kultur statt. So forderte die **„68er-Bewegung"** mehr Mitbestimmung und eine Modernisierung der Gesellschaft. Wie in anderen westlichen Ländern kam es zu Protesten von Studierenden, die in einer **Außerparlamentarischen Opposition (APO)** mündeten. Denn die Opposition im Bundestag bestand seit Bildung der Großen Koalition 1966 nur noch aus 50 FDP-Abgeordneten (von 518), sodass viele Bürgerinnen und Bürger zweifelten, ob diese kleine Minderheit die Regierung ausreichend kontrollieren konnte. Als die APO gegen die geplanten Notstandsgesetze demonstrierte, kam es zu Auseinandersetzungen zwischen den teilweise gewaltsam Protestierenden und der Polizei (siehe S. 145, M 2). In diesen Gesetzen, die eine Einschränkung von Bürgerrechten in Krisenzeiten erlaubten, sa-

M 3 Demonstration in Frankfurt/M. gegen die Wiederbewaffnung und Einführung der Wehrpflicht, Fotografie, 1955.
Auf dem hinteren Transparent steht: "Wehrpflicht bedeutet Krieg!"

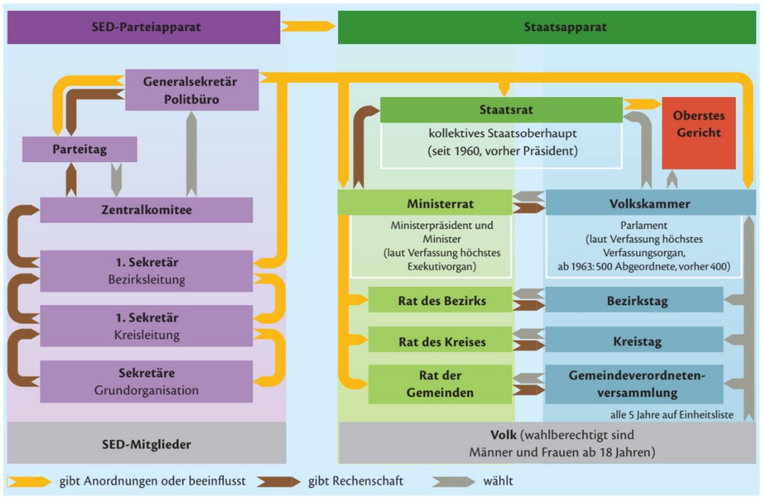
hen die Aktivisten die Gefahr einer neuerlichen Diktatur, wie sie durch den Notverordnungsartikel 48 der **Weimarer Reichsverfassung** und das **„Ermächtigungsgesetz“** 1933 ermöglicht worden war.

▶ M 11: Aus der Regierungserklärung von Bundeskanzler Willy Brandt am 28. Oktober 1969

Als **Willy Brandt** (SPD) nach den Bundestagswahlen 1969 Kanzler einer **sozial-liberalen Koalition** wurde, griff er viele Forderungen der „68er-Bewegung“ auf: Unter dem Motto **„Mehr Demokratie wagen“** und mit dem Ziel, Selbstbestimmungsmöglichkeiten in einer pluralistischen Gesellschaft zu erweitern, kam es zu verschiedenen **Reformen**, u. a. wurden das Wahlalter auf 18 Jahre herabgesetzt und die Mitbestimmungsrechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den Betrieben gestärkt.

Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik

M 4 Schaubild zum Staatsaufbau der DDR (Stand: Ende der 1970er-Jahre)



▶ Video/Schaubild: Das politische System der DDR

Die **Verfassung der DDR** trat mit der Staatsgründung am 7. Oktober 1949 in Kraft und wurde 1968 und 1974 etwas abgeändert, um die Abgrenzung zur Bundesrepublik nach außen hin deutlicher zu machen. Die DDR-Verfassung bekannte sich formal zu **Demokratie** und Rechtsstaatlichkeit und garantierte auf dem Papier Bürgerrechte wie die Presse- und Versammlungsfreiheit. Tatsächlich war die DDR jedoch **zentralistisch** aufgebaut, und es existierte **keine Gewaltenteilung**. Als Staatspartei besaß die SED das Macht- und Meinungsmonopol. Im Inneren war die SED nach dem Prinzip des **„demokratischen Zentralismus“** organisiert. Die gesamte Partei war an den politischen Richtlinien des **Politbüros** ausgerichtet, das damit auch das Machtzentrum im Staatsaufbau der DDR bildete (M 4).

▶ M 12: Aus der Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949

▶ M 13–M 14: Historikeraussagen zum SED-Staat

M 5 Wahlplakat zur Volkskammerwahl, 1954

Politische Wirklichkeit in der DDR

Wie die SED ihren absoluten Führungsanspruch in der Praxis durchsetzte, zeigte sich gleich nach der Gründung der DDR. Der Beschluss der SED-Führung vom 17. Oktober 1949, alle Gesetze von ihrer Zustimmung abhängig zu machen, degradierte Regierung und Parlament zu Ausführungsorganen. Die Wahl der **Volkskammer** erfolgte nach einer **„Einheitsliste“** (siehe S. 219) mit festgelegter Sitzverteilung, die die „führende Rolle“ der SED garantierte. Ein Regierungswechsel wie in einer parlamentarischen Demokratie war nicht vorgesehen. Da Abweichungen im Wahlverhalten genauso wie die Nicht-Teilnahme an einer Wahl negative Folgen haben konnten, war die Zustimmung bei den Wahlen stets hoch. Einen freien Willen des Volkes spiegelte das Ergebnis jedoch nicht wider. Nach den offiziellen, von der SED verkündeten Wahlergebnissen stimmten immer fast 99 Prozent für den „gemeinsamen Wahlvorschlag der **Nationalen Front**“ (M 5).

Der Verfassungsartikel 6 („Boykotthetze-Artikel“) ermöglichte die strafrechtliche Verfolgung von Oppositionellen. Da die SED alle gesellschaftlichen Bereiche dominierte und keine unabhängige Justiz existierte, waren die Bürgerinnen und Bürger nicht vor staatlicher Willkür geschützt.

Die kommunistische Diktatur in der DDR war ein Überwachungsstaat, in dem das dem SED-Politbüro unterstellte **Ministerium für Staatssicherheit** (MfS; inoffiziell: Stasi) als Geheimpolizei die Bevölkerung kontrollierte. Mithilfe von mehr als 90 000 hauptamtlichen und ca. 189 000 inoffiziellen Mitarbeitenden (Stand 1989) spionierte die **„Staatssicherheit“** das öffentliche und private Leben der Bürgerinnen und Bürger aus. Jede Opposition sollte so aufgedeckt und im Keim erstickt werden.

▶ M 15–M 17: Aktivitäten der „Staatssicherheit“ im DDR-Alltag

Der allgegenwärtige Überwachungsapparat verdeutlichte, dass die SED nicht auf die Loyalität der Bevölkerungsmehrheit vertrauen konnte. Das zeigte der **Aufstand vom 17. Juni 1953**, als Protestierende in der ganzen DDR die Rücknahme erhöhter Arbeitsnormen verlangten, aber auch politische Forderungen wie Rücktritt der Regierung, freie Wahlen, Wiedervereinigung, Freilassung politischer Gefangener sowie die Zulassung freier Parteien und Gewerkschaften erhoben. Sowjetische Panzer beendeten den Aufstand blutig (M 6). Ein eindeutiges Indiz für die Ablehnung der SED-Herrschaft und der kommunistischen Mangelwirtschaft war auch die Flucht vieler Menschen in die Bundesrepublik. Mit dem **Mauerbau** 1961 beendete das SED-Regime diese „Abstimmung mit den Füßen“. Die DDR-Soldaten an der innerdeutschen Grenze hatten den Befehl, auf Flüchtlinge scharf zu schießen. Dennoch nahmen bis 1989 Tausende DDR-Bürgerinnen und Bürger das Risiko auf sich und flohen über die innerdeutsche Grenze in in die Bundesrepublik. Mehrere Hunderte verloren dabei ihr Leben.

M 6 Volksaufstand vom 17. Juni 1953, Fotografie, Berlin

Volksaufstand 17. Juni 1953

desize

Beschäftigen Sie sich im Tandem zunächst jeweils mit einem Staat und führen Sie Ihre Ergebnisse in einer gemeinsamen Pinnwand mit einem Partnertandem zusammen.

1 Beschreiben Sie das Selbstverständnis
   - der Bundesrepublik Deutschland mithilfe von M 1 und des DT,
   - der DDR mithilfe von M 5 und des DT.

   Notieren Sie passende Begriffe in der Pinnwand.
2 Arbeiten Sie Grundzüge des jeweiligen politischen Systems heraus:
   - der Bundesrepublik Deutschland (M 2, M 7, DT)
   - der DDR (M 4, M 12, DT)

   Ergänzen Sie die Pinnwand mit zentralen Aspekten. Berücksichtigen Sie dabei auch GB, z. B. „Gewaltenteilung“, „Parlament“, „Volkssouveränität“.
3 Skizzieren Sie in der Pinnwand Aspekte der politischen Wirklichkeit
   - in der Bundesrepublik Deutschland (M 1, M 3, M 8–M 11, DT),
   - in der DDR (M 5–M 6, M 13–M 17, DT).

   Berücksichtigen Sie dabei auch GB, z. B. „Menschenrechte“.
4 Überprüfen Sie in der Gruppe, ausgehend von Ihren bisherigen Ergebnissen, das Verhältnis zwischen Selbstverständnis und Verfassungswirklichkeit in den beiden deutschen Staaten. Notieren Sie in Ihrer Pinnwand ein Fazit, in dem Sie die Staaten schlagwortartig charakterisieren.
   Tipp: Verwenden Sie z. B. beschreibende Adjektive wie „föderalistisch“ oder „zentralistisch“.
   Vergleichen Sie Ihre Ergebnisse mit denen der anderen Gruppen.
5 **Zusatzaufgabe:** Siehe S. 301.

Grundgesetz und politische Wirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland

M 7 Aus dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949

Art. 20 (1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

Art. 21 (1) Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben. […]

Art. 38 (1) Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen. […]

Zit. nach: Bundesgesetzblatt 1949, S. 1–19. (alte Rechtschreibung)*

M 8 60 Jahre Grundgesetz: Die Deutschen und ihre Verfassung

Aus einem Artikel des Politikwissenschaftlers Hans Vorländer, 2009

Was in der Retrospektive wie eine Erfolgsgeschichte aussieht, war 1949 keineswegs absehbar. Das Grundgesetz hatte die Bundesrepublik Deutschland aus der Taufe gehoben, mit seiner Verkündung vor 60 Jahren, am 23. Mai 1949, war die westdeutsche Republik gegründet. Aber das Grundgesetz war nur die Verfassung eines Teilstaates, weshalb es auch nicht Verfassung genannt wurde. […] Mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit sollte seine Existenz beendet sein und durch eine Verfassung, die das gesamte deutsche Volk in Freiheit beschließen sollte, ersetzt werden.

Hinzu kam, dass das Grundgesetz fernab einer teilnehmenden Öffentlichkeit entstanden war. Nur einige wenige überregionale Tageszeitungen berichteten regelmäßig über den Gang der Beratungen […]. Die Grundgesetzdiskussionen standen im Schatten dessen, was der Wirtschaftsrat in Frankfurt am Main an grundlegender wirtschaftlicher Neuordnung bereits mit der Währungsreform von 1948 eingeleitet hatte. Dieser hatte sich wesentlich größerer öffentlicher Aufmerksamkeit erfreut, weil er mit seinen wirtschaftlichen Maßnahmen […] die Alltagssorgen und -probleme der Bevölkerung sehr viel stärker berührte. […]

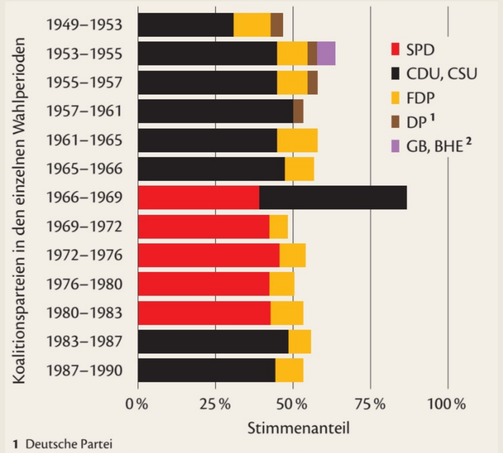
Damit besaß das Grundgesetz nach seiner Verkündung keinen hohen Identifikationswert, auch war nicht abzusehen, dass es die junge Bundesrepublik politisch zu integrieren in der Lage war. Ja, als Übergangsverfassung für ein westdeutsches Provisorium sollte es eine solche Funktion auch gerade nicht einnehmen. […] Das Grundgesetz war Erinnerung an den Verlust nationalstaatlicher Einheit und zugleich Auftrag und Mahnung, wie es in der Präambel hieß, „die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden". Nur so lässt sich auch die auffallende Zurückhaltung begründen, dem Ereignis des Inkrafttretens des Grundgesetzes jene „Aura der Ehrwürdigkeit" zu verleihen, die eine Erhebung des 23. Mai zum nationalen Verfassungstag zum Aus-druck gebracht hätte. Das Grundgesetz eignete sich nicht als Gegenstand „kultischer Verfassungsverehrung" […], es eignete sich zunächst ebenso wenig als Gründungserzählung der Bundesrepublik Deutschland.

Im neu gegründeten Weststaat war es zudem so, dass das Grundgesetz rund 40 Prozent der Bevölkerung gleichgültig war. Nur 21 Prozent waren an der Verfassung interessiert. Auch 1955 kannte mehr als die Hälfte ihre Verfassung nicht. Immerhin hielten schon damals 30 Prozent das Grundgesetz für „gut", 14 Prozent zeigten sich unentschieden und nur fünf Prozent der Befragten fanden es „nicht gut". Im Übrigen war eine Mehrheit der Westdeutschen bis Anfang der 1950er Jahre der Überzeugung, dass das totalitäre, diktatorische Regime der Vergangenheit durchaus auf einer guten Idee beruht habe, diese aber nur schlecht und unzureichend ausgeführt worden sei. […]

*Zit. nach: https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/32021/die-deutschen-und-ihre-verfassung/ (Download vom 22. Februar 2024).**

M 9 Stimmzettel zur Bundestagswahl 1953

M 10 Regierungskoalitionen auf Bundesebene 1949–1990 *(nach Stimmenanteil)*



1 Deutsche Partei
2 Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen

Bundeskanzler

Konrad Adenauer (CDU)	1949–1963
Ludwig Ehrhard (CDU)	1963–1966
Kurt Georg Kiesinger (CDU)	1966–1969
Willy Brandt (SPD)	1969–1974
Helmut Schmidt (SPD)	1974–1982
Helmut Kohl (CDU)	1982–1998

M 11 Aus der Regierungserklärung von Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) vor dem Deutschen Bundestag in Bonn, 28. Oktober 1969

Unsere parlamentarische Demokratie hat 20 Jahre nach ihrer Gründung ihre Fähigkeit zum Wandel bewiesen und damit ihre Probe bestanden. […]

Die strikte Beachtung der Formen parlamentarischer Demokratie ist selbstverständlich für politische Gemeinschaften, die seit gut 100 Jahren für die deutsche Demokratie gekämpft, sie unter schweren Opfern verteidigt und unter großen Mühen wieder aufgebaut haben. Im sachlichen Gegeneinander und im nationalen Miteinander von Regierung und Opposition ist es unsere gemeinsame Verantwortung und Aufgabe, dieser Bundesrepublik eine gute Zukunft zu sichern. […]

Wir wollen mehr Demokratie wagen. Wir werden unsere Arbeitsweise öffnen und dem kritischen Bedürfnis nach Information Genüge tun. Wir werden darauf hinwirken, dass nicht nur durch Anhörungen im Bundestag, sondern auch durch ständige Fühlungnahme mit den repräsentativen Gruppen unseres Volkes und durch eine umfassende Unterrichtung über die Regierungspolitik jeder Bürger die Möglichkeit erhält, an der Reform von Staat und Gesellschaft mitzuwirken.

Wir wenden uns an die im Frieden nachgewachsenen Generationen, die nicht mit den Hypotheken der Älteren belastet sind und belastet werden dürfen; jene jungen Menschen, die uns beim Wort nehmen wollen – und sollen. Diese jungen Menschen müssen aber verstehen, dass auch sie gegenüber Staat und Gesellschaft Verpflichtungen haben.

Wir werden dem Hohen Hause ein Gesetz unterbreiten, wodurch das aktive Wahlalter von 21 auf 18, das passive von 25 auf 21 Jahre herabgesetzt wird. Wir werden auch die Volljährigkeitsgrenze überprüfen.

Mitbestimmung, Mitverantwortung in den verschiedenen Bereichen unserer Gesellschaft wird eine bewegende Kraft der kommenden Jahre sein. Wir können nicht die perfekte Demokratie schaffen. Wir wollen eine Gesellschaft, die mehr Freiheit bietet und mehr Mitverantwortung fordert. Diese Regierung sucht das Gespräch, sie sucht kritische Partnerschaft mit allen, die Verantwortung tragen, sei es in den Kirchen, der Kunst, der Wissenschaft und der Wirtschaft oder in anderen Bereichen der Gesellschaft. […]

Wir suchen keine Bewunderer; wir brauchen Menschen, die kritisch mitdenken, mitentscheiden und mitverantworten. Das Selbstbewusstsein dieser Regierung wird sich als Toleranz zu erkennen geben. Sie wird daher auch jene Solidarität zu schätzen wissen, die sich in Kritik äußert. Wir sind keine Erwählten; wir sind Gewählte. Deshalb suchen wir das Gespräch mit allen, die sich um diese Demokratie mühen.

Meine Damen und Herren, in den letzten Jahren haben manche in diesem Land befürchtet, die zweite deutsche Demokratie werde den Weg der ersten gehen. Ich habe dies nie geglaubt. Ich glaube dies heute weniger denn je. Nein: Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an.

*Zit. nach: https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0021_bra&object=translation&l=de (Download vom 12. August 2023).**

Die Verfassung der DDR und die politische Wirklichkeit

M 12 Aus der Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949

Art. 1 Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik […]

Art. 3 Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.

Jeder Bürger hat das Recht und die Pflicht zur Mitgestaltung in seiner Gemeinde, seinem Kreise, seinem Lande und in der Deutschen Demokratischen Republik.

Das Mitbestimmungsrecht der Bürger wird wahrgenommen durch: Teilnahme an Volksbegehren und Volksentscheidungen; Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts; Übernahme öffentlicher Ämter in Verwaltung und Rechtsprechung.

Jeder Bürger hat das Recht, Eingaben an die Volksvertretung zu richten. Die Staatsgewalt muß dem Wohl des Volkes, der Freiheit, dem Frieden und dem demokratischen Fortschritt dienen.

Art. 6 […] Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker, Bekundung von Glaubens-, Rassen-, Völkerhass, militaristische Propaganda sowie Kriegshetze und alle sonstigen Handlungen, die sich gegen die Gleichberechtigung richten, sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches. Ausübung demokratischer Rechte im Sinne der Verfassung sind keine Boykotthetze.

Art. 9 Alle Bürger haben das Recht, innerhalb der Schranken der für alle geltenden Gesetze ihre Meinung frei und öffentlich zu äußern und sich zu diesem Zweck friedlich und unbewaffnet zu versammeln. […] Eine Pressezensur findet nicht statt.

Art. 13 Vereinigungen, die die demokratische Gestaltung des öffentlichen Lebens auf der Grundlage dieser Verfassung satzungsgemäß erstreben und deren Organe durch ihre Mitglieder bestimmt werden, sind berechtigt, Wahlvorschläge für die Volksvertretungen der Gemeinden, Kreise und Länder einzureichen.

Art. 50 Höchstes Organ der Republik ist die Volkskammer.

Art. 51 Die Volkskammer besteht aus den Abgeordneten des deutschen Volkes. Die Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes auf die Dauer von vier Jahren gewählt. Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie sind nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden.

Zit. nach: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1949, S. 5–16. (alte Rechtschreibung)*

M 13 Der Historiker Stefan Wolle über Wahlen in der DDR, 2013

„Bei uns gibt es kein Parteiengezänk [= Parteienstreit] zu den Wahlen", erklärte der Leiter des Amts für Information drei Monate vor den ersten Volkskammerwahlen, die für den 15. Oktober 1950 angesetzt waren. „Alle unsere Anstrengungen richten sich auf den Aufbau und auf das schnelle Erreichen weiterer Erfolge. Dafür ist die Zusammenarbeit der Parteien notwendig. Im Westen wird es einen Wahlkampf der Parteien gegeneinander geben. Die Preise werden weiter steigen und die Lebenshaltung wird sinken. Unsere Bevölkerung wird sich entscheiden, ob sie den einen oder den anderen Weg gehen will." Doch es gab nichts mehr zu entscheiden und schon gar nicht durch die Bevölkerung. Die Volkskammerwahlen erfolgten nach einer Einheitsliste. Die Mandate und Fraktionsstärken waren festgelegt. Wozu noch Parteiengezänk, wenn es die eine Partei gab, die immer Recht hatte? Doch es stellte sich die Frage, warum überhaupt noch Wahlen durchgeführt werden sollten. Die kommunistische politische Theorie lehnte das Prinzip einer Mehrheitsentscheidung ab. Der westliche Staat mit seinen parlamentarischen Institutionen war dem Wesen nach das Machtinstrument der herrschenden Kapitalisten. Es musste zerstört und durch den proletarischen Staat ersetzt werden.

Stefan Wolle, Die DDR. Sonderausgabe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2015, S. 81 f. © Fischer TB*

M 14 Der Historiker Klaus Schroeder über den Charakter des SED-Staates, 2000

Die DDR als von der Sowjetunion dominierter und abhängiger Staat konnte allein aufgrund dieser Rahmenbedingung den totalitären Macht- und Gestaltungsanspruch nur im Inneren durchsetzen. Dies allerdings betrieb die SED unter dem Schutz der sowjetischen Besatzungsmacht mit erheblicher Energie und Erfolg. […] Indem die totalitäre Staatspartei SED ihre Prinzipien auf Gesellschaft und Staat übertrug, war die 1949 gegründete DDR ein totalitärer SED-Staat, der weder Gewaltenteilung noch kulturellen, sozialen oder politischen Pluralismus kannte. Das Politbüro der SED avancierte zum unumstrittenen Führungszentrum in Staat und Gesellschaft. Wie eine Spinne zog die Parteiführung ein dichtes, ideologisch gewebtes Netz über Partei, Staat und Gesellschaft. Die Parteispitze beanspruchte, jede Regung innerhalb des Netzes zu steuern und zu kontrollieren. Hierzu baute sie ihren zentralen Parteiapparat als oberste Steuerungs- und Kontrollinstanz aus, instrumentalisierte den Staatsapparat und die gesellschaftlichen Massenorganisationen und stützte sich zur Durchsetzung der Parteimacht auf einen umfassenden Sicherheitsapparat. Wer sich den Anweisungen der Partei und ihrer Untergliederungen widersetzte, wurde von einem der SED hörigen Justizapparat erbarmungslos verfolgt und verurteilt. Dies erfolgte auf Grundlage von Gesetzen, die die SED zur Sicherung ihrer Macht selbst verfasst hatte und jederzeit willkürlich auslegen konnte. Die Fundamente des Staates waren auf Gewalt und Zwang sowie auf Fremdherrschaft gegründet, gleichzeitig konnte sich die Parteiführung auf eine große Zahl von Partei- und Staatsfunktionären verlassen, die zumeist ihren schnellen sozialen Aufstieg der rabiaten sozialistischen Umgestaltung und der damit einhergehenden Vertreibung der alten Funktionseliten verdankten. Doch die Wirkungsmöglichkeiten der totalitären SED-Politik waren in den Fünfzigerjahren durch die offene Grenze zur Bundesrepublik begrenzt. Vertreibung und Flucht von Millionen seiner Einwohner beeinträchtigte die Funktionsfähigkeit des Staates und zwang die SED zur vollständigen Schließung der Westgrenzen der DDR. Das von ihr installierte und in den nachfolgenden Jahrzehnten perfektionierte Grenzregime symbolisierte die fehlende Legitimation des Staates wie auch seine freiheits- und damit letztlich menschenverachtende Politik.

*Zit. nach: Klaus Schroeder, Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949–1990, Propyläen, München 2000, S. 644 f.**

Die „Staatssicherheit"

M 15 „Zersetzungmaßnahmen" der Stasi

Dem DDR-Schriftsteller und Psychologen Jürgen Fuchs (1950–1999) wurden Herabsetzungen der Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR vorgeworfen. In einer Aktennotiz des Ministeriums für Staatssicherheit für den Zeitraum vom August bis September 1982 hieß es:

F. wurde kontinuierlich, vor allem in den Nachtstunden, in seiner Wohnung angerufen, ohne dass sich der Anrufer meldete. Gleichzeitig wurde jeweils der Fernsprechanschluss zeitweilig blockiert, im Namen von F. wurde eine Vielzahl an Bestellungen von Zeitschriften, Prospekten […] aufgegeben, darunter auch Bestellungen, die zur Kompromittierung[1] des F. geeignet sind. Mehrfach wurden Taxis und Notdienste (Schlüsseldienste, Abflussnotdienst, Abschleppdienst) vorwiegend rechts zur Wohnung des F. bestellt.

Zit. nach: Jens Gieseke unter Mitarbeit von Doris Hubert, Die DDR-Staatssicherheit, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 2006, S. 64.

1 *kompromittieren:* bloßstellen

M 16 Stasi-Überwachung ostdeutscher Musikfans am Brandenburger Tor, Fotografie, Juni 1987.

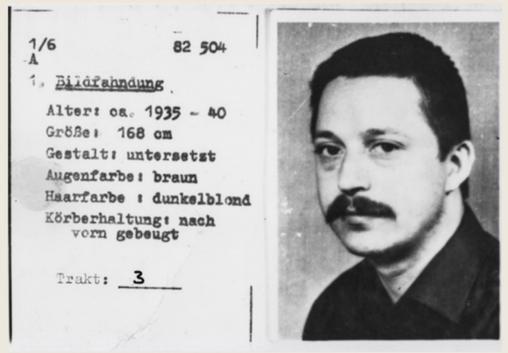
Weil zu Pfingsten 1987 ein Rockkonzert vor dem Reichstag in Westberlin angekündigt war, strömten etwa 5 000 DDR-Bürgerinnen und -Bürger, unter ihnen viele Jugendliche, vor die Absperrungen am Brandenburger Tor, um das Musikspektakel zumindest akustisch mitzuerleben. Als die Volkspolizei begann, die Menge – erst mit Durchsagen, dann mit Schlagstöcken – zu zerstreuen, skandierten die Menschen „Mauer weg!" und „Macht das Tor auf!"

Neue Musikrichtungen aus dem Westen wurden in der DDR gleichgesetzt mit Protest und Emanzipation.

M 17 Stasi-Fahndungsbild von Wolf Biermann, Fotografie, um 1975.

Die „Staatssicherheit" überwachte mit großem Aufwand den kritischen DDR-Liedermacher Wolf Biermann. Dazu nutzte sie auch dieses Fahndungsbild. 1976 wurde Wolf Biermann während einer Konzertreise in der Bundesrepublik ausgebürgert, unter dem Vorwand, er hätte sich kritisch über die DDR-Führung geäußert und sich damit „grober Verletzungen der staatsbürgerlichen Pflichten" schuldig gemacht.

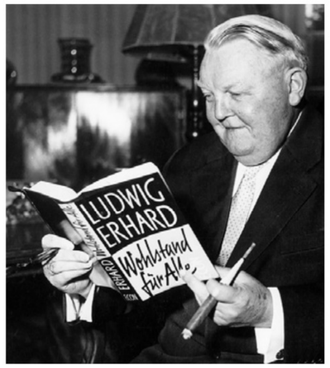
Er durfte nicht mehr in die DDR zurückkehren, obgleich ihm die Rückkehr versprochen worden war.



4.3 Wirtschaftsordnungen – Lebensverhältnisse – Systemakzeptanz

M 1 Ludwig Erhard (1897 bis 1977)

Von 1949 bis 1963 war Erhard Bundeswirtschaftsminister, von 1963 bis 1966 Bundeskanzler, Fotografie, 1957.



▶ M 5: Ludwig Erhard über die Rolle des Staates, 1957

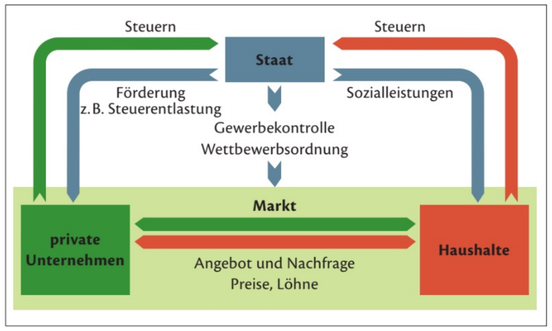
Welche Zusammenhänge gab es zwischen wirtschaftlicher Entwicklung, Lebenssituation der Bevölkerung und Zustimmung zum politischen System in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR?

L Vorschlag für eine Lernaufgabe:
Zustimmung zum politischen System durch Wohlstand? Vergleichen Sie die wirtschaftliche Entwicklung der beiden deutschen Staaten und untersuchen Sie die Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse der Bevölkerung. Nehmen Sie auf Grundlage Ihrer Arbeitsergebnisse in einer Diskussion im Kurs Stellung zur Ausgangsfrage. Die Arbeitsaufträge auf S. 234 sind dabei hilfreich.

Die Soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland

Mit der **Währungsreform 1948** und dem **Marshallplan** waren für die junge Bundesrepublik bereits die Weichen hin zu **Westintegration** (siehe S. 218) und Marktwirtschaft gestellt worden. Bundeskanzler **Adenauer** und Wirtschaftsminister Ludwig Erhard (M 1) favorisierten das System der **Sozialen Marktwirtschaft** (M 2). Dabei wurde einerseits ein **wirtschaftlicher Freiraum geschaffen**, Konkurrenz und ein vielseitiges Angebot sollten den Preis regeln. Andererseits konnte der Staat in die unternehmerische Freiheit im Falle von Kartellabsprachen und Monopolbildungen zum Schutz der Verbraucher eingreifen. In Artikel 20 des Grundgesetzes wurde formuliert: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat." Durch **sozialstaatliche Maßnahmen** sollten Menschen unterstützt werden, die aufgrund von Alter, Krankheit oder Invalidität in Not geraten waren. Der Wirtschaftsaufschwung ermöglichte die Finanzierung der sozialen Maßnahmen.

M 2 Schaubild zur Sozialen Marktwirtschaft (BRD)



▶ Video: Wirtschaftswunder

Nach den vielen Jahren der Not erschien den Bürgerinnen und Bürgern die zwei Jahrzehnte andauernde **Phase positiver Wirtschaftsentwicklung** wie ein „Wirtschaftswunder". Die Industrieproduktion stieg, die Arbeitslosigkeit sank, die Kaufkraft der Deutschen Mark und die Einkommen nahmen zu. Das alles bewirkte eine nachhaltige Verbesserung des Lebensstandards. Leistungsstarke Unternehmen in Maschinenbau, Automobil-, Elektro- und Chemieindustrie profitierten von dem weltweiten Wirtschaftsboom und steigenden Exporten nach dem Zweiten Weltkrieg. Auch im Inland stieg der Bedarf an Investitions- und Konsumgütern. Flüchtlinge und Vertriebene konnten aufgrund ihrer guten Ausbildung und Bereitschaft, hart zu arbeiten, schnell integriert werden. **Ende der 1950er-Jahre** herrschte **Vollbeschäftigung**. Anwerbeabkommen mit Italien und später Jugoslawien, Griechenland und der Türkei sollten den Arbeitskräftemangel beseitigen helfen. Die Arbeitsmigranten wurden als **„Gastarbeiter"** bezeichnet, da ihr Aufenthalt ursprünglich nur vorübergehend sein sollte.

▶ M 6–M 9: Wirtschaftliche Entwicklung in den beiden deutschen Staaten

▶ M 10–M 16: Lebensverhältnisse in den beiden deutschen Staaten

Der **Sozialpolitik** kam in der frühen Bundespolitik eine besondere Rolle zu, da nach dem Zweiten Weltkrieg breite Bevölkerungsschichten verarmt waren. Die Politik musste die Notlage entschärfen, um die Gesellschaft zusammenzuhalten, den sozialen Frieden zu sichern und eine politische Radikalisierung zu vermeiden. 1952 wurde das **Lastenausgleichsgesetz** verabschiedet, welches den Millionen deutschen Geflüchteten und Vertriebenen sowie anderen durch den Krieg Geschädigten für ihre erlittenen Verluste finanziellen Ausgleich gewähren sollte. Ziel war es, diese Bevölkerungsteile in die

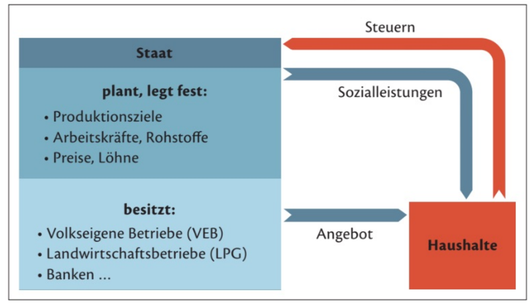
westdeutsche Nachkriegsgesellschaft zu integrieren. Auch die **staatliche Förderung des Wohnungsbaus** entschärfte die Notsituation der Nachkriegszeit. Bis 1961 wurden sechs Millionen neue Wohnungen gebaut. Ein weiterer Meilenstein war die **Rentenreform 1957**, wodurch die staatliche Altersversorgung auf Umlagefinanzierung umgestellt wurde. Dieser „Generationenvertrag" bedeutete, dass die jüngere Generation durch ihre Beiträge die Renten finanziert. Zudem wurden die Renten dynamisiert, also an das Einkommen der Erwerbstätigen gekoppelt.
Die gelungene Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen, sichere Altersversorgung und wirtschaftliches Wohlergehen wurden so Grundlage nicht nur für die Zustimmung der Bevölkerung zur Regierung Adenauer, sondern auch zum demokratischen System der Bundesrepublik und zur Westintegration.

Sozialpolitik in der frühen Bundesrepublik Deutschland (Auswahl)
- **1949** Abschluss von Tarifverträgen durch Gewerkschaften und Arbeitgeber
- **1950** Versorgung für Kriegsopfer (gesundheitlich Geschädigte, Hinterbliebene)
- **1952** Förderung des Bausparens durch staatliche Zulagen
- **1957** Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für Arbeiterinnen und Arbeiter
- **1961** erstmaliger einklagbarer Rechtsanspruch von Bedürftigen auf Unterstützung
- **1967** Festsetzung auf 40-Stunden-Woche

Die Planwirtschaft der DDR

Der wirtschaftliche Wiederaufbau in Ostdeutschland wurde durch jahrelange, besonders hohe Demontagen von Industrieanlagen und Entnahme von Reparationen aus der Produktion durch die Sowjetunion erschwert. Da die DDR westliche Hilfen wie den Marshallplan nicht annehmen durfte, konnten aufgrund fehlenden Kapitals weder Fabriken modernisiert noch neue errichtet und somit die Produktion nicht erhöht werden. Auch kämpfte die DDR insbesondere nach dem **Volksaufstand am 17. Juni 1953** bis zum **Bau der Berliner Mauer 1961** mit dem Verlust dringend für den Wiederaufbau benötigter qualifizierter Arbeitskräfte, die in den Westen flohen, weil sie mit den wirtschaftlichen und politischen Zuständen nicht zufrieden waren (siehe S. 227).

M 3 Schaubild zur Planwirtschaft (DDR)



Entscheidend für das Zurückbleiben der ostdeutschen Wirtschaft war jedoch die kommunistische **Planwirtschaft** (M 3), welche die sowjetische Besatzungsmacht und die SED schon vor der Staatsgründung 1949 durchgesetzt hatten. Durch die **Kollektivierung** von privaten Landwirtschaftsbetrieben gegen den Willen der Bauern zu **Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften** (LPG) und die Überführung von Industrie- und Handwerksbetrieben in **Volkseigene Betriebe** (VEB) wurde die Wirtschaft größtenteils verstaatlicht. Im Zentrum der **Fünfjahrespläne** stand die **Schwerindustrie** (M 4), sodass die Leicht- und Konsumgüterindustrie zurückstehen mussten. Auch im **Handel** entwickelte sich der staatliche oder halbstaatliche genossenschaftliche Sektor zur vorherrschenden Wirtschaftsform. Das Recht auf Arbeit war in der Verfassung verankert. Die Preise und die Löhne waren staatlich festgelegt und an Planungszielen ausgerichtet, ohne dass die Leistungsbereitschaft der Arbeitenden eine Rolle spielte. Sozialpolitische Maßnahmen, wie der Bau von Wohnungen, kostenlose medizinische Betreuung sowie Kündigungsschutz für Mütter, sollten die Zufriedenheit der Menschen erhöhen. Allein eine staatlich gelenkte Volkswirtschaft, so die Theorie, sei in der Lage, für Vollbeschäftigung, Krisenfreiheit und Bedürfnisbefriedigung zu sorgen. Tatsächlich aber überstiegen die Ausgaben der DDR ihre Einnahmen.
1963 versuchte die DDR-Führung die Planwirtschaft mithilfe des **Neuen Ökonomischen Programms der Planung und Lenkung** (NÖSPL) durch marktwirtschaftliche Elemente zu ergänzen und eine Art „Marktsozialismus" einzuführen. Zum Beispiel erhielten Betriebe mehr Eigenverantwortung bei der Reinvestition von Gewinnen und es wurden durch Sonderzahlungen Anreize für die Arbeitenden geschaffen.
Trotzdem reichte die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft für die Umsetzung der Ziele nicht aus. Auch wenn sich in der DDR seit den 1950er-Jahren die Lebenssituation sowohl bei der Grundversorgung als auch bei der Versorgung mit technischen Konsumgütern kontinuierlich verbesserte, kam es immer mehr zur **Mangelwirtschaft**, weil das Angebot

M 4 Plakat für den ersten Fünfjahresplan, 1952.

In der Mitte Walter Ulbricht, Staatsratsvorsitzender der DDR.

Informationen zur Planwirtschaft

wiheso

▶ Video: Die Deutschen im Sozialismus

hinter der Nachfrage zurückblieb. Trotz der hohen staatlichen Subventionierung von Waren und Gütern des täglichen Bedarfs, blieb der ostdeutschen Bevölkerung nicht verborgen, dass ihr Lebensstandard viel niedriger als im Westen war. Die Hoffnungen auf eine leistungsfähigere Wirtschaft, ausgehend von einer gesteigerten Motivation der „Werktätigen" aufgrund verbesserter Lebensbedingungen, erfüllten sich nicht.

Wirtschaftliche Entwicklung in den 1970er- und 1980er-Jahren

Die **Ölkrise*** 1973 wirkte sich auf die beiden deutschen Staaten unterschiedlich aus. In Westdeutschland sank erstmals seit 1949 die Industrieproduktion, die Inflationsrate stieg stark an, ebenso die Zahl der Arbeitslosen. Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD, 1974–1982) betrieb zunächst eine Sparpolitik, um die **Inflation** zu bekämpfen, später setzte er auf staatliche Konjunkturprogramme. Subventionen für die Kohle- und Stahlindustrie milderten die sozialen Folgen des Strukturwandels ab. Trotz wirtschaftlicher Probleme wie hoher Staatsverschuldung und Massenarbeitslosigkeit wurde das demokratische System nicht infrage gestellt, was eben auch an den Grundsatzentscheidungen der 1950er-Jahre und an der sozialstaatlichen Gestaltung der Marktwirtschaft lag.

Im Gegensatz zur Bundesrepublik konnte die DDR nur durch Aufnahme von Schulden im Westen die hohen Weltmarktpreise in Folge der Ölkrise bezahlen. Die Nutzung einheimischer Braunkohle und veralteter Maschinen sorgte für große Umweltschäden. Für die dringend nötige Modernisierung der Industrie mangelte es an **Devisen***. Die DDR musste Kredite aufnehmen, um ihre Schulden zu bezahlen und um die sozialpolitischen Maßnahmen zu finanzieren. Die zentrale Leitlinie war die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik". Doch trotz der Subventionen sank der Lebensstandard. Hinzu kam ein Verfall der Bausubstanz in den Städten. Außerdem nahmen aufgrund der Umweltprobleme gesundheitliche Schäden in der Bevölkerung zu. Dieser **Niedergang der Wirtschaft** und die rasant abnehmende Akzeptanz des politischen Systems beschleunigten das Ende der kommunistischen Diktatur in der DDR dramatisch (siehe S. 242 ff.).

Ölkrisen 1973 und 1979/80
Wegen des israelisch-arabischen Jom-Kippur-Krieges (Oktober 1973) beschloss die Organisation der erdölexportierenden Staaten (OPEC) erstmals die Verminderung des Erdölexports als politisches Druckmittel gegen westliche Staaten. Auch 1979/80 wurden die Rohstoffpreise für Öl angehoben, Auslöser waren erneut kriegerische Ereignisse und Ausfälle bei der Förderung. Die Ölkrisen führten zu einer enormen Preissteigerung für Rohöl, von dem viele Industrieländer abhängig waren. In der Folge kam es in diesen Ländern zu schweren Rezessionen.

▶ M 17–M 20: Aussagen von Wissenschaftlern zur Systemakzeptanz in West und Ost

Devisen
Ausländische Zahlungsmittel wie Schecks oder Kontoguthaben bei ausländischen Banken; im Alltag hat sich für Devisen auch der Begriff ausländische Währung durchgesetzt.

1 Stellen Sie die Wirtschaftssysteme in den beiden deutschen Staaten gegenüber (GB, M 1–M 5, DT). Siehe auch den Webcode in der Randspalte auf S. 233.
2 Vergleichen Sie, ausgehend von einer Untersuchung der Grafiken M 6–M 9, die wirtschaftliche Entwicklung in den beiden deutschen Staaten zwischen 1949 und 1989. Ziehen Sie für den Vergleich auch den DT heran.
3 **Arbeitsteilige Partnerarbeit:** Untersuchen Sie die Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung auf die Lebensverhältnisse der Bürgerinnen und Bürger
a) in der Bundesrepublik Deutschland (DT, M 10–M 12 und S. 241, M 1–M 2),
b) in der DDR (DT, M 12, M 14–M 16 und S. 241, M 1–M 2).
Tipp: Achten Sie auf die Aspekte Konsumgüter, Wohnen und soziale Absicherung.
c) Tauschen Sie sich über Ihre Ergebnisse aus und analysieren Sie davon ausgehend das SED-Parteitagsprotokoll M 13.
4 **Gruppenarbeit:** Lesen Sie arbeitsteilig die Historikertexte M 17–M 20 und erarbeiten Sie die Gründe für vorhandene bzw. fehlende Zustimmung der Bevölkerung zur Bundesrepublik bzw. zur DDR. Berichten Sie in der Gruppe über Ihre jeweiligen Ergebnisse.
5 Beurteilen Sie, ausgehend von Ihren Ergebnissen, im Rahmen einer Diskussion im Kurs den Zusammenhang von wirtschaftlicher Prosperität, Lebenssituation der Bevölkerung und Akzeptanz des politischen Systems in den beiden deutschen Staaten.

Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik

M 5 Ludwig Erhard über die Rolle des Staates, 1957

Bei früherer Gelegenheit habe ich [...] einmal auf die Rolle des Staates als des obersten Schiedsrichters hingewiesen. Ich möchte hierbei das vielleicht etwas banal erscheinende Bild eines Fußballspiels gebrauchen dürfen. Da bin ich der Meinung, dass ebenso, wie der Schiedsrichter nicht mitspielen darf, auch der Staat nicht mitzuspielen hat. [...] Das Fußballspiel folgt bestimmten Regeln, und diese stehen von vornherein fest. Was ich mit einer marktwirtschaftlichen Wirtschaft anstrebe, das ist – um im genannten Beispiel zu bleiben – die Ordnung des Spiels und die für dieses Spiel geltenden Regeln aufzustellen. [...]

Eine freiheitliche Wirtschaftsordnung kann auf die Dauer nur dann bestehen, wenn und solange auch im sozialen Leben der Nation ein Höchstmaß an Freiheit, an privater Initiative und Selbstversorgung gewährleistet ist.

Wenn dagegen die Bemühungen der Sozialpolitik darauf abzielen, dem Menschen schon von der Stunde seiner Geburt an volle Sicherheit gegen alle Widrigkeiten des Lebens zu gewährleisten, d. h. ihn in einer absoluten Weise gegen die Wechselfälle des Lebens abschirmen zu wollen, dann kann man von solchen Menschen einfach nicht mehr verlangen, dass sie das Maß an Kraft, Leistung, Initiative und anderen besten menschlichen Werten entfalten, das für das Leben und die Zukunft der Nation schicksalhaft ist und darüber hinaus die Voraussetzung einer auf die Initiative der Persönlichkeit begründeten „Sozialen Marktwirtschaft" bietet.

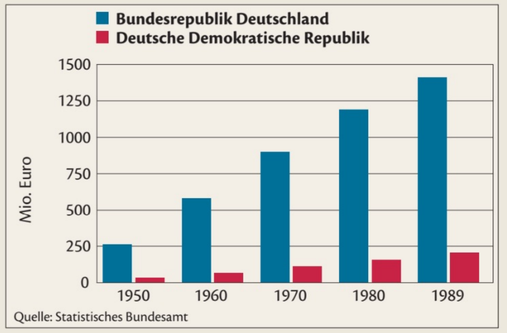
Auch muss auf die unlösbare Verbindung zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik aufmerksam gemacht werden: Tatsächlich sind umso weniger sozialpolitische Eingriffe und Hilfsmaßnahmen notwendig, je erfolgreicher die Wirtschaftspolitik gestaltet werden kann.

[...] Es muss daher im ureigensten Interesse jeder organischen Sozialpolitik liegen, eine zugleich expansive wie auch stabile Wirtschaft sicherzustellen und Sorge zu tragen, dass die Prinzipien, nach denen die Wirtschaft geordnet ist, erhalten bleiben und weiter ausgebaut werden.

*Zit. nach: Christoph Kleßmann/Georg Wagner (Hg.), Das gespaltene Land. Leben in Deutschland 1945–1990. Texte und Dokumente zur Sozialgeschichte, C. H. Beck, München 1993, S. 184 f.**

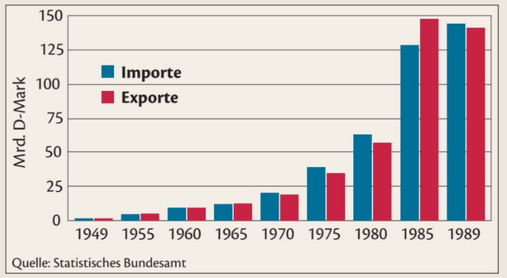
Wirtschaftliche Entwicklung in den beiden deutschen Staaten

M 6 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in der Bundesrepublik und in der DDR (1950–1989).
Bruttoinlandsprodukt = Wert aller Waren und Dienstleistungen, die in einem Jahr innerhalb der Landesgrenzen einer Volkswirtschaft produziert wurden. Siehe auch Informationen auf Seite 301.



Quelle: Statistisches Bundesamt

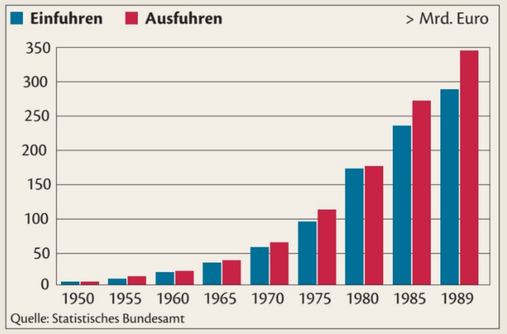
M 7 Außenhandel der DDR (1950–1989)



Quelle: Statistisches Bundesamt

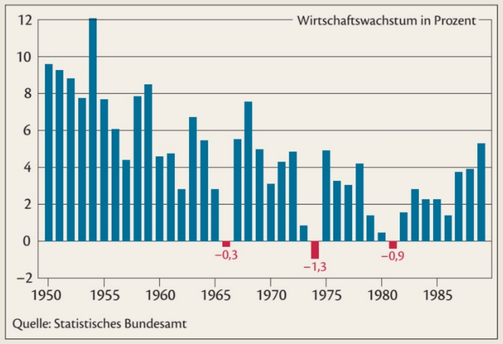
Bis 1985 Angaben in Westwährung (D-Mark), da die DDR keine konvertierbare Währung hatte. Ab 1985 wurde die Berechnungsgrundlage geändert, die Zahlen sind daher mit denen der Vorjahre nicht vergleichbar.

M 8 Außenhandel der Bundesrepublik (1950–1989)



Quelle: Statistisches Bundesamt

M 9 Wirtschaftswachstum der Bundesrepublik Deutschland (1950–1989).
Für die DDR liegen keine belastbaren Zahlen vor.



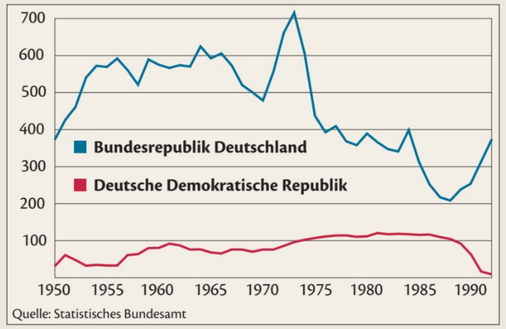
Quelle: Statistisches Bundesamt

Lebensverhältnisse in den beiden deutschen Staaten

M 10 Der Journalist Alexander Jung über das Konsumverhalten im beginnenden „Wirtschaftswunder", 2006
Die Bürger lebten in einer neuen Staatsform, mit neuer Währung, sogar neuen Verbündeten, die sie eben noch als Feinde bekämpft hatten. Zugleich verschob sich das gesamte Wirtschaftsgefüge: Fortan dominierte die Industrie, gefolgt vom Dienstleistungssektor, die Landwirtschaft spielte nur noch eine Nebenrolle.
Die Menschen genossen die geschenkte Freiheit, vor allem die Freiheit des Konsums. Dank „bequemer Teilzahlung", wie der neue Ratenkredit beworben wurde, konnte sich jeder Normalverbraucher [einen] Kühlschrank oder [ein] Radio leisten – und bald schon vieles mehr: den Urlaub am Lido di Jesolo [Italien], den Käfer von Volkswagen. Die Zulassungsbehörden zählten Ende des Jahrzehnts [1950er] gut 5 Millionen Autos, zu Beginn waren es gerade 700 000 gewesen. Ein VW war seinerzeit in acht Tagen lieferbar, zum stolzen Preis von 5 300 Mark.
Dafür schuftete der Bundesbürger 48 Stunden in der Woche, natürlich auch samstags. So viele Wünsche hatten sich angestaut, die Nachkriegsgründer konnten sie bedienen. […]
Die Bundesbürger flüchteten in den Konsum und in die Arbeit und verdrängten die Erinnerung an die braune Vergangenheit. Der sichtbare, für die meisten unmittelbar spürbare Erfolg der Marktwirtschaft erleichterte es ihnen, die parlamentarische Demokratie zu akzeptieren, sich sogar mit ihr zu identifizieren.
Alexander Jung, Das Wirtschaftswunder. Fresswelle nach der Fettlücke, in: Spiegel Spezial 1/2006, S. 98 und 102. Digital: https://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/45964822.*

M 11 Westdeutsche Familie auf Urlaub am Gardasee (Italien), Fotografie, 1955

M 12 Fertiggestellte Wohnungen in West- und Ostdeutschland (1950–1989) in Tsd.



Quelle: Statistisches Bundesamt

1947 lebten in den Westzonen ca. 47 Millionen Menschen, 1989 in der Bundesrepublik 62,2 Millionen. Ostdeutschland hatte im Jahr 1947 19,1 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner, im Jahr 1989 16,4 Millionen.

M 13 Aus einem SED-Parteitagsprotokoll, 1963
Am 29. Mai 1958 wurden die Lebensmittelmarken abgeschafft, die DDR-Volkswirtschaft begann sich langsam zu konsolidieren. Die SED-Führung versuchte die nach wie vor bestehenden Modernisierungsrückstände und Schwankungen in der Versorgung mit Konsumgütern zu erklären.
Wir müssen davon ausgehen, dass wir in der Etappe des umfassenden Aufbaus des Sozialismus noch nicht einen Überfluss an Waren produzieren können, dass es in dieser Etappe noch nicht möglich ist, alle vorhandenen Wünsche zu jeder Zeit und in jedem Umfang zu erfüllen.
Wir sollten berücksichtigen, dass sich in der sozialistischen Gesellschaft mit dem Charakter der Arbeit auch die Bedürfnisse der Menschen verändern. Es ändern sich viele aus dem Kapitalismus übernommene Verbrauchsvorstellungen, und es beginnen sich neue Bedürfnisse sozialistischer Art zu entwickeln. […]
Mit den vorhandenen Rohstoffen und durch moderne Technologien muss ein ansprechendes Warenangebot in guter Qualität hergestellt werden, um so von der Produktion her die Bedarfsbefriedigung optimal zu beeinflussen. Unsere Vorstellungen und Ideale unterscheiden sich dabei grundsätzlich vom Reklamerummel im Kapitalismus.
*Was heißt das, den Bedarf der Bevölkerung „lenken"? In: Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 15. bis 21. Januar 1963, Berlin 1963, S. 160, zit. nach: Saskia Handro, Alltagsgeschichte. Alltag, Arbeit, Politik und Kultur in SBZ und DDR, Schwalbach/Ts., Wochenschau 2016, S. 166 f.**

M 14 Der Historiker André Steiner über die 1960er-Jahre in der DDR, 2004
Seit 1964/65 begannen sich die Investitionen auszuwirken: Der Handel konnte mehr industrielle Konsumgüter als in den Vorjahren anbieten. […] Infolge der besseren Angebote waren auch mehr und mehr Haushalte mit technischen Konsumgütern ausgestattet.
Diese Zunahme ist umso bemerkenswerter, als die Preise für industrielle Konsumgüter im Verhältnis zu den Durchschnittseinkommen erheblich waren: Ein Fernsehgerät kostete 1965 2 050 Mark, ein Kühlschrank 1 350 Mark und eine Waschmaschine 1 350 Mark. Zugleich lag das durchschnittliche Nettoeinkommen der Arbeiter und Angestellten bei 491 Mark [Monatseinkommen]. Etwa 40 % des Endverbraucherpreises von Fernsehgeräten und Kühlschränken kamen dem Staatshaushalt zu. Damit sollten die Subventionen der Preise für Grundbedarfsgüter finanziert werden. […] Die Preise von Industriewaren stiegen zwischen 1962 und 1967 um insgesamt 2,5 % und dann allein im Jahr 1968 um mehr als 3 %. Diese Preissteigerungen setzten sich bis 1970 fort und erfassten fast alle Gruppen von Industriewaren und teilweise auch Nahrungsmittel. […] Vom nominalen jährlichen Zuwachs der Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung während der 60er Jahre in Höhe von 3 % blieb preisbereinigt nur etwas mehr als 2 %. […] In der Bundesrepublik nahmen zur gleichen Zeit – je nach Berechnungsgrundlage – die Reallöhne um 5 bis 6 % jährlich zu. Die Entwicklung des Lebensstandards in der DDR blieb so immer weiter hinter dem westdeutschen zurück.
Gleichwohl hatten sich die Verhältnisse gebessert: 1965 und 1967 wurde die oft schon praktizierte Fünf-Tage-Woche schrittweise legalisiert und verallgemeinert. Der Mindestlohn stieg 1967 von 220 auf 300 Mark, das Kindergeld wurde angehoben, die Renten etwas verbessert und 1968 ein freiwilliges Zusatzrentensystem eingeführt. […] Der höhere Lebensstandard und der mit der Wirtschaftsreform demonstrierte Veränderungswille der SED-Spitze waren wohl Ursachen dafür, dass die 60er Jahre in der DDR eher positiv erinnert wurden. […]
*André Steiner, Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, Deutsche Verlagsanstalt, München 2004, S. 156 ff.**

M 15 Halle-Neustadt, Fotografie, 1969.
In den 1960er- und 1970er-Jahren wurden in Halle-Neustadt Wohnungen für die jungen Arbeiterfamilien der umliegenden Industriegebiete geschaffen.

M 16 „Teurer Genosse!" – Brief einer jungen Familie an Erich Honecker, 1986
Wir haben eine kleine Zwei-Raum-Wohnung und eine sehr kleine Küche mit Schrägdach. Wenn wir im Winter heizen, müssen wir unsere Frisierkommode auf den Flur stellen und dort regnet es auch durch. Wir haben uns schon bald die Hacken wund gelaufen und uns wurden bloß immer leere Versprechungen gemacht. Mein Mann arbeitet im Forstbetrieb N. und ich als Annahmesekretärin. Meine Schwiegermutter ist Heizerin in der Kinderkrippe W. Nach Feierabend müssen wir uns dann in einer Schüssel waschen. Denn eine Badewanne und eine Spültoilette kennen wir gar nicht. Wir möchten auch gerne in einer Badewanne liegen können, wie andere es auch haben. Und nachts nicht mehr zum Hof auf die Toilette gehen. Es wurde sogar schon zu uns gesagt, was wir bloß mit unserem Bad haben, wir sollten doch zufrieden sein mit dem, was wir haben.
Zit. nach: Monika Dertz-Schröder/Jochen Staadt (Hg.): „Teurer Genosse!" Briefe an Honecker, Transit, Berlin 1994, S. 74 f.

Aussagen von Wissenschaftlern zur Systemakzeptanz in West und Ost

M 17 Der Politikwissenschaftler Karlheinz Niclauß über die Ursachen des Demokratieerfolges in der Bundesrepublik, 2004

Obwohl wichtige wirtschaftspolitische Entscheidungen bereits gefallen waren, als sich die Bundesrepublik konstituierte, lässt sich hieraus kaum ein Vorrang der Wirtschaft gegenüber der Politik ableiten. Es ist auch keineswegs so, dass mit der Währungsreform und der Weichenstellung zur Wettbewerbswirtschaft die politische Entwicklung Westdeutschlands präjudiziert[1] wurde. Politische und wirtschaftliche Faktoren griffen vielmehr ineinander. Auch nach Gründung der Bundesrepublik beeinflussten die politischen Entscheidungen in Bonn durch Steuerpolitik und planende Elemente den Wiederaufbau der westdeutschen Wirtschaft und die Verteilung des Wohlstands. Die allgemeine Zustimmung zur Wirtschaftspolitik der Fünfzigerjahre erweckte den Eindruck, in der prosperierenden Bundesrepublik Deutschland hätten die Unterschiede der Klassen und Schichten an Bedeutung verloren. […]

Das „Wirtschaftswunder" der Fünfzigerjahre verführt zu der Annahme, die politische Stabilität der Bundesrepublik sei auf günstige ökonomische Bedingungen zurückzuführen. Eine genauere Untersuchung der Ausgangssituation von 1949/50 zeigt allerdings ein differenzierteres Verhältnis von Politik und Wirtschaft. Obwohl der wirtschaftliche Aufstieg eine wichtige Grundlage der Kanzlerdemokratie bildete, kann diese Frage kaum im Sinne einer einseitigen Kausalität beantwortet werden. Ein Blick auf den Ablauf der Ereignisse zeigt vielmehr, dass man die Eigendynamik des politischen Systems und den Einfluss führender Politiker nicht unterschätzen darf: Als Mitte 1952 mit der Auslastung der westdeutschen Industrie, mit dem Rückgang der Arbeitslosigkeit und mit steigenden Einkommen der wirtschaftliche „Durchbruch zu einem sich selbst tragenden Wachstum" erfolgte, war der Regierungstyp der Kanzlerdemokratie in Bonn bereits fest etabliert. Konrad Adenauer bestimmte zu diesem Zeitpunkt mit Unterstützung einer sicheren parlamentarischen Mehrheit die Richtlinien der inneren und äußeren Politik. Unabhängig von der Steigerung des Lebensstandards deutete sich hier bereits ein „Regierungswunder" an, welches den Unterschied zwischen der Bonner und der Weimarer Demokratie deutlich erkennen ließ. Dass die politischen Parteien eine Mehrheitsregierung bilden konnten, die über eine volle Legislaturperiode im Amt blieb, war in Deutschland eine völlig neue Erfahrung. Die Zustimmung der Westdeutschen zur zweiten Republik wurde durch das Funktionieren der politischen Institutionen im gleichen Maße gefördert wie durch den wirtschaftlichen Wiederaufstieg.

*Karlheinz Niclauß, Kanzlerdemokratie. Regierungsführung von Adenauer bis Gerhard Schröder, Schöningh, Paderborn 2004, S. 23 f.**

1 *präjudiziert:* vorherbestimmt

M 18 Der Historiker Hans-Ulrich Wehler 2008 über den demokratischen Neustart nach 1945

Statt [nach 1945] einem Horrorszenario beizuwohnen, konnte man jedoch bereits zehn Jahre nach dem Kriegsende die Bundesrepublik als gefestigtes, leistungsfähiges Gemeinwesen auf dem Weg nach oben beobachten. Vergegenwärtigt man sich die chaotischen Verhältnisse der letzten Kriegs- und der ersten Nachkriegsjahre, wird die Antwort auf die Frage nach den Gründen für die Abwendung der befürchteten Desintegration[1] umso dringender.

1. An erster Stelle der Ursachenerklärung steht das beispiellose Wirtschaftswachstum, das in den Jahren zwischen 1950 und 1965 zu einer jährlichen Steigerung des Bruttosozialprodukts um durchschnittlich 5,6 %, manchmal sogar um 8 % führte. […] Die Arbeitslosigkeit sank von 1950 = 1,9 Millionen auf 1960 nur mehr 1,3 % der Erwerbstätigen, sodass faktisch die Vollbeschäftigung erreicht wurde. Insofern trug das „Wirtschaftswunder", das Weimar versagt geblieben war, das „Demokratiewunder" der zweiten Republik.

2. Die ökonomische Erfolgswelle unterstützte die antikommunistische Abgrenzung vom Osten, der so evident[2] unfähig blieb, den westlichen Vorsprung einzuholen. Der grelle Kontrast zwischen der Bundesrepublik und der Diktatur der deutschen Bolschewiki[3] nährte das Selbstbewusstsein der Westdeutschen, die Wohlstandsdiffusion[4] belebte ihre Zuversicht und ihren Zukunftsoptimismus, der bedrohliche Protestneigungen auflöste.

3. Die politische Verfassungsordnung erwies ihre Funktionstüchtigkeit. Man kann ihre Integrationsstärke etwa daran ablesen, dass die drei dominierenden Parteien, CDU/CSU, SPD und FDP, bis 1961 volle 94 % der Wählerschaft an sich zu binden vermochten. […]

4. Die effektive staatliche Machtausübung auf dem weiten Feld der Innen- und Außenpolitik wurde […] als weiterer Beweis politischer Leistungsfähigkeit angesehen.

5. Die politische Führung durch die Bundesregierung […] flößte ganz so Vertrauen ein wie die Gewöhnung an eine neue politische Kultur. Vor allem die denkwürdigen sozialstaatlichen Leistungen auf den Gebieten der Rentenpolitik mit dem Höhepunkt um 1957, als die dynamische Rente die Altersarmut faktisch beseitigte, des Lastenausgleichs mit seiner historisch beispiellosen Umverteilung der materiellen Kriegsbelastungen, der Neuregulierung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit im „rheinischen Kapitalismus"[5] durch die Mitbestimmung wirkten entspannend; hinzu kam die eindrucksvolle Leistungsbilanz im Zeichen des Kalten Krieges, die politische Neuorientierung hin auf ein zusammenwachsendes Europa und die Integration in das westliche Bündnissystem, die Aufwertung als Wirtschaftspartner und der Vorstoß in die Führungsgruppe der Handelsmächte auf dem Weltmarkt. Die Gesamtwirkung dieser günstigen Rahmenbedingungen für den auffälligen Entwicklungsschub eines extrem gefährdeten Neustaates lief auf eine erstaunliche Integration […] hinaus.

*Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 5, C. H. Beck, München 2008, S. 15 f.**

1 *Desintegration:* Spaltung
2 *evident:* offensichtlich
3 *deutsche Bolschewiki:* Nationalsozialisten
4 *Wohlstandsdiffusion:* Wohlstand für alle
5 *„rheinischer Kapitalismus":* Soziale Marktwirtschaft

M 19 Die Historiker Hartmut Kaelble und Jürgen Kocka zur Loyalität der DDR-Bevölkerung gegenüber dem Staat, 1994

Solche Werte wie Arbeitsplatzsicherheit, niedrige Preise des Grundbedarfs und Unentgeltlichkeit des Gesundheitswesens haben die Loyalitätsbereitschaft großer Kreise der Bevölkerung viel stärker getragen, als es der Glaube an die parteiliche Wahrheit der ideologischen Doktrin jemals vermochte. Je länger, umso mehr waren es gerade solche sozialpolitischen Stützbalken, auf denen die Last des Legitimationsanspruches der zweiten deutschen Diktatur beruhte. Die mangelnde Legitimität der politischen Grundordnung, die schwache ökonomische Effizienz[1] der SED-Herrschaft, das Wohlstandsgefälle beim Blick auf die westdeutsche Vergleichsgesellschaft verstärkten zusammen die kompensatorische[2] Last, welche die ‚sozialen Errungenschaften' – als die wirksamste und zuletzt wohl einzige Loyalitätsstütze – zu tragen hatten.

Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka u. a. (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, Klett-Cotta, Stuttgart 1994, S. 536.

1 *Effizienz:* Wirksamkeit
2 *kompensatorisch:* ausgleichend

M 20 Der Historiker Andreas Malycha über die DDR in den 1980er-Jahren, 2011

Vor allem in den staatlichen Betrieben wuchs die Unzufriedenheit. Es fehlte an technischen Ausrüstungen, Ersatzteilen und Rohstoffen, sodass sich die Stillstandszeiten der Maschinen häuften. Arbeitsorganisation und Arbeitsdisziplin waren miserabel und die Motivation der Beschäftigten näherte sich dem Nullpunkt. […] Da sich viele Werke in einem beklagenswerten Zustand befanden, häuften sich die Betriebsunfälle und Havarien[1]. […] Die unkontrollierte Freisetzung von Schadstoffen und das Ignorieren von Grenzwerten belasteten die Umwelt. […]

Darüber hinaus ließ ein Generationenkonflikt, der sich seit den 1970er-Jahren in der DDR herausgebildet hatte, die Loyalität gegenüber dem SED-Staat schwinden. Hatte die „Aufbaugeneration" noch fabelhafte soziale Aufstiegschancen erhalten, blieb der in der DDR aufgewachsenen Generation der Karriereweg oftmals versperrt. Die soziale Mobilität nahm rapide ab, die freie Berufswahl wurde insbesondere im akademischen Bereich zunehmend eingeschränkt. So wuchs unter den „in die DDR Hineingeborenen" die Unzufriedenheit […]. Auch aus beruflicher Perspektivlosigkeit entwickelten sich gesellschaftliche Konflikte, die dann im Herbst 1989 offen aufbrachen.

Im letzten Jahrzehnt der DDR waren jedoch nicht Verweigerung, Ausreise oder gar Widerstand die typischen Verhaltensmuster der großen Mehrheit. Insgesamt herrschte eher eine Mischung aus Mitwirkung und Distanz, aus symbolischer Teilnahme und Rückzug in private Nischen […]. Auf diese Weise entstand ein von Konformität geprägtes Milieu, in dem viele mit einem gewissen Stolz auf das materiell-sozial Erreichte blickten. Zugleich wuchs der Ärger darüber, dass die politische Führung der Bevölkerung noch immer elementare demokratische Grundrechte verweigerte. Wie viele Menschen sich letztlich aus Opportunismus oder Angst vor Repressionen mit den politischen Verhältnissen arrangierten, vermag niemand zu sagen. Man darf allerdings nicht das bis zuletzt aufrechterhaltene Ausmaß an Repression übersehen, das Partei und Staat zur Verfolgung vermeintlicher oder tatsächlicher Gegner aufbrachten.

*Andreas Malycha, Auf dem Weg in den Zusammenbruch. Zit. nach: https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/geschichte-der-ddr-312/48560/auf-dem-weg-in-den-zusammenbruch-1982-bis-1990/(Download vom 9. Mai 2023).**

1 *Havarien:* Schadensfälle

Eine Statistik untersuchen

Statistiken sind in der Geschichtswissenschaft, insbesondere in der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, eine eigenständige Form der historischen Quelle. Genau genommen handelt es sich um eine **Mischform aus Quelle und Darstellung**: Einerseits stützen sie sich auf **sicheres Datenmaterial**, z. B. von Behörden oder Umfrageinstituten, andererseits nimmt die Autorin bzw. der Autor der Statistik durch Auswahl und Zusammenstellung der Daten bereits eine Deutung vor. Denn Statistiken sollen häufig nicht nur informieren, sondern auch Thesen belegen und Meinungsbildung steuern. So objektiv Statistiken aufgrund präziser Zahlenangaben also auf den ersten Blick erscheinen, so sind sie immer auch Ausschnitte von komplexen historischen Sachverhalten bzw. Perspektiven auf diese.

Statistische Daten begegnen uns als **Zahlentabelle** oder als **Diagramm** (z. B. Balken- oder Tortendiagramm). Die Aussagekraft der in den Statistiken enthaltenen Zahlen kann unterschiedlich sein. Daher ist es notwendig, genau die Einheit zu benennen, in der die Werte angegeben sind, sowie den Zeitraum, auf den sich diese Werte beziehen. Die verwendete Einheit wird häufig in der Legende oder in der Tabelle selbst angegeben. Möglich sind absolute Werte wie Euro oder Tonne sowie relative Werte wie Prozent oder ein Orientierungswert auf einen Index, der alle Daten an einer Bezugsgröße ausrichtet, der z. B. der Wert 100 zugeordnet wird. Die grafische Umsetzung der Daten in einem Schaubild macht eine Statistik „lesbarer", d. h. sie erhöht die Anschaulichkeit der Zahlenreihe.

Arbeitsschritte zur Analyse

1. Leitfrage

- Welche Fragestellung bestimmt die Untersuchung der Statistik?

2. Analyse

Formale Aspekte

- Wer hat die Statistik erstellt? Wer hat sie in Auftrag gegeben? Woher stammen die Zahlen?
- Wann und wo wurde sie veröffentlicht?
- Was thematisiert die Statistik?
- Welche Darstellungsform (Tabelle oder Diagramm) liegt vor?

Inhaltliche Aspekte

- Welcher geografische Raum bzw. welche Räume werden erfasst?
- Auf welchen Zeitraum bezieht sich die Statistik? Gibt es ggf. Lücken?
- Welche Einheiten (absolute Werte, z. B. Dollar, Tonnen; relative Werte, z. B. Prozent, Index) werden in den Zeilen und Spalten bzw. Graphen verwendet?
- Welche Daten werden wie aufeinander bezogen (z. B. Jahreszahlen und Bevölkerungszahlen)?
- Welche Einzelinformationen (Schwerpunkte, Ausschläge, regelhafte Verläufe, Zusammenhänge; ggf. bei Vergleich von Regionen: Gemeinsamkeiten und Unterschiede) ergeben sich?
- Welche Intention wird mit der Statistik verfolgt?

3. Historischer Kontext

- Auf welchen historischen Sachverhalt (Epoche, Ereignis, Prozess) bezieht sich die Statistik?

4. Urteil

- Worüber gibt die Statistik keine Auskunft?
- Gibt es Hinweise auf Manipulationen?
- Mit welchen anderen Statistiken und/oder Quellen lässt sich die Statistik ggf. vergleichen bzw. überprüfen?
- Welche Gesamtaussage lässt sich im Hinblick auf die Leitfrage formulieren?

Übungsbeispiele

M 1 Ausstattung mit langlebigen Konsumgütern in beiden deutschen Staaten 1969–1985

Erzeugnis	Von 100 Haushalten besaßen					
	in der Bundesrepublik Deutschland			in der DDR		
	1969	1978	1985	1969	1978	1985
Pkws	45	62	83	11	34	48
Rundfunkgeräte [1]	83	99	80	89	98	65
Fernsehgeräte	74	94	125	60	87	118
Kühlschränke	85	98	165	37	99	138
Waschmaschinen	61	82	101	38	79	99

Zusammengestellt nach Zahlenspiegel, hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1982, 1988.

1 einschließlich in Kombination mit Tonbandkassettengeräten usw.

Hinweis: Die Zahlen über 100 signalisieren, dass in den manchen Haushalten mehrere Geräte vorhanden waren; bei Kühlschränken wurden u. a. auch Tiefkühlgeräte getrennt aufgelistet.

Formulierungshilfen

- Die Statistik zeigt …
- In der Tabelle werden … verglichen.
- … die Entwicklung von … bis/über einen Zeitraum von … Jahren.
- Im Vergleich dazu … zeigt sich …
- Vergleicht man die Entwicklung von … mit …
- Der Anteil … nimmt zu/ab.
- An dieser Stelle überholt …
- … spielte eine starke/schwache Rolle.
- … gewann/verlor Bedeutung.
- Besonders auffällig ist …
- Zusammenfassend lässt sich sagen, dass …

M 2

1 Untersuchen Sie die Tabelle M 1 mithilfe der Arbeitsschritte im Hinblick auf die Veränderungen des Konsumverhaltens in der Bundesrepublik bzw. in der DDR.

2 **a)** Vergleichen Sie auf der Basis von M 2 die Lebensverhältnisse in der DDR und der Bundesrepublik.

b) Beurteilen Sie die Aussagekraft des Materials.

▶ *Lösungshinweise finden Sie auf S. 306.*

4.4 Friedliche Revolution und Wiedervereinigung

Welche kurz- und langfristigen Ursachen führten zum Zusammenbruch der SED-Diktatur? Welche Bedeutung hatte die Bürgerrechtsbewegung in der DDR für die friedliche Revolution und den Prozess der Wiedervereinigung?

M 1 **Die Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley (Bildmitte) während einer Demonstration auf dem Alexanderplatz in Berlin, Fotografie, 4. November 1989**

Bärbel Bohley (1945–2010), eine der wichtigsten Wegbereiterinnen der friedlichen Revolution von 1989/90. Sie war eine Mitbegründerin der „Initiative Frieden und Menschenrechte" sowie des „Neuen Forums", der bedeutendsten Oppositionsbewegung in der DDR. Nach der Wiedervereinigung engagierte sie sich für die Aufarbeitung von DDR-Unrecht.

▶ M 6: Karikatur „Überdruckprobleme", Rudolf Schöpper

M 2 **DDR-Flüchtlinge, nachdem sie die Grenze zwischen Österreich und Ungarn passieren konnten, Fotografie, 19. August 1989**

L **Vorschlag für eine Lernaufgabe:**
Der damalige Bundespräsident Johannes Rau sagte anlässlich des 10. Jahrestages der Wiedervereinigung am 3. Oktober 2000 in Dresden: „Die Ostdeutschen haben sich die Freiheit erkämpft – mit Kerzen und Gebeten, mit Mut und Friedfertigkeit gegen ein waffenstarkes Regime." Erörtern Sie, ausgehend von dieser Aussage, in einer schriftlichen Argumentation die Bedeutung der Bürgerrechtsbewegung für das Ende der DDR. Die Arbeitsaufträge auf S. 245 unterstützen Sie dabei.

Opposition in der DDR – die Bürgerrechtsbewegung entsteht

Zu Beginn der 1980er-Jahre hatten sich überwiegend jüngere Menschen in der DDR im Schutz der **Kirche** in **Umwelt- und Friedensgruppen** organisiert. Diese Gruppen erhielten im Laufe der Jahre Aufmerksamkeit in der Bevölkerung und waren Antrieb für die Entstehung einer immer größer werdenden oppositionellen Basis. 1986 kam es zur Gründung der **„Initiative Frieden und Menschenrechte"**, die die friedliche Revolution 1989/90 wesentlich mitprägte (M 1). Sie verstand sich als unabhängig von der Kirche und hatte damit eine Sonderstellung innerhalb der Menschenrechts- und Demokratiebewegung. Die Initiative setzte sich für die Wahrung der Menschenrechte ein und lehnte jede Art von autoritärer Regierung ab. Obwohl die oppositionellen Gruppen nicht die Abkehr vom sozialistischen Gesellschaftsmodell der DDR, sondern einen „freiheitlichen Sozialismus" forderten, reagierte die SED mit Verhaftungen und Ausweisungen ihrer Mitglieder.

Die friedliche Revolution 1989

Seit dem Amtsantritt von Michail Gorbatschow als Generalsekretär der KPdSU im Jahr 1985 verringerte die Sowjetunion die Kontrolle der von ihr abhängigen Staaten. Das förderte Bürgerproteste in den osteuropäischen Staaten, in denen Reformen gefordert wurden, und führte letztlich zum **Umbruch im Ostblock ab 1989/90**. Das bedeutete für die DDR allerdings eine außenpolitische Krise, da so die externe Stabilisierung durch die Sowjetunion wegfiel. Den neuen Kurs der Sowjetunion lehnten die SED und insbesondere Erich Honecker generell ab. Auch deshalb geriet die Führung der DDR in eine tiefe Glaubwürdigkeitskrise. Die Mitglieder des Politbüros waren zudem überaltert, im starren System des DDR-Sozialismus gefangen und deshalb ohne Verständnis für den Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nach mehr Demokratie.
Der zunehmende Unmut der Bevölkerung, das wachsende Selbstbewusstsein der Opposition und der anhaltende Autoritätsverlust von Staat und Partei wurden erstmals bei den **Kommunalwahlen am 7. Mai 1989** offensichtlich. Bürgerrechtsgruppen gelang es, den Machthabern Wahlfälschungenälschungen nachzuweisen. Es kam zu zahlreichen Demonstrationen, die von Volkspolizei und Staatssicherheit aufgelöst wurden. Gorbatschow lehnte eine Intervention von Sowjet-Truppen gegen mögliche Unruhen ab.
Die schwelende politische Krise wurde verschärft durch die **Massenflucht** aus der DDR im **Sommer 1989** (M 2). Tausende Ostdeutsche flüchteten in die bundesdeutschen Botschaften in Budapest, Warschau und Prag sowie in die Ständige Vertretung Westdeutschlands in Ostberlin. Am 2. Mai 1989 begann Ungarn mit dem Abbau seiner

Grenzbefestigungen zu Österreich; am 10. September 1989 entschied die ungarische Regierung, dass Ostdeutsche das Land frei in Richtung Westen verlassen durften. Die Flüchtlingszahlen stiegen sprunghaft an.
Im Sommer 1989 begannen sich auch die oppositionellen Kräfte in der DDR politisch zu organisieren. Zu den einflussreichsten Gruppen der erstarkenden Opposition zählte das **„Neue Forum"**. Ihre Gründungsmitglieder beantragten am 19. September 1989 offiziell die Zulassung als politische Vereinigung. Trotz Ablehnung des Antrags trugen sich Tausende in die Mitgliederlisten ein. Anfang Oktober 1989 schlossen sich die wichtigsten Oppositionsgruppen zusammen. Ihre Vertreter forderten in einer gemeinsamen Erklärung freie und geheime Wahlen sowie die Freilassung inhaftierter Oppositioneller. Trotz gewaltsamer Auflösung von Demonstrationen nahm der Widerstand immer größere Ausmaße an.
Die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag des Bestehens der DDR am 7. Oktober 1989 machten die völlige Entfremdung von Partei und Volk vor aller Augen deutlich. Das Regime wollte sich glanzvoll inszenieren, doch Demonstrierende störten die unglaubwürdige Selbstdarstellung der Funktionäre empfindlich.

▶ M 7: Ulrike Poppe: „Geschichte wird immer von Menschen gemacht"

▶ M 8: Gründungsaufruf des „Neuen Forums", 9. September 1989

Balkon-Rede des Bundesaußenministers Hans-Dietrich Genscher in der deutschen Botschaft in Prag am 30. September 1989
mexune

▶ M 9–M 11: Protestaktionen September bis November 1989

M 3 **Montagsdemonstration in Leipzig, Fotografie, 9. Oktober 1989**

Die Bürgerrechtsgruppen meldeten sich immer selbstbewusster zu Wort, aber auch bislang nicht aktive Bürgerinnen und Bürger wiesen nun den umfassenden Machtanspruch der SED öffentlich zurück. Die größte Wirkung entfalteten die Straßenproteste, die sich im Herbst 1989 zu landesweiten Demonstrationen ausgeweitet hatten. Im Mittelpunkt standen die **„Montagsdemonstrationen"**, die vor allem innerhalb der evangelischen Kirche organisiert wurden und in Leipzig ihren Anfang nahmen. Bereits am 9. Oktober gingen dort 70 000 Menschen friedlich auf die Straße (M 3), obwohl ein Einsatz der Armee gegen die Demonstrierenden bis zuletzt möglich erschien.
„Wir sind das Volk!" und **„Keine Gewalt!"** wurden zu den Leitideen der Opposition. Das Regime konnte weder den Widerstand länger ignorieren noch mit Verhaftungen die Proteste unterdrücken. In der Folge wandte sich die SED-Spitze von Erich Honecker ab, der schließlich zum Rücktritt gezwungen wurde. Die SED versuchte, die Lage durch einen Aufruf zu einem freien und friedlichen Dialog zu stabilisieren und so eine **„Wende"** herbeizuführen, ohne eine grundsätzliche Erneuerung umzusetzen. Egon Krenz als Nachfolger von Erich Honecker konnte sich aber nicht als Reformer profilieren, da er ebenso für die alte SED-Elite stand.

M 4 **Demonstrierende vor der Gethsemanekirche in Ostberlin, Fotografie, 18. Oktober 1989.**
In der Kirche fanden seit Anfang Oktober 1989 regelmäßig Mahnwachen und Fürbitten statt.

Wie stark die SED-Führung in die Defensive geraten war, zeigte die offizielle Genehmigung und Fernsehübertragung einer Demonstration auf dem Berliner Alexanderplatz am 4. November. Dort versammelten sich nach Schätzungen zwischen einer halben und einer Million Menschen, die Presse-, Reise- und Versammlungsfreiheit forderten.

Der 9. November 1989 – Öffnung der innerdeutschen Grenze

Zeitzeugen und Videos zum Mauerfall am 9. November 1989

pijuje

Endgültig entglitt der SED-Führung die Lage am **9. November 1989**. Auf einer Pressekonferenz löste das Politbüro-Mitglied Günter Schabowski, irritiert durch die Nachfrage eines Journalisten, zunächst Verwirrung aus, als er neue Regeln für den Grenzübertritt in den Westen bekannt gab. Die Ausreise könne nun „unverzüglich" über alle Grenzübergangsstellen erfolgen – obwohl eigentlich Antragstellung und Genehmigung vorgesehen waren. Viele Menschen strömten daraufhin zur **Berliner Mauer** und forderten dieses Recht ein. Ohne Gewalt anzuwenden, ließen die Grenzbeamten sie schließlich passieren. Die innerdeutsche Grenze, seit dem Mauerbau fest geschlossen, war offen. Die friedliche Revolution durch die Bürgerrechtsbewegung der DDR hatte das SED-Regime niedergerungen.

M 5 Begrüßung der Besucherinnen und Besucher aus der DDR am Grenzübergang Checkpoint Charlie in Berlin, Fotografie, 10. November 1989

Die Wiedervereinigung

Der Weg zur Demokratie war seit dem 9. November 1989 frei. Aber wie sollte die neue politische Ordnung aussehen? Inzwischen hatten die neuen politischen Kräfte der Bürgerbewegung und die SED zusammen mit Vertretern der Blockparteien in Berlin den **„Runden Tisch"*** ins Leben gerufen. In der Bevölkerung wurden Forderungen nach einer deutschen Wiedervereinigung immer lauter. Wegen der überraschenden Maueröffnung lagen in der Bundesregierung keine Konzepte für diesen Fall vor. Eilig formulierte sie ein **„10-Punkte-Programm"**, das Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) am 28. November dem Bundestag vorstellte. Der darin entwickelte Fahrplan sollte die beiden deutschen Staaten zusammenführen und in die Europäische Gemeinschaft einbinden. Damit wurde die Wiedervereinigung zum Programm. In großen Teilen der DDR-Bevölkerung verband sich damit die Hoffnung auf Aufschwung und Wohlstand. Dagegen erhielt die Zielsetzung von Vertreterinnen und Vertretern der Bürgerrechtsparteien, den Sozialismus der DDR demokratisch zu reformieren und erst nach einem zeitlichen Abstand auf gleicher Augenhöhe über eine Wiedervereinigung zu diskutieren, wenig Zuspruch.

Der „Runde Tisch"
wird oft als symbolische Sitzordnung bezeichnet, bei der alle Teilnehmenden gleichberechtigt sind. Das seit dem 7. Dezember 1989 unter dieser Bezeichnung tagende Gremium kontrollierte die Arbeit der DDR-Regierung, bereitete die ersten freien Wahlen in der DDR mit vor, löste das Ministerium für Staatssicherheit auf und erarbeitete einen Verfassungsentwurf für die DDR nach demokratischen und sozialen Grundsätzen. Als wichtiges Forum für die politische Auseinandersetzung bewirkte das Gremium einen Demokratisierungsschub im Osten.

Das Wahlergebnis der **Volkskammerwahl** vom 18. März 1990 war eindeutig: Die **„Allianz für Deutschland"*** und die Liberalen, ein Spiegelbild der in der Bundesrepublik regierenden CDU/CSU-FDP-Koalition und klare Verfechter eines Beitritts der DDR zum westdeutschen Grundgesetz, erhielten die meisten Stimmen. Die Parteien der Bürgerrechtsbewegung konnten den materiellen Angeboten des Westens, die auch im Wahlkampf vermittelt worden waren, angesichts des Bedürfnisses vieler Bürgerinnen und Bürger nach einem höheren Lebensstandard, wenig entgegensetzen. Die Bürgerrechtsgruppen wurden so von westdeutschen Versprechungen an den Rand gedrängt und verschwanden im Laufe des Jahres 1990 in der politischen Bedeutungslosigkeit.

Nach der Wahl verhandelten die beiden deutschen Staaten zunächst wirtschaftliche, politische und rechtliche Fragen, deren Ergebnisse im **Staatsvertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion** (siehe S. 262) sowie im **Einigungsvertrag** niedergelegt wurden.

Eine wichtige Frage war die nach der **Verfassung**: Sollte die DDR nach Art. 23 Grundgesetz zu dessen Geltungsbereich beitreten oder sollte nach Art. 146 eine neue gesamtdeutsche Verfassung ausgearbeitet und durch Volksabstimmung angenommen werden? Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler in der DDR wollten zwar mehrheitlich Letzteres, aber offiziell votierte die Volkskammer am 23. August mit 294 zu 62 Stimmen für den Beitritt zur Bundesrepublik.

Schwieriger gestalteten sich die Gespräche mit den vier **Siegermächten** über einen völkerrechtlichen Vertrag, weil sich deren Positionen gegenüber einer deutschen Wiedervereinigung unterschieden. Während Frankreich und England die größere Wirtschaftsmacht Deutschlands fürchteten, standen die USA einer Wiedervereinigung und der europäischen Integration des gesamtdeutschen Staates positiv gegenüber. Die Sowjetunion sah die Wiedervereinigung angesichts der eigenen innenpolitischen und ökonomischen Probleme schließlich als unvermeidlich an. Trotzdem musste die Sowjetunion überzeugt werden, dass das wiedervereinigte Deutschland nicht neutral, sondern Teil der **NATO** sein würde. Mit dem **Zwei-plus-Vier-Vertrag** endete auch völkerrechtlich nach 45 Jahren der **Zweite Weltkrieg**.

Am **3. Oktober 1990** traten schließlich die fünf neu gegründeten ostdeutschen Länder sowie Ostberlin der Bundesrepublik bei, seither ist dieser **„Tag der Deutschen Einheit"** Nationalfeiertag. Damit war die **Deutsche Frage** endgültig gelöst.

1 Beschreiben Sie, in welcher politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation sich die DDR befand, als sich im Sommer 1989 die Opposition politisch zu organisieren begann (DT, M 6, M 7). Lesen Sie auch auf S. 234 nach. ▶ Hilfe

2 a) Arbeiten Sie aus M 4 sowie M 8–M 11 die Forderungen der Bürgerrechtsbewegung im Sommer und Herbst 1989 heraus. Beziehen Sie auch M 1 auf S. 210 mit ein.

b) Bewerten Sie den Erfolg der Bürgerrechtsbewegung bis zum Mauerfall (M 3–M 4, M 10, DT).

c) Beurteilen Sie die Rolle der DDR-Bürgerrechtsbewegung im Prozess der Wiedervereinigung (DT, M 12–M 15).

3 Diskussion: Zusammenbruch – Wende – friedliche Revolution? Diskutieren Sie auf der Basis Ihrer bisher erworbenen Kenntnisse, welcher Begriff die Endphase der DDR am treffendsten beschreibt.

4 Begründen Sie, mit welchen Materialien des Kapitels sich die Aussage von Bundespräsident Rau (siehe Vorschlag zur Lernaufgabe S. 242) belegen lässt.

5 Verfassen Sie mithilfe Ihrer Arbeitsergebnisse eine schriftliche Argumentation zur Bedeutung der Bürgerrechtsbewegung für das Ende der DDR.
Tipp: Berücksichtigen Sie die Übersicht zu den Bürgerrechtsbewegungen (M 16) sowie andere kurz- und langfristige Faktoren, die für den Untergang des SED-Regimes eine Rolle spielten (siehe u. a. S. 234).

6 Zusatzaufgabe: Siehe S. 301.

„Allianz für Deutschland",
Wahlkampfbündnis im Februar 1990. In Berlin schlossen sich die (Ost-)CDU, der „Demokratische Aufbruch" und die „Deutsche Soziale Union" zur „Allianz für Deutschland" zusammen. Die Allianz sprach sich für eine rasche Wiedervereinigung aus. Bei der Volkskammerwahl am 18. März 1989 erhielt sie mit 48 Prozent die meisten Stimmen, die SPD wurde mit 21,9 Prozent zweitstärkste Partei. Auf die PDS, Nachfolgepartei der SED, entfielen 16,3 Prozent, auf „Bündnis 90", deren Mitglieder maßgeblich an der friedlichen Revolution beteiligt waren, nur 2,9 Prozent. Lothar de Maizière (Ost-CDU) wurde Ministerpräsident und hatte das Amt bis zur Wiedervereinigung inne.

▶ **M 12: Regierungserklärung des DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maizière, 19. April 1990**

▶ **M 13–M 15: Geschichte kontrovers: Beitritt oder neue Verfassung?**

▶ **M 16: Übersicht Bürgerrechtsbewegungen (Auswahl)**

Die Rolle der Protestbewegung in der DDR

M 6 „Überdruckprobleme“, Karikatur von Rudolf Schöpper, Westfälische Nachrichten, 8. August 1989

M 7 „Geschichte wird immer von Menschen gemacht“, 2014

Aus einem Interview mit der Bürgerrechtlerin Ulrike Poppe über die Situation in der DDR

Interviewerin: […] Sechs Wochen Untersuchungshaft, Sie haben es gesagt, mehr als ein Dutzend Verhaftungen ja insgesamt, was geht Ihnen heute durch den Kopf? […] Sie sagten, man habe mit einer Verhaftung gerechnet, aber die Kinder waren da, die Familie war da, man musste ja irgendwie im Alltag auch damit umgehen. Wenn Sie heute diese Zeit noch mal bedenken – also wie hat man das überhaupt im Alltag gestemmt, mit welcher Kraft oder mit welchem Antrieb, immer wissend, dass man natürlich gegen den Staat arbeitet und der Staat eben so allmächtig ist, dass er einem auf die letzte Hautschicht auch nahekommt?

Poppe: Diese Kraft war durchaus nicht immer da. Also es war schon auch eine Zeit zwischen Hoffnung und Zweifel, also eine Zeit, in der wir doch immer mal wieder darüber nachdachten und auch darüber sprachen: Schaffen wir das noch? Halten wir das aus? Stehen wir das durch? Hat das alles einen Sinn? Oder geben wir auf und gehen in den Westen? Die Möglichkeit hätten wir ja gehabt, weil der Staat ja zunehmend daran interessiert war, diejenigen, die sich ihm gegenüber kritisch äußern, loszuwerden. Aber irgendwie gab es auch in Situationen der Depression wieder Hoffnungsmomente, vor allem dadurch, dass immer wieder auch neue Leute dazukamen, die gesagt haben: Ich habe mich jetzt entschieden, ich will jetzt auch etwas tun, ich möchte mich daran beteiligen! Ich möchte mit euch zusammen überlegen: Wie können wir hier im Lande etwas verändern? Wer, wenn nicht wir, die wir einen kritischen Blick auf dieses System haben, sind diejenigen, die eine Veränderung herbeiführen? Sie passiert nicht von selbst, sondern Geschichte wird immer von Menschen gemacht, und wir sehen uns da in der Verantwortung. Und weil es immer wieder gute Mitstreiter gab, kam immer wieder neue Hoffnung.

Zit. nach: www.deutschlandfunk.de/buergerrechtlerin-ulrike-poppe-geschichte-wird-immer-von-100.html (Download vom 10. Mai 2023). Das Gespräch mit Ulrike Poppe wurde von Birgit Wentzien geführt.*

M 8 Aus dem Gründungsaufruf des „Neuen Forums“, 9. September 1989

Auf der einen Seite wünschen wir uns eine Erweiterung des Warenangebots und bessere Versorgung, andererseits sehen wir deren soziale und ökologische Kosten und plädieren für die Abkehr von ungehemmtem Wachstum. Wir wollen Spielraum für wirtschaftliche Initiative, aber keine Entartung in eine Ellenbogengesellschaft. Wir wollen das Bewährte erhalten und doch Platz für Erneuerung schaffen, um sparsamer und weniger naturfeindlich zu leben. […]

Über diese Fragen müssen wir in aller Öffentlichkeit, gemeinsam und im ganzen Land, nachdenken und miteinander sprechen. Von der Bereitschaft und dem Wollen dazu wird es abhängen, ob wir in absehbarer Zeit Wege aus der gegenwärtigen krisenhaften Situation finden. […] Wir bilden deshalb gemeinsam eine politische Plattform für die ganze DDR, die es Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen möglich macht, sich an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger Gesellschaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen. Für eine solche übergreifende Initiative wählen wir den Namen NEUES FORUM […].

Gründungsaufruf des Neuen Forums (9. September 1989), in: Die ersten Texte des Neuen Forums, Berlin, 1990, S. 11.

M 9 Der Schriftsteller Christoph Hein bei der Kundgebung auf dem Berliner Alexanderplatz am 4. November 1989

Liebe mündig gewordene Mitbürger. Es gibt für uns alle viel zu tun und wir haben wenig Zeit für diese Arbeit. Die Strukturen dieser Gesellschaft müssen verändert werden, wenn sie demokratisch und sozialistisch werden sollen. Und dazu gibt es keine Alternative. […] Hüten wir uns davor, die Euphorie dieser Tage mit den noch zu leistenden Veränderungen zu verwechseln. Die Begeisterung und die Demonstrationen waren und sind hilfreich und erforderlich. Aber sie ersetzen nicht die Arbeit. Lassen wir uns nicht von der eigenen Begeisterung täuschen. Wir haben es noch nicht geschafft. […] Schaffen wir eine demokratische Gesellschaft *[Klatschen]*, auf einer gesetzlichen Grundlage, die einklagbar ist. Einen Sozialismus, der dieses Wort nicht zur Karikatur macht. Eine Gesellschaft, die dem Menschen angemessen ist und ihn nicht der Struktur unterordnet.

*Zit. nach: https://www.dhm.de/archiv/ausstellungen/ 4november1989/hein.html (Download vom 4. Mai 2022).**

M 10 Leipziger Losungen (auf Transparenten bzw. als Sprechchöre) bei den Montagsdemonstrationen:

Montag, 4. September 1989
Für ein offenes Land mit freien Menschen!
Reisefreiheit statt Massenflucht!
Freiheit! Freiheit!
Montag, 2. Oktober 1989 (ca. 10 000 Teilnehmende)
Wir sind das Volk!
Demokratie – Jetzt oder nie!
Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!
Montag, 9. Oktober 1989 (ca. 70 000 Teilnehmende)
Freie Wahlen!
Pressefreiheit!
Wir wollen Reformen!
Montag, 6. November 1989 (ca. 500 000 Teilnehmende)
Wenn freie Wahlen sind in Sicht, verlassen wir die Heimat nicht!
SED, gib deine Führung ab, sonst werden hier die Leute knapp!
Montag, 13. November 1989 (ca. 150 000 Teilnehmende)
Wiedervereinigung der Anfang ist gemacht!
Bis 2000, Deutschland einig Vaterland!
Die Mauer hat ein Loch, aber weg muss sie doch!
Demokratie ist nicht nur Reisefreiheit!
Montag, 14. Dezember 1989 (ca. 150 000 Teilnehmende)
Für Erich [Honecker] und Konsorten öffnet Bautzen [Stasi-Gefängnis] seine Pforten!
Einheit der Menschen, nicht der Staaten!

Zusammenstellung basierend auf: Bernd Lindner, Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1998.

M 11 Demonstration in Leipzig, Fotografie, 13. November 1989

Die Wiedervereinigung

M 12 Regierungserklärung des DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maizière, 19. April 1990

Lothar de Maizière (CDU) war von 2. April bis 2. Oktober 1990 der erste und einzige demokratisch gewählte Ministerpräsident der DDR.

Die Erneuerung unserer Gesellschaft stand unter dem Ruf „Wir sind das Volk!“. Das Volk ist sich seiner selbst bewusst geworden. Zum ersten Mal seit vielen Jahrzehnten haben sich die Menschen in der DDR als Volk konstituiert. Die Wahlen, aus denen dieses Parlament hervorgegangen ist, waren Wahlen des Volkes. Zum ersten Mal trägt die Volkskammer ihren Namen zu Recht. Und aus dem Ruf „Wir sind das Volk!“ erwuchs der Ruf „Wir sind ein Volk!“. Das Volk in der DDR konstituierte sich als Teil eines Volkes, als Teil des einen deutschen Volkes, das wieder zusammenwachsen soll. […] Die Einheit muss so schnell wie möglich kommen, aber ihre Rahmenbedingungen müssen so gut, so vernünftig und so zukunftsfähig sein wie nötig. Die Diskussion um die Währungsumstellung 1:1 oder 1:2 haben uns mit aller Deutlichkeit vor Augen geführt, dass hier ein Zusammenhang besteht und dass wir Bedingungen verein-

baren müssen, die sichern, dass die DDR-Bürger nicht das Gefühl bekommen, zweitklassige Bundesbürger zu werden. Beide Anliegen, Tempo und Qualität, lassen sich am besten gewährleisten, wenn wir die Einheit über einen vertraglich zu vereinbarenden Weg gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes[1] verwirklichen.

*Zit. nach: Dieter Grosser/Stephan Bierling/Beate Neuss (Hg.), Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung, Bd. 11: Bundesrepublik und DDR 1969–1990, Reclam, Stuttgart 1996, S. 67 f.**

1 *Wortlaut Artikel 23 der Fassung von 1949 (gekürzt):* „Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der [westdeutschen] Länder […]. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen."

Geschichte kontrovers: Beitritt oder neue Verfassung durch Volksentscheid?

M 13 Der Bürgerrechtler Gerd Poppe auf einer Tagung des „Runden Tisches", 5. Februar 1990

Niemand darf dem Volk, das in einer friedlichen Revolution seine Fesseln selbst gesprengt hat, dieses Recht [auf eine eigene Verfassung] bestreiten. Diejenigen, die die Voraussetzung für eine neue Ordnung geschaffen haben, dürfen ihres Rechts nicht beraubt werden. Deshalb legt der Runde Tisch als der legitime Sachwalter derjenigen Kräfte, die die Erneuerung bewirkten, einen Entwurf für eine neue Verfassung vor, über deren Annahme nach öffentlicher Diskussion ein Volksentscheid befinden soll. Dabei handelt es sich um eine Verfassung für die DDR, mit deren Annahme wir eine gegenüber der durch das Grundgesetz für die Bundesrepublik gegebenen gleichrangige und damit gleichberechtigte Ordnung schaffen. Mit diesem Entwurf einer neuen Verfassung tritt der Runde Tisch Bestrebungen entgegen, sich durch die Abgabe von Beitrittserklärungen einer anderen Verfassungsordnung, dem Grundgesetz der BRD, nach Artikel 23 zu unterwerfen. Wer auf einen solchen Weg der Einheit Deutschlands zustrebt, verletzt […] das Selbstwertgefühl und damit die Würde dieses Volkes.

*Zit. nach: Uwe Thaysen, Der Runde Tisch, Westdeutscher Verlag, Opladen 1990, S. 146.**

M 14 1990: Grundgesetz oder neue Verfassung? Die Politikwissenschaftlerin Ursula Münch, 2018

Als wesentlicher Grund dafür, dass dann doch der Weg über Art. 23 […] gewählt wurde, sind die Präferenzen bei der Mehrheit der Bürger der DDR und der Bundesrepublik zu nennen. Diese kamen nicht nur in eindeutigen Meinungsumfragen zum Ausdruck, sondern vor allem auch im konkreten Verhalten der Menschen in der DDR. Die Perspektive, dass immer mehr DDR-Bürger „mit den Füßen" abstimmten, war angesichts der damit verbundenen negativen wirtschaftlichen Konsequenzen für die DDR ein wirksameres Argument als verfassungstheoretische Erwägungen.

Die Debatte um den sinnvollsten Weg zur Deutschen Einheit fand regelmäßig unter Bezug auf den Parlamentarischen Rat[1] statt. Auch dort hatten unterschiedliche Einschätzungen bestanden, welcher Option man gegebenenfalls den Vorrang einräumen sollte. Nicht zuletzt ist die damalige Debatte auch vor dem zeitgeschichtlichen Hintergrund[2] zu sehen: Angesichts der damals noch bestehenden Hoffnung auf eine absehbare Beendigung der deutschen Teilung meinte man auch gegenüber den Militärgouverneuren der Westmächte dafür eintreten zu müssen, den provisorischen Charakter des Grundgesetzes zu unterstreichen.

Während der damalige Vorsitzende des Hauptausschusses [des Parlamentarischen Rats], Carlo Schmid (SPD), ausdrücklich erklärt hatte, dass man bewusst ein „Provisorium" schaffen wolle, steht inzwischen außer Frage, dass aus der Regelung für eine „Übergangszeit … längst eine feste Ordnung geworden" ist. Das Grundgesetz hat sich bereits im Laufe der Geschichte der Bundesrepublik als Verfassung gefestigt. […] Durch den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland wurde das Grundgesetz zur gesamtdeutschen Verfassung. […]

Es ist nur scheinbar ein Widerspruch, dass diese gesamtdeutsche Verfassung weiterhin die Bezeichnung „Grundgesetz" trägt. Das Grundgesetz erfüllt nicht nur alle Funktionen einer Verfassung, sondern wird auch den Legitimitätsanforderungen an eine Verfassung gerecht. Die Beibehaltung der ursprünglichen Bezeichnung „Grundgesetz" ist historisch bedingt und lässt sich auch als Respekt vor der Arbeit des Parlamentarischen Rates deuten.

*Ursula Münch, 1990: Grundgesetz oder neue Verfassung? Zit. nach: https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/deutsche-teilung-deutsche-einheit/43813/1990-grundgesetz-oder-neue-verfassung/ (Download vom 14. August 2023).**

1 Siehe S. 218.

M 15 Der Historiker Andreas Rödder über die Wiedervereinigung, 2018

Bonn [konzipierte] die Einheit ganz nach westdeutschen Maßstäben in den Denkmustern der „Erfolgsgeschichte" der alten Bundesrepublik und der Systemkonkurrenz des Ost-West-Konflikts. Die DDR erschien in dieser Sichtweise ausschließlich als Unterdrückungssystem und Misswirtschaft. Folglich fand keine gleichberechtigte Vereinigung von zwei Partnern statt, sondern […] eine Wiedervereinigung durch den Beitritt der gescheiterten DDR zur erfolgreichen Bundesrepublik, deren Ordnung in der Folge auf das Beitrittsgebiet übertragen wurde. Entsprechend setzte die Bundesregierung nicht nur aus pragmatischen Erwägungen, sondern aus grundsätzlicher Überzeugung auf eine Wiedervereinigung über den Beitrittsartikel 23 des Grundgesetzes und nicht auf dem Wege über eine neue gesamtdeutsche Verfassung nach Art. 146. Mit den Worten von Innenminister Schäuble: „Es gibt das Grundgesetz, und es gibt die Bundesrepublik Deutschland. Lasst uns von der Voraussetzung ausgehen, dass ihr vierzig Jahre lang von beiden ausgeschlossen wart. Jetzt habt ihr einen Anspruch auf Teilnahme, und wir nehmen darauf Rücksicht." Die bundesdeutsche Ordnung wurde mithilfe zweier Staatsverträge auf das Gebiet der DDR übertragen, und zugleich übernahm die Bundesrepublik die Gesamthaftung für die DDR und das SED-Regime. […] Zugleich war die deutsche Frage, die das 19. und 20. Jahrhundert immer wieder in Atem gehalten hatte, staatsrechtlich definitiv beantwortet. Mit dem Vollzug der staatlich-politischen Einheit waren die ökonomischen, gesellschaftlichen und kulturellen Probleme freilich noch keineswegs gelöst. Vielmehr stellte sich die Herstellung der „inneren Einheit" als viel langwieriger und mühsamer dar, als in der Euphorie der deutschen Revolution erwartet – in Ost und West.

*Andreas Rödder, Geschichte der deutschen Wiedervereinigung, 2. Aufl., C. H. Beck, München 2018, S. 90–93.**

M 16 Übersicht zur DDR-Bürgerrechtsbewegung

Bürgerrechtsbewegung	Ziele	nach 1990
Gruppen der Initiative für Frieden und Menschenrechte	Dokumentation und öffentliche Verurteilung von Menschenrechtsverletzungen; Einhaltung von Bürgerrechten und Demokratie	Bündnis 90[1]
Neues Forum	Demokratisierung der DDR	Bündnis 90
Demokratie Jetzt	Demokratisierung; Entkoppelung von Staat und Gesellschaft (weniger Vorgaben des Staates, geringeres Eingreifen des Staates in gesellschaftliche Belange); ökologische Umgestaltung; Wiedervereinigung	Bündnis 90
Demokratischer Aufbruch	Soziale Marktwirtschaft; Wiedervereinigung	Wahlbündnis „Allianz für Deutschland" mit CDU
Vereinigte Linke	Erneuerung des Sozialismus in der DDR auf demokratischer Grundlage; Ablehnung der Wiedervereinigung	Zerfall/Auflösung
Unabhängiger Frauenverband	gleichberechtigte Beteiligung der Frauen an allen politischen und ökonomischen Entscheidungen; Verhinderung einer Verschlechterung der sozialen Lage der Frauen im Umbruch der DDR	Bündnis 90

Von der Autorin zusammengestellt.

1 *Bündnis 90:* Es entstand im Februar 1990 als Zusammenschluss von DDR-Bürgerbewegungen und Oppositionsgruppen und wurde im September 1991 in eine politische Partei umgewandelt. Im Mai 1993 ging das Bündnis 90 in der Partei Bündnis 90/Die Grünen auf.

*Erinnerung an die deutsche Teilung

M 1 Hinweisschild: Erinnerung an die innerdeutsche Grenze, Fotografie, 2020.
Grenzpunkt „Gebrannte Brücke“ zwischen Neustadt bei Coburg in Bayern und Sonneberg in Thüringen

M 2 Touristen vor der mit Graffiti überzogenen Berliner Mauer (East Side Gallery), Fotografie, 2015

Von der einstigen **Berliner Mauer,** den 155 Kilometer langen und über vier Meter hohen Grenzanlagen, die Westberlin von der DDR trennten, ist heute nicht mehr viel erhalten. Lediglich eine Doppelreihe an Pflastersteinen markiert den ehemaligen Mauerverlauf im Bereich der Innenstadt. Dafür ziehen die **East Side Gallery** mit dem längsten erhaltenen Mauerrest, das Mauermuseum am früheren Grenzübergang **Checkpoint Charlie** sowie die **Gedenkstätte Berliner Mauer** an der Bernauer Straße jährlich mehrere Millionen internationale Touristinnen und Touristen an.

Wesentlich weniger beachtet ist die **innerdeutsche Grenze**: Der 1393 Kilometer lange und teilweise 200 Meter breite Geländestreifen wurde nach der Grenzöffnung und dem Abbau der Grenzanlagen zu einem Grüngürtel: dem Naturschutzprojekt **„Grünes Band Deutschland“**. An verschiedenen Orten gibt es Gedenkstätten und Grenzmuseen, welche die deutsche Teilung aus ost- und westdeutscher oder alliierter Perspektive, wie in der **Gedenkstätte Point Alpha** an der Grenze Hessens zu und Thüringen, betrachten.
Besonders betroffen von der deutschen Teilung war das kleine Dorf **Mödlareuth** an der bayerisch-thüringischen Grenze: Fast 40 Jahre lang verlief mitten durch das Dorf die Grenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik – eine drei Meter hohe Mauer. Der DDR-Teil des Dorfes stand unter schärfster Bewachung. Erst am 9. Dezember 1989 wurde der Grenzübergang in Mödlareuth geöffnet.

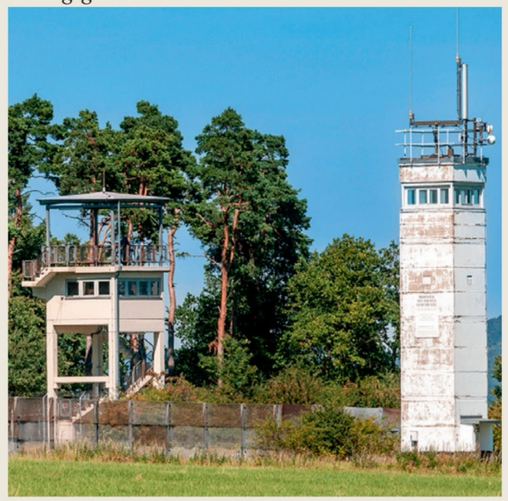
Erinnerungsorte deutscher Teilung

jijeka

1 Informieren Sie sich auf einer Karte im Geschichtsatlas oder im Internet über den Verlauf der innerdeutschen Grenze (M 1).
Tipp: Siehe Webcode. Die Karten enthalten oft auch Hinweise über die Bedeutung einzelner Grenzübergänge oder Orte während der DDR-Zeit.
2 Wählen Sie eine Aufgabe aus:
Recherchieren Sie auf der jeweiligen Homepage zur Geschichte des Gedenkorts an die deutsche Teilung:
a) Gedenkstätte Berliner Mauer (M 2, M 3)
b) Gedenkstätte Point Alpha (M 4)
c) Deutsch-Deutsches Museum Mödlareuth (M 5)
Stellen Sie in Ihrem Kurs ein historisches Foto zu Ihrem ausgewählten Ort vor, das Sie besonders beeindruckt.
3 Diskussion: Diskutieren Sie, ob und in welcher Form Mauer und Grenzanlagen im Sinne der Erinnerung sichtbar bleiben sollen.

M 3 Information auf der Webseite der Gedenkstätte Berliner Mauer
Nachdem an der Bernauer Straße bereits ab den 1990er-Jahren verschiedene Einzelprojekte zur Erinnerung umgesetzt worden waren, wurde die Gedenkstätte 2006 zum zentralen Erinnerungsort in Berlin ausgebaut.
Die Gedenkstätte Berliner Mauer erstreckt sich beidseits der Bernauer Straße. Auf dem ursprünglich in Ost-Berlin gelegenen Grenzstreifen ist die Außenausstellung zur Geschichte der Berliner Mauer zu sehen, exemplarisch dargestellt am Beispiel der Bernauer Straße. Dazu gehören das Denkmal zur Erinnerung an die geteilte Stadt und die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft sowie das Fenster des Gedenkens. Ebenso befinden sich auf diesem Areal die Kapelle der Versöhnung und die freigelegten Fundamente eines ehemaligen Wohnhauses, dessen Fassade bis Anfang der 1980er-Jahre die Grenzmauer bildete.
Auf der gegenüberliegenden Straßenseite, die zum Westteil der Stadt gehörte, stehen das Besucherzentrum und das Dokumentationszentrum mit einem Aussichtsturm und einer Dauerausstellung zur Geschichte der Teilung Berlins.
Im S-Bahnhof Nordbahnhof wird die Ausstellung „Grenz- und Geisterbahnhöfe im geteilten Berlin“ gezeigt. Sie dokumentiert die Auswirkungen des Mauerbaus auf das Verkehrsnetz der Stadt.
Zit. nach: www.stiftung-berliner-mauer.de/de/gedenkstaette-berliner-mauer/historischer-ort/die-gedenkstaette (Download vom 21. Februar 2023).

M 4 Point Alpha, Fotografie, 2014.
Links: US-Turm ab der Grenze Hessens zur ehemaligen DDR, in der Mitte: DDR-Grenzanlage, rechts: DDR-Beobachtungsturm.
Point Alpha war der engste Berührungspunkt zwischen Ost und West an der innerdeutschen Grenze. Hier standen sich die Streitkräfte der NATO und des Warschauer Pakts gegenüber.



M 5 Deutsch-Deutsches Museum Mödlareuth, Fotografie, 2019.
Das Bild zeigt die noch erhaltenen Grenzanlagen, welche das Dorf Mödlareuth zu Zeiten der deutschen Teilung entlang des Tannbachs in einen Ost- und einen Westteil trennten. Mödlareuth lag während der Teilung Deutschlands sowohl in Bayern als auch in Thüringen.

Zusammenfassen: Die Bundesrepublik Deutschland und die DDR

M 1 „Das neue Reichswappen", Karikatur von Max Radler aus der Zeitschrift „Der Simpl", 1949.

Roter Kopf: Wilhelm Pieck (SED), Präsident der DDR; schwarzer Kopf: Theodor Heuss (FDP), Bundespräsident. Text: „Zwei Volk, zwei Reich, zwei Führer".

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges führte der **Kalte Krieg** zwischen den Supermächten USA und Sowjetunion nicht nur zur Bildung von militärischen Blöcken, der **NATO** und dem Warschauer Pakt, sondern **1949** auch zur **Gründung zweier deutscher Staaten** und damit zur **Deutschen Frage**: Der freiheitlichen Bundesrepublik Deutschland stand die sozialistische Diktatur der SED in der DDR gegenüber.

Das in Westdeutschland in Kraft getretene **Grundgesetz** enthielt als Lehre aus der Geschichte Sicherungen, die eine erneute Zerstörung der Demokratie unmöglich machen sollten. Nicht nur die Verfassung orientierte sich am Modell der westlichen demokratischen Staaten, der erste Bundeskanzler Konrad **Adenauer** (CDU) betrieb auch eine konsequente Politik der **Westintegration**. Dieser Kurs war in der Bundesrepublik nicht unumstritten, die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung teilte jedoch Adenauers scharfe Abgrenzung vom Kommunismus. Das wachsende Vertrauen der Bundesbürgerinnen und -bürger in die junge Demokratie hing auch eng mit dem raschen und kräftigen Wirtschaftsaufschwung seit den 1950er-Jahren zusammen. Die Einführung der **Sozialen Marktwirtschaft** und sozialpolitische Maßnahmen konnten Risiken für die Einzelnen abfedern und trugen dazu bei, dass auch in späteren wirtschaftlichen Krisen das demokratische System nicht grundsätzlich infrage gestellt wurde. Die parlamentarische Demokratie bewies erneut Stärke, als die gesellschaftliche und politische Kritik, welche die **68er-Bewegung** formulierte, von konkreten **Reformen** der neu gewählten **sozial-liberalen Koalition** ab 1969 aufgegriffen wurde.

Das SED-Regime stellte die DDR von Anfang an als die bessere demokratische Republik dar. Nicht die Wirtschaftsinteressen des Kapitals, sondern die der Werktätigen, der Arbeiter und Bauern, würden die Politik bestimmen. Wirtschafts- und sozialpolitisch versuchte das Regime die Menschen durch hohe staatliche Subventionen u. a. für Wohnung und Nahrung sowie ein Recht auf Arbeit zu gewinnen. In Wirklichkeit errichteten die ostdeutschen Kommunisten eine Einparteiendiktatur ohne Gewaltenteilung. Die SED besaß das Macht- und Meinungsmonopol im Staat und regelte auch das gesamte gesellschaftliche Leben in der DDR. Die vom Ministerium für **Staatssicherheit** (Stasi) gesteuerte Geheimpolizei überwachte das öffentliche und private Leben der Bevölkerung und sollte jede Opposition ausschalten. Es herrschte stets ein tiefer Graben zwischen der Bevölkerung und der SED-Regierung. Der totale Herrschaftsanspruch erstreckte sich auch auf die Wirtschaft, die zentral vom Staat gelenkt wurde. Diese **Planwirtschaft** war die Hauptursache für die überall anzutreffende Mangelwirtschaft im Osten, die neben den politischen Verhältnissen zur Unzufriedenheit der Bevölkerung beitrug. Sie war nicht nur Auslöser für den **Aufstand des 17. Juni 1953**, sondern auch für die Fluchtbewegung in den Westen, der mit dem **Mauerbau** im August 1961 Einhalt geboten werden sollte. Seit den 1970er-Jahren erlebte die DDR einen wirtschaftlichen Niedergang, der in den 1980er-Jahren in eine Systemkrise mündete. Zudem erschütterte die Verschuldung des Staates bei westlichen Kreditgebern die ohnehin geringe Glaubwürdigkeit der kommunistischen Elite in der Bevölkerung. Durch die Reformen Gorbatschows und den nachfolgenden **Umbruch im Ostblock 1989/90** wurde die immer selbstbewusster auftretende Opposition ermutigt, von der SED Veränderungen zu fordern. Während der **friedlichen Revolution** in der DDR 1989/90 kämpften Teile der Bürgerrechtsbewegung noch für einen besseren Sozialismus und den Erhalt der DDR. Nachdem die Menschen u. a. auf den Leipziger Montagsdemonstrationen sowie beim **Mauerfall am 9. November 1989** und der **Öffnung der innerdeutschen Grenze** erkannt hatten, dass sie vor der Staatsmacht keine Angst mehr zu haben brauchten, war der Weg zur Demokratie frei. Dieser bestand für die meisten DDR-Bürgerinnen und -Bürger in der raschen **Wiedervereinigung** mit der Bundesrepublik, welche am **3. Oktober 1990**, dem „**Tag der Deutschen Einheit**", durch Beitritt nach Art. 23 des Grundgesetzes erfolgte.

▶ Übung

Anwenden

M 2 Der Historiker Fritz Stern (1926–2016), geb. in Breslau, emigrierte 1938 in die USA, schrieb 2007 über Deutschland nach 1945

Ein neuer deutscher Staat

Am 8. Mai 1945, dem Tag der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands, hörte der deutsche Staat auf zu bestehen. […] In der Bundesrepublik [sah ich] damals eine kühne amerikanische Konstruktion, und ich hatte nach wie vor tiefe Zweifel an der politischen Reife und Verlässlichkeit der Deutschen. […] Man staunte allmählich über den wirtschaftlichen Fortschritt Westdeutschlands, der natürlich durch den Marshallplan unterstützt und durch den Zustrom von Millionen Flüchtlingen aus dem Osten weiter gefördert wurde. […] Und natürlich florierte auch die Demokratie bei wirtschaftlicher Hoffnung und Zufriedenheit, eine Verbindung, die der Weimarer Republik weitgehend versagt geblieben war. Noch mehr war ich beeindruckt von dem, was ich als ein politisches Wunder betrachtete. Die neue Bonner Republik hatte ein ungewöhnliches Glück mit ihrem neuen Führungspersonal, denn auf allen staatlichen Ebenen übernahmen anständige und tüchtige Bürger politische Verantwortung. Gewiss gab es neben ihnen auch Leute mit Nazivergangenheit, […] aber insgesamt erwarb die politische Klasse das Vertrauen des Auslands.

[…] Wichtiger vielleicht als die Paragrafen des Grundgesetzes oder die Vorzüge der Führung war, dass der Staat das hatte, was den meisten seiner Vorgänger gefehlt hatte, nämlich das, was die Alten fortuna nannten: das Glück, das ihm die historische Situation und die Weisheit seiner Schutzmächte bot. […] Die Vereinigten Staaten, das mächtigste Land des Westens, das zudem beruhigend weit von Deutschland entfernt war, verfolgte einen Kurs der wohlwollenden Ermutigung. […]

Auf der anderen Seite der Mauer

Ich wusste ein wenig über das Leben auf der anderen Seite dieser scheußlichen Mauer. […] Die DDR hatte den Reiz des Verbotenen und Vertrauten: verboten, weil sie ein kommunistischer Staat war, den westliche Länder bis in die frühen Siebzigerjahre nicht einmal anerkannten, und weil sie programmatisch antiamerikanisch war; vertraut, weil sie deutsch war, besonders vertraut, weil sie ein deutscher Polizeistaat war. Ich fühlte mich dort auf seltsame Weise zuhause, gerade weil ich es nicht war, erneut als ein Feind im Land meiner Sprache. Es erinnerte mich in vieler Hinsicht an die erste Diktatur, die ich als Kind erlebt hatte. Mit demselben Gepräge wurden Macht und Errungenschaften gepriesen, es gab […] dieselbe unablässige Kampagne gegen einen dämonisierten Feind (diesmal die faschistisch-kapitalistisch-imperialistischen „Ausbeuter"). Und ich spürte dieselbe allgegenwärtige Atmosphäre der Furcht, in der die Partei, sichtbar und unsichtbar, allmächtig gegen ihre angeblich durch und durch rücksichtslosen Feinde vorging. Die Deutsche Demokratische Republik, oft und mit Recht die zweite deutsche Diktatur genannt, bestand fast viermal so lange wie das Dritte Reich. Aber es gab bedeutsame Unterschiede: Die Bürger der DDR konnten sich nie in einer freien Wahl entscheiden; die Rote Armee und ihre Lakaien[1] zwangen dem Volk das Regime auf; und der Terror ihrer repressiven Tyrannei sowjetischen Typs wurde überwiegend im Inneren ausgeübt und richtete keine weltweite Zerstörung an. […] Die Wiedervereinigung [1990] […] stellte eine zweite Chance für Deutschland dar, ein seltenes Geschenk für Völker wie für Einzelne. Seine erste Chance hatte Deutschland vor 1914 gehabt, als es ganz nah daran war, zur herausragenden Macht Europas zu werden, aber der Ausbruch des Ersten Weltkrieges, der von den Mängeln der politischen Struktur Deutschlands und seinem wachsenden chauvinistischen[2] Wahn nicht zu trennen war, hatte diese Chance zunichte gemacht. Seine zweite Chance bestand darin, auf dem Erfolg der Bundesrepublik aufzubauen – diesmal in Frieden und Vernunft.

Fritz Stern, Fünf Deutschland und ein Leben. Erinnerungen, C. H. Beck, München 2007, S. 113–601. Übers. v. Friedrich Greise.*

1 *Lakaien:* Diener
2 *chauvinistisch:* übersteigerte Form des Stolzes auf das eigene Land

1 Für ein Referat mit dem Thema „Die Deutsche Frage" suchen Sie ein Titelbild. Überprüfen Sie, ausgehend von einer Analyse von M 1, die Eignung der Karikatur für diesen Zweck.
Tipp: Berücksichtigen Sie die GDB im DT links.
2 **Partnerarbeit:** Analysieren Sie arbeitsteilig M 2 hinsichtlich der Position des Autors gegenüber der Bundesrepublik Deutschland bzw. der Deutschen Demokratischen Republik.
3 **Diskussion:** Diskutieren Sie das Fazit Sterns, die Wiedervereinigung habe für Deutschland eine „zweite Chance" dargestellt (siehe Z. 66).

5 Die Bundesrepublik Deutschland zwischen 1990 und 2009

M 1 Titelseite der Zeitschrift „Der Spiegel“ vom 4. September 1995.

Die Metapher „blühende Landschaften“ prägte Bundeskanzler Helmut Kohl in einer Fernsehansprache anlässlich des Inkrafttretens der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli 1990.

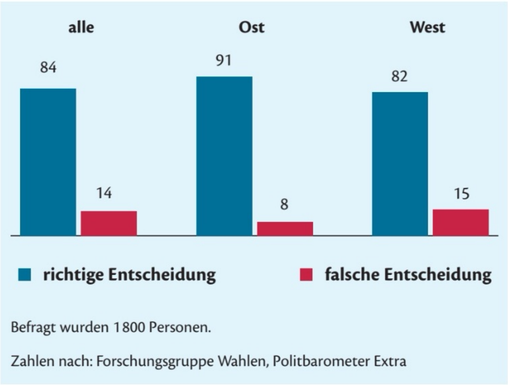
Hunderttausende Berlinerinnen und Berliner, Vertreterinnen und Vertreter der Bundesrepublik Deutschland sowie der DDR feierten am 3. Oktober 1990 die deutsche Wiedervereinigung (siehe S. 211, M 2), Millionen Menschen verfolgten diesen bewegenden Moment weltweit im Fernsehen. Bundeskanzler Helmut Kohl richtete eine Botschaft an die Regierungen in aller Welt: „Unser Land will mit seiner wiedergewonnenen Freiheit dem Frieden in der Welt dienen und die Einigung Europas voranbringen.“

Mit der Wiedervereinigung stand Deutschland vor großen innen- und außenpolitischen Aufgaben. Neben den politischen und wirtschaftlichen Veränderungen galt es auch zwei Gesellschaften zu vereinen. Die deutsche Einheit veränderte das Leben sowohl in West- als auch in Ostdeutschland. Die Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR erhielten die in der friedlichen Revolution erkämpfte Freiheit, machten zugleich aber auch negative Erfahrungen. Die Angleichung der Lebensverhältnisse schritt nur langsam voran und viele Menschen empfanden weiter eine „Mauer“ zwischen Westdeutschland und den neuen Bundesländern.

Die Bundesrepublik Deutschland musste sich nach 1990 aber auch mit menschenverachtenden und antidemokratischen Haltungen auseinandersetzen, welche sich insbesondere in rechtsextremen und terroristischen Brandanschlägen und Attentaten zeigten. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA hatten auch in Deutschland Auswirkungen auf das politische und gesellschaftliche Leben.

Außenpolitisch löste sich Deutschland nach der Wiedervereinigung zunehmend aus seiner passiven Rolle und brachte sich im Rahmen der EU und der NATO aktiver bei der Lösung von internationalen Konflikten ein.

M 2 Umfrageergebnis, 2009: „Wie sehen die Deutschen die Wiedervereinigung?“

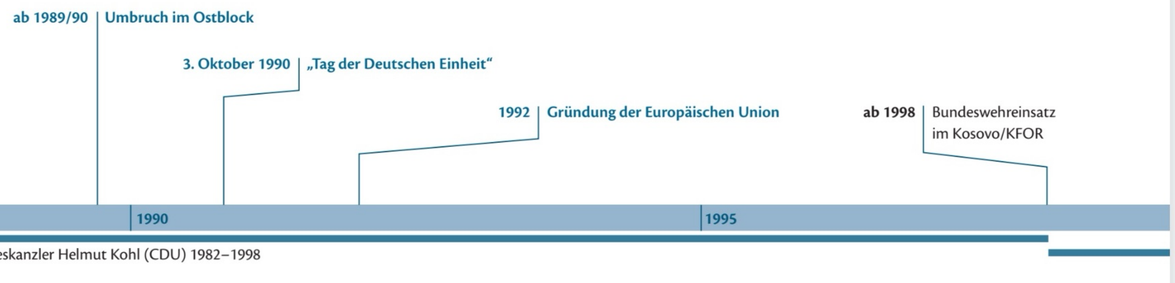


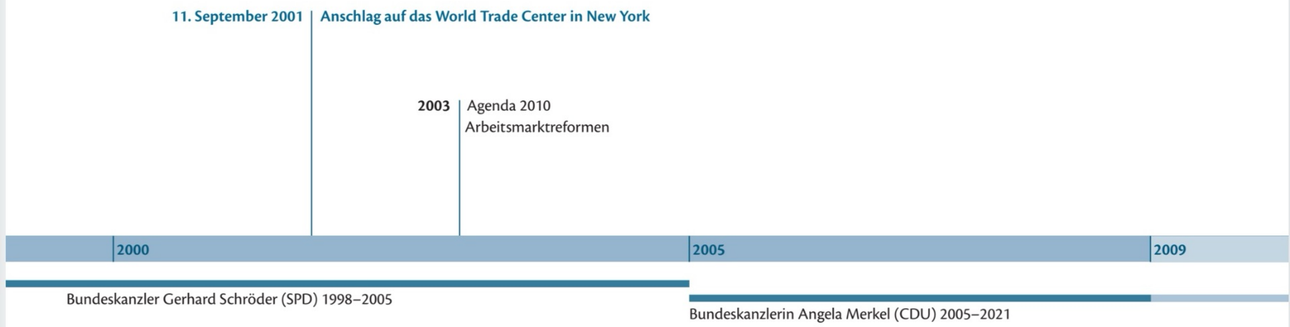
Befragt wurden 1800 Personen.

Zahlen nach: Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer Extra

1 Nennen Sie unter Einbeziehung von M 1 mögliche Hoffnungen und Ängste der Menschen in den 1990er-Jahren in Deutschland angesichts der politischen und wirtschaftlichen Veränderungen infolge der Wiedervereinigung.

2 Sammeln Sie mögliche Gründe für die Ergebnisse der Umfrage M 2.





Die Bundesrepublik Deutschland zwischen 1990 und 2009

M 1 **Strukturbild Kapitel 5: Das wiedervereinigte Deutschland 1990–2009**

Bei der Bearbeitung dieses Lernbereichs wenden Sie folgende Kompetenzen an:

- Sie erkennen bei der Auseinandersetzung mit zentralen Herausforderungen für die wiedervereinigte Bundesrepublik Deutschland am Ende des 20. und am Anfang des 21. Jh. Motive, Prozesse und Folgen politischer Entscheidungen. Sie nutzen Ihre Erkenntnisse für Ihre Orientierung in Geschichte und Gegenwart, um zu begreifen, dass für Veränderungen demokratischer Konsens notwendig ist.
- Sie erklären politische und gesellschaftliche Prozesse der Zeit zwischen 1990 und 2009 multikausal, indem Sie kurz- und langfristige Ursachen und Folgen berücksichtigen. Dabei entwickeln Sie differenzierte und problembewusste Argumentationen, die eine zunehmend selbstständige Auseinandersetzung mit historischen Themen zeigen.
- Sie beurteilen die gesellschaftlichen und politischen Reaktionen auf zentrale Herausforderungen der Zeit zwischen 1990 und 2009.
- Sie setzen sich an einem Beispiel mit der veränderten außenpolitischen Rolle der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1990 und 2009 auseinander.

Testen Sie Ihr Vorwissen zum wiedervereinigten Deutschland 1990–2009

1 Entscheiden Sie, inwieweit die Aussagen richtig oder falsch sind. Verbessern Sie falsche Aussagen.

a) Die DDR war 1989/90 das einzige europäische Land, in der es zu einer Revolution kam.

b) Die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten war Teil der Überwindung des Kalten Krieges.

c) Am 3. Oktober 1990 wurde eine neue Verfassung für das wiedervereinigte Deutschland beschlossen.

d) Das wiedervereinigte Deutschland war 1992 an der Gründung der Europäischen Union beteiligt.

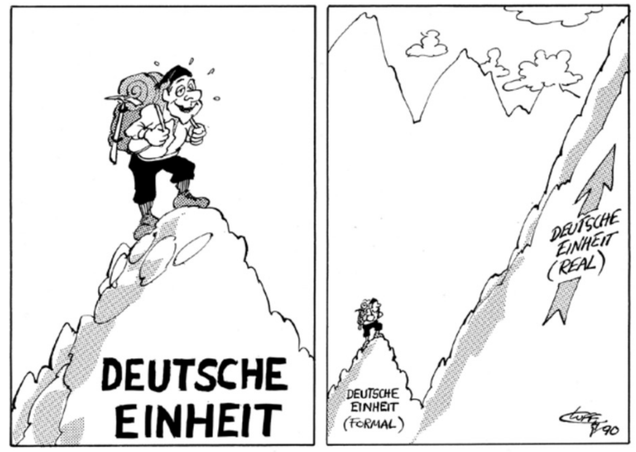
e) Eine wichtige Herausforderung nach 1990 war die Eingliederung der DDR-Unternehmen in die Planwirtschaft der Bundesrepublik.

▶ Übung

2 Arbeiten Sie aus M 2 heraus, wie der Karikaturist Rolf Henn 1990 den Stand der Wiedervereinigung einschätzte. Überprüfen Sie anhand Ihres Vorwissens, inwieweit sich seine Vorhersage bewahrheitete.

3 Begründen Sie, welcher Begriff nicht in die Reihe passt.

M 2 **„Uff!", Karikatur von Rolf Henn, 1990**
(deutsche Einheit formal – real)



Grundlegende Begriffe

Europäische Integration
Prozess des Zusammenwachsens der europäischen Staaten mit dem Ziel eines geeinten Europas.

Globalisierung
Ursprünglich wirtschaftliche Verflechtung und Entstehung globaler Märkte und weltweiter Arbeitsteilung, heute auch ein politisches, gesellschaftliches und kommunikationstechnisches Phänomen.

Grundgesetz
Demokratische und menschenrechtsbasierte Verfassung der Bundesrepublik Deutschland aus dem Jahr 1949.

Kalter Krieg
Bezeichnung für die politisch-militärische Konfrontation zwischen den Supermächten USA und UdSSR sowie ihren Bündnispartnern nach 1945, die durch ideologische und propagandistische Angriffe, Wettrüsten, wirtschaftliche Kampfmaßnahmen und Stellvertreterkriege (z. B. Koreakrieg 1950–1953, Vietnamkrieg 1955–1975), aber nicht durch eine direkte Konfrontation geprägt war.

NATO
North Atlantic Treaty Organization. 1949 gegründetes westliches Militärbündnis unter Führung der USA zum Schutz vor einem Angriff (z. B. der Sowjetunion).

Osterweiterung der EU
Aufnahme von mittel- und osteuropäischen Staaten in die Europäische Union ab 2004.

Terrorismus
Anwendung unvorhersehbarer Gewalt (z. B. Anschläge, Morde und Entführungen) durch extremistische Gruppierungen, um Angst und Schrecken zu verbreiten und politischen Druck auszuüben.

UNO
United Nations Organization/Vereinte Nationen (VN); 1945 in Nachfolge des Völkerbunds gegründete Weltorganisation mit Sitz in New York, der fast alle Staaten angehören; Ziele sind v. a. die Friedenssicherung und die Förderung der internationalen Zusammenarbeit.

Anwendungstraining

1 **Wissen wiederholen**
Erstellen Sie in einer Kleingruppe ein Quiz mit Fragen und Lösungen zu den GB. Sie können verschiedene Frageformen auswählen, z. B. offene Fragen, Multiple-Choice.

2 **Zusammenhänge herstellen**
Wählen Sie drei GB auf dieser Seite aus und erläutern Sie, in welchem Zusammenhang sie mit der Kapitelüberschrift „Die Bundesrepublik Deutschland zwischen 1990 und 2009" stehen.

3 **Testaufgabe**
Diskutieren Sie in Partnerarbeit, inwiefern sich die Karte Europas nach der Wiedervereinigung 1990 und dem Zusammenbruch des Ostblocks verändert hat (Geschichtsatlas). Beziehen Sie passende GB ein.

5.1 Die Aufarbeitung der SED-Diktatur

Wie wurde die SED-Diktatur im wiedervereinigten Deutschland aufgearbeitet?

M 1 **Gedenkort „Weiße Kreuze“ im Berliner Regierungsviertel zur Erinnerung an die Todesopfer an der Berliner Mauer, Fotografie, 2021**

▶ M 4–M 5: Umgang mit Opfern und Tätern

Gedenkorte/ Gedenkstätten DDR

nojiwo

M 2 **Besuch einer Schulklasse im Stasimuseum, Berlin. Im Vordergrund ein Fahrzeug, in dem Inhaftierte transportiert wurden, Fotografie, 2022**

L Vorschlag für eine Lernaufgabe:
Halten Sie einen Kurzvortrag zum Thema „Die Aufarbeitung der SED-Diktatur – eine Herausforderung für die Bundesrepublik“. Die Arbeitsaufträge auf Seite 259 helfen Ihnen dabei.

Die juristische Aufarbeitung des DDR-Unrechts

Nachdem bereits 1990 durch die DDR-Justiz mit der strafrechtlichen Verfolgung von DDR-Unrecht begonnen worden war, übernahm dies nach der Wiedervereinigung die Justiz der Bundesrepublik. Ein Ziel war die **Rehabilitierung der Opfer des SED-Regimes und Wiedergutmachung**. Das betraf vor allem Menschen, die wegen Fluchtversuchen, oppositioneller Tätigkeit, der Forderung nach Einhaltung der Grundrechte oder auch nur wegen unangepasstem Verhalten in Haft genommen worden waren und die oft auch gesundheitliche Schäden durch die Haftbedingungen davongetragen hatten. Gemäß den beiden Unrechtsbereinigungsgesetzen (1992 und 1994) konnten Haftopfer neben einer rechtlichen bzw. beruflichen Rehabilitation eine einmalige Entschädigung sowie nach mindestens neunmonatiger Inhaftierung eine Opferrente beantragen. Allein bis 2009 gingen fast 200 000 Anträge ein, doch wegen fehlender Beweise wurde vielen Ansprüchen nicht stattgegeben und die Bearbeitung dauerte lange. Auch die Höhe der Entschädigung war von Anfang an umstritten. Das Vorhandensein von gesundheitlichen und seelischen Folgeschäden nicht nur aufgrund der Haft, sondern auch die dadurch begründeten Belastungen im weiteren Leben werden bis heute oft nicht anerkannt.

Die strafrechtliche Verfolgung der Täter des DDR-Regimes, vor allem wegen Menschen- und Bürgerrechtsverletzungen sowie Gewalttaten an der deutsch-deutschen Grenze, gestaltete sich als schwierig: Eine Verurteilung war nur möglich, wenn eine Tat nicht nur nach bundesdeutschem Recht, sondern auch nach dem geltenden DDR-Strafgesetzbuch illegal war. Daraus folgte, dass nur wenige MfS-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter überhaupt angeklagt wurden, wobei die meisten Verfahren ohne Urteil oder mit Freispruch endeten. Eine Ausnahme bildete die Ahndung schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen etwa bei den **Mauerschützenprozessen** zwischen 1991 und 2004: Dabei wurden ehemalige DDR-Grenzsoldaten, aber auch politisch und militärisch Verantwortliche des DDR-Regimes wegen der tödlichen Schüsse an der Berliner Mauer und des Schießbefehls während der deutschen Teilung angeklagt. Im ersten Prozess 1991 ging es um den letzten „Mauertoten“: Vier Grenzer waren angeklagt, im Februar 1989 den zwanzigjährigen Chris Gueffroy bei seinem Fluchtversuch in Berlin-Treptow erschossen und einen weiteren Flüchtling verletzt zu haben. Die Gerichtsverfahren konnten stattfinden, weil der Bundesgerichtshof feststellte, dass die gezielte Tötung von unbewaffneten Flüchtlingen auch in der DDR strafbar war. Das Verfahren gegen den ehemaligen Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker wegen seiner Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen wurde aufgrund seiner Krankheit eingestellt; er starb 1994 im Exil in Chile.

Aufarbeitung in Archiven, Museen und Gedenkstätten

Den größten Quellenfundus für die Bewertung von Verletzungen der Menschenrechte durch das DDR-Regime lieferte das **Ministerium für Staatssicherheit** (MfS) selbst, nämlich ca. 111 Kilometer Akten, zu denen mehrere Millionen Karteikarten gehören. An Medien sind fast zwei Millionen Fotografien, Tausende von Filmen und Videos sowie Tonaufnahmen überliefert. Die Sicherung dieser Dokumente ist Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtlern zu verdanken, welche 1989/90 die Bezirksämter und die Stasi-Zentrale besetzten, um die Aktenbestände zu erhalten und zugänglich zu machen. Wegen der Brisanz dieser Geheimdienstdokumente, die viele persönliche Informationen enthalten, setzte die Bundesregierung nach der Wiedervereinigung 1990 das **Amt eines Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen** ein. Ab 1991 regelte das zugehörige Gesetz den Zugang zu den Akten für Betroffene, aber auch für wissenschaftliche und journalistische Zwecke. In der ehemaligen Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin-Lichtenberg befindet sich seit 1990 das **„Stasi-Museum“**, welches über das Ministerium und sein Repressionssystem informiert (M 2). An vielen weiteren Orten der ehemaligen Bezirksämter der Stasi entstanden Museen und Ausstellungen.
Im ehemaligen Stasi-Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen (M 3) befindet sich seit Mitte der 1990er-Jahre eine Gedenkstätte, in der u. a. Zeitzeuginnen und Zeitzeugen über die Haftumstände vor Ort, aber auch über ihre eigenen Biografien informieren.

Umgang mit der DDR-Geschichte als Konfliktthema

1998 wurde die **Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur** durch den Deutschen Bundestag gegründet. Ihr Ziel sollte es vor allem sein, auf den menschenverachtenden Charakter der DDR-Diktatur hinzuweisen und einem verklärenden Rückblick auf die DDR, der sog. „**Ostalgie**“*, entgegenzuwirken. Gerade die ausschließliche Darstellung der DDR als Unrechtsstaat wurde jedoch von vielen ehemaligen DDR-Bürgerinnen und -Bürgern als befremdlich wahrgenommen. Nicht immer empfanden sie den DDR-Alltag als Unterdrückung, der Großteil der Bevölkerung hatte sich mit dem Regime arrangiert. So gab es auch Kritik, dass die DDR einseitig zu negativ bewertet würde und z. B. das Wirken der Opposition noch vor der friedlichen Revolution nicht genügend Beachtung fände. Damit wurde der Umgang mit der DDR-Vergangenheit ein innenpolitisches Konfliktthema, das bis heute in der öffentlichen Diskussion der Bundesrepublik Deutschland eine Rolle spielt.

1 Arbeiten Sie aus M 4 und M 5 heraus, wie nach der Wiedervereinigung mit Tätern und Opfern der SED-Diktatur verfahren wurde. Beziehen Sie auch den DT ein.
2 Beschreiben Sie mithilfe des DT den Umgang mit den Stasi-Dokumenten nach der Wiedervereinigung.
3 **Wahlaufgabe:** Recherchieren Sie arbeitsteilig in Gruppen zum Gedenkort „Weißes Kreuz“ (M 1), zum Stasimuseum Berlin (M 2) und zur Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen (M 3). Beschreiben Sie jeweils den historischen Ort, das Angebot und die Zielsetzung.
4 2009 wurde in der deutschen Öffentlichkeit heftig diskutiert, ob die DDR ein Unrechtsstaat gewesen sei. Beurteilen Sie die Einschätzungen, die in M 6–M 9 deutlich werden, und finden Sie mögliche Gründe für diese Positionen.
5 Bewerten Sie in einem abschließenden Fazit den Umgang mit der DDR-Vergangenheit in den beiden Jahrzehnten nach der Wiedervereinigung. Beziehen Sie dabei auch geeignete GDB ein.

Tipp: Die Reihenfolge der Arbeitsaufträge hilft Ihnen beim Aufbau Ihres Vortrags.
▶ Hilfe

M 3 **Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Fotografie, o. J.**
Auf dem Schild steht: Sowjetisches Speziallager Nr. 3
Zentrales Sowjetisches Untersuchungsgefängnis in der SBZ/DDR
Zentrale Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR

Ostalgie
Begriff setzt sich zusammen aus „Ost“-Deutschland sowie Nost„algie“: Sehnsucht nach bestimmten Lebensformen und Objekten aus der DDR.

▶ M 6–M 9: „Die DDR – ein Unrechtsstaat?“ – Stellungnahmen

Umgang mit den Opfern und Tätern

M4 Hubertus Knabe, 2000–2018 Direktor der Gedenkstätte Hohenschönhausen, in seinem Buch „Die Täter sind unter uns. Über das Schönreden der SED-Diktatur“, 2008

Tausende ehemals Verfolgte leben heute von äußerst niedrigen Einkünften. Da die Haft ihren Lebensweg durcheinanderbrachte und sie oftmals auch danach nicht mehr richtig auf die Beine kamen, erhalten sie entsprechend geringe Altersbezüge. Verkehrte Welt: Wer sich anpasste in der DDR, konnte das Abitur ablegen, studieren, Karriere machen, bis hin zur Professur oder einem Amt im Staatsapparat – und bekommt dafür nun eine satte Pension. Die ehemaligen Unterdrücker profitieren so gleich doppelt von ihrer Mitwirkung am SED-Regime. Wer sich jedoch gegen die Diktatur auflehnte, durfte nicht studieren, bekam keinen guten Job, endete unter Umständen im Gefängnis – mit Folgen bis ins Alter. Die Faustregel lautet: Je stärker sich ein DDR-Bürger mit dem System anlegte, umso geringer ist heute seine Rente. Während Täter und Karrieristen teilweise Bezüge von mehreren Tausend Euro kassieren, haben viele Opfer immer noch unter den Folgen des Regimes zu leiden. Eine täterfreundliche Rechtsprechung und Gesetzgebung haben bewirkt, dass man in Deutschland eine höhere Rente bekommt, wenn man zehn Jahre im Zuchthaus Bautzen als Wärter Dienst tat, als wenn man dort zwanzig Jahre in Haft saß. Viele Opfer spüren erst jetzt, siebzehn Jahre nach dem Ende der DDR, die finanziellen Konsequenzen der politischen Verfolgung. Wer in den fünfziger oder sechziger Jahren in Haft war, hat inzwischen meist das Rentenalter erreicht. Beim Blick auf den Rentenbescheid merken die Betroffenen, wie wenig sie für ihre Altersversorgung aufbieten konnten. Auch die bescheidenen Wiedergutmachungsleistungen des Staates haben daran nichts geändert. Immer mehr kommen deshalb zu dem Schluss: Der Widerstand gegen das kommunistische Regime hat sich nicht gelohnt. Der Verlust der Freiheit wurde nur unzureichend entschädigt, das verlorene Eigentum vielfach nicht zurückgegeben, einen Ausgleich für die geraubten Lebenschancen gab es nicht – ganz zu schweigen von den körperlichen und seelischen Verletzungen, unter denen viele Verfolgte bis heute leiden.

*Hubertus Knabe, Die Täter sind unter uns, 4. Aufl., Ullstein, Berlin 2011, S. 202 f.**

M5 Der Jurist Eike Frenzel in „Spiegel Geschichte“ über die Mauerschützenprozesse, 2014

Die juristische Aufarbeitung der Todesschüsse an der Grenze polarisiert die frisch wiedervereinigte Gesellschaft. Sympathisanten des SED-Regimes und PDS[1]-Politiker geißeln die Prozesse gegen DDR-Grenzschützer und ihre Befehlshaber als Fortsetzung des Kalten Krieges. Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley klagt dagegen: „Wir wollten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat.“ […]

Von 270 nachweisbaren Todesfällen an der innerdeutschen Grenze „infolge eines Gewaltakts“ geht die Berliner Staatsanwaltschaft 2004 aus. 237 Menschen wurden während eines Fluchtversuchs von DDR-Grenzern erschossen, 33 starben durch Minendetonation. Doch die Höchststrafe in den 112 zwischen 1991 und 2004 geführten Verfahren lautet siebeneinhalb Jahre Haft.

Absitzen muss sie der ehemalige DDR-Verteidigungsminister Heinz Keßler. Honecker-Nachfolger Egon Krenz und der frühere Grenztruppen-Chef Klaus-Dieter Baumgarten werden zu je sechseinhalb Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Von den 246 Angeklagten erhalten rund hundert Freiheitsstrafen mit Bewährung. Mehr als 60 werden freigesprochen.

Recht wird in den Prozessen gegen Mauerschützen zweifellos gesprochen – die Gerechtigkeit ist dabei allerdings auf der Strecke geblieben. Bei ihrem Versuch, Straftaten an der innerdeutschen Grenze aufzuarbeiten, gelangen die Gerichte ihrerseits an eine Grenze: die Grenze des Rechtsstaats.

Karin Gueffroy, Mutter des letzten erschossenen DDR-Flüchtlings, spricht den Angehörigen der Maueropfer wohl aus der Seele, als sie in der Zeitung „Das Parlament“ mit Blick auf die vom Bundesgerichtshof 1993 verhängten Bewährungstrafen für die Todesschützen ihres Sohnes sagt: „Ich finde es nicht gerecht, das sage ich heute immer noch. Aber ich musste damit leben lernen.“

*Zit. nach Eike Frenzel, Die Grenze des Rechtsstaates, in: Spiegel Geschichte vom 7. November 2014, zit. nach: www.spiegel.de/geschichte/mauerschuetzen-prozessebrachten-den-rechtsstaat-an-seine-grenzen-a-1000949.html (Download vom 13. März 2023).**

1 *PDS:* Partei des Demokratischen Sozialismus, Nachfolgepartei der SED, 2005 Umbenennung in „Die Linke“, 2007 Neugründung „Die Linke“

Debatte über die Deutsche Demokratische Republik als Unrechtsstaat

M6 Joachim Gauck, 1990–2000 Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, 2009

Der Begriff trifft zu, weil es in der DDR keine Unabhängigkeit der Justiz gab, keine Gewaltenteilung. Es gab keine Herrschaft des Rechts, weil eine Instanz wie die herrschende SED in den Bereich des Rechts eingreifen konnte. Nicht jedermann konnte das, aber die zentralen Führungsinstanzen der Partei sehr wohl.

Zudem war es unmöglich, staatliches Handeln auf dem Gerichtsweg anzugreifen, man hätte dazu die Verwaltungsgerichte gebraucht. Aber die gab es ebenso wenig wie ein Verfassungsgericht. Man konnte allerdings, wie im Feudalismus, Eingaben an die Herrschenden richten und appellieren: Hier geschieht Unrecht. Und dann hatte man vielleicht Glück. Oder eben nicht. Das spricht alles dafür, das Regime der DDR ein Unrechtsregime zu nennen, auch wenn es im Land zum Beispiel ein Zivil- und ein Verkehrsrecht gegeben hat, was die Verteidiger der DDR immer wieder anführen.

Everhard Holtmann, Die DDR – ein Unrechtsstaat? Mitteldeutsche Zeitung vom 18. April 2009. Zit. nach: www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47560/die-ddr-ein-unrechtsstaat/ (Download vom 1. Dezember 2022).

M7 Lothar de Maizière, letzter DDR-Ministerpräsident, 2010

Die Zeitung „Der Tagesspiegel“ berichtet über ein Interview des Politikers mit der „Passauer Neuen Presse“ anlässlich des 20. Jahrestages des Volkskammer-Beschlusses zum Beitritt der DDR zur Bundesrepublik:

„Ich halte diese Vokabel für unglücklich“, sagte er der „Passauer Neuen Presse“ […]

„Die DDR war kein vollkommener Rechtsstaat. Aber sie war auch kein Unrechtsstaat. Der Begriff unterstellt, dass alles, was dort im Namen des Rechts geschehen ist, Unrecht war.“ Wenn die DDR ein Unrechtsstaat gewesen wäre, hätte im Einigungsvertrag nicht vereinbart werden können, dass Urteile aus DDR-Zeiten weiter vollstreckt werden können, sagte der CDU-Politiker. „Auch in der DDR war Mord Mord und Diebstahl Diebstahl“, sagte de Maizière dem Blatt. „Das eigentliche Problem waren das politische Strafrecht und die fehlende Verwaltungsgerichtsbarkeit.“

*Zit. nach: AFP vom 7. Januar 2014 (Download vom 15. September 2023).**

M8 Die DDR-Bürgerrechtlerin Marianne Birthler, 2000–2011 Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, 2019

Das Erinnern an jene Tage ist politischer als noch vor fünf Jahren, oder?

Ja. Als ich mir meine Reden von vor fünf oder zehn Jahren zum Thema anschaute, merkte ich, dass sich die Debatte verändert hat. Und das finde ich gut. Sie ist streitiger geworden. Man guckt genauer hin. Es werden auch mehr Verbindungen zur Gegenwart hergestellt. Was mich überrascht, ist, dass die Debatte über das Thema Unrechtsstaat jetzt wieder neu angefacht wurde. Das finde ich sehr merkwürdig.

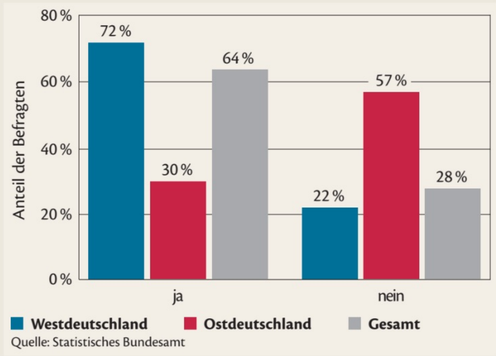
Weil Sie meinen, dass die DDR ein Unrechtsstaat gewesen ist.

Ja. Man muss den Begriff ja nicht benutzen, aber es gibt gute Gründe, die DDR als Unrechtsstaat zu bezeichnen. Deshalb finde ich es geradezu bizarr, wenn jemand auf die Idee kommt, die SED-Diktatur wäre kein Unrechtsstaat gewesen. Als Begründung heißt es, dadurch werde die Lebensleistung von Ostdeutschen infrage gestellt. Aber der Begriff „Unrechtsstaat“ meint doch nicht einzelne Menschen, sondern das politische System. Diktaturen sind per se Unrechtsstaaten, weil politische Macht über keine demokratische Legitimation verfügt, weil niemand das Recht hat, sich gegen die Willkür des Staates zu verteidigen, und es weder Presse- noch Meinungsfreiheit gibt. Auch das Argument, es wäre in der DDR nicht alles Unrecht gewesen, ist hanebüchen[1]. In allen Diktaturen, sogar im Nationalsozialismus, gab es Bereiche des Lebens, die funktionierten und rechtens waren.

Zit. nach: https://www.rnd.de/politik/marianne-birthler-die-ddr-war-ein-unrechtsstaat-WKMFC4WHZZBBZNNXKDE577VQVE.html (Download vom 22. Februar 2024). Das Interview mit Marianne Birthler führte Markus Decker.*

1 *hanebüchen:* unerhört, haarsträubend

M9 Umfrageergebnis zu „War die DDR ein Unrechtsstaat?“ (2014)



Quelle: Statistisches Bundesamt

5.2 Soziale und ökonomische Herausforderungen

Welche sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen gab es für die Bundesrepublik zwischen 1990 und 2009?
Wie lassen sich die Reaktionen darauf beurteilen?

L Vorschlag für eine Lernaufgabe:
Beurteilen Sie die gesellschaftlichen und politischen Reaktionen auf zentrale Herausforderungen nach der Wiedervereinigung. Verfassen Sie dazu ein Statement für eine Diskussionsrunde zu „Deutschland nach der Wiedervereinigung – zwischen hohen Erwartungen und Ernüchterung". Die Arbeitsaufträge auf S. 265 helfen Ihnen dabei.

Wirtschaftliche Folgen der Wiedervereinigung

Der **3. Oktober 1990** bedeutete das Ende der staatlichen Teilung Deutschlands, markierte aber zugleich den **Anfang eines schwierigen Einigungsprozesses**. Das wiedervereinigte Deutschland wurde vor ungeahnte Herausforderungen gestellt, die bis in die Gegenwart nachwirken. Am dringlichsten war die Klärung politischer, rechtlicher und wirtschaftlicher Belange, um dem Osten Deutschlands eine ökonomische Perspektive zu bieten und so langfristig die Lage zu stabilisieren. Dieser Prozess erforderte besonders von den Bürgerinnen und Bürgern im Osten Deutschlands ungleich mehr **Anpassungsleistung** als von den Menschen in Westdeutschland und sorgte neben der Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen auch für Enttäuschungen und Unsicherheiten in der ostdeutschen Identität.

Den Grundstein für die wirtschaftliche Integration beider Staaten bildete der **„Staatsvertrag für die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion"**.

1990 drängte die Bundesrepublik auf die Überführung von Staatsunternehmen der DDR in Privateigentum, um die Einführung der Marktwirtschaft voranzutreiben.

M 1 Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR vom 1. Juli 1990, Schaubild

Währungsunion

- DM einzige Währung
- Deutsche Bundesbank alleinige Zentralbank
- Mark der DDR: DM
  1:1 für Löhne und Gehälter, Renten, Mieten, Pachten, Stipendien, Guthaben von natürlichen Personen (Höchstgrenze: 5000 Mark)
  2:1 für alle übrigen Forderungen und Verbindlichkeiten

Wirtschaftsunion

Die DDR schafft Voraussetzungen für die soziale Marktwirtschaft:

- Privateigentum
- freie Preisbildung
- Wettbewerb
- Gewerbefreiheit
- freier Verkehr von Waren, Kapital und Arbeit
- ein mit der Marktwirtschaft verträgliches Steuer-, Finanz- und Haushaltswesen
- Einfügung der DDR-Landwirtschaft in das EG-Agrarsystem

Sozialunion

Die DDR schafft Einrichtungen entsprechend denen in der Bundesrepublik Deutschland:

- Rentenversicherung
- Krankenversicherung
- Arbeitslosenversicherung
- Unfallversicherung
- Sozialhilfe

Die DDR schafft und gewährleistet nach dem Vorbild der Bundesrepublik Deutschland:

- Tarifautonomie
- Koalitionsfreiheit
- Streikrecht
- Mitbestimmung
- Betriebsverfassung
- Kündigungsschutz

Die Bundesrepublik Deutschland gewährt für die Aufschubfinanzierung der Sozialsysteme Mittel aus dem Bundeshaushalt und für den Haushaltsausgleich der DDR Finanzzuweisungen aus dem Sonderfonds „Deutsche Einheit" in Höhe von 115 Mrd. DM.

Auf Beschluss der Volkskammer der DDR wurde im Juni 1990 die **Treuhandanstalt** (THA, kurz: Treuhand) geschaffen, die die Verantwortung für diesen Übergang bis 1994 übernahm. Dafür galten laut Birgit Breuel, THA-Präsidentin von 1991 bis 1994, drei Grundsätze: „Schnell privatisieren – entschlossen sanieren – behutsam stilllegen". Dies bedeutete einerseits die Aufspaltung der in der DDR dominierenden Großbetriebe, um unrentable Betriebsteile zu schließen, und war andererseits mit der Entlassung vieler Arbeitskräfte verbunden, weil kleinere Betriebe für Käufer attraktiver erschienen (M 2, M 3).

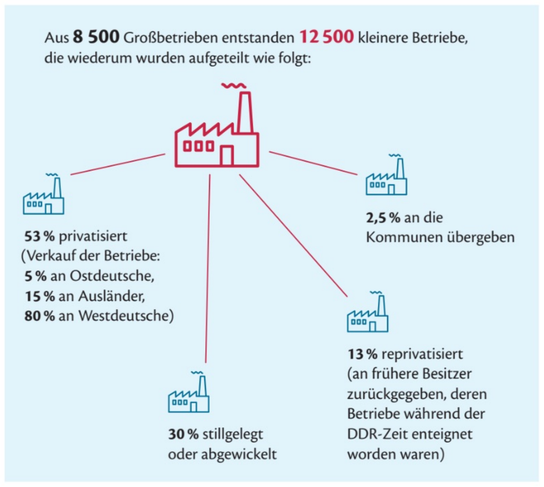
Die Hoffnung auf eine rasche **Transformation der Planwirtschaft der DDR zur Marktwirtschaft der Bundesrepublik** erfüllte sich jedoch nicht. Die DDR-Wirtschaft war maroder als gedacht, die ostdeutsche Wirtschaft entwickelte sich katastrophal, die erhofften Einnahmen, die die Einheit finanzieren sollten, blieben aus. Mit Inkrafttreten der Währungsunion mussten die ostdeutschen Betriebe binnen kurzem auf dem Weltmarkt und gegenüber der damit einhergehenden Konkurrenz bestehen. Außerdem brach der frühere Absatzmarkt in Osteuropa zusammen. Die Rückständigkeit der DDR-Betriebe, die den Strukturwandel insbesondere im Bereich der Automatisierung und der Mikroelektronik nicht vollzogen hatten, schmälerten die erwarteten Erträge aus dem Verkauf der Unternehmen. Viele Betriebe wurden von westdeutschen Unternehmern erworben, weil diese über das dafür nötige Kapital verfügten. In vielen Fällen löste die Treuhand unrentable Unternehmen schnell auf und machte dabei aber selbst Gewinn. Die Zahl der Beschäftigten in Ostdeutschland, die im Herbst 1989 bei rund 9,8 Millionen gelegen hatte, sank bis Ende 1991 auf 6,7 Millionen.

Informationen zur Treuhandanstalt
joqano

▶ M 5: „Dilettanten am Werk?" – die Politikwissenschaftlerin Anne Hähnig über die Treuhandanstalt

M 2 Proteste von Beschäftigten vor der Treuhandzentrale in Berlin, Fotografie, 1992

M 3 Bilanz zur Treuhandanstalt und zum Wirtschaftsumbau



Politische Maßnahmen zum Ausgleich der finanziellen Belastungen

Die finanziellen Belastungen durch den Einigungsprozess stellten sich als sehr viel höher heraus als zunächst angenommen. Die Regierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) reagierte darauf u. a. mit einem **Solidarpakt***. Außerdem wurde 1991 der **Solidaritätszuschlag**, eine Zusatzabgabe auf die Einkommensteuer, eingeführt. Am 14. Mai 1991 stimmte der Bundestag erstmals für seine Einführung, um die Menschen in den „neuen" Bundesländern zu unterstützen. Zunächst als kurzfristige finanzielle Überbrückung der Situation unmittelbar nach der Wiedervereinigung gedacht, begründete

▶ M 6: Karikatur zum Solidaritätszuschlag von Horst Haitzinger, 1995

Solidarpakt
Der Solidarpakt I (1995–2004) und der Solidarpakt II (2005–2019) sind Vereinbarungen zwischen der Bundesregierung und den Ministerpräsidenten der Länder über Transferleistungen an die ostdeutschen Bundesländer. Ziel war, die wirtschaftlichen Lebensverhältnisse im Osten an die im Westen anzupassen. Insgesamt stellte der Bund den ostdeutschen Ländern über die Solidarpakte rund 200 Milliarden Euro zur Verfügung. Die Gesamtkosten der deutschen Einheit einschließlich Transfers über die Sozialversicherungen werden auf rund zwei Billionen Euro geschätzt.

▶ M 7–M 11: Soziale Folgen der Wiedervereinigung und Reaktionen der Gesellschaft

die Regierung die zusätzliche Abgabe damit, dass ein solidarisches finanzielles Opfer aller Bevölkerungsgruppen zur Finanzierung der Vollendung der Einheit Deutschlands unausweichlich sei. Mithilfe des nicht zweckgebundenen Solidaritätszuschlags wurden der Ausbau von Verkehrswegen und Kommunikationsnetzen sowie die Sanierung der Städte finanziert, aber nicht alle Mittel flossen nach Ostdeutschland.

Soziale Folgen der Wiedervereinigung und gesellschaftliche Reaktionen

Von der Euphorie des Mauerfalls war angesichts der Realität des mit der „äußeren Einheit" einhergehenden wirtschaftlichen und soziokulturellen Wandels rasch nichts mehr übrig. Stattdessen breitete sich das Gefühl der Ernüchterung und der Enttäuschung bei vielen Bürgerinnen und Bürgern der ehemaligen DDR aus.
Der Kontrast zwischen gewohnten Bedingungen der DDR wie der planwirtschaftlichen Scheinwirtschaft und der Zusage auf einen Arbeitsplatz einerseits und den Ansprüchen der Marktwirtschaft andererseits war enorm. Die **Massenarbeitslosigkeit** wurde in der ostdeutschen Gesellschaft als tiefer Einschnitt empfunden. Zudem hatte die westdeutsche Politik unrealistische Erwartungen geweckt, indem sie in kürzester Zeit „blühende Landschaften" versprach (siehe S. 254, M 1).
Mit dem „Staatsvertrag für die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion" (M 1) war auch den ostdeutschen Bürgerinnen und Bürgern der uneingeschränkte Zugang zu den **Versorgungsleistungen der Sozialversicherungen** gewährt worden, was die Auswirkungen des Transformationsprozesses abmildern sollte. Dennoch konnte keine finanzielle Entlastung das Gefühl der Unsicherheit und mangelnden Akzeptanz bzw. Anerkennung aufwiegen, mit dem sich viele Bewohnerinnen und Bewohner der ehemaligen DDR konfrontiert sahen. Diese hatten sich innerhalb kürzester Zeit an die neuen Gegebenheiten anpassen müssen. Ihre Lebensleistung in der DDR-Zeit, z. B. im beruflichen Bereich, wurde oft nicht ausreichend gewürdigt. So war das Niveau der Renten in Ost und West bei vergleichbarer Erwerbsbiografie erst im Jahr 2023 gleich. Zugleich entwickelte sich bei vielen westdeutschen Bürgerinnen und Bürgern angesichts der wachsenden steuerlichen Belastungen zunehmend Unverständnis gegenüber der als „undankbar" empfundenen Haltung der ehemaligen DDR-Bevölkerung. Diese unterschiedliche Sicht auf den Prozess der „inneren Einheit" verfestigte über lange Zeit eine **„Mauer in den Köpfen"**. So ist inzwischen unbestritten, dass grundsätzliche Versäumnisse und ein überhebliches Vorgehen des Westens einer stärkeren „inneren" Einheit von Anfang an im Wege standen. Der Historiker Jürgen Kocka prägte in diesem Zusammenhang den Begriff **„Vereinigungskrise"**, der veranschaulicht, dass trotz der politischen Wiedervereinigung zunächst zwei Gesellschaften in der Bundesrepublik bestehen blieben. Trotzdem fällt das Resümee der Wiedervereinigung in beiden Landesteilen mehrheitlich positiv aus, auch wenn Missverständnisse und Vorurteile das Verhältnis teilweise bis heute prägen und eine immer noch bestehende soziale und wirtschaftliche Diskrepanz, wenn man etwa die ungleichen Löhne und Renten in Ost und West betrachtet, berücksichtigt werden muss.

M 4 Gerhard Schröder auf dem SPD-Parteitag zur Agenda 2010, Fotografie, 1. Juni 2003.
Der 1944 geborene Jurist und SPD-Politiker war 1990–1998 Ministerpräsident von Niedersachsen und 1998–2005 Bundeskanzler.

Innenpolitische Reformen: Agenda 2010

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts galt Deutschland, das unerwartet lange mit den Folgen der Wiedervereinigung und den daraus resultierenden Kosten kämpfte, als „kranker Mann Europas". Um die Massenarbeitslosigkeit einzudämmen, die Wirtschaft angesichts der **Globalisierung** international wettbewerbsfähiger zu machen und die Sozialabgaben zu senken, verkündete Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) in seiner Regierungserklärung am 14. März 2003 das Reformkonzept **Agenda 2010**. Das Kernstück waren umfassende **Arbeitsmarkt- und Sozialreformen** unter dem Motto „Fördern und Fordern". Erklärtes Ziel der von der Bundesregierung beauftragten Kommission unter

dem Manager Peter Hartz und dem Wirtschaftswissenschaftler Bert Rürup war es, durch eine „aktive Arbeitsmarktpolitik" die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II (**Hartz IV**) zusammenzuführen. Geringfügig Beschäftigte in sogenannten Minijobs wurden von Abgaben befreit, Leiharbeit wurde erleichtert. Weitere Gesetze passten die Rentenhöhe an die konjunkturelle Entwicklung an und beteiligten Versicherte stärker an Gesundheitskosten.
Nach heutigen Erkenntnissen der Wirtschaftswissenschaft hat die größte Arbeitsmarkt- und Sozialreform in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zu einem nachhaltigen Aufschwung des Arbeitsmarktes beigetragen, der im Vergleich mit anderen europäischen Ländern bemerkenswert war und auch dabei half, dass Deutschland die Auswirkungen der Weltfinanzkrise von 2007 bis 2008 besser bewältigen konnte: Die Zahl der Arbeitslosen sank deutlich, immer mehr Menschen waren erwerbstätig. Als positive Auswirkung der Reform wird auch die effektivere Integration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt gemäß dem Motto „Fördern und Fordern" genannt.
Die Agenda 2010 war aber von Anfang an in Politik und Gesellschaft sehr umstritten und traf auf großen Widerstand der Sozialverbände und Gewerkschaften, die diese Maßnahmen als sozial ungerecht kritisierten, weil u. a. viele Arbeitslose Angst vor dem sozialen Abstieg hatten. Auch der Anstieg unsicherer und schlecht bezahlter Arbeitsverhältnisse als rasche Auswirkung der Reform war ein Problem; längerfristig schwächte sich dieser Trend jedoch deutlich ab. 2023 wurde als Reaktion auf die anhaltende Kritik an Hartz IV das Bürgergeld eingeführt.

1 Skizzieren Sie die wirtschaftlichen Folgen der Wiedervereinigung (DT, M 1 und GB).
2 Beurteilen Sie am Beispiel der Treuhandanstalt die Lösungsansätze für die Anpassung der ostdeutschen Wirtschaft an die Marktwirtschaft (M 2–M 3, M 5, DT).
3 Analysieren Sie die Karikatur M 6 zu den politischen Maßnahmen, um die finanziellen Folgen der Wiedervereinigung abzumildern (DT, GD).
Tipp: Nutzen Sie für die Analyse die Arbeitsschritte zu „Karikaturen analysieren und interpretieren" auf Seite 24.
4 Untersuchen Sie die sozialen Folgen der Wiedervereinigung für die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland:
a) **Arbeitsteilige Partnerarbeit:** Arbeiten Sie aus den polemisch überspitzten Texten M 7 bzw. M 8 die jeweiligen Hauptkritikpunkte an „Ossis" bzw. „Wessis" heraus. Tauschen Sie Ihre Ergebnisse aus.
b) Vergleichen Sie die Einschätzung in M 7 und M 8 mit den Umfrageergebnissen M 9 und dem Text des Politikwissenschaftlers M 10.
c) Analysieren Sie M 11 und überprüfen Sie davon ausgehend, inwieweit die Zeichnung aus dem Jahr 1990 die soziale Entwicklung im wiedervereinigten Deutschland zutreffend voraussagte (DT).
5 a) Charakterisieren Sie die Maßnahmen der Agenda 2010, die dazu beitragen sollten, die gesellschaftlichen Konflikte abzuschwächen (M 4, M 12, DT).
b) Beurteilen Sie unter Einbeziehung des statistischen Materials M 13 den Erfolg der Agenda 2010 (DT). ▶ Hilfe
Entwerfen Sie mithilfe Ihrer bisherigen Arbeitsergebnisse einen Diskussionsbeitrag, in dem Sie zu den gesellschaftlichen und politischen Reaktionen auf zentrale Herausforderungen nach der Wiedervereinigung Stellung nehmen.

Arbeitsmarktreformen
Hartz I und II: u. a. Aufwertung der Leiharbeit, Förderung geringfügiger Beschäftigung, Leistungskürzungen für Langzeitarbeitslose, die eine angebotene Beschäftigung ablehnen.
Hartz III: Zusammenarbeit bundeseigener Arbeitsämter mit kommunalen Sozialämtern in der neuen Bundesagentur für Arbeit.
Hartz IV: Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum „Arbeitslosengeld II". Diese Grundsicherung ersetzt nach 12 bzw. 18 Monaten Arbeitslosigkeit das Arbeitslosengeld I, welches an die Höhe des früheren Einkommens gekoppelt ist.

▶ M 12–M 13: Agenda 2010

Treuhandanstalt

M5 „Dilettanten am Werk"?

Die Politikwissenschaftlerin und Journalistin Anne Hähnig schreibt 2022 im Zuge der Veröffentlichung neuer Quellen aus den Treuhandarchiven:

Die Treuhand existierte gerade einmal vier Jahre lang, von 1990 bis 1994. […] Doch statt privatisiert wurde häufig liquidiert. Vorgeworfen wurde der Treuhand deshalb, den Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft nicht verhindert zu haben. Und noch mehr als das: Unterstellt wurde ihr auch, falsch gespielt zu haben, Betriebe entweder mutwillig plattgemacht oder billig verkauft zu haben, alles im Sinne westdeutscher Kapitalisten. […].

Es gab unzählige Zeitungsartikel über sie, es wurden Bücher und Studien geschrieben. Worauf Historiker aber lange keinen Zugriff hatten: die Akten der Treuhand. […]. Denn solche Schriftstücke liegen in Deutschland 30 Jahre unter Verschluss.

[…] [D]er ostdeutsche Bürgerrechtler Richard Schröder hat sich dafür eingesetzt, dass […] ein Forscherteam sich damit beschäftigt, dass es Mythen hinterfragen und Vorurteilen Fakten entgegenstellen kann. Dierk Hoffmann […] ist Leiter dieses elfköpfigen Teams am Institut für Zeitgeschichte München–Berlin. […]. Selbstverständlich werde die Treuhand daran gemessen, wie viele Arbeitsplätze sie habe erhalten können, sagt Hoffmann. „Wenn man das zum Maßstab macht, ist die Bilanz niederschmetternd." Von vier Millionen Industriearbeitsplätzen gingen zweieinhalb Millionen verloren. […]

„Die Treuhand war heillos überfordert", sagt Dierk Hoffmann. […] Ziel der Behörde sei es gewesen, viele Unternehmen möglichst schnell zu verkaufen. Dafür hätte sie eine Bestandsaufnahme machen müssen […]. Denn längst nicht alle Betriebe der DDR waren überlebensfähig. Und die allermeisten brauchten Investitionen und eine Sanierung. […] Allerdings gehört zur Wahrheit auch, dass man der Treuhand nicht vorwerfen kann, dass sie derartige Probleme ignoriert habe. Immer wieder wurden interne Untersuchungen beauftragt. Heraus kam zum Beispiel, dass fast 90 Prozent der Privatisierungen zu beanstanden seien.

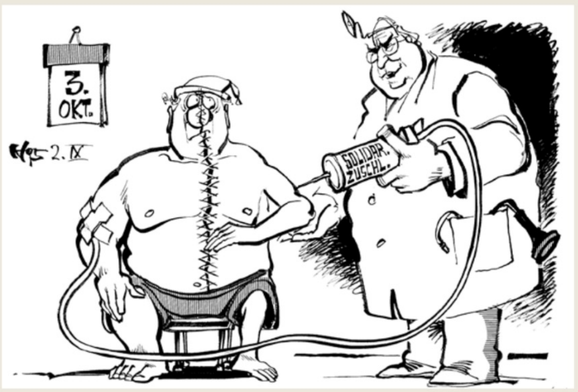
[…] Und obwohl die Überforderung der Behörde so augenfällig war, überhäufte die Bundesregierung sie mit weiteren Aufgaben. Sie musste irgendwann auch Eigentumsfragen klären, sich um Umweltschäden kümmern, Agrarflächen verkaufen, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik machen und Immobilien veräußern. […] Fehler gab es einige. Und wer viele macht, macht sich verdächtig. […] Dass die Behörde im Osten einen derart schlechten Ruf bekam, hat auch etwas damit zu tun, wie sie mit Ostdeutschen in den eigenen Reihen umging. […] Verheerender noch […] ist ein anderes Fazit der Forscher über die Arbeit der Treuhand. „Sie hat es verpasst, den Mittelstand ausreichend zu fördern", sagt der Historiker Max Trecker […]. Stattdessen habe sich die Behörde darauf konzentriert, große Kombinate zu veräußern. Dafür hätten ihre Mitarbeiter vorwiegend mit westdeutschen Konzernen verhandelt. Das sei keine bewusste Vorzugsbehandlung gewesen, so die Forscher. Der Grund dahinter war wesentlich simpler: Die Treuhand habe versucht, jedes Unternehmen zu möglichst hohen Preisen zu verkaufen. Deswegen hätten Ostdeutsche auch nur selten den Zuschlag bekommen. Diese hätten durch ihre Biografie im Sozialismus keine relevanten Ersparnisse gehabt und in der Regel keine Kredite von Banken bekommen, um eine Firmenübernahme zu stemmen. […] Dies sei jedoch nicht mit Absicht passiert, sondern eher aus Inkompetenz.

*Anne Hähnig, Dilettanten am Werk, in: Die Zeit, Nr. 15 vom 7. April 2022.**

Politische Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise

M6 „… noch'n paar Eigenblut-Spritzen und man sieht nur noch 'ne Narbe!", Karikatur zum Solidaritätszuschlag von Horst Haitzinger, 1995.

Die Figur rechts zeigt Bundeskanzler Helmut Kohl.



Soziale Folgen der Wiedervereinigung und Reaktionen der Gesellschaft

M7 Der westdeutsche Journalist Michael Jürgs, 2005[1]

Schon im ersten Jahr nach der Einheit begannen die Neufünfländer, unsere Republik madig zu machen und die ihre zu verklären. Vergaßen zu erwähnen, wie viel wir dem Volk ohne Vermögen von unserem Volksvermögen bereits rübergeschaufelt hatten, damit ihre Straßen befahrbar wurden, ihre Luft sauber, ihre Städte beleuchtet. […] Mit vagen Vorstellungen von Freiheit habt ihr euer zweites Leben nach der Stunde null 1989 begonnen, aber dabei das erste nur verdrängt. Im Unterbewusstsein blubbert es jetzt herum, und die Blasen produzieren eine gemischte Sehnsucht: bisschen Zonenmief wie einst, bisschen Freiheitsluft wie jetzt, bisschen Arbeit wie einst, bisschen Einheit wie heute. – So hättet ihr es wohl gern, Ossis. […] Ihr verlangt, dass der Staat zuständig zu sein habe für das soziale Netz, das Wetter und einen sicheren Arbeitsplatz. […] In Umfragen bezeichnet sich der Ossi als entmutigt, resigniert, depressiv. Kann es sein, dass euch die Rolle des beleidigten Opfers so gut gefällt, dass ihr sie nicht mehr aufgeben wollt? Dass ihr bei der Suche nach Schuldigen immer wieder auf uns trefft? Teil eurer provinziellen Miefmentalität ist die Angst vor der Freiheit.

*Zit. nach: https://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/40128241 (Download vom 8. Juni 2022).**

M8 „Ihr habt Angst vor der Einheit, Wessis"

Die ostdeutsche Journalistin Angela Elis, 2005[1]:

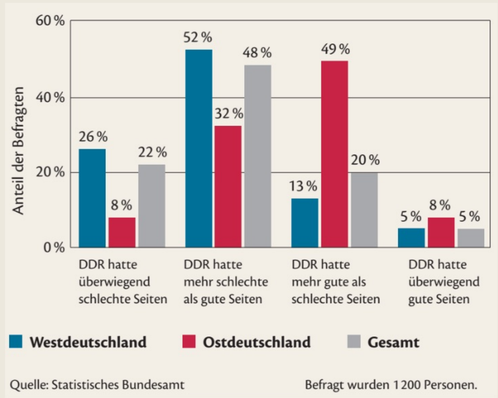
Wir hätten ihre Milliarden verplempert, stöhnen sie. Verdrängen, dass auch wir Ossis Solidaritätszuschlag zahlen. Übersehen, dass wir ihnen nicht nur jede Menge Baumarktkram, sondern vom Auto bis zum Videorecorder alles abgekauft haben. Wir Ostler, über zehn Millionen neue Konsumenten, schoben im Kaufrausch der Einheitsjahre eure Konjunktur kräftig an. […] Langsam aber vergeht selbst dem anderen Deutschen das Siegerlachen. Deshalb die neue Strategie. Der Wessi stellt sich als Opfer dar. Jetzt, da die Goldgräberstimmung bei uns im Osten vorbei ist, Herrenhäuser in bester Innenstadtlage oder am See steuerlich abgeschrieben sind und die Mieteinnahmen weniger werden, fällt euch nichts anderes ein, als über das Billionengrab Ost zu klagen […]. Der Westler hat sich seine Meinung schon immer gebildet, ohne hinzuhören oder hinzuschauen. So erklärt sich, warum der Wessi die Wirtschaftskraft der DDR total überschätzte […]. Von der falschen Bewertung der DDR wechselte der Wessi flott zur kompletten Entwertung des Ostens. All das von uns gelebte Leben wurde mit Pauschalurteilen platt gemacht. […] Fakt ist: Der Jammer-Wessi hat den Besser-Ossi zwar nicht verdient, aber könnte einiges von ihm lernen. Wenn er nicht so viel Angst hätte vor der Einheit.

*Angela Elis: Ihr habt Angst vor der Einheit, Wessis, in: Spiegel Special 4/2005, zit. nach: https://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/40128242 (Download vom 8. Juni 2022).**

1 *Michael Jürgs und Angela Elis, Die Journalistin Angela Elis und der Journalist Michael Jürgs veröffentlichten 2005 gemeinsam das Buch „Typisch Ossi, typisch Wessi. Eine längst fällige Abrechnung unter Brüdern und Schwestern".*

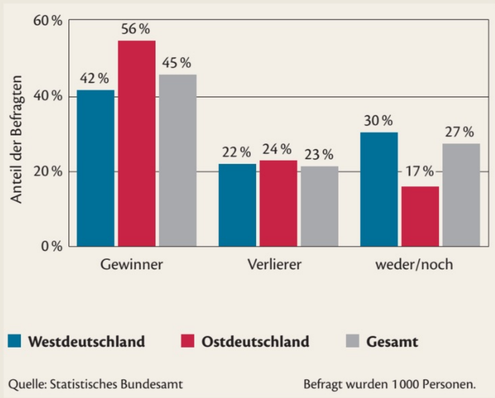
M9 Umfrageergebnisse 2009

a) Wie beurteilen Sie rückblickend das Leben in der DDR?



Quelle: Statistisches Bundesamt — Befragt wurden 1200 Personen.

b) Sehen Sie sich eher auf der Gewinner- oder auf der Verliererseite?



Quelle: Statistisches Bundesamt — Befragt wurden 1000 Personen.

M 10 Der Politikwissenschaftler Klaus Schroeder 2010 über Deutschland nach der Wiedervereinigung

Trotz aller Kritik […] und einem Unbehagen an der Einheit generell ist sich jedoch eine sehr breite Mehrheit in den östlichen und eine Mehrheit in den westlichen Bundesländern darin einig, die Wiedervereinigung eher mit Freude als mit Sorge zu betrachten. Zurück in die reale Vergangenheit will im Osten nur eine kleine Minderheit, etwa jeder Zehnte. […]

Eine breite Mehrheit der Ostdeutschen möchte die heutigen Lebensverhältnisse nicht missen und keineswegs mehr mit denen in der DDR tauschen, aber sie fühlen sich oft von ihren Landsleuten missverstanden. Sie beklagen insbesondere eine fehlende Anerkennung ihrer Lebensleistung, die jedoch weder bezogen auf West- noch auf Ostdeutsche pauschal erfolgen kann. Es geht um die individuelle Lebensleistung, der Anerkennung gebührt, keineswegs um die Gleichsetzung von System und Lebenswelt. Gerade an dieser Differenzierung mangelte es in den vergangenen zwanzig Jahren. Westdeutsche rechneten sich die Überlegenheit ihres Systems zu und werteten gleichzeitig Ostdeutsche gemeinsam mit ihrem System ab. Erst wenn dieses Missverständnis ausgeräumt ist, kann das Zusammenwachsen ohne individuelle oder sogar kollektive Kränkungen gelingen. Dabei darf jedoch die notwendige Delegitimierung[1] des SED-Regimes, der sozialistischen Diktatur, nicht zugunsten individueller Lebensleistungen aufgegeben werden. Ansonsten geht die zweite Säule des wiedervereinigten Deutschlands verloren: das Bekenntnis zu einer freiheitlich-demokratischen, mithin zivilen Gesellschaft.

*Klaus Schroeder, Deutschland nach der Wiedervereinigung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 19. Juli 2010. Zit. nach: https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/32608/deutschland-nach-der-wiedervereinigung/(Download vom 31. August 2023).**

1 *Delegitimierung:* rechtlich nicht anerkennen

M 11 „Metamorphose des aufrechten Gangs", Karikatur von Peter Dittrich, 1990

Agenda 2010

M 12 Reformbereiche und Reformansätze der Agenda 2010

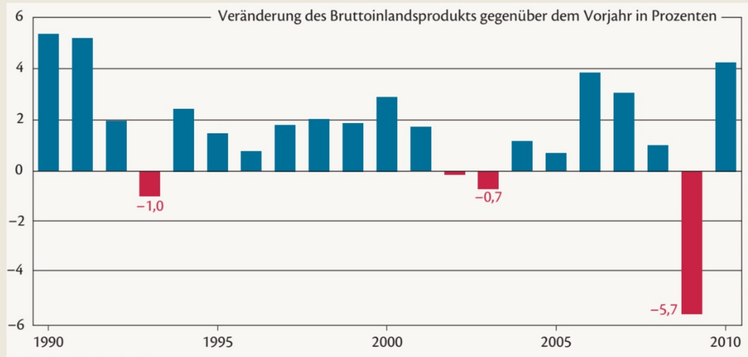
Bereich	Beispiele
Wirtschaft	– Gründung von Handwerksbetrieben auch ohne Meisterbrief – Lockerung des Kündigungsschutzes – Senkung der Lohnnebenkosten (d. h. Kosten, die der Arbeitgeber zusätzlich zum Bruttolohn für die Arbeitnehmerinnen und -nehmer entrichten muss; z. B. Kranken- und Rentenversicherung) – höhere Sozialabgaben der Arbeitnehmerinnen und -nehmer
Arbeitsmarkt	– kürzere Dauer des Bezugs von Arbeitslosengeld aus der Arbeitslosenversicherung – Einführung des Arbeitslosengelds II (genannt „Hartz IV") in Höhe des Sozialhilfesatzes; Zahlung an Bedürftigkeit gekoppelt, d. h. Zwang zur Offenlegung der Vermögensverhältnisse – verschärfte Regelungen zur Zumutbarkeit für Arbeitsangebote
Krankenversicherung	– Streichung von Leistungen der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) – erhöhte Zuzahlungen durch die Versicherten selbst – geringere Einzahlungen der Arbeitgeber in die GKV
Rente	– gleichbleibender Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung – staatliche Förderung von freiwilligen Rentenversicherungen
Bildung	– besondere Ausbildungsangebote für Jugendliche – Förderung von Ganztagsschulen
Familie	– Erhöhung des Kindergeldes

Zusammenstellung von der Autorin.

M 13 Bilanz der Agenda 2010

a) Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik Deutschland (1990–2010).

Die globale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2007/2008 wurde v. a. durch den Zusammenbruch des US-Immobilienmarktes und mangelnde Regulierung der Banken verursacht. Sie führte zu einer weltweiten Rezession, zu Bankenpleiten, staatlichen Rettungspaketen und langfristigen wirtschaftlichen Folgen; auch Deutschland war davon betroffen.

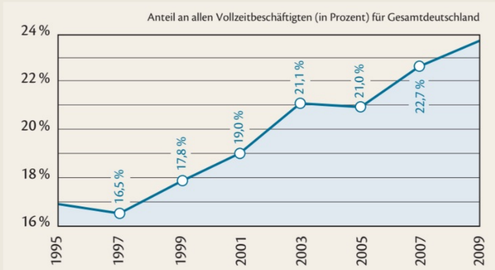


Quelle: Statistisches Bundesamt

b) Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte und Arbeitslose (1995–2009), Angaben in Tausend

Quellen: Bundesamt für Arbeit

c) Niedriglohnbeschäftigung (1995–2009)



Quellen: Bundesamt für Arbeit, Statistisches Bundesamt

5.3 Extremismus und Terrorismus als Bedrohung für die Demokratie in Deutschland

Wie begegneten Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik den Gefährdungen der Demokratie durch Extremismus und Terrorismus in den Jahren nach 1990?

L Vorschlag für eine Lernaufgabe:
Recherchieren Sie in Kleingruppen jeweils zu einem Beispiel extremistischer Gewalt in der Bundesrepublik zwischen 1990 und 2009. Ordnen Sie Ihr Beispiel in den zeitgeschichtlichen Kontext ein und beurteilen Sie an diesem Beispiel Möglichkeiten und Grenzen staatlichen und gesellschaftlichen Handelns. Sammeln Sie Ihre Ergebnisse in Stichpunkten, mit deren Hilfe Sie einen Podcast erstellen können. Die Arbeitsaufträge auf S. 272 und die Methodenseite (siehe S. 277) unterstützen Sie dabei.

Rechte Gewalt in den Jahren nach 1990

Rechtsextremismus
Das rechtsextremistische Weltbild wird von nationalistischen, antisemitischen und rassistischen Anschauungen geprägt. Dabei herrscht die Auffassung vor, die Zugehörigkeit zu einer Ethnie, Nation oder „Rasse" entscheide über den Wert eines Menschen. Rechtsextremisten treten für ein autoritäres politisches System ein, in dem die freiheitliche demokratische Grundordnung außer Kraft gesetzt ist. Werden diese Ziele durch systematisch geplante Anschläge verfolgt, so spricht man von Rechtsterrorismus. Besonders unter Neonazis, d. h. Personen, die sich ideologisch am historischen Nationalsozialismus orientieren und die Wiedererrichtung eines autoritären Staates nach Vorbild des „Dritten Reiches" anstreben, ist die Gewaltbereitschaft sehr hoch.

Die Jahre nach der Wiedervereinigung, insbesondere die Zeit zwischen 1991 und 1994, waren auch geprägt von Gewalttaten, deren Täter dem **Rechtsextremismus*** anhingen. Neben Banküberfällen sowie Gewaltanwendung gegen Sachen und Einrichtungen, z. B. Ausstellungen oder Mahnmale, fanden Angriffe auf einzelne Personen und Gruppen, die als Feindbild eingestuft wurden, statt. Dazu gehörten Vertreterinnen und Vertreter des demokratischen Verfassungsstaats sowie Menschen mit Migrationshintergrund. Darüber hinaus wurden Sinti und Roma, Obdachlose, Menschen mit Behinderung sowie Homosexuelle Opfer von Gewalttaten. Auch Antisemitismus war ein prägendes Motiv rechtsextremistischer Ausschreitungen. So kam es 1994 und 1995 zu Brandanschlägen auf die Lübecker Synagoge, und 2003 wurde ein von Neonazis für den 9. November geplanter Anschlag bei der Grundsteinlegung des Jüdischen Zentrums München von der Polizei vereitelt.
Trauriger Höhepunkt dieser Zeit waren Brandanschläge auf Wohnhäuser u. a. von Familien mit türkischer Migrationsgeschichte und pogromartige Massenausschreitungen gegen Einrichtungen zur Unterbringung von Flüchtlingen. Die überwiegend jugendlichen Gewalttäter wurden dabei durch den Applaus zahlreicher Schaulustiger angestachelt, welche auch die Einsatzkräfte behinderten.

M 1 Rechtsextreme Krawalle in Rostock-Lichtenhagen, Fotografie, 24. August 1992.
Bis zu 1 200 meist jugendliche rechtsradikale Gewalttäter und über 3 000 Schaulustige fanden sich vor der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerberinnen und -bewerber in Mecklenburg-Vorpommern ein. Dabei wurde ein Gebäude in Brand gesteckt und die Polizisten wurden mit Steinen und Brandsätzen beworfen. Fernsehkameras filmten das Geschehen.

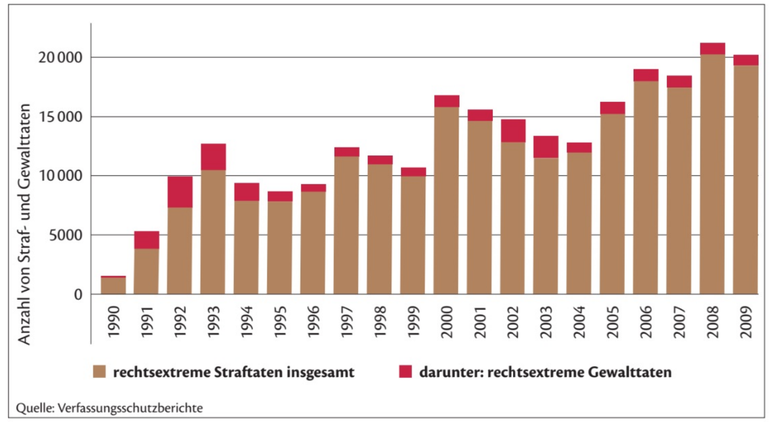
▶ M 4: Fabian Virchow über rechte Gewalt der 1990er-Jahre

▶ M 5–M 6: Zeitzeugen über rechtsextremistische Anschläge und Forderungen der Opfervertreter

Dass – auch unter dem Eindruck wachsender Zuwanderung, u. a. aufgrund des Zerfalls des Ostblocks und der Jugoslawienkriege – fremdenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen in einigen Teilen der Bevölkerung unterstützt wurden, zeigte sich an den Wahlerfolgen extrem rechter Parteien wie der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), der Deutschen Volksunion (DVU) oder der Republikaner, denen in den 1990er- und 2000er-Jahren der Einzug in Landtage in Ost- und Westdeutschland gelang. Während die Zahl der offiziell verzeichneten gewalttätigen Übergriffe am Ende der 1990er-Jahre zurückging, kam es in der Neonazi-Szene zu einer weiteren Radikalisierung. Die rechtsterroristische Vereinigung „Nationalsozialistischer Untergrund" (NSU), deren Aktivisten aus diesem politischen Umfeld kamen, ermordete in den 2000er-Jahren neun Menschen mit Migrationshintergrund und eine Polizistin. Die Hintergründe wurden allerdings erst viele Jahre später aufgedeckt.

Interaktive Karte zu rechtsextremistischen Gewalttaten in Deutschland seit 1945
yefupe

M 2 Statistik zu „Rechtsextremismus in Deutschland".
Opferverbände und Experten gehen von einer hohen Dunkelziffer bei rechtsextremen Straftaten aus, da viele nicht gemeldet oder von der offiziellen Kriminalstatistik nicht als politisch motiviert erfasst wurden.



Quelle: Verfassungsschutzberichte

Islamistischer Terror in der Bundesrepublik Deutschland

Der **Anschlag auf das World Trade Center in New York am 11. September 2001** verdeutlicht das globale Ausmaß der Bedrohung, welches von **islamistisch***-terroristischen Gruppen und von ihnen angeleiteten Einzeltätern ausging. In den Ermittlungen der Folgezeit wurde bekannt, dass die Täter ihre Planungen auch von Deutschland aus koordiniert hatten. Die im Jahr 2006 gescheiterten Anschläge auf Regionalzüge in Hamm und Koblenz und ein durch die **„Sauerland-Gruppe"*** geplanter und im Jahr 2007 verhinderter Sprengstoffanschlag zeigten, dass auch die Bundesrepublik Ziel islamistischen Terrors war. In Propagandavideos islamistisch-terroristischer Gruppierungen wurde dies vor allem mit der deutschen Beteiligung am internationalen Kampf gegen den Terror nach den Anschlägen vom 11. September 2001 begründet. Ende der 2000er-Jahre nahm die Zahl von Personen aus dem islamistischen Spektrum deutlich zu, welche im Verdacht standen, im Ausland eine terroristische Ausbildung durchlaufen zu haben, und die deshalb als besonders sicherheitsgefährdend galten.

Islamismus
Eine sich auf die Religion des Islam berufende Form des politischen Extremismus. Im Gegensatz zur großen Mehrheit der Muslime nehmen Islamisten für sich in Anspruch, den einzig „wahren" Islam zu vertreten, und wollen ihre Auslegung als verbindliche Richtschnur für Staat und Gesellschaft verwirklichen. Wichtigstes Unterscheidungsmerkmal einzelner islamistischer Strömungen ist ihre Einstellung zur Gewalt. Das Spektrum reicht von nicht-gewaltorientierten Islamisten, die auf Politik und Gesellschaft Einfluss nehmen wollen, um ihre islamistischen Positionen durchzusetzen, bis hin zu Dschihadisten („Gotteskrieger"), die bereit sind, Terroranschläge zu begehen.

„Sauerland-Gruppe"
Ihre Mitglieder planten im Auftrag der in Pakistan agierenden Islamischen Dschihad-Union Anschläge in Deutschland.

Reaktion von Politik und Gesellschaft auf Extremismus und Terrorismus

Die Suche und Umsetzung angemessener Maßnahmen als Antwort auf die Gefährdung durch Extremismus und **Terrorismus** wurde in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland kontrovers diskutiert. Höchst umstritten war etwa die **Einschränkung des Asylrechts** durch eine Änderung des **Grundgesetzes Art. 16a***, welche 1993 vor dem Hintergrund zunehmender rechter Gewalt (M 5) nach intensiver gesellschaftlicher und politischer Debatte durch den Bundestag verabschiedet wurde. Während Befürworter darin ein notwendiges Eingehen auf Sorgen und Ängste der Bevölkerung

▶ M 7: Metin Kaplan – der „Kalilf von Köln"

▶ M 8: Islamismus und islamistischer Terrorismus in Deutschland

GG Art. 16a
xujiyi

angesichts gestiegener Flüchtlingszahlen sahen und den Schutz vor Missbrauch des Asylrechts betonten, kritisierten andere, dass damit die Politik den Forderungen der Rechtsextremen nachgegeben hätte. Zudem wurde die aufgeheizte Debatte um das Asylrecht als eine Ursache für zunehmende Fremdenfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft gesehen. Manche Medien trugen mit Berichten über die angebliche „Ausländerflut" und „Asylantenschwemme" dazu bei, Vorbehalte gegenüber Migrantinnen und Migranten zu schüren.

▶ M 9: Antiterrorgesetzgebung in Deutschland seit 2001
▶ M 10: Interview mit Ingo Hasselbach
▶ M 11: Wehrhafte Demokratie zwischen Freiheit und Sicherheit, Karikatur von Gerhard Mester, 2006

Die konsequente Verfolgung von Straftätern und Verbote von extremistischen Organisationen sowie deren Publikationen sollten die **innere Sicherheit** erhöhen. Ein Verbotsverfahren gegen die rechtsextreme Nationaldemokratische Partei (NPD), das vonseiten der Bundesregierung, des Bundestages und des Bundesrates in Auftrag gegeben wurde, scheiterte allerdings an Verfahrensfehlern. Als Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 wurden vom Bundestag mehrere **Anti-Terror-Gesetze** verabschiedet, welche den Behörden ermöglichten, die Überwachung von verfassungsfeindlich und extremistisch eingestuften Personen und Organisationen deutlich auszuweiten. Die repressiven Maßnahmen waren in Politik und Gesellschaft umstritten, da in einem demokratischen Rechtsstaat der Einschränkung von bürgerlichen Freiheiten im Interesse der Sicherheit enge Grenzen gesetzt sind.

Durch **präventive und integrative Maßnahmen** sollten die Ursachen von Extremismus und Gewalt bekämpft, der Dialog innerhalb der Gesellschaft verstärkt und die Radikalisierung von Einzelpersonen und Gruppen verhindert bzw. rückgängig gemacht werden. Hierzu dienten z. B. die Förderung pädagogischer Arbeit mit Rechtsextremen im Jugendbereich sowie von Ausstiegs- bzw. Deradikalisierungsprogrammen. Darüber hinaus wurde 2006 die erste Deutsche Islamkonferenz durch den damaligen Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) ins Leben gerufen. Ziel der Konferenz war nach der Darstellung des Innenministeriums, „eine bessere religions- und gesellschaftspolitische Integration der muslimischen Bevölkerung und ein gutes Miteinander aller Menschen in Deutschland, gleich welchen Glaubens" zu erreichen.

Zahlreiche Bürgerinitiativen engagierten sich vor allem gegen rechte Gewalt. Besondere Breitenwirkung erreichten Großdemonstrationen in Form von Lichterketten, etwa in München oder Köln, welche Hunderttausende von Menschen mobilisierten (M 3). Auch Vertreter der Opfergruppen organisierten sich und forderten staatlichen Schutz vor sowie eine lückenlose Aufklärung von extremistischen Gewalttaten. Darüber hinaus setzten sie sich für ein angemessenes Gedenken an die Opfer ein.

M 3 Lichterkette, Protestaktion in München, Fotografie, Dezember 1992

Unter dem Motto „Eine Stadt sagt Nein" demonstrierten ca. 400 000 Menschen gegen Ausländerhass und Rechtsradikalismus.

Radikalisierungsprävention

mehoqi

1 Erstellen Sie anhand des DT sowie von M 1–M 2 und M 4–M 8 einen Überblick zu Formen, Ausmaß und Opfergruppen von Extremismus und Terrorismus zwischen 1990 und 2009. Berücksichtigen Sie die GB „Terrorismus und Globalisierung".
Tipp: Verwenden Sie dazu eine Mindmap oder erstellen Sie eine Tabelle.

2 **Arbeitsteilige Gruppenarbeit:** Recherchieren Sie im Internet genauer zu einem der im DT oder in den Materialien erwähnten Beispiele rechtsextremer Gewaltakte bzw. islamistischen Terrorismus in Deutschland zwischen 1990 und 2009. Gehen Sie dabei insbesondere auf die Opfer ein. Nutzen Sie dazu auch die Informationen aus der interaktiven Karte auf S. 271 (siehe QR-Code).

3 **Wählen Sie eine Aufgabe aus:**
Setzen Sie sich mit den Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Reaktionen auf
a) Rechtsextremismus und rechtsterroristische Gewalt (M 5–M 6, M 10) oder
b) islamistischen Terrorismus (M 7–M 9) auseinander.

4 Bewerten Sie in einem abschließenden Fazit den Umgang von Staat und Gesellschaft (M 1, M 3 und M 11, DT) mit den Gefährdungen der Demokratie durch Extremismus und Terrorismus in den beiden Jahrzehnten nach der Wiedervereinigung. Berücksichtigen Sie auch die Perspektive der Opfer (M 6).

5 **Zusatzaufgabe:** Siehe S. 301.

Rechtsextremismus

M 4 Der Politikwissenschaftler Fabian Virchow über die Spezifik rechter Gewalt der 1990er-Jahre, 2022

Vergleicht man das Auftreten rechter Gewalt in den 1990er Jahren mit der vorhergehenden Periode, lassen sich signifikante Unterschiede ausmachen. So nahm die rassistische Gewalt in den frühen 1990er Jahren angesichts einer steigenden Zahl Schutzsuchender aus dem zerfallenden Jugoslawien[1] besonders stark zu […] bis hin zu Pogromen wie in Hoyerswerda[2] […] und Rostock- Lichtenhagen […].

Die Spezifik rechter Gewalt der 1990er Jahre zeigt sich also zum einen in ihrem Ausmaß. Damit verbunden war zum anderen der Anspruch, nicht nur vereinzelt Akte der Einschüchterung und Bestrafung umzusetzen, sondern mittels Kontrolle des Raumes durch eigene Präsenz und gezielte Gewalt möglichst nachhaltig Einfluss auf die soziale Ordnung zu nehmen. Mit dem Konzept der „national befreiten Zone", das Anfang der 1990er Jahre in extrem rechten Kreisen zirkulierte, gab es einen strategischen Ansatz, der diese Zielsetzung systematisch umriss. In solchen „Zonen" sollten Rechtsextreme den öffentlichen Raum und das Alltagsleben prägen und über erlaubtes beziehungsweise nicht-erlaubtes Verhalten entscheiden. Andersdenkende oder als „fremd" und damit als nicht zugehörig Definierte sollten in diesen „Zonen" nicht geduldet werden. Auch wenn es kaum gelang, solche „national befreiten Zonen" dauerhaft und in relevanten räumlichen Größenordnungen zu realisieren, so blieb doch aufseiten der rechtsextremen Gewaltakteurinnen und Gewaltakteure vielfach die Erfahrung, Gewalt weitgehend sanktionsfrei[3] zur Durchsetzung politischer Ziele und sozialer Ordnungsvorstellungen ausüben zu können.

Diese Erfahrung teilt die „Generation Hoyerswerda" ebenso wie die Erkenntnis, dass die massive rassistische Gewalt der frühen 1990er Jahre politische Entscheidungen beeinflussen konnte, etwa so weitreichende wie die Änderung des Artikels 16 des Grundgesetzes, der bis zur Verfassungsänderung am 28. Juni 1993 das Recht auf Asyl verbürgte. […]

Die Wirksamkeit massiver politisch motivierter Gewalt und die vielfach ausbleibende strafrechtliche Sanktionierung trugen erheblich zum Selbstbewusstsein extrem rechter Milieus in den 1990er Jahren bei. In diesen Milieus entwickelte sich damit nicht nur eine rassistische Gewaltpraxis, wie sie in der Anschlags- und Mordserie des NSU[4] ab den späten 1990er Jahren zum Ausdruck kam, sondern auch ein intergenerationeller und intrafamiliärer[5] Transfer der oben genannten Erfahrung an jüngere Rassistinnen sowie Rassisten und Rechtsextreme.

*Fabian Virchow, Rechte Gewalt in Deutschland nach 1945 – Eine Einordnung der 1990er Jahre, in: APuZ, 49–50/2022, S. 10–14.**

1 Infolge der Jugoslawienkriege in den 1990er-Jahren, die zu den blutigsten Auseinandersetzungen Europas seit Ende des Zweiten Weltkrieges zählen, wurden mehrere Millionen Menschen zu Flüchtlingen und Vertriebenen.
2 *Hoyerswerda:* Im September 1991 kam es in Hoyerswerda zu rechtsextremistischen Anschlägen gegen ein Asylbewerberheim und Wohnheime von vietnamesischen Vertragsarbeitern mit ihren Familien. Die Polizei konnte die Angriffe nicht stoppen. Die deutschen Medien berichteten umfangreich über die Ereignisse. Die Ausschreitungen von Hoyerswerda bildeten den Auftakt zu einer Serie rechtsextremer Ausschreitungen Anfang der 1990er-Jahre.
3 *sanktionsfrei:* straflos
4 *NSU:* Der Nationalsozialistische Untergrund war eine neonazistische terroristische Vereinigung in Deutschland.
5 *intrafamiliär:* Weitergabe von Einstellungen und Erfahrungen zwischen Generationen und Familien

M 5 „Die Gewalttäter waren gut organisiert"

Auszüge aus einem Interview von 2022 mit Wolfgang Richter, ehemaliger Ausländerbeauftragter in Rostock-Lichtenhagen, zu den Pogromen von 1992:

Mediendienst: Sie waren mit im Sonnenblumenhaus[1], als es ab dem 22. August 1992 von einem Mob angegriffen wurde. […]

Wolfgang Richter: Die Situation vor Ort hat sich über Wochen zugespitzt. Viele Geflüchtete aus Rumänien mussten tagelang auf der Wiese vor dem Haus ausharren, um ihre Asylanträge bei der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber stellen zu können. Das war ein unhaltbarer Zustand, der viel Unmut und Konflikte hervorgebracht hat. Einige Tage vor den Ausschreitungen meldete sich ein anonymer Anrufer bei der Lokalzeitung. Er drohte, es werde am Sonnabend, also am 22. August 1992, „für Ordnung gesorgt". Da war mir klar, dass etwas passieren wird. […]

Bei uns herrschte völliges Unverständnis darüber, warum die Behörden nicht dafür sorgen konnten, dass die Menschen von dieser Wiese runterkommen können. Das war ja der Anlass dafür, dass es zu diesen Gewalttaten kam. Die Behörden haben versichert, die Situation ernst zu nehmen. Aber es geschah nichts. […]

Am 22. August flogen die ersten Steine gegen das Haus. Da waren zeitweise nur 25 Polizisten, um das Haus zu schützen. Sie sahen sich rund 100 rechten Gewalttätern gegenüber, die von vielen anderen Menschen auch noch angefeuert wurden. Die Beamten standen da ohne Schutzkleidung. Sie haben ihr Leben riskiert, um uns zu schützen. Ich hatte allergrößten Respekt vor ihnen. Erst nach und nach kamen mehr Polizeibeamte.

Mediendienst: Was geschah in der zweiten Nacht?
Wolfgang Richter: In der zweiten Nacht reisten viele rechte Gewalttäter aus der ganzen Republik an, nachdem die Ausschreitungen tags zuvor Thema in vielen Medien waren. Was als Rostocker Angelegenheit begann, wurde so zu einer bundesweiten Angelegenheit. […] Die Polizei auf der anderen Seite bekam Unterstützung von zwei Hundertschaften aus Hamburg. Erst danach hatten die Beamten das Geschehen halbwegs unter Kontrolle. Wir sind dann relativ gelassen in den Montag gegangen.
Es kam dann ganz anders als erwartet.
Am Montagabend waren wir ab 21 Uhr völlig ungeschützt im Haus. Die Polizei war abgezogen worden. […] Ich habe die Einsatzzentrale der Polizei angerufen. Das Telefonat musste ich dann abbrechen, weil unten die ersten Gewalttäter versuchten, ins Haus einzudringen und das Haus in Brand zu setzen. […] Es war klar, dass wir uns selbst helfen müssen. […] Wir sind dann über das Dach zu einem anderen Aufgang dieses großen Häuserblocks gegangen. Dort lebten deutsche Familien. Wir haben an jeder Tür geklingelt, um zumindest für die Frauen und die wenigen Kinder, die da waren, Unterschlupf in einer Wohnung zu finden. Zwei haben die Türen geöffnet. Später wurden wir evakuiert von Polizei und Feuerwehr. […]

Zit. nach: https://mediendienst-integration.de/artikel/die-gewalttaeter-waren-gut-organisiert.html (Download vom 5. September 2023). Interview geführt von Mehmet Ata.*

1 *Sonnenblumenhaus:* elfstöckiger Plattenbau, in dem die Zentrale Aufnahmestelle von Asylbewerberinnen und -bewerber für Mecklenburg-Vorpommern untergebracht war

M 6 Interview mit Ibrahim Arslan, Überlebender des Brandanschlags in Mölln 1992[1], zu seinen Erfahrungen und Forderungen, 2022

Ibrahim Arslan (I. A.) setzt sich seit vielen Jahren u. a. in Vorträgen gegen Rassismus und für eine andere Erinnerungskultur ein.
Interviewerin: Sie waren sieben Jahre alt, als Sie Ihre Oma, Schwester und Cousine verloren haben. Erinnern Sie sich daran, wie mit Ihrer Familie nach dem Anschlag umgegangen wurde?
I. A.: Natürlich habe ich Erinnerungen. Auf der anderen Seite gibt es die Dinge, die damals schriftlich festgehalten und protokolliert wurden. Wir wurden damals stigmatisiert[2] und alleine gelassen, das ist eindeutig.
Interviewerin: Was meinen Sie damit?
I. A.: Wir wurden nach der Tat kriminalisiert, auch von unseren Nachbarn. Eine große Zeitung schrieb beispielsweise über meinen Vater, dass er kriminell sei und dass meine Familie hinter dem Brandanschlag stecken könnte. Das ist ein Muster, das nicht nur uns betrifft. Ähnliches haben wir auch bei den Angehörigen der Ermordeten des NSU erlebt. […]
Interviewerin: Dass Opfer zu Tätern gemacht werden, ist ein bekanntes Phänomen. […] Woran liegt das?
I. A.: Wir leben in Deutschland in einer weißen Mehrheitsgesellschaft und diese Gesellschaft ist eben nicht von Rassismus betroffen und vor allem nicht von rassistisch motivierten Gewalttaten. Die Gesellschaft sucht kriminelle Energie nicht bei ihresgleichen, sondern eher bei den Anderen und den vermeintlich Fremden. Weißen Menschen traut man hier eben nicht so gerne die Fähigkeit zu Gewalt zu – obwohl die Geschichte ja eigentlich genau das Gegenteil zeigt.
Interviewerin: Was muss sich ändern, damit der Blick nicht so schnell auf vermeintlich Fremdes gelenkt wird?
I. A.: […] die Geschichte der Migrationsgesellschaft muss stärker in den Fokus rücken, auch und besonders im Bildungssystem. […] Betroffene sollen ihre Stimme erheben, sie sollen sich vernetzen und ihre Erfahrungen austauschen. Die solidarische Gesellschaft, die sich daran beteiligen möchte, ist immer willkommen.

„Die Möglichkeit zu sprechen gibt uns unsere Freiheit zurück", Interview vom 22. November 2022, geführt von Kira Ayyadi, zit. nach: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/die-moeglichkeit-zu-sprechen-gibt-uns-unsere-freiheit-zurueck-92355 (Download vom 5. September 2023).

1 siehe Abbildung M 6 auf Seite 145
2 *stigmatisiert:* gebrandmarkt

Islamistischer Terrorismus

M 7 Metin Kaplan: Der „Kalif von Köln" strebte Weltherrschaft des Islam an

Aus einer Nachricht der Deutschen Presseagentur (dpa):
Metin Kaplan war als Anführer der militanten Islamisten-Organisation „Kalifatstaat" in Köln bis zu seiner Verhaftung stets im Visier der Verfassungsschützer. Über seine Organisation hetzte der heute 51-Jährige gegen Juden, den türkischen und den israelischen Staat. Ziele des selbst ernannten „Kalifen" waren die Errichtung eines islamischen Gottesstaates in der Türkei und die Weltherrschaft des Islam.
Am 15. November 2000 wurde Kaplan vom Düsseldorfer Oberlandesgericht wegen öffentlichen Aufrufs zu einer Straftat zu vier Jahren Haft verurteilt. Bereits seit 25. März 1999 saß er in Untersuchungshaft. Der „Kalifatstaat" wurde im Dezember 2001 als demokratie- und verfassungsfeindliche Organisation verboten. Bis zum Vereinsverbot hatte Kaplan bundesweit rund 1 100 Anhänger um sich geschart, davon die Hälfte in NRW. […]
Den „Kalifatstaat" hatte der Islam-Fundamentalist von seinem Vater C. Kaplan 1995 übernommen. Dabei war es zunächst zu einem Nachfolgestreit mit seinem Widersacher Ibrahim S. gekommen. Der „Kalif von Köln" rief zum Mord an seinem Rivalen auf, der im Mai1997 von Unbekannten in Berlin getötet wurde.

*Zit. nach: dpa vom 26. Mai 2004.**

M 8 Deutschland im Fokus des islamistischen Terrorismus

Aus einem Artikel der Zeitschrift „Spiegel" (2010):
„Deutschland liegt weiterhin im unmittelbaren Fokus islamistisch-terroristischer Gruppierungen", heißt es im Verfassungsschutzbericht. Das bedeutet, dass es nach wie vor Terrorgruppen gibt, die hierzulande Anschläge verüben möchten – und weicht von den Formulierungen des Vorjahresberichts kaum ab.
Grundsätzlich unterscheidet der Verfassungsschutzbericht zwischen terroristischen Organisationen wie al-Qaida & Co. auf der einen Seite und islamistischen Organisationen, die in Deutschland nicht terroristisch agieren, aber zum Teil unter Befürwortung von Gewalt für die Errichtung einer islamistischen Ordnung in ihren Herkunftsländern werben, auf der anderen Seite.
Die wichtigsten Veränderungen im Vergleich zu den Vorjahresberichten betreffen die Aktivitäten von Terrorgruppen. So gab es im Herbst 2009 im Umfeld der Bundestagswahl eine „einmalig hohe Dichte" von Audio- und Videobotschaften verschiedener Terrorgruppen, in denen mit Anschlägen gegen deutsche Interessen oder in Deutschland gedroht wurde. Die „Gefährdung deutscher Interessen im In- und Ausland" bestehe somit „weiterhin auf hohem Niveau".
[…] Der Verfassungsschutzbericht vermerkt zudem eine „besondere Bedeutung" von „Strukturen", die von „radikalisierten Personen der zweiten und dritten Einwanderergenerationen sowie radikalisierten Konvertiten[1]" gebildet würden. Diese Formulierung spielt auf mehrere Gerichtsverfahren im vergangenen Jahr an, in denen es um die Unterstützung von Terrorgruppen ging, aber auch auf die steigende Zahl von Radikalisierten, die Deutschland verlassen, um zumeist im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet Anschluss an militante Gruppierungen zu suchen. Von diesen Personen, so der Bericht, könne eine Gefahr für deutsche und ausländische Interessen ausgehen. Die Sicherheitsbehörden haben demnach derzeit Kenntnis von etwa 200 Personen, die seit Beginn der neunziger Jahre eine paramilitärische Ausbildung erhalten hätten. […]
Im Bereich der islamistischen Gruppen verzeichnet der Jahresbericht nur geringfügige Veränderungen. Die Zahlen der Mitglieder und Anhänger […] sind im Vergleich zum Vorjahr entweder gleich geblieben oder geringfügig gesunken.

Florian Gathmann, Kevin Hagen und Yassin Musharbash, Brandstiftung, Volksverhetzung, Spitzelei, in: Spiegel online vom 21. Juni 2010, zit. nach: Verfassungsschutzbericht: Brandstiftung, „Volksverhetzung", Spitzelei, Der Spiegel (Download vom 10. September 2023).

1 *Konvertit:* Mensch, der sein ursprüngliches religiöses Bekenntnis aufgibt und sich zu einem anderen bekennt

Reaktion von Politik und Gesellschaft auf Extremismus und Terrorismus

M 9 Antiterrorgesetzgebung in Deutschland seit 2001 – eine Zusammenfassung

Nach dem 11. September 2001 hat die Bundesregierung […] den Sicherheitsbehörden umfangreichere präventive Maßnahmen ermöglicht, um etwa Informationen über Reisebewegungen, Finanzströme oder das Verhalten von Verdächtigen zu gewinnen. […]
Mit dem […] sogenannten *Sicherheitspaket I vom 4. Dezember 2001* können nunmehr auch Religionsgemeinschaften und weltanschaulichen Gesellschaften Vereinsverbote auferlegt werden, wenn ihre Ziele oder Aktivitäten auf Straftaten abzielen und der verfassungsmäßigen Ordnung oder der Völkerverständigung zuwider handeln. […] In der Folge wurden mehrere Organisationen verboten […].
Mit dem Sicherheitspaket II, dem Gesetz zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus vom 9. Januar 2002 wurden viele Sicherheitsstatuten[1] aus verschiedenen Bereichen entsprechend der neuen Bedrohung angepasst. Umfangreiche Befugnisse, etwa bei der Sammlung von Informationen von Fluggesellschaften, Kreditinstituten und Telekommunikationsdiensten, die die Nachrichtendienste „vorübergehend" erhielten, wurden nach einer Bewertung durch wissenschaftliche Sachverständige im Dezember 2015 bis auf weiteres verlängert. Im August 2009 wurden durch das *Gesetz zur Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten* drei neue Bestimmungen in das Strafgesetzbuch aufgenommen. Demnach ist strafbar, wer Kontakte mit einer terroristischen Vereinigung initiiert oder aufrechterhält, schwere, staatsgefährdende Gewalttaten vorbereitet oder Weisungen dazu erteilt. […] Ohne

größeres öffentliches Aufsehen hat im November 2020 der Bundestag jene ursprünglich befristeten Sicherheitsgesetze endgültig entfristet.

*Josef Braml, Anti-Terrorismus-Gesetze und Machtbefugnisse. Eine Bestandsaufnahme der G20-Staaten 20 Jahre nach 9/11, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2021, S. 14–15.**

1 *Statuten:* schriftlich niedergelegte Regelungen

M 10 „Jeder hat das Recht, sich zu verändern"

Interview mit Neonazi-Aussteiger Ingo Hasselbach am 26. Januar 2001. Ingo Hasselbach (geb. 1967) war in Berlin Anfang der 1990er-Jahre als militanter Neonazi-führer aktiv, stieg aber aus der Szene aus. Seitdem wird er bedroht und steht unter Polizeischutz. Er versucht, Rechtsradikale für das Aussteigerangebot „Exit" zu gewinnen und setzt sich gegen Extremismus ein.

Spiegel online: Sie wollten jetzt mit auf die Tournee „Rock gegen rechte Gewalt" von Udo Lindenberg „und Freunden" gehen. In welcher Rolle?

Ingo Hasselbach: Um zu diskutieren. Denn als ein Schwerpunkt soll das Projekt „Exit" mehr in die Öffentlichkeit getragen werden, um den Rechten klarzumachen, da gibt es Möglichkeiten auszusteigen. Und ich bin in gewisser Weise ein lebendes Beispiel dafür, dass man ein Leben nach der Szene haben kann. […]

Spiegel online: Diese Woche will die Bundesregierung ihren Antrag auf NPD-Verbot einbringen, glauben Sie, das macht Sinn?

Ingo Hasselbach: Ich war immer ein Gegner von Verboten von Organisationen, weil ich ja selbst erlebt habe, was dann passiert. Es gibt eine Verhärtung von Strukturen, die Leute fühlen sich noch mehr zusammengeschweißt und fühlen sich richtiggehend in die Illegalität gedrängt. Das sehe ich bei der NPD letztlich nicht anders. Denn wo gehen die Leute hin? Die bleiben ja organisiert, die werden das illegal versuchen. Die Frage ist, ob da nicht sogar mehr Gewalt hochkommt, weil die Leute sich entscheiden, der illegale Weg ist der bessere als der legale.

Spiegel online: Denkt dann Politik zu kurzsichtig, wenn sie davon ausgeht, mit symbolischen Großdemonstrationen und solchen Verboten die rechte Szene zu beeindrucken?

Ingo Hasselbach: Das war ja immer schon das Problem, auch Anfang der Neunziger, wo die ersten großen Verbote im rechten Spektrum kamen. Damit war immer die Illusion verbunden, man habe die rechte Szene beruhigt. Da ist viel kurzsichtiges Denken bei. […]

Spiegel online: Haben Sie denn ein weitsichtigeres Patentrezept?

Ingo Hasselbach: Ein ideales Rezept? Nein. Vielleicht meine Arbeit, die ich in den letzten acht Jahren geleistet habe. Ich habe aus meinen Erfahrungen vorgelesen und habe versucht, dieser Szene den Nachwuchs abzuschneiden, damit da nicht noch mehr Jugendliche hineinrennen. Die gilt es aufzuklären, das ist für mich das Idealrezept. Es gibt eine gewisse Altersgruppe, die lässt sich noch erreichen, das sind die bis 18- oder 19-Jährigen. Danach wird es schwer. Das ist für mich die beste Arbeit, die man machen kann.

*Holger Kulick, „Jeder hat das Recht, sich zu verändern", in: Spiegel online vom 26. Januar 2001, zit. nach: Interview mit Nazi-Aussteiger Ingo Hasselbach, „Jeder hat das Recht, sich zu verändern", Der Spiegel (Download vom 15. September 2023).**

M 11 Die wehrhafte Demokratie zwischen Freiheit und Sicherheit, Karikatur von Gerhard Mester, 2006

Einen Podcast erstellen

Eine Alternative zu einer klassischen Präsentation bilden Podcasts. Mit einem Podcast verbindet man eine Serie von Audiodateien, die z. B. im Internet oder über eine Podcast App abgerufen werden können. Audio-Podcasts lassen sich vergleichsweise einfach produzieren. Für die Aufnahme wird lediglich ein Smartphone, PC oder Tablet mit integriertem Mikrofon benötigt. Für die Nachbearbeitung bieten sich im Internet kostenlos verfügbare Audioprogramme an. Der fertige Podcast kann auf der Schulhomepage oder einer Podcast-Plattform hochgeladen und so einem interessierten Publikum zugänglich gemacht werden.
Hinweis: Bei einer Veröffentlichung des Podcasts müssen datenschutzrechtliche Bestimmungen beachtet und gegebenenfalls die Einwilligung der Erziehungsberechtigten nichtvolljähriger Schüler und Schülerinnen eingeholt werden.

Wie gestaltet man einen Podcast?

1. Thema und Rahmenbedingungen festlegen

Zur Vorbereitung des Podcasts sollten Sie sich zunächst überlegen:
- Welches Thema soll behandelt werden?
- Welches Zielpublikum spreche ich an (Alter, Vorkenntnisse)?
- Welche Informationen zum Verstehen des Themas sind notwendig?
- Wie lang soll der Podcast werden?

2. Recherche und Planung

Recherchieren Sie Informationen zu Ihrem Thema, z. B. im Internet.
Erstellen Sie dann in Stichpunkten einen Schreibplan zum geplanten Ablauf des Podcasts. Dieser sollte ähnlich wie eine Radiosendung aufgebaut sein:
Intro: ggf. mit Musik; Titel des Podcasts
Einleitung: Diese sollte das Interesse der Hörerinnen und Hörer wecken und kurz sein.
Hauptteil: Präsentation zentraler Inhalte in Teilkapiteln; Sie können diesen Teil z. B. auch als Reportage oder Interview gestalten.
Schluss: kurze Zusammenfassung, Abrundung der Thematik

3. Skript erstellen

Im Skript eines Podcasts werden die einzusprechenden Texte ausformuliert und den verschiedenen Sprechern zugeordnet. Auch Regieanweisungen, z. B. zu Lautstärke, Sprechtempo oder Betonungen, werden hier festgehalten.
Tipp: Achten Sie auf eine adressatengerechte Formulierung, indem Sie z. B. Fachbegriffe erläutern.
Ergänzt wird das Skript durch Anmerkungen zur geplanten Einbindung von Musik, Soundeffekten oder externen Audioquellen. Grundsätzlich müssen bei der Gestaltung Urheber- und Persönlichkeitsrechte beachtet werden.

4. Produktion

Sie können bei der Aufnahme des Podcasts in einem „Take" arbeiten oder verschiedene Teile einzeln aufnehmen und erst in der Nachbearbeitung zusammenführen. Der Vorteil der zweiten, etwas aufwendigeren Methode ist die höhere Flexibilität bei der Verschiebung oder Veränderung von Elementen. Achten Sie auf einen lebendigen, angemessen schnellen und sicheren Vortrag.
Tipps:
- Nehmen Sie in einem möglichst ruhigen Raum auf, um störende Nebengeräusche zu vermeiden.
- Machen Sie vor der Aufnahme einen Soundcheck, um die Lautstärkeeinstellungen zu überprüfen und festzulegen, in welchem Abstand zum Mikrofon sich die Sprechenden befinden sollten.

5.4 Die internationale Rolle Deutschlands nach der Wiedervereinigung

Wie zeigte sich die veränderte außenpolitische Bedeutung der Bundesrepublik Deutschlands nach der Wiedervereinigung?

L Vorschlag für eine Lernaufgabe:
Erstellen Sie ein Erklärvideo, das über die außenpolitische Bedeutung Deutschlands nach der Wiedervereinigung informiert und beispielhaft die veränderte Rolle der Bundesrepublik in internationalen Konflikten zwischen 1990 und 2009 behandelt. Nutzen Sie dazu die allgemeinen Informationen und wählen Sie dann entweder die Informationen und Quellen zum Krieg im Kosovo oder zum Irakkrieg. Die Arbeitsaufträge auf S. 279 sind dabei hilfreich.

Außenpolitische Strategie zwischen 1990 und 2009

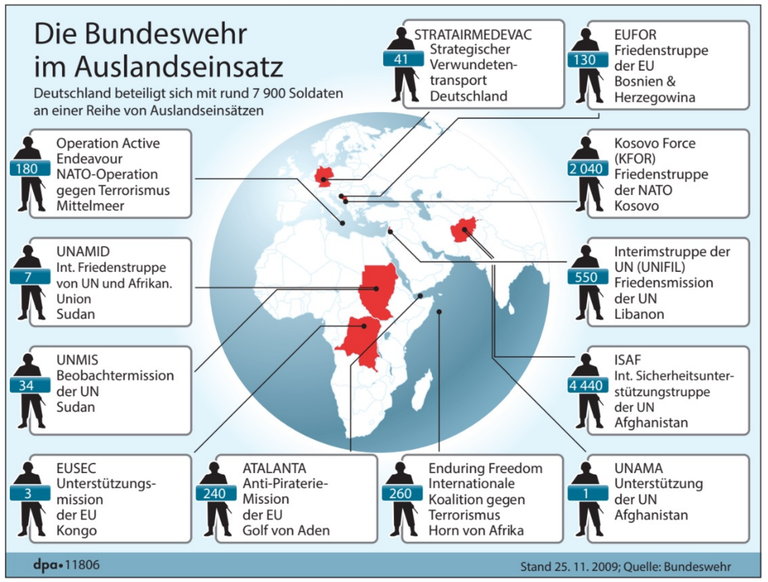
Mit der Auflösung des Ostblocks 1989/90 endete der **Kalte Krieg** und veränderte sich die Welt grundlegend. Der **Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1990** hatte tiefgreifende Folgen für das wiedervereinigte Deutschland auch in Bezug auf seine Außen- und Sicherheitspolitik, die durch die geopolitische Mittellage in Europa, die historisch bedingte militärische Zurückhaltung und die Westintegration nach dem Zweiten Weltkrieg geprägt war. In den 1990er-Jahren ging es anfangs der Bundesrepublik dabei zunächst vorrangig um „Peacebuilding", um die Schaffung von Frieden und Stabilität in Europa und um die Vermittlung von demokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftsformen im Verbund mit Partnern wie den USA, der **UNO**, der **NATO** und der Europäischen Union. **Demokratie** und **soziale Marktwirtschaft** sollten Frieden gewährleisten. Damit vermittelte man der Welt nach Erlangung der vollen Souveränität den Eindruck einer verantwortungsbewussten deutschen Politik, ohne Machtansprüche damit zu verbinden.

Aber in Zeiten neu aufflammender Konflikte und Krisen musste die Bundesrepublik Deutschland ihre außenpolitische Rolle neu definieren. Es ging nicht mehr nur darum, z. B. UN-Missionen finanziell und humanitär zu unterstützen, sondern die Partner forderten auch eine aktive Beteiligung deutscher Truppen zur globalen Krisen- und Konfliktbewältigung. Diese Forderung war in der deutschen Gesellschaft heftig umstritten. Aufgrund dieser Proteste werden die Entscheidungen der deutschen Sicherheits- und Außenpolitik stets vom Parlament kontrolliert und verfassungsrechtlich überprüft. So legte das Bundesverfassungsgericht im Jahr 1994 nach einer Debatte um die Zulässigkeit von Einsätzen der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebiets fest, dass die Bundesregierung für solche „**Out-of-Area**"*-Einsätze grundsätzlich zuvor die Zustimmung des Deutschen Bundestages einholen muss (M 1–M 3).

Während sich die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der NATO im Kosovo-Krieg (1998–1999) mit Truppen beteiligte und sich nach den Terroranschlägen vom 11. September auf das World Trade Center in New York der internationalen Terrorbekämpfung anschloss (siehe S. 281), verweigerte sie im Irakkrieg (2002–2003) ihren Bündnispartnern die Gefolgschaft. Aus ihrer Sicht lagen keine überzeugenden Beweise für die von den USA angegebenen Gründe, das Vorhandensein von Massenvernichtungswaffen und die Verbindung Iraks zum Terror-Netzwerk al-Qaida, vor. Deutschland traf damit nach eigenem Ermessen außen- bzw. sicherheitspolitische Entscheidungen, was einen weiteren Strategiewechsel deutlich macht.

Out-of-Area-Debatte
Sie war eine in der Bundesrepublik Deutschland zu Beginn der 1990er-Jahre geführte politische Debatte über die Zulässigkeit von Einsätzen der Bundeswehr außerhalb des geografischen Geltungsbereichs des NATO-Vertrages.

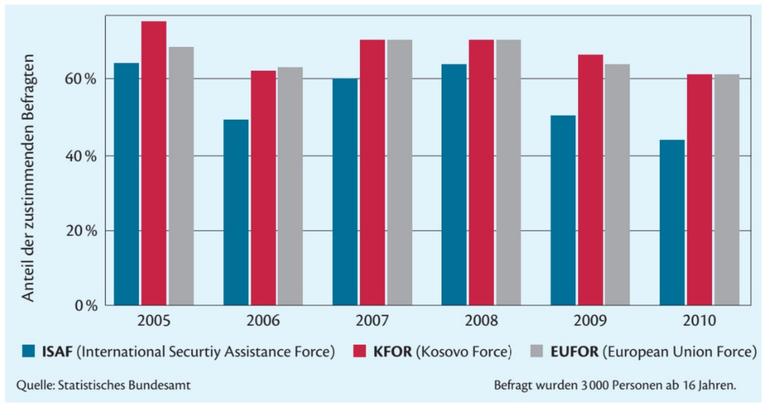
M 1 „Spiegel"-Titelbild vom 20. Juli 1992



M 2 Auslandseinsätze der Bundeswehr, Schaubild, Stand 2009

Friedensmissionen der Bundeswehr

qijapi



M 3 Zustimmung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr im Zeitvergleich bis 2010

1 Nennen Sie wesentliche Merkmale der drei internationalen Institutionen NATO, UNO und EU (GB). ▶ Hilfe
2 Skizzieren Sie die Ausgangssituation der deutschen Außenpolitik nach der Wiedervereinigung und beschreiben Sie mithilfe des DT sowie der Materialien Grundtendenzen der veränderten deutschen Außenpolitik (DT, M 1–M 3, M 7).
3 Zeigen Sie auf Grundlage dieser Ergebnisse an dem von Ihnen gewählten Beispiel die veränderte Rolle der Bundesrepublik Deutschland in der internationalen Politik in den Jahren 1990 bis 2009 auf.
A: Der Einsatz der Bundeswehr im Kosovo (ab 1998), DT S. 280, M 4–M 5 und M 8 oder
B: Die deutsche Außenpolitik und der Krieg im Irak (2002–2003), DT S. 281, M 6, M 9–M 10).
Formulieren Sie abschließend ein Fazit zur veränderten außenpolitischen Rolle der Bundesrepublik Deutschland vor dem Hintergrund internationaler Beziehungen.
4 Gestalten Sie, ausgehend von den Ergebnissen, ein Erklärvideo zu Ihrem gewählten Beispiel und präsentieren Sie es im Kurs.

Beispiel A: Der Einsatz der Bundeswehr im Kosovo (ab 1998)

Der Kosovo-Konflikt mündet in den Kosovo-Krieg
Innerhalb Jugoslawiens war das mehrheitlich albanisch besiedelte Gebiet des Kosovo eine Provinz Serbiens. 1989 begann die serbische Regierung die Autonomierechte der Albaner stark einzuschränken. Im Zuge des Zerfalls der Bundesrepublik Jugoslawien am Beginn der 1990er-Jahre erklärte sich der Kosovo 1991 unabhängig von Serbien, was wiederum die im Kosovo lebenden Serben (7 % der Bevölkerung) nicht hinnehmen wollten. Serbien, das weiter eine Führungsrolle in der Region beanspruchte, weigerte sich, die Republik Kosovo anzuerkennen. 1998 eskalierte die Situation zwischen Serbien und der Republik Kosovo, der Kosovo-Krieg begann.

Der Auslandseinsatz der Bundeswehr im ehemaligen Jugoslawien 1998 und 1999 unter der Regierung von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) stellte wohl die grundsätzlichste Wandlung in der deutschen Sicherheitspolitik dar und wurde zur Zerreißprobe der Regierung, auch weil kein UN-Mandat vorlag. Russland und China hatten einem NATO-Einsatz gegen die Bundesrepublik Jugoslawien ihre Zustimmung verweigert. Die UNO lehnte eine militärische Aktion ab, weil es sich nach ihrer Meinung um einen innerstaatlichen Konflikt handelte. Die in der Regierungsverantwortung stehenden Parteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen waren sich – besonders wegen der fehlenden formalen Legitimation durch die Vereinten Nationen – uneinig in Bezug auf dieses völkerrechtlich umstrittene Vorgehen der NATO.

Diplomatische Vermittlungsversuche von deutscher Seite sowie deutsch-französische Verhandlungen mit den Konfliktparteien auf dem Balkan waren 1998 nicht erfolgreich. Die Serben lehnten jegliche Einmischung mit dem Hinweis ab, dass es sich um eine innerstaatliche Einmischung handeln würde. Angesichts fortgesetzter Gewalt, insbesondere von Serben gegenüber der albanischen Zivilbevölkerung, und einer befürchteten humanitären Katastrophe beschlossen die NATO-Partner im Oktober 1998 einen Einsatzbefehl. Dieser wurde dann nach dem erneuten Ausbruch von Kampfhandlungen im Kosovo und weiteren gescheiterten Friedensverhandlungen im März 1999 umgesetzt. Erst mit dem Eingreifen der NATO unter Beteiligung der Bundeswehr konnte die gewaltsame Auseinandersetzung zwischen Serben und der albanischen Bevölkerung im Juni 1999 durch gezielte Luftangriffe beendet werden.

Nach dem Einlenken des erheblich unter Druck geratenen jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milošević im Juni 1999 sicherte die NATO-geleitete Kosovo Force (KFOR), an der sich die Bundeswehr ebenfalls beteiligte, den Waffenstillstand. Trotz der Bemühungen von deutscher Seite um eine Stabilisierung der politischen und rechtlichen Strukturen unter dem Schutzschirm der UNO blieb die Sicherheitslage im Kosovo, der sich 2008 von Serbien unabhängig erklärte, bisher allerdings keine allgemeine Anerkennung als Staat erfahren hat, unstet.

M4 Abzeichen eines Soldaten der KFOR-Truppen im Kosovo.
Ursprünglich beteiligten sich an dieser Mission über 40 Staaten mit einer Schutztruppe von 48 000 Soldaten. Bis heute sind internationale Truppen im Kosovo präsent, darunter auch die Bundeswehr.

M5 UN-Truppen im Kosovo, Stand 2002

Beispiel B: Die deutsche Außenpolitik und der Krieg im Irak (2002–2003)

Der Anschlag auf das **World Trade Center in New York am 11. September 2001** markiert eine Zäsur in der Weltgeschichte, die sich tief in das kollektive Gedächtnis eingeprägt hat. Er hatte weitreichende Folgen für die internationale Politik im Hinblick auf die transatlantischen Beziehungen und den Umgang mit dem globalen **Terrorismus**.

Unmittelbar nach dem Terrorakt sicherte Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) dem US-amerikanischen Präsidenten George W. Bush die „uneingeschränkte Solidarität" im „weltweiten Krieg gegen den Terror" zu. Die deutsche Beteiligung im kurz darauffolgenden Militäreinsatz in Afghanistan gegen das islamistische Terrornetzwerk al-Qaida unter dem Anführer Osama bin Laden sorgte in Deutschland für eine heftige Debatte. Die Bundesregierung und die meisten EU-Partner unterstützten jedoch nicht die US-amerikanischen Überlegungen zu einem Krieg gegen den Irak.

Bereits vor dem 11. September 2001 hatte die US-Regierung einen präventiven Militäreinsatz gegen den Irak erwogen, um einem angeblich bevorstehenden irakischen Angriff mit Massenvernichtungswaffen zuvorzukommen. Auch die vermeintlichen Verbindungen des irakischen Regimes zur al-Qaida nannte die US-Regierung immer wieder als wesentlichen Kriegsgrund. Ohne UN-Mandat, stets Voraussetzung für ein militärisches Eingreifen, begannen die USA und Großbritannien am 20. März 2003 den Krieg gegen den irakischen Diktator Saddam Hussein. Nach knapp sechs Wochen erklärte George W. Bush am 1. Mai 2003 den Krieg mit dem Sturz des irakischen Diktators Saddam Hussein und der Eroberung der Hauptstadt Bagdad für erfolgreich beendet. Von einer Befriedung des Landes konnte man zu diesem Zeitpunkt jedoch nicht sprechen. Stattdessen herrschten während der Besetzung des Irak zwischen 2003 und 2011 bürgerkriegsähnliche Zustände, begleitet von Terroranschlägen und Gewalttaten. Sie forderten sowohl in der irakischen Zivilbevölkerung als auch unter den Besatzern mehr als 150 000 Tote und Verwundete.

Das sicherheitspolitische Zerwürfnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA wegen der fehlenden deutschen Beteiligung am Irakkrieg belastete sowohl das transatlantische als auch das innereuropäische Verhältnis. Die ablehnende Haltung der deutschen Politik gegenüber einer aktiven Kriegsbeteiligung traf aber in der deutschen Bevölkerung auf starke Unterstützung. Anfang 2003 erreichte diese Kontroverse über den geplanten Irak-Feldzug, der allein auf Grundlage fingierten Beweismaterials zu Massenvernichtungswaffen und Verbindungen zur al-Qaida beruhte, ihren Höhepunkt.

Wenngleich diese Auseinandersetzung als tiefgreifender Einschnitt innerhalb des NATO-Bündnisses begriffen wurde, führte sie nicht zum grundsätzlichen Bruch zwischen den NATO-Partnern. Das lag auch daran, dass Deutschland zwar keine Soldaten in den Irak entsandte, aber die USA und deren Verbündete logistisch durchaus unterstützte, indem diese z. B. Militärbasen und den Luftraum über Deutschland nutzen durften. Darüber hinaus beteiligte sich die Bundeswehr nach dem Kriegsende u. a. an der Ausbildung irakischer Streitkräfte und unterstützte diese mit ihrer Ausrüstung.

M6 Protestdemonstration in Berlin am 15. Februar 2003, Fotografie

Out-of-Area-Einsätze

M 7 Pressemitteilung vom 12. Juli 1994 nach Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu den Out-of-Area-Einsätzen der Bundeswehr

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass die Bundesrepublik Deutschland sich mit deutschen Streitkräften an einem Einsatz im Rahmen von Aktionen der Nordatlantikpakt-Organisation (NATO) und der Westeuropäischen Union (WEU) zur Umsetzung von Beschlüssen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (UNO) beteiligen darf. Gleiches gelte für eine Beteiligung deutscher Streitkräfte an von den Vereinten Nationen aufgestellten Friedenstruppen. Allerdings verpflichte das Grundgesetz die Bundesregierung, für einen Einsatz bewaffneter Streitkräfte die – grundsätzlich vorherige – konstitutive[1] […] Zustimmung des Deutschen Bundestages einzuholen. […]

Nach Art. 24 Abs. 2 GG kann sich der Bund zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen und dabei in Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen. […] Deshalb dürfen deutsche Soldaten im Rahmen von UN-Friedenstruppen eingesetzt werden, auch wenn diese das Mandat zur Wahrnehmung von Zwangsmaßnahmen haben. […] Deutsche Soldaten dürften auch in NATO-Verbände integriert werden, die im Rahmen einer Aktion der Vereinten Nationen eingesetzt werden. […]

Allerdings erkennt das Gericht nach eingehender Analyse der Aussagen des Grundgesetzes zur Stellung der Streitkräfte im Verfassungssystem eine Verpflichtung der Bundesregierung, für jeden Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte die konstitutive Zustimmung des Deutschen Bundestages einzuholen. Diese Zustimmung müsse grundsätzlich vor dem Einsatz erteilt werden. Der Bundestag habe über Einsätze bewaffneter Streitkräfte mit einfacher Mehrheit zu beschließen. Liege ein solcher Parlamentsbeschluss vor, so falle die Entscheidung über die Modalitäten des Einsatzes, insbesondere über dessen Umfang und Dauer […], in die Zuständigkeit der Regierung. Im Rahmen dieser verfassungsrechtlichen Vorgaben sei es Sache des Gesetzgebers, die Form und das Ausmaß der parlamentarischen Mitwirkung näher auszugestalten.

*Zit. nach: www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/1994/bvg94-029.html (Download vom 15. Juni 2023).**

1 *konstitutiv:* als wesentliche Bedingung

Materialblock A: Der Einsatz der Bundeswehr im Kosovo

M 8 Erklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) vom 30. März 1999

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, heute Abend hat die NATO mit Luftschlägen gegen militärische Ziele in Jugoslawien begonnen. Damit will das Bündnis weitere schwere und systematische Verletzungen der Menschenrechte unterbinden und eine humanitäre Katastrophe im Kosovo verhindern.

Der jugoslawische Präsident Milošević führt dort einen erbarmungslosen Krieg. Die jugoslawischen Sicherheitskräfte haben ihren Terror gegen die albanische Bevölkerungsmehrheit im Kosovo allen Warnungen zum Trotz verschärft. Die internationale Staatengemeinschaft kann der dadurch verursachten menschlichen Tragödie in diesem Teil Europas nicht tatenlos zusehen. Wir führen keinen Krieg, aber wir sind aufgerufen, eine friedliche Lösung im Kosovo auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen. […] Mit der gemeinsam von allen Bündnispartnern getragenen Aktion verteidigen wir auch unsere gemeinsamen grundlegenden Werte von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten. Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Werte, nur eine Flugstunde von uns entfernt, mit Füßen getreten werden. An dem Einsatz der NATO sind auch Soldaten der Bundeswehr beteiligt. So haben es Bundesregierung und der Deutsche Bundestag beschlossen – in Übereinstimmung mit dem Willen der großen Mehrheit des deutschen Volkes. Die Bundesregierung hat sich ihre Entscheidung nicht leicht gemacht, schließlich stehen zum ersten Mal nach Ende des Zweiten Weltkrieges deutsche Soldaten im Kampfeinsatz. […] Die NATO und die internationale Gemeinschaft insgesamt sind unverändert bereit, mit Zustimmung der Streitparteien mitzuhelfen, das Friedensabkommen umzusetzen. Für eine militärische Absicherung eines notwendigen Waffenstillstands […] stehen erste NATO-Einheiten, darunter 3000 deutsche Soldaten, bereit. […] An unserer Entschlossenheit, das Morden im Kosovo zu beenden, besteht kein Zweifel. Die Belgrader Führung hat es allein in der Hand, den NATO-Einsatz zu beenden, indem sie sich für den Frieden entscheidet.

*Zit. nach: https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/erklaerung-von-bundeskanzler-gerhard-schroeder-807814 (Download vom 12. Juli 2023).**

Materialblock B: Die deutsche Außenpolitik und der Krieg im Irak (2002–2003)

M 9 Rückblick auf die Irakkrieg-Diskussion 2003, Internetseite des Deutschen Bundestags

Im Januar 2003 kündigte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) an, dass Deutschland auch einer Resolution, die den Krieg im Irak legitimiere, im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nicht zustimmen werde. Für diese Aussage geriet Schröder nicht nur international ins Kreuzfeuer der Kritik. Am Donnerstag, 13. Februar 2003, ging auch die Opposition im Bundestag hart mit der Regierung ins Gericht. In einer Regierungserklärung hatte der Bundeskanzler die eigene Position erklärt und verteidigt.

Schröder: Irak friedlich entwaffnen

Ziel der internationalen Bemühungen müsse es sein, den Waffeninspekteuren im Irak auf der Grundlage der UN-Resolution 1441 wieder die Arbeit zu ermöglichen, sagte Schröder. Die Bundesregierung setze sich daher für eine Entwaffnung des Iraks auf friedlichem Weg ein. Zusammen mit Frankreich erarbeite Deutschland derzeit einen „Plan zur vollständigen und dauerhafte Abrüstung" des Iraks.

Eine „militärische Option" hingegen lehnte der SPD-Chef strikt ab: Der Krieg berge das Risiko, „die Reform- und Dialogbereitschaft in den islamischen Ländern zu blockieren und die Gefahr weiterer terroristisch motivierter Anschläge", so der Bundeskanzler.

Merkel: Deutschland international isoliert

Die Oppositionsführerin und CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Dr. Angela Merkel warf ihm dagegen vor, auf dem „Irrweg" zu sein. […] Schröders „Sonderweg" habe „außenpolitischen Schaden" angerichtet: Nicht nur Europäische Union, Nato und Vereinte Nationen seien durch sein international nicht abgestimmtes Nein geschwächt worden, monierte die Politikerin, Deutschland sei nun auch isoliert. […]

Pau: Krieg löst keine Probleme

Die fraktionslose Abgeordnete Petra Pau (PDS) kritisierte hingegen, es gehe denen, die eine kriegerische Auseinandersetzung befürworteten, weder um die Menschenrechte noch um den Diktator Saddam Hussein, sondern um eine „militärische Neuordnung der Welt".

*Zit. nach: https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2013/42835651_kw06_kalenderblatt_irakkrieg-210866 (sas/08.02.2013) (Download vom 12. Juli 2023).**

M 10 Der Politiker Rolf Mützenich (SPD) über den Wandel und Kontinuitäten deutscher Außenpolitik, 2005

Hinsichtlich der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik nach 1990 lässt sich folgendes Fazit ziehen: Mit der Rolle der vielfältig eingebundenen Zivilmacht[1] erfüllte Deutschland außenpolitische Erwartungen nach Ende des Zweiten Weltkrieges und übernahm sie. […] Gleiches gilt aber auch für die Zeit nach der Wiedervereinigung […] und resultiert zu einem großen Teil auch aus geänderten Rollenerwartungen des internationalen Umfeldes, auf die die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik wiederum reagierte. Dies betrifft in erster Linie den Einsatz von militärischen Mitteln. Hier wuchs zweifelsohne der Druck, […] die verfassungsmäßigen Selbstbeschränkungen aufzugeben und zusammen (und in Gefolgschaft) mit den Partnern zunehmend internationale Aufgaben der Friedensschaffung und Friedenserzwingung mit zu übernehmen. Die Entsendung von Streitkräften ist seither zum festen Bestandteil der deutschen Außenpolitik geworden. […]

Es bleibt eine Tatsache, dass die zentralen Ziele deutscher Außenpolitik – Wohlstandsmehrung, Friedensstiftung, die Bewältigung dringender Probleme wie Arbeitslosigkeit, Kriminalität – sich nicht mehr im nationalen Alleingang lösen, sondern nur noch in zwischenstaatlichen Kooperationsnetzwerken multilateraler Politik verwirklichen lassen. Deutschland hat nach 1945 die prägende Erfahrung gemacht, dass eine Politik „goldener Handschellen", die Schaffung eines dichten Netzes transnationaler Abhängigkeiten, letztlich nationale Unabhängigkeit ermöglicht. Diese Einbindung erweitert und beschränkt zugleich die außenpolitischen Handlungsoptionen Deutschlands. Außenpolitik muss darüber hinaus jedoch auch gesellschaftlich akzeptiert und eingebunden sein. Denn: Gegen die Interessen und Ziele der eigenen Gesellschaft ist Außenpolitik nicht durchführbar. Dies hat zuletzt die Auseinandersetzung um den Irakkrieg gezeigt, als durch die europaweiten Demonstrationen sich erstmalig so etwas wie eine europäische Öffentlichkeit konstituierte, die die Außenpolitik nicht allein den Eliten und der Exekutive überlassen wollte.

*Zit. nach: https://www.rolfmuetzenich.de/publikation/wandel-kontinuitaeten-deutscher-aussenpolitik(Download vom 12. Juli 2023).**

1 *Zivilmacht:* Einfluss eines Staates vorwiegend auf diplomatischer und wirtschaftlicher Ebene

Zusammenfassen: Die Bundesrepublik Deutschland 1990–2009

Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, welche am **3. Oktober 1990**, dem **„Tag der Deutschen Einheit“** erfolgte, war seit Gründung der Bundesrepublik 1949 als politisches Ziel in der Präambel des Grundgesetzes verankert. Damit hatten der **Umbruch im Ostblock ab 1989/90** und das Ende des **Kalten Kriegs** auch zur Lösung der **Deutschen Frage** geführt. Im wiedervereinigten Deutschland konnten die Menschen aus der ehemaligen DDR nun endlich demokratisch wählen, ihre Meinung frei äußern und ihr Leben ohne staatliche Bevormundung selbst bestimmen.

Die begeisterte Aufbruchsstimmung von 1989/90 wich in den Folgejahren einer gewissen Ernüchterung. Nach der Wiedervereinigung war die Summe der zu bewältigenden innenpolitischen Probleme von der Bundesregierung unterschätzt worden. So mussten die Verbrechen und das Unrecht der SED-Diktatur aufgearbeitet sowie ein Übergang beider deutscher Staaten in ein gemeinsames Staats- und Wirtschaftssystem geschaffen werden. Die ehemalige DDR-Wirtschaft erlebte in kurzer Zeit einen beispiellosen Niedergang. Um die Marktwirtschaft schneller einzuführen und der massiven Abwanderung aus den neuen Bundesländern nach Westen entgegenzuwirken, wurde die Treuhandanstalt damit beauftragt, die DDR-Staatsbetriebe in Privatunternehmen umzuwandeln. Die Auflösung unrentabler Betriebe führte nicht nur zu flächendeckender Massenarbeitslosigkeit, sondern auch zu großer gesellschaftlicher Unzufriedenheit. Die finanziellen Belastungen durch den Einigungsprozess stellten sich als sehr viel höher heraus als zunächst angenommen. Daher wurde 1991 der Solidaritätszuschlag als neue Steuer eingeführt, die vor allem für den „Aufbau Ost“ verwendet werden sollte.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts befand sich die Bundesrepublik Deutschland in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation. Um die hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und das Wirtschafts- und Sozialsystem den Erfordernissen der **Globalisierung** anzupassen, verkündete Bundeskanzler Schröder 2003 das Reformkonzept Agenda 2010. Ihr Kernstück waren umfassende Arbeitsmarktreformen, die heftige, bis heute andauernde Debatten auslösten.

Eine weitere innenpolitische Herausforderung in den beiden Jahrzehnten nach der Wiedervereinigung war die Gefährdung der Demokratie durch rechtsextremistische Gewalttaten: So kam es z. B. 1991 in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen zu rassistischen Ausschreitungen, in den folgenden Jahren zu Mordanschlägen auf Menschen mit Migrationshintergrund in Mölln und Solingen und ab 2000 zur Mordserie der rechtsextremen Terrorgruppe NSU. Antisemitisch geprägte Gewaltakte von Rechtsextremen waren z. B. 1994 der Brandanschlag auf die Lübecker Synagoge oder der versuchte Anschlag bei der Grundsteinlegung des Jüdischen Zentrums München 2003.

Das wiedervereinigte Deutschland spürte auch die Folgen des weltweit agierenden islamistischen **Terrorismus** nach dem **Terrorschlag auf das World Trade Center in New York am 11. September 2001**. Mit Antiterrorgesetzen und Präventionsmaßnahmen versuchte man diesen Entwicklungen entgegenzusteuern.

In der Außen- und Sicherheitspolitik blieb das wiedervereinigte Deutschland zunächst zurückhaltend, was dem historischen Erbe und der pazifistischen Grundhaltung der Bevölkerung geschuldet war. Insbesondere die USA und auch die Partner in der **1992 gegründeten Europäischen Union** forderten Deutschland jedoch auf, sich als Mitglied in der **UNO** und der **NATO** stärker auf internationaler Ebene einzubringen. Mit dem Einsatz der Bundeswehr, seit 1994 auch militärisch, machte die Bundesrepublik Deutschland ihr Engagement für internationale Friedenssicherung und Stabilität in Europa deutlich. Dies zeigte sich 1999 durch Beteiligung an einem Kampfeinsatz im Kosovo. Eine Mitwirkung am Irakkrieg 2003 lehnte die Regierung jedoch ab. Diese Entscheidung wurde von der Mehrheit der Deutschen begrüßt.

▶ Übung

Anwenden

M 1 Opfer des SED-Regimes fordern in Berlin eine höhere Rente als die, die der Bundestag in einem Gesetzentwurf vorgesehen hat, Fotografie, 28. Februar 2007

M 2 Bitterfeld war zu DDR-Zeiten das Zentrum der Chemieindustrie, Fotografie, 30. Juni 1992

M 3 Demonstration nach dem Urteil gegen die Täter des Brandanschlags von Solingen, Fotografie, 13. Oktober 1995

M 4 Montagsdemonstration in Leipzig, Fotografie, 16. August 2004

M 5 Die Wissenschaftlerin Madlen Arnhold 2009 über das gesellschaftliche Miteinander in verschiedenen politischen Systemen

Ein wichtiges Merkmal sozialistischer Ordnungen ist […] die nahezu alle Lebensbereiche durchdringende staatliche Einflussnahme, durch die […] die Eigeninitiative der Bevölkerung gehemmt wurde. […] Das gesellschaftliche Miteinander war geprägt durch eine starke Betonung von Solidarität, Konsens und Konformität. Nach dem Ende der Abschottung gegenüber dem Westen […] überwog zunächst die Euphorie, insbesondere bei den ehemaligen Bürgern der DDR, welche nun lang ersehnte Freiheiten (wieder) erlangt hatten. Doch viele der positiven Verheißungen, welche dem Leben im „Westen“ über Jahre hinweg zugeschrieben worden waren, ließen sich nicht so einfach auf das Leben in einer postsozialistischen Transformationsgesellschaft übertragen. […]

Eine durch Konsens geprägte Öffentlichkeit, deren Mitbestimmungsmacht auf ein Minimum begrenzt war, wurde ersetzt durch eine pluralistische und häufig widersprüchliche Öffentlichkeit.

*Madlen Arnhold, Mentalitätsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland und ihre Herkunft. Zit. nach: https://www.ifo.de/DocDL/ifodb_2009_1_28_40.pdf (Download vom 8. Oktober 2023).**

1 **a)** Sammeln Sie anhand der Fotos M 1–M 4 die Gründe für die Proteste in der wiedervereinigten Bundesrepublik (DT, GB).
   b) Erläutern Sie, wie die Politik bzw. die Gesellschaft mit diesen innenpolitischen Herausforderungen umging, und beurteilen Sie, inwieweit diese gelöst wurden (DT, GB).
2 Erklären Sie, ausgehend von M 5, was einen demokratischen Konsens vom Konsens in einer sozialistischen Ordnung unterscheidet.
3 **Diskussion:** Diskutieren Sie, inwieweit es im wiedervereinigten Deutschland gelang, einen demokratischen Konsens über nötige Veränderungen herzustellen.

Abitur- und Klausurvorbereitung

Operatoren – Erläuterungen und Formulierungshilfen

Operatoren sind Verben in Aufgabenstellungen, die Ihnen signalisieren, welche Tätigkeiten beim Lösen dieser Aufgaben von Ihnen erwartet werden. Schwerpunktmäßig sind sie einem der drei Anforderungsbereiche (AFB I, II oder III) zugeordnet. Die folgenden Hinweise sollen Ihnen helfen, die Operatoren in Arbeitsaufträgen zu verstehen und sinnvoll zu bearbeiten. *Beachten Sie bitte:* Operatoren werden durch die Formulierung bzw. Gestaltung der jeweiligen Aufgabenstellung und durch den Bezug zu den begleitenden Textmaterialien, Abbildungen und Problemstellungen präzisiert. **Lesen Sie sich also immer die Aufgabenstellung genau durch.**

Operator	Definition	Beispielaufgabe	Tipps und Formulierungshilfen
Anforderungsbereich (AFB) I = Wiedergabe von bekannten Sachverhalten (Reproduktion)			
aufzählen nennen	zielgerichtet Informationen zusammentragen, ohne zu kommentieren (→ aufzählend wiedergeben)	*Nennen Sie wichtige Maßnahmen der „Gleichschaltung".*	**Tipp:** Sie sollten bei Nennungen und Aufzählungen auch an eine sinnvolle Gruppierung und Reihenfolge denken.
aufzeigen beschreiben wiedergeben zusammenfassen	historische Sachverhalte unter Beibehaltung des Sinnes auf Wesentliches reduzieren	*Beschreiben Sie den Zerfall des Ostblocks. Beziehen Sie M 2 bis M 4 mit ein.*	**Tipp:** Die Beschreibung eines Materials erfordert eine präzise und fachsprachlich angemessene Wortwahl. Außerdem sollten Sie sich eine sinnvolle Reihenfolge für die Präsentation der einzelnen (Bild-)Elemente überlegen. **Formulierungshilfen:** Das Gemälde / der Holzstich … thematisiert … Bei dem vorliegenden Material handelt es sich um … Die Statistik befasst sich mit … Hierbei zeigt die x-Achse …, die y-Achse stellt … dar. Hier fällt auf, … Es wird deutlich, dass …
bezeichnen schildern skizzieren	historische Sachverhalte, Problemstellungen, Entwicklungen zielgerichtet erfassen und in groben Zügen angemessen darstellen	*Skizzieren Sie in der Pinnwand Aspekte der politischen Wirklichkeit in der Bundesrepublik und in der DDR (M 1–M 4, DT).*	**Tipp:** Hier sind keine ausführlichen Begründungen, sondern lediglich die korrekten Fachbegriffe verlangt.
Anforderungsbereich (AFB) II = selbstständiges Bearbeiten, Ordnen und Erklären bekannter Sachverhalte (Reorganisation und Transfer)			
analysieren untersuchen	Materialien oder historische Sachverhalte kriterienorientiert bzw. aspektgeleitet erschließen	*Analysieren Sie Siebenpfeiffers Verständnis von Nation und Nationalismus in der Textquelle M 5.*	**Tipp:** Nutzen Sie die Arbeitsschritte auf den Seiten 313 f.
begründen nachweisen	Aussagen (z. B. Urteil, These, Wertung) durch Argumente stützen, die auf historischen Beispielen und anderen Belegen gründen	*Begründen Sie die Feststellung, dass der Zeitungstext antisemitisch ist.*	**Formulierungshilfen:** Die Aussage von … zeigt / belegt / widerlegt … Ein Beleg für … ist … Der Satz „…" ist ein Befund dafür, dass … / belegt / zeigt / stützt die Ansicht / These von … Es lässt sich zeigen / nachweisen, dass … Der Text ist an dieser Stelle zweideutig / eindeutig / unklar / unbestimmt / deutlich …

Operator	Definition	Beispielaufgabe	Tipps und Formulierungshilfen
charakterisieren	historische Sachverhalte in ihren Eigenarten beschreiben und diese unter bestimmten Geschichtspunkten zusammenfassen	*Charakterisieren Sie die Haltung der alten Eliten zur Weimarer Republik.*	**Formulierungshilfen:** Allgemeine Merkmale sind … Ein typisches Kennzeichen für … ist, … Übereinstimmend ist die Auffassung, dass … Unterschiede gibt es in der Gewichtung der … Es lässt sich beobachten, dass in allen Versionen … Ein typisches Kennzeichen für … ist, …
einordnen in Beziehung setzen	einen oder mehrere historische Sachverhalte in einen historischen Zusammenhang stellen	*Ordnen Sie die Rede Michail Gorbatschows 1987 (M 8) in den historischen Kontext ein.*	**Tipp:** Einordnen meint, zu welchem historischen Prozess, zu welcher Epoche, zu welchem Ereignis, zu welchem Konflikt, zu welchem Wandel oder zu welcher langfristigen Entwicklung eine Quelle oder ein Sachverhalt etwas aussagt. **Formulierungshilfen:** Der Text stammt aus der Zeit … / lässt sich einordnen in … Der Text entstand im Zusammenhang mit / ist vor dem Hintergrund … entstanden / zu betrachten. Diese Aussage … bedeutete in jener Zeit … Eine Person wandte sich damit gegen … / unterstützte damit … etwas war eine Gegenposition zu / eine Neuausrichtung / eine Unterstützung von / eine Abkehr von … Das Land / eine Gesellschaft / die Wirtschaft / die Politik war in dieser Zeit geprägt von …
erklären erläutern	historische Sachverhalte einordnen und durch zusätzliche Informationen und Beispiele konkretisieren	*Erklären Sie mithilfe des DT und M 2, warum die Wirtschaftskrise zu einer Staatskrise wurde.*	**Formulierungshilfen:** Besonders … bewirkte, dass … Deshalb spricht man von … In diesem Kontext lässt sich feststellen, dass … Etwas war noch nicht so ausgeprägt / besonders ausgeprägt / hemmte / förderte … An dieser Stelle (Z. XX) wird deutlich, dass … Wie der letzte Satz zeigt, …
erschließen herausarbeiten	aus Materialien bestimmte historische Sachverhalte herausfinden, die nicht explizit genannt werden, und Zusammenhänge zwischen ihnen herstellen	*Arbeiten Sie die zentralen Bestimmungen des „Ermächtigungsgesetzes" heraus (M 7, GB).*	**Tipp:** Erarbeiten Sie sich zunächst die wesentlichen Aussagen des Materials. Achten Sie dabei auf Zusammenhänge, auch auf solche, die nicht explizit im Material benannt werden. **Formulierungshilfen:** Zu den zentralen Merkmalen gehörte … Die Hauptaussage lässt sich so wiedergeben: … Allem übergeordnet / untergeordnet war … In der Praxis / im Alltag bedeutet dies …
gegenüberstellen	nach vorgegebenen oder selbst gewählten Gesichtspunkten problembezogen Gemeinsamkeiten, Ähnlichkeiten und Unterschiede historischer Sachverhalte, Entwicklungen, Prozesse ermitteln und strukturiert darstellen	*Stellen Sie in einer Tabelle die Argumente der beiden Historiker gegenüber, die für bzw. gegen die These sprechen, dass Weimar von Anfang an zum Scheitern verurteilt war.*	**Tipp:** Achten Sie darauf, nicht nur Gemeinsames, sondern auch Unterschiede zu vergleichbaren Sachverhalten darzulegen. **Formulierungshilfen:** Beide Texte / Bilder … handeln von / stammen aus … Während der Autor von M 12 … betont, legt die Autorin von M 13 den Schwerpunkt jedoch auf … Schlüssig / nachvollziehbar ist die Argumentation … Der Autor von M 12 vernachlässigt dagegen …

Operator	Definition	Beispielaufgabe	Tipps und Formulierungshilfen
widerlegen	Argumente dafür anführen, dass eine Behauptung zu Unrecht aufgestellt wird	*Widerlegen Sie mithilfe des DT die Aussage des Verfassers zu …*	Die Aussagen des Zeitzeugen / der Autorin / des Politikers entsprechen nicht den Tatsachen … So verweist z. B. eine weitere Quelle auf ein anderes Datum … nennt einen anderen Ort …
Anforderungsbereich (AFB) III = reflexiver Umgang mit neuen Problemstellungen (Reflexion und Problemlösung)			
beurteilen	den Stellenwert historischer Sachverhalte in einem Zusammenhang bestimmen, um ohne persönlichen Wertebezug zu einem begründeten Sachurteil zu kommen	*Beurteilen Sie die Chancen und Risiken der europäischen Integration.*	**Tipp:** Beachten Sie bei Ihrem Sachurteil auch die Ergebnisse der zuvor bearbeiteten Aufgaben zu diesem Thema. Verdeutlichen Sie die Ihrem Sachurteil zugrunde gelegten Kriterien. **Formulierungshilfen:** Der Sachverhalt war darauf gerichtet / zielte darauf … Eine Person beabsichtigt / intendiert / will / strebt an / fordert / plädiert für … Die Argumentation ist (nicht) nachvollziehbar / überzeugend / stichhaltig / schlüssig, weil … Eine Person argumentiert einseitig / widersprüchlich … Der Verfasser / die Verfasserin wägt ab / betrachtet differenziert / urteilt abgewogen / vorsichtig.
bewerten Stellung nehmen	wie „beurteilen“, zusätzlich mit Offenlegen und Begründen eigener Wertmaßstäbe, die Pluralität einschließen und zu einem Werturteil führen, das auf den Wertvorstellungen des Grundgesetzes basiert	*Bewerten Sie Eichmanns Schlusswort (M 20) und berücksichtigen Sie dabei seine Vorstellungen von Moral.*	**Tipp:** Wie beim Operator „beurteilen“, aber zusätzlich haben Sie ein Werturteil zur Problemfrage zu fällen, dessen Maßstäbe bzw. Kriterien Sie nachvollziehbar offenlegen müssen. **Formulierungshilfen:** Nach den Maßstäben des Grundgesetzes … Aus meiner Sicht als … Aus heutiger Sicht / Perspektive / nach heutigen Maßstäben einer freiheitlichen Gesellschaft … Der Position / Meinung / Auffassung / Ansicht von … stimme ich (nicht) zu, weil … Der Verfasser / die Verfasserin argumentiert einseitig / widersprüchlich. Der Historiker / die Historikerin beschränkt sich auf …
diskutieren sich auseinandersetzen	zu einer historischen Problemstellung oder These eine Argumentation entwickeln, die zu einer begründeten Bewertung führt	*Diskutieren Sie unter Zuhilfenahme Ihrer Mindmap, inwieweit sich die nationalsozialistische Anschauung mit den Begriffen „Inklusion“ und „Exklusion“ beschreiben lässt.*	**Formulierungshilfen:** Nach Abwägung der Positionen / der Analyse / der Argumente von … Meiner Meinung nach …, weil …
prüfen überprüfen	Aussagen (Hypothesen, Behauptungen, Urteile) an historischen Sachverhalten auf ihre Angemessenheit hin untersuchen	*Überprüfen Sie die Aussage der Karikatur M 6 anhand des Darstellungstextes.*	**Formulierungshilfen:** Die Behauptung / These / der Sachverhalt passt (nicht) zum Begriff …, weil der Begriff … Die Aussagen stimmen mit den Informationen aus der Darstellung / den Untersuchungsergebnissen des Historikers / der Historikerin … überein / nicht überein.

Operator	Definition	Beispielaufgabe	Tipps und Formulierungshilfen
vergleichen	auf der Grundlage von Kriterien historische Sachverhalte problembezogen gegenüberstellen, um Gemeinsamkeiten, Unterschiede, Teilidentitäten, Ähnlichkeiten, Abweichungen oder Gegensätze zu beurteilen	*Vergleichen Sie Ihre Ergebnisse mit der Historikeranalyse in M 4.*	**Tipp:** Achten Sie darauf, nicht nur Gemeinsamkeiten, sondern auch Unterschiede zu vergleichbaren Sachverhalten darzulegen. Am Ende wird von Ihnen eine Gewichtung der gemeinsamen bzw. unterschiedlichen Sachverhalte erwartet. **Formulierungshilfen:** Im Vergleich mit … Schlüssig / nachvollziehbar ist die Argumentation … Der Autor von M 4 vernachlässigt hingegen …
Übergeordnete Operatoren			
darstellen	historische Entwicklungszusammenhänge und Zustände mithilfe von Quellenkenntnissen und Deutungen beschreiben, erklären und beurteilen	*Stellen Sie Voraussetzungen und Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands im Jahr 1990 dar.*	**Tipp:** Eine strukturierte Darstellung soll das Verständnis historischer Entwicklungen / Phänomene erleichtern. Deswegen müssen Sie sich zunächst selbst über die Struktur Klarheit verschaffen: War die Entwicklung geradlinig, gab es Rückschritte, Parallelentwicklungen o. Ä.? Erst dann können Sie überlegen, in welcher Form sich dies am besten darstellen lässt.
erörtern	eine These oder Problemstellung durch eine Kette von Für-und-Wider- bzw. Sowohl-als-auch-Argumenten auf ihren Wert und ihre Stichhaltigkeit hin abwägend prüfen und auf dieser Grundlage eine eigene Stellungnahme dazu entwickeln	*Erörtern Sie anhand der Rede von Zoni Weisz (M 4), inwiefern der Genozid an Roma und Sinti als „vergessener Holocaust“ (Z. 25) bezeichnet werden kann.*	**Tipp:** Bei Erörterungen kommt es darauf an, die Fragestellung genau zu beachten. Bei diesem Beispiel müssen Sie den zitierten Begriff „vergessener Holocaust“ zunächst erläutern. Danach führen Sie Ihre Argumente, die dafür und dagegen sprechen, an und beenden die Erörterung mit einer auf den genannten Argumenten basierenden eigenen Meinung. **Formulierungshilfen:** Mit dem Begriff „XY“ ist … gemeint. Was dafür spricht, ist … Man kann dies so sehen, weil … Jedoch sollte auch bedacht werden, dass … Was aber auch erwähnt werden muss, ist … Ich finde die Bezeichnung (nicht) zutreffend, weil …, auch wenn …
interpretieren	Sinnzusammenhänge aus Quellen erschließen und eine begründete Stellungnahme abgeben, die auf einer Analyse, Erläuterung und Bewertung beruht	*Interpretieren Sie die Quelle M 17 im Kontext der Geschichte Deutschlands in der Nachkriegszeit.*	**Tipp:** Nutzen Sie die die Arbeitsschritte auf den Seiten 313 f.

Formulierungshilfen für die Bearbeitung von Quellen und Darstellungen

Arbeitsschritte	Strukturierungsfunktion	Formulierungsmöglichkeiten	Beispiel
Analyse formaler Aspekte	Einleitung	– Der Verfasser thematisiert / behandelt / greift (auf) … – Er beschäftigt sich / setzt sich auseinander mit der Frage / mit dem Thema … – Die Autorin legt dar / führt aus / äußert sich zu … – Das zentrale Problem / die zentrale Frage des Textes / Briefes / der Rede ist …	Der SPD-Politiker Philipp Scheidemann thematisiert in seiner Rede vor der Weimarer Nationalversammlung am 12. Mai 1919 den Versailler Vertrag.
Analyse inhaltlicher Aspekte	Wiedergabe der Position / Kernaussage	– Die Autorin vertritt die These / Position / Meinung / Auffassung … – Er behauptet …	Der Historiker Detlev Peukert vertritt die These, der Untergang der Weimarer Republik sei auf „vier zerstörerische Prozesse“ zurückzuführen (Z. xx).
	Wiedergabe der Begründung / Argumentation / wesentlichen Aussagen	– Sie belegt ihre These … – Als Begründung / Beleg seiner These / Behauptung führt der Autor an … – Der Reichskanzler legt dar / führt aus … – Die Historikerin argumentiert / kritisiert / bemängelt … – Der Verfasser weist darauf hin / betont / unterstreicht / hebt hervor / berücksichtigt … – Weiterhin / außerdem / darüber hinaus / zudem argumentiert er …	Kennan betont, dass die Amerikaner in Deutschland Konkurrenten der Russen seien und daher in „wirklich wichtigen Dingen“ keine Zugeständnisse machen dürften (Z. xx).
	abschließende Ausführungen	– Am Ende unterstreicht / betont der Autor noch einmal … – Der Autor schließt seine Ausführungen mit … – Sie kommt am Ende ihrer Argumentation zu dem Schluss, dass … – Zum Abschluss seiner Rede … – Abschließend / zusammenfassend führt die Abgeordnete aus …	Am Ende seines Briefes betont Bismarck noch einmal die Notwendigkeit eines Bündnisses mit Österreich (Z. xx).
Vergleich von Texten	Übereinstimmung	– Der Historiker ist derselben Meinung / Auffassung / Position … – Sie teilt dieselbe Meinung / Auffassung / Position … – Die Autoren stimmen darin überein …	Brandt und Grass stimmen darin überein, dass die Bildung einer Großen Koalition mit Risiken verbunden sei (vgl. M 1, Z. xx; M 2, Z. xx).
	Gegensatz	– Im Gegensatz zu … – Die Positionen widersprechen sich / weichen voneinander ab / sind unvereinbar / konträr …	Die Positionen der beiden anonymen Verfasser sind hinsichtlich ihrer Haltung zum Terror der Jakobiner unvereinbar.

Arbeitsschritte	Strukturierungsfunktion	Formulierungsmöglichkeiten	Beispiel
historischer Kontext		– Die Quelle(n) lassen sich / sind in … ein(zu)ordnen. – Die Texte sind im Zusammenhang mit … zu sehen. – Die Rede stammt aus der Zeit des / der …	Veröffentlicht wurden beide Zeitungsartikel in der Zeit der Jakobinerherrschaft, die von 1793 bis 1794 andauerte und auch als „Schreckens- und Gewaltherrschaft“ bezeichnet wird.
Urteil Sachurteil	Intention des Autors	– Der Autor beabsichtigt / intediert / will / strebt an / fordert / plädiert für … – Die Politikerin verfolgt die Absicht / das Ziel … – Der Außenminister appelliert / ruft auf …	Der Ministerpräsident will mit seiner Rede die Abgeordneten von der Notwendigkeit wirtschaftlicher Reformen überzeugen.
	Beurteilung des Textes	– Die Argumentation ist (nicht) nachvollziehbar / überzeugend / stichhaltig / schlüssig … – Der Verfasser argumentiert einseitig / widersprüchlich … – In seiner Darstellung beschränkt sich der Historiker nur auf …	Der britische Historiker Peter Heather begründet seine These in drei stichhaltigen Argumentationssträngen.
Werturteil	Bewertung des Textes	– Aus heutiger Sicht / Perspektive kann gesagt werden / lässt sich sagen … – Der Position / Meinung / Auffassung / Ansicht des Autors stimme ich (nicht) zu … – Ich stimme der Position / … des Autors (nicht) zu … – Die Position / … der Verfasserin teile ich (nicht) … – Ich teile die Position / … des Historikers (nicht) … – Meiner Meinung / Auffassung / Ansicht zufolge / nach …	– Ich stimme der Kritik von Francisco de Vitoria am Vorgehen der Spanier in der Neuen Welt zu, weil … – Die Position des anonymen Verfassers des ersten Zeitungsartikels (M 1) teile ich nicht, da heute in unserer freiheitlichen Grundordnung Terror zur Durchsetzung politischer Ziele abgelehnt wird.

Tipps zur Vorbereitung auf Klausuren und Abitur

Übung 1: Inhalte der Lehrplanthemen wiederholen
Die Lehrplaninhalte werden im vorliegenden Schulbuch in Großkapitel gegliedert, die wiederum in Themeneinheiten (Unterkapitel) eingeteilt werden.

1 Ein kurzer Darstellungstext führt zu Beginn jedes Kapitels in das Teilthema ein. Daran schließen sich die Aufgaben und ein umfangreicher Materialteil an. Lesen Sie die Darstellungstexte wiederholend und fertigen Sie eine Zusammenfassung an. Die Zwischenüberschriften und Fettdrucke können Ihnen hierbei Hilfestellung geben.
2 Halten Sie Ihre Ergebnisse auf Karteikarten fest (s. unten).

Übung 2: Grundlegende Daten merken und anwenden
Auf den Auftaktseiten der Kapitel finden Sie jeweils einen Zeitstrahl. Auf drei Arten können Sie damit für Prüfungen üben:

1 Geben Sie jeden Eintrag des Zeitstrahls mit eigenen Worten wieder.
2 Ergänzen Sie auf der Vorderseite einer Karteikarte ein Ereignis, auf der Rückseite das Datum (s. unten).
3 Vertiefen Sie Ihre Kenntnisse über die Grundlegenden Daten (GD), indem Sie noch einmal die dazugehörigen Darstellungen und Materialien aus dem Kapitel durcharbeiten. Schreiben Sie auf Ihre Karteikarten,
   a) welche Ursachen zu einem Ereignis geführt haben,
   b) wie es abgelaufen ist,
   c) welche Folgen es gehabt hat.

Übung 3: Grundlegende Begriffe verstehen und erklären
Die für das jeweilige Kapitel relevanten Grundlegenden Begriffe (GB) werden auf speziellen Seiten zusammengefasst (z. B. S. 150–151) und mit Erläuterungen sowie Aufgaben versehen. Weitere wichtige Begriffe finden Sie fett gedruckt in den Themeneinheiten und im Begriffslexikon auf S. 318 ff.

1 Lesen Sie zu jedem Begriff die Erläuterung.
2 Klären Sie Fremdwörter.
3 Erläutern Sie den Inhalt jedes Begriffs anhand von historischen Beispielen. Halten Sie Ihre Ergebnisse auf Karteikarten fest (s. unten).

Ergebnisse sichern – Arbeitskartei anlegen

1 Halten Sie die Ergebnisse der Übungen 1 bis 3 auf Karteikarten fest: Notieren Sie auf der Vorderseite eine Frage, einen Begriff oder ein Datum, schreiben Sie auf die Rückseite Ihre Erläuterungen.
2 Wiederholen Sie mithilfe Ihrer Arbeitskartei die Inhalte, Daten und Begriffe der Schwerpunktthemen – alleine, in Partnerarbeit oder in Gruppen.

Übung 4: Methodentraining – Interpretation schriftlicher Quellen
Die Interpretation schriftlicher Quellen ist eine der zentralen Anforderungen in Klausuren und im Abitur:

1 Prägen Sie sich die systematischen Arbeitsschritte zur Analyse und Interpretation einer schriftlichen Quelle von S. 313 ein.
2 Merken Sie sich die „Faustregel" zur Analyse der formalen Merkmale schriftlicher Quellen und üben Sie die Beantwortung der „W-Fragen" anhand von fünf selbst ausgewählten schriftlichen Quellen des Schülerbuches.

„Faustregel"
für die Analyse der formalen Merkmale schriftlicher Quellen:

WER sagt WO, WANN, WAS, WARUM, zu WEM und WIE?

Checkliste zum Abfassen einer Abiturklausur

Prüfungsvorschlag auswählen
Lesen Sie sorgfältig alle Klausurthemen durch. Entscheiden Sie sich für das Thema, bei dem Sie sich fachlich und methodisch am sichersten fühlen. Beachten Sie, dass Sie sowohl im Prüfungsteil A als auch im Prüfungsteil B eine Wahl treffen müssen.

Aufgabenstellung erschließen
Achten Sie auf den genauen Wortlaut der Aufgabenstellung, besonders auf die Operatoren und deren Vorgaben (siehe S. 286 ff.).

Zeitplan erstellen
Schreiben Sie an den Rand der Aufgaben, wie viel Zeit Sie ungefähr für die Bearbeitung veranschlagen. Die Angaben zur den Bewertungseinheiten geben Ihnen einen Anhaltspunkt. Planen Sie auch genügend Zeit für die Schlusskorrektur ein.

Materialien auswerten

- Markieren Sie beim Lesen mit farbigen Stiften zentrale Aussagen bzw. Inhalte.
- Analysieren und interpretieren Sie die Materialien im Hinblick auf die Aufgabenstellung. Nutzen Sie dazu die erlernten Arbeitsschritte für die Analyse von Quellen und Darstellungen (siehe S. 313 f.)
- Ordnen Sie die Materialien in den geschichtlichen Kontext ein.
- Notieren Sie am Rand des Materials oder auf einem Beiblatt passende Stichpunkte (z. B. GD und GB, Namen von Personen).
- Achten Sie auf einen sinnvollen Aufbau Ihrer Darstellung, z. B. Basisinformationen zur Quelle, Beschreibung von Bildelementen bzw. Wiedergabe zentraler Textaussagen, Einordnung in den historischen Kontext und Erfassung der Intention.
- Formulieren Sie vollständige Sätze und belegen Sie Ihre Ausführungen mit Textstellen (Zitate, Zeilenangaben), konkreten Zahlen oder Verweisen auf Bildelemente.

Argumentationen verfassen
Notieren Sie in einem Schreibplan (z. B. Tabelle, Mindmap) relevante Stichpunkte. Achten Sie auf einen sinnvollen Aufbau Ihrer Argumentation und verdeutlichen Sie diesen optisch durch Absätze. Formulieren Sie

- das Thema in einem Einleitungssatz,
- Argumente für oder gegen eine These, die durch die Aufgabenstellung vorgegeben ist oder sich durch die Position der Autorin / des Autors ergibt,
- Ihr abschließendes Urteil als Fazit.

Nützen Sie vorhandenes Material, um Belege und Beispiele zu finden. Berücksichtigen Sie gegebenenfalls den durch die Aufgabenstellung festgelegten Adressatenbezug in Ihrer Darstellung (z. B. Rede, Text für eine Ausstellung).

Geschichtsatlas als Hilfsmittel nutzen
Manche Aufgabenstellungen verweisen auf den Geschichtsatlas. Nutzen Sie diesen auch als Nachschlagewerk, insbesondere den Anhang mit wichtigen Daten der Geschichte sowie das Kartenregister. Machen Sie sich rechtzeitig im Vorfeld mit dem Geschichtsatlas vertraut, um das Hilfsmittel effizient nutzen zu können.

Schlusskorrektur durchführen
Überprüfen Sie vor der Abgabe zunächst die sachliche Richtigkeit und die exakte Verwendung von Fachbegriffen sowie GD. Kontrollieren Sie in einem zweiten Durchgang den Satzbau, die Zitiertechnik, die Rechtschreibung und Zeichensetzung.

Probeklausur für das Abitur mit Lösungshinweisen

Allgemeine Hinweise

Die folgende Probeklausur orientiert sich an der schriftlichen Abiturprüfung im Fach Geschichte (grundlegendes Anforderungsniveau) in Bayern. In Prüfungsteil A wählen Sie eine von vier Aufgaben (zu 12/1, 12/2, 13/1 oder 13/2) aus. Die Aufgaben bestehen meist aus vier bis fünf Teilaufgaben mit unterschiedlichen Materialien. In Prüfungsteil B wählen Sie eine Ausweitung in ein anderes, noch nicht bearbeitetes Halbjahr. Die Ausweitung besteht in der Regel aus einer Aufgabe, teilweise mit einem Material.

Insgesamt können 100 Bewertungseinheiten (BE) erzielt werden, maximal 80 BE im Prüfungsteil A und maximal 20 BE im Prüfungsteil B. Für die Auswahl und Bearbeitung haben Sie insgesamt 210 Minuten Zeit. Als Hilfsmittel steht Ihnen der Geschichtsatlas zur Verfügung.

Die Lösungshinweise sind nur Vorschläge. Sie verweisen beispielhaft auf geforderte Inhalte sowie auf die fachgerechte Art und das erwartete Anspruchsniveau der Bearbeitung. Achten Sie bei Ihren Ausführungen auch auf die Qualität der Darstellung, z. B. die Verwendung von Fachbegriffen, eine sinnvoll aufgebaute Argumentation und den korrekten Umgang mit Zitaten, da diese Aspekte ebenfalls in die Bewertung einfließen.

Probeklausur – Prüfungsteil A: Deutschland zwischen Demokratie und Diktatur (Halbjahr 12/2)

1 Analysieren und interpretieren Sie die Karikatur M 1 mithilfe Ihrer Kenntnisse zur Endphase der Weimarer Republik. (16 BE)

2 Beschreiben Sie in einem Überblick weltanschauliche Grundlagen und Maßnahmen der Ausgrenzung, Entrechtung und Verfolgung der jüdischen Bevölkerung im NS-Regime bis einschließlich 1938. (14 BE)

3 a Arbeiten Sie zentrale Aussagen des Zeitungsartikels (M 2) heraus. Bewerten Sie Inhalt und Intention der Textquelle. Berücksichtigen Sie bei Ihrer Bewertung auch den Historikertext M 3.

b Setzen Sie sich, unter Einbeziehung von M 3, mit der Frage auseinander, inwieweit sich die nichtjüdische deutsche Bevölkerung an der Verfolgung und Ermordung der Jüdinnen und Juden in der Zeit der Shoa beteiligte. (30 BE)

4 „Glückwunsch zum Geburtstag! Das Grundgesetz wird heute 74 Jahre alt. Hätte es einen eigenen Gedenktag verdient? Was meinen Sie?"
Unter dieser Überschrift wurde am 23. Mai 2023 auf der Internetseite der Sendung „Tagesgespräch" von Bayern 2 und ARD alpha zur Diskussion aufgefordert.
Verfassen Sie einen Diskussionsbeitrag, in dem Sie Stellung nehmen, ob der 23. Mai ein nationaler Feiertag in Deutschland werden sollte. (20 BE)

Probeklausur – Prüfungsteil B: Beispiel für Ausweitung in das Halbjahr 12/1

5 Beurteilen Sie, unter Berücksichtigung von M 4, inwieweit die Zeit des Deutschen Kaiserreichs eine Phase gesellschaftlicher und politischer Modernisierung darstellte. (20 BE)

M 1 „Deutsche Zauber-Werke A. G.", Karikatur von Karl Arnold in der Satirezeitschrift „Simplicisissimus" am 12. Februar 1933.

Die Bildunterschrift lautet: „Kein Grund zum Verzagen, solange noch Kanzler am laufenden Band produziert werden."

Hinweis: Die Abkürzung A. G. (= Aktiengesellschaft) kann bei der Analyse vernachlässigt werden.

M 2 „Volkszorn vergilt jüdisches Verbrechen"

Artikel aus der NS-Tageszeitung „Der Donaubote" vom 10. November 1938 (Ingolstadt)

Tiefste Empörung bemächtigte sich des ganzen deutschen Volkes, als gestern Abend bekannt wurde, dass der Gesandtschaftsrat an der deutschen Botschaft in Paris, Herr von Rath, der von dem jüdischen Mordbuben Grünspan niedergeschossen wurde, seinen schweren Verletzungen erlegen ist.

Wo am Abend noch Menschen beisammen waren, vor allem in den hiesigen Gaststätten, konnte man vielfach zornige Äußerungen hören, die erkennen ließen, dass die Ingolstädter nun nicht mehr gewillt sind, Juden in den Mauern unserer Stadt zu dulden. In den Morgenstunden zog dann eine Volksmenge vor die jüdische Synagoge in der Theresienstraße, die kurze Zeit darauf für den weiteren Gebrauch unbenutzbar war. Die Einrichtungsgegenstände und Bücher, aus denen der Rabbiner seinen jüdischen Rassegenossen den Hass gegen alles Nichtjüdische zu predigen pflegte, nährten einen großen Scheiterhaufen, der in der Mitte der Theresienstraße aufflammte. Die Masse sang dazu Kampflieder. Auch vor dem letzten der hiesigen jüdischen Geschäfte (Buxbaum) kam es zu heftigen Demonstrationen.

Die hiesigen jüdischen Einwohner hielten es für geraten, schleunigst die Stadt zu verlassen.

Zit. nach: Theodor Straub/Alisa Douer, Ingolstädter Gesichter. 750 Jahre Juden in Ingolstadt, Stadt Ingolstadt 2000, S. 72.

M 3 Der Historiker Theodor Straub gibt 2000 die Vorgänge in Ingolstadt am 10. November 1938 wieder

Feststeht, dass die Anordnung zum Judenschlag erst nach Mitternacht, vielleicht kurz vor der Morgendämmerung des 10. November aus München bei der NSDAP-Kreisleitung in Ingolstadt eingetroffen sein wird. […] Die Verantwortung lag bei dem neuen scharfmacherischen Kreisleiter Lambert Friederichs, der keinerlei persönlichen Bezug zu den jüdischen Ingolstädtern hatte. Mit der Durchführung beauftragt war die Ingolstädter SA-Standarte[1] 10 unter dem Kommando ihres fanatischen Standartenführers Michael Brettmeister; die SS war mit beteiligt. Einsatzzentrale war das SA-Hauptquartier im Gasthof „Schmalzbuckel" […]. Die benötigten Amtsleiter, SA- und SS-Männer wurden frühmorgens telefonisch oder in den Betrieben verständigt. Allein am RAW (Reichsbahn-Ausbesserungswerk in Ringsee-Kothau[2]) schickte der DAF[3]-Betriebsobmann und Ratsherr Michael Roth etwa 50 Mann […]. Einige in der Partei sehr aktive Handwerksmeister rückten mitsamt ihren Gesellen an. Der zweite Bürgermeister Josef Bruckmayer und der Obersturmbannführer Pemsel halfen dem Standartenführer im „Schmalzbuckel" bei der Einweisung der Einsatzkräfte. Diese waren teilweise mit Pickeln und Schaufeln […] „bewaffnet", die das Stadtbauamt rechtzeitig zur Verfügung gestellt hatte. Die Stadtpolizei hatte die Anweisung, sich aus allem herauszuhalten.

Die Zerstörungsarbeit beim jüdischen Gotteshaus scheint schon vor 7 Uhr morgens begonnen zu haben. Das Innere des zweigeschossigen Betsaals wurde vollständig zerstört. Die SA-Männer zerstörten die gesamte Einrichtung. […] Andere SA-Leute schleppten die Balken, Bretter und Holztrümmer, Teppiche, Tücher, Kerzen, Bücher und Hefte, den Thoraschreinvorhang[4], die Thorarollen auf die Theresienstraße und steckten den ganzen Haufen in Brand. […]

Auch der zweite, den Juden in Ingolstadt heilige Ort wurde durch einen Trupp SA-Leute heimgesucht und verwüstet: das „Taharahaus", das rituelle Leichenhaus im Israelitischen Friedhof. […] Unter den Zuschauern, die sich allmählich ansammeln, befindet sich ein bekannter Stadtpolizist und ein ebenso stadtbekannter Fotograf, der hier wie an der Synagoge Aufnahmen macht, die er bezeichnenderweise nach 1945 alle vernichtet.

Der von seiner Arbeitsstelle in der Stadt herbeigeholte katholische Friedhofswärter Max Göbel und der Friedshofsaufseher Kreuzer können gerade noch verhindern, dass herbeigelaufene junge Burschen sich auch noch an den Gräbern vergreifen. […]

Die Reaktion der Ingolstädter Bevölkerung auf die Ereignisse war betretenes Schweigen.

*Theodor Straub, ebenda, S. 71–74.**

1 *SS-Standarte:* Untereinheit der SS
2 *Ringsee-Kothau:* ein Ortsteil von Ingolstadt
3 *DAF:* Deutsche Arbeitsfront
4 *Thoraschreinvorhang:* in der Synagoge der Vorhang vor dem Schrank, in dem die Thorarollen aufbewahrt werden

M 4 Postkarte des Verbands der Fabrikarbeiter Deutschlands vom 1. Mai 1909.

Eingeblendet in die Postkarte ist die Titelseite der Verbandszeitschrift „Der Proletarier".

Lösungsvorschläge zur Probeklausur

Prüfungsteil A

Aufgabe 1
*Zu den Operatoren **„analysieren“** und **„interpretieren“** siehe S. 286 und S. 289.*

Beschreibung der Bildelemente von M 1:
- überproportional groß dargestellter Zauberer (vgl. Titel) mit Frack und Zylinder als Verkörperung des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg
- aus dem Hut gezogene Kette von kleinen, aneinanderhängenden Figuren, durch Bildunterschrift als „Kanzler“ identifizierbar
- am oberen Bildrand eine Art Vorhang mit stilisierten deutschen Adlern

Einordnung in den historischen Kontext, z. B.:
- zwischen 1930 und 1933 Einsetzung von mehreren Präsidialkabinetten durch den Reichspräsidenten Hindenburg gemäß Artikel 53 der Reichsverfassung
- Abfolge mehrerer von Hindenburg abhängiger Kanzler; keine Verantwortlichkeit der Kanzler gegenüber dem Reichstag
- Ausschaltung des Reichstags von der Gesetzgebung durch das Präsidialsystem, insbesondere in Verbindung mit der Anwendung des Notverordnungsartikels 48 der Weimarer Reichsverfassung

Aussageabsichten des Karikaturisten, z. B.:
- Darstellung der Schwäche der Reichskanzler gegenüber dem übermächtigen Reichspräsidenten im Rahmen des Präsidialsystems in der Endphase der Weimarer Republik
- (fälschliche) Einordnung des seit 30. Januar 1933 amtierenden Kanzlers Hitler als ein weiteres von Hindenburg abhängiges „Männchen“
- ironisches Aufgreifen der Krisenstimmung der Bevölkerung in der Endphase der Weimarer Republik (vgl. Bildunterschrift)

Aufgabe 2
*Zum Operator **„beschreiben“** siehe S. 286.*

Die verhältnismäßig geringe Zahl der erreichbaren BE ist ein Signal, dass hier keine ausführliche Darstellung mit vielen Details erwartet wird.

Die Beschreibung der weltanschaulichen Grundlagen der NS-Judenpolitik kann sich auf folgende Aspekte beschränken:
- Ideologie der „Volksgemeinschaft“, aus der Minderheiten ausgegrenzt werden
- Definition des deutschen Volks als „Blutsgemeinschaft“ der „arischen Herrenrasse“ und Behauptung der Höher- bzw. Minderwertigkeit verschiedener „Rassen“
- rassistisch begründeter Antisemitismus

Maßnahmen der Ausgrenzung, Entrechtung und Verfolgung der jüdischen Bevölkerung im NS-Regime bis einschließlich 1938, z. B.:
- massive Ausgrenzung durch die NS-Propaganda
- Boykott u. a. jüdischer Geschäfte
- Entlassung jüdischer Beamtinnen und Beamter aus dem öffentlichen Dienst
- systematische Ausgrenzung durch die „Nürnberger Gesetze“
- Verdrängung der jüdischen Bevölkerung aus Kultur und Berufswelt
- Ausschluss von Jüdinnen und Juden aus Schulen und Universitäten
- „Arisierung“ von jüdischem Besitz
- Novemberpogrome 1938

Aufgabe 3a
Die Quelle M 2 verdeutlicht die Wirksamkeit der NS-Propaganda auf regionaler Ebene und zeigt exemplarisch den Ablauf des Novemberpogroms 1938.

Zentrale Aussagen des Artikels aus der NS-Zeitung:
- Nachricht vom Mord an deutschem Diplomaten durch den Juden Grünspan in Paris
- gleich nach Verbreitung der Nachricht spontane zornige Reaktionen des Volkes in Ingolstadt, am nächsten Morgen Zug der Volksmenge vor Synagoge und Verwüstung des Gebäudes
- Verbrennung von jüdischem Besitztum auf offener Straße unter Absingen von Kampfliedern
- Demonstration vor dem letzten jüdischen Geschäft in der Stadt
- überstürzte Flucht der jüdischen Bevölkerung aus Ingolstadt

Bei der Bewertung von Inhalt und Intention der Quelle M 2 unter Einbeziehung der historischen Darstellung in M 3 können z. B. folgende Aspekte eingebracht werden:
- propagandistische Darstellung des Pogroms als scheinbar spontane Vergeltungsmaßnahme des Volkes wegen Mord an deutschem Diplomaten
- tatsächlich von Staat und Partei vorbereitete und von öffentlichen Stellen unterstützte Aktionen, durchgeführt vor allem von SA und SS (siehe M 3)
- tatsächlich: Passivität der breiten Bevölkerung (siehe M 3, Z. 53: „betretenes Schweigen“)
- gezielte Aufhetzung der nichtjüdischen Ingolstädter Bevölkerung gegen jüdische Bevölkerung
- deutlich erkennbare Anzeichen des typischen NS-Antisemitismus im Text (z. B. „Rassengenossen“, „Predigt des Hasses gegen alles Nichtjüdische“)

Aufgabe 3b
*Zum Operator **„sich auseinandersetzen“** siehe S. 288.*

Der Historikertext M 3 soll für Belege und Beispiele genutzt werden.

Am Beginn der Argumentation sollte geklärt werden, was „Beteiligung“ überhaupt bedeutet. Danach wird in einem Einleitungssatz das Thema formuliert. Dabei kann man sich an der Aufgabenstellung orientieren, z. B.: Im Folgenden wird diskutiert, inwieweit die nichtjüdische deutsche Bevölkerung an der Verfolgung und Ermordung der Jüdinnen und Juden in der Zeit der Shoa beteiligt war.

Für die Mitwirkung nichtjüdischer Deutscher an den NS-Verbrechen gegenüber Jüdinnen und Juden können z. B. folgende Aspekte angeführt werden:
- aktive Beteiligung vieler Menschen an Organisation und Durchführung von antijüdischen Maßnahmen, z. B. SA- und SS-Mitglieder, kommunale Amtsträger, aber auch gewöhnliche Bürger (siehe M 3: Beschäftigte der Reichsbahn, „Handwerksmeister“, „herbeigelaufene junge Burschen“)
- nach Schätzungen der Forschung immerhin 200 000 direkt am Holocaust beteiligte deutsche Täter
- Mitwirkung von Wehrmachtsangehörigen z. B. an Erschießungen
- Bereicherung auch breiterer Bevölkerungsgruppen bei Zwangsenteignungen oder bei Versteigerungen von jüdischem Besitz
- Mittäterschaft sehr vieler Menschen durch unterlassene Hilfeleistung und Passivität trotz immer offensichtlicher werdender antijüdischer Maßnahmen (siehe M 3)
- nur seltene Fälle von Einschreiten bei Taten gegenüber der jüdischen Bevölkerung und deren Eigentum (siehe M 3) sowie von aktiver Hilfe für Verfolgte

Einige Aspekte sprechen dafür, dass nicht pauschal von einer allgemeinen Beteiligung der nichtjüdischen Bevölkerung an den NS-Verbrechen gegenüber Jüdinnen und Juden gesprochen werden kann, z. B.:
- keine aktive, direkte Beteiligung der großen Bevölkerungsmehrheit an Gewalttaten (vgl. M 3)
- nur begrenzte Kenntnisse großer Bevölkerungsteile über systematische Ermordung der deutschen und europäischen Jüdinnen und Juden (z. B. Geheimhaltung der Wannseekonferenz, Schauplatz des Holocaust in den besetzten Gebieten im „Osten“, konkrete Vorgänge in den Vernichtungslagern unter strenger Geheimhaltung)
- Einstufung vieler Deutscher eher als „Verführte“ und „Manipulierte“, allerdings oft im Nachhinein beschönigte Selbstwahrnehmung, um die eigene Verstrickung in NS-Unrecht zu relativieren

Im Fazit soll deutlich werden, dass zumindest von einer moralischen Mitverantwortung vieler nichtjüdischer Deutscher an den NS-Verbrechen ausgegangen werden muss, und die Zahl der Menschen, die an Gewalttaten gegenüber Jüdinnen und Juden beteiligt waren, diese beobachteten oder davon profitierten, recht hoch war.

Aufgabe 4
*Zum Operator **„Stellung nehmen“** siehe S. 288.*

Am Anfang der Argumentation wird in einer kurzen Einleitung das Thema formuliert. Dabei kann man sich an der Aufgabenstellung orientieren, z. B.: Am 23. Mai 1949 wurde mit der Verkündung des Grundgesetzes die Bundesrepublik Deutschland gegründet. Sollte dieser Tag zu einem nationalen Feiertag erklärt werden?

Für den 23. Mai als Feiertag können z. B. folgende Aspekte angeführt werden:
- Feiertag als Anlass, auf die jahrzehntelange Geschichte der freiheitlichen Bundesrepublik und ihre stabile Demokratie zu verweisen
- Grundgesetz als „Lehre aus der Geschichte“, vor allem aus den Erfahrungen der Weimarer Republik
- Stärkung des öffentlichen Bewusstseins für das Grundgesetz als erfolgreiche Verfassung des seit 1990 wiedervereinigten Deutschlands
- Betonung der Bedeutung von Menschenwürde und Grundrechten, Demokratie, Pluralismus, Gerechtigkeit, Sozialstaat und Föderalismus als Grundpfeiler der Bundesrepublik Deutschland
- in Zeiten verstärkter autoritärer Tendenzen in vielen Staaten Chance zur Unterstreichung der Vorzüge einer parlamentarischen Demokratie
- Gelegenheit zur Kontrastierung der Werte des Grundgesetzes mit totalitären Staatssystemen wie dem Nationalsozialismus

Mögliche Argumente gegen den 23. Mai als Feiertag sind z. B.:
- starke Verankerung des 23. Mai in der geschichtlichen Kontinuität der „alten“ Bonner Republik und daher Gefahr fehlender Akzeptanz des Gedenktags in der ehemaligen DDR-Bevölkerung und möglicherweise auch bei Ostdeutschen, die nach der Wiedervereinigung geboren wurden.
- statt eines neuen Feiertags höhere Priorität einer besseren Verankerung des Grundgesetzes im Bewusstsein der Bevölkerung, z. B. durch Politik- bzw. Geschichtsunterricht oder Berichterstattung in den Medien

– praktische Aspekte eines neuen Feiertags: z. B. Belastung von Volkswirtschaft und Unternehmen durch einen zusätzlichen arbeitsfreien Tag, bereits jetzt Häufung von Feiertagen im Monat Mai

Die Argumentation muss durch ein persönliches Fazit abgeschlossen werden. Dabei kann man sich entweder für oder gegen die Einführung eines nationalen Feiertags am 23. Mai aussprechen.

Prüfungsteil B

*Zum Operator **„beurteilen“** siehe S. 288.*

Die Aufgabe erfordert keine gesonderte Analyse der Bildquelle M 4, das Material dient lediglich als Anregung für Argumente bzw. Beispiele.

Folgende Aspekte sprechen für eine gesellschaftliche und politische Modernisierung im Deutschen Kaiserreich, z. B.:
– zunehmende Bedeutung der Arbeiterschaft und deren solidarische Selbstorganisation in Gewerkschaften und Verbänden (siehe M 4)
– moderne Sozialgesetzgebung als Reaktion auf Industrialisierung (siehe Fabriken im Hintergrund von M 4), Soziale Frage und zunehmend selbstbewusste Arbeiterschaft
– beginnende Frauenemanzipation (u. a. proletarische Frauenbewegung, vgl. optisch gleichberechtigte Darstellung des Arbeiters und der Arbeiterin in M 4)
– weiterer Aufstieg des Bürgertums (z. B. Industrielle als neue ökonomische Elite, führende Positionen in Bürokratie, Justiz und Bildung)
– verbesserte Stellung der jüdischen Bevölkerung (z. B. rechtliche und religiöse Gleichstellung männlicher Bürger in der Reichsverfassung von 1871)
– Innovationen in Kultur und Medien (z. B. wachsender Zeitungsmarkt, neues Medium Stummfilm)

Gegen eine tiefgreifende gesellschaftliche und politische Modernisierung im Deutschen Kaiserreich lassen sich z. B. folgende Gesichtspunkte anführen:
– politisches System der Erbmonarchie ohne parlamentarische Verantwortlichkeit der Regierung
– Kaiserreich als Militär- und Obrigkeitsstaat
– antidemokratisches Denken weiter Bevölkerungskreise
– noch immer führende Rolle des Adels, z. B. im Militär
– starke soziale Benachteiligung der Arbeiterschaft
– Fortbestehen patriarchalischer Geschlechtervorstellungen (siehe Wortwahl „Arbeiter“ in M 4)

Im Schlussfazit sollte auf das Spannungsverhältnis zwischen Beharrungskräften und Prozessen gesellschaftlicher und politischer Modernisierung in der Zeit zwischen 1871 und 1918 hingewiesen werden. Im persönlichen Urteil kann entweder den fortschrittlichen oder den traditionellen Kräften der Vorrang gegeben, aber auch die Zerrissenheit der Zeit als Ergebnis festgehalten werden.

Anhang

Zusatzaufgaben und Tipps

Kapitel 1

S. 25, Zusatzaufgabe zur Methodenschulung
Interpretieren Sie die Karikatur von der Verwandlung des Revolutionärs in den deutschen Michel (M 1).
Tipp: Achten Sie auch auf seine Kopfbedeckung.

S. 35, Zusatzaufgabe „Friedhof der Märzgefallenen“
Recherchieren Sie mithilfe der Webcodes (siehe S. 34) nach Biografien zu den auf dem Friedhof bestatteten Menschen. Stellen Sie einige Personen vor.

S. 38, Zusatzaufgabe zur Verfassung der Paulskirchenparlaments
Beurteilen Sie die These: „Die Priorisierung der Grundrechte war ein Fehler der Paulskirche.“ (Priorisierung = etwas den Vorrang geben)
Tipp: Was war wichtiger, die Grundrechte oder z. B. oder die Regierungsform festzulegen?

S. 49, Zusatzaufgabe zum deutschen Sängerfest 1861
Geben Sie die Stimmung anhand des Berichts in der Zeitschrift „Die Gartenlaube“ wieder.

Das deutsche Sängerfest 1861

mazofa

Kapitel 2

S. 71, Zusatzaufgabe zur Themeneinheit „Das politische System des Kaiserreichs“
Recherchieren Sie im Internet zum Bund der Landwirte (M 3) oder zum Alldeutschen Verband (DT).
Tipp: Nutzen Sie die gesammelten Informationen für einen Kurzvortrag. Berücksichtigen Sie jeweils Entstehung, Struktur und Einflussmöglichkeiten des Verbandes.

S. 75, Zusatzaufgabe zum Verfassungsschaubild M 1
Vergleichen Sie das Schaubild der Reichsverfassung von 1871 mit der Verfassung von 1849 (siehe S. 42).
Hilfreich ist der nachfolgende Webcode:

Verfassungen im Vergleich 1849–1949

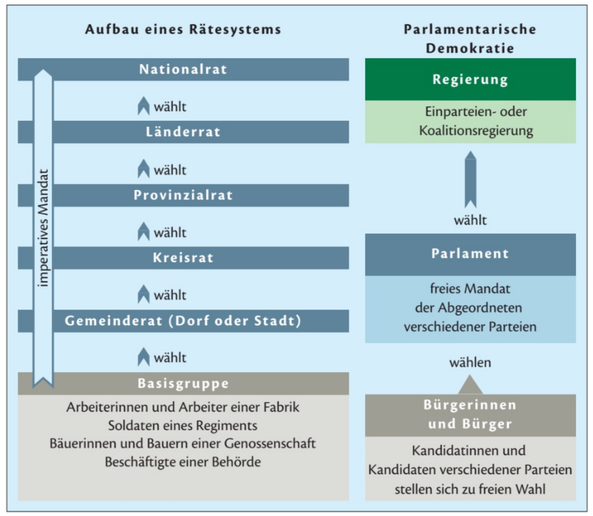
nokiru

Tipp: Für einen Vergleich der Verfassungen sollten Unterschiede vor allem hinsichtlich der Rechte des Volkes, d. h. der demokratischen Elemente, berücksichtigt werden.

	1849	1871
Staatsform		
Wahlberechtigte Bürger		
Wahlen		
Freiheits- und Grundrechte		
Rechte des Volkes	…	…

S. 84, Zusatzaufgabe zur Stellung der Industriearbeiterschaft im Deutschen Kaiserreich
Der Historiker Christoph Nonn schreibt knapp 150 Jahre nach der Reichsgründung zur Gesellschaft des Kaiserreichs: „In weiten Kreisen der Öffentlichkeit und der Geschichtswissenschaft wurde das Kaiserreich als autoritärer Obrigkeitsstaat gesehen, unfähig zu jeglicher Reform, charakterisiert durch himmelschreiende soziale Ungleichheit, geprägt von Militarismus, Antisemitismus und radikalem Nationalismus.“ (Zit. nach: Christoph Nonn, Das deutsche Kaiserreich, C. H. Beck, München 2017, S. 8.)
a) Erweitern Sie Ihre Mindmap zum Adel und Bürgertum im Kaiserreich (siehe S. 78) mit Informationen zur Industriearbeiterschaft.
b) Erörtern Sie, inwieweit Nonns Aussage für das Kaiserreich zutrifft.

S. 93, Räterepublik – parlamentarische Demokratie



S. 102, Zusatzaufgabe zu Debatten und Ergebnissen in der Nationalversammlung
Vergleichen Sie das Demokratieverständnis der Abgeordneten (M 5–M 7) mit der Rede Eberts nach seiner Vereidigung zum Reichspräsidenten am 21. August 1919.

Rede Eberts
21. August 1919

bakuxa

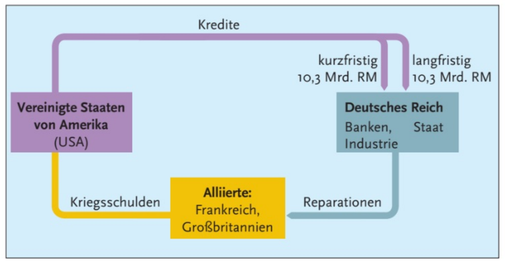
S. 106, Zusatzaufgabe zu Weimarer Parteien
„Der Weimarer Reichstag entwickelte nie eine Form des Kompromisses." (Oliver F. R. Haardt/Christopher Clark). Zeigen Sie, ausgehend von diesem Zitat, die Bedeutung der Kompromissfindung für eine funktionierende Demokratie auf.

S. 131, Stationenlernen „Frauen im Deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik"
Recherchieren Sie zu einem Mitglied der Frauenbewegung oder zu einer Reichstagsabgeordneten. Stellen Sie ihre Biografie anschließend in einem Kurzreferat vor.
Tipp: Namen von Mitgliedern der Frauenbewegung finden sich im Text; Reichstagsabgeordnete: Recherche z. B. zu Marie Baum, Marie Juchacz oder Marie Zettler.

S. 138, Station 3 Kunst und Medien
Die Staatlichen Museen zu Berlin posteten 2020 ein Foto von M 3 mit dem Text: „Passend zum Welttag des Radios präsentieren wir euch heute das Gemälde 'Der Radionist' von Kurt Günther. Schon im Jahr 1927 zeigt es die Segnungen, aber auch die Gefahren moderner Massenkommunikation – und das zu einem Zeitpunkt, wo sie doch gerade erst entsteht!"
Ergänzen Sie unter Einbeziehung Ihrer Kenntnisse zur Bedeutung neuer Medien in der Weimarer Republik den Post um einen Abschnitt zu den „Segnungen" und „Gefahren", die im Gemälde thematisiert werden.

Kapitel 3

S. 152, Skizze Kreislauf Weltwirtschaft



S. 155, Zusatzaufgabe zu der Collage von John Heartfield (M 4)
Analysieren Sie die Fotomontage (M 6).
Tipp: Nutzen Sie die Arbeitsschritte zu „Eine Fotografie analysieren" auf S. 315.

S. 161, M 3 „Tag von Potdam"
Die feierliche Eröffnung des neuen Reichstages am 21. März 1933 war ein erster Höhepunkt der NS-Propaganda. Der unter der Regie von Propagandaminister Goebbels organisierte „Staatsakt" in der Potsdamer Garnisonkirche (Begräbnisstätte des preußischen Königs Friedrichs II.) sollte die Verbindung von nationalkonservativem Traditionsbewusstsein und „nationalsozialistischer Bewegung" symbolisieren.
Inszenierter Höhepunkt war der Handschlag zwischen „altem" und „neuem" Deutschland: zwischen dem greisen Reichspräsidenten von Hindenburg, der in seiner Uniform als kaiserlicher Feldmarschall auftrat, und Reichskanzler Hitler im schwarzen Frack.

S. 170, Zusatzaufgabe zu M 3 Plakat der Ausstellung „Der ewige Jude" in München 1937
Informieren Sie sich via Webcode über die Ausstellung und berichten Sie darüber kurz vor der Klasse.

Informationen zur Ausstellung „Der ewige Jude"

wisewi

S. 182, Zusatzaufgabe zu „Verfolgung der jüdischen Bevölkerung 1933–1939"
Analysieren Sie anhand von M 5 und M 12, wie sich die nationalsozialistische Ideologie in der Behördensprache widerspiegelt.

S. 197, Zusatzaufgabe zu „Weitere Opfer des NS-Rassismus"
Recherchieren Sie, ausgehend von M 4, zum Schicksal einer weiteren Opfergruppe der menschenverachtenden NS-Diktatur.

Weitere Opfergruppen NS-Zeit

naweto

Kapitel 4

S. 227, Zusatzaufgabe zu „Verfassung und Verfassungswirklichkeit"
Recherchieren Sie auf der Seite des Stasi-Unterlagen-Archivs bzw. der Stasi Mediathek zum Umgang der „Staatssicherheit" mit unangepassten Jugendlichen/Erwachsenen in der DDR (Suchbegriff „Jugendkultur"). Stellen Sie in einem Kurzreferat ein konkretes Beispiel in Ihrem Kurs vor.

Staatssicherheit Jugendkultur

sohuxu

S. 235/236/241, Informationen zu den Statistiken: Vergleich BRD–DDR
Ein Zahlenvergleich zwischen West- und Ostdeutschland ist schwierig, da es in der DDR keine Marktpreise, sondern nur von der Politik festgelegte Preise gab. Daher nutzen viele Studien Preise aus Westdeutschland, um den Marktwert der Güter in der DDR zu ermitteln. Daraus kann man weder die Knappheitsverhältnisse der Güter in der DDR ablesen noch Qualitätsunterschiede erkennen. Dennoch ist die Wohlstandslücke zum Westen unbestritten.

S. 245, Zusatzaufgabe zu „Friedliche Revolution und Wiedervereinigung"
Informieren Sie sich zu einer bzw. einem der im Kapitel genannten Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler und berichten Sie in Ihrem Kurs darüber.

Biografien von DDR-Oppositionellen

yamabi

Kapitel 5

S. 272, Zusatzaufgabe zu „Extremismus und Terrorismus"
a) Recherchieren Sie aktuelle Zahlen zum Thema Rechtsradikalismus und vergleichen Sie mit den Zahlen auf S. 271, M 2. Bringen Sie auch Zahlenmaterial zum islamistischen Terrorismus ein.

Statistiken und Informationen zu Rechtsextremismus und Terrorismus

kinesa

Lösungshinweise zu den Methodenseiten

S. 24 f.: Eine Karikatur analysieren und interpretieren

1. Erster Eindruck
individuelle Antwort
Frage: Wofür werden die Kinder bestraft?

2. Formale Merkmale
Zeichner: Der Zeichner ist unbekannt.
Erscheinungsort/-zeit: Der Holzstich erschien in Deutschland im Jahr 1847.
Titel: „Die unartigen Kinder"
Thema: Es geht um den Verlust von Grundrechten wie Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit.

3. Analyse der einzelnen Elemente
Der Holzstich zeigt ein Klassenzimmer mit einem Pult und Stühlen sowie einer Landkarte im Hintergrund. In dem Raum befinden sich sechs Kinder und ein Erwachsener, die Schüler und der Lehrer. Die Kinder sind um den Lehrer angeordnet und erhalten alle gerade eine Strafe. Sie haben Gesichter wie Erwachsene. In der Mitte steht der Lehrer und schlägt ein Kind. Links und im Hintergrund sieht man je ein gefesseltes Kind. Das Kind rechts steckt in einem „Sitzpranger", einem Holzblock, in dem Beine und Hände durchgesteckt sind. An dem Pult sitzt ein Kind mit verbundenem Mund. Vor ihm liegen Schreibutensilien und ein Buch. Das Kind daneben hat seinen Kopf auf den Tisch gelegt und sieht offensichtlich weg. Manchen Kindern lassen sich aufgrund von Beschriftungen Grundrechte wie Pressefreiheit, Redefreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit zuordnen. Die Mimik der Personen ist unterschiedlich gestaltet. Der Junge rechts im „Sitzpranger" scheint wütend, aus seinem Ohr kommt Rauch. Er scheint sich auch noch zu wehren, während alle anderen eher erschreckt bis teilnahmslos schauen. Sie haben sich schon in ihr Schicksal ergeben. Der Lehrer steht im Zentrum des Bildes. Er hat einen Schüler an der Jacke gepackt und holt mit der rechten Hand zum Schlag mit einer Art Besen aus. Seine Mimik ist relativ ausdruckslos. Das Schlagen scheint für ihn Routine zu sein. Der Gehrock, die Schnallenschuhe und die Glatze stützen seine Autorität, verweisen aber auch darauf, dass er alt und konservativ ist. Die gefärbte Nase und das vorgeschobene Kinn lassen den Lehrer jedoch eher lächerlich als furchterregend erscheinen.
Die Landkarte im Hintergrund verweist auf die Länder, die hier in den Blick genommen werden: Preußen, Österreich und Russland

4. Interpretation Gesamtaussage
Die Karikatur verweist auf die Einschränkung der Grundrechte insbesondere zur Meinungsfreiheit in Deutschland vor der Revolution 1847. Der Lehrer symbolisiert die staatliche Autorität, die sich mit Gewalt und Strafe durchsetzt. Die Kinder stehen für die Bevölkerung, die unmündig ist und dem Staat wenig entgegenzusetzen hat. Die Ausübung der Grundrechte steckt in Deutschland noch in den Kinderschuhen. Schreiben, das Lesen von Büchern und das freie Reden sind verboten.
Der Zeichner kritisiert die Politik der monarchischen Regierungen in Deutschland. Zensur und Einschränkung der Grundrechte stellt er als gewaltsame und unterdrückende Aktivitäten des Staates dar. Nur mit Strafen kann er das Freiheitsbedürfnis der Bevölkerung unter Kontrolle halten. Noch hat er als Erwachsener die Autorität und die körperliche Kraft, um den Willen der Kinder zu brechen. Es stellt sich jedoch die Frage, wie lange er das durchhalten kann und ob die Kinder nicht irgendwann anfangen zu rebellieren.
Die Karikatur gibt die historische Situation angemessen wieder, denn der Staat griff tatsächlich auch zu gewaltsamen Mitteln wie Gefängnisstrafen, Berufsverboten, Zeitungsverboten, um kritische Meinungen und Versammlungen zu unterdrücken. Andere zeitgenössische Karikaturen und Bilder nutzten ebenfalls das Bild von Kindern mit zugebundenem Mund oder verschlossenen Augen.
Die Kinder werden für die Ausübung ihrer Grundrechte bestraft. Die Ausübung wird in der Überschrift als „unartig" gekennzeichnet, was als Rechtfertigung für die Strafen dienen soll. Der Zeichner macht jedoch deutlich, dass er die Bestrafung der Kinder als nicht angemessen betrachtet, indem er die Bestrafungen als sehr drastisch darstellt. Jede Form der Freiheit der Kinder wird durch den Lehrer eingeschränkt und dauerhaft unterbunden.
Aus heutiger Sicht wirkt sowohl die Prügelstrafe in der Schule fremd als auch die Einschränkung der freiheitlichen Grundrechte. Heute unterliegt jede Form der staatlichen Autorität in der Regel der Kontrolle durch andere Instanzen. So soll der Machtmissbrauch durch den Staat verhindert werden.

S. 56 f.: Ein historisches Urteil analysieren

1. Formale Merkmale
Verfasser: Frank Lorenz Müller (geb. 1970) ist ein deutscher Historiker und lehrt als Professor für Neuere Geschichte an der University of St. Andrews in Schottland.

Text: Ausschnitt aus einer fachwissenschaftlichen Monografie (Fachbuch) mit dem Titel „Die Revolution von 1848/49". Die historische Darstellung wurde 2002 in der Reihe „Geschichte kompakt" der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft veröffentlicht.
Adressaten: wissenschaftliches Fachpublikum wie Studierende und Lehrende sowie eine historisch interessierte Öffentlichkeit

2. Inhalt
Thema: Beurteilung der Ereignisse und Veränderungsprozesse während der Revolution von 1848/49 sowie ihre Einordnung in die politische und gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands
Zentrale Aussagen/Thesen:
- Vom März 1848 bis zum Sommer 1849 wurde der Versuch unternommen, in Deutschland mithilfe politischer Reformen einen demokratisch legitimierten, liberalen Verfassungsstaat zu errichten.
- Die Verfassungsrevolution scheiterte und die monarchischen Regierungen konnten ihre Macht unverändert stark wieder etablieren.
- Die Revolution von 1848/49 und ihr Scheitern prägten die politische und gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands stark.
- Die Revolution von 1848/49 wird heute vielfältiger und vielschichtiger wahrgenommen, und zwar als ganz verschiedene „Revolutionen".
- Sowohl die Orte der Revolution als auch die Akteure und Akteurinnen werden stärker differenziert und als sich teilweise überlagernde und sogar widersprüchliche Prozesse der Politisierung und Mobilisierung eingeordnet.
- Die Einordnung der Revolution von 1848/49 in historische Perioden ist schwierig und reicht von der Kennzeichnung als als Beginn des Modernisierungsprozesses, als Zwischenepisode vor der Reichsgründung 1871 bis hin zum Endpunkt einer Reihe von Revolutionen seit 1789.
- Die Revolution von 1848/49 enthielt fortschrittliche Elemente ebenso wie konservative, Aspekte des Scheiterns sowie des Erfolgs.
- Die Feststellung der Vielschichtigkeit macht eine Neubewertung der Revolution notwendig.
- Viele Gruppen versuchten ihre Interessen durchzusetzen und bedienten sich dabei ganz vieler verschiedener politischer Mittel.
- Im Kern war die Revolution von 1848/49 ein wichtiger Bestandteil eines außergewöhnlichen „Politisierungs-, Mobilisierungs- und Kommunikationsprozesses" und trug wesentlich zu deren Dynamik bei, die auch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts weiterwirkte.

Belege: Der Autor nennt immer wieder konkrete Beispiele für die Vielfalt der Revolution: mannigfaltige Trägergruppen, verschiedene Interessen, Politikformen, regionale Besonderheiten und mittelfristige Folgen, z. B. in Preußen, Bayern und Württemberg.

3. Historischer Kontext
Der Text bezieht sich auf die Revolution von 1848/49 und ordnet sie in das 19. Jahrhundert (1789–1871) ein.
Der Autor betrachtet das historische Ereignis als Fachwissenschaftler der Gegenwart und blickt mit einem zeitlichen Abstand von gut 150 Jahren zurück.

4. Intention
Der Verfasser möchte eine fachwissenschaftliche Neubewertung der Revolution von 1848/49 vornehmen und argumentiert vor allem gegen die weit verbreitete These vom Scheitern der Revolution. Er möchte auch die Verengung auf die Einordnung als „Verfassungsrevolution" auflösen und plädiert eher für eine an den mehr oder weniger dynamischen Veränderungsprozessen der Zeit orientierte Perspektive. Neben die politischen Prozesse treten für ihn vor allem soziale und kommunikative Prozesse, deren Dynamik über die eigentlichen Revolutionsereignisse hinausreicht. Letztlich ordnet der Verfasser die Revolution von 1848/49 sowohl als Spiegel als auch als Motor dieser Modernisierungsprozesse ein.

5. Beurteilung
Der Text ist in allen Punkten sachlich richtig und baut eine schlüssige und immer wieder differenzierende Argumentation auf. Es fehlen allerdings Quellenangaben und Fußnoten. Besonders überzeugend ist die Betonung der Vielschichtigkeit der Ereignisse, die auch gegenläufige Tendenzen miteinschließt. So ergibt sich ein breites Bild von der Bedeutung der Revolution.
Mit der Weitung des Blicks über die politisch-sozialen Kernereignisse hinaus und der gleichzeitigen Relativierung der These vom Scheitern gerät jedoch der politische Bruch in den Hintergrund. Der Sieg der Gegenrevolution blockierte durchaus die Partizipationsbestrebungen des Bürgertums und die Demokratisierung mittel- bis langfristig. Die kleindeutsche Reichsgründung erfolgte letztlich mit militärischen Mitteln und von oben. Erst die Weimarer Republik knüpfte umfassend an den Verfassungsentwurf der Paulskirche an. Bei einer stärkeren Fokussierung auf die politischen Ereignisse, verbunden mit der genaueren Betrachtung ihrer Bedeutung, drängt sich vielleicht doch der Eindruck des Bruches bzw. des Scheiterns der Revolution auf. Die moderne Dynamik der vielfältigen Prozesse bekäme so einen deutlichen Dämpfer. Es stellt sich die Frage, ob man das dann als Teil der „Vielschichtigkeit" der Prozesse einordnet oder doch als Rückschritt bzw. gar als Modernisierungsdefizit ansieht.

Seite 74 f.: Ein Verfassungsschaubild untersuchen

Aufgabe 1

1. Erster Eindruck/mögliche Leitfragen
Wie fortschrittlich war die Verfassung des Deutschen Kaiserreichs? Partizipationsmöglichkeiten oder Obrigkeitsstaat?

2. Formale Merkmale
- Staatsgebiet: Deutsches Reich
- Verabschiedung: 16. April 1871 durch den Reichstag
- Inkraftsetzung: 4. Mai 1871
- Gültigkeitsdauer: aufgehoben mit der Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919

3. Analyse der einzelnen Elemente
Staatsorgane
Exekutive: Deutscher Kaiser, Reichskanzler, Reichsregierung, Landesregierungen der 25 Bundesstaaten, Streitkräfte; Legislative: Reichstag, Bundesrat, Länderparlamente der Bundesstaaten; Judikative: Reichsgericht
Zusammensetzung und Aufgaben bzw. Befugnisse der Institutionen (exemplarisch):
- Deutscher Kaiser zugleich König von Preußen; Aufgaben: Ernennung des Reichskanzlers, Oberbefehl über Heer und Kriegsmarine, Einberufung/Eröffnung/Vertagung/Schließung und Auflösung des Reichstages und Bundesrates
- Reichstag: 397 Abgeordnete; Aufgaben: Etatbewilligung (= Genehmigung des Haushalts), Gesetzesinitiative und -beschlüsse
- Bundesrat: 58 Vertreter der Landesregierungen (17 aus Preußen, 6 aus Bayern); Aufgaben: Verwaltungsvorschriften für das Reich, Zustimmung zu Gesetzesbeschlüssen des Reichstages, Kontrolle der Exekutive (Reichsregierung)

Machtverteilung
- stärkste verfassungsrechtliche Stellung der Exekutive (Kaiser und Reichskanzler)
- Kaiser: fehlende demokratische Legitimation als Staatsoberhaupt; seine Macht war zwar an die Verfassung gebunden (konstitutionelle Monarchie), seine Befugnisse entsprachen jedoch z. T. denjenigen eines absoluten Monarchen (vgl. Aufgaben bzw. Befugnisse)
- Reichskanzler: leitete zwar die Regierungsgeschäfte, eine politische Verantwortung bestand jedoch nur dem Kaiser und nicht dem demokratisch gewählten Reichstag (Legislative) gegenüber (also keine parlamentarische Monarchie); war allerdings auf politische Mehrheiten angewiesen, da ohne die Zustimmung des Parlaments kein Gesetz in Kraft treten konnte

Rechte des Volkes
- Wahlberechtigung: Die Abgeordneten des Reichstages wurden alle drei Jahre (ab 1888 alle fünf Jahre) nach dem allgemeinen, geheimen, gleichen und direkten Mehrheitswahlrecht für männliche Staatsbürger über 25 Jahre gewählt. Für die damalige Zeit war das fortschrittlich.

Struktur des Staates
- Staatsform: konstitutionelle Monarchie
- Staatsaufbau: zentralistische Komponenten im Deutschen Kaiser, Reichskanzler und Reichstag; dennoch föderaler Aufbau (Bundesstaat), da Einzelstaaten über den Bundesrat an der Gesetzgebung des Reiches beteiligt waren; keine gleichberechtigte Stellung der Bundesstaaten, weil der preußische König zugleich Deutscher Kaiser und der preußische Ministerpräsident zugleich Reichskanzler war und den Vorsitz im Bundesrat innehatte sowie Preußen im Bundesrat mit 17 von 58 Stimmen (Veto mit 14 Stimmen) verfügte.

4. Interpretation/Gesamtaussage
Fehlende Aspekte
- keine Informationen über Landesverfassungen und Landesrecht in den 25 Bundesstaaten

Stärken und Schwächen aus heutiger Sicht; Beantwortung der Leitfrage
- Stärken (fortschrittlich): Verfassungsstaat (konstitutionelle Monarchie: Kaiser erstmals an Verfassung gebunden; Gewaltenteilung) und Nationalstaat (Ziele der Liberalen und Nationalisten, Fortschritt zum Deutschen Bund); Elemente von Volkssouveränität und Demokratisierung (Reichstag als unabhängiges Parlament; modernes allgemeines Männerwahlrecht)
- Schwächen (traditionell): Macht- und Obrigkeitsstaat (Reichsgründung „von oben", Erbmonarchie Preußens; Machtfülle des Kaisers) sowie Fürstenbund (einer kleindeutschen Lösung; Bundesrat zentrales Staatsorgan, Föderalismus); Einschränkung der Volkssouveränität durch fehlende Parlamentarisierung (keine Wahl und Kontrolle von Kanzler und Regierung durch Reichstag) und mangelnde Demokratisierung (kein Frauenwahlrecht; fehlender Grundrechtskatalog)
- Gewährung von Grundrechten (Hinweis: Da die Verfassungen der Bundesstaaten bereits eigene Grundrechtskataloge beinhalteten, wurden auf Bundesebene keine Grundrechte festgeschrieben.)

Seite 110 f.: Ein politisches Plakat analysieren und interpretieren

1. Erster Eindruck/Leitfragen
individuelle Antworten
Frage: Welche „Botschaft" soll an wen vermittelt werden?

2. Formale Merkmale
- Titel: „Am Neubau"
- Wahlplakat der liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP)
- Wahlkampf vor der Wahl zur Nationalversammlung, 1919
- Thema: politische Grundsätze der Partei für den neu zu schaffenden Staat

3. Analyse der einzelnen Elemente

Die Mauer wirkt fest und stabil, die Steine sind groß und gewichtig. Jeder Stein steht durch seine Beschriftung für einen politischen Grundsatz der DDP. Den Schwerpunkt bilden sozialliberale Forderungen. Der Baustein „Gleiches Recht für Alle" sticht aufgrund seiner Größe hervor. Die unteren Bausteine sind zusätzlich durch Eisenklammern verbunden und stabilisiert, sie fungieren als Fundament.

Das Titelwort „Neubau" signalisiert Aufbruch, Zukunft, Planung, Tatkraft. Der Titel ist am größten geschrieben, er fällt dadurch direkt ins Auge. Er gibt die Metapher vor, an die sich alle anderen Bildelemente anschließen.

Die Figur zeigt einen kräftigen Maurer mit hochgekrempelten Ärmeln an einer Mauer aus großen Steinen arbeitend. Der Handwerker scheint konzentriert, sein Blick ist gesenkt und ganz auf seine Tätigkeit gerichtet. Er geht mit großer Ernsthaftigkeit seiner Arbeit nach.Er ist eine Symbolfigur, da er nicht persönlich zu identifizieren ist (unkenntliches Gesicht).

Eindeutig erkennbarer Auftraggeber ist die „Deutsche Demokratische Partei" (DDP).

Nicht einfach zu erkennen: Die zerborstene Krone verweist auf die zu Ende gegangene Epoche.

4. Interpretation/Gesamtaussage
- Die DDP will im Rahmen der Nationalversammlung tatkräftig an der Gestaltung des neuen Staates („Neubau") mitwirken und ihre Vorstellungen durchsetzen.
- Das Plakat vermittelt ernste Zuversicht und betont die Gelegenheit zum Fortschritt.
- Die Darstellung ist sachlich-informativ gehalten.
- Die Szene und der Charakter der Forderungen legen nahe, dass sich das Plakat an Arbeiter, Angestellte, einfache Bürger als Zielgruppe richtete.
- Im Vorfeld der Nationalversammlung bestand auch Anlass für eine Aufbruchsstimmung. Die Partei unterstreicht diese optimistische Haltung durchaus zu Recht.

Kapitel 4, S. 240 f.: Eine Statistik untersuchen

1. Leitfrage

Welche Unterschiede bestanden zwischen den Wirtschaftssystemen der Bundesrepublik Deutschland und dem der Deutschen Demokratischen Republik?

2. Analyse

Formale Aspekte:

- Auftraggeber: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen; jährliche Übersicht; eine nähere Bestimmung der Herkunft der Zahlen ist nicht möglich
- Erscheinungsdatum: 1982 und 1988; Erscheinungsort: Bonn als Sitz des Bundesministeriums
- Thema: Ausstattung mit Konsumgütern in den beiden deutschen Staaten 1969–1985
- Darstellungsform: Tabelle

Inhaltliche Aspekte

- Georgrafischer Raum: Bundesrepublik und DDR
- Zeitraum: Zahlenerhebung für die Jahre 1969, 1978 und 1985
- Zahlenwerte: Zeitangaben (Jahreszahlen 1969, 1978, 1985); Auswahl von fünf Konsumgütern als Beispiel; Angabe je 100 Haushalte (= Prozentwerte); Wert über 100 bedeutet Mehrfachausstattung
- Kategorien, die in Beziehung gesetzt werden:
  Anzahl von Konsumgütern (je 100 Haushalte) in ausgewählten Jahren; Vergleich zwischen Bundesrepublik und DDR
- Einzelinformationen:
  Bundesrepublik Deutschland: mit Ausnahme bei Rundfunkgeräten (sinkende Zahlen aufgrund von Ablösung durch Fernseher) steigende Ausstattung mit Konsumgütern
  Deutsche Demokratische Republik: ebenso steigende Ausstattung, aber auf insgesamt geringerem Niveau als in der Bundesrepublik, was insbesondere bei Pkws deutlich wird
- Intention: in erster Linie statistische Erhebung eines Bundesministeriums; evtl. sollte eine bessere Ausstattung in der Bundesrepublik Deutschland nachgewiesen werden

3. Historischer Kontext

- *Zeitraum/Epoche:* Zeitraum der deutschen Zweistaatlichkeit, nach dem Mauerbau (1960er- bis 1980er-Jahre); in der Bundesrepublik Folge des sog. „Wirtschaftswunders“

4. Urteil

Für eine Bewertung sollten die Inhalte von den Seiten 232 ff. genutzt werden, insbesondere die Ergebnisse der Arbeitsaufträge**.**

- Entgegen der Erwartung stieg auch in der DDR die Ausstattung mit Konsumgütern pro Haushalt, wenn auch auf geringerem Niveau als in der Bundesrepublik.
- Trotzdem ist zu erkennen, dass aufgrund von Rohstoffknappheit und Engpässen in der Produktion die Ausstattung pro Haushalt statistisch nicht so gut ist wie in Westdeutschland.
- Zu beachten ist, dass die Zahlen vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen zusammengestellt wurden, das sich auf amtliche Berichte der DDR verlassen musste, welche unter Umständen die Statistik schönten.
- Für eine Beschreibung unterschiedlicher Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland ist M 1 nur begrenzt aussagekräftig.
- Unter Einbeziehung von M 2 kann man die Ausgaben je Haushalt (in Prozent) im Jahr 1989 ergänzend zu M 1 hinzuziehen: Bestimmte Güter (Mieten, Energie) waren in der DDR aufgrund staatlicher Subventionen erheblich billiger. Dagegen kann bei anderen Aspekten aufgrund der Darstellungsweise (Nahrungs- und Genussmittel als ein Aspekt) nicht genauer differenziert werden.

Arbeitstechniken (I): Von „Clustering“ zu „Placemat“

Einen Kurzvortrag halten

- Vorbereitung: Sammeln und ordnen Sie alle Informationen zu Ihrem Thema (z. B. in einer Mindmap).
- Entwickeln Sie eine Ordnung für Ihren Vortrag: Legen Sie zu jedem Hauptpunkt eine Karteikarte mit den wichtigsten Informationen an und nummerieren Sie die Karteikarten in einer sinnvollen Reihenfolge. Wählen Sie jeweils passendes Quellenmaterial aus.
- Beachten Sie die Zeitvorgaben.
- Überlegen Sie sich einen interessanten Einstieg und Schluss für Ihren Vortrag.
- Versuchen Sie möglichst frei vorzutragen. Sprechen Sie laut, deutlich und nicht zu schnell.
- Schauen Sie Ihr Publikum an. So sehen Sie auch, wenn es Zwischenfragen gibt.
- Unterstützen Sie Ihren Vortrag durch Anschauungsmaterial (Bilder, Grafiken, Gegenstände).

Ein Lernplakat gestalten

- Verwenden Sie für das Plakat mindestens die Größe DIN A2, besser DIN A1 (= 8 DIN-A4-Blätter).
- Beschränken Sie sich auf die wesentlichen Informationen.
- Die Informationen auf dem Plakat müssen sachlich stimmen (z. B. richtige Jahreszahlen).
- Das Thema des Plakats muss deutlich zu lesen sein.
- Formulieren Sie in Stichpunkten oder in kurzen Sätzen.
- Unterstreichen Sie Schlüsselbegriffe oder rahmen Sie sie ein.
- Verwenden Sie für die Schrift einen schwarzen oder dunkelblauen Stift. Andere Farben eignen sich für Pfeile, Linien oder Hervorhebungen.
- Achten Sie auf die Lesbarkeit der Schrift.

Tipp: Sie können Hilfslinien mit Bleistift zeichnen und später wegradieren.

- Gliedern Sie Ihre Informationen durch unterschiedliche Schriftgrößen. Verwenden Sie Ordnungszahlen, wenn Sie eine bestimmte Reihenfolge darstellen möchten.

Unterschiede zwischen Clustern, Mindmapping und Concept-Map:
*Beim **Clustering** liegt der Schwerpunkt auf der Ideenfindung und dabei insbesondere der assoziativen Verknüpfung von Ideen und Vorstellungen in Bildmustern. Daher eignet sich diese Methode besonders gut zur Stoffsammlung, z. B. bei Problemerörterungen.*

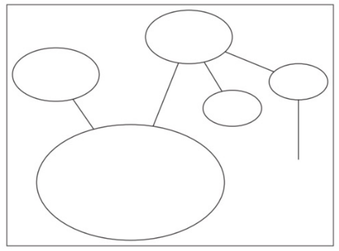
Ein Begriffscluster erstellen

- Nehmen Sie ein DIN-A4- oder DIN-A3-Blatt, schreiben Sie einen Schlüsselbegriff darauf und kreisen Sie ihn ein.
- Schreiben Sie nun spontane Assoziationen um das Kernwort herum auf.
- Verwenden Sie diese Assoziationen als neue Schlüsselbegriffe und notieren Sie wiederum Assoziationen dazu.
- Die so entstehende Assoziationskette ergibt eine netzartige Skizze aus Ideen.

*Das **Mindmapping** geht einen Schritt weiter, indem die notierten Begrifflichkeiten und Assoziationen durch die Baumstruktur bereits eine logische Ordnung erfahren. Dabei ist die Baumstruktur so offen angelegt, dass sie ständig mit weiteren Einfällen auf einer bestimmten Ebene ergänzt werden kann. Wegen seiner begrifflichen Hierarchisierung (= Über- und Unterordnung von Begriffen bzw. Gesichtspunkten) eignet sich das Mindmapping gut für die Stoffordnung z. B. bei Problemerörterungen.*

Eine Mindmap anfertigen

Die Skizzen müssen generell nicht so groß sein, nur bei der Concept-Map soll die Lesbarkeit gewährleistet sein.

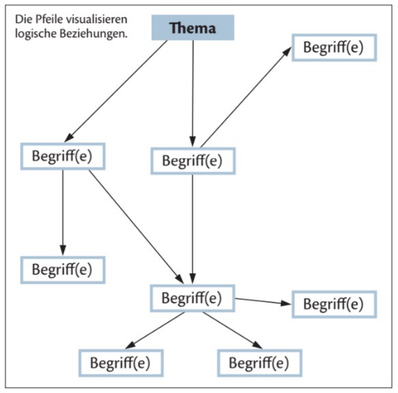


- Werten Sie Materialien (Bilder, Texte) zunächst aus, bevor Sie mit der Mindmap anfangen. Sammeln Sie Ihre Ergebnisse in Stichpunkten.
- Schreiben Sie das Thema in die Mitte des Blattes.
- Überlegen Sie sich eine Struktur für die Mindmap: Finden Sie zunächst Schlüsselbegriffe, die Sie auf die großen Äste schreiben.
  Tipp: Mindmaps werden meist im Uhrzeigersinn gelesen. Bedenken Sie das bei Ihrem Aufbau.
- Gruppieren Sie die zugehörigen Stichpunkte, Wörter und Namen. Gehen Sie vom Abstrakten zum Konkreten.
- Beschränken Sie sich auf vier bis sechs Hauptäste, um die Mindmap übersichtlich zu halten.

– Verdeutlichen Sie Verbindungen innerhalb der Mindmap mit Pfeilen.
– Arbeiten Sie mit Symbolen (z. B. Blitz für Konflikte). Geben Sie den Ästen unterschiedliche Farben.

*Mit einer **Concept-Map** lassen sich Beziehungen zwischen Ideen visuell darstellen. Konzepte werden häufig als Kreise oder Boxen dargestellt, die mit Linien oder Pfeilen verbunden werden. Verbindungswörter zeigen zudem, wie Ideen zusammenhängen.*

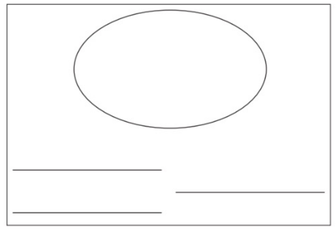
Eine Concept-Map erstellen



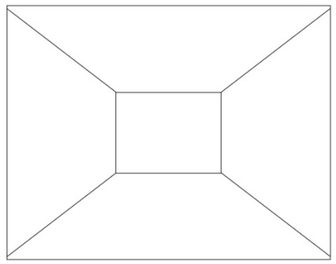
Nehmen Sie ein DIN-A4- oder DIN-A3-Blatt sowie mehrere Blätter für Vorskizzen.
– Bestimmen Sie ein zentrales Thema, das eine Verbindung zu allen anderen Ideen in Ihrer Map aufweist, und schreiben es auf das Skizzenblatt.
– Listen Sie im nächsten Schritt damit verbundene Konzepte, Begriffe oder Ideen auf dem Blatt auf.
  Tipp: Beschreiben Sie jedes Konzept so knapp wie möglich; ein bis zwei Wörter reichen pro Idee aus.
– Schreiben Sie das zentrale Thema in einen Kasten oder ein Oval oben auf das eigentliche Konzeptblatt.
– Wählen Sie die nächstwichtigen Begriffe Ihrer Liste aus und setzen Sie sie in Kasten oder Oval unter den Schlüsselbegriff. Zeichnen Sie Pfeile zur Verbindung dieser Begriffe.
– Fahren Sie darunter mit den nächstwichtigen Schlüsselwörtern fort.
– Erklären Sie die Zusammenhänge zwischen den Begriffen, indem Sie sie mit Linien verbinden und durch Beschriftung der Linien ihren Zusammenhang in ein oder zwei Wörtern erklären.
  Tipp: Der Zusammenhang kann ganz unterschiedlich sein: Ein Begriff kann Teil eines anderen sein, er kann entscheidend für einen anderen Begriff sein, er kann für die Produktion eines anderen Begriffes verwendet werden oder es kann eine Reihe anderer Verbindungen geben.

Ein Schreibgespräch führen (Gruppenarbeit für zwei Personen)
– Bilden Sie Zweiergruppen.
– Nehmen Sie ein DIN-A2- oder DIN-A3-Blatt.
– Eine Frage oder ein Thema wird vorgegeben.
– Schreiben Sie abwechselnd Ihre Ideen oder Statements zum Thema links und rechts untereinander auf das Blatt.
– Lesen Sie die Aussage des anderen und reagieren Sie schriftlich darauf.
– Während der ganzen Zeit wird nicht gesprochen.

Tipp: Sie können in dieser Form auch eine Mindmap zusammen gestalten oder eine Stichwortliste zum Wiederholen anlegen.



Ein Placemat gestalten (Gruppenarbeit für vier Personen)
– Finden Sie sich in Vierergruppen zusammen.
– Nehmen Sie ein DIN-A2- oder DIN-A3-Blatt und zeichnen Sie folgendes Schema darauf:



Legen Sie das Blatt auf den Tisch. Vor jeder weißen Fläche sitzt ein Teilnehmer/eine Teilnehmerin aus Ihrer Gruppe.
– Es wird ein Thema gestellt. Jede/-r notiert in der festgelegten Zeit (ca. 5 min), was er/sie darüber weiß, wissen möchte und welche Ideen er/sie dazu hat.
– Drehen Sie das Blatt, sodass jeder lesen kann, was die anderen aufgeschrieben haben. Stellen Sie Fragen zum Verständnis (ca. 5 min).
– Entscheiden Sie am Ende als Gruppe, welche der Notizen Sie als Ergebnis in die Mitte des Blattes schreiben wollen. Einigen Sie sich auf vier bis sechs Stichpunkte (ca. 10 min).
– Präsentieren Sie Ihr Ergebnis dem Kurs.

Arbeitstechniken (II): Tipps für Präsentationen

Was ist eine Präsentation?
Im Schulalltag werden Sie häufig mit dem Arbeitsauftrag konfrontiert: „Präsentieren Sie Ihre Ergebnisse.“ Was ist damit gemeint?
Für die einen bedeutet „Präsentation“ einen etwas erweiterten Kurzvortrag, für andere ist eine Präsentation erst dann gegeben, wenn sich der Vortrag auf eine umfangreiche und ausgefeilte digitale Darstellungsmöglichkeit stützt.
Im Allgemeinen versteht man unter „Präsentation“ eine gründlich vorbereitete, themen- und adressatenbezogene und vor allem mediengestützte Vorstellung von Informationen.
Im Unterschied zum traditionellen „Kurzvortrag“ oder „Referat“ kommt bei der Präsentation dem angemessenen Einsatz von Medien eine besondere Bedeutung zu. Man versucht, von den Zuhörern eine optimale Aufmerksamkeit zu erlangen. Daher sollten von Beginn an das Interesse des Publikums für die präsentierten Inhalte geweckt und die Zuhörerinnen und Zuhörer sinnvoll einbezogen werden.

Präsentationstypen
Unter Berücksichtigung verschiedener Kriterien lassen sich einzelne Präsentationstypen unterscheiden:

Kriterien	Präsentationstypen
Autor	– Einzelpräsentation – Partnerpräsentation – Gruppenpräsentation
Adressaten	– Mitschüler, z. B. im Kurs – Öffentlichkeit, z. B Schulveranstaltung in der Aula – Prüfungskommission, z. B. bei einer mündlichen Präsentationsprüfung
Ziele	– Informationspräsentation – Überzeugungspräsentation
Kommunikation	– „Ein-Weg-Kommunikation“ – Einbezug der Adressaten
Medien	– auditive Präsentation – multimediale Präsentation – visuelle Präsentation

Präsentationsformen

Kriterien	Präsentationsformen
schriftlich	– Referat – Seminararbeit – Thesenpapier
visualisiert	– Wandzeitung – Lernplakat – Strukturfeld – Zeitstrahl
auditiv	– Rede – Vortrag – Reportage – Interview
audiovisuell	– Videodokumentation – Internetpräsentation
gestalterisch	– Ausstellung – Rekonstruktion – Modell

Präsentationsaufbau
Der Aufbau der Präsentation sollte klare Phasen aufweisen und die Teilaspekte nachvollziehbar gewichten.

Kriterien	Präsentationsaufbau
Einleitung	– Zuhörer/-innen begrüßen – Thema und Gliederung vorstellen
Einstieg	– Publikum einbeziehen, z. B. durch Frage nach Erwartungen/Vorwissen – Interesse wecken, z. B. aktueller Bezug, persönliches Erlebnis, Zitat
Hauptteil	– auf nachvollziehbaren Umfang der jeweiligen Teilinhalte achten – Fachbegriffe erläutern – Statistiken, Schaubilder erläutern – Beispiele einbeziehen – bei der Gliederung bleiben
Schlussteil	– Eingangsfrage wieder aufgreifen – die Ergebnisse kurz, ggf. als Thesen zusammenfassen – Ausblick formulieren – ggf. den Arbeitsablauf reflektieren – den Zuhörer/-innen danken

Tipps und Checkliste für eine Präsentation

Tipps zum Redemanuskript
Sie sollten sich für Ihre Präsentation ein Redemanuskript erstellen und dabei u. a. auf Folgendes achten:
- Nutzen Sie Karteikarten, Papier raschelt.
- Nummerieren Sie Ihre Karteikarten.
- Notieren Sie mit knappen gut leserlichen Stichpunkten Daten und Begriffe, die Sie erwähnen wollen. Geben Sie sich die Möglichkeit, beim Vortrag individuell und situationsbezogen zu formulieren.
- Wenn Sie Grafiken einsetzen oder Schaubilder an der Tafel entwickeln wollen, notieren Sie sich diese auf einer Karteikarte.

Tipps zum Medieneinsatz
- Nutzen Sie nur solche Medien, die Sie auch bedienen können.
- Prüfen Sie vor der Präsentation die Funktionstüchtigkeit der Geräte.
- Medien sollten sparsam verwendet werden. Alle verwendeten Illustrationen müssen im Vortrag erwähnt werden.
- Der Einsatz sollte einfach sein. Bildgrößen sollen auf den Präsentationsraum abgestimmt werden, d. h., alle Zuhörerinnen und Zuhörer sollen die Präsentation visuell gut verfolgen können.
- Üben Sie Ihre Präsentation. Den Ablauf sollten Sie auswendig kennen.

Tipps zur Fachliteratur und den Quellenangaben
- Achten Sie darauf, dass Sie neben Material aus dem Internet auch Fachliteratur verwenden.
- Überprüfen Sie, so gut Sie können, die Verlässlichkeit Ihrer Quellen.
- Berücksichtigen Sie die formalen Vorgaben für Quellenangaben (siehe S. 311).

Checkliste für eine gelungene Präsentation
Fachliche Aspekte
– Das Thema und die Gliederung werden vorgestellt.
– Die Präsentation geht von einer Problemstellung bzw. Leitfrage aus.
– Die Präsentation ist logisch aufgebaut und der Vortragszeit angepasst.
– Die Informationen werden strukturiert vorgetragen.
– Die Teilaspekte sind angemessen gewichtet.
– Die Ausführungen sind sachlich korrekt.
– Fachtermini werden verwendet und erklärt.
– Die Präsentation genügt dem gestellten wissenschaftlichen Anspruch.
– Die Bibliografie berücksichtigt eine angemessene Bandbreite an Fachliteratur.
Methodische Aspekte
– Die Präsentationsform ist dem Thema angemessen.
– Schrift- und Bildgrößen ermöglichen dem Publikum, die Präsentation auch optisch gut mitverfolgen zu können.
– Die verwendeten Medien sind nachvollziehbar in die Präsentation eingebunden, besitzen Aussagekraft und zeigen in ihrer ästhetischen Gestaltung Qualität.
– Die eingesetzten Medien sind funktionstüchtig und problemlos handhabbar.
– Fachmethoden, z. B. Analyse einer Statistik, werden korrekt angewendet.
Kommunikative Aspekte
– Die Präsentation erfolgt weitgehend im freien Vortrag, basierend auf den notierten Daten und Begriffen.
– Die vortragende Person blickt alle Zuhörer an.
– Die Sprechweise ist angemessen bzw. wird den Inhalten entsprechend variiert: – laute und deutliche Aussprache – bewusste Betonung – ausgeglichene Redegeschwindigkeit – gute Pausentechnik
– verständliche und kurze Satzkonstruktionen
– Gestik und Mimik unterstützen das Gesprochene.
– Zwischenfragen und Zuschauerreaktionen werden aufgenommen.

Arbeitstechniken (III): Richtiges Zitieren

Funktion des Zitierens
Insbesondere in schriftlichen Darstellungen (z. B. Schulaufgaben, Thesenpapier zu einem Referat), dere Grundlage Textmaterial ist, sind Zitate und deren Nachweise unerlässlich. Sie dienen als Beleg und Rechtfertigung der eigenen Analyse und Interpretation. Daher müssen Zitate exakt sein, im Umfang begrenzt und kenntlich gemacht.
Bei jedem Zitat muss die Quelle angeführt werden:
- in einer Fußnote unten auf der Seite z. B. einer Seminararbeit oder
- in fortlaufenden Anmerkungen am Ende z. B. einer Seminararbeit oder
- in einer Klammer hinter dem Zitat bei Klausuren.

Vermieden werden sollten:
- die Aneinanderreihung von Zitaten (z. B. Dann sagte er: „[…]“),
- das Zitieren von Nebensächlichkeiten,
- die Verwendung von Anführungszeichen zur Entschuldigung eigener umgangssprachlicher Formulierungen (z. B. Darauf „kontert“ König Wilhelm I., …).

Grundsätzlich unterscheidet man zwischen direktem Zitieren (d. h. wörtlichem Zitieren) und indirektem Zitieren (d. h. sinngemäßem Zitieren).

Indirektes Zitieren
Das indirekte Zitieren bietet dem Schreiber die Möglichkeit, eine Textstelle sinngemäß wiederzugeben oder darauf zu verweisen.

Regel	Beispiel
Die indirekte Wiedergabe einer Textstelle erfolgt mithilfe des Konjunktivs. (Sollten Konjunktiv I und Indikativ identisch sein, verwendet man Konjunktiv II.) Die Zeilenangabe erfolgt am Ende der Textpassage in runden Klammern und wird durch „vgl.“ ergänzt.	Scheidemann verweist in seiner Rede darauf, dass der 9. November 1918 ein Ehrentag für immer in der Geschichte Deutschlands sein werde (vgl. Z. 11 ff.).
Indirektes Zitieren kann auch durch einen Verweis auf eine bzw. mehrere Textstelle(n) erfolgen.	Der Abgeordnete Bruo Ablaß (DDP) betont mehrfach in seiner Rede die wichtige Rolle des Reichspräsidenten (vgl. Z. 12 ff., 35 ff., 42 ff.).

Direktes Zitieren
Direktes Zitieren bedeutet die exakte Übernahme eines Wortes, einer Wortgruppe, von Sätzen oder Textpassagen. Der Wortlaut darf dabei nicht verändert werden.

Regel	Beispiel
Zitate werden am Anfang und Ende durch Anführungszeichen kenntlich gemacht. In einer Klausur erfolgt der Beleg mittels Zeilenangabe in runden Klammern nach dem Zitat, z. B. (Z. 8 f.) oder (Z. 5 ff.) bzw. (Z. 5–8).	König Friedrich Wilhelm IV. nannte als Grund für die Ablehnung der Kaiserkrone, er wolle nicht „so einen imaginären Reif, aus Dreck und Letten gebacken“ (Z. 38 ff.) tragen.
Kürzungen oder Auslassungen im Zitat werden durch eckige Klammern gekennzeichnet.	Angesichts der Verfolgungen, erklärt Wels, die „die Sozialdemokratische Partei in der letzten Zeit erfahren hat, wird […] niemand von ihr verlangen […] können, dass sie für das […] Ermächtigungsgesetz stimmt“ (Z. 1 ff.).
Erklärungen oder zum Verständnis notwendige Ergänzungen werden in eckige Klammern gesetzt.	Der SPD-Vorsitzende versichert, „wir [die Sozialdemokraten, Ergänzung des Verfassers] stehen zu den Grundsätzen des Rechtsstaates […]“ (Z. 24 f.).
Zitate, die in den eigenen Satzbau integriert werden, sind grammatisch anzupassen. Diese Veränderungen werden mit eckigen Klammern gekennzeichnet. Das gilt z. B., wenn in einem wörtlichen Zitat bei der Übernahme die Groß-/Kleinschreibung geändert werden muss.	In diesem Zusammenhang betont der Kanzler, er habe bereits 1866 auf die „tausendjährige[n] Gemeinsamkeiten der gesamtdeutschen Geschichte“ (Z. 43 f.) hingewiesen. Otto Wels argumentiert, „[d]as Sozialistengesetz hat die Sozialdemokratie nicht vernichtet“ (Z. 32 f.).
Enthält eine Textstelle, die man zitiert, bereits ein Zitat, stellt man dieses Zitat in einfache Anführungszeichen.	Werner Schulz erinnert daran: „Mit ‚Wir sind das Volk‘ wurde eine Zeile aus dem Revolutionslied ‚Trotz alledem‘ von 1848 skandiert.“ (Z. 18 ff.).

Fachmethoden

In diesem Band sind enthalten:

Eine Karikatur analysieren und interpretieren
Siehe S. 24 f.

Ein historisches Urteil analysieren
Siehe S. 56 f.

Ein Verfassungsschaubild untersuchen
Siehe S. 74 f.

Ein politisches Plakat analysieren und interpretieren
Siehe S. 110 f.

Ein Erklärvideo beurteilen
Siehe S. 166 f.

Eine Statistik untersuchen
Siehe S. 240 f.

Einen Podcast erstellen
Siehe S. 277

Recherche-, Filter- und Suchstrategien in der digitalen Welt

1. Anbieter
- Wer ist der Anbieter (Urheberin bzw. Urheber; Autorin bzw. Autor) der Seite?
- Handelt es sich um einen seriösen Anbieter?

2. Informationsgehalt
- Beinhaltet die Seite sachliche Informationen?
- Wird die Seite regelmäßig aktualisiert?
- Werden Quellen und Belege korrekt angegeben?

3. Anwenderfreundlichkeit
- Ist die Startseite logisch aufgebaut und ermöglicht sie eine schnelle Orientierung, z. B. durch eine textliche und visuelle Strukturierung?
- Ist die Navigation sinnvoll, z. B. durch eine nachvollziehbare Verlinkung?

4. Interaktivität
- Besteht die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme mit dem Anbieter, z. B. Adresse, Telefonnummer, E-Mail?
- Existieren Suchmöglichkeiten auf der Seite?

5. Weiterführende Hinweise
- Gibt es auf der Seite Hinweise auf weitere Materialien, Literatur, Links?
- Sind die Hinweise aktuell?

Eine digitale Geschichtsnarration bewerten

1. Entstehungsrahmen
- Wer erteilte den Auftrag bzw. verfasste die digitale Narration?
- Wann und wo ist diese digitale Geschichtsnarration entstanden, gibt es dafür einen konkreten Anlass (z. B. Jubiläum)?
- Auf welcher Plattform wird sie angeboten? Welche Folgen hat dies voraussichtlich für die Machart?

2. Inhalt
- Wer und was wird dargestellt?
- Wann und wo spielt die Handlung?

3. Formale Gestaltung
- Aus welcher Perspektive wird erzählt?
- Wie werden filmische Gestaltungsmittel verwendet (Ton, Schnitt, Kameraführung, Farbgebung durch Filter)? Welche Wirkung erzielt dies?
- Welche Rolle spielen weitere Gestaltungsmittel, z. B. Emojis oder Bildunterschriften, oder der Einsatz von Virtual bzw. Augmented Reality, welche Wirkung haben sie?
- Wirkt die Art der Darstellung insgesamt eher sachlich-informativ oder mithilfe eines Spannungsbogens dramatisierend? Welche Identifikationsangebote gibt es?
- Gibt es Aspekte in der Art der Darstellung, die besonders positiv oder kritisch zu sehen sind, z. B. weil sie dem Inhalt nicht gerecht werden?

4. Interaktivität
- Welche Möglichkeiten zur Kommunikation bestehen für Nutzerinnen und Nutzer?
- Was bedeutet dies für den Erfolg des Projekts?

5. Glaubwürdigkeit
- Welche Quellen liegen der Narration zugrunde und werden diese benannt?
- Wie wird mit den Quellen umgegangen: Werden Lücken in der Überlieferung durch Fiktion ausgefüllt, gibt es Abweichungen von den Quellen? Welche Erklärungen lassen sich dafür finden? Was bedeutet dies für die Glaubwürdigkeit des Projekts?

6. Perspektivität
- Welche Absicht verfolgen die Macherinnen und Macher? Wie ist diese zu bewerten?
- Welche Reaktionen hat die Geschichtsnarration in der Öffentlichkeit hervorgerufen?

7. Gesamturteil
Wie lässt sich die digital aufbereitete Geschichtsnarration insgesamt bewerten? Wird sie ihrem selbst gesteckten Ziel und dem Thema gerecht?

Schriftliche Quellen analysieren und vergleichen

1. Leitfrage
Welche Leitfrage könnte die Analyse und den Vergleich bestimmen?

2. Formale und inhaltliche Merkmale
- Wer sind die Autorinnen/Autoren/Auftraggeber?
- Wann und wo sind die Texte entstanden bzw. veröffentlicht worden?
- Aus welchem Anlass wurden die Texte verfasst?
- Um welche Textart handelt es sich (z. B. Briefe, Urkunden, Roman, Tagebuch)?
- Wer ist der Adressat der Texte?
- Welche Begriffe sind von zentraler Bedeutung (Schlüsselbegriffe)?
- Wie ist die Textsprache gestaltet (z. B. sachlich, emotional, appellativ, informativ, argumentativ, manipulierend, ggf. rhetorische Mittel)?
- Historischer Kontext: In welche historische Epoche lassen sich die Texte einordnen?
- Auf welches Ereignis, welche Entwicklungen bzw. welchen Konflikt beziehen sich die Texte?

3. Analyse der einzelnen Elemente
- Welche Aspekte sind für einen Vergleich geeignet?
- Welche inhaltlichen Gemeinsamkeiten und Unterschiede gibt es?
- Wie sind die Unterschiede zwischen den Texten zu erklären?

4. Gesamtaussage
- Welcher politische/ideologische Standpunkt wird vertreten? Welche Absicht verfolgten die Autorinnen bzw. Autoren?
- Welche Wirkung sollte bei den Adressaten der Texte erzielt werden?
- Welche Position bzw. Argumentation ist vor dem historischen Hintergrund der Quellen eher nachvollziehbar und glaubwürdiger?
- Welche Gesamtaussage über den Vergleich der Texte lässt sich im Hinblick auf die Leitfrage formulieren?

Darstellungen analysieren und vergleichen

1. Leitfrage
Welche Leitfrage könnte die Analyse und den Vergleich bestimmen?

2. Formale Analyse
- Wer sind die Autorinnen bzw. Autoren?
- Wann und wo sind die Texte veröffentlicht worden?
- Um welche Textarten handelt es sich (fach- oder populärwissenschaftlich)?
- Mit welchem Thema setzen sich die Autorinnen bzw. Autoren auseinander?
- Gab es einen konkreten Anlass (z. B. ein Jubiläum) für die Veröffentlichung?
- An welche Zielgruppe richten sich die Texte?

3. Historischer Kontext
- Auf welchen historischen Sachverhalt (Epoche, Ereignis, Entwicklung, Konflikt, Personen/Gruppe o. Ä.) beziehen sich die Texte?

4. Inhaltliche Analyse
- Was sind die wesentlichen Aussagen dieser Texte?
- Welche These/n vertreten die Autorinnen bzw. Autoren im Hinblick auf die Leitfrage?
- Wie begründen sie ihre Positionen (mit welchen Argumenten und Belegen)?
- Berücksichtigen Sie auch Gegenargumente
- Wie ist die Textsprache (z. B. sachlich, emotional, vorwurfsvoll, polemisch)?

5. Vergleich der Texte
- Welche Aspekte sind für den Vergleich geeignet?
- In welchen inhaltlichen Aspekten sind sich die Autorinnen bzw. Autoren einig, inwiefern unterscheiden sich ihre Positionen?

6. Beurteilung
Sachurteil
- Welcher Text ist überzeugender (Schlüssigkeit, Stichhaltigkeit, logische Fehler)?
- Mit welchem Erkenntnisinteresse/aus welcher Perspektive schreiben die Autoren?
- Welche Überzeugungen oder Interessen der Autorinnen bzw. Autoren sind erkennbar?
- Inwiefern sind die Texte zeit- oder standortgebunden?

Werturteil
- Wie lässt sich der historische Sachverhalt im Hinblick auf die Leitfrage aus heutiger Perspektive bewerten?
- Werden Gesichtspunkte des Themas von den Autorinnen bzw. Autoren kaum/nicht berücksichtigt?

Eine Zeitzeugenaussage untersuchen

1. Erster Eindruck
Geben Sie Ihren spontanen Eindruck nach der ersten Begegnung mit dem Zeitzeugenbericht wieder.

2. Formale Merkmale
- Halten Sie Grundsätzliches zur Person des Zeitzeugen fest: Alter, Beruf, Herkunft.
- Notieren Sie Grundsätzliches zur Zeitzeugenaussage: zur Form (live, Video, Podcast, Text), zur Entstehungszeit, zum zeitlichen Abstand vom Gegenstand des Berichts, zum Entstehungsanlass, zum Adressaten.

3. Inhaltliche Analyse
Fassen Sie die wichtigsten Aussagen des Textes in Stichpunkten zusammen, z. B.:
- Lebens- und Wohnverhältnisse, Arbeit, Familiensituation, alltägliche Sorgen und Nöte usw.
- persönliche Einschätzung der politischen Lage: Stabilität/Instabilität, Macht des Staates, Rolle von Politikern, Rolle der Kirche etc.
- emotionale Situation: Angst, Spannung, Aufbruchsstimmung, Ablehnung etc.
- Art der Darbietung: Mimik, Gestik, emotionale oder sachliche Haltung und Argumentation

4. Interpretation
Sachurteil
- Beurteilen Sie die Glaubwürdigkeit der Aussagen: Gibt es Widersprüche, auffällige Lücken oder Fehler in der Darstellung?
- Inwiefern könnte die Darstellung beeinflusst worden sein von Ereignissen, die zwischen dem Zeitpunkt der beschriebenen Erlebnisse und des Berichts darüber liegen?
- Stellen Sie Recherchen an, vergleichen Sie mit Darstellungen derselben Sachverhalte in den Medien oder in wissenschaftlicher Literatur.

Werturteile erkennen
- Beurteilen Sie die Deutung aus der Sicht der Entstehungszeit der Zeitzeugenerzählung heraus.
- Welche Haltung zu Staat und Gesellschaft wird deutlich? Spielen z. B. parteipolitische oder kirchliche Bindungen eine Rolle?
- Welche Haltung nimmt die Zeitzeugin oder der Zeitzeuge zum Berichteten ein? Zieht sie/er „Lehren" aus den Erlebnissen und Erfahrungen?

Werturteil fällen
- Bewerten Sie aus heutiger demokratischer Perspektive die Erzählungen über das vergangene Geschehen und die Haltung der Zeitzeugin bzw. des Zeitzeugen.

5. Gesamtaussage
- Untersuchen Sie, wie sich die Zeitzeugenaussage für die Darstellung der Geschichte verwenden lässt.
- Erörtern Sie Möglichkeiten und Grenzen bei der Verwendung von Zeitzeugenaussagen bei historischen Untersuchungen und Darstellungen.
- Untersuchen Sie, inwiefern Ereignisse, die zwischen dem Zeitpunkt der beschriebenen Erlebnisse und der vorliegenden Dokumentation liegen, die Erinnerung des Zeitzeugen beeinflusst haben.

Eine politische Rede analysieren

1. Erster Eindruck und Leitfrage
Wie wirkt die Rede auf mich, was fällt mir sofort auf? Unter welcher Fragestellung will ich die Rede untersuchen?

2. Formale Analyse
- Wer sind die Rednerinnen, wer die Redner (ggf. weitere Informationen recherchieren)?
- Wann und wo wurde die Rede gehalten?
- Welche Art der Rede liegt vor (z. B. Wahlkampfrede, Parteitagsrede)?
- Wer sind die Adressatinnen und Adressaten?
- Was ist das Thema der Rede?

3. Inhaltliche Analyse
- Wie ist die Rede gegliedert?
- Was sind die wesentlichen Aussagen?
- Welche Schlüsselbegriffe enthält die Rede?
- Welche sprachlich-stilistischen Mittel werden eingesetzt?

4. Vortragsweise
Wie ist die Tonlage (z. B. emotional, sachlich, distanzierend, ironisch)?

5. Kontext
- Was ist der Redeanlass?
- Auf welches Ereignis, welchen Konflikt, welche Prozesse bezieht sich der Inhalt?

6. Beurteilung
- Welchen politisch-ideologischen Standpunkt nimmt die Rednerin/der Redner ein?
- Welche Intentionen verfolgt sie oder er?
- Lassen sich Widersprüchlichkeiten oder Fehler in der Rede feststellen?
- Welche unmittelbare oder langfristige Wirkung haben die Reden?
- Wie sind die ideologischen Vorstellungen zu bewerten?

Eine Argumentation zu einem historischen Sachverhalt verfassen

Vorarbeiten – Erschließung der Leitfrage
- Suche nach geeigneten Informationen und Textgrundlagen (Darstellungstexte: Fachliteratur, Quellen zum Thema der Leitfrage)
- Erschließung der Textgrundlagen entsprechend der Leitfrage, Markieren von Textstellen, handschriftliche Kommentare im Text
- Ordnen der im Rahmen der Erschließung ermittelten Informationen entsprechend einer Argumentationsstruktur in einem *Cluster* (Sammlung von Stichpunkten) oder einer *Mindmap* (mögliche Gliederung: Fragestellung, historischer Befund, Urteile in der Fachliteratur, eigenes Urteil)

Durchführung
- Formulierung eines Einleitungssatzes: Aufnahme der leitenden These, Hinweise zu den verwendeten Textgrundlagen und der Reihenfolge der Behandlung
- Entwicklung einer differenzierten und nachvollziehbaren Argumentation entsprechend der Gliederung (Pro und Kontra bzw. Erörterung von Vor- und Nachteilen zu einzelnen inhaltlichen Gesichtspunkten, Aufbau der Argumente nach dem Schema Behauptung, Begründung und Beleg)
- Anwendung korrekter und treffender sprachlicher Elemente (Konjunktionen, Verwendung von Adverbialsätzen, übersichtlicher Satzbau und überschaubare Satzlängen, Zeichensetzung, Kennzeichnung von Zitaten mit Seiten und Zeilenverweisen, Kennzeichnung der Aussagen in anderen Texten durch die korrekte Verwendung von indirekter Rede, klare Überleitungen von einem zum nächsten Argument/Abschnitt)
- Formulierung eines abschließenden Fazits (Synthese auf der Basis der zuvor erörterten Aspekte)
- Unterscheidung zwischen Sach- und Werturteil

Eine Fotografie analysieren und interpretieren

1. Erster Eindruck und Leitfrage
- Wie wirkt das Foto auf mich, was erkenne ich sofort?
- Unter welcher Fragestellung will ich das Foto untersuchen?

2. Formale Merkmale
- Wer ist die Fotografin/der Fotograf bzw. die Auftraggeberin/der Auftraggeber?
- Wann und wo ist das Foto entstanden?
- Wann, wo und von wem ist es veröffentlicht worden?
- Gibt es einen Titel oder Zusatzkommentar?
- Was thematisiert das Foto?
- Für welchen Zweck ist das Foto gemacht worden?
- Für welche(n) Adressaten ist das Foto gemacht worden?

3. Analyse der einzelnen Elemente
- Was ist auf dem Foto zu erkennen (z. B. Personen, Gebäude, Gegenstände)?
- Was ist der historische Kontext (Ereignis, Konflikt)?
- Welche Technik wurde verwendet (Perspektive, Auschnitt, Einstellung, Farbgebung)?

4. Interpretation/Gesamtaussage
- Um welche Personen (Funktion, Amt) handelt es sich, wofür stehen gewisse Gegenstände, was drücken die Gesten bzw. die Mimik der Personen aus?
- Wird dies durch die technische Umsetzung der Fotografie verstärkt?
- Wie lautet die Kernaussage der Fotografie?
- Welche Absicht(en) verfolgte der Fotograf/Auftraggeber?
- Welche Wirkung sollte beim Betrachter erzielt werden?

Ein historisches Gemälde analysieren und interpretieren

1. Leitfrage
Welches historische Ereignis thematisiert das Bild?

2. Analyse formaler Aspekte
- Wer ist die Künsterlin/der Künstler? Wer ist die Auftraggeberin/der Auftraggeber?
- Zu welchem Zweck entstand es? Wann entstand das Bild? Wo hing bzw. hängt es?
- Wie groß ist das Bild? Welche Materialien wurden verwendet?

3. Inhaltliche Aspekte – Beschreibung
- Welche Bildelemente sind zu sehen (Personen, Orte, Gegenstände, Landschaften, Symbole)?
- Wie sind die Personen dargestellt (Gestik, Mimik, Körperhaltung, Kleidung)?
- Wie ist die Bildkomposition (Personen, Umgebung, Gegenstände, Situation, Proportionen, Symbole in ihren Relationen) angelegt?
- Welche Darstellungsmittel wurden eingesetzt (Technik, Farben, Lichtwirkung, Perspektive)?

4. Inhaltliche Aspekte – Deutung
- Welche Bedeutung haben Bildelemente, Bildkomposition und Darstellungsmittel?
- Welche Wirkung sollte beim zeitgenössischen Betrachter erzeugt werden?

5. Historischer Kontext
- In welchen historischen Zusammenhang lässt sich das Bild einordnen?
- Wie wurde es zeitgenössisch aufgenommen? Wurde es verbreitet?

6. Urteil
- Welche Funktion sollte das Bild erfüllen? An wen richtete es sich?
- Entspricht das dargestellte Ereignis den historischen Fakten (ggf. Vergleich mit wissenschaftlichen Erkenntnissen über das Ereignis)?
- Wie lässt sich das Bild aus heutiger Sicht bewerten?

Eine filmische Darstellung von Geschichte interpretieren

1. Analyse
Formale Aspekte
- Um welche Art von Film handelt es sich (z. B. Spielfilm, Dokumentation)?
- Wer sind Regisseurin/Regisseur, Drehbuchautorin/Drehbuchautor und Auftraggeberin/Auftraggeber?
- Welches Land hat bzw. welche Länder haben den Film produziert?
- Wie lang ist der Film?
- Wann ist der Film entstanden und aufgeführt worden?
- Aus welchem Anlass wurde der Film gedreht (z. B. Jubiläum eines historischen Ereignisses)?

2. Inhaltliche Aspekte
Filminhalt
- Mit welchem historischen Thema (z. B. Person, Ereignis) setzt sich der Film auseinander?
- Wie lässt sich die Handlung kurz zusammenfassen?
- Lassen sich bestimmte Handlungsebenen unterscheiden (Liebesgeschichte, Entwicklungsgeschichte einer Heldin, eines Helden, Geschichte einer Freundschaft / von Verrat und Treue usw.)?
- Wer sind die Hauptfiguren und in welcher Beziehung stehen sie zueinander?

Filmische Mittel
- Welche szenischen Gestaltungsmittel (Großaufnahmen, Kameraposition und -bewegungen, Steuerung der Blickrichtung des Zuschauers, Schnitte, Verhältnis von kurzen und langen Einstellungen) sind verwendet worden?
- Wie werden Ton (Geräusche, Musik, Sprache und Dialoge, Kommentare) und Beleuchtung (hell-dunkel bzw. Farbkontraste) eingesetzt?
- Nimmt der Film die Perspektive der Hauptfigur ein oder werden auch andere Sichtweisen dargestellt?

3. Historischer Kontext
Auf welchen historischen Sachverhalt (Epoche, Ereignis, Person bzw. Konflikt) bezieht sich das Thema des Films?

Eine Karte untersuchen und analysieren

1. Leitfrage
Welche (historischen oder gegenwärtigen) Aussagen will die Karte der Betrachterin/dem Betrachter vermitteln?

2. Analyse
Erster Eindruck der Karte auf die Betrachterin/den Betrachter
Formale Merkmale
- Wie lautet der Titel der Karte?
- Wer ist die Verfasserin/der Verfasser bzw. Auftraggeberin/Auftraggeber der Karte (ggf. Recherche)?
- Was ist das Thema der Karte (dargestellter geografischer Raum, Zeit, Ereignisse)?
- Wie sind Legende(n), Maßstab, Farbgebung, Symbole, Schrift etc. gestaltet?
- An wen ist die Karte gerichtet?

Analyse der wichtigsten Kartenelemente
- Titel, Maßstab, Legende, Farbgebung, verwendete Symbole, Schrift etc.
- Was bedeuten die einzelnen inhaltlichen Elemente, z. B. Grenzen und Grenzveränderungen, Wanderungen und Kriegszüge, Schlachten und Belagerungen, Standorte (Industrie, Handel, Militär etc.), Bevölkerungs-, Bestands- und Absatzzahlen?
- Lassen sich die Behauptungen anhand anderer Quellen überprüfen? Gegebenenfalls Vergleich mit anderen Karten zum gleichen Thema
- Analyse des Kontextes, in dem die Karte verwendet wird

3. Beurteilung
- Welche Schwerpunktsetzungen, expliziten und/oder impliziten Wertungen sind erkennbar?
- Vereinfacht die Karte zu stark?
- Was wird nicht dargestellt? Aus welchen Gründen?

Literaturhinweise

Siehe auch Literaturangaben bei den Materialien

Revolution 1848/49
Bleyer, Alexandra, Erfolgsgeschichte einer gescheiterten Revolution, Stuttgart 2022
Bong, Jörg und Simon Elson, Tage der Entscheidung: Die deutsche Revolution 1848/49, Köln 2023
Hellfeld, Matthias von, 1848 in 48 Kapiteln: Geschichte einer Revolution, Freiburg 2022
Kocka, Jürgen, Kampf um die Moderne: Das lange 19. Jahrhundert in Deutschland, 2. Aufl., Stuttgart 2021
Ruppert, Karsten, Für Freiheit und Einheit: Die deutsche Revolution von 1848/49, Stuttgart 2023
Steinmeier, Frank-Walter (Hg.), Wegbereiter der deutschen Demokratie. 30 mutige Frauen und Männer 1789–1918, Bonn 2022

Deutsches Kaiserreich und Weimarer Republik
Braune, Andreas/Dreyer, Michael (Hg.), Weimar und die Neuordnung der Welt. Politik, Wirtschaft, Völkerrecht nach 1918, Stuttgart 2020
Braune, Andreas/Niendorf, Tim (Hg.), Die Politik in der Kultur und den Medien der Weimarer Republik, Stuttgart 2022
Conze, Eckart, Schatten des Kaiserreichs. Die Reichsgründung von 1871 und ihr schwieriges Erbe, München, München 2020
Dreier, Horst/Waldhoff, Christian (Hg.), Weimars Verfassung. Eine Bilanz nach 100 Jahren, Göttingen 2020
Dies., Das Wagnis der Demokratie. Eine Anatomie der Reichsverfassung, München 2018
Haardt, Oliver, Bismarcks ewiger Bund. Eine neue Geschichte des Deutschen Kaiserreichs, Stuttgart 2020
Möller, Horst, Die Weimarer Republik: Demokratie in der Krise, überarbeitete Neuauflage, München 2018
Mühlhausen, Walter, Das Weimar-Experiment. Die erste deutsche Demokratie 1918–1933, Bonn 2019
Niess, Wolfgang, Der Hitlerputsch 1923. Geschichte eines Hochverrats, München 2023
Nonn, Christoph, Das deutsche Kaiserreich. Von der Gründung bis zum Untergang, München 2021
Piper, Ernst, Weimarer Republik (= Informationen zur politischen Bildung, Heft 346/2021), Bonn
Rossol, Nadine/Ziemann, Benjamin (Hg.), Aufbruch und Abgründe. Das Handbuch der Weimarer Republik, Darmstadt 2021
Volkov, Shulamit, Deutschland aus jüdischer Sicht. Eine andere Geschichte vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 2022
Winkler, Heinrich A., Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 2018

Nationalsozialismus
Aly, Götz, Unser Nationalsozialismus: Reden in der deutschen Gegenwart, Frankfurt am Main 2023
Herbert, Ulrich, Wer waren die Nationalsozialisten? München 2021
Longerich, Peter, Antisemitismus: eine deutsche Geschichte. Von der Aufklärung bis heute, München 2021
Paul, Gerhard/Wildt, Michael, Nationalsozialismus. Aufstieg – Macht – Niedergang – Nachgeschichte (= Zeitbilder), hg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2022 (digitale Zusätze via App)
Sandkühler, Thomas (Koord.), Der Nationalsozialismus. Herrschaft und Gewalt, 3 Bde., hg. von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildung, München 2022
Weber, Thomas (Hg.) Als die Demokratie starb. Die Machtergreifung der Nationalsozialisten, Freiburg im Breisgau 2022
Xerback, Ralf, Triumph der Gewalt. Drei deutsche Jahre 1932 bis 1934, München 2022.
Weimars Ende. Warum scheiterte Deutschlands erste Demokratie? (= ZEITGeschichte), 5/2022

BRD–DDR 1949–1989
Adamski, Peter, Die Bundesrepublik Deutschland 1945 bis 1989, Stuttgart 2016
Görtemaker, Manfred, Der Weg zur Einheit (= Informationen zur politischen Bildung, Heft 352/2022)
Rödder, Andreas, Geschichte der deutschen Wiedervereinigung, 3. Aufl., München 2020 (TB)
Rösler, Jörg, Geschichte der DDR. Basiswissen Politik/Geschichte/Ökonomie, 6. Aufl., Köln 2023
Schöne, Jens, Die DDR. Eine Geschichte des „Arbeiter- und Bauernstaates", 2. Aufl., Berlin 2019
Schroeder, Klaus, Kompaktwissen Geschichte. Die DDR: 2. akt. und erg. Aufl., Ditzingen 2019
Weber, Petra, Getrennt und doch vereint. Deutsch-deutsche Geschichte 1949–1989/90, Berlin 2020

BRD 1990–2009
Brunner, Detlev/Heydemann, Günther, Die Einheit und die Folgen. Eine Geschichte Deutschlands seit 1990 seit 1990, Bundeszentrale f. polit. Bildung, Bd. 10811, Bonn 2021
Hoffmann, Dierk, Die umkämpfte Einheit. Die Treuhandanstalt und die deutsche Gesellschaft, Bundeszentrale f. polit. Bildung, Bd. 10956, Bonn 2023
Pfahl-Traughber, Armin, Chronik des Rechtsextremismus, Bundeszentrale für politische Bildung 2020

Sprachsensibles Lexikon

Abkürzungen: Adj. = *Adjektiv*; Subst. = *Substantiv*

A

aktives Wahlrecht (das): Möglichkeit, selbst zu wählen

Alliierter Kontrollrat (der): seit Juli 1945 das oberste Regierungsorgan der Besatzungsmächte in Deutschland mit Sitz in Berlin; setzte sich aus den vier Oberbefehlshabern der Besatzungsarmeen zusammen. Gemeinsam und einstimmig sollten sie in allen Deutschland als Ganzes betreffenden Angelegenheiten entscheiden. Der beginnende Ost-West-Gegensatz lähmte jedoch bald die Arbeit des Kontrollrates. Aus Protest gegen den Beschluss der Londoner Sechsmächtekonferenz, einen westdeutschen Bundesstaat zu gründen, verließ der Vertreter der UdSSR am 20. März 1948 die Sitzung des Alliierten Kontrollrates, der daraufhin nicht mehr zusammentrat. Das Scheitern des Kontrollrates trug wesentlich zur deutschen Teilung in Ost und West bei.

Alphabetisierung (die): Prozess der Vermittlung der Lese- und Schreibfähigkeit

Al-Qaida: loses, weltweit operierendes Terrornetzwerk-meist sunnitisch-islamistischer Organisationen, das seit 1993 zahlreiche Terroranschläge in mehreren Staaten verübt hat. Al-Qaida besteht vermutlich aus einem internationalen Geflecht verschiedener islamistischer Terrorzellen. Der größte von Al-Qaida durchgeführte Anschlag erfolgte 2001 auf das World Trade Center in New York.

ambivalent: zwiespältig, sowohl positiv wie negativ

Annexion (die; Verb annektieren): erzwungene, gewaltsame Aneignung eines Gebietes

Antiliberalismus (der): Gegnerschaft zum Liberalismus

Arbeiterbewegung (die): Zusammenschlüsse von Arbeitern als Gewerkschaften, Genossenschaften oder Parteien seit dem zweiten Drittel des 19. Jh. mit dem Ziel, die politische und soziale Lage der Arbeiter zu verbessern.

Arbeiter- und Bauernstaat: nach marxistisch-leninistischer Auffassung ein Staat, in dem die Arbeiterklasse zusammen mit den werktätigen Bauern über den enteigneten Besitz der Kapitalistenklasse herrscht. Die Wirtschaft wird vergesellschaftet und staatlich geplant.

Arbeiter- und Soldatenräte (die): Vereinigung von Arbeitern und Soldaten, die am 9. November 1918 in deutschen Fabriken und Kasernen die politische Macht übernahmen. Mit dem Ende der Revolution lösten sie sich auf.

Arbeitsnorm (die): ein Element der Planwirtschaft der DDR. Darunter versteht man die zu leistende Arbeit in einem bestimmten Zeitraum. Zu der Arbeitsnorm gehörte die Beschreibung der Bedingungen, also der technischen und organisatorischen Voraussetzungen sowie der Art der Arbeitsdurchführung. Das alles führte zur Berechnung, welche Stückzahl eines Produktes in einer bestimmten Zeit hergestellt werden konnte.

Asoziale (der/die): NS-Sammelbegriff für „Gemeinschaftsunfähige", die als unfähig bzw. unwillig angesehen wurden, sich in die „Volksgemeinschaft" einzuordnen. Zu ihnen zählten z. B. Obdachlose, Bettler, Prostituierte, kinderreiche Familien aus sozialen Unterschichten und Alkoholiker. Sie wurden in Konzentrationslagern interniert und mussten als Erkennungszeichen auf der Häftlingskleidung einen schwarzen Winkel tragen. Auch Sinti und Roma wurden dazu gezählt (braune Winkel als Kennzeichnung).

Assimilation (die, Verb assimilieren): Angleichung, Anpassung

Außerparlamentarische Opposition (APO, die): Bezeichnung für verschiedene politische Gruppen der 1960er-Jahre in Deutschland, die sich als Oppositionsbewegung außerhalb des Parlaments verstanden. In der APO waren hauptsächlich Studenten und junge Erwachsene aktiv. Sie entstand während der Großen Koalition unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger (1966–1969). Damals gab es keine starken Oppositionsparteien. Die APO übte u. a. Kritik an der sogenannten „Wohlstandsgesellschaft" und den Notstandsgesetzen.

Autonomie (die): Unabhängigkeit, Selbstbestimmung des freien Willens, deren der Mensch als vernünftiges Wesen fähig ist

autoritäre Diktatur (die): unbedingt Gehorsam fordernde politische Herrschaft; der persönliche Bereich ist oft davon ausgeklammert.

B

Blockparteien (Pl. die): in der DDR neben der SED vier weitere Parteien, die aber der SED-Linie folgen mussten (Christlich Demokratische Union/CDU; Liberal-Demokratische Partei/LDP bzw. LDPD; National-Demokratische Partei/NDPD; Demokratische Bauernpartei Deutschlands/DBD) bildeten seit 1950 gemeinsam mit SED und Massenorganisationen die Nationale Front.

Boykott (der, Verb boykottieren): jmd. politisch, wirtschaftlich oder sozial ächten bzw. ausschließen; z. B. einen Boykott verhängen

Bruttoinlandsprodukt (BIP, das): Summe aller in einem bestimmten Land in einem bestimmten Zeitraum erwirtschafteten Leistungen. Dazu gehören der Wert aller hergestellten Produkte und der Wert aller Dienstleistungen, die in diesem Land erbracht wurden; gibt Auskunft über Wirtschaft, Wohlstand und Reichtum eines Landes, sagt aber nichts aus über Verteilung von Wohlstand und Reichtum.

Bruttosozialprodukt (BSP, das): Summe aller Güter und Dienstleistungen in der jeweiligen Landeswährung, die in einer Periode (Jahr) innerhalb einer Volkswirtschaft von Inländern (z. B. Deutschen) im In- und Ausland erzeugt werden

Bundesstaat (der): Gesamtstaat, der aus einzelnen Bundesstaaten zusammengesetzt ist, die einen großen Teil ihrer souveränen Rechte an den Gesamtstaat übertragen haben, z. B. die Außen-, Verteidigungs-, Finanzpolitik, andere Rechte aber (z. B. in der Bundesrepublik die Bildungs- und Kulturangelegenheiten) behalten. Dieses Gestaltungsprinzip wird auch als Föderalismus bezeichnet. Deutschland besitzt eine gemeinsame Verfassung, das Grundgesetz. Überall im Bundesgebiet gelten die Bundesgesetze. Daneben haben die Länder ihre eigenen Verfassungen, Regierungen und Verwaltungen. Das Grundgesetz regelt, welche Gesetzgebung dem Bund und welche den Ländern zusteht.

Bundesverfassungsgericht (das): Gericht und zugleich Verfassungsorgan; wacht über die Einhaltung des Grundgesetzes; untersteht keiner Dienstaufsicht. Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts binden die Verfassungsorgane des Bundes und der Länder sowie alle Gerichte und Behörden. In den dafür in Betracht kommenden Fällen erlangen sie sogar Gesetzeskraft.

Bürgerkrieg (der): bewaffnete Auseinandersetzung innerhalb des Territoriums eines Staates zwischen verschiedenen (politischen) Gruppen

Bürgerrecht (das): einige Grundrechte, wie das Wahlrecht, gelten nur für Menschen des jeweiligen Landes bzw. der jeweiligen Staatsangehörigkeit.

Burschenschaft (die): Zusammenschluss von Studenten mit dem Ziel, sich für politische Freiheit und nationale Einheit Deutschlands zu kämpfen. Als Bundesfarben wählten sie die Farben der Uniform des ehemaligen „Freikorps Lützow", in dem viele Studenten am Befreiungskrieg teilgenommen hatten: Schwarz-Rot-Gold.

C

Containment Policy (dt. Eindämmungspolitik), außenpolitisches Konzept, umgesetzt von US-Präsident Harry S. Truman ab 1947. Die USA wollten damit verhindern, dass die Sowjetunion ihren Einflussbereich ausdehnte und den Kommunismus verbreitete. Sie leisteten deshalb wirtschaftliche, finanzielle und militärische Hilfe an die Staaten der „freien Welt" und besonders Europa (Marshallplan). Die „Truman-Doktrin" wurde zum Grundprinzip der amerikanischen Außenpolitik im Kalten Krieg und führte zum Aufbau der NATO und zur Ausbreitung der antikommunistischen Haltung.

D

degradieren: herabsetzen, herunterstufen

deklarieren: erklären

Dekret (das): Verordnung, Verfügung

Delegierter (der): Abgesandter

demontieren (Subst. die Demontage): auseinandernehmen, abbauen (insb. Industrieanlagen)

Deportation (die; Verb deportieren): zwangsweise Verschleppung von ausländischen Arbeitskräften, politischen Gegnern oder als feindlich betrachteten Menschengruppen, häufig in Lager und unter Verlust aller Rechte und des Eigentums

destabilisieren (Subst. die Destabilisierung): aus dem Gleichgewicht bringen

Dezentralisierung (die): Übertragung von Aufgaben von einer zentralen Stelle an untergeordnete Stellen

Dezimierung (die; Verb dezimieren): in der Anzahl, im Bestand stark vermindern, verringern

Dienstleistungssektor (der): Wirtschaftsbereich, der nicht-materielle Güter umfasst, z. B. Handel, Verkehr, öffentliche Verwaltung, Banken, Versicherungen, Gastronomie, Wissenschaft, Kunst, Gesundheitswesen, Sport

Doktrin (die; Pl. die Doktrinen): politischer Standpunkt oder Leitlinie mit dem Anspruch, allgemeingültig zu sein

dokumentarisch: durch Urkunden zeitgenössischer Berichte belegt

E

emanzipatorisch: auf einen Zugewinn von Freiheit und Gleichheit gerichtet, meist durch Kritik an autoritären, bevormundenden oder diskriminierenden Verhältnissen

Emigration (die; Subst. der Emigrant; Verb emigrieren): aus politischen oder religiösen Gründen auswandern

eskalieren (Subst. die Eskalation): sich rasch verschärfen

Ethnie (die; Adj. ethnisch): Volks- oder Menschengruppe, die sich aufgrund ihrer gemeinsamen Herkunft, Kultur, Sprache, Religion, Geschichte und/oder Wirtschaftsweise zusammengehörig fühlt und eine Gemeinschaft bildet

Evolutionstheorie (die): Theorie von Charles Darwin (1859) zur Entwicklung = Evolution der Tierarten. Die Evolution ist im Tierreich demnach ein Resultat des Überlebenskampfes, in dem nur die angepasstesten und stärksten Tierarten Überlebenschancen haben.

Exekutive (die): eine der drei unabhängigen staatlichen Gewalten im Rahmen der Gewaltenteilung (neben Legislative, Judikative); führt die Gesetze aus, die die Legislative beschlossen hat; im Rahmen der Gesetze kann sie Verordnungen und Erlasse verfügen; zu ihr gehören Regierung und Verwaltung.

exemplarisch: beispielhaft

Exklusion (die), Ausschluss oder Ausgrenzung; jemanden von einer Gemeinschaft (z. B. während der NS-Herrschaft von der „Volksgemeinschaft“) ausschließen
Exil (das): unfreiwilliger langfristiger Aufenthalt außerhalb des Heimatlandes aufgrund von Verbannung, Ausbürgerung, Verfolgung

F

Faschismus (der; von lat. fasces = Rutenbündel; Machtsymbol römischer Beamter in der Antike): ursprünglich Bezeichnung für die seit dem Ersten Weltkrieg in Italien aufkommende nationalistische und auf imperialistische Eroberung zielende Bewegung Benito Mussolinis; Begriff wurde bald auf andere extrem nationalistische und totalitäre Parteien und Bewegungen in Europa ausgedehnt (u. a. in Deutschland: Nationalsozialismus). Faschistische Bewegungen verherrlichen den Militarismus, lehnen die parlamentarische Demokratie ab, wollen das Führerprinzip durchsetzen und eine Diktatur errichten, in der individuelle Freiheiten aufgehoben sind und Minderheiten ausgegrenzt werden.
Föderalismus (der): staatliche Organisationsform, in der die Gliedstaaten gegenüber dem Gesamtstaat in begrenztem Maße eigenständig sind (Gegensatz dazu: Zentralismus); siehe auch Bundesstaat
fokussieren: Hauptaugenmerk auf etwas richten
forcieren: etwas mit Nachdruck vorantreiben
Fraktion (die): Zusammenschluss von Abgeordneten in einem Parlament
Freischärler (der): Mitglied einer „Freischar“, einem militärischen Freiwilligenverband
Freikorps (das): bewaffnete Freiwilligenverbände bestehend aus ehemaligen Frontsoldaten und Studenten mit antikommunistischer und antirepublikanischer Haltung
Freizügigkeit (die): Recht einer Person zur freien Wahl des Wohn- und Aufenthaltsortes
Führerprinzip (das): ein „Führer“ vereint in sich die oberste vollziehende, gesetzgebende und richterliche Gewalt; kennt keine Gewaltenteilung; er bedarf keiner Legitimation und verlangt unbedingten Gehorsam. Autorität wird in der Staats- und Parteiorganisation von oben nach unten ausgeübt, Verantwortung von unten nach oben verlagert.

G

Generalgouvernement (das): im Zweiten Weltkrieg Territorium unter deutscher Besatzung auf dem Gebiet Polens. Die Militärverwaltung wurde durch eine Zivilverwaltung ersetzt. Es diente als Reservoir für Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, wurde systematisch ausgeplündert und war Schauplatz der Ermordung von europäischen Jüdinnen und Juden sowie Sinti und Roma, sowjetischen Kriegsgefangenen, aber auch von Polinnen und Polen.
Generalstreik (der): schärfste Form des Streiks; ein Großteil der Arbeitnehmer legt die Arbeit nieder und stoppt so das wirtschaftliche Leben eines Landes; politisch besonders wirksames Druckmittel
Genozid (der; Pl. die Genozide): Völkermord lt. UN-Konvention von 1948: Handlung, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische (Stamm, Volk), rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören
Gewaltenteilung (die): sie soll verhindern, dass einzelne Staatsorgane zu viel Macht erhalten; Trennung der staatlichen Gewalt in drei unabhängige Bereiche: gesetzgebende Gewalt (Legislative), ausführende Gewalt (Exekutive), rechtsprechende (Judikative) = horizontale Gewaltenteilung. Bei der vertikalen Gewaltenteilung wird die Staatsmacht auf vier verschiedene untergeordnete Ebenen aufgeteilt (Kommunen, Länder, Bund und die EU). Bindeglied ist der Bundesrat, der die Rechte der Länder vertritt.
Gewerbe (das; mit Adj., z. B. gewerbliches Produkt): Industrie, Handwerk, Dienstleistungsbetriebe in Abgrenzung zu Landwirtschaft und freiberuflichen Tätigkeiten.
Gewerbefreiheit (die): grundsätzliche Freiheit für jeden, ein Gewerbe zu betreiben; ist ein Grundanliegen des Liberalismus; steht im Gegensatz zu den Zwängen von Zünften und Ständegesellschaft.
Gewerkschaft (die): Zusammenschluss von Arbeiterinnen und Arbeitern zur Verbesserung der sozialen Lage (z. B. höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen); erst durch die Gewerkschaften wurde die Arbeiterbewegung zur Massenbewegung
Glasnost (dt. Offenheit, Transparenz): Schlüsselbegriff der Reformen Gorbatschows seit 1985 in der UdSSR; war das grundlegende Prinzip der Reformpolitik, beinhaltete die Überwindung der alten politischen und gesellschaftlichen Strukturen durch freieren Zugang zu öffentlichen Informationen, offene Diskussion von Missständen, Ermutigung von Kritik, Transparenz staatlicher Entscheidungsprozesse und politische Beteiligung des Volkes
Grundrechte (die): unantastbare, vom Staat zu achtende Rechte Bürgerinnen und der Bürger, die in der Regel in der Verfassung festgeschrieben sind – in der Bundesrepublik Deutschland im Grundgesetz; in der Weimarer Reichsverfassung konnten sie abgeändert oder aufgehoben werden.

H

Hierarchie (die; Adj. hierarchisch): eine Rangordnung; System von Über-/Unterordnung zwischen organisatorischen Einheiten

I

identifizieren: sich mit etwas gleichsetzen, darin wiederfinden
Identität (die): das, was einen Menschen nach eigenem Erleben ausmacht; die Werte und Gruppen, denen er sich verbunden fühlt. Identitäten sind nie starr, sie sind wandelbar, vielfach von Umständen beeinflusst
Ideologie (die; Adj. ideologisch): Deutung gesellschaftlich-politischer Verhältnisse oder historischer Entwicklungen, die aus bestimmten Interessen einseitig und verzerrend ist; soll bestimmte Verhältnisse rechtfertigen.
Illegalität (die): Gesetzeswidrigkeit (Gegensatz: Legalität)
Indoktrination (die): vehemente (psychologische) Beeinflussung, die keinen Widerspruch duldet
Inflation (die): beträchtliche Erhöhung der Geldmenge im Vergleich zur Produktion und dadurch Entwertung des Geldes; auch ein wirtschaftlicher Abschwung kann zu einer Inflation führen
Infrastruktur (die): wirtschaftlicher und organisatorischer Unterbau, der Voraussetzung für die Versorgung und Nutzung der Wirtschaft oder eines Gebietes ist
initiieren: einleiten, in Gang bringen
Inkompetenz (die, Adj. inkompetent): Unfähigkeit
instrumentalisieren: jemanden als Mittel, z. B. zur Durchsetzung von Interessen, missbrauchen
Integration (die): Prozess des Zusammenfügens und Zusammenwachsens in eine Gemeinschaft
Intervention (die, Verb: intervenieren): Eingriff
Investitionsgüter (die): Güter, die nicht zum unmittelbaren Endverbrauch bestimmt sind, sondern zur Herstellung von Gütern; z. B. Maschinen, technische Anlagen oder Fahrzeuge; sie dienen der Verbesserung oder Erweiterung der Produktion eines Unternehmens
Islamische Staat (IS, der): Bezeichnung für eine seit 2003 aktive sunnitische Terrormiliz; die Gruppe verbreitete in den Krisenländern Syrien und Irak Angst und Schrecken; ihr Ziel war es, einen „Gottesstaat“ zu errichten; zwar zerfiel nach mehrjährigem Kampf der IS, viele seiner Anhänger sind untergetaucht; weltweit werden noch immer Anschläge von dieser Terrorgruppe verübt.

J

Judikative (die): eine der drei unabhängigen staatlichen Gewalten im Rahmen der Gewaltenteilung (neben Legislative, Exekutive); sie ist die rechtsprechende Gewalt.

K

Kapitalismus (der; Adj. kapitalistisch): Wirtschaftsordnung, in der sich das Produktivkapital in Händen von Privatpersonen bzw. -personengruppen befindet, d. h. der Kapitalisten und der Unternehmer; der Gewinn, wird durch Kapitaleinsatz und Einsatz von Lohnarbeitern erwirtschaftet, geht wieder an den Unternehmer und führt zur Vermehrung des Produktivkapitals.
Kartell (das): Vereinbarungen von Unternehmen mit dem Ziel, den Wettbewerb z. B. durch Absprachen über Preise zu beschränken.
Klasse (die)/Klassengesellschaft (die): gesellschaftliche Großgruppen seit Ende des 18. Jh., gekennzeichnet durch Besitz bzw. Nichtbesitz von Produktionsmitteln und sich daraus ergebenden Interessen; im 19. Jh. beschleunigte sich in den Industriestaaten die Klassenbildung zwischen Unternehmern (Bourgeoisie) und Arbeitern (Proletariat), deutliche Klassenunterscheidung = Klassengesellschaft
Kollaborateur (der, Verb. kollaborieren): Person, die mit dem Kriegsgegner, der Besatzungsmacht gegen die Interessen des eigenen Landes zusammenarbeitet
kollektiv: gemeinschaftlich
Kombinat (das): in den osteuropäischen Ländern, u. a. der DDR, Zusammenschluss mehrerer Volkseigener Betriebe, geordnet nach Branchen (z. B. Maschinenbau, Schiffsbau). Weisungen der Planungskommission gaben die Kombinate nach unten weiter.
Kontroverse (die): (wissenschaftliche) Streitfrage, Meinungsstreit; heftige Auseinandersetzung, Streit
Kooperation (die; Adj. kooperativ): Zusammenarbeit
komplex: vielschichtig
Konfrontation (die): Auseinandersetzung zwischen Gegnern
konservativ: Einstellung, Haltung, Bewährtes beibehalten und behutsam mit Neuem verbinden
konsolidieren: in seinem Bestand festigen
Konstellation (die): Gesamtlage, die sich aus mehreren Umständen ergibt
konstitutionell: verfassungsmäßig
Konsumgüterindustrie (die): Wirtschaftszweig, der Güter für die Endnachfrage der Haushalte produziert, z. B. Nahrungs- und Genussmittel, Kleidung, Hausgeräte, Personenwagen.
Kontinuität (die): gleichmäßiger Fortgang von etwas
Kooperation (die, Adj. kooperativ): Zusammenarbeit (Gegensatz: Konfrontation, Konflikt)
korrumpieren (Subst. Korruption): durch Gewährung von Vorteilen bestechen und somit auch moralisch verderblich, korrupt sein, jemanden bestechen; durch ungerechtfertigte Vergünstigungen moralisch verderben

L

legal: dem Gesetz gemäß
Legislative (die): eine der drei unabhängigen staatlichen Gewalten im Rahmen der Gewaltenteilung (neben Exekutive, Judikative); gesetzgebende Gewalt; zu ihr gehören die Parlamente als gewählte Volksvertretungen.

Legitimation (die): rechtliche Anerkennung von Herrschaft (durch Gottesgnadentum oder Mehrheitswillen)
Legitimität (die): Rechtmäßigkeit einer Herrschaft; sie sorgt dafür, dass Untertanen bzw. Staatsbürger der Herrschaft zustimmen.
liberal (Subst. die Liberalisierung): freiheitlich

M
Marxismus (der; Adj. marxistisch): die von Karl Marx und Friedrich Engels im 19. Jh. begründete Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus. Die Theorie basiert auf zwei Grundlagen: (1) der Gesetzmäßigkeit der Entstehung einer sozialistischen Gesellschaft und (2) der Kritik an den Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise.
Marxismus-Leninismus (der): von Lenin interpretierter Marxismus, der u. a. den zeitgenössischen Kapitalismus als Imperialismus betrachtet.
Massenkultur (die): auch als Alltagskultur oder Populärkultur bezeichnet; sie umfasst Gegenstände des Alltags, Gebräuche und Gewohnheiten. Diese dienen vorwiegend der Unterhaltung und sind für die breite Masse zugänglich. Der Begriff wird in Abgrenzung zur elitären, meist dem Bildungsbürgertum vorbehaltenen Hochkultur verwendet.

N
Nationale Front: Dachverband aller Parteien und gesellschaftlichen Gruppen; waren als Blockparteien in der sogenannten Nationalen Front zwangszusammengeschlossen, hatten keinerlei wirksame Eigenständigkeit. Durch die Nationale Front sollten dem offiziellen Anspruch nach alle gesellschaftlichen Gruppen Einfluss auf gesellschaftspolitische Prozesse nehmen können.
Neutralität (die): unparteiische Haltung
Norddeutscher Bund (der): vereinte 1866–1871 alle deutschen Staaten nördlich der Mainlinie unter preußischer Führung; war die Vorstufe zum Deutschen Kaiserreich von 1871.
Notverordnung (die): auf den Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung gestütztes Recht der Exekutive, in Notzeiten unter Umgehung des Reichstags Gesetze zu erlassen.

O
obligatorisch: verbindlich (Gegensatz dazu: fakultativ, freiwillig)
Obrigkeitsstaat (der): eine politische Ordnung, bei der der Herrscher seine Untertanen bevormundet und keine Mitsprache zulässt. Er wird dabei von Beamten und dem Militär unterstützt.
oktroyieren: aufzwingen
Opposition (die): die nicht regierende Gruppe/Partei

P
Pariser Verträge: 1955 in Kraft getretene Verträge, mit dem das Besatzungsstatut für die Bundesrepublik beendet und der Beitritt zu den Militärallianzen NATO und zur Westeuropäischen Union (WEU) vereinbart wurde. Damit war die Bundesrepublik weitgehend souverän, die volle Souveränität erhielt sie erst mit der Wiedervereinigung 1990.
Parlamentarismus (der): Regierungsform, in der das Parlament ein zentrales und mächtiges Staatsorgan ist; wird vom Volk gewählt und vertritt den Willen der Bürgerinnen und Bürger. Häufig gibt es ein Zweikammersystem (z. B. Bundestag und Bundesrat). Das Parlament entscheidet mit Mehrheit über Gesetze sowie Haushalt und kontrolliert oder wählt die Regierung.
Parlamentarisierung (die): Machtveränderungsprozess im 19. und 20. Jahrhundert von der absolutistischen Monarchie zur verfassungsrechtlichen Demokratie mit gesetzgebenden Parlamenten, bestimmt durch freie Volkswahlen meist in einem Mehrparteiensystem.
Eine konstitutionelle Monarchie ist parlamentarisiert, wenn nicht das Staatsoberhaupt oder der Monarch, sondern das Parlament die Regierung bestimmt, d. h. ein- bzw. absetzt.
Partisane (der): bewaffneter Kämpfer, der nicht zu den regulären Soldaten eines Staates gehört; in den besetzten Gebieten die Widerstandskämpfer gegen das nationalsozialistische Deutschland
passives Wahlrecht (das): Möglichkeit, sich in ein Amt wählen zu lassen
Perestroika (dt. Umbau, Wandel) bedeutete die Umgestaltung von Staat und Gesellschaft, die im Kern auf die Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft und die schrittweise Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien – unter Beibehaltung der Grundzüge des Sozialismus – zielte
Petition (die): Bittschrift, z. B. an eine Behörde
plädieren: sich für etwas aussprechen
Pogrom (der; Pl. die Pogrome; wörtlich „Zerstörung"): Ausschreitungen gegen nationale, religiöse oder ethnische Minderheiten
Polemik (die): scharfer, oft pauschaler Angriff in einem Meinungsstreit
Potenzial (das; Pl. die Potenziale): mögliche Kraft
pragmatisch: ideologiefrei, lösungsorientiert
Prävention (die, Adj. präventiv): eine ungewünschte Entwicklung im Vorfeld verhindern
Prestige (das): Geltung einer Person oder einer Gruppe
Priorität (die): Vorrang
Privileg (das; Pl. die Privilegien; Verb privilegieren): Vorrecht; in der Ständegesellschaft, z. B. aufgrund adliger Geburt

Proletariat (das): im Zuge der Industrialisierung in der neu entstandenen Arbeiterschaft; damit verbunden entstand das Bewusstsein gegenüber den Unternehmern als proletarische Klasse zusammenzugehören, deren Lage durch Reformen oder Revolutionen zu verbessern sei.
Protektionismus (der): Schutz der einheimischen Produktion vor ausländischer Konkurrenz (z. B. durch Zölle)
Provisorium (das): vorläufige Lösung

Q
quantitativ: zahlenmäßig (Gegensatz: qualitativ)

R
Rassismus (der): Rassendenken und die daraus folgende Diskriminierung von Personen aufgrund bestimmter äußerer Merkmale
Rätesystem (das): Form der direkten Demokratie; alle Abstimmberechtigten in den jeweiligen Basiseinheiten wählen Räte als ihre Vertreter, die ihnen direkt verantwortlich und jederzeit abwählbar sind; es gibt keine Gewaltenteilung
Rationalisierung (die): Oberbegriff für Maßnahmen in einem Wirtschaftsbereich, die die Produktivität erhöhen beziehungsweise die Kosten senken sollen; beispielsweise Automatisierung (Ersatz von Personal durch Maschinen) oder verbesserte Produktionsabläufe
Rationierung (die): Zuteilung von Gütern und Dienstleistungen, die nur beschränkt vorhanden sind
reaktionär: politischen Rückschritt anstrebend; Verhältnisse erstrebend, die als überwunden und nicht mehr zeitgemäß empfunden werden
Rechtsstaat (der): Staat, der das (gemäß seiner Verfassung) von seiner Volksvertretung gesetzte Recht verwirklicht und die Kontrolle unabhängiger Richter akzeptiert
Reform (die): Umgestaltung von politischen und sozialen Verhältnissen innerhalb der bestehenden Ordnung
Reparationen (Pl. die): offiziell ausgehandelte Wiedergutmachungsleistungen für Schäden, die ein besiegtes Land einem anderen in einem Krieg zugefügt hat.
Repression (die): Unterdrückung der Entfaltung des Einzelnen durch staatliche oder gesellschaftliche Autoritätsverhältnisse
Restauration (die): Rückkehr zur alten Ordnung
restaurativ: Wiedererrichtung einer alten politischen und sozialen Ordnung nach einem Umsturz.
Revision (die): Überprüfung, die oft auch mit einer Änderung einhergeht; im Gerichtswesen eine Überprüfung auf mögliche Rechtsfehler
Revolution (die; Adj. revolutionär): im politischen Sinn der tiefgreifende, meist gewaltsame Umbau eines Staates und dessen Gesellschaft. Im weiteren Sinne wird Revolution auch für grundlegende, wenn auch teils langwierige Wandlungen in Wirtschaft (z. B. Industrielle Revolution) oder Technik/Wissenschaft (z. B. digitale Revolution) verwendet.
Rezession (die): Rückgang der Wirtschaftskonjunktur

S
Sanktion (die): Maßnahme, mit der jemand ein bestimmtes Vorhaben erzwingen will
Schutzstaffel (SS, die) NS-Kampforganisation, gegründet 1925 als kleine Eliteeinheit zum Schutz Hitlers und anderer NSDAP-Funktionäre. 1934 übertrug Hitler ihr die alleinige Zuständigkeit für alle Konzentrationslager. Sie wurde zum Instrument des NS-Terrors. Später stellte sie mit der „Waffen-SS" eigene Truppenverbände auf – als Gegenpol zur Wehrmacht. Die SS war verantwortlich für eine Vielzahl von Kriegsverbrechen in den besetzten Ländern.
Schwerindustrie (die): umfasst Eisen-, Stahlindustrie und Bergbau
Skepsis (die): durch Zweifel bedingte Zurückhaltung
Souveränität (die; Adj. souverän): Unabhängigkeit (z. B. eines Staates)
Sozialdarwinismus (der): Theorie des 19. Jh., die in unzutreffender Weise die aus dem Tierreich stammende Evolutionstheorie von Charles Darwin auf menschliches und staatliches Zusammenleben übertragen hat. Humanität, Mitgefühl, Hilfe für Schwache, auf Ausgleich und Kompromiss gerichtetes Handeln von Menschen und Staaten seien, so die unzutreffende Annahme, unnatürlich.
Sozialisierung (die): Überführung von Produktionsmitteln in Gemeineigentum. Damit ist nicht zwangsläufig der Staat gemeint. So zum Beispiel wollten die Räte in der Weimarer Republik die Unternehmen einer gemeinschaftlichen Leitung zuführen. Kann aber auch bedeuten Eingliederung in die Familie, in eine Gruppe, in die Gesellschaft.
Staat (der): politische Organisation einer Personengemeinschaft mit drei Merkmalen: (1) abgegrenztes Staatsgebiet; (2) Staatsvolk als Summe der Staatsangehörigen; (3) Staatsgewalt als stabile Regierung, die effektiv ihre hoheitliche Gewalt ausübt.
Staatenbund (der): Zusammenschluss von selbstständiger Staaten; Mitglieder gründen gemeinsam politische Organe; Gesandte vertreten ihre Interessen; im Fall des Deutschen Bundes war dies die Bundesversammlung.
Staatsform (die): charakterisiert Organisationsform, Verfassung und äußere Herrschaftsordnung eines Staates
Status quo (der): bestehender, aktueller Zustand
Struktur (die): Aufbau oder Gliederung, z. B. einer Gesellschaft, eines Staates; auch Regeln und Vorstellungen, die Menschen einer Kultur beeinflussen oder bestimmen
Sunniten (Pl. die): größte Glaubensrichtung des Islam; führt sich zurück auf Abu Bakr, dem Schwiegersohn Mohammeds; sie stellen in den meisten Ländern die

Mehrheit der Muslime, z. B. in Saudi-Arabien und Ägypten.

Sturmabteilung (SA, die): NS-Kampforganisation, 1920 von der NSDAP zur Sicherung seiner Parteiveranstaltungen gegründet; nach 1921 zur paramilitärischen Organisation umgeformt; übte Gewalt und Terror gegen politische Gegner und Juden aus. Nach 1933 wurden SA-Männer als Wachpersonal in den ersten Konzentrationslagern eingesetzt. Im Juni 1934 ließ Hitler die gesamte SA-Spitze um Ernst Röhm, angeblich aus „Staatsnotwehr", erschießen. Er wollte damit die immer mächtiger werdende Konkurrenz zwischen SA und Reichswehr beenden.

T

Territorium (das; Pl. die Territorien): fest umrissenes Herrschaftsgebiet

totalitäre Diktatur (die): Herrschaftsform, die nicht nur politisch, sondern auch in allen anderen Bereichen, u. a. kulturellen und persönlichen Bereich, enge Vorgaben macht, um ihr Wertesystem durchzusetzen; dieses System lässt keine anderen Meinungen und Parteien zu; Opposition wird unterdrückt und grausam verfolgt; Beispiel NS-Herrschaft oder DDR.

Transformation (die): tiefgehender Wandel von Dauer

Typologie (die): Gruppeneinteilung nach Merkmalen

U

Ultimatum (das; Adj. ultimativ): Fristsetzung unter Androhung von Gegenmaßnahmen

UN-Blauhelmsoldaten (die): Bezeichnung für die von der UNO seit 1948 eingesetzten Friedenstruppen; Name leitet sich von den blauen Schutzhelmen der Soldaten ab; Friedenstruppen setzen sich aus Soldaten, unbewaffneten Militär- und Zivilbeobachtern zusammen. Ihre Aufgaben sind friedenserhaltende bzw. friedensstiftende Maßnahmen wie Waffenstillstände zu kontrollieren, Wahlen zu überwachen und humanitäre Hilfe zu sichern. Sie dürfen die Waffen nur zur Selbstverteidigung einsetzen. Die Truppen werden auf Beschluss des UN-Sicherheitsrates und mit Einverständnis der jeweiligen Konfliktparteien eingesetzt.

V

Verhältniswahlrecht (das): Wahlrecht, bei dem jede Partei Abgeordnetenmandate im Verhältnis zu ihrer Stimmenzahl erhält. In der Weimarer Republik z. B. erhielt jede Partei für 60 000 gültige Stimmen ein Mandat (Ggs. Mehrheitswahlrecht: nur der Wahlkreissieger erhält ein Mandat); **personalisiertes Verhältniswahlrecht** = mit der ersten Stimme bestimmt die Wählerin und der Wähler einen Wahlkreiskandidaten nach den Grundsätzen des Mehrheitswahlrechts, mit der zweiten Stimme eine Partei nach dem Verhältniswahlrecht.

Vetorecht (das; lat. veto = ich verbiete): Recht, einen Einspruch einzulegen, z. B. gegen das Inkrafttreten eines Gesetzes

völkisch: auf einem rassistischen Menschenbild basierender Volks-Begriff (z. B. in der NS-Ideologie)

W

Warschauer Pakt (der): multilaterale Organisation des Ostblocks. Durch den Warschauer Pakt sicherte sich die UdSSR das Recht, Streitkräfte in allen Mitgliedstaaten zu stationieren.

Westeuropäische Union (die): Beistandspakt, 1954 von Frankreich, Großbritannien, Belgien, den Niederlanden, Luxemburg, der Bundesrepublik Deutschland und Italien gegründet; Beistandsverpflichtung bei militärischen Angriffen auf einen Partner.

Z

Zäsur (die): markanter Einschnitt in der Geschichte

Zensur (die): insbesondere von staatlichen Stellen angeordnete Überprüfung von Druckwerken, Filmen usw. im Hinblick auf Unerwünschtes oder Unerlaubtes und ggf. Verbote

Zensuswahlrecht (das): ungleiches Wahlrecht, bei dem das Recht zu wählen bzw. die Gewichtung der Stimmen vom Besitz oder der Steuerleistung abhängt, die ein Wähler erbringt

zentralistisch: politische Ordnung, in der die Macht (oft auch räumlich konzentriert) bei einer bzw. wenigen staatlichen Stellen liegt (Gegensatz föderal)

Personenregister

Die blau gedruckten Wörter sind **Grundlegende Begriffe**

A

Adenauer, Konrad (1876–1967), dt. Politiker, CDU, 1949–1963 Bundeskanzler 214, 218, 221, 225, 252

Auerbach, Inge (geb. 1934) KZ-Überlebende 200

B

Baden, Max von (1867–1929), Reichskanzler 91

Bebel, August (1840–1913), dt. Politiker 82, 130

Biermann, Wolf (geb. 1936), Liedermacher und Lyriker 231

Bin Laden, Osama (1957–2011), Anführer der al-Qaida-Gruppe 281

Bismarck, Otto Fürst von (1815–1898), preuß. Politiker, 1871–1890 Reichskanzler 64, 66, 68, 72, 82 f., 120

Blum, Robert (1807–1848), Publizist, dt. Politiker 44

Bohley, Bärbel (1945–2010), DDR-Bürgerrechtlerin 242, 260

Brandt, Willy (1913–1992), dt. Politiker, SPD, 1969–1974 Bundeskanzler 226, 229

Brüning, Heinrich (1885–1970), dt. Politiker, Zentrum, 1930–1932 Reichskanzler 154 f., 157 f.

Büchner, Georg (1813–1837), Schriftsteller 18, 22 f.

Bush, George W. (geb. 1946), 2001–2009 US-Präsident 281

C

Churchill, Winston (1874–1965), 1940–1945 und 1951–1955 engl. Premierminister 216 f., 220

D

Darwin, Charles (1809–1882) brit. Naturforscher 319, 323

Dix, Otto (1891–1969), Künstler 140

Dohm, Hedwig (1831–1919), Schriftstellerin, Frauenrechtlerin 133

E

Ebert, Friedrich (1871–1925), dt. Politiker und 1919–1925 Reichspräsident 91 f., 101, 119

Eisner, Kurt (1867–1919), dt. Politiker, 1918–1919 bayer. Ministerpräsident 91, 94, 126

Engels, Friedrich (1820–1895) dt. Revolutionär 65, 82 f., 142, 322

Erhard, Ludwig (1897–1966), dt. Politiker, CDU, 1963–1966 Bundeskanzler 232, 235

Erzberger, Matthias (1875–1921), dt. Politiker 91, 113

F

Frankenthal, Käte (1889–1976), Ärztin 127

Friedrich Wilhelm IV. (1795–1861), 1840–1861 preuß. König 11, 13, 30 ff., 44, 46 f., 52, 58, 72

G

Gagern, Heinrich von (1799–1880) dt. Politiker, liberal 36 f., 41, 54

Gauck, Joachim (geb. 1940), DDR-Bürgerrechtler und 2012–2017 Bundespräsident 261

Goebbels, Joseph (1897–1945), NS-Funktionär 174, 177

Goerdeler, Carl-Friedrich (1884–1945), dt. Politiker, DNVP, Widerstandskämpfer 165

Gorbatschow, Michail (1931–2022), sowjet. Staatspräsident 242, 252, 320

Grosz, George (1893–1959), Künstler 122, 136

Guggenheimer, Moritz (1825–1902), Unternehmer 124 f.

H

Heine, Heinrich ((1897–1856), dt. Schriftsteller und Journalist 18, 26, 28

Herzog, Roman (1934–2017) 1994–1999 Bundespräsident 200 f.

Heuss, Theodor (1884–1963), dt. Politiker, 1949–1959 Bundespräsident 218, 252

Himmler, Heinrich (1900–1945) NS-Funktionär 163, 196, 198

Hindenburg, Paul von (1847–1934), dt. General, 1925–1934 Reichspräsident 90, 119, 153 ff., 160 ff., 164, 296

Hitler, Adolf (1889–1945) dt. Politiker und Diktator 114, 118, 147, 150, 153, 155, 159 ff., 164, 168 f., 171, 174 f., 177 ff., 191, 208

Honecker, Erich (1912–1994), 1971–1989 Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED,1976–1989 Staatsratsvorsitzender der DDR 218, 237, 242 f., 258

Hugenberg, Alfred (1865–1951), Unternehmer und dt. Politiker, DNVP 155, 164

K

Kohl, Helmut (1930–2017), dt. Politiker, CDU, 1982–1998 Bundeskanzler 244, 254 f.

Kollwitz, Käthe (1867–1945), Künstlerin 28

Krenz, Egon (geb. 1937), SED-Politiker 243, 260

L

Lasalle, Ferdinand (1825–1864), dt. Politiker 82

Lasker-Schüler, Elke (1860–1945), Dichterin 142

Levi, Primo (1919–1987), ital. Schriftsteller 209

Liebknecht, Karl (1871–1919), dt. Politiker, SPD, linker Flügel 91, 93 ff.
Ludendorff, Erich (1865–1937) dt. General und Politiker 90, 114, 119
Ludwig I. von Bayern (1786–1868) 1825–1848 bayer. König 15, 31, 33
Luxemburg, Rosa (1871–1919), dt. Politikerin und Frauenrechtlerin 91, 93, 96, 126

M
Maizière, Lothar de (geb. 1940), dt. Politiker, Ost-CDU, April bis Oktober 1990 Ministerpräsident der DDR 245, 247, 261
Mann, Thomas (1875–1955), Schriftsteller 202
Marx, Karl (1818–1863) dt. Philosoph 28, 65, 82 f., 142, 214
Marshall, George (1880–1959), US-General und Politiker 217
Merkel, Angela (geb. 1954), dt. Politikerin, CDU, 2005–2021 Bundeskanzlerin 255, 283
Metternich, Klemens Wenzel Lothar von (1773–1859), österr. Staatsmann 17, 57

N
Nathorff, Hertha (1895–1993), dt. Kinderärztin, Schriftstellerin 183

O
Otto-Peters, Louise (1819–1895), Schriftstellerin, dt. Politikerin, Frauenrechtlerin 51, 130

P
Papen, Franz von (1879–1969), dt. Politiker, parteilos, 1932 Präsidialkabinett 154 f., 164
Poppe, Gerd (geb. 1941), DDR-Bürgerrechtler 248
Poppe, Ulrike (geb. 1953), DDR-Bürgerrechtlerin 246

R
Rathenau, Walther (1867–1922), Unternehmer u. dt. Politiker, DDP 113, 126 f.

S
Schabowski, Günter (1929–2015), Journalist und ostdt. Politiker 244
Scheidemann, Philipp (1865–1939), dt. Politiker und Reichsministerpräsident 91 ff., 94, 101
Schleicher, Kurt von (1882–1934), dt. General und Politiker, parteilos, 1932–1933 Präsidialkabinett 154 f.
Schröder, Gerhard (geb. 1944), dt. Politiker, SPD, 1998–2005 Bundeskanzler 255, 264, 280 ff.
Siebenpfeiffer, Philipp Jakob (1789–1845), dt. Jurist und Journalist 16, 19
Stalin, Josef (1878–1953) sowjet. Diktator 216, 220, 223
Steinmeier, Franz Walter (geb. 1956), dt. Politiker, SPD, seit 2017 Bundespräsident 34 f., 53
Strauß, Franz Josef (1915–1988), dt. Politiker, CSU, 1978–1988 bayer. Ministerpräsident 192
Struve, Gustav (1805–1870), Jurist, dt. Politiker 50

T
Truman, Harry (1884–1972), 1945–1953 US-Präsident 216, 220

U
Ulbricht, Walter (1893–1973) 1960–1973 Staatsratsvorsitzender der DDR 218 f., 233

W
Wilhelm I. (1797–1888), 1861–1888 König von Preußen, 1871–1888 dt. Kaiser 68, 82 ff.
Wilhelm II. (1859–1941), 1888–1918 dt. Kaiser 91, 103
Wilson, Thomas Woodrow (1856–1924), 1913–1921 US-Präsident 90, 116
Wirth, Johann Georg (1798–1848), Schriftsteller 16, 19

Z
Zetkin, Clara (1857–1933), dt. Politikerin und Frauenrechtlerin 131, 133

Sachregister

Die blau gedruckten Wörter sind **Grundlegende Begriffe**
Die kursiv gesetzten Begriffe werden in den Randspalten erklärt.

A
„68er-Bewegung“ 144, 215, 225 f., 252
Adel 9, 14, 17, 37, 58, 64, 71, 76 ff., 113, 142
Alldeutscher Verband 70 f.
„Allianz für Deutschland“ 245, 249
Agenda 2010 255, 264 f., 269, 284
„Aktion T4“ 199
Allgemeiner Deutscher Frauenverein 49, 51, 130
Alliierter Kontrollrat 216 f., 318
al-Qaida 275, 278, 281, 318
Antiparlamentarismus 101, 168
Antisemitismus 64, 124 ff., 128, 142, 147, 150, 168, 180, 185, 204, 208, 270
Arbeiter, *Arbeiterbewegung* 34, 82, 87, 91, 93, 97, 100, 120, 130, 142 f., 159, 170, 318
Arbeiter- und Bauernstaat 318
Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte 90 ff., 94, 318
Arbeitsmarktreformen 255, 265, 284
Arbeitslosigkeit 29, 81, 121, 156, 175 f., 232, 234, 238, 265, 269, 284
Arier 168, 171, 181, 208
„Arierparagraf“ (Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (1933) 181
„Arisierung“ 181 f., 185, 191, 195, 206, 216
Armut 26, 29, 73, 80 f., 86, 120 f., 136, 175
Artikel 48 (Weimarer Reichsverfassung) 102, 154, 157, 226
Asoziale 197, 318
Assimilation 124, 318
Aufklärung 8, 14, 17, 47, 64, 74, 124, 272
Auschwitz-Birkenau 186, 189 f., 193 f., 198, 200, 209
Ausgrenzung 19, 124 f., 151, 169, 175 f., 180 ff., 197, 208, 296, 319
Außerparlamentarische Opposition (APO) 225, 318
Avantgarde 136, 139

B
Barrikadenkämpfe 9, 11, 27, 34 f., 53, 57 f.
Bayern 30 ff., 91, 94, 98 f., 114, 130, 218, 250 f.
Bauern 18, 22, 26, 30, 55, 69, 76, 79, 91, 130, 233, 252
Beamte 36, 45, 57, 64, 67, 75, 77, 79, 89, 101, 109, 113, 143, 154, 156, 165, 175, 177 ff., 181, 184, 186, 208, 273 f.
Berlin-Blockade 217 f.
Berliner Mauer 210, 233, 244, 250 f., 258
Besatzungszone 216 ff., 221, 228
Bevölkerungswachstum 26, 76, 80
Biedermeier 18, 20 f., 47
Bizone 217 f.
Blockparteien 244, 318, 322
Bolschewismus 95 f., 129, 170, 173, 192
Bund der Landwirte 70
Bund Deutscher Mädel (BDM) 175
Bundeskanzler 224 f., 229, 232, 234, 244, 254 f.
Bundesrepublik Deutschland (BRD) 144 f., 196, 210 ff., 254 ff., 282
Bücherverbrennung 162
Bürger 14 f., 19, 21 f., 27, 31, 37, 44, 47, 57 f., 64 f., 68, 70 ff., 77, 79, 95, 105, 113, 124 ff., 133, 136, 144 f., 181, 211 f., 225, 227, 230 ff., 236, 242 f., 248, 253, 255, 260 ff.
Bürgerrechte *siehe* Menschen- und Bürgerrechte
Bürgerrechtsbewegung 145, 242, 245, 249, 252
Bürgertum 9, 14, 17 f., 27, 36, 45, 48 f., 58, 64, 69, 76 ff., 96, 106, 113, 130, 136, 137 f., 143, 153 f., 159
Burschenschaften 48

C
Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 125, 128 f.
Christlich-Soziale Union (CSU) 192, 218, 225, 229, 238, 245, 283
Containment-Policy (Eindämmungspolitik) 217, 319

D
Dachau (KZ) 146, 182, 187, 200, 204
Demokratie 9, 11, 14, 35, 48, 55, 58 f., 61, 64, 73, 91, 93, 96, 102, 105 f., 109, 113, 115 f., 119, 126, 142 ff., 147 f., 154, 169, 171, 208, 215, 224 ff., 229, 238, 242, 244, 252, 278
– parlamentarische 8, 67, 91, 93, 97, 108, 113, 142 ff., 151, 224, 226, 229, 236, 252
– repräsentative 14, 65, 225
„Demokratischer Aufbruch“ (Bürgerrechtsbewegung) 249
Demokratisierung 52, 68, 72 f., 90, 94, 106, 140, 143, 216, 220, 249
Deportation 169, 187, 190, 196, 198, 205, 319
Deutsche Arbeitsfront (DAF) 162, 175, 295
Deutsche Demokratische Partei (DDP) 100, 103, 105 f., 108, 111, 114, 118, 153 f., 165, 305
Deutsche Demokratische Republik (DDR) 144, 210 ff., 261, 268
Deutsche Einheit 211, 218, 228, 245, 248, 254, 257, 262, 278
Deutsche Frage 210 f., 213 f., 219, 245, 249, 252 f., 284
Deutsche Teilung 250 f.

Deutsche Volkspartei (DVP) 105 ff., 153 f.
Deutsche Zentrumspartei/Zentrum 69 ff., 100, 105 ff., 154, 157 ff.
Deutscher Bund 10, 12 ff., 16, 18 f., 23, 26 ff., 30, 38, 44 f., 48, 55, 58, 68, 71
Deutscher Press- und Vaterlandsverein 58
Deutsches Kaiserreich (1871–1918) 9, 60 ff., 65, 69, 76, 79 f., 83, 90, 105, 120, 124, 130, 136 ff., 142
Deutschkonservative Partei 69 f.
Diktatur 144 ff., 169, 216, 225 ff., 234, 252, 256, 258 ff., 284
„Dolchstoßlegende" 112
Drittes Reich (1933–1945) 160, 194, 206, 270

E
Ebert-Groener-Pakt 92, 97
Eindämmungspolitik 217, 319
Einheitsliste 219, 221, 226, 230
Einsatzgruppen 188 f.
Emanzipation 73, 124 f., 135, 231
„Endlösung der Judenfrage" 189 f., 192 f., 195, 207
England *siehe* Großbritannien
Entrechtung 144, 169, 180 f., 189, 202 f., 208
Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte (1789) 14, 65, 76, 147
„Ermächtigungsgesetz" (1933) 150, 161, 164 ff., 208, 226
Europäische Integration 257
Euthanasie 189, 197, 199, 202
Expressionismus 137

F
Fabrik 80 ff.
Flottenverein 70, 79
Fraktionen (Paulskirche) 36 ff., 58
Frankfurter Dokumente 218
Frankreich 10 f., 15 f., 19, 27, 58, 65 f., 71, 91, 188 f., 200, 215 ff., 245, 283
Frauen 14, 16, 35 f., 45, 49, 51, 55, 60 ff., 73, 81, 100, 103 ff., 120, 125 f., 130 ff., 142 f., 176, 183, 193, 195, 198, 201, 203 f., 206, 209, 215, 249, 274
Frauenbewegung 51, 60
– bürgerliche 130 f., 133 f.
– proletarische 60, 133 f.
Frauenwahlrecht 9, 67, 73, 105, 130, 134, 143, 151
Freie Gewerkschaften 70, 162
Freiheitlich demokratische Grundordnung (FDGO) 144, 270
Freie Demokratische Partei (FDP) 215, 218, 225, 229, 238, 245
Freikorps 93, 97, 112, 114, 320
Freistaat 66, 91, 93, 98 f.
Friedensmissionen (UN) 279
Friedliche Revolution *siehe* Revolution/Deutschland
Führerkult 144, 175, 177
Führerprinzip 151, 162, 168 f., 208, 320
Führerstaat 108
Fünfjahresplan (DDR) 233

G
„Gastarbeiter" 213 f., 232
Geheime Staatspolizei (Gestapo) 161, 163, 202
Generalgouvernement 188, 192 f., 320
Generalstreik 114, 320
Germanisierungspolitik 71
Gesetzgebung 15, 39 f., 59, 65, 89, 101 f., 120, 154, 164, 228, 260
Gewaltenteilung 14, 58, 65, 74, 92, 101 f., 150, 161, 169, 208, 225 f., 230, 252, 261, 320
Gewerkschaften 61, 70, 82 f., 88, 114, 120, 162, 175, 218, 227, 233, 265, 298, 318, 320
Ghetto 189 f., 208
Glasnost 320
„Gleichschaltung" 150, 161 ff., 181, 208
Globalisierung 61, 257, 264, 272, 284
„Goldene Zwanziger" 61, 136
Göttinger Sieben 18, 21 f.
Großbritannien 27, 65, 76, 200, 215 f., 245, 281
Großdeutsche Lösung 38
Große Koalition 153 f.
Grundgesetz 8, 11, 14, 43, 58, 61, 65 f., 102, 104 f., 109, 144, 213 f., 218 f., 222, 224 f., 228, 245, 248 f., 252 f., 257, 273, 282, 284, 319 f.
Grundrechte 9, 11 f., 14, 37, 39 ff., 45, 50, 55, 58 f., 61, 65, 102 ff., 120, 122, 142, 160, 208, 211, 224, 239, 302, 304, 319 f.

H
Hitlerjugend (HJ) 173, 175, 178 ff.
Hitlerputsch (1923) 114
Holocaust bzw. Shoa 150, 180, 188, 191, 194 f., 200 ff., 207 ff.
Hoyerswerda (Rechtsextremismus) 273, 284
Hungerunruhen 11

I
Ideologie 64, 150 f., 168 ff., 174, 176, 188, 196, 208, 224, 296, 321
Industrialisierung 8 f., 17, 26, 47, 49, 61, 63 ff., 76 ff., 80 f., 142
Inflation 114 f., 118, 120, 234, 237, 321
Initiative für Frieden und Menschenrechte 249
Irakkrieg 278, 281, 283 f.
Islamischer Staat (IS) 321
Islamismus 271 f.

J
Judentum 65, 129
– Kaiserreich/Weimarer Republik 128
– Nationalsozialismus 129, 170 f., 186, 191
Judenverfolgung 166, 180, 188, 191, 203 ff.

K
Kaiser 9, 14, 16, 38, 50, 58, 68, 70, 75, 82 ff., 90 ff., 95 f., 137
Kalter Krieg 144, 191, 214, 216 f., 239, 257, 260, 284
„Kanzlerdemokratie" 225, 238
Kapitalismus 82, 95 f., 217, 239, 321
Kapitulation Deutschlands, bedingungslose (8./9. Mai 1945) 144, 147, 162, 188, 208, 216, 253
Karlsbader Beschlüsse (1819) 10, 17, 30
Klassengesellschaft 66, 79, 82 f., 88, 321
Klassenkampf 96 f., 134, 162
Kleindeutsche Lösung 38, 68
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 91, 93, 108 f., 123, 153 f., 161 f., 218 f.
Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) 242
Kommunismus 65, 69, 82, 142, 217, 252
König 14 f., 18, 22, 27, 30 ff., 38, 43, 46 f., 50, 52, 68, 72, 88, 91
konstitutionelle Monarchie 9, 11, 14, 17, 37, 58, 68, 72
Konsumgüter/Konsumgesellschaft 156, 232 ff., 236 f., 241, 321
Konzentrationslager (KZ) und Vernichtungslager 146, 150, 161, 190, 193 ff., 196 ff., 200, 206, 208 f.
Kosovo-Krieg 278, 280
„Kraft durch Freude" 175, 178
Kriegsschuldfrage (Erster Weltkrieg) 66, 112
Kriegsverbrechen 202, 323
Krisenjahr der Weimarer Republik (1923) 114, 117, 121, 123, 142

L
Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (LPG) 233
„Lebensraum im Osten" 169, 208
Liberalismus 14, 17, 23, 54, 58, 105, 109, 142, 159, 169
Luftbrücke (Berlin) 217

M
„Machtergreifung" 104, 160
Marshallplan 217, 221, 232 f., 253
„Märzforderungen" 30 f., 33, 37, 57 f.
Marxismus 95, 129, 170 f., 224, 322
Massenarbeitslosigkeit 153, 234, 264, 284
Massenflucht (DDR) 204, 242, 247
Massenkultur 137 f., 140, 322
Massenmedien 138
Mauerbau 211, 214, 227, 244, 252 f.
Mehrheitssozialdemokraten (MSDP) 143
Menschenrechte 14, 35, 41, 65, 133, 147 f., 160, 225, 242, 249, 259, 282 f.
Militarismus 70 f., 73, 94
Minderheit 43, 71, 124 f., 143, 154, 157, 196, 200, 221, 225, 268, 296
Ministerium für Staatssicherheit (MfS/Stasi) 215, 227, 244, 252, 259
Misstrauensvotum, konstruktives 225
Mobilität 8, 77, 239
Modernisierung 8 f., 52, 60 ff., 68, 77, 100, 128, 131, 136, 225, 234
Mölln (Brandanschläge) 145, 274, 284
Montagsdemonstrationen 211, 243, 247, 252, 285

N
Nation 15, 19, 33, 37, 39, 43, 65, 70, 72 f., 164, 235, 270
Nationale Front 219, 322
Nationalliberale Partei 69
Nationalismus 15, 17, 19, 58, 65, 70 f., 73, 79, 125, 142, 168
Nationalsozialismus (NS) 64, 109, 150 f., 168, 173 f., 179, 200 ff., 208, 216, 224, 270
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) 106, 108, 123, 126, 153 ff., 158 ff., 168, 173 ff., 181, 195, 208, 218, 295
Nationalstaat/Nationalstaatsbildung 8 f., 11, 15, 17 f., 20, 23, 37 f., 43, 45, 52, 57 f., 65, 68, 70, 72 f., 142
Nationalversammlung
– Frankfurt (Paulskirche) 11 ff., 18, 36 ff., 43 f., 54, 58
– Weimar 67, 92, 96, 100 ff., 111 f., 131, 143, 305
NATO (North Atlantic Treaty Organization) 210, 214 f., 218, 225, 245, 252, 255, 257, 278 ff., 282 ff.
Neue Sachlichkeit 137, 139
Neues Ökonomisches Programm (NÖSPL) 233
„Neues Forum" (Bürgerrechtsbewegung) 247, 249
Norddeutscher Bund 68, 72, 322
Notstandsgesetze 145, 225
Novemberrevolution (1918) 9, 34, 55, 61 f., 65, 90, 98, 112, 120, 142
Notverordnung 102, 144, 154, 157, 160, 322
„Nürnberger Gesetze" 151, 181 f., 184 f., 203, 208

O
Oberste Heeresleitung (OHL) 90
Obrigkeitsstaat 29, 55, 71 f., 76 f., 79, 95, 117, 159, 322
Oder-Neiße-Grenze 216, 220
Ölkrisen 234
Olympische Spiele 1936 151, 174 f.
Ostalgie 259
Ostblock 211, 242, 252, 254, 271, 278, 284, 324
Österreich 16, 38, 44, 58, 189, 200, 202, 242
Osterweiterung der EU 257
Out-of-Area-Debatte 278

P
Parlament 9, 11, 15, 36, 38, 42, 44, 59, 65, 68, 72 f., 82, 101, 104, 109, 145, 153 ff., 161, 225 f., 247, 322
Parlamentarischer Rat 218, 222, 248
Parlamentarisierung 73, 109, 143, 322
Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) 260, 283
Partei neuen Typus 219

Parteien
– Bundesrepublik 8, 55, 218, 238, 245 f., 271, 280
– DDR 219, 223, 227, 230, 245
– Deutsches Kaiserreich 36, 58, 68 f., 71 ff., 77, 82 f., 96
– NS-Zeit 150, 162
– Weimarer Republik 9, 45, 55, 68, 93, 100, 105 ff., 113, 119, 125 f., 131, 133, 142 f., 153 f., 157 ff., 208
Paulskirchenparlament *siehe* Nationalversammlung Frankfurt
Pauperismus 26
Perestroika 322
Planwirtschaft 145, 213 f., 217, 233, 252, 263, 318
Pogrom 182 f., 185 f., 204, 208, 273, 322
Polen 35, 188 ff., 196, 206, 220
Politbüro 226 f., 230
Potsdamer Konferenz (1945) 216, 220
Präsidialkabinette 144, 154, 157, 160, 208
Preußen 30, 32, 35, 44, 46 f., 55, 58, 68 f., 75
Proletariat 82, 134, 323
Propaganda/-ministerium 144, 146 f., 153, 160, 174 ff., 180, 204, 207 ff., 230
Protektionismus (Schutzzollpolitik) 70, 323

R
Rassenideologie 169, 208
„Rassenhygiene" 196
Rassismus 128, 147 f., 168, 196, 274, 323
Rat der Volksbeauftragten 91 f.
Räterepublik, sozialistische 96 f.
Rechtsextremismus 270 f., 273
Rechtsstaat 160, 165, 224, 260, 272, 323
Reformen der sozial-liberalen Koalition 215, 226
Reichskanzler 9, 60, 64, 66, 68, 70, 73, 75, 82 f., 86, 90 f., 95, 101, 103 f., 114, 146 f., 154 f., 159 ff., 208
„Reichskristallnacht" *siehe* Pogrom
Reichsparteitag (Nürnberg) 174 f., 185
Reichspräsident 101 ff., 104, 142, 154 f., 157, 160 ff., 208, 225
Reichstag 9, 38 f., 42, 64, 66, 68, 72 f., 75, 82 f., 88, 101, 103 ff., 119, 150, 154 f., 157, 160 f., 163 ff., 185, 211
Reichstagsbrand 160 f.
„Reichstagsbrandverordnung" (1933) 160 ff., 208
Reichsverfassungskampagne (1849) 45
Rentenreform/Rentensystem 233, 237
Reparationen 220, 233, 323
Republik 15, 27, 38, 44 f., 58, 90 ff., 95, 97, 106, 144
Restauration 10, 17, 44, 58, 106, 323
Revolution
– Deutschland 8 f., 11 f., 16, 29 ff., 42 ff., 61 f., 65, 70, 82 f., 90 ff., 113, 124, 130, 143, 159, 242, 244 ff., 252, 255, 259
– Frankreich 8, 17, 27, 76
„Röhm-Putsch" 162
Rostock-Lichtenhagen (Rechtsextremismus) 273, 284
Ruhrkampf (1923) 114 f.
Rumpfparlament (1849) 11, 44 f.
„Runder Tisch" 244, 248

S
SA (Sturm-Abteilung) 153, 160 ff., 178, 208
„Sauerland-Gruppe" 271
„Schutzhaft" 161
Schutzstaffel der NSDAP (SS) 153, 160, 174, 178, 180, 187 ff., 194, 196, 207, 209, 295
Shoah *siehe* Holocaust
SED-Staat/SED-Regime 226, 230, 227, 244 f., 249, 252, 258, 260, 268, 285
Sinti und Roma 150, 190 f., 196 ff., 200, 208 f.
Solidaritätszuschlag 263 f., 266 f., 284
Solidarpakt 263 f.
Sowjetische Besatzungszone (SBZ) 218
Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 218 f.
Sowjetunion/UdSSR 189, 194 f., 216 ff., 230, 233, 242, 245
Sozialdarwinismus 168, 323
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 35, 83, 92 f., 97, 100, 105 f., 108 f., 150, 154, 161 f., 203, 215, 218, 225, 229, 238, 245, 280
Soziale Frage 55, 61, 66, 70, 81, 83, 85, 88
Soziale Marktwirtschaft 213, 215, 232 ff., 249, 262, 278
Sozialgesetzgebung 59, 66, 83 f., 88, 120 f., 142
Sozialismus 66, 73, 82, 96, 105, 130, 142, 165, 236, 242, 244, 247, 249, 252, 266, 322
Sozialistengesetz 82 f., 88
Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) 35, 145, 219, 226 f., 230 f., 242 ff., 252, 261, 318
Sozialsystem (Weimarer Republik) 152
Sozialversicherungen 89, 264
Spartakusaufstand 93, 97
SS-Staat *siehe* Führerstaat
„Staatssicherheit" (Stasi) 145, 211, 213, 215, 227, 231, 242, 244, 252, 259, 261
Ständegesellschaft 17, 19, 76, 83
Stereotype 110
Streik 70, 83, 85, 87 f., 93, 112, 320
Studenten 16, 18, 31, 93, 318 f.
Synagoge 65, 182, 186 f., 204, 270, 284, 295
Systemakzeptanz/-konkurrenz 35, 145, 212, 232, 238, 249

T
„Tag von Potsdam" 161, 167
Terrorismus 61, 257, 270 ff., 274 ff., 279, 281, 284
Treuhandanstalt 263, 266, 284

U
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) 91 f., 100, 103, 105 f., 108
UNO (United Nations Organization) 215, 218 f., 257, 278, 280, 284, 324
„Unrechtsstaat" 259, 261
Urbanisierung 81, 136
USA/Vereinigte Staaten von Amerika 152, 188, 200, 202, 214, 216 ff., 252, 255, 257, 278, 281, 284

V
Vereine/Vereinswesen 48 f.
Verfassung 15, 66
– 1848/49 (Entwurf) 9, 11, 36 ff., 40 ff., 44, 59
– 1850 Preußen 30, 44 ff., 52, 58
– 1871 Deutsches Kaiserreich 60, 68, 70 ff., 79, 96, 124
– 1919 Weimarer Reichsverfassung 67, 100 ff., 109, 113, 128, 131, 142 ff., 151, 157, 161, 165
– 1949 BRD *siehe* Grundgesetz
– 1949 DDR 226, 230, 233, 245, 248
Verleger (Unternehmer) 26, 28
Vernichtungslager *siehe* Konzentrationslager
Verstädterung *siehe* Urbanisierung
Vertrag von Versailles 61, 66, 112, 116, 142
Vertreibung 182, 188, 208, 231
Völkermord (NS) 144, 147 f., 188 ff., 194, 196, 198, 208
Völkische Bewegung 168
„Völkischer Beobachter" 150
Volkseigene Betriebe (VEB) 233
Volksempfänger 174
Volksentscheid 101, 104 f., 248
„Volksgemeinschaft" 147, 151, 162 f., 168 ff., 173, 175 f., 179, 181, 196 f., 203, 208
Volksgerichtshof 163
Volkssouveränität 15, 17, 35, 37, 39, 57 f., 67 f., 73 f., 100, 103 f., 142
Vormärz (1830–1848) 10, 12, 16 f., 21, 23, 47 ff., 50 f., 70

W
Wahlen
– Parlamentswahlen 218 f., 226 f., 244, 322
– Reichstagswahlen 153, 160 f., 165
– Wahlen zur Nationalversammlung 38 f., 49, 58, 61, 68 f., 72, 92, 96, 100, 105, 131
Wahlrecht
– Mehrheitswahlrecht 304, 324
– Verhältniswahlrecht 225, 230, 324
Währungsreform 115, 217, 228, 232, 238
Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion 245, 262
Wannseekonferenz 189, 297
Warenkorb 241
Warschauer Ghetto 190
Warschauer Pakt 210, 219, 251 f., 324
Weberaufstand (Schlesien) 1844 28, 137
„Weimarer Koalition" 100, 105 f., 108 f., 112
Weimarer Republik 8 f., 60 ff., 90, 105 f., 109 f., 112 ff., 120 f., 131, 134 ff., 142, 144, 148, 151 ff., 159, 169, 175, 196, 208, 224 f., 253
Weimarer Reichsverfassung (WRV) 11, 43, 61 ff., 67, 101 ff., 113, 122, 126, 131, 136, 142, 154, 208, 226
Weltkrieg
– Erster (1914–1918) 9, 65 f., 90, 97, 99, 102, 112, 114, 120, 125 f., 142 f., 152, 168
– Zweiter (1939–1945) 59, 144, 147, 176, 188 ff., 202, 208, 216 f., 232, 252 f., 278, 282 f.
Weltwirtschaftskrise (1929) 61, 115, 121, 142, 144, 146, 152 f., 156, 159, 208
„Wende" (DDR) 243
Westeuropäische Union (WEU) 218, 324
Westintegration 215, 218, 232 f., 252, 278
Wiedervereinigung 144 f., 211 f., 218 f., 242, 244 f., 247, 249, 252 f., 255, 258 f., 262 ff., 267 f., 283 f.
Winterhilfswerk (WHW) 175
„Wirtschaftswunder" 232, 236, 238 f.
Wohnungsbau 121, 145, 233

Z
„10-Punkte-Programm" 244
Zentrumspartei 69, 100, 107, 109, 154, 158
Zwei-plus-vier-Vertrag 245

Bildquellen

Cover
akg-images/MPortfolio/Electa

Illustrationen
Cornelsen/Carlos Borrell: S. 38; Cornelsen/Carlos Borrell Eiköter: S. 2, S. 17, S. 66/M5, S. 90, S. 188, S. 216/M1, S. 280/M5; Cornelsen/Elisabeth Galas: S. 197/M4; Cornelsen/Elisabeth Galas bearb. von Erfurth Kluger Infografik GbR: S. 101/M3; Cornelsen/Elisabeth Galas, Bad Breisig, bearb. von Erfurth Kluger: S. 42; Cornelsen/Erfurth Kluger Infografik GbR: S. 75, S. 100/M2, S. 108/M6, S. 226/M4, S. 262, S. 299, S. 300; Cornelsen/Erfurth Kluger Infografik GbR | (c) VG Bild-Kunst, Bonn 2024; Ludwig Gies: Grafik nach dem Bundestagsadler: S. 224/M2; Cornelsen/Volkhard Binder: S. 163; Gerhard Mester: S. 276.

Fotos
S. 2/unten links: PEFC Deutschland e. V.; **S. 8/M1:** akg-images; **S. 8/M2:** Stadtarchiv Nürnberg; **S. 9/M3:** bpk; **S. 9/M4:** akg-images; **S. 10:** akg-images; **S. 11:** bpk/Staatsbibliothek zu Berlin; **S. 13:** bpk/Geheimes Staatsarchiv, SPK/Thomann; **S. 15:** Bridgeman Images/Photo Josse; **S. 16:** akg-images; **S. 20:** akg-images; **S. 21:** bpk/Deutsches Historisches Museum/Arne Psille; **S. 22:** mauritius images/alamy stock photo/Darling Archive; **S. 23:** bpk; **S. 24:** akg-images; **S. 25:** bpk; **S. 27/M2:** mauritius images/alamy stock photo/Antiqua Print Gallery; **S. 27/M3:** Bridgeman Images/; **S. 28/M6:** bpk/Kupferstichkabinett, SMB/Dietmar Katz; **S. 30:** akg-images; **S. 31:** Stadtmuseum München; **S. 32:** Quelle: Staatsbibliothek zu Berlin/Satirezeitschrift „Deutsche Reichs-Bremse" Nr. 6, 1849; **S. 33:** Bridgeman Images/SZ Photo; **S. 34/M1:** Imago Stock & People GmbH/Jürgen Ritter; **S. 34/M2:** akg-images; **S. 34/M3:** dpa Picture-Alliance/Wolfgang Kumm; **S. 36:** akg-images/Berlin, Sammlung Archiv für Kunst und Geschichte, Fritz Bergen; **S. 40:** akg-images; **S. 41/M6:** Germanisches Nationalmuseum; **S. 41/M7:** bpk/Deutsches Historisches Museum/Sebastian Ahlers; **S. 44:** bpk/Deutsches Historisches Museum/Arne Psille; **S. 45:** bpk; **S. 46:** akg-images; **S. 48:** akg-images; **S. 49:** Germanisches Nationalmuseum, Nürnberg.; **S. 52:** bpk/Deutsches Historisches Museum/Arne Psille; **S. 53:** dpa Picture-Alliance/Carsten Koall; **S. 59:** akg-images; **S. 60:** akg-images; **S. 61:** mauritius images/alamy stock photo/ZUMA Press, Inc.; **S. 63:** bpk/Deutsches Historisches Museum/Sebastian Ahlers; **S. 64/M1:** bpk; **S. 64/M2:** akg-images; **S. 65:** interfoto e. k./Sammlung Rauch; **S. 66/M4:** akg-images; **S. 67:** akg-images; **S. 70/M3:** akg-images/arkivi; **S. 70/M4:** akg-images; **S. 71:** akg-images; **S. 72:** bpk; **S. 76:** akg-images/brandstaetter images; **S. 77:** interfoto e. k./Archiv Friedrich; **S. 78/M4:** akg-images; **S. 78/M5:** interfoto e. k./brandstaetter images/Austrian Archives; **S. 80:** bpk/Georg Buxenstein Co; **S. 81/M2:** bpk; **S. 81/M3:** Stadtarchiv Bielefeld, Bestand 400,3/Fotosammlung, Nr. 31-84-5 (Ausschnitt); **S. 82/M4:** mauritius images/Cinema-Legacy-Collection; **S. 82/M5:** akg-images; **S. 83:** bpk; **S. 85:** bpk/Deutsches Historisches Museum; **S. 87:** bpk/Deutsches Historisches Museum/Arne Psille; **S. 89:** bpk - Bildagentur für Kunst, Kultur und Geschichte; **S. 91:** akg-images; **S. 92:** akg-images; **S. 93/M4 l.:** akg-images/Pictures From History; **S. 93/M4 r.:** Bridgeman Images/SZ Photo; **S. 94:** bpk/Kunstbibliothek, SMB; **S. 96:** interfoto e. k./Pulfer | (c) VG Bild-Kunst, Bonn 2024; Walter Schnackenberg: Plakat „Bolschewismus bringt Krieg, Arbeitslosigkeit und Hungersnot", 1918; **S. 98/M1:** dpa Picture-Alliance/Armin Weigel; **S. 98/M2:** Haus der Bayerischen Geschichte (Altrofoto, Uwe Moosburger); **S. 99/M3:** Digitalbild: Haus der Bayerischen Geschichte; **S. 99/M4:** Quelle: Bayerische Staatsbibliothek/Münchner neueste Nachrichten. Morgen-Ausgabe, 08. 11. 1918; **S. 100/M1:** bpk; **S. 101/M4:** INTERFOTO/IFPAD; **S. 105:** bpk; **S. 107/M2:** bpk/Kunstbibliothek, SMB | (c) VG Bild-Kunst, Bonn 2024; Cesar Klein: Plakat „Arbeiter, Bürger, Bauern …", 1919; **S. 107/M3:** bpk/Sprengel Museum Hannover/Herling/Gwose/Werner; **S. 107/M4:** bpk/Deutsches Historisches Museum; **S. 110:** bpk; **S. 111:** bpk/Deutsches Historisches Museum/Sebastian Ahlers; **S. 112:** bpk; **S. 113:** Unibibliothek Heidelberg/Róbert Berény/https://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/ulk1925/0161; **S. 114/M3:** akg-images; **S. 114/M4:** bpk; **S. 116/M5:** bpk/Staatsbibliothek zu Berlin; **S. 116/M7:** bpk/Thomas Theodor Heine; **S. 118/M12:** bpk/Dietmar Katz; **S. 118/M13:** Imago Stock & People GmbH/United Archives International; **S. 120:** bpk/Deutsches Historisches Museum/Arne Psille; **S. 122/M3:** interfoto e. k./Mary Evans/Library of Congress; **S. 122/M6:** bpk/Deutsches Historisches Museum/Sebastian Ahlers | (c) Estate of George Grosz, Princeton, N. J./VG Bild-Kunst, Bonn 2024; George Grosz: Hunger, 1924; **S. 124:** Stadtarchiv München/G1874-77/4/http://stadtarchiv.muenchen.de/scopeQuery/detail.aspx?ID=700907; **S. 125:** bpk; **S. 126:** bpk/Deutsches Historisches Museum/Arne Psille; **S. 127/M6 a:** akg-images; **S. 127/M6 b:** bpk; **S. 127/M6 c:** akg-images; **S. 130:** akg-images; **S. 131/M2:** Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung; **S. 131/M3:** akg-images; **S. 132:** akg-images; **S. 134:** akg-images; **S. 136:** akg-images | (c) Estate of George Grosz, Princeton, N. J./VG Bild-Kunst, Bonn 2024; George Grosz: Metropolis, Berlin, 1916; **S. 137:** bpk; **S. 138:** bpk/Nationalgalerie, SMB/Klaus Göken | (c) VG Bild-Kunst, Bonn 2024; Kurt Günther: Der Radionist, 1927; **S. 139/M5:** akg-images/Erich Lessing; **S. 139/M7:** bpk/Adolf Rading: Haus Rading in der Weißenhofsiedlung, 1927; **S. 140:** akg-images/Erich Lessing | (c) VG Bild-Kunst, Bonn 2024; Otto Dix: Großstadt-Triptychon; **S. 142/M1:** bpk/Kunstbibliothek, SMB, Photothek Willy Römer/Willy Römer; **S. 142/M2:** dpa Picture-Alliance/AP Photo/Markus Schreiber; **S. 143:** interfoto e. k./TV-Yesterday; **S. 144:** Stadtarchiv Mannheim - Institut für Stadtgeschichte; **S. 145/M2:** akg-images/Brigitte Hellgoth; **S. 145/M3:** Imago Stock & People GmbH; **S. 145/M4:** dpa Picture-Alliance/AP; **S. 146:** Imago Stock & People GmbH/UIG; **S. 147:** akg-images/Jost Schilgen; **S. 149/1:** akg-images; **S. 149/2:** Quelle: Friedrich-Ebert-Stiftung, Adsd/FES, 6/FOTB006064; **S. 149/3:** Bridgeman Images; **S. 149/4:** Westdeutscher Beobachter vom 1. 3. 1942; **S. 149/A:** Bridgeman Images/Universal History Archive/UIG; **S. 149/B:** interfoto e. k./Austrian National Library/New York Times Photo; **S. 149/C:** interfoto e. k./Mary Evans; **S. 149/D:** dpa Picture-Alliance/Everett Collection; **S. 150:** bpk/Bayerische Staatsbibliothek/Heinrich Hoffmann; **S. 151:** dpa Picture-Alliance/ASSOCIATED PRESS/AP Content; **S. 152:** akg-images/Walter Ballhause; **S. 153:** bpk/Bayerische Staatsbibliothek/Heinrich Hoffmann; **S. 155:** bpk/Deutsches Historisches Museum | (c) The Heartfield Community of Heirs/VG Bild-Kunst, Bonn 2024; John Heartfield: Der Reichstag wird eingesargt, aus: Proletarische Wochenzeitschrift A-I-Z, S. 843, Collage, 1932; **S. 158/M10:** mauritius images/alamy stock photo/PRISMA ARCHIVO; **S. 158/M11:** Bridgeman Images/© Tobie Mathew; **S. 158/M12:** interfoto e. k./Pulfer; **S. 158/M13:** Bridgeman Images/PVDE; **S. 160:** interfoto e. k./Archiv Friedrich; **S. 161/M2:** bpk/Staatsbibliothek zu Berlin; **S. 161/M3:** akg-images; **S. 162:** akg-images; **S. 164:** Nebelspalter: das Humor- und Satire-Magazin. Band (Jahr): 59 (1933). Heft 7/Karikatur: Gregor Rabinovitch.; **S. 167:** Cornelsen/VDL/ZDF Enterprises, FUNK, 2021; **S. 168:** bpk/Staatsbibliothek zu Berlin; **S. 169:** interfoto e. k./awkz; **S. 170:** akg-images; **S. 172:** akg-images; **S. 173/M10:** mauritius images/alamy stock photo/Shawshots; **S. 173/M7:** interfoto e. k./Glasshouse Images/JT Vintage; **S. 173/M8:** bpk/Deutsches Historisches Museum; **S. 174/M1:** bpk; **S. 174/M2:** bpk/Siegfried Lauterwasser; **S. 175/M3:** akg-images; **S. 175/M4:** interfoto e. k./TV-Yesterday | (c) VG Bild-Kunst, Bonn 2024; Konrad Jochheim: Plakat „Eintopfessen", 1938; **S. 176:** Bridgeman Images/SZ Photo/Scherl; **S. 178:** akg-images; **S. 180/M1:** bpk/Deutsches Historisches Museum; **S. 180/M2:** akg-images; **S. 181:** Stadtmuseum München; **S. 182:** bpk/Bayerische Staatsbibliothek/Heinrich Hoffmann; **S. 184:** interfoto e. k./Granger, NYC; **S. 187:** Bridgeman Images; **S. 190/M2:** akg-images; **S. 190/M3:** Bridgeman Images/SZ Photo/Scherl; **S. 192:** bpk/Deutsches Historisches Museum; **S. 193:** akg-images/Hervé Champollion; **S. 196/M1:** Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Staatsarchiv Ludwigsburg/Bestellsignatur EL 48/2 I Bü 955.; **S. 196/M2:** Bundesarchiv Koblenz: BArch, R 165 Bild-244-70, o. Ang.; **S. 197/M3:** dpa Picture-Alliance/Süddeutsche Zeitung Photo/SZ Photo; **S. 198:** Staatsarchiv Bremen StAB 4,54-E 7295; **S. 199:** interfoto e. k./Sammlung Rauch; **S. 200/M1:** Imago Stock & People GmbH; **S. 200/M2:** akg-images; **S. 202:** Bridgeman Images/Granger; **S. 203:** Niedersächsisches Landesarchiv/NLA Aurich Rep. 243 Nr. A 898/4; **S. 204:** bpk; **S. 205/M10:** Stadtarchiv Lörrach, Signatur StaLö2.43.7; **S. 205/M11:** Bridgeman Images/Pictures from History; **S. 205/M9:** Stadtarchiv Eisenach/41.3-J-489; **S. 208:** akg-images/Hans Schweitzer; **S. 209:** bpk/Deutsches Historisches Museum/Sebastian Ahlers; **S. 210:** dpa Picture-Alliance/Wolfgang Kumm; S. 211: dpa Picture-Alliance/picture-alliance/dpa; **S. 213:** © Wilhelm-Busch-Gesellschaft e. V., Hannover; **S. 214/M1:** ACDP, Plakatsammlung, 10-001-104; **S. 214/M2:** interfoto e. k./fine art images; **S. 215:** interfoto e. k./Pulfer; **S. 216/M2:** interfoto e. k./awkz; **S. 217:** interfoto e. k./Granger, NYC; **S. 218/M4:** Bridgeman Images/Sovfoto/UIG; **S. 218/M5:** Bridgeman Images; **S. 221/M9 a:** bpk; **S. 221/M9 b:** Haus der Geschichte, Bonn; **S. 222:** akg-images; **S. 223/M13:** akg-images; **S. 223/M14:** Mirko Szewczuk/Quelle: (mehrere Werte); **S. 224/M1 o.:** SPD/AdsD, 6/PLKA009982; **S. 224/M1 u.:** KAS/ACDP, 10-001-122; **S. 225:** Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main (ISG FFM), ISG FFM S7Bo Nr. 1596, Mickey Bohnacker.; **S. 226/M5:** interfoto e. k.; **S. 227:** interfoto e. k./Archiv Friedrich; **S. 229/M9:** Stiftung Haus der Geschichte; **S. 231/M16:** Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv/Signatur: BArch, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 10564, Bild 21, Bild 1; **S. 231/M17:** Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv/Signatur: BStU, MfS, HA XX, Fo, Nr. 144, Bild 31; **S. 232/M1:** akg-images; **S. 233/M4:** Haus der Geschichte, Bonn/ZK der SED (Hrsg), Neues Deutschland (Druck); **S. 236/M11:** bpk/Hanns Hubmann; **S. 237:** akg-images/ddrbildarchiv.de; **S. 241:** © 2015, IW Medien · iwd 26; **S. 242/M1:** bpk/Bundesstiftung Aufarbeitung/Klaus Mehner; **S. 242/M2:** dpa Picture-Alliance/IMAGNO/Votava; **S. 243/M3:** akg-images/Aram Radomski; **S. 243/M4:** dpa Picture-Alliance/Chris Hoffmann; **S. 244:** dpa Picture-Alliance; **S. 246:** Universitäts- und Landesbibliothek Münster, N. Schöpper, K 5-032; **S. 247:** dpa Picture-Alliance/ASSOCIATED PRESS/AP/Heinz Ducklau; **S. 250/M1:** dpa Picture-Alliance/Nicolas Armer; **S. 250/M2:** Imago Stock & People GmbH/Kyodo News; **S. 251/M4:** Imago Stock & People GmbH/ari; **S. 251/M5:** OKAPIA KG/imagebroker/Joerg Reuther; **S. 252:** bpk/Dietmar Katz; **S. 254:** © DER SPIEGEL 36/1995; **S. 257:** LUFF (Rolf Henn), Hennweiler; **S. 258/M1:** akg-images/Stefan Ziese; **S. 258/M2:** Imago

Stock & People GmbH/Jürgen Ritter; **S. 259:** akg-images/Günter Schneider; **S. 263/M2:** dpa Picture-Alliance/dpa-Zentralbild; **S. 264:** dpa Picture-Alliance/ASSOCIATED PRESS/AP Content; **S. 266:** Horst Haitzinger; **S. 268:** Peter Dittrich; **S. 270:** dpa Picture-Alliance/picture-alliance/dpa; **S. 272:** interfoto e. k./TV-Yesterday; **S. 278:** © DER SPIEGEL 30/1992; **S. 279/M2:** dpa Picture-Alliance/picture-alliance/dpa-infografik; **S. 280/M4:** dpa Picture-Alliance/photothek; **S. 281:** Imago Stock & People GmbH; **S. 285/M1:** dpa Picture-Alliance/picture-alliance/dpa; **S. 285/M2:** akg-images/ddrbildarchiv.de; **S. 285/M3:** Imago Stock & People GmbH/funke foto services; **S. 285/M4:** Imago Stock & People GmbH/imago images/Seeliger; **S. 294:** bpk/Kunstbibliothek, SMB; **S. 295:** Friedrich-Ebert-Stiftung: AdsD der FES, 6/CARD000285; **S. 305:** bpk/Deutsches Historisches Museum/Sebastian Ahlers.

Grenze des Deutschen Bundes 1815

spätere Änderungen des Grenzverlaufs

Grenze des Kgr. der Vereinigten Niederlande (1815–1831) und des Grhzm. Luxemburg (1815–1839)

Fsm. = Fürstentum
Grhzm. = Großherzogtum
Hzm. = Herzogtum
Lgft. = Landgrafschaft

1 = Hzm. Lauenburg
2 = Grhzm. Mecklenburg-Strelitz
3 = Fsm. Schaumbg.-Lippe
4 = Fsm. Lippe
5 = Hzm. Braunschweig
6 = Hzm. Anhalt
7 = Fsm. Waldeck
8 = Lgft. Hessen-Homburg
9 = Fsm. Hohenzollern
10 = Fsm. Liechtenstein
11 = Vorarlberg

- Themeneinführungen für jedes Halbjahr
- Motivierende Kapiteleinstiege und Orientierungsseiten zum Kapitelaufbau
- Übungen zum Aktivieren des Vorwissens
- Zusammenstellung der Grundlegenden Daten und Begriffe für jedes Kapitel
- Leitfragen und Lernaufgabenvorschlag pro Themeneinheit
- Einzelarbeitsaufträge zur Anleitung der Lernaufgabe mit Verweisen auf alle Materialien
- Methodenseiten mit Lösungen
- Sonderseiten „Geschichtskultur“
- Differenzierung durch Tipps, sprachliche Hilfen sowie Wahl- und Zusatzaufgaben
- Abitur- und Klausurvorbereitung, Operatorentraining, Probeklausur
- Hinweise zu Arbeits- und Fachmethoden

Cornelsen

ISBN 978-3-06-066234-0

9 783060 662340